012360 1906

Statistik

über die

Fürsorgeerziehung Minderjähriger

(Gesetz vom 2. Juli 1900)

und über die

Zwangserziehung Jugendlicher

(§ 56 des Strafgesetzbuches)

für das Rechnungsjahr 1906

(1. April 1906 bis 31. März 1907).

Bearbeitet im Königlich Preußischen Ministerium des Innern.

Berlin
Druckerei der Strafanstaltsverwaltung
1908.

012360/1906.

Statistik

über die

Fürsorgeerziehung Minderjähriger

(Gesetz vom 2. Juli 1900)

und über die

Zwangserziehung Jugendlicher

(§ 56 des Strafgesetzbuches)

EVGL. KIRCHENGEMEINDE · GRABOWITZ ·

für das Rechnungsjahr 1906

(1. April 1906 bis 31. März 1907).

Kr 18

Bearbeitet im Königlich Preußischen Ministerium des Innern.

Berlin
Druckerei der Strafanstaltsverwaltung
1908.

9755

Druckfehlerberichtigung.

Tabelle X Seite 87 Sp. 30. In der ersten und dritten Summenzeile muß es anstatt „4,00—16,50“ beidemale **4,00—25,0** heißen.

Tabelle XIV Seiten 107 und 109 Sp. 21 (im Kopfe) lies anstatt „1905“ beidemale **1906.**

EVGL. KIRCHENGEMEINDE ZALEWO

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
1. Abschnitt A.	I—XCI
Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900 nebst Ausführungsbestimmungen	III—XXV
Allerhöchster Erlaß vom 23. Oktober 1895	XXVI
Allgemeine Verfügung vom 16. September 1882	XXVII
Allgemeine Verfügung vom 1. Oktober 1904	XXVIII
Personalbogen (Muster)	XXIX—XXXII
Vorbericht	XXXIII—XCII
	Seite
2. Abschnitt B. Anlagen	1—106
Berichte der Kommunalverbände und Oberpräsidenten	3—60
Gerichtserkenntnisse	61—84
Erlasse	85—106
3. Abschnitt C. Tabellen	1—193
Gesamtnachweisung über die Fürsorgezöglinge nach dem Stande vom 31. März 1907 (Tabelle I)	1—3
Personalstatistik pp. über die im Rechnungsjahre 1906 der Fürsorgeerziehung endgültig überwiesenen Minderjährigen	5—61
Personalstatistik der Fürsorgezöglinge überhaupt (Tabelle II)	6—17
Personalstatistik der Fürsorgezöglinge nach Provinzen geordnet:	
A. Die schulpflichtigen, sowie die noch jüngeren Zöglinge nach dem Geschlechte getrennt (Tabelle III)	18—29
B. Die schulentlassenen Zöglinge nach dem Geschlechte getrennt (Tabelle IV)	30—41
C. Sämtliche Zöglinge nach dem Geschlechte getrennt (Tabelle V)	42—53
Die häuslichen Verhältnisse der Eltern und Geschwister der Zöglinge (Tabelle VI)	55—61
Die Unterbringung der im Rechnungsjahre 1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge:	
Gesamtübersicht (Tabelle VII)	63—69
Die Unterbringung nach dem Religionsbekenntnisse getrennt	
A. Evangelische (Tabelle VIII)	72—77
B. Katholische, C. Jüdische (Tabelle IX)	78—83

Die gezahlten Pflegegelder: Seite

Allgemeine Übersicht (Tabelle X) . . . . . 86—87

Die gezahlten Pflegegelder, unter Berücksichtigung der Unterkunftsstellen, des Religionsbekenntnisses und des Alters der Zöglinge:

A. Evangelische (Tabelle XI) . . . . . 90—91

B. Katholische, C. Jüdische (Tabelle XII) . . . . . 92—93

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, 1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge nach dem Stande vom 31. März 1907:

Gesamtübersicht:

a) für die Jahrgänge 1905—1901 nach Provinzen geordnet (summarisch) . . . . . (Tabelle XIII) 95—101

b) für die Einzeljahrgänge im Staate . . . . . (Tabelle XIII) 95—101

Dieselben Zöglinge nach dem Religionsbekenntnisse und den Überweisungsjahren getrennt:

A. Evangelische (Tabelle XIV) . . . . . 104—127

B. Katholische (Tabelle XV) . . . . . 128—151

C. Jüdische (Tabelle XVI) . . . . . 152—163

Übersicht über den Bestand und die Unterbringung der auf Grund des Gesetzes vom 13. März 1878 der Zwangserziehung überwiesenen Jugendlichen, soweit sie noch in Fürsorgeerziehung sind (Tabelle XVII) 166—167

Gesamtkosten der Fürsorgeerziehung (Tabelle XVIII) . . . . . 170—171

Statistik über die auf Grund des § 56 des Strafgesetzbuches der Zwangserziehung überwiesenen Jugendlichen 174

Übersicht dieser Zöglinge in den staatlichen Erziehungsanstalten (Tabelle XIX) . 174

Übersicht über den Bestand und die Unterbringung der Zwangszöglinge am 31. März 1906 (Tabelle XX) . . . . . 176—181

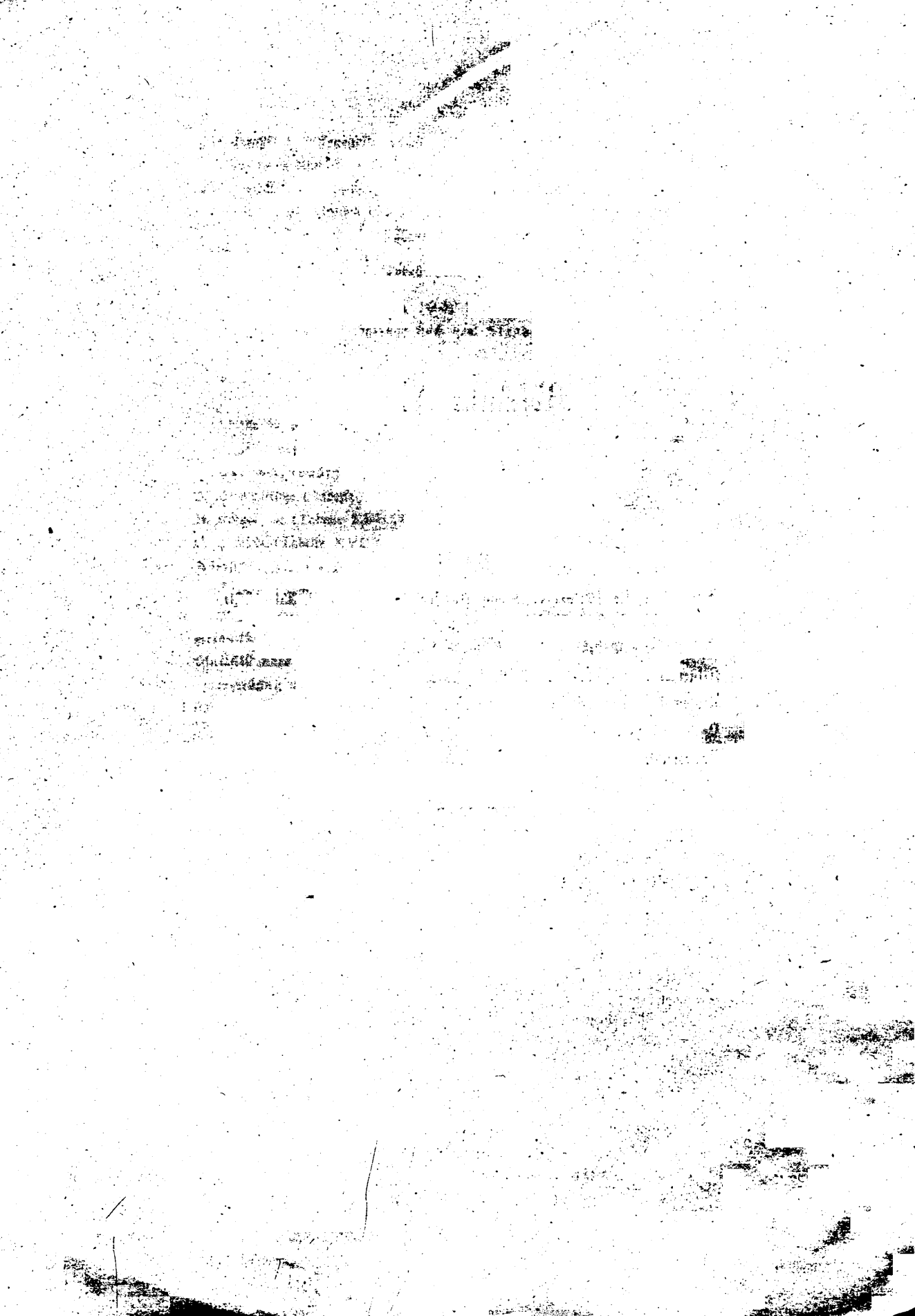
Personalstatistik über die im Rechnungsjahre 1905 in Zugang gekommenen Zwangszöglinge (Tabelle XXI) . . . . . 184—193

Druckfehlerberichtigung (siehe Rückseite vom Titelblatt).

Abschnitt A.

Inhalt:

Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900 nebst Ausführungsbestimmungen.
Allerhöchster Erlaß vom 23. Oktober 1895.
Allgemeine Verfügung vom 16. September 1882.
Allgemeine Verfügung vom 1. Oktober 1904.
Personalbogen.
Vorbericht.



Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden
König von Preußen ꝛc.,

verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1.

Ein Minderjähriger, welcher das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, kann der Fürsorgeerziehung überwiesen werden:

1. wenn die Voraussetzungen des § 1666[1]) oder des § 1838[2]) des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegen und die Fürsorgeerziehung erforderlich ist, um die Verwahrlosung der Minderjährigen zu verhüten;
2. wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wegen der er in Anbetracht seines jugendlichen Alters strafrechtlich nicht verfolgt werden kann und die Fürsorgeerziehung mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung, die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher und die übrigen Lebensverhältnisse zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung des Minderjährigen erforderlich ist;
3. wenn die Fürsorgeerziehung außer diesen Fällen wegen Unzulänglichkeit der erziehlichen Einwirkung der Eltern oder sonstigen Erzieher oder der Schule zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist.

§ 2.

Die Fürsorgeerziehung erfolgt unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt.

[1]) § 1666. Wird das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet, daß der Vater das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht, so hat das Vormundschaftsgericht die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßregeln zu treffen. Das Vormundschaftsgericht kann insbesondere anordnen, daß das Kind zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt oder einer Besserungsanstalt untergebracht wird.

Hat der Vater das Recht des Kindes auf Gewährung des Unterhalts verletzt und ist für die Zukunft eine erhebliche Gefährdung des Unterhalts zu besorgen, so kann dem Vater auch die Vermögensverwaltung sowie die Nutznießung entzogen werden.

[2]) § 1838. Das Vormundschaftsgericht kann anordnen, daß der Mündel zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt oder einer Besserungsanstalt untergebracht wird. Steht dem Vater oder der Mutter die Sorge für die Person des Mündels zu, so ist eine solche Anordnung nur unter der Voraussetzung des § 1666 zulässig.

§ 3.

Die Unterbringung zur Fürsorgeerziehung erfolgt, nachdem das Vormundschaftsgericht durch Beschluß das Vorhandensein der Voraussetzungen des § 1 unter Bezeichnung der für erwiesen erachteten Tatsachen festgestellt und die Unterbringung angeordnet hat.

§ 4.

Das Vormundschaftsgericht beschließt von Amtswegen oder auf Antrag. Zur Stellung des Antrags sind berechtigt und verpflichtet: der Landrat, in den Hohenzollernschen Landen der Oberamtmann, in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern, sowie in den nach § 28 der Kreisordnung für die Provinz Hannover vom 6. Mai 1884 (Gesetz-Samml. S. 181) denselben gleichgestellten Städten auch der Gemeindevorstand, in Stadtkreisen der Gemeindevorstand und der Vorsteher der Königlichen Polizeibehörde.

Vor der Beschlußfassung soll das Vormundschaftsgericht, soweit dies ohne erhebliche Schwierigkeiten geschehen kann, die Eltern, den gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen und in allen Fällen den Gemeindevorstand, den zuständigen Geistlichen und den Leiter oder Lehrer der Schule, welche der Minderjährige besucht, hören; auch hat, wenn die Beschlußfassung nicht auf Antrag erfolgt, das Vormundschaftsgericht zuvor dem Landrat (Oberamtmanne, Gemeindevorstande, Vorsteher der Königlichen Polizeibehörde) unter Mitteilung der Akten Gelegenheit zu einer Äußerung zu geben.

Der Beschluß ist dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen, diesem selbst, wenn er das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, dem Landrat (Oberamtmanne, Gemeindevorstande, Vorsteher der Königlichen Polizeibehörde) und dem verpflichteten Kommunalverbande (§ 14) zuzustellen.

Gegen den Beschluß steht den in Abs. 3 Genannten die sofortige Beschwerde zu, dem gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen oder diesem selbst, jedoch nur dann, wenn der Beschluß auf Unterbringung zur Fürsorgeerziehung lautet. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

§ 5.

Bei Gefahr im Verzuge kann das Vormundschaftsgericht eine vorläufige Unterbringung des Minderjährigen anordnen. Die Polizeibehörde des Aufenthaltsorts hat in diesem Falle für die Unterbringung des Minderjährigen in einer Anstalt oder in einer geeigneten Familie zu sorgen.

Die durch die vorläufige Unterbringung erwachsenden Kosten fallen, sofern die Überweisung zur Fürsorgeerziehung demnächst endgültig angeordnet wird, dem verpflichteten Kommunalverbande (§ 14), andernfalls demjenigen zur Last, welcher die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung zu tragen hat. Die Polizeibehörde hat in allen Fällen die durch die vorläufige Unterbringung entstehenden Kosten vorzuschießen.

Streitigkeiten über die Angemessenheit der dem Erstattungspflichtigen in Rechnung gestellten Vorschüsse der Polizeibehörde entscheidet der Bezirksausschuß im Beschlußverfahren. Der Beschluß des Bezirksausschusses ist endgültig.

§ 6.

Hat die in § 4 angeordnete Anhörung der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters nicht stattfinden können, so sind dieselben berechtigt, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu verlangen.

§ 7.

Soweit nicht in diesem Gesetz ein anderes bestimmt ist, finden auf das gerichtliche Verfahren die allgemeinen Vorschriften über die durch Landesgesetz den ordentlichen Gerichten übertragenen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Anwendung.

§ 8.

Die gerichtlichen Verhandlungen sind gebühren- und stempelfrei; die baaren Auslagen fallen der Staatskasse zur Last. Ist nach dem Ermessen des Vormundschaftsgerichts die Vernehmung der nach § 4 Abs. 2 zu hörenden Personen erforderlich gewesen, so haben sie Anspruch auf Erstattung der notwendigen baren Auslagen aus der Staatskasse; dies gilt jedoch nicht für die Eltern des Minderjährigen.

Verträge über die Unterbringung von Zöglingen sind stempelfrei.

§ 9.

Die Ausführung der Fürsorgeerziehung liegt dem verpflichteten Kommunalverbande ob (§ 14); er entscheidet darüber, in welcher Weise der Zögling untergebracht werden soll. Im Falle der Anstaltserziehung ist der Zögling, soweit möglich, in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen. Im Falle der Familienerziehung muß der Zögling mindestens bis zum Aufhören der Schulpflicht in einer Familie seines Bekenntnisses untergebracht werden.

Der Kommunalverband hat dem Vormundschaftsgerichte von der Unterbringung und von der Entlassung des Zöglings Mitteilung zu machen.

Die Überführung des Zöglings liegt der Polizeibehörde des Aufenthaltsorts ob.

§ 10.

Die Zöglinge dürfen nicht in Arbeitshäusern und nicht in Landarmenhäusern, in Anstalten, welche für Kranke, Gebrechliche, Idioten, Taubstumme oder Blinde bestimmt sind, nur so lange untergebracht werden, als es ihr körperlicher oder geistiger Zustand erfordert.

In Ausführung einer eingeleiteten Fürsorgeerziehung kann die Erziehung in der eigenen Familie des Zöglings unter Aufsicht des Kommunalverbandes widerruflich angeordnet werden.

§ 11.

Für jeden in einer Familie untergebrachten Zögling ist zur Überwachung seiner Erziehung und Pflege von dem Kommunalverband ein Fürsorger zu bestellen. Hierzu können auch Frauen bestellt werden.

§ 12.

Auf Antrag des verpflichteten Kommunalverbandes kann, unbeschadet der Vorschriften des Artikel 78 § 1[1]) des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche,

[1]) Art. 78 § 1. Der Vorstand einer unter der Verwaltung des Staates oder einer Gemeindebehörde stehenden Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt hat für die in der Anstalt untergebrachten Minderjährigen die Rechte und Pflichten eines Vormundes.

Die Rechte und Pflichten des Anstaltsvorstandes bestehen nur, so lange das Vormundschaftsgericht nicht einen anderen Vormund bestellt hat. Der Vorstand behält die Rechte und Pflichten des Vormundes auch nach der Beendigung der Erziehung oder Verpflegung bis zur Volljährigkeit des Mündels.

der Vorstand einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Erziehungsanstalt vor den nach § 1776[1]) des Bürgerlichen Gesetzbuchs als Vormünder berufenen Personen zum Vormunde der auf Grund der §§ 3 ff. in der Anstalt untergebrachten Zöglinge bestellt werden.

Das Gleiche gilt für Zöglinge, die unter der Aufsicht des Vorstandes der Anstalt in einer von ihm ausgewählten Familie erzogen werden; liegt die Beaufsichtigung der Zöglinge einem von dem verpflichteten Kommunalverbande bestellten Beamten ob, so kann dieser auf Antrag des Kommunalverbandes statt des Vorstandes der Anstalt zum Vormunde bestellt werden.

Neben dem nach den Vorschriften der Abs. 1, 2 bestellten Vormund ist ein Gegenvormund nicht zu bestellen. Dem Vormunde stehen die nach § 1852[2]) des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässigen Befreiungen zu.

§ 13.

Die Fürsorgeerziehung endigt mit der Minderjährigkeit.

Die frühere Aufhebung der Fürsorgeerziehung erfolgt durch Beschluß des Kommunalverbandes von Amtswegen oder auf Antrag der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters des Minderjährigen, wenn der Zweck der Fürsorgeerziehung erreicht oder die Erreichung des Zweckes anderweit sichergestellt ist. Die Aufhebung kann unter Vorbehalt des Widerrufs beschlossen werden.

Gegen den ablehnenden Beschluß des Kommunalverbandes kann der Antragsteller binnen einer Frist von zwei Wochen vom Tage der Zustellung ab die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts anrufen. Gegen den Beschluß des Vormundschaftsgerichts findet die Beschwerde statt. Die Beschwerde des Kommunalverbandes hat aufschiebende Wirkung.

Ein abgewiesener Antrag darf vor dem Ablaufe von sechs Monaten nicht erneuert werden.

§ 14.

Die Provinzialverbände, in der Provinz Hessen-Nassau die Bezirksverbände der Regierungsbezirke Wiesbaden und Cassel, der Lauenburgische Landeskommunalverband,

---

[1]) § 1776. Als Vormünder sind in nachstehender Reihenfolge berufen:
1. wer von dem Vater des Mündels als Vormund benannt ist;
2. wer von der ehelichen Mutter des Mündels als Vormund benannt ist;
3. der Großvater des Mündels von väterlicher Seite;
4. der Großvater des Mündels von mütterlicher Seite.

Die Großväter sind nicht berufen, wenn der Mündel von einem anderen als dem Ehegatten seines Vaters oder seiner Mutter an Kindesstatt angenommen ist. Das Gleiche gilt, wenn derjenige, von welchem der Mündel abstammt, von einem anderen als dem Ehegatten seines Vaters oder seiner Mutter an Kindesstatt angenommen ist und die Wirkungen der Annahme sich auf den Mündel erstrecken.

[2]) § 1852. Der Vater kann, wenn er einen Vormund benennt, die Bestellung eines Gegenvormundes ausschließen.

Der Vater kann anordnen, daß der von ihm benannte Vormund bei der Anlegung von Geld den in den §§ 1809, 1811 bestimmten Beschränkungen nicht unterliegen und zu den im § 1812 bezeichneten Rechtsgeschäften der Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichts nicht bedürfen soll. Diese Anordnungen sind als getroffen anzusehen, wenn der Vater die Bestellung eines Gegenvormundes ausgeschlossen hat.

der Landeskommunalverband der Hohenzollernschen Lande sowie der Stadtkreis Berlin sind verpflichtet, die Unterbringung der durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Minderjährigen in einer den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechenden Weise zu bewirken. Sie haben für die Errichtung von Erziehungs- und Besserungsanstalten zu sorgen, soweit es an Gelegenheit fehlt, die Zöglinge in geeigneten Familien sowie in öffentlichen, kirchlichen oder privaten Anstalten unterzubringen, auch soweit nötig für ein angemessenes Unterkommen bei der Beendigung der Fürsorgeerziehung zu sorgen.

Zur Unterbringung verpflichtet ist derjenige Kommunalverband, in dessen Gebiete der Ort liegt, als dessen Vormundschaftsgericht das Gericht Beschluß gefaßt hat.

§ 15.

Die Kosten, welche durch die Überführung des Zöglings in eine Familie oder Anstalt, durch die dabei nötige reglementsmäßige erste Ausstattung, durch die Beerdigung des während der Fürsorgeerziehung verstorbenen und durch die Rückreise des aus der Fürsorgeerziehung entlassenen Zöglings entstehen, fallen dem Ortsarmenverband, in welchem er seinen Unterstützungswohnsitz hat, zur Last. Ist ein solcher Ortsarmenverband nicht vorhanden, so fallen diese Kosten dem verpflichteten Kommunalverbande (§ 14 Abs. 2) zur Last. Die übrigen Kosten des Unterhalts und der Erziehung sowie der Fürsorge für entlassene Zöglinge tragen in allen Fällen die Kommunalverbände.

Die Kommunalverbände erhalten zu den nach Abs. 1 von ihnen zu tragenden Kosten aus der Staatskasse einen Zuschuß in Höhe von zwei Dritteln dieser Kosten. Der Betrag des Zuschusses wird jährlich auf Liquidation der im Vorjahr aufgewendeten Kosten oder im Einverständnisse mit den einzelnen Kommunalverbänden periodisch als Bauschsumme von dem Minister des Innern festgesetzt.

§ 16.

Die Kommunalverbände sind berechtigt, die Erstattung der während der Fürsorgeerziehung entstandenen Kosten des Unterhalts eines Zöglinges von diesem selbst oder von dem auf Grund des Bürgerlichen Rechtes zu seinem Unterhalte Verpflichteten zu fordern. Dieselbe Berechtigung steht den Ortsarmenverbänden hinsichtlich der ihnen nach § 15 Abs. 1 zur Last fallenden Kosten zu.

Für die Erstattungsforderung der Kommunalverbände sind Tarife zu Grunde zu legen, welche von dem Minister des Innern nach Anhörung der Kommunalverbände festgesetzt werden. Die Kosten der allgemeinen Verwaltung der Fürsorgeerziehung, des Baues und der Unterhaltung der von den Kommunalverbänden errichteten Anstalten bleiben hierbei außer Ansatz.

Wird gegen den Erstattungsanspruch Widerspruch erhoben, so beschließt darüber auf Antrag des Kommunalverbandes oder Ortsarmenverbandes der Bezirksausschuß.

Der Beschluß ist vorbehaltlich des ordentlichen Rechtswegs endgültig.

Zwei Drittel der durch die Kommunalverbände von den Erstattungspflichtigen eingezogenen Beträge sind auf den Beitrag des Staates § 15 Abs. 2 anzurechnen.

§ 17.

Die Kommunalverbände haben für die Ausführung der Fürsorgeerziehung und für die Verwaltung der von ihnen errichteten Erziehungs- und Besserungsanstalten Reglements zu erlassen.

Die Reglements bedürfen der Genehmigung der Minister des Innern und der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten in Betreff derjenigen Bestimmungen, welche sich auf die Aufnahme, die Behandlung, den Unterricht und die Entlassung der Zöglinge beziehen.

Hinsichtlich der Privatanstalten behält es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

§ 18.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die religiöse Erziehung der Kinder finden auch auf die Fürsorgeerziehung Anwendung.

§ 19.

Wenn schulpflichtige Zöglinge der öffentlichen Volksschule ohne sittliche Gefährdung der übrigen die Schule besuchenden Kinder nicht zugewiesen werden können, so hat der Kommunalverband dafür zu sorgen, daß diesen Zöglingen während des schulpflichtigen Alters der erforderliche Schulunterricht anderweitig zu teil wird. Im Streitfalle entscheidet der Oberpräsident.

§ 20.

Die zuständigen staatlichen Aufsichtsbehörden der Kommunalverbände und in höherer Instanz der Minister des Innern haben die Oberaufsicht über die zur Unterbringung von Zöglingen getroffenen Veranstaltungen zu führen; sie sind befugt, zu diesem Zwecke Revisionen vorzunehmen.

§ 21.

Wer, abgesehen von den Fällen der §§ 120, 235[1]) des St.-G.-B., einen Minderjährigen, bezüglich dessen das gerichtliche Verfahren auf Unterbringung zur Fürsorgeerziehung eingeleitet oder die Unterbringung zur Fürsorgeerziehung angeordnet ist, dem Verfahren oder der angeordneten Fürsorgeerziehung entzieht, oder ihn verleitet, sich dem Verfahren oder der Fürsorgeerziehung zu entziehen, oder wer ihm hierzu vorsätzlich behilflich ist, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu Eintausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

---

[1]) § 120. Wer einen Gefangenen aus der Gefangenenanstalt oder aus der Gewalt der bewaffneten Macht, des Beamten oder desjenigen, unter dessen Beaufsichtigung, Begleitung oder Bewachung er sich befindet, vorsätzlich befreit oder ihm zur Selbstbefreiung vorsätzlich behilflich ist, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§ 235. Wer eine minderjährige Person durch List, Drohung oder Gewalt ihren Eltern, ihrem Vormunde oder ihrem Pfleger entzieht, wird mit Gefängnis und, wenn die Handlung in der Absicht geschieht, die Person zum Betteln oder zu gewinnsüchtigen oder unsittlichen Zwecken oder Beschäftigungen zu gebrauchen, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§ 22.

Der Minister des Innern ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

§ 23.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1901 in Kraft.

Mit dem gleichen Zeitpunkte wird das Gesetz vom 13. März 1878, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, aufgehoben.

Kommunalverbände, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes über geeignete Anstalten nicht in ausreichendem Maße verfügen, sollen bis zum 1. April 1903 bei der Unterbringung der Zöglinge den in § 10 Abs. 1 dieses Gesetzes ausgesprochenen Beschränkungen nicht unterliegen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Wilhelmshaven, den 2. Juli 1900.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Miquel. v. Thielen.
Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt. Brefeld. v. Goßler.
Gr. v. Posadowsky. Gr. v. Bülow. Studt.
Frhr. v. Rheinbaben.

Ausführungsbestimmungen

zu dem Gesetze vom 2. Juli 1900 über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger.

Das Fürsorgeerziehungsgesetz ist eine Erweiterung des Gesetzes vom 13. März 1878 über die Unterbringung verwahrloster Kinder, wie sie durch die §§ 1666 und 1838 des B.G.B.[1]) und Art. 135 des Einführungsgesetzes zum B.G.B.[2]) angeregt und bedingt ist. Das neue Gesetz verfolgt denselben Zweck wie das alte: gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um der Verwahrlosung jugendlicher Personen und ihrem Verfall in Verbrechen vorzubeugen oder verwahrloste und verbrecherische Jugendliche vor weiterem oder völligem sittlichen Verderben zu bewahren. Die Fürsorgeerziehung auf Grund dieses Gesetzes ist nur eine der mannigfachen gesetzlichen und Verwaltungs-

[1]) Seite III.

[2]) Art. 135. Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Zwangserziehung Minderjähriger. Die Zwangserziehung ist jedoch, unbeschadet der Vorschriften der §§ 55, 56 des St.G.B., nur zulässig, wenn sie vom Vormundschaftsgericht angeordnet wird. Die Anordnung kann außer den Fällen der §§ 1666, 1838 des B.G.B. nur erfolgen, wenn die Zwangserziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens notwendig ist.

Die Landesgesetze können die Entscheidung darüber, ob der Minderjährige, dessen Zwangserziehung angeordnet ist, in einer Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt unterzubringen sei, einer Verwaltungsbehörde übertragen, wenn die Unterbringung auf öffentliche Kosten zu erfolgen hat.

maßregeln zur Sicherung einer geordneten Erziehung Jugendlicher. Sie greift so tief in das Verhältnis des Jugendlichen zu seinen Eltern und seiner Familie ein, daß sie in vielen Fällen eine vollständige Loslösung von der Familie zur Folge hat; sie soll daher nur zur Anwendung kommen, wenn alle anderen zur Verfügung stehenden Maßregeln, eine geordnete Erziehung herbeizuführen, versagen. Bevor die Maßregel in Aussicht genommen wird, ist daher sorgfältig zu prüfen, ob nicht durch Anwendung anderer Maßnahmen, der kirchlichen Einwirkung, der Schulzucht, der Armenpflege, freiwilliger Liebestätigkeit oder vormundschaftlicher Anordnungen, für welche der § 1666 B.G.B.[1]) den weitesten Spielraum gewährt, der Verwahrlosung vorgebeugt oder ihr Fortgang aufgehalten werden kann. Hat die Verwahrlosung ihren Grund in wirtschaftlicher Not der Eltern oder Erzieher oder in mangelhafter Fürsorge für ein verwaistes Kind, so sind die verpflichteten Armenbehörden von Aufsichtswegen anzuhalten, ihre Schuldigkeit zu tun.

I. Personen, die in Fürsorgeerziehung genommen werden können (§ 1).

Der Kreis der Personen, welche in Fürsorgeerziehung genommen werden können, ist gegenüber dem Gesetze vom 13. März 1878 wesentlich erweitert. Jenes beschränkte sich auf Kinder, die nach Vollendung des sechsten und vor Vollendung des 12. Lebensjahres eine nach Reichs- oder Landesrecht mit Strafe bedrohte Handlung begangen hatten, wegen deren sie strafrechtlich nicht verfolgt werden konnten (§§ 55 St.G.B.[2]), und ließ die Unterbringung in einer Familie oder Besserungsanstalt auch dann nur zu, wenn die Fürsorgeerziehung mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der strafbaren Handlung, auf die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher des Kindes und auf dessen übrige Lebensverhältnisse zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung erforderlich war. Das neue Gesetz behält diese Bestimmung bei (§ 1 Nr. 2), hat jedoch eine erste Erweiterung dadurch eingeführt, daß in Übereinstimmung mit § 55 des St.G.B.[2]) die untere Altersgrenze beseitigt ist.

Eine weit größere Ausdehnung gewinnt jedoch die Fürsorgeerziehung durch die vollständig neuen Bestimmungen der Nrn. 1 und 3 des § 1.

Danach ist die Überweisung zur Fürsorgeerziehung zulässig gegen Minderjährige bis zum vollendeten 18. Lebensjahre:

1. wenn Kinder, die unter elterlicher Gewalt stehen, durch schuldhaftes Verhalten der Eltern in Gefahr geraten, zu verwahrlosen.

   Ein schuldhaftes Verhalten liegt vor, wenn das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet wird, daß der Vater (§ 1666 B.G.B.) oder die Mutter, wenn dieser die elterliche Gewalt oder deren Ausübung zusteht (§§ 1684 bis 1686 B.G.B.)[3]), das Recht der Sorge für die Person des

---

[1]) Seite III.

[2]) § 55. Wer bei Begehung der Handlung das zwölfte Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden. Gegen denselben können jedoch nach Maßgabe der landesgesetzlichen Vorschriften die zur Besserung und Beaufsichtigung geeigneten Maßregeln getroffen werden. Die Unterbringung in eine Familie, Erziehungsanstalt oder Besserungsanstalt kann nur erfolgen, nachdem durch Beschluß des Vormundschaftsgerichtes die Begehung der Handlung festgestellt und die Unterbringung für zulässig erklärt ist.

[3]) § 1684. Der Mutter steht elterliche Gewalt zu:

1. wenn der Vater gestorben oder für tot erkärt ist;
2. wenn der Vater die elterliche Gewalt verwirkt hat und die Ehe aufgelöst ist.

Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht;

2. wenn bei bevormundeten Minderjährigen die Fürsorgeerziehung zur Verhütung der Verwahrlosung notwendig ist.

   Steht dem Vater oder der Mutter die Sorge für die Person des Bevormundeten zu, so muß ihnen jedoch ein schuldhaftes Verhalten, wie unter Nr. 1, nachgewiesen werden;

3. wenn Minderjährige, auch ohne daß ein Verschulden der Eltern vorliegt, verwahrlosen und die erziehliche Einwirkung der Eltern oder sonstigen Erzieher oder der Schule nicht ausreichen, um ein völliges sittliches Verderben des Minderjährigen zu verhüten, § 1 Nr. 3 (Art. 135 des Einführungsgesetzes zum B.G.B.)[1]).

Da unter Verwahrlosung nicht nur die sittliche, sondern auch die geistige und körperliche zu verstehen ist, so gehören unter die Nr. 1 alle die Fälle, in denen Eltern ihre Kinder mißhandeln, ihnen die körperliche Pflege versagen, sie zu überanstrengenden, der leiblichen und geistigen Entwickelung schädlichen Arbeiten zwingen, sie in einer die Zwecke der Schule gefährdenden Weise vom Schulbesuche abhalten, die ihnen gebotene Gelegenheit zur Pflege und zum Unterrichte ihrer nicht vollsinnigen Kinder hartnäckig zurückweisen oder sie vom Verkehr mit verbrecherischen Personen und der Begehung von Straftaten nicht abhalten. Das Gleiche gilt, wenn der Vater oder die Mutter der Trunksucht, Landstreicherei, Bettelei, des gewohnheitsmäßigen Diebstahls, der Gewerbsunzucht, Kuppelei oder eines anderen ehrlosen Verhaltens sich schuldig machen. Für Nr. 3 werden besonders die Minderjährigen in Frage kommen, die sich der Aufsicht der Eltern und Erzieher entziehen oder widersetzen, gegen deren Willen in schlechter Gesellschaft sich bewegen, wo sie Anreizung zum lüderlichen Leben und zur Begehung von Straftaten finden; weibliche Minderjährige, die der Gewerbsunzucht sich ergeben haben oder ihr zu verfallen drohen.

Da durch eine untere Altersgrenze die Anordnung der Fürsorgeerziehung nicht beschränkt ist, so können ihr auch Kinder, die das schulpflichtige Alter noch nicht erreicht haben, überwiesen werden. Von dieser Befugnis wird aber nur dann Gebrauch zu machen sein, wenn keine andere Maßnahme sich finden läßt, um der Verwahrlosung des Kindes vorzubeugen.

Im Falle der Todeserklärung beginnt die elterliche Gewalt der Mutter mit dem Zeitpunkte, der als Zeitpunkt des Todes des Vaters gilt.

§ 1685. Ist der Vater an der Ausübung der elterlichen Gewalt tatsächlich verhindert, oder ruht seine elterliche Gewalt, so übt während der Dauer der Ehe die Mutter die elterliche Gewalt mit Ausnahme der Nutznießung aus.

Ist die Ehe aufgelöst, so hat das Vormundschaftsgericht der Mutter auf ihren Antrag die Ausübung zu übertragen, wenn die elterliche Gewalt des Vaters ruht und keine Aussicht besteht, daß der Grund des Ruhens wegfallen werde. Die Mutter erlangt in diesem Falle auch die Nutznießung an dem Vermögen des Kindes.

§ 1686. Auf die elterliche Gewalt der Mutter finden die für die elterliche Gewalt des Vaters geltenden Vorschriften Anwendung, soweit sich nicht aus den §§ 1687—1697 ein Anderes ergibt.

[1]) Seite IX.

Durch die Bestimmung in § 2, daß die Erziehung auf öffentliche Kosten erfolgt, ist nicht ausgeschlossen, Kinder vermögender Eltern oder vermögende Minderjährige in Fürsorgeerziehung zu nehmen, auch wenn sie die dadurch entstehenden Kosten ersetzen (§ 16).

II. Das Verfahren für die Anordnung der Fürsorgeerziehung (§§ 3 und 4).

Die Fürsorgeerziehung kann nur vom Vormundschaftsgerichte im Beschlußverfahren angeordnet werden und zwar sowohl von Amtswegen, wenn ihm Tatsachen bekannt werden, welche die Voraussetzungen des § 1 des Gesetzes begründen, als auf Antrag.

Recht und Pflicht zur Stellung des Antrages sind beschränkt in Landkreisen auf den Landrat (in den Hohenzollernschen Landen der Oberamtmann), die Gemeindevorstände der Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern sowie der diesen gleichgestellten Städte der Provinz Hannover, in Stadtkreisen auf den Gemeindevorstand und die Vorsteher Königlicher Polizeibehörden.

Diese Beschränkung hat den Zweck, eine zuverlässige und gleichmäßige Handhabung des Gesetzes sicher zu stellen. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß auch andere Behörden, Beamte und Privatpersonen beim Vormundschaftsgerichte unter Mitteilung von Tatsachen die Fürsorgeerziehung eines Minderjährigen in Anregung bringen können.

Die Anträge sind bei dem Vormundschaftsgerichte zu stellen, in dessen Bezirke der Minderjährige zur Zeit der Einleitung des Verfahrens seinen Wohnsitz (§§ 7, 11 B.G.B.)[1]) oder in Ermangelung eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat. Ist für den Minderjährigen eine Vormundschaft oder Pflegschaft anhängig, oder ist der Mutter, unter deren elterlicher Gewalt er steht, ein Beistand bestellt, so ist der Antrag bei dem Gerichte zu stellen, bei welchem die Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft anhängig ist (Reichsgesetz über die Angelegenheit freiwilliger Gerichtsbarkeit vom 17./20. Mai 1898, §§ 36, 43)[2]).

---

[1]) § 7. Wer sich an einem Orte ständig niederläßt, begründet an diesem Orte seinen Wohnsitz.

Der Wohnsitz kann gleichzeitig an mehreren Orten bestehen.

Der Wohnsitz wird aufgehoben, wenn die Niederlassung mit dem Willen aufgehoben wird, sie aufzugeben.

§ 11. Ein eheliches Kind teilt den Wohnsitz des Vaters, ein uneheliches Kind den Wohnsitz der Mutter, ein an Kindesstatt angenommenes Kind den Wohnsitz des Annehmenden. Das Kind behält den Wohnsitz, bis es ihn rechtsgültig aufhebt.

Eine erst nach dem Eintritte der Volljährigkeit des Kindes erfolgende Legitimation oder Annahme an Kindesstatt hat keinen Einfluß auf den Wohnsitz des Kindes.

[2]) § 36. Für die Vormundschaft ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirke der Mündel zu der Zeit, zu welcher die Anordnung der Vormundschaft erforderlich wird, seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines inländischen Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat. Wird die Anordnung einer Vormundschaft über Geschwister erforderlich, die in den Bezirken verschiedener Vormundschaftsgerichte ihren Wohnsitz oder ihren Aufenthalt haben, so ist, wenn für einen der Mündel schon eine Vormundschaft anhängig ist, das für diesen zuständige Gericht, anderenfalls dasjenige Gericht, in dessen Bezirke der jüngste Mündel seinen Wohnsitz oder seinen Aufenthalt hat, für alle Geschwister maßgebend.

Ist der Mündel ein Deutscher und hat er im Inlande weder Wohnsitz noch Aufenthalt, so ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirke der Mündel seinen letzten inländischen Wohnsitz hatte. In Ermangelung eines solchen Wohnsitzes wird das zuständige Gericht, falls der Mündel einem Bundesstaat angehört, von der Landesjustizverwaltung, anderenfalls von dem Reichskanzler bestimmt.

Für die Vormundschaft über einen Minderjährigen, dessen Familienstand nicht zu ermitteln ist, ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirke der Minderjährige aufgefunden wurde.

Die nachgeordneten Polizei- und Gemeindeorgane, die Waisenräte und Armenpfleger sind anzuweisen, den zur Stellung des Antrages verpflichteten Behörden (§ 4) alle die Fälle zur Kenntnis zu bringen, in denen Kinder von Eltern und Erziehern mißhandelt, vernachlässigt oder körperlich oder geistig verwahrlost werden, wenn Minderjährige eine strafbare Handlung begangen haben oder sich einem ungeordneten, lüderlichen Lebenswandel ergeben, dem zu wehren die Kirche, die Schule und das Elternhaus machtlos sind. Ganz besonders sind Geistliche, Ärzte und Lehrer berufen, da, wo ihnen auf Grund dieses Gesetzes die Anordnung der Fürsorgeerziehung notwendig erscheint, die geeigneten Anträge zu stellen.

Es ist dahin zu wirken, daß bei den Anzeigen und Mitteilungen die den Antrag begründeten Tatsachen bestimmt bezeichnet und, soweit möglich, die erforderlichen Beweismittel und Zeugen angegeben werden. Die Anzeigen und Mitteilungen sind rechtzeitig, d. h. nicht erst bei vorgeschrittener, sondern schon bei beginnender Verwahrlosung zu machen, weil dann die Fürsorgeerziehung am meisten Aussicht auf Erfolg hat.

Die Vorsteher der Gefängnisse, in denen jugendliche Verurteilte ihre Strafe verbüßen, haben mit der Konferenz der Oberbeamten, zu denen der Geistliche, der Arzt und der Lehrer gehören, oder, wo solche Konferenzen nicht bestehen, mit dem Anstaltsgeistlichen oder Lehrer zu erörtern, ob die Fürsorgeerziehung für einen Jugendlichen nach verbüßter Strafe notwendig erscheint. Bejahendenfalls ist der Konferenzbeschluß oder das Gutachten mit den Akten der zuständigen Behörde (§ 4) so rechtzeitig mitzuteilen, daß womöglich das Verfahren vor Ablauf der Strafe beendigt sein und die Unterbringung zur Fürsorge sich unmittelbar an die Verbüßung der Strafe anschließen kann.

Die Staatsanwaltschaften werden die zu ihrer Kenntnis kommenden Fälle, in denen nach ihrer Ansicht ein Anlaß zur Fürsorgeerziehung vorliegt, den zur Antragstellung berechtigten Behörden (§ 4) unter Beifügung der Akten mitteilen.

Werden Minderjährige vor vollendetem achtzehnten Lebensjahre auf Grund der Bestimmungen des durch das Reichsgesetz vom 25. Juni 1900 (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 301) abgeänderten § 362[1]) des Strafgesetzbuches und des

§ 43. Die Zuständigkeit für eine Verrichtung des Vormundschaftsgerichts, die nicht eine Vormundschaft oder eine Pflegschaft betrifft, bestimmt sich, soweit sich nicht aus dem Gesetz ein Anderes ergibt, nach den Vorschriften des § 36 Abs. 1, 2; maßgebend ist für jede einzelne Angelegenheit der Zeitpunkt, in welchem das Gericht mit ihr befaßt wird.

Ist für die Person, in Ansehung deren die Verrichtung des Vormundschaftsgerichts erforderlich wird, eine Vormundschaft oder eine Pflegschaft anhängig oder ist der Mutter, unter deren elterlicher Gewalt sie steht, ein Beistand bestellt, so ist das Gericht zuständig, bei welchem die Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft anhängig ist.

[1]) § 362. Die nach Vorschrift des § 361 Nr. 3 bis 8 Verurteilten können zu Arbeiten, welche ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, innerhalb und, sofern sie von anderen freien Arbeitern getrennt gehalten werden, auch außerhalb der Strafanstalt angehalten werden.

Bei der Verurteilung zur Haft kann zugleich erkannt werden, daß die verurteilte Person nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde zu überweisen sei. Im Falle des § 361 Nr. 4 ist dieses jedoch nur dann zulässig, wenn der Verurteilte in den letzten drei Jahren wegen dieser Übertretung mehrmals rechtskräftig verurteilt worden ist, oder wenn derselbe unter Drohungen oder mit Waffen gebettelt hat.

§ 361[1]) des Strafgesetzbuches der Landespolizeibehörde überwiesen, so haben die Regierungspräsidenten die zuständigen Behörden (§ 4) anzuweisen, den Antrag auf Fürsorgeerziehung zu stellen, wenn in anderer Weise die Unterbringung des Minderjährigen in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt oder in einem Asyle nicht sicher gestellt werden kann.

Der Landrat (Oberamtmann, Gemeindevorstand, Vorsteher der Königlichen Polizeibehörde) hat, sobald ihm der Beschluß des Vormundschaftsgerichts auf Überweisung zur Fürsorgeerziehung zugestellt ist, dem Landesdirektor (Landeshauptmann) des zur Unterbringung verpflichteten Kommunalverbandes (in Berlin dem Magistrate) unverzüglich eine Mitteilung über die persönlichen, häuslichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse des Überwiesenen zu machen, worin er sich zugleich gutachtlich darüber äußert, ob die Unterbringung in einer Familie oder in einer Anstalt zweckmäßiger erscheint.

III. Vorläufige Unterbringung (§ 5).

Das Vormundschaftsgericht kann bei Gefahr im Verzuge eine vorläufige Unterbringung des Minderjährigen anordnen. Bei ihren Anträgen haben die zuständigen Behörden (§ 4) anzugeben, ob sie eine solche Gefahr für vorliegend erachten. Da diese vorläufige Unterbringung sich häufig als notwendig erweisen wird, namentlich in solchen Fällen, wo gegen den die Fürsorgeerziehung anordnenden Beschluß des Vormundschaftsgerichts Beschwerde eingelegt wird, so ist mit geeigneten, im Kreise oder in den

---

Durch die Überweisung erhält die Landespolizeibehörde die Befugnis, die verurteilte Person bis zu zwei Jahren entweder in ein Arbeitshaus unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden. Im Falle des § 361 Nr. 6 kann die Landespolizeibehörde die verurteilte Person statt in ein Arbeitshaus in eine Besserungs- oder Erziehungsanstalt oder in ein Asyl unterbringen; die Unterbringung in ein Arbeitshaus ist unzulässig, falls die verurteilte Person zur Zeit der Verurteilung das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Ist gegen einen Ausländer auf Überweisung an die Landespolizeibehörde erkannt, so kann neben oder an Stelle der Unterbringung Verweisung aus dem Bundesgebiet eintreten.

[1]) § 361. Mit Haft wird bestraft:

1. pp.
3. wer als Landstreicher umherzieht;
4. wer bettelt oder Kinder zum Betteln anleitet oder ausschickt, oder Personen, welche seiner Gewalt und Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, vom Betteln abzuhalten unterläßt;
5. wer sich dem Spiel, Trunk oder Müßiggang dergestalt hingibt, daß er in einen Zustand gerät, in welchem er zu seinem Unterhalte oder zum Unterhalte derjenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, durch Vermittelung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß;
6. eine Weibsperson, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt ist, wenn sie den in dieser Hinsicht zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes erlassenen polizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, oder welche, ohne einer solchen Aufsicht unterstellt zu sein, gewerbsmäßig Unzucht treibt;
7. wer, wenn er aus öffentlichen Armenmitteln eine Unterstützung empfängt, sich aus Arbeitsscheu weigert, die ihm von der Behörde angewiesene, seinen Kräften angemessene Arbeit zu verrichten;
8. wer nach Verlust seines bisherigen Unterkommens binnen der ihm von der zuständigen Behörde bestimmten Frist sich kein anderweitiges Unterkommen verschafft hat, und auch nicht nachweisen kann, daß er solches der von ihm angewandten Bemühungen ungeachtet, nicht vermocht habe;
9. pp.

Städten belegenen, Anstalten über die Aufnahme solcher Minderjährigen ein Abkommen zu treffen, damit die Polizeibehörde in der Lage ist, die Anordnung des Gerichts ohne Verzug und zutreffend auszuführen. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß der Minderjährige sich nicht aus eigenem Antriebe oder durch Vermittelung seiner Angehörigen dem vormundschaftsgerichtlichen Verfahren entzieht. Die Letzteren sind von der Polizeibehörde auf die Strafbestimmungen des § 21 ausdrücklich aufmerksam zu machen. Gefängnisse dürfen zur Unterbringung solcher Minderjährigen unter keinen Umständen benutzt werden.

IV. Überführung (§ 9 Abs. 3).

Die Überführung des Zöglings in die von dem Kommunalverbande zu seiner Aufnahme bestimmte Familie oder Anstalt hat die Polizeibehörde des Aufenthaltsorts zu veranlassen. Die Begleiter sind mit besonderer Sorgfalt auszuwählen; weibliche Zöglinge sind in der Regel durch weibliche Begleiter zu überführen.

V. Ausführung der Fürsorgeerziehung (§§ 9, 10, 14).

Die Ausführung der Fürsorgeerziehung liegt wie bisher den Kommunalverbänden ob; sie bestimmen darüber, ob der Zögling in einer Familie oder in einer Erziehungsanstalt untergebracht werden soll und führen über ihn die Aufsicht bis zur Beendigung der Fürsorgeerziehung. Bei der Fürsorgeerziehung ist das Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß die Zöglinge, der Verwahrlosung entnommen, zu religiös-sittlichen Menschen erzogen und zu brauchbaren Arbeitern, vorzugsweise für die Landwirtschaft ausgebildet werden.

a) Familienerziehung.

So lange die Zwecke der Fürsorgeerziehung durch Unterbringung in einer Familie nur irgend erreicht werden können, ist dieser der Vorzug zu geben. Sie wird von vornherein zur Anwendung zu bringen sein, wenn der Zögling das schulpflichtige Alter noch nicht überschritten hat und ein erhebliches sittliches Verderbnis nicht vorliegt, oder nach voraufgegangener Anstaltserziehung, wenn der Zögling durch sie an Zucht und Ordnung gewöhnt, körperlich, geistig und sittlich gekräftigt ist. Bei der Auswahl der Familien ist in erster Linie darauf zu sehen, daß sie für eine ernst religös-sittliche Erziehung der Zöglinge Gewähr bieten. Es sind ferner nur solche Familien zu wählen, die in geordneten Verhältnissen leben und eine ausreichende Wohnung haben. Familien, die auf dem Lande oder in kleinen Städten wohnen und den Zöglingen Gelegenheit bieten, sich mit Land- oder Gartenarbeit zu beschäftigen, sind besonders zu bevorzugen. Von Familien, die in großen Städten oder dicht bevölkerten Industriebezirken wohnen, wird möglichst abzusehen sein. Die Familie muß dem religiösen Bekenntnisse des Zöglings angehören. Bei nicht mehr schulpflichtigen Kindern kann von dieser Bestimmung ausnahmsweise abgesehen werden, wenn eine geeignete Familie ihres Bekenntnisses überhaupt nicht oder nur an solchen Orten gefunden werden kann, wo die Beaufsichtigung des Zöglings besondere Schwierigkeiten bietet. Dann ist jedoch die regelmäßige Teilnahme des Zöglings am Gottesdienste seines Bekenntnisses sicher zu stellen.

Mit dem Familienhaupte ist über die Aufnahme des Zöglings ein Vertrag abzuschließen, in welchem sich derselbe verpflichtet, den Zögling in seinen Familienkreis aufzunehmen, ihn in religiös-sittlichem Sinne zu erziehen, zum regelmäßigen Besuche des Gottesdienstes und der Schule, und Anfertigung der in der Schule gegebenen Aufgaben, sowie zu Ordnung, Reinlichkeit und Arbeitsamkeit anzuhalten, ihm eine angemessene Unterkunft mit besonderem Bett, gesunde ausreichende Beköstigung,

den Verhältnissen angemessene, reinliche Kleidung, in Krankheitsfällen Pflege und ärztliche Hilfe zu gewähren, ihn zu den für sein Alter und Geschlecht passenden häuslichen und ländlichen Arbeiten anzuleiten und zu verwenden, soweit dies ohne Schädigung der Gesundheit des Zöglings und des Schulunterrichts geschehen kann. Die Verwendung des Zöglings in Fabriken und ähnlichen Betrieben ist zu untersagen, bei der Hausindustrie nur mit Genehmigung des Fürsorgers zuzulassen.

Es ist möglichst darauf zu sehen, daß die Familie dem bisherigen Aufenthaltsorte des Zöglings nicht zu nahe wohnt und daß nicht mehrere Zöglinge in derselben Familie untergebracht werden.

Zur Ermittelung geeigneter Familien werden die Gemeindevorstände, die Pfarrämter und Waisenräte den Kommunalverbänden behilflich sein und die erforderliche Auskunft geben.

Auch die Unterbringung des Zöglings in der eigenen Familie ist zulässig. Vorbedingung dafür ist, daß die Erziehung in einer fremden Familie oder in einer Anstalt den Zögling sittlich gebessert hat und daß die Verhältnisse der eigenen Familie, durch welche die Verwahrlosung des Zöglings verschuldet ist, beseitigt sind, etwa durch Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, durch Ausscheiden des schuldigen Elternteils, durch Verziehen der Familie in eine andere sozial gesundere Umgebung. Durch diese Maßregel wird die Fürsorgeerziehung nicht aufgehoben, der Zögling untersteht der vom Kommunalverbande angeordneten Aufsicht und kann der Familie jederzeit genommen und anderweit untergebracht werden, wenn sie sich ungeeignet erweist.

Von der Unterbringung des Zöglings in einer Familie ist vorher dem Gemeindevorstande, sowie dem zuständigen Geistlichen Anzeige zu machen. Ist der Zögling schulpflichtig, so ist auch die Schulbehörde zu benachrichtigen und festzustellen, daß die Aufnahme des Zöglings in die Volksschule gesichert ist (§ 19).

b) Anstaltserziehung.

Die Unterbringung in Anstalten erscheint vorzugsweise angebracht für Minderjährige, die zu geschlechtlichen Ausschweifungen, zum Landstreichen und Verbrechen neigen oder in anderer Weise sittlich verwahrlost sind, sowie solche, deren körperlicher Zustand eine besondere Pflege unter ärztlicher Aufsicht fordert. Die Zöglinge sollen aber in der Anstalt nur so lange bleiben, als unbedingt notwendig ist, um sie an Zucht und Ordnung zu gewöhnen, leiblich und geistig zu kräftigen. Sobald dieser körperliche und sittliche Reinigungsprozeß beendet ist, sind sie in Familien, wenn möglich unter Aufsicht des Anstaltsvorstehers, der ihren Charakter kennt, unterzubringen, die Schulpflichtigen in Pflege, die Schulentlassenen im Gesindedienst oder als Lehrlinge. Führen sie sich schlecht oder erweist sich die Familie als ungeeignet, so sind sie in die Anstalt zurückzunehmen, um geeigneten Falles nach einiger Zeit einen erneuten Versuch mit der Familienerziehung zu machen. Für die Anstaltserziehung sind geeignete kirchliche oder Privatanstalten zu benutzen und, soweit diese nicht vorhanden, von den Kommunalverbänden eigene Anstalten zu errichten. Als geeignet werden nur solche Anstalten anzusehen sein, die Sicherheit für eine Erziehung der Zöglinge auf religiös-sittlicher Grundlage bieten und deren Leiter für die Lösung der Aufgabe der Fürsorgeerziehung befähigt sind.

Die Anstalten müssen durch ihre Lage, baulichen und gesundheitlichen Einrichtungen und die Gelegenheit, die Zöglinge mit Feld-, Garten-, Haus-, und anderen geeigneten

Arbeiten außerhalb der Unterrichtsstunden zu beschäftigen, den besonderen Anforderungen der Fürsorgeerziehung entsprechen und den Zöglingen einen ausreichenden, den Vorschriften für die Volksschule gemäßen Unterricht gewähren. Die Anstalten sollen nicht zu klein sein, weil dann die wirtschaftliche Lage meist nicht gestattet, einen pädagogisch geschulten Leiter an die Spitze zu stellen und einen ausreichenden Schulunterricht einzurichten, und nicht zu groß, weil dann der Leiter nicht im Stande ist, die Eigenart jedes Zöglings genau kennen zu lernen und ihn dementsprechend zu behandeln. Erfahrungsgemäß ist für nicht öffentliche Anstalten die Einrichtung für 50—100 Zöglinge die zweckmäßigste.

Es empfiehlt sich nur solche Anstalten zu benutzen, die auf konfessioneller Grundlage stehen und entweder nur für Knaben oder nur für Mädchen bestimmt sind. Zöglinge, die das schulpflichtige Alter noch nicht überschritten haben, können unter Umständen auch in Anstalten, die für Kinder beiderlei Geschlechts bestimmt sind, untergebracht werden, wenn die Aufenthaltsräume für Tag und Nacht, und die Spielplätze vollständig von einander getrennt sind. Von der Benutzung solcher Anstalten, die in Mitten großer Städte oder industrieller Bezirke liegen, wird möglichst abzusehen sein. Die Staats- und Gemeindebehörden werden angewiesen, den Kommunalverbänden bei der Ermittelung von Anstalten behilflich zu sein und ihnen jede gewünschte Auskunft über deren Einrichtung und Verwaltung nach bestem Vermögen zu erteilen.

Für die den Kommunalverbänden gehörenden Anstalten wird es sich empfehlen, sie auf eine Zahl von 80—200 Zöglingen konfessionell und entweder nur für männliche oder nur für weibliche Zöglinge einzurichten. Als Leiter der für männliche Zöglinge bestimmten Anstalt ist ein pädagogisch gebildeter Geistlicher oder im öffentlichen Schuldienste bewährter Lehrer zu wählen, dem die erforderliche Zahl von Lehrern und Führern beizugeben ist, um unter den Zöglingen zur besseren Übersicht und Erziehung verschiedene Abteilungen bilden zu können. Ein ausreichendes Gelände, um darauf die Zöglinge mit Garten-, Feldarbeit und Viehwartung zu beschäftigen, einige Werkstätten, um männliche Zöglinge in Handfertigkeiten, welche für ihr späteres Fortkommen von Wert sind, durch fachkundige Beamte unterweisen zu lassen, dürfen nicht fehlen.

In den Erziehungsanstalten für weibliche Zöglinge sollen außer dem Geistlichen und dem Arzte nur weibliche Beamte tätig sein. Die Anstalt muß die Möglichkeit bieten, die Zöglinge in der Haus-, Garten-, Feld- und Viehwirtschaft gründlich zu beschäftigen. Außerdem sind sie in den gewöhnlichen weiblichen Handarbeiten: Nähen, Stricken, Flicken usw. auszubilden.

Die Anstalten müssen den schulpflichtigen Zöglingen den vorschriftsmäßigen Volksschulunterricht gewähren. Die Schulentlassenen sind in den Zeiten, wo sie nicht mit Arbeiten in der Haus- und Feldwirtschaft beschäftigt werden, in den Unterrichtsgegenständen der Volksschule weiter zu fördern.

Den Kommunalverbänden ist gestattet, zur Errichtung eigener Erziehungsanstalten Gebäude, die bei Landarmen- und Arbeitshäusern überflüssig werden, zu benutzen. Diese Gebäude müssen jedoch von den zur Aufnahme der Landarmen und Korrigenden bestimmten vollständig abgeschlossen werden; die Erziehungsanstalt muß ihren eigenen pädagogisch gebildeten Leiter und ein besonderes Lehr- und Aufsichtspersonal haben; das Personal des Landarmen- und Arbeitshauses darf bei den Zöglingen nicht zur

BIBLIOTECA UNIVERSITARIA D TORINO

Verwendung kommen. Die Zöglinge müssen unter allen Umständen, auch bei der Arbeit, von den Insassen des Landarmenhauses oder Korrektionshauses so getrennt gehalten werden, daß irgend eine Berührung zwischen ihnen nicht stattfindet.

Dagegen kann die wirtschaftliche Verwaltung beider Anstalten unter der Oberleitung des Vorstehers des Arbeitshauses gemeinsam sein.

Bis zum 1. April 1903 ist es den Kommunalverbänden, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes über geeignete Anstalten nicht in ausreichendem Maße verfügen, gestattet, Fürsorgezöglinge auch in Arbeitshäusern und Landarmenhäusern unterzubringen. Es wird jedoch vorausgesetzt, daß diese Maßregel nur zur Anwendung kommt bei Minderjährigen, welche das schulpflichtige Alter überschritten haben; daß den Zöglingen besondere Aufenthaltsräume für den Tag und die Nacht angewiesen werden, so daß sie mit den Häuslingen nicht in Berührung kommen und für sie ein besonderes Aufsichtspersonal, das der erziehlichen Aufgabe gewachsen ist, bestimmt wird.

Der Zögling ist, soweit irgend möglich, in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen. Ist eine solche Anstalt, die zugleich den Aufgaben der Fürsorgeerziehung gewachsen ist, im Bezirke des verpflichteten Kommunalverbandes nicht vorhanden, so ist die Unterbringung in einer geeigneten Anstalt im Bezirke eines anderen Kommunalverbandes anzustreben. Läßt sich die Unterbringung eines Zöglings in einer geeigneten Anstalt seines Bekenntnisses nicht ermöglichen, so ist der Religionsunterricht und die regelmäßige Teilnahme am Gottesdienste nach den Ordnungen seines Bekenntnisses sicher zu stellen. Zöglinge, die wegen ihres krankhaften Zustandes in Anstalten, welche für Kranke, Gebrechliche, Idiote, Epileptische, Taubstumme oder Blinde bestimmt sind, untergebracht werden müssen, fallen dadurch nicht ohne Weiteres aus der Fürsorgeerziehung. Für die Aufhebung dieser Maßregel gelten auch bei diesen Zöglingen die Bestimmungen des § 13 Abs. 2.

VI. Dienst oder Lehre.

Vor Ablauf des schulpflichtigen Alters ist rechtzeitig für eine den Fähigkeiten und Verhältnissen des Zöglings passende und tunlichst seinen Wünschen entsprechende Dienst- oder Lehrstelle zu sorgen.

Als Dienst- oder Lehrherren sollen nur durchaus zuverlässige und tüchtige Personen ausgewählt werden. Bei etwa abzuschließenden Lehrverträgen ist die tüchtige Ausbildung im Handwerk innerhalb einer bestimmten Zeit sicher zu stellen.

Im übrigen sind bei Abschließung des Lehrvertrages die Bestimmungen der §§ 126—132a der Gewerbeordnung, Reichsgesetz vom 26. Juli 1897 (Reichsgesetzblatt S. 663)[1]) zu beachten. Die Unterbringung in Lehre und Dienst ist Familien-

[1]) § 126. Die Befugnis zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen steht Personen, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, nicht zu.

§ 126a. Die Befugnis zum Halten und zur Anleitung von Lehrlingen kann solchen Personen ganz oder auf Zeit entzogen werden, welche sich wiederholt grober Pflichtverletzungen gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben, oder gegen welche Tatsachen vorliegen, die sie in sittlicher Beziehung zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen ungeeignet erscheinen lassen.

Die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen kann ferner solchen Personen entzogen werden, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zur sachgemäßen Anleitung eines Lehrlings nicht geeignet sind.

erziehung und finden dafür die bezüglichen Vorschriften dieser Ausführungsbestimmungen, insbesondere auch über die konfessionelle Erziehung, sinngemäße Anwendung (Nr. Va).

VII. Fürsorger (§ 11).

Für jeden in einer Familie untergebrachten Zögling ist von dem verpflichteten Kommunalverbande ein Fürsorger zu bestellen, dessen Aufgabe es ist, sowohl die Führung als auch die Erziehung und Behandlung der ihnen zugewiesenen Zöglinge zu überwachen.

Die Entziehung erfolgt durch Verfügung der unteren Verwaltuugsbehörde; gegen die Verfügung findet der Rekurs statt. Wegen des Verfahrens und der Behörden gelten die Vorschriften der §§ 20 und 21, soweit nicht landesgesetzlich das Verfahren in streitigen Verwaltungssachen Platz greift.

Durch die höhere Verwaltungsbehörde kann die entzogene Befugnis nach Ablauf eines Jahres wieder eingeräumt werden.

§ 126b. Der Lehrvertrag ist binnen vier Wochen nach Beginn der Lehre schriftlich abzuschließen. Derselbe muß enthalten:

1. Die Bezeichnung des Gewerbes oder des Zweiges der gewerblichen Tätigkeit, in welchem die Ausbildung erfolgen soll;
2. die Angabe der Dauer der Lehrzeit;
3. die Angabe der gegenseitigen Leistungen;
4. die gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen, unter welchen die einseitige Auflösung des Vertrages zulässig ist.

Der Lehrvertrag ist von dem Gewerbetreibenden oder seinem Stellvertreter, dem Lehrling und dem Vater oder Vormunde des Lehrlings zu unterschreiben und in einem Exemplare dem Vater oder Vormunde des Lehrlings auszuhändigen. Der Lehrherr ist verpflichtet, der Ortspolizeibehörde auf Erfordern den Lehrvertrag einzureichen.

Auf Lehrlinge in staatlich anerkannten Lehrwerkstätten finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Der Lehrvertrag ist kosten- und stempelfrei.

§ 127. Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling in den bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten des Gewerbes dem Zwecke der Ausbildung entsprechend zu unterweisen, ihn zum Besuche der Fortbildungs- oder Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter die Ausbildung des Lehrlings leiten, den Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anhalten und vor Ausschweifungen bewahren, er hat ihn gegen Mißhandlungen Seitens der Arbeits- und Hausgenossen zu schützen und dafür Sorge zu tragen, daß dem Lehrlinge nicht Arbeitsverrichtungen zugewiesen werden, welche seinen körperlichen Kräften nicht angemessen sind.

Er darf dem Lehrlinge die zu seiner Ausbildung und zum Besuche des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen erforderliche Zeit und Gelegenheit nicht entziehen. Zu häuslichen Dienstleistungen dürfen Lehrlinge, welche im Hause des Lehrherrn weder Kost noch Wohnung erhalten, nicht herangezogen werden.

§ 127a. Der Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen und dem Lehrherrn sowie Demjenigen, welcher an Stelle des Lehrherrn die Ausbildung zu leiten hat, zur Folgsamkeit und Treue, zu Fleiß und anständigem Betragen verpflichtet.

Übermäßige und unanständige Züchtigungen, sowie jede die Gesundheit des Lehrlings gefährdende Behandlung sind verboten.

§ 127b. Das Lehrverhältnis kann, wenn eine längere Frist nicht vereinbart ist, während der ersten vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Eine Vereinbarung, wonach diese Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig.

Nach Ablauf der Probezeit kann der Lehrling vor Beendigung der verabredeten Lehrzeit entlassen werden, wenn einer der im § 123 vorgesehenen Fälle auf ihn Anwendnng findet oder wenn er die ihm im § 127a auferlegten Pflichten wiederholt verletzt oder den Besuch der Fortbildungs- oder Fachschule vernachlässigt.

Die noch nicht schulentlassenen Zöglinge hat er von Zeit zu Zeit persönlich in der Familie aufzusuchen, sich von der Art der Unterkunft, Verpflegung, Erziehung, Beschäftigung zu überzeugen, durch Benehmen mit dem Ortsgeistlichen und der Schulbehörde sich zu vergewissern, daß Schul- und Kirchenbesuch regelmäßig ist und die vertraglichen Bestimmungen gewissenhaft erfüllt werden und für Abstellung etwaiger Mängel zu sorgen. Den Anordnungen des Fürsorgers müssen der Familienvorstand und der Zögling vorbehaltlich der Beschwerde an den Kommunalverband nachkommen.

Von Seiten des Lehrlings kann das Lehrverhältnis nach Ablauf der Probezeit aufgelöst werden, wenn:

1. einer der im § 125 unter Ziffer 1, 3—5 vorgesehenen Fälle vorliegt;
2. der Lehrherr seine gesetzlichen Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlinges gefährdenden Weise vernachlässigt, oder das Recht der väterlichen Zucht mißbraucht, oder zur Erfüllung der ihm vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen unfähig wird.

Der Lehrvertrag wird durch den Tod des Lehrlinges aufgehoben. Durch den Tod des Lehrherrn gilt der Lehrvertrag als aufgehoben, sofern die Aufhebung binnen vier Wochen geltend gemacht wird.

§ 127c. Bei Beendigung des Lehrverhältnisses hat der Lehrherr dem Lehrling unter Angabe des Gewerbes, in welchem der Lehrling unterwiesen worden ist, über die Dauer der Lehrzeit und die während derselben erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten, sowie über sein Betragen ein Zeugnis auszustellen, welches von der Gemeindebehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen ist.

An Stelle dieser Zeugnisse treten, wo Innungen oder andere Vertretungen der Gewerbetreibenden bestehen, die von diesen ausgestellten Lehrbriefe.

§ 127d. Verläßt der Lehrling in einem durch dies Gesetz nicht vorgesehenen Falle ohne Zustimmung des Lehrherrn die Lehre, so kann Letzterer den Anspruch auf Rückkehr des Lehrlings nur geltend machen, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist. Die Polizeibehörde kann in diesem Falle auf Antrag des Lehrherrn den Lehrling anhalten, so lange in der Lehre zu verbleiben, als durch gerichtliches Urteil das Lehrverhältnis nicht für aufgelöst erklärt ist, oder dem Lehrlinge durch einstweilige Verfügung eines Gerichts gestattet ist, der Lehre fern zu bleiben. Der Antrag ist nur zulässig, wenn er binnen einer Woche nach dem Austritt des Lehrlings gestellt ist. Im Falle unbegründeter Weigerung der Rückkehr hat die Polizeibehörde den Lehrling zwangsweise zurückführen zu lassen oder durch Androhung von Geldstrafe bis zu 50 Mark oder Haft bis zu fünf Tagen zur Rückkehr anzuhalten.

§ 127e. Wird von dem Vater oder Vormunde für den Lehrling oder, sofern der Letztere volljährig ist, von ihm selbst dem Lehrherrn die schriftliche Erklärung abgegeben, daß der Lehrling zu einem anderen Gewerbe oder anderen Berufe übergehen werde, so gilt das Lehrverhältnis, wenn der Lehrling nicht früher entlassen wird, nach Ablauf von vier Wochen als aufgelöst. Den Grund der Auflösung hat der Lehrherr in dem Arbeitsbuche zu vermerken.

Binnen neun Monaten nach der Auflösung darf der Lehrling in demselben Gewerbe von einem anderen Arbeitgeber ohne Zustimmung des früheren Lehrherrn nicht beschäftigt werden.

§ 127f. Erreicht das Lehrverhältnis vor Ablauf der verabredeten Lehrzeit sein Ende, so kann von dem Lehrherrn oder von dem Lehrling ein Anspruch auf Entschädigung nur geltend gemacht werden, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist. In den Fällen des § 127b Abs. 1 und 4 kann der Anspruch nur geltend gemacht werden, wenn dieses in dem Lehrvertrag unter Festsetzung der Art und Höhe der Entschädigung vereinbart ist.

Der Anspruch der Entschädigung erlischt, wenn er nicht innerhalb vier Wochen nach Auflösung des Lehrverhältnisses im Wege der Klage oder Einrede geltend gemacht ist.

§ 127g. Ist von dem Lehrherrn das Lehrverhältnis aufgelöst worden, weil der Lehrling die Lehre unbefugt verlassen hat, so ist die von dem Lehrherrn beanspruchte Entschädigung, wenn in dem Lehrvertrage nicht ein geringerer Betrag ausbedungen ist, auf einen Betrag festzusetzen, welcher für jeden auf den Tag des Vertragsbruches folgenden Tag der Lehrzeit, höchstens aber für sechs Monate, bis auf die Hälfte des in dem Gewerbe des Lehrherrn den Gesellen oder Gehilfen ortsüblich gezahlten Lohnes sich belaufen darf.

Bei den in Dienst oder Lehre Stehenden hat er darauf zu halten, daß der Verdienst der Zöglinge in angemessener Weise verwendet und ein Teil desselben auf der Sparkasse belegt wird. Halbjährlich hat der Fürsorger an dem vom Kommunalverbande bezeichneten Beamten über seine Wahrnehmungen kurz zu berichten.

Dem Fürsorger ist für die Ausübung seines Amtes vom Kommunalverbande eine gedruckte Anweisung zu geben; Abschriften der über die Unterbringung der Zöglinge abgeschlossenen Verträge sind ihm auszuhändigen. Der Fürsorger ist so zu

---

Für die Zahlung der Entschädigung sind als Selbstschuldner mitverhaftet der Vater des Lehrlings sowie derjenige Arbeitgeber, welcher den Lehrling zum Verlassen der Lehre verleitet oder welcher ihn in Arbeit genommen hat, obwohl er wußte, daß der Lehrling zur Fortsetzung eines Lehrverhältnisses noch verpflichtet war. Hat der Entschädigungsberechtigte erst nach Auflösung des Lehrverhältnisses von der Person des Arbeitgebers, welcher den Lehrling verleitet oder in Arbeit genommen hat, Kenntnis erhalten, so erlischt gegen diese der Entschädigungsanspruch erst, wenn derselbe nicht innerhalb vier Wochen nach erhaltener Kenntnis geltend gemacht ist.

§ 128. Wenn der Lehrherr eine im Mißverhältnisse zu dem Umfange oder der Art seines Gewerbebetriebes stehende Zahl von Lehrlingen hält, und dadurch die Ausbildung der Lehrlinge gefährdet erscheint, so kann dem Lehrherrn von der unteren Verwaltungsbehörde die Entlassung eines entsprechenden Teiles der Lehrlinge auferlegt und die Annahme von Lehrlingen über eine bestimmte Zahl hinaus untersagt werden. Die Bestimmungen des § 126a Abs. 3 finden hierbei entsprechende Anwendung.

Unbeschadet der vorstehenden Bestimmung können durch Beschluß des Bundesrates für einzelne Erwerbszweige Vorschriften über die höchste Zahl der Lehrlinge erlassen werden, welche in Betrieben dieser Gewerbszweige gehalten werden darf. Soweit solche Vorschriften nicht erlassen sind, können sie durch Anordnung der Landeszentralbehörde erlassen werden.

§ 129. In Handwerksbetrieben steht die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, welche das 24. Lebensjahr vollendet haben und in dem Gewerbe oder in dem Zweige des Gewerbes, in welchem die Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll,

entweder die von der Handwerkskammer vorgeschriebene Lehrzeit oder, so lange die Handwerkskammer eine Vorschrift über die Dauer der Lehrzeit nicht erlassen hat, mindestens eine dreijährige Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben,

oder fünf Jahre hindurch persönlich das Handwerk selbständig ausgeübt haben oder als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen sind.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann Personen, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen verleihen. Gehört die Person einer Innung an oder besteht an ihrem Wohnorte für den Gewerbszweig, welchem sie angehört, eine Innung, so ist die letztere vor der Entscheidung von der höheren Vewaltungsbehörde zu hören.

Die Unterweisung des Lehrlings in einzelnen technischen Handgriffen und Fertigkeiten durch einen Gesellen fällt nicht unter die im Absatz 1 vorgesehenen Bestimmungen.

Die Zurücklegung der Lehrzeit kann auch in einem dem Gewerbe angehörenden Großbetriebe erfolgen und durch den Besuch einer Lehrwerkstätte oder sonstigen gewerblichen Unterrichtsanstalt ersetzt werden. Die Landeszentralbehörden können den Prüfungszeugnissen von Lehrwerkstätten, gewerblichen Unterrichtsanstalten oder von Prüfungsbehörden, welche vom Staate für einzelne Gewerbe oder zum Nachweise der Befähigung zur Anstellung in staatlichen Betrieben eingesetzt sind, die Wirkung der Verleihung der im Absatz 1 bezeichneten Befugnis für bestimmte Gewerbszweige beilegen.

Der Bundesrat ist befugt, für einzelne Gewerbe Ausnahmen von Bestimmungen im Absatz 1 zuzulassen.

§ 129a. Der Unternehmer eines Betriebes, in welchem mehrere Gewerbe vereinigt sind, ist befugt, in allen zu dem Betriebe vereinigten Gewerben Lehrlinge anzuleiten, wenn er für eines dieser Gewerbe den Voraussetzungen des § 129 entspricht.

Wer für einen gesondert betriebenen Zweig eines Gewerbes den Voraussetzungen des § 129 entspricht, ist berechtigt, auch in den übrigen Zweigen dieses Gewerbes Lehrlinge anzuleiten.

wählen, daß er am Orte selbst, wo der Zögling untergebracht ist, oder doch so nahe wohnt, daß die persönliche Aufsicht nicht erschwert wird und daß er, wenn irgend möglich, dem religiösen Bekenntnisse des Zöglings angehört. Um die Übernahme des Amtes sind in erster Linie die zuständigen Ortsgeistlichen, Lehrer, Mitglieder von Waisenräten oder Erziehungsvereinen zu ersuchen; andere geeignete Persönlichkeiten sind mit Hilfe der Geistlichen und Gemeindevorstände zu ermitteln. Ist der Zögling bevormundet und wohnt der Vormund am Orte oder in der Nähe, so ist dieser zunächst als Fürsorger zu bestellen. Für Kinder im Alter unter 12 Jahren und weibliche Zöglinge sind vorzugsweise Frauen als Fürsorger zu bestellen.

VIII. Vormundschaft (§ 12).

Das Amt des Fürsorgers ist ein Ehrenamt, notwendige bare Auslagen werden erstattet. Der Vorstand einer unter Verwaltung des Kommunalverbandes stehenden

---

Wer für ein Gewerbe den Voraussetzungen des § 129 entspricht, ist berechtigt, auch in den diesem verwandten Gewerben Lehrlinge anzuleiten. Welche Gewerbe als verwandte Gewerbe im Sinne dieser Bestimmungen anzusehen sind, bestimmt die Handwerkskammer.

Das gemäß § 131c Absatz 2 dem Prüfungsausschusse vorzulegende Lehrzeugnis darf nur für dasjenige Gewerbe ausgestellt werden, für welches der Lehrherr oder sein Vertreter (§ 127 Absatz 1) zur Anleitung von Lehrlingen befugt ist.

§ 129b. Gehört der Lehrherr einer Innung an, so ist er verpflichtet, eine Abschrift des Lehrvertrags binnen vierzehn Tagen nach Abschluß desselben der Innung einzureichen; er kann hierzu durch die Ortspolizeibehörde angehalten werden.

Die Innungen können bestimmen, daß der Abschluß des Lehrvertrags vor der Innung erfolgen soll. In diesem Falle ist dem Lehrherrn und dem Vater oder Vormunde des Lehrlings eine Abschrift des Lehrvertrags auszuhändigen.

§ 130. Soweit durch den Bundesrat oder die Landeszentralbehörde auf Grund des § 128 Absatz 2 Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen nicht erlassen sind, ist die Handwerkskammer und die Innung zum Erlasse solcher Vorschriften befugt.

130a. Die Lehrzeit soll in der Regel drei Jahre dauern, sie darf den Zeitraum von vier Jahren nicht übersteigen.

Von der Handwerkskammer kann mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde die Dauer der Lehrzeit für die einzelnen Gewerbe oder Gewerbszweige nach Anhörung der beteiligten Innungen und der im § 103a Absatz 3 Ziffer 2 bezeichneten Vereinigungen festgesetzt werden.

Die Handwerkskammer ist befugt, Lehrlinge in Einzelfällen von der Innehaltung der festgesetzten Lehrzeit zu entbinden.

§ 131. Den Lehrlingen ist Gelegenheit zu geben, sich nach Ablauf der Lehrzeit der Gesellenprüfung (§ 139 Absatz 1) zu unterziehen.

Die Abnahme der Prüfung erfolgt durch Prüfungsausschüsse. Bei jeder Zwangsinnung wird ein Prüfungsausschuß gebildet, bei anderen Innungen nur dann, wenn ihnen die Ermächtigung zur Abnahme der Prüfungen von der Handwerkskammer erteilt ist. Soweit für die Abnahme der Prüfungen für die einzelnen Gewerbe nicht durch Prüfungsausschüsse der Innungen und die im § 129 Absatz 4 bezeichneten Lehrwerkstätten, gewerblichen Unterrichtsanstalten und Prüfungsbehörden gesorgt ist, hat die Handwerkskammer die erforderlichen Prüfungsausschüsse zu errichten.

§ 131a. Die Prüfungsausschüsse bestehen aus einem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzern.

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses wird von der Handwerkskammer bestellt. Von den Beisitzern wird bei dem Prüfungsausschuß einer Innung die Hälfte durch diese, die andere Hälfte aus der Zahl der Gesellen, welche eine Gesellenprüfung bestanden haben, durch den Gesellenausschuß bestellt. Bei den von der Handwerkskammer errichteten Prüfungsausschüssen werden auch die Beisitzer von der Handwerkskammer bestellt; die Hälfte der Beisitzer muß aus Gesellen bestehen.

Erziehungsanstalt übt nach Artikel 78 § 1 des Ausführungsgesetzes zum B.G.B.[1]) ohne weiteres die Rechte und Pflichten eines Vormundes über die Anstaltszöglinge aus; der Vorstand einer kirchlichen oder Privatanstalt kann ebenfalls auf Antrag des Kommunalverbandes zum Vormunde der Zöglinge bestellt werden. In beiden Fällen darf dem Vormund dieses Amt auch über die Zeit der Entlassung des Zöglings aus der Fürsorgeerziehung bis zu dessen Volljährigkeit belassen werden.

IX. Entlassung aus der Fürsorgeerziehung.

Die Fürsorgeerziehung endigt mit der Minderjährigkeit. Vorher kann die Aufhebung angeordnet werden durch Beschluß des Kommunalverbandes von Amtswegen oder auf Antrag der Eltern oder des gesetzlichen Vertreters des Zöglings. Bedingung dafür ist, daß der Zweck der Fürsorgeerziehung erreicht oder anderweit sicher gestellt ist. Vor der Beschlußfassung ist der Fürsorger oder Vorsteher der Anstalt, in welcher

---

Die Bestellung der Mitglieder der Prüfungsausschüsse erfolgt in der Regel auf drei Jahre.

Während der ersten sechs Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen können auch Gesellen (Gehilfen), welche die Gesellenprüfung nicht abgelegt haben, gewählt werden, wenn sie eine Lehrzeit von mindestens zwei Jahren zurückgelegt haben.

§ 131b. Die Prüfung hat den Nachweis zu erbringen, daß der Lehrling die in seinem Gewerbe gebräuchlichen Handgriffe und Fertigkeiten mit genügender Sicherheit ausübt und sowohl über den Wert, die Beschaffung, Aufbewahrung und Behandlung der zu verarbeitenden Rohmaterialien, als auch über die Kennzeichen ihrer guten oder schlechten Beschaffenheit unterrichtet ist.

Im übrigen werden das Verfahren vor dem Prüfungsausschusse, der Gang der Prüfung und die Höhe der Prüfungsgebühren durch eine Prüfungsordnung geregelt, welche von der höheren Verwaltungsbehörde im Einvernehmen mit der Handwerkskammer erlassen wird. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, so entscheidet die Landeszentralbehörde.

Durch die Prüfungsordnung kann bestimmt werden, daß die Prüfung auch in der Buch- und Rechnungsführung zu erfolgen hat. In diesem Falle ist der Prüfungsausschuß befugt, einen besonderen Sachverständigen zuzuziehen, welcher an der Prüfung mit vollem Stimmrechte teilnimmt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Die Kosten der Prüfung werden, sofern diese von dem Prüfungsausschuß einer Innung abgehalten wird, von Letzterer, im Übrigen von der Handwerkskammer getragen. Diesen fließen die Prüfungsgebühren zu.

§ 131c. Die Innung und der Lehrherr sollen den Lehrling anhalten, sich nach Ablauf der Lehrzeit der Gesellenprüfung (§ 129 Absatz 1) zu unterziehen.

Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung hat der Lehrling an den Prüfungsausschuß zu richten. Dem Gesuche sind das Lehrzeugnis (§ 127c) und, sofern der Prüfling während der Lehrzeit zum Besuche einer Fortbildungs- oder Fachschule verpflichtet war, die Zeugnisse über den Schulbesuch beizufügen.

Der Prüfungsausschuß hat das Ergebnis der Prüfung auf dem Lehrzeugnis oder Lehrbriefe zu beurkunden. Wird die Prüfung nicht bestanden, so hat der Prüfungsausschuß den Zeitraum zu bestimmen, vor dessen Ablaufe die Prüfung nicht wiederholt werden darf.

Die Prüfungszeugnisse sind kosten- und stempelfrei.

§ 132. Der Vorsitzende ist berechtigt, Beschlüsse des Prüfungsausschusses mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden. Über die Beanstandung entscheidet die Handwerkskammer (§ 103o Ziffer 6).

§ 132a. Die Landeszentralbehörden sind befugt, die Bestellung der Prüfungsausschüsse, das Verfahren bei der Prüfung, die Gegenstände der Prüfung sowie die Prüfungsgebühren abweichend von den Vorschriften der §§ 131 bis 132 zu regeln, dabei darf jedoch hinsichtlich der bei der Prüfung zu stellenden Anforderungen nicht unter das im § 131b Absatz 1 bestimmte Maß herabgegangen werden.

[1]) Seite V.

der Zögling untergebracht ist, zu hören. Die Entlassung erfolgt endgültig oder auf Widerruf. Die erstere soll nur dann statthaben, wenn der Zögling in vollständig gesicherte Verhältnisse eingetreten ist, welche eine abermalige Verwahrlosung so gut als ausgeschlossen erscheinen lassen. Die Aufhebung der Fürsorgeerziehung unter Vorbehalt des Widerrufs soll erfolgen, wenn die Führung des Zöglings und die Verhältnisse, in welche er eintritt, zur Zeit die Aufhebung rechtfertigen, es aber zweifelhaft erscheint, ob beide von Dauer sein werden.

Die Aufhebung der Fürsorgeerziehung auf Widerruf ist an die Bedingung zu knüpfen, daß sich der Minderjährige der vom Kommunalverbande über ihn angeordneten Aufsicht unterstellt. Entzieht er sich dieser Aufsicht oder lassen seine Führung und Lebensverhältnisse eine abermalige Verwahrlosung befürchten, so ist er in die Fürsorgeerziehung zurückzunehmen. Die Überwachung des Minderjährigen wird am zweckmäßigsten dem bisherigen Fürsorger übertragen, sie darf nicht durch polizeiliche Organe ausgeübt werden.

X. Kosten (§ 15).

Die Ortsarmenverbände und die denselben gleichstehenden Gesamtarmenverbände (Pr. Ges. betreffend Ausführung des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1870 §§ 9[1])—15), in denen der Zögling seinen Unterstützungswohnsitz hat, haben wie bisher die Kosten der Überführung des Zöglings in eine Familie oder Anstalt, der ersten Ausstattung, der Beerdigung des während der Fürsorgeerziehung verstorbenen und der Rückreise des aus der Fürsorgeerziehung entlassenen Zöglings zu tragen. Ist ein solcher Ortsarmenverband nicht vorhanden, so fallen diese Kosten dem verpflichteten Kommunalverbande zur Last.

Die Kommunalverbände tragen die übrigen Kosten des Unterhalts und der Erziehung sowie der Fürsorge für entlassene Zöglinge. Der Staat gibt zu diesen Kosten einen Zuschuß in Höhe von zwei Drittel derselben.

Die Kostenaufstellungen sind am Schlusse jedes Etatsjahres den Oberpräsidenten einzureichen, welche dieselben prüfen und feststellen lassen und zur Zahlung bei einer Regierungshauptkasse anweisen. Mit der Zahlung ist stets dieselbe Regierungshauptkasse zu beauftragen. Die Kostenaufstellungen sind nach erfolgter Zahlung der Beträge dem Minister des Innern zur Prüfung einzureichen; sie gelangen hierauf zur Rechnungslegung an die Regierungspräsidenten zurück.

Die Erstattung der Kosten des Unterhalts eines Zöglings während der Fürsorgeerziehung kann der Kommunalverband von dem Zöglinge selbst oder von dem auf Grund bürgerlichen Rechts zu seinem Unterhalte Verpflichteten fordern. Es wird sich empfehlen, wie bisher das Vermögen des Zöglings nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn und insoweit es den Betrag von 300 Mark übersteigt. Dagegen wird die Rückforderung der Kosten des Unterhalts der Zöglinge von dem zu ihrem Unterhalte Verpflichteten, insbesondere von den Eltern mit voller Strenge zu betreiben sein. Ist nach der Vermögenslage der Ersatzpflichtigen eine Beitreibung der vollen Kosten nicht

[1]) § 9. Die einen einheitlichen Ortsarmenverband (Gesamtarmenverband) gegenwärtig bereits bildenden Verbände von Gemeinden oder Gutsbezirken bleiben als solche bestehen. Die für die Verwaltung der Angelegenheit dieser Verbände maßgebenden statutarischen Vorschriften können durch verfassungsmäßigen. von der Bezirksregierung bestätigten Beschluß des betreffenden Verbandes, in Ermangelung eines solchen Beschlusses aber nur gemäß den Vorschriften des § 10, abgeändert werden.

angezeigt, so ist die Forderung auf einen Teil der Kosten zu ermäßigen; es muß aber Regel sein, einen wenn auch kleinen Teil der Kosten beizutreiben, um bei den zum Unterhalt Verpflichteten das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für den Zögling aufrecht zu erhalten und ein frivoles Abschieben der Kinder zu verhindern. Dieselben Grundsätze finden auch auf die Einziehung der von den Ortsarmenverbänden verauslagten Kosten Anwendung. Die Beitreibung geschieht im Verwaltungszwangsverfahren.

In den Kostenaufstellungen sind die von den Kommunalverbänden wieder eingezogenen Beträge besonders ersichtlich zu machen; zwei Drittel derselben sind auf den Beitrag des Staates anzurechnen.

XI. Aufsicht über die Fürsorgeerziehung.

Von den Kommunalverbänden sind für die Ausführung der Fürsorgeerziehung und für die von ihnen errichteten Erziehungs- und Besserungsanstalten neue Reglements zu erlassen und durch die Oberpräsidenten dem Minister des Innern und dem Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten zur Genehmigung vorzulegen. Bei Abfassung der Reglements sind die in diesen Ausführungsbestimmungen gegebenen Anweisungen zu beachten.

Die Oberpräsidenten führen die Aufsicht über die Ausführung dieses Gesetzes durch die Kommunalverbände und die Schulaufsicht über die von Letzteren errichteten Erziehungsanstalten nach den Bestimmungen des Allerhöchsten Erlasses vom 12. Mai 1897 [1]) und des Erlasses der Minister des Innern und der geistlichen pp. Angelegenheiten vom 15. November 1897.

Alljährlich ist über die Ausführung der Fürsorgeerziehung von den Kommunalverwaltungen dem Oberpräsidenten ein Bericht nebst den erforderlichen Nachweisungen einzureichen und dem Minister des Innern vorzulegen.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden vom 1. April 1901 ab auch Anwendung auf die nach dem Gesetze vom 13. März 1878 in Zwangserziehung befindlichen Personen.

Von der Sorgfalt und der Umsicht der bei der Ausführung dieses Gesetzes beteiligten Behörden und Personen, insbesondere der zur Stellung des Antrages berechtigten und verpflichteten, wird wesentlich der Erfolg des Gesetzes abhängen. Es darf daher zuversichtlich gehofft werden, daß sie sich dieser neuen Aufgabe, die von hoher sittlicher und sozialer Bedeutung ist, mit voller Hingebung widmen. Sie werden ihr um so eher gerecht werden, wenn sie sich der Mitwirkung der an dem Werke interessierten Kreise der Bevölkerung, insbesondere der Geistlichen, Lehrer und Ärzte, der Vereine zum Jugendschutz und geeigneter Privatpersonen versichern.

Berlin, den 18. Dezember 1900.

Freiherr von Rheinbaben.

---

[1]) Auf den Bericht vom 7. d. Mts. will Ich hierdurch genehmigen, daß die Ausübung der gesundheitspolizeilichen Aufsicht über die Provinzialanstalten und die Schulaufsicht über die Provinzial-Zwangserziehungsanstalten dem Geschäftskreise der Oberpräsidenten überwiesen werde.

Urville, den 12. Mai 1897.

Wilhelm R.

Bosse. Frhr. von der Recke.

An den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und den Minister des Innern.

Allerhöchster Erlaß vom 23. Oktober 1895.

Auf Ihren Bericht vom 15. Oktober d. Js. ermächtige Ich Sie, solchen zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen, hinsichtlich deren bei längerer guter Führung eine Begnadigung in Aussicht genommen werden kann, nach Ihrem Ermessen Aussetzung der Strafvollstreckung zu bewilligen, indem Ich in den dazu geeigneten Fällen demnächst Ihrem Bericht wegen Erlasses oder Milderung der Strafe entgegensehen will. Von dieser Ermächtigung soll jedoch vornehmlich nur zu Gunsten solcher erstmalig verurteilter Personen Gebrauch gemacht werden, welche zur Zeit der Tat das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet hatten, und gegen welche nicht auf eine längere als sechsmonatige Strafe erkannt ist.

Neues Palais, den 23. Oktober 1895.

gez. Wilhelm

ggez. Schönstedt.

An den Justizminister.

Allgemeine Verfügung vom 16. September 1882,

betreffend die Strafvollstreckung gegen jugendliche Personen.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß verwahrloste Kinder, welche auf Grund des Gesetzes vom 13. März 1878 (Gesetz-Samml. S. 132) der Zwangserziehung überwiesen waren, nach ihrer Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt oder in einer Familie auf Anordnung der Strafvollstreckungsbehörde in das Gerichtsgefängnis abgeliefert werden mußten, um Strafen zu verbüßen, welche gegen sie wegen strafbarer, nach Vollendung ihres zwölften Lebensjahres begangener Handlungen gerichtlich verhängt worden waren.

Eine solche Unterbrechung der Zwangserziehung ist geeignet, den Erfolg der letzteren zu gefährden, und der Justizminister bestimmt deshalb hierdurch, daß die Strafvollstreckungsbehörden, bevor sie gegen ein der Zwangserziehung überwiesenes Kind eine Freiheitsstrafe zur Vollstreckung bringen, sich zunächst mit dem Vorstande desjenigen Verbandes ins Einvernehmen zu setzen haben, dem nach § 7 a. a. O. die Unterbringung des Kindes obliegt; hierbei wird dem Wunsche nach Strafaussetzung und demnächstiger Begnadigung so viel als möglich entgegenzukommen sein. Jedenfalls ist, wenn ein Einverständnis nicht erzielt wird, vor weiterem Vorgehen mit der Vollstreckung, an den Justizminister zu berichten. Der Bericht ist, auch wenn die Strafvollstreckung dem Amtsrichter obliegt, von dem Ersten Staatsanwalt zu erstatten, welchem der Amtsrichter die Akten mit seiner Äußerung zu diesem Ende mitteilen wird.

Nach Maßgabe dieser Anweisung ist auch dann zu verfahren, wenn Strafen gegen solche jugendliche Personen zu vollstrecken sind, welche nicht auf Grund des Gesetzes vom 13. März 1878, sondern aus anderer Veranlassung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebracht sind. In Fällen dieser Art haben die Strafvollstreckungsbehörden sich mit dem Vorstande der betreffenden Anstalt ins Einvernehmen zu setzen.

Berlin, den 16. September 1882.

Der Justizminister
gez. Friedberg.

An sämtliche Beamte der Staatsanwaltschaft und sämtliche Königliche Amtsgerichte. — I. 2692.

Allgemeine Verfügung vom 1. Oktober 1904,

betreffend die Erläuterung und Ergänzung der Allgemeinen Verfügung vom 16. September 1882 (Just.-Minist.-Bl. S. 288).

Zur Beseitigung von Zweifeln, welche nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900 (Gesetz-Samml. S. 264) hinsichtlich der Anwendbarkeit der Allgemeinen Verfügung vom 16. September 1882 (Just.-Minist.-Bl. S. 288) hervorgetreten sind, und zur Ergänzung dieser Allgemeinen Verfügung wird folgendes bestimmt:

1. Die Allgemeine Verfügung findet auf alle zur Fürsorgeerziehung untergebrachten Verurteilten Anwendnng ohne Rücksicht darauf, ob die Straftat vor oder nach der Unterbringung zur Fürsorgeerziehung begangen oder abgeurteilt ist.

2. Es macht keinen Unterschied, ob der zur Fürsorgeerziehung überwiesene oder aus anderer Veranlassung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebrachte Minderjährige das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat oder nicht.

3. Nach den Grundsätzen der Allgemeinen Verfügung ist auch dann zu verfahren, wenn die Unterbringung zur Fürsorgeerziehung oder die vorläufige Unterbringung (§ 5 des Fürsorgeerziehungsgesetzes) zwar noch nicht ausgeführt, aber bereits angeordnet ist.

4. Auf die Unterbrechung im Vollzuge befindlicher Freiheitsstrafen sind die Grundsätze der Allgemeinen Verfügung dann entsprechend anzuwenden, wenn die Strafunterbrechung von dem Vorstande des für die Unterbringung des Verurteilten zuständigen Kommunalverbandes oder von dem Vorstande der Erziehungs- oder Besserungsanstalt (Abs. 3 der Allgem. Verfüg.) beantragt wird.

5. Im übrigen finden auf den Aufschub und die Unterbrechung des Strafvollzugs die Vorschriften der Allgemeinen Verfügung vom 14. August 1879 Nr. II (Just.-Minist.-Bl. S. 237) Anwendung.

Berlin, den 1. Oktober 1904.

Der Justizminister
gez. Schönstedt.

Just.-Min. I. 5895. — Min. d. Inn. S. 3846.

Seite 1 und 2 ist nach dem Stande der Übernahme in die Fürsorgeerziehung auszufüllen und im Laufe der Fürsorgeerziehung nicht zu ergänzen.

Muster A.

Kommunalverband .....

Aktenzeichen des Komm.-Verb. .....

Jahrgang (Etatsjahr der Übernahme in die Fürsorgeerziehung) 190.....

Lfd. Nr. der Ordnungsliste .....
für Knaben und Mädchen besondere Nummerfolge, die unverändert bleibt.

Personalbogen

über den Fürsorgezögling Vor- und Zuname ..... (bei Mädchen Zuname rot zu unterstreichen)
aus ..... Kreis .....

Überweisung zur Fürsorgeerziehung: Ursache: § 1 Absatz 1 — Absatz 2 — Absatz 3 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 (Zutreffendes ist zu unterstreichen.)
durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts zu ..... vom ..... Aktenzeichen .....

1. **Geburt:** Ort ....., Kreis ....., Regierungsbezirk ....., deutscher Bundesstaat .....,
Ausland ....., Tag ....., Monat ....., Jahr ..... Alter (In vollen Jahren): ..... Jahre.
Ehelich: Unehelich: (Zutreffendes ist zu unterstreichen.)

2. **Religion:** .....

3. **Erziehung bis zur Überweisung:** im Elternhause; in fremden Familien; in der eigenen Familie; in öffentlichen Anstalten; in Privatanstalten; in kirchlichen Anstalten (Zutreffendes ist zu unterstreichen.)
Wechsel in der Erziehung: (Nähere Angaben.)

4. **Schulbesuch vor der Überweisung:** Volksschule (welche und wo) .....;
höhere Schule (welche und wo) .....; Privatschule (welche und wo) .....
Regelmäßig, unregelmäßig, und aus welchen Gründen (Zutreffendes ist zu unterstreichen.)

5. **Schulbildung:** Ohne Schulbildung: Nicht fertig lesen, schreiben, rechnen im Zahlenkreise von 1—100; Fertig lesen, schreiben, rechnen im Zahlenkreise von 1—100; volle Volksschulbildung; höhere Schulbildung (Zutreffendes ist zu unterstreichen.)
(Bei Beantwortung der obigen Fragen ist für die Zöglinge aller Altersgruppen derselbe Maßstab anzulegen.)

6. **Sprache:** Deutsch; polnisch und deutsch; nur polnisch. (Zutreffendes ist zu unterstreichen.)
Andere Sprachen: (welche) .....

7. **Dienststellung:** I. Im schulpflichtigen Alter: a) Verrichtung häuslicher Dienste; b) Beschäftigung in der Landwirtschaft: .....; c) Beschäftigung im Gewerbebetriebe: .....;
d) ohne Beschäftigung (Zutreffendes ist zu unterstreichen, bei b und c außerdem die Art der Beschäftigung auszufüllen.)
II. Nach Entlassung aus der Schule: a) Verrichtung häuslicher Dienste; b) Beschäftigung in der Landwirtschaft: .....; c) Beschäftigung im Gewerbebetriebe: .....;
d) Lehrling (in welchem Handwerk) .....; e) ohne Beschäftigung (Zutreffendes ist zu unterstreichen, bei b und c außerdem die Art der Beschäftigung auszufüllen.)

8. **Gerichtliche Strafen:** Verweis ..... mal; Haft ..... mal; im ganzen (Zeit) .....
Gefängnis ..... mal; im ganzen ..... Straftat: .....
Erste Strafe. Art: .....; Straftat: .....; Alter (bei Begehung der strafbaren Tat) ..... Jahre.
Letzte Strafe. Art: .....; Straftat: .....; Alter: ..... Jahre.

9. **Der Zögling war ergeben:** dem Landstreichen; dem Betteln; der Trunksucht; der Unzucht. (Zutreffendes ist zu unterstreichen.) Bei Mädchen Angabe, ob es geboren hat: .....

10. **Gesundheitszustand:** I. Geistiger: Gesund; beschränkt; schwachsinnig; idiotisch; epileptisch.
II. Körperlicher: a) Angeborene Mißbildungen (Hasenscharte, entstellende Mäler, Verbildung der Geschlechtsteile pp.) .....; b) Verkrümmungen (Verwachs., Buckel, Klumpfuß pp.) .....;
Verstümmelungen (einarmig, einbeinig pp.) .....; c) Sinnesfehler (stotternd, schwerhörig, taub, taubstumm, schwachsichtig, blind: auf einem Auge, auf beiden Augen) .....; d) Krankheiten: Allgemeine Tuberkulose, Tuberkulose der Lungen, der Knochen, anderer Organe, tuberkuloseverdächtig, Skrofulose, Rhachitis, Blutarmut, Bettnässen, ansteckende Geschlechtskrankheiten, darunter Syphilis, erworbene, ererbte (Zutreffendes ist zu unterstreichen, bei jedem Gebrechen einzeln, auch wenn mehrere zu gleicher Zeit vorhanden sind, andererseits ist unter den betreffenden Buchstaben die Bezeichnung des besonderen, hier nicht aufgeführten Gebrechens nachzutragen.)

2. Seite des Formulars.

11. Frühere schwere Krankheiten: (Benennung) .....

12. Körpermessungen: Kopflänge (zu messen vom Ansatz der Nasenwurzel zur Mitte des Hinterhauptshöckers): .....; Kopfbreite: .....; Kopfumfang: .....; Körperhöhe: ..... mm; Körpergewicht: ..... kg.

13. Letzter Wohnort: .....; Gemeinde bis 2000, 2—5000, 5—20 000, 20—100 000, über 100 000 Einwohner (nach der letzten Volkszählung), — Berlin — Aufenthalt in den letzten 2 Jahren .....

14. Vermögen des Zöglings: (Betrag) ..... ℳ.

15. Bevormundet. In Pflegschaft.
(Zutreffendes ist zu unterstreichen.)

16. Eltern: Vater: Gestorben; wann? .....; Stiefvater erhalten: wann? .....
Mutter: Gestorben; wann? .....; Stiefmutter: erhalten: wann? .....

17. Beruf der Eltern oder Stiefeltern: a) Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Jagd, Fischerei (auch ländliches Gesinde und ländliche Tagelöhner): Selbständig; Gehilfe; unselbständiger Haushaltungsangehöriger: .....; b) Industrie, Bergbau, Hütten- und Bauwesen (einschließlich des in diesen Betrieben beschäftigten Gesindes und der zugehörigen Lohnarbeiter): Selbständig; Gehilfe; unselbständiger Haushaltungsangehöriger: .....; c) Handel und Verkehr (einschließlich des in diesen Betrieben beschäftigten Gesindes und der zugehörigen Lohnarbeiter): Selbständig; Gehilfe; unselbständiger Haushaltungsangehöriger: .....; d) Häusliche Dienste einschl. persönliche Bedienung (ohne das ländliche pp. Gesinde): .....; e) Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen pp.): .....; f) öffentlicher Dienst, Hofdienst, sogenannte „freie Berufsarten": 1. Armee und Kriegsmarine: Selbständig; unselbständiger Haushaltungsangehöriger: .....; 2. Zivil-, Staats-, Hof- und Kommunaldienst: Selbständig; unselbständiger Haushaltungsangehöriger: .....; 3. freie Berufsarten: Selbständig; unselbständiger Haushaltungsangehöriger: .....; g) ohne Beruf und Berufsangabe: Pensionäre und Rentner; von Almosen lebend; ohne Berufsangabe: .....
(Zutreffendes von a bis g ist zu unterstreichen, erforderlichenfalls einzutragen.)

18. Häusliche Verhältnisse der Eltern oder Stiefeltern: a) Der Vater oder Stiefvater ist bestraft mit: Haft, Gefängnis, Zuchthaus, Arbeitshaus. b) Die Mutter oder Stiefmutter ist bestraft mit: Haft, Gefängnis, Zuchthaus, Arbeitshaus. c) Die Eltern oder Stiefeltern leben getrennt, sind geschieden. d) Der Vater oder Stiefvater ist ergeben: der Trunksucht, der Unzucht, ist arbeitsscheu. e) Die Mutter oder Stiefmutter ist ergeben: der Trunksucht, der Unzucht, ist arbeitsscheu. f) Wurden bei dem Vater oder bei der Mutter bemerkt: Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Epilepsie?
(Zutreffendes ist zu unterstreichen.)

19. Einkommensverhältnisse der Eltern: Orts- oder Landarmer; Einkommen bis 900 ℳ, über 900 bis 3000 ℳ, über 3000 bis 6000 ℳ, über 6000 ℳ (Zutreffendes ist zu unterstreichen.)

20. Häusliche Verhältnisse der Geschwister: Der Zögling besaß zur Zeit der Überweisung Brüder (Anzahl): .....; davon gestorben (Anzahl): .....; Schwestern (Anzahl): .....; davon gestorben (Anzahl): ...... Von den Brüdern waren bestraft: mit Haft (Anzahl): .....: mit Gefängnis (Anzahl): .....; mit Zuchthaus (Anzahl): .....; mit Arbeitshaus (Anzahl): ..... Von den Schwestern waren bestraft: mit Haft (Anzahl): .....; mit Gefängnis (Anzahl): .....; mit Zuchthaus (Anzahl): .....; mit Arbeitshaus (Anzahl): ..... Von den Schwestern waren außerdem der Gewerbsunzucht ergeben (Anzahl): .....

Nachrichten über den Zögling während der Fürsorgeerziehung.

Zeit	Unterbringung: Ort, Einwohnerzahl nach der letzten Volkszählung	in fremder Familie: Name, Stand oder Gewerbe, Konfession des Familienhauptes	in fremder Familie: als Pflegling, Lehrling, Dienstverhältnis	in fremder Familie: a) als Pflegling: Höhe des Pflegegeldes b) im Dienstverhältnis: Höhe des Dienstlohnes bei freier Station monatlich ℳ	in eigener Familie: Name, Stand oder Gewerbe des Familienhauptes; dessen verwandtschaftliche Stellung zum Zögling (nur Vater, Mutter, Stiefvater, Stiefmutter)	in eigener Familie: als Pflegling, Lehrling, Dienstverhältnis	in eigener Familie: als Pflegling: Höhe des Pflegegeldes monatlich ℳ	in der Anstalt: Name der Anstalt, Ort und Reg.-Bez. — Art der Anstalt: private (p) kirchliche (k) kommunale (k) staatliche (st) — Konfessioneller Charakter: evangelisch (E) katholisch (K) jüdisch (J) simultan (S)	in der Anstalt: Höhe des Pflegegeldes monatlich ℳ	Unterricht in der: Anstaltsschule	Unterricht in der: Volksschule	Beitrag zu den Kosten der Unterhaltung jährlich: aus dem Vermögen des Zöglings	Beitrag zu den Kosten der Unterhaltung jährlich: von den Unterhaltungsverpflichteten
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

4. Seite des Formulars.

Bemerkungen über die Führung und den Gesundheitszustand des Zöglings während der Fürsorgeerziehung.

Im Jahre der Fürsorgeerziehung (vom 1. April bis 31. März)	Führung	Gerichtliche Strafen. Strafe verbüßt, ausgesetzt	Gesundheits-zustand
ersten (19)			
zweiten (19)			
dritten 19)			
vierten (19)			
fünften (19)			
sechsten (19)			
siebenten (19)			
achten (19)			
neunten (19)			
zehnten (19)			
elften (19)			
zwölften (19)			
dreizehnten (19)			
vierzehnten (19)			
fünfzehnten (19)			

Entlassung aus der Fürsorgeerziehung:
(Datum, endgültig, widerruflich, Ursache, wohin, zu den Eltern, in welchen Beruf?)

Bemerkungen über die weitere Führung nach der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung, soweit sie zur Kenntnis kommen.

Vorbericht.

Fast in allen Vorberichten zu der Statistik über die Fürsorgeerziehung ist dem Bestreben entgegengetreten, die angeblich durch die Rechtsprechung des Kammergerichts eingeschränkte Möglichkeit, Minderjährige, namentlich die im schulpflichtigen Alter stehenden und deshalb leichter zu erziehenden, schon im Falle der Gefährdung ihres geistigen oder leiblichen Wohles der Fürsorgeerziehung zuzuführen, sobald als möglich im Wege der Gesetzesänderung zu schaffen. Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß diese Rechtsprechung sich durchaus im Einklang befände mit den Absichten des Gesetzes, das dann keine Anwendung finden solle, wenn vormundschaftsgerichtliche Maßnahmen des B.-G.-B. zur Verhütung der Verwahrlosung des Minderjährigen ausreichend seien. Diese bis zum Vorjahr fast ausschließlich von der Staatsregierung vertretene Auffassung hat alsdann auch Vertreter im Abgeordnetenhause gefunden. Dabei wies der Abgeordnete Schmedding auf den dem Minderjährigen durch die Überweisung zur Fürsorgeerziehung angehefteten Makel hin, der zur Erschöpfung aller anderen Mittel vor Anwendung der Fürsorgeerziehung mahne. Neuerdings ist von anderer in der Praxis der Fürsorgeerziehung tätiger Seite[1]) die leider zutreffende Tatsache hervorgehoben, daß „Fürsorgezögling" sein oder gewesen zu sein praktisch in Preußen für den Betroffenen zweifellos eine ebenso erhebliche Erschwerung des Fortkommens bedeute, wie der frühere Titel des Zwangszöglings. Der Ausdruck „Fürsorge kriegen" gehöre bereits seit Jahren zu dem unentbehrlichen Wortschatz gewisser Kreise und das Wort „Fürsorge" habe eine bedenkliche Popularität gewonnen.

Sollte man schon aus diesem Gesichtspunkte von dem Drängen nach weiterer Ausdehnung einer Einrichtung, die einen vom Gesetzgeber sicher nicht gewollten, tatsächlich aber nicht wegzuleugnenden beklagenswerten Erfolg für den von ihr Betroffenen hat, absehen, so spricht ferner gegen die begehrte Gesetzesänderung, daß der Bestand an noch nicht schulpflichtigen und an schulpflichtigen, also an leichter erziehbaren Elementen, die schulentlassenen Zöglinge wenigstens bei dem männlichen Geschlechte weit übersteigt. Denn es waren unter den seit dem 1. April 1901 bis zum 31. März 1907 der Fürsorgeerziehung überwiesenen 40523 Minderjährigen (26710 männliche, 13813 weibliche)

noch nicht schulpflichtig	739	männl.	714	weibl. zusammen	1453
„	16524	„	6033	„ „	22557
schulentlassen	9447	„	7066	„ „	16513.

Auch von den gegen das Vorjahr mehr überwiesenen 287 Zöglingen entfallen auf das Alter unter 14 Jahren 210, so daß die Vermehrung fast ganz den der Erziehung zugänglicheren Altersklassen zu gute kommt. Noch mehr aber sind die nachfolgenden statistischen Ergebnisse geeignet, die Bestrebungen nach Beseitigung des subsidiären Charakters des Fürsorgeerziehungsgesetzes hintanzuhalten und in andere Bahnen zu lenken. Es sind nämlich Erhebungen darüber veranstaltet, in welchem Umfange von

[1]) Lehmann, das Hamburgische Gesetz über die Zwangserziehung Minderjähriger vom 11. September 1907 und das preußische Fürsorgeerziehungsgesetz. Pr. V. Bl. Jahrg. 29, S. 200.

den zur Verhütung der Verwahrlosung von Kindern im Bürgerlichen Gesetzbuche vorgesehenen vormundschaftsrichterlichen Befugnissen (§ 1631 Abs. 2, § 1666 Abs. 1, § 1800 und § 1838)[1]) Gebrauch gemacht worden ist. Die Erhebungen umfassen den

№	Oberlandesgerichtsbezirk	Alter und Geschlecht der in Betracht															
		überhaupt		0 bis 1 Jahr		1 bis 2 Jahren		2 bis 3 Jahren		3 bis 6 Jahren		6 bis 12 Jahren		12 bis 13 Jahren		13 bis 14 Jahren	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3		4		5		6		7		8		9		10	
1.	Königsberg	104	85	1	1	3	2	1	3	14	8	46	37	6	5	7	3
2.	Marienwerder	31	39	2	1	1	—	1	2	3	8	11	14	1	6	5	5
3.	Berlin	270	252	4	1	10	5	9	6	40	30	97	87	19	22	19	17
4.	Stettin	70	70	—	5	3	—	5	6	11	9	31	21	8	8	3	2
5.	Posen	76	70	—	2	1	4	1	4	11	8	28	25	6	2	5	7
6.	Breslau	262	275	3	4	2	6	8	7	43	34	124	116	12	20	15	24
7.	Naumburg	126	102	3	—	3	2	3	5	21	19	53	44	7	11	10	2
8.	Kiel	147	154	9	11	6	8	7	9	20	21	71	60	8	13	3	5
9.	Celle	223	201	5	5	2	3	7	4	25	31	105	87	21	9	16	11
10.	Hamm	379	404	9	2	8	17	10	16	59	80	140	159	17	17	22	23
11.	Frankfurt a. M.	44	44	1	1	3	1	—	1	8	8	18	14	2	2	4	5
12.	Cassel	40	39	1	2	1	1	2	1	1	4	16	16	3	2	1	3
13.	Cöln	226	235	1	7	9	8	8	10	24	24	86	88	12	12	15	19
14.	Düsseldorf	307	291	7	5	10	8	4	9	46	37	101	101	18	16	23	22
	Summe	2305	2261	46	47	62	65	66	83	326	321	930	869	140	145	148	148
		4566		93		127		149		647		1799		285		296	
	a) In Prozenten innerhalb																
	m.	**100,0**	—	2,0	—	2,7	—	2,9	—	14,1	—	40,3	—	6,1	—	6,4	—
	w.	—	**100,0**	—	2,1	—	2,9	—	3,7	—	14,2	—	38,4	—	6,4	—	6,5
	b) In Prozenten innerhalb																
		100,0		2,0		2,8		3,3		14,1		39,4		6,3		6,5	
		22,2										52,2					

[1]) § 1631. Die Sorge für die Person des Kindes umfaßt das Recht und die Pflicht, das Kind zu erziehen, zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen.

Der Vater kann kraft des Erziehungsrechts angemessene Zuchtmittel gegen das Kind anwenden. Auf seinen Antrag hat das Vormundschaftsgericht ihn durch Anwendung geeigneter Zuchtmittel zu unterstützen.

§ 1632. Die Sorge für die Person des Kindes umfaßt das Recht, die Herausgabe des Kindes von Jedem zu verlangen, der es dem Vater widerrechtlich vorenthält.

§ 1633. Ist eine Tochter verheiratet, so beschränkt sich die Sorge für ihre Person auf die Vertretung in den die Person betreffenden Angelegenheiten

§ 1666. Wird das leibliche oder geistige Wohl des Kindes dadurch gefährdet, daß der Vater das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt, oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht, so hat das Vormundschaftsgericht die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßregeln zu treffen. Das Vormundschaftsgericht kann insbesondere anordnen, daß das Kind zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt oder einer Besserungsanstalt untergebracht wird.

Hat der Vater das Recht des Kindes auf Gewährung des Unterhalts verletzt und ist für die Zukunft eine erhebliche Gefährdung des Unterhalts zu besorgen, so kann dem Vater auch die Vermögensverwaltung sowie die Nutznießung entzogen werden.

Zeitraum vom 1. April 1906 bis zum 31. März 1907 und haben — es darf wohl gesagt werden — das überraschende und erfreuliche Ergebnis gehabt, daß durch die Vormundschaftsgerichte nicht weniger als 4566 Jugendliche bis zu 18 Jahren, darunter

kommenden Kinder								Geburt der Kinder.		Zahl der in Betracht kommenden Familien										
14 bis 15 Jahren		15 bis 16 Jahren		16 bis 17 Jahren		17 bis 18 Jahren					Zahl der Fälle mit je									
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	ehelich	unehelich	überhaupt	1 Kind	2	3	4	5	6	7	8	9	Nr.
												Kindern								
11		12		13		14		15		16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	
9	6	5	5	3	4	9	11	170	19	88	43	19	8	9	6	3	—	—	—	1.
—	1	2	—	1	—	4	2	57	13	43	28	6	7	1	1	—	—	—	—	2.
18	13	11	13	13	9	30	49	462	60	288	171	50	33	22	9	2	1	—	—	3.
2	3	2	3	2	5	3	8	122	18	81	50	16	9	2	1	3	—	—	—	4.
8	2	4	4	3	6	9	6	130	16	67	41	4	6	7	5	2	2	—	—	5.
14	19	12	10	10	11	19	24	496	41	267	145	45	31	25	13	6	1	—	—	6.
10	5	3	2	3	1	10	11	212	16	119	69	21	15	7	2	3	1	—	1	7.
6	4	5	11	1	3	10	9	270	31	140	77	18	16	17	6	2	2	2	—	8.
9	12	9	9	6	6	18	24	396	28	208	114	41	22	11	9	5	5	1	—	9.
27	19	21	19	16	11	50	41	749	34	338	153	67	47	30	21	11	8	1	—	10.
1	2	1	7	2	1	4	2	77	11	44	25	9	3	3	1	2	1	—	—	11.
4	2	1	1	4	2	6	5	70	9	43	25	11	2	2	1	1	1	—	—	12.
12	8	22	13	7	14	30	32	426	35	232	127	40	35	14	8	5	1	2	—	13.
22	13	18	23	16	12	39	45	569	29	253	114	45	41	22	15	8	5	2	1	14.
142	109	117	120	87	85	241	269	4206	360	2211	1183	392	275	172	98	53	28	8	2	
251		237		172		510														
des Geschlechtes.																				
6,2	—	5,0	—	3,8	—	10,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	4,8	—	5,3	—	3,8	—	11,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
der Gesamtzahl.																				
5,5		5,2		3,8		11,1		92,1	7,9	**100,0**	53,5	17,7	12,4	7,8	4,4	2,4	1,3	0,4	0,1	
25,6																				

2305 männliche und 2261 weibliche entweder aus ihrer sie sittlich oder körperlich gefährdenden Umgebung ganz herausgebracht oder doch vor weiterer Gefährdung durch besondere Maßnahmen behütet worden sind. Über das Alter und Geschlecht der in Betracht kommenden Kinder, ihre eheliche oder uneheliche Herkunft, sowie über die Zahl der betroffenen Familien gibt die vorstehende Übersicht, nach Oberlandesgerichtsbezirken getrennt, Auskunft.

Hiernach sind von zusammen 4566 Jugendlichen 22,2%, nach Geschlechtern getrennt 21,7% der männlichen und 22,9% der weiblichen im vorschulpflichtigen Alter; 52,2 und zwar 52,8 der männlichen und 51,3 der weiblichen im Alter von 6 bis

§ 1800. Das Recht und die Pflicht des Vormundes, für die Person des Mündels zu sorgen, bestimmt sich nach den für die elterliche Gewalt geltenden Vorschriften der §§ 1631 bis 1633.

§ 1838. Das Vormundschaftsgericht kann anordnen, daß der Mündel zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt oder in einer Besserungsanstalt untergebracht wird. Steht dem Vater oder der Mutter die Sorge für die Person des Mündels zu, so ist eine solche Anordnung nur unter den Voraussetzungen des § 1666 zulässig.

14 Jahren; zusammen 74,4% und zwar 74,5% der männlichen und 74,2% der weiblichen im Alter von 0 bis zu 14 Jahren, und 25,6% darunter 25,5% der männlichen und 25,8% der weiblichen im Alter von 14 bis 18 Jahren gewesen. Diese Zahlen ergeben einerseits, daß das vormundschaftsrichterliche Eingreifen offenbar auf Anregung der Organe der Armenverwaltungen (Gemeindewaisenräte), Vormünder,

Nr.	Oberlandesgerichtsbezirk	Zahl der Kinder, gegen welche bezw. gegen deren Eltern folgende §§ des B.-G.-B. zur Anwendung kamen						Der Gerichtsbeschluß lautete					
									davon				
									Familien				
		überhaupt	§ 1631 Abs. 2 Satz 2	§ 1666 Abs. 1	§ 1800	§ 1838	mehrere dieser §§	überhaupt	und zwar für Kinder,				
									§ 1631 Abs. 2 Satz 2	§ 1666 Abs. 1	§ 1800	§ 1838	mehrere dieser §§
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1.	Königsberg . . .	189	—	172	—	—	17	63	—	44	—	—	10
2.	Marienwerder . .	70	—	61	—	1	8	55	—	29	—	—	3
3.	Berlin	522	5	503	1	9	4	166	—	108	1	7	2
4.	Stettin	140	1	124	—	9	6	95	—	56	—	6	3
5.	Posen	146	—	144	—	—	2	81	—	49	—	—	2
6.	Breslau	537	5	489	—	12	31	299	—	110	—	4	19
7.	Naumburg . . .	228	4	214	1	4	5	109	1	62	—	2	2
8.	Kiel	301	14	279	1	2	5	93	1	28	—	—	2
9.	Celle	424	29	389	—	4	2	144	2	107	—	3	2
10.	Hamm	783	26	693	3	7	54	532	—	156	—	—	9
11.	Frankfurt a. M. .	88	—	84	—	2	2	60	—	33	—	1	1
12.	Cassel	79	1	63	—	9	6	51	—	35	—	3	3
13.	Cöln	461	26	410	2	5	18	330	4	93	—	4	9
14.	Düsseldorf . . .	598	—	557	—	10	31	447	—	135	—	1	11
	Summe	4566	111	4182	8	74	191	2525	8	1045	1	31	78
	in Prozenten innerhalb der Gesamtzahl:	**100,0**	2,4	91,6	0,2	1,6	4,2	**55,3**	0,2	22,9	0,02	0,7	1,7

Kirche, Schule, charitativen Einrichtungen und der Eltern selbst bereits im frühesten Alter und jedenfalls am häufigsten im Alter bis zu 14 Jahren stattgefunden hat, daß aber andererseits auch der Versuch nicht gescheut worden ist, den Schulentlassenen zunächst die Anordnung der Fürsorgeerziehung zu sparen.

Interessant ist ein Blick auf die Zahlen, die auf die einzelnen Oberlandesgerichtsbezirke entfallen. An der Spitze steht der Bezirk Hamm mit insgesamt 783 Jugendlichen, 379 männlichen und 404 weiblichen; ihm folgt der Bezirk Düsseldorf mit

[1]) Diese Prozentzahlen sind auf die Anzahl der Unterbringungsbeschlüsse (in Sp. 9) bezogen.
[2]) Diese Prozentzahlen sind auf die Gesamtzahl der Überwiesenen (in Sp. 3) bezogen.

598, und zwar 307 männlichen und 291 weiblichen. Es schließen sich an Breslau mit 537, darunter 262 männliche und 275 weibliche, Berlin mit 522, darunter 270 männliche und 252 weibliche, Cöln mit 461, darunter 226 männliche und 235 weibliche, Celle mit 424, darunter 223 männliche und 201 weibliche, Kiel mit 301, darunter 147 männliche und 154 weibliche, Naumburg mit 228, darunter 126 männ-

bei ..... Kindern auf Unterbringung in:										Die beschlossene Unterbringung ist erfolgt bei ..... Kindern in		Von den Kindern der Sp. 26 sind außerdem durch die Armenverwaltung bezw. durch die freie Liebestätigkeit untergebracht worden in		Nr.
Anstalten					Familien oder Anstalten									
gegen welche folgende §§ des B.-G.-B. zur Anwendung kamen														
§ 1631 Abs. 2 Satz 2	§ 1666 Abs. 1	§ 1800	§ 1838	mehrere dieser §§	§ 1631 Abs. 2 Satz 2	§ 1666 Abs. 1	§ 1800	§ 1838	mehrere dieser §§	Familien	Anstalten	Familien	Anstalten	
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	
—	3	—	—	—	—	6	—	—	—	50	2	12	2	1.
—	—	—	—	2	—	20	—	—	1	29	11	3	—	2.
3	29	—	1	2	—	12	—	1	—	96	40	166	41	3.
1	19	—	2	1	—	5	—	—	2	56	19	11	1	4.
—	14	—	—	—	—	16	—	—	—	64	14	30	3	5.
2	67	—	4	8	—	80	—	1	4	145	117	58	40	6.
—	11	—	2	3	1	25	—	—	—	64	27	9	4	7.
—	40	—	—	1	—	19	—	2	—	38	47	13	9	8.
—	13	—	1	—	2	14	—	—	—	101	23	116	25	9.
3	112	—	5	5	—	219	—	2	21	162	293	36	21	10.
—	9	—	1	—	—	14	—	—	1	24	16	4	4	11.
—	3	—	5	2	—	—	—	—	—	33	8	4	—	12.
2	114	—	—	1	—	100	—	1	2	129	166	20	11	13.
—	117	—	7	13	—	158	—	2	3	173	194	35	44	14.
11	551	—	28	38	3	688	—	9	34	1164	977	517	205	
0,2	12,1	—	0,6	0,8	0,1	15,1	—	0,2	0,7	[1]) 46,1	[1]) 38,7	—	—	
										[1]) 84,8				
										[2]) 25,5	[2]) 21,4	[2]) 11,3	[2]) 4,5	
										[2]) 46,6		[2]) 15,8		
										62,4				

liche und 102 weibliche, Königsberg mit 189, darunter 104 männliche und 85 weibliche, Posen mit 146, darunter 76 männliche und 70 weibliche, Stettin mit 140, darunter 70 männliche und 70 weibliche, während die Bezirke Frankfurt a. M., Cassel und Marienwerder unter 100 bleiben. Vergleicht man hiermit die Zahl der nach der Übersicht 1 auf Seite XLIII des Vorberichtes aus den Bezirken der einzelnen Kommunalverbände überwiesenen Zöglinge, so ergibt sich, daß fast genau dieselben Provinzen, wenn auch nicht ganz in derselben Reihenfolge, die bei den vormundschaftsgerichtlichen Anordnungen die höchsten Ziffern aufzuweisen haben, auch die größte Zahl der Fürsorgezöglinge liefern. In diesen ist also die Gefährdung und Verwahrlosung

der Jugend eine besonders große. Die Ursachen für diese Erscheinung sind offenbar in dem hier vorliegenden Überwiegen der städtischen und industriellen Bevölkerung über die ländliche zu suchen.

So erfreulich das häufige Einschreiten des Vormundschaftsgerichts an sich auch ist, seine eigentliche Bedeutung gewinnt es naturgemäß erst dadurch, daß die getroffenen Anordnungen auch zur Durchführung gelangen und daß sie namentlich nicht auf dem Papier stehen bleiben, wenn es sich um die Anordnung der Unterbringung in fremde Familien und Anstalten handelt. Der Abgeordnete Schmedding hatte bereits im Vorjahre auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich dabei ergeben, weil die Armenverwaltungen gesetzlich nicht verpflichtet seien, Aufwendungen im rein erziehlichen Interesse zu machen und deshalb eine entsprechende Änderung unserer Armengesetzgebung gefordert. Es ist nun ermittelt worden, inwieweit die vormundschaftsgerichtlichen Beschlüsse tatsächlich ausgeführt worden sind. Hierüber gibt die vorseitige Übersicht Auskunft.

Es waren demgemäß laut Gerichtsbeschluß in Familien oder Anstalten unterzubringen im ganzen 2525, und es sind von diesen tatsächlich untergebracht 2141 oder 84,8%, so daß nur 384 verbleiben; aber auch bei diesen steht nicht fest, daß etwa Armenverwaltung oder auch freie Liebestätigkeit versagt haben; es kann ebensogut der Fall so liegen, daß das Unterbringungsverfahren zur Zeit der statistischen Erhebungen noch schwebte. Das ist ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis und widerlegt die Annahme, daß die vormundschaftsgerichtliche Tätigkeit unwirksam bliebe. Die vorseitige Übersicht läßt aber weiter erkennen, daß außer denjenigen Minderjährigen, deren Unterbringung vom Gericht angeordnet worden war, weitere 722 von den Armenverwaltungen oder charitativen Vereinigungen in Familien oder Anstalten überführt worden sind, so daß tatsächlich bei 2863 von den 4566 vormundschaftsrichterlicher Fürsorge unterworfenen Zöglingen das wirksamste Ergebnis, nämlich die völlige Herausnahme der gefährdeten Kinder aus ihren bisherigen Verhältnissen, erzielt worden ist. Besonders freudig zu begrüßen ist, daß 722 Kinder ohne ausdrückliche gerichtliche Anordnung in Familien oder Anstalten untergekommen sind. Läßt dies doch erkennen, daß Vormund, Pfleger, Armenverwaltung, freie Liebestätigkeit und Vormundschaftsgericht verständnisvoll und opferwillig zusammengearbeitet haben. Der Weg, auf den die vorstehenden statistischen Ergebnisse besonders eindringlich hinweisen, führt demnach nicht zu einer Ausdehnung der Fürsorgeerziehung, sondern zu einer weiteren Ausgestaltung derjenigen Einrichtungen, die die gefährdeten Kinder ohne Fürsorgeerziehung vor Verwahrlosung behüten. Wenn im Berichtsjahr 4566 Minderjährigen die rettende Hand in dieser Weise gereicht werden konnte, so ermutigt dies zu fernerer gleichartiger Tätigkeit. Ansätze hierzu sind auch vielerorts zu bemerken. Vorbildlich ist das Vorgehen des Oberlandesgerichtspräsidenten Holtgreven zu Hamm, auf dessen Betreiben in verschiedenen Orten seines Bezirks Fürsorgeausschüsse ins Leben gerufen worden sind, deren Zweck es ist:

1. sich der Kinder derjenigen Eltern anzunehmen, die in Folge von Krankheit, Bedürftigkeit, Abwesenheit von Hause und aus andern Gründen nicht in der Lage sind, sich ihrer minderjährigen Kinder so anzunehmen, wie es ihr körperliches und sittliches Gedeihen erfordert;
2. a) ein Organ zu bilden, das bei strafbaren Handlungen von Schulkindern zwischen dem vollendeten 12. und 14. Lebensjahre, vor Einleitung des

Strafverfahrens, beziehungsweise bevor Anklage gegen sie erhoben wird, ein Gutachten darüber abgibt, ob die Minderjährigen bei Begehung der strafbaren Handlungen das Maß der Einsicht besessen haben, das zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderlich ist;

b) die Kinder, bei denen das Vorhandensein dieses Maßes der Einsicht verneint ist, zu verwarnen und sich ihrer, sowie auch derjenigen, die vor die Strafgerichte gebracht werden, anzunehmen, um sie vor weiteren Verirrungen zu bewahren;

3. dem Vormundschaftsgericht in allen Fällen die erforderlichen Anzeigen zu machen und sich mit ihm in Verbindung zu setzen.

Die Mustersatzungen sind auf der folgenden Seite abgedruckt.

Die in ihnen vorgesehene enge Fühlung mit Polizei, Armenverwaltung, Waisenrat, Kirche, Schule und Amtsgericht ist geeignet, der Verwahrlosung in der die Minderjährigen schonendsten Art entgegen zu wirken. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Ausschusses liegt aber in der ihm zugewiesenen gutachtlichen Tätigkeit bei strafbaren Handlungen von Schulkindern zwischen dem vollendeten 12. und 14. Lebensjahre. Polizeiverwaltung und Staatsanwaltschaft überweisen ihm die Fälle zur Prüfung und er äußert sich gutachtlich darüber, ob die Minderjährigen bei Begehung der strafbaren Handlungen das Maß der Einsicht besessen haben, das zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderlich ist. Hiernach ist die Möglichkeit gegeben, die Jugendlichen vor der gerichtlichen Bestrafung zu bewahren, also eine Einrichtung geschaffen, der die weiteste Verbreitung und demnächst auch ein Platz in der gesetzlichen Ausgestaltung der Jugendstrafrechtspflege zu wünschen ist. Auch an anderen Orten werden dieselben Ziele, wenn auch in anderer Form verfolgt; es mögen hier Lennep, wo ein Vormundschaftsrat dem Richter zur Seite steht und Solingen, wo eine Zentralstelle der Jugendfürsorge beratende, gutachtliche und vorbeugende Arbeit leisten will, genannt werden.

Alle solche Bestrebungen verdienen volle Anerkennung und jegliche Förderung. Durch sie werden behördliche und Vereinstätigkeit in diejenigen Bahnen gelenkt, die zunächst zu beschreiten sind, um die Jugendlichen vor der in ihr Leben tief einschneidenden Fürsorgeerziehung oder vor der gerichtlichen Bestrafung tunlichst zu bewahren.

Daneben wird vielleicht eine Änderung unserer Armengesetzgebung ins Auge zu fassen sein. Übrigens ist seitens eines Bezirkausschusses die Armenverwaltung zur Erfüllung besonderer Erziehungsaufgaben als verpflichtet erachtet worden. Da dessen Beschluß von dem Regierungspräsidenten auf Grund des § 126 L.-V.-G. angefochten worden ist, wird das Oberverwaltungsgericht demnächst über diese Frage zu befinden haben. Die endgültigen Entschließungen werden von dieser Entscheidung abhängig zu machen sein.

Schließlich mag noch darauf hingewiesen werden, daß für die Anträge auf Einleitung der Fürsorgeerziehung ein einheitliches Formular[1]) vorgeschrieben und daß dieses auf Grund der praktischen Erfahrungen bei den Vormundschaftsgerichten ergänzt worden ist. Es darf erwartet werden, daß dadurch das Verfahren eine Beschleunigung erfährt und die wünschenswerte Übereinstimmung zwischen Antragsbehörde und Vormundschaftsgericht erreicht wird.

---

[1]) Auf Seite 87 ff. abgedruckt.

Anlage.

Satzungen.

§ 1.

Für den Bezirk der Stadtgemeinde ..... wird ein „Fürsorgeausschuß" gebildet.

§ 2.

Der Zweck des Ausschusses ist:

1. sich der Kinder derjenigen Eltern anzunehmen, die in Folge von Krankheit, Bedürftigkeit, Abwesenheit von Hause und aus anderen Gründen nicht in der Lage sind, sich ihrer minderjährigen Kinder so anzunehmen, wie es ihr körperliches und sittliches Gedeihen erfordert;
2. a) ein Organ zu bilden, das bei strafbaren Handlungen von Schulkindern zwischen dem vollendeten 12. und 14. Lebensjahre, vor Einleitung des Strafverfahrens beziehungsweise bevor Anklage gegen sie erhoben wird, ein Gutachten darüber abgibt, ob die Minderjährigen bei Begehung der strafbaren Handlungen das Maß der Einsicht besessen haben, das zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderlich ist.

   b) die Kinder, bei denen das Vorhandensein dieses Maßes der Einsicht verneint ist, zu verwarnen und sich ihrer, sowie auch derjenigen, die vor die Strafgerichte gebracht werden, anzunehmen, um sie vor weiteren Verirrungen zu bewahren.
3. dem Vormundschaftsgericht in allen Fällen die erforderlichen Anzeigen zu machen und sich mit ihm in Verbindung zu setzen.

§ 3.

Der Ausschuß besteht aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern:

1. dem Bürgermeister oder demjenigen Beigeordneten, der die Waisenratssachen bearbeitet, als Vorsitzenden,
2. dem evangelischen Geistlichen, der jeweilig den Vorsitz im Presbyterium führt,
3. dem leitenden katholischen Geistlichen,
4. dem dienstältesten evangelischen Elementarschulleiter,
5. dem dienstältesten katholischen Elementarschulleiter.

Bei Kindern höherer Schulen in ..... tritt der Leiter dieser Schulen an die Stelle der genannten Elementarschulleiter. In Behinderungsfällen werden die genannten ordentlichen Ausschußmitglieder von denjenigen Herren vertreten, die sie in ihrem Hauptamte zu vertreten pflegen.

§ 4.

Die Einladungen zu den Ausschußsitzungen erläßt der Vorsitzende.

Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn sämtliche Mitglieder rechtzeitig geladen und mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Jedoch müssen sich unter den Erschienenen der Vorsitzende, der Geistliche derjenigen Konfession, der das Kind angehört, über das beschlossen werden soll, und der dienstälteste Elementarschulleiter dieser Konfession bezw. der Leiter der höheren Schule, die das Kind besucht, oder deren Vertreter befinden.

§ 5.

Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

§ 6.

Es steht dem Vorsitzenden des Ausschusses frei, den persönlichen Seelsorger und die Lehrer des Kindes mit beratender Stimme zu den Sitzungen zuzuziehen.

§ 7.

In den Fällen des § 2 Ziffer 1 ist der Vorsitzende in eiligen Fällen berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen selbständig zu treffen, ohne eine Beschlußfassung des Ausschusses abzuwarten. Doch sind diese Fälle diesem nachträglich zur Kenntnisnahme und etwaigen Erörterung vorzulegen.

§ 8.

Über die Sitzungen ist Protokoll zu führen, und zwar, insoweit Gutachten gemäß § 2 Ziffer 2 abgegeben werden, zu einem besonderen Protokollbuche. Die Gutachten sind wörtlich in das Protokoll aufzunehmen.

§ 9.

Der in § 2 Ziffer 1 angegebene Zweck des Ausschusses soll auf folgende Weise erreicht werden:

1. Der Ausschuß soll sich mit der hiesigen Polizei- und Armenverwaltung, dem Waisenrate und dem Amtsgericht in Verbindung setzen, damit diese Behörden ihm Anzeige von den ihnen bekannt gewordenen Fällen machen, die sich zur Behandlung durch den Ausschuß eignen;
2. er soll sich zu demselben Zwecke mit den hiesigen Schulen, Krankenhäusern, Gemeindeschwestern und wohltätigen Vereinen, namentlich den konfessionellen Frauenvereinen ins Einvernehmen setzen;
3. er soll in den ihm zur Kenntnis gekommenen Fällen entweder mit Rat und Tat selbst Hilfe leisten, oder aber der privaten Hilfeleistung — hauptsächlich auch derjenigen der wohltätigen Vereine — die Wege weisen und diese überwachen; er soll dabei insbesondere darauf halten, daß das Ehrgefühl der zu Unterstützenden nicht verletzt und, wenn materielle Unterstützungen gegeben werden müssen, der Schein, als handele es sich um Almosen, möglichst vermieden wird;
4. er soll die Beschaffung und Verwaltung der Mittel zur werktätigen Unterstützung der Bedürftigen in die Hand nehmen, und zwar sowohl durch Verhandlungen mit der Armenverwaltung als auch durch Veranstaltung von Sammlungen.

§ 10.

Der in § 2 Ziffer 2 angegebenen Aufgabe soll sich der Ausschuß in der Weise unterziehen, daß er die ihm von der Polizeiverwaltung und Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebrachten Fälle einer sorgfältigen Prüfung unterwirft, selbst weitere Erkundigungen einzieht, insbesondere auch das Schulkind selbst verhört oder durch ein Mitglied verhören läßt und schließlich unter Berücksichtigung aller Umstände sein Gutachten mit einer kurzen Begründung schriftlich abgibt. Das Gutachten ist vom Vorsitzenden zu unterzeichnen.

§ 11.

Im übrigen trifft der Ausschuß diejenigen Einrichtungen selbst, die zur Ausführung seiner Aufgaben erforderlich sind und baut sie nach Maßgabe der gemachten Erfahrungen weiter aus.

I. Die Fürsorgezöglinge des Jahres 1906.

Wie bisher, so bildet auch für die nachfolgenden statistischen Angaben über die Fürsorgezöglinge der im Abschnitt A auf S. XXXI mitgeteilte Personalbogen die Unterlage. Den Übersichten ist möglichst die gleiche Nummer wie denjenigen des Vorjahres gegeben. Unter „Jahr" ist stets der Zeitraum vom 1. April bis zum 31. März des folgenden Jahres zu verstehen. Werden die Zöglinge mit der übrigen Bevölkerung verglichen, so kommen nur die Altersklassen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre in Frage, weil nur aus diesen Minderjährige der Fürsorgeerziehung überwiesen werden können. Die Bevölkerungszahlen sind diesmal der Volkszählung von 1905 entnommen.

Die Zahl der der Fürsorgeerziehung Überwiesenen betrug im Jahre

1906 = 6923	1903 = 6523
1905 = 6636	1902 = 6196
1904 = 6458	1901 = 7787

also im Berichtsjahre

gegen 1905 = 287 mehr	gegen 1903 = 400 mehr
„ 1904 = 465 „	„ 1902 = 727 „

gegen 1901 = 864 weniger.

Die Steigerung ist, abgesehen von dem ersten Jahre und dem offenbar zufälligen geringfügigen Rückgang vom Jahre 1903 auf 1904, in den übrigen Jahren eine annähernd gleiche gewesen, so daß man auf eine Gleichmäßigkeit in der Handhabung des Gesetzes, aber auch auf ein sich gleich bleibendes Bedürfnis der Anwendung der Fürsorgeerziehung schließen kann.

Die Zöglinge verteilen sich auf die einzelnen Kommunalverbände in den verschiedenen Jahren wie folgt:

Übersicht 1. Die Zöglinge nach den einzelnen Kommunalverbänden. Tabelle V. Sp. 3.

Provinzen bezw. Kommunalverbände	1906		1905		1904		1903		1902		1901	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
Ostpreußen	**238**	**115**	231	136	262	133	262	158	212	125	291	161
Westpreußen	**195**	**71**	180	68	202	56	170	61	182	59	257	89
Brandenburg ohne Berlin	**420**	**279**	429	288	449	239	434	247	441	226	398	279
Berlin	**522**	**257**	433	233	319	209	344	249	376	217	312	207
Pommern	**149**	**72**	161	89	141	72	171	82	182	89	239	118
Posen	**197**	**68**	203	76	210	58	233	100	224	86	242	78
Schlesien	**567**	**255**	549	225	600	266	631	230	694	296	813	442
Sachsen	**332**	**167**	310	150	301	163	292	127	282	153	364	201
Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	**143**	**107**	164	97	148	89	154	73	166	63	154	102
Lauenburgischer Kreiskommunalverband	**5**	**4**	5	5	2	1	2	2	2	3	5	—
Hannover	**279**	**130**	283	139	263	148	321	160	237	130	336	217
Westfalen	**496**	**257**	464	281	434	275	419	205	351	192	537	308
Bezirksverband Cassel	**110**	**69**	113	55	96	48	119	70	116	79	134	81
Bezirksverband Wiesbaden	**151**	**63**	129	67	126	56	127	65	116	60	109	77
Rheinland	**785**	**418**	721	352	749	341	677	334	551	285	757	476
Hohenzollern	**2**	—	—	—	1	1	3	1	1	—	1	2
Staat	**4591**	**2332**	4375	2261	4303	2155	4359	2164	4133	2063	4949	2838

Hiernach sind erhebliche Schwankungen in den einzelnen Kommunalverbänden nicht zu verzeichnen. Die Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen und Hannover weisen eine geringe Abnahme, die Provinzen Westpreußen, Schlesien, das bisher stets Abnahme erkennen ließ, Sachsen, Rheinland und die Stadt Berlin eine Zunahme der Fürsorgezöglinge gegen das Vorjahr auf. Ostpreußen, Westfalen und Wiesbaden haben eine Steigerung bei den männlichen, dagegen eine Abnahme bei den weiblichen, Schleswig-Holstein und Cassel umgekehrt eine Abnahme bei den männlichen und eine Zunahme bei den weiblichen Zöglingen zu verzeichnen.

Dem Geschlechte nach verteilen sich die Zöglinge wie folgt:

Übersicht 1a. Geschlecht der Zöglinge. Tabelle II—V. Sp. 3.

Geschlecht	Anzahl der überwiesenen Fürsorgezöglinge in den Jahren						Das sind Prozent für die Jahre					
	1906	1905	1904	1903	1902	1901	**1906**	1905	1904	1903	1902	1901
männlich	**4591**	4375	4303	4359	4133	4949	**66,3**	65,9	66,6	66,8	66,6	63,6
weiblich	**2332**	2261	2155	2164	2063	2838	**33,7**	34,1	33,4	33,2	33,4	36,4

In dem Verhältnis der Geschlechter unter den Zöglingen, $^2/_3$ männliche, $^1/_3$ weibliche, hat sich hiernach gegen die Vorjahre nichts geändert.

Auf die drei sechsjährigen Altersklassen verteilen sich die Zöglinge folgendermaßen:

Übersicht 2. Alter der Zöglinge. Tabelle II—V. Sp. 54—64.

Altersgruppen	Anzahl der überwiesenen Fürsorgezöglinge überhaupt						Das sind Prozent für die Jahre					
	1906	1905	1904	1903	1902	1901	**1906**	1905	1904	1903	1902	1901
0 bis 6 Jahre	**185**	170	168	154	132	506	**2,7**	2,6	2,6	2,4	2,1	6,5
6 bis 12 Jahre	**2045**	1984	1937	1973	1878	2815	**29,5**	29,9	30,0	30,2	30,3	36,1
12 bis 18 Jahre	**4693**	4482	4353	4396	4186	4466	**67,8**	67,5	67,4	67,4	67,6	57,4

Nach dem Geschlechte getrennt verteilen sich die Zöglinge auf die nachstehenden Altersklassen wie folgt:

Übersicht 3. Noch: Alter der Zöglinge.

Jahrgang	0—3	3—6	6—12	12—13	13—14	14—15	15—16	16—17	17—18	zus.	
	Jahre										
a) Die Zöglinge überhaupt.											
1906	**26**	**82**	**1477**	**552**	**707**	**434**	**414**	**415**	**484**	**4591**	männliche
1905	20	71	1435	555	588	481	344	370	511	4375	
1904	25	75	1426	537	643	422	334	345	496	4303	
1903	9	63	1425	526	623	457	359	377	520	4359	
1902	15	46	1297	463	604	490	350	372	496	4133	
1901	59	208	1871	563	696	488	395	302	367	4949	
1906	**14**	**63**	**568**	**157**	**192**	**179**	**293**	**363**	**503**	**2332**	weibliche
1905	19	60	549	155	176	215	272	374	441	2261	
1904	22	46	511	141	208	165	233	346	483	2155	
1903	17	65	548	169	185	186	224	298	472	2164	
1902	4	67	581	170	199	171	215	267	389	2063	
1901	64	175	944	229	257	225	231	285	428	2838	

Fortsetzung der Übersicht 3.

Jahrgang	0—3	3—6	6—12	12—13	13—14	14—15	15—16	16—17	17—18 Jahre	zus.	
b) In Prozenten (innerhalb des betreffenden Geschlechtes).											
1906	**0,6**	**1,8**	**32,2**	**12,0**	**15,4**	**9,4**	**9,0**	**9,0**	**10,6**	**100,0**	männliche
1905	0,4	1,6	32,8	12,7	13,4	10,9	7,9	8,4	11,9	100,0	
1904	0,6	1,7	33,2	12,5	14,9	9,8	7,8	8,0	11,5	100,0	
1903	0,2	1,4	32,7	12,1	14,3	10,5	8,2	8,7	11,9	100,0	
1902	0,4	1,1	31,4	11,2	14,6	11,8	8,5	9,0	12,0	100,0	
1901	1,2	4,2	37,8	11,4	14,1	9,8	8,0	6,1	7,4	100,0	
1906	**0,6**	**2,7**	**24,3**	**6,7**	**8,2**	**7,7**	**12,6**	**15,6**	**21,6**	**100,0**	weibliche
1905	0,8	2,7	24,3	6,9	7,8	9,5	12,0	16,5	19,5	100,0	
1904	1,0	2,1	23,7	6,5	9,7	7,7	10,8	16,1	22,4	100,0	
1903	0,8	3,0	25,3	7,8	8,6	8,6	10,4	13,7	21,8	100,0	
1902	0,2	3,3	28,2	8,2	9,6	8,3	10,4	12,9	18,9	100,0	
1901	2,3	6,2	33,3	8,1	9,1	7,9	8,1	10,0	15,0	100,0	

Bei den männlichen Zöglingen haben gegen das Vorjahr eine Zunahme zu verzeichnen das Kindesalter bis zum 6. Lebensjahre (0,2 %), die Stufen der 13- bis 14jährigen (2 %), den 15- bis 16jährigen (1,1 %) und der 16- bis 17jährigen (0,6 %); einen Rückgang zeigen die Stufen der 6- bis 12jährigen (0,6 %), der 13- bis 14jährigen (0,7 %), der 14- bis 15jährigen (1,5 %) und erfreulicher Weise der 17- bis 18jährigen (1,3 %).

Bei dem weiblichen Geschlecht ist eine Abnahme in den Stufen der 0- bis 3jährigen (0,2 %), der 12- bis 13jährigen (0,2 %), der 14- bis 15jährigen (1,8 %) und der 16- bis 17jährigen (0,9 %), dagegen eine Zunahme in den Stufen der 13- bis 14jährigen (0,4 %), der 15- bis 16jährigen (0,6 % und der 17- bis 18jährigen (2,1 %) festzustellen, während die Altersklassen der 3- bis 6- und der 6- bis 12jährigen sich gegen das Vorjahr nicht verändert haben.

Im Verhältnis zur gleichaltrigen Bevölkerung stellen sich die Fürsorgezöglinge der verschiedenen Altersklassen folgendermaßen:

Übersicht 4. Noch: Alter der Zöglinge.

Jahrgang	Altersklassen 0—3	3—6	6—12	12—13	13—14	14—15	15—16	16—17	17—18 Jahre
a) Zöglinge überhaupt.									
1906	**40**	**145**	**2045**	**709**	**899**	**613**	**707**	**778**	**987**
1905/1902 im Durchschnitt	33	123	1943	679	807	647	583	687	952
1901	123	383	2815	792	953	713	626	587	795

Fortsetzung der Übersicht 4.

Jahrgang	Altersklassen 0—3	3—6	6—12	12—13	13—14	14—15	15—16	16—17	17—18
	Jahre								
b) Auf 10 000 gleichaltrige Personen kommen Fürsorgezöglinge.[1])									
1906	**0,1**	**0,5**	**4,0**	**8,9**	**11,8**	**8,0**	**9,6**	**10,7**	**13,5**
1905/1902 im Durchschnitt	0,1	0,5	4,0	8,8	10,8	8,8	8,0	9,8	13,9
1901	0,4	1,1	6,0	10,7	13,2	10,2	9,2	8,7	12,5

Aus dieser Übersicht, welche für die Periode 1902—1905 einschl. sowohl bei den Zöglingen überhaupt (lit. a), wie bei den Bevölkerungsziffern (lit. b) Durchschnittszahlen bringt, ergibt sich, daß seit 1902 eine wirklich erhebliche Verschiebung in dem Anteil der einzelnen Jahresklassen an der Fürsorgeerziehung nicht stattgefunden hat. Die größte Zunahme in der Klasse der 15- bis 16jährigen beträgt nur 1,6; auch der Rückgang bei den 14- bis 15jährigen und 17- bis 18jährigen ist nur ein geringfügiger (0,8 bezw. 0,4).

Auch innerhalb der einzelnen Kommunalverbände ist der Anteil der verschiedenen Altersstufen an der Fürsorgeerziehung annähernd der gleiche geblieben, wie im Jahresdurchschnitt der dem Berichtsjahre voraufgegangenen vier Jahre. Die nachfolgende Übersicht, in welcher bei den Jahresdurchschnitten 1902/05 die Sätze unter Zugrundelegung der Durchschnittsbevölkerungsziffer der Zählungen aus den Jahren 1900 und 1905 errechnet worden sind, läßt dies erkennen. In ihr sind wieder 4 Altersklassen — noch nicht Schulpflichtige, zwei Stufen Schulpflichtige und Schulentlassene — unterschieden.

Übersicht 5. Noch: Alter der Zöglinge.

Provinzen bezw. Kommunalverbände	Es kamen Fürsorgezöglinge auf 10 000 Personen im Alter von 0—6	6-12	12-14	14-18	0—6	6-12	12-14	14-18	0—6	6-12	12-14	14-18
	Jahren[1])											
	1906				im Durchschn. d. Jahre 1905/02				1901			
Ostpreußen	**0,6**	**4,8**	**7,4**	**7,2**	0,5	5,2	9,5	7,4	0,9	7,5	10,5	6,7
Westpreußen	**0,1**	**2,5**	**10,3**	**8,6**	0,03	2,5	8,8	8,7	0,5	4,1	13,6	10,6
Brandenburg ohne Berlin	**0,5**	**5,2**	**10,1**	**11,5**	0,7	5,5	11,7	11,0	1,0	6,2	12,9	9,9
Berlin	**0,3**	**7,6**	**24,1**	**35,2**	0,2	5,3	20,9	28,1	0,8	6,2	20,5	21,5
Pommern	**0,1**	**2,7**	**7,2**	**7,2**	0,2	3,5	7,9	7,7	0,6	5,9	11,4	9,2
Posen	**0,1**	**2,1**	**8,1**	**6,9**	0,1	2,6	7,9	8,7	0,2	4,1	7,4	7,7
Schlesien	**0,2**	**4,0**	**10,3**	**7,7**	0,2	4,5	9,9	9,2	1,4	8,1	14,1	9,7
Sachsen	**0,4**	**3,9**	**10,4**	**7,6**	0,1	3,3	8,5	8,2	0,6	5,7	10,3	7,7
Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	**0,1**	**3,8**	**8,0**	**11,6**	0,2	**4,4**	8,8	9,8	1,0	5,9	10,2	7,6
Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	**4,3**	**8,7**	**9,6**	1,4	4,3	9,0	2,4	—	4,4	4,7	2,4
Hannover	**0,3**	**3,5**	**8,6**	**7,7**	0,2	4,0	8,9	7,2	0,8	5,9	10,4	10,0
Westfalen	**0,6**	**4,5**	**11,5**	**10,3**	0,5	3,9	10,5	10,2	1,6	6,6	12,2	11,2
Bezirksverband Cassel	**1,2**	**5,8**	**8,2**	**6,8**	1,0	5,6	9,7	7,0	1,6	8,1	10,6	7,8
Bezirksverb. Wiesbaden	**0,1**	**5,7**	**9,7**	**12,0**	0,3	4,2	9,1	12,7	0,9	5,3	7,4	12,6
Rheinprovinz	**0,2**	**3,4**	**10,7**	**11,9**	0,2	3,2	7,3	10,5	0,8	5,0	11,0	11,3
Hohenzollern	—	—	—	**4,3**	—	1,2	—	1,8	—	1,2	—	3,4
Staat	**0,2**	**4,0**	**10,3**	**10,4**	**0,3**	**4,0**	**9,8**	**10,2**	**0,9**	**6,1**	**11,7**	**10,1**

[1]) Dem Jahrgange 1906 sind die durch die Volkszählung am 1. Dezember 1905 ermittelten gleichaltrigen Personen in Preußen gegenübergestellt, während dem Durchschnitte der Jahre 1905/1902 die durchschnittlichen Bevölkerungsziffern vom 1. Dezember 1900 und 1905 gegenüberstehen. Der Jahrgang 1901 dagegen ist nur mit der Bevölkerung vom 1. Dezember 1900 verglichen.

Hiernach hat außer Berlin nur der Bezirksverband Wiesbaden einen nennenswerten Zuwachs der jüngeren Schulpflichtigen, 1,5, zu verzeichnen, während bei den älteren Schulpflichtigen außer Berlin, Westpreußen mit 1,5, Sachsen mit 1,9, Westfalen mit 1,0 und die Rheinprovinz mit 3,4 an der Zunahme beteiligt sind. Der Rückgang der jüngeren Schulpflichtigen bewegt sich bei den 7 Kommunalverbänden, die ihn zu verzeichnen haben, unter 1,0 — Pommern ist mit 0,8 am höchsten beteiligt — und erreicht bei den älteren Schulpflichtigen in Ostpreußen 2,1, in Brandenburg 1,6 und im Bezirksverband Cassel 1,5. Die Schulentlassenen sind in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Sachsen, den Bezirksverbänden Cassel und Wiesbaden in geringem Maße, in Posen um 1,8 und Schlesien um 1,5 zurückgegangen, weisen dagegen in Brandenburg (0,5), Berlin (7,1), Schleswig-Holstein (1,8), Hannover (0,5), Westfalen (0,1) und der Rheinprovinz (1,4) eine Zunahme auf.

Berlin zeigt bei allen Altersklassen, abgesehen von den noch nicht Schulpflichtigen, wo nur 0,1 mehr gegen den Durchschnitt der letzten 4 Jahre erscheinen, eine erhebliche Zunahme und wird nur in der Klasse der älteren Schulpflichtigen (3,2) von der Rheinprovinz, die hier 3,4 an Zuwachs zu verzeichnen hat, übertroffen. Die Schulentlassenen zeigen gegen den Durchschnitt von 1902/05 ein Mehr von 7,1. Hiernach wird auch durch die diesjährigen statistischen Ergebnisse die Beobachtung früherer Jahre bestätigt, daß die Großstadt den günstigsten Boden für die Verwahrlosung der Jugend abgibt.

Die Verhältniszahlen der Zöglinge zur gleichaltrigen Bevölkerung sind für die beiden Geschlechter folgende:

Übersicht 6. Verhältnis der Fürsorgezöglinge zur gleichaltrigen Bevölkerung überhaupt.

Jahrgang	Fürsorge-Zöglinge		Auf 10 000 0—18 Jahre alte Personen entfallen Fürsorgezöglinge[1])	
	m.	w.	m.	w.
1906	**4591**	**2332**	**5,9**	**3,1**
1905/1902 im Durchschnitt	4263	2161	5,7	2,9
1901	4949	2838	6,9	4,0

Übersicht 7. Ursachen der Überweisung. Tab. II—V. Sp. 4—10.

Jahresklasse	Es sind überwiesen nach § 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1900							Zusammen
	Abs. 1	Abs. 2	Abs. 3	Abs. 1 u. 2	Abs. 1 u. 3	Abs. 2 u. 3	Abs. 1, 2 u. 3	
a) Zöglinge überhaupt.								
1906	**1056**	**606**	**4619**	**48**	**322**	**240**	**32**	**6923**
1905	994	666	4317	73	277	268	41	6636
1904	986	702	4128	71	279	236	56	6458
1903	1061	686	4004	87	322	313	50	6523
1902	1144	771	3556	80	318	268	59	6196
1901	2583	780	3415	133	553	278	45	7787

[1]) Vergleiche die Anmerkung 1 zur Übersicht 4 auf Seite XLVI.

Fortsetzung der Übersicht 7.

Jahresklasse	Es sind überwiesen nach § 1							Zusammen
	Abs. 1	Abs. 2	Abs. 3	Abs. 1 u. 2	Abs. 1 u. 3	Abs. 2 u. 3	Abs. 1, 2 u. 3	
	des Gesetzes vom 2. Juli 1900							
b) In Prozenten.								
1906	**15,3**	**8,7**	**66,7**	**0,7**	**4,7**	**3,4**	**0,5**	**100,0**
1905	15,0	10,0	65,1	1,1	4,2	4,0	0,6	100,0
1904	15,3	10,9	63,9	1,1	4,3	3,6	0,9	100,0
1903	16,3	10,5	61,3	1,3	5,0	4,8	0,8	100,0
1902	18,4	12,4	57,3	1,3	5,1	4,6	0,9	100,0
1901	33,2	10,0	43,9	1,7	7,1	3,5	0,6	100,0

Die bereits im Vorjahr festgestellte Aufwärtsbewegung der Zahl der nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes Überwiesenen hat erfreulicher Weise angehalten. Demgegenüber ist aber auch die Zahl der nach § 1 Abs. 3 allein oder in Verbindung mit Abs. 2 und 1 Überwiesenen gestiegen, so daß bei drei Vierteln aller Zöglinge bereits Verwahrlosung vorliegt.

Übersicht 8. Staatsangehörigkeit und Gebürtigkeit. Tab. II—V. Sp. 31, 46 u. 47.

Jahresklasse	Von den Zöglingen sind geboren			Zusammen
	Im Königreiche Preußen	in anderen deutschen Bundesstaaten	im Auslande	
a) Zöglinge überhaupt.				
1906	**6698**	**190**	**35**	**6923**
1905	6408	197	31	6636
1904	6212	212	34	6458
1903	6296	177	50	6523
1902	5994	156	46	6196
1901	7564	189	34	7787
b) In Prozenten.				
1906	**96,8**	**2,7**	**0,5**	**100,0**
1905	96,6	3,0	0,4	100,0
1904	96,2	3,3	0,5	100,0
1903	96,5	2,7	0,8	100,0
1902	96,7	2,5	0,8	100,0
1901	97,2	2,4	0,4	100,0

Der Rückgang der Zöglinge, die in nichtpreußischen deutschen Staaten geboren sind, hat angehalten; die im Auslande Geborenen weisen eine geringe Zunahme auf.

Übersicht 9. Letzter Wohnort. Tab. II—V. Sp. 48—53.

Jahrgang	Es wohnten vor der Überweisung in					
	Berlin	Großstädten mit 100000 und mehr	Gemeinden mit über 20000 bis unter 100000	Gemeinden mit über 5000 bis unter 20000	Gemeinden mit über 2000 bis unter 5000	Gemeinden unter 2000
		Einwohnern				
	a) Zöglinge überhaupt.					
1906	**801**	**1808**	**1474**	**1088**	**526**	**1226**
1905	684	1640	1460	1040	534	1278
1904	552	1430	1525	1041	593	1317
1903	617	1429	1456	1083	606	1332
1902	642	1341	1447	955	557	1254
1901	537	1753	1669	1352	801	1675
	b) In Prozenten [1]).					
1906	**11,6**	**26,2**	**21,3**	**15,7** | **7,6** (**23,3**)		**17,6**
1905	10,3	24,7	22,0	15,7 | 8,0 (23,7)		19,3
1904	8,5	22,2	23,6	16,1 | 9,2 (25,3)		20,4
1903	9,4	22,0	22,3	16,6 | 9,3 (25,9)		20,4
1902	10,4	21,6	23,4	15,4 | 9,0 (24,4)		20,2
1901	6,9	22,5	21,5	17,3 | 10,3 (27,6)		21,5

Aus der vorstehenden Übersicht geht hervor, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge aus der Stadt Berlin und den übrigen Großstädten gegen das Vorjahr noch zugenommen hat; gegen das Ausgangsjahr 1901 beträgt die relative Zunahme in Berlin beinahe das Doppelte. Die Zahl der aus den Gemeinden mit unter 100000 Einwohnern stammenden Fürsorgezöglinge hat sowohl gegen das Vorjahr wie auch gegen das Ausgangsjahr 1901 abgenommen.

Übersicht 10. Geburt (ob ehelich oder unehelich). Tab. II—V. Sp. 65 u. 66.

Jahrgang	Von den Überwiesenen waren		Das sind Prozent aller Überwiesenen bei den	
	ehelich	unehelich	ehelichen	unehelichen
	geboren			
1906	**5812**	**1111**	**84,0**	**16,0**
1905	5562	1074	83,8	16,2
1904	5329	1129	82,5	17,5
1903	5456	1067	83,6	16,4
1902	5149	1047	83,1	16,9
1901	6445	1342	82,7	17,3

[1]) Die Gegenüberstellung der auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen entfallenden ortsanwesenden 0—18 Jahre alten Bevölkerung am 1. 12. 05 und der Fürsorgezöglinge war zunächst nicht möglich, weil die allgemeine Bevölkerungsstatistik die ersteren Zahlen noch nicht hat. Es wird versucht werden, in der nächstjährigen Statistik diese Gegenüberstellung nachzuholen.

Die Zahl der unehelichen Fürsorgezöglinge ist hiernach relativ weiter um 0,2 % gesunken, dagegen absolut um 37 stärker geworden, eine Mahnung, wo irgend möglich General- und Berufsvormundschaften einzuführen, die sich bisher da, wo sie ins Leben getreten sind, gerade für die Unehelichen als besonders segensreich erwiesen haben.

Übersicht 11. Religion. Tab. II—V. Sp. 67—70.

Jahrgang	Dem Religionsbekenntnisse nach waren			
	Evangelische	Katholische	Juden	Sonstige
a) Zöglinge überhaupt.				
1906	**4384**	**2509**	**21**	**9**
1905	4301	2296	23	16
1904	4099	2339	15	5
1903	4188	2314	16	5
1902	3964	2203	23	6
1901	4877	2863	37	10
b) In Prozenten.				
1906	**63,4**	**36,2**	**0,3**	**0,1**
1905	64,8	34,6	0,4	0,2
1904	63,5	36,2	0,2	0,1
1903	64,2	35,5	0,2	0,1
1902	64,0	35,6	0,4	—
1901	62,6	36,8	0,5	0,1
c) Prozentzahlen der Gesamtbevölkerung[1] am 1. 12. 1905.				
—	62,6	35,8	1,1	0,5

Die beiden großen christlichen Konfessionen sind im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in diesem Jahre wieder gleichmäßig an der Zahl der Fürsorgezöglinge beteiligt.

Übersicht 12. Erziehung vor der Überweisung. Tab. II—V. Sp. 71—82.

Jahrgang	Es sind erzogen		Es waren einmaligem oder öfterem Erziehungswechsel unterworfen
	nur im Elternhause	gänzlich oder teilweise außerhalb des Elternhauses (fremde Familien, Verwandte, Anstalten)	
a) Zöglinge überhaupt.			
1906	**4882**	**2041**	**1710**
1905	4756	1880	1471
1904	4538	1920	1535
1903	4510	2013	1612
1902	4462	1734	1313
1901	5348	2439	1727

[1]) Prozentzahlen für die 0—18 Jahre alte Bevölkerung am 1. Dezember 1905 nach Konfessionen getrennt sind nicht vorhanden.

Fortsetzung der Übersicht 12.

Jahrgang	Es sind erzogen		Es waren einmaligem oder öfterem Erziehungswechsel unterworfen
	nur im Elternhause	gänzlich oder teilweise außerhalb des Elternhauses (fremde Familien, Verwandte, Anstalten)	
b) In Prozenten.			
1906	**70,5**	**29,5**	**24,7**
1905	71,7	28,3	22,2
1904	70,3	29,7	23,8
1903	69,1	30,9	24,7
1902	72,0	28,0	21,2
1901	68,7	31,3	22,2

Auffallen muß die erhebliche Steigerung der gänzlich oder teilweise außerhalb des Elternhauses erzogenen Zöglinge; sie bestätigt die Annahme früherer Berichte, daß die Erziehung im Elternhause den größeren Schutz gewährt und mahnt wieder alle dazu Berufenen, wie Staat, Gemeinde, Kirche, Schule, sich der Kinder besonders anzunehmen, die das Elternhaus entbehren müssen.

Übersicht 13. Schulpflichtiges Alter.

Jahrgang	Es waren					
	noch nicht schulpflichtig		schulpflichtig		schulentlassen	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.
a) Zöglinge überhaupt.						
1906	**108**	**80**	**2795**	**943**	**1688**	**1312**
1905	91	79	2596	887	1688	1295
1904	113	79	2613	858	1577	1218
1903	75	95	2700	941	1584	1128
1902	65	71	2525	993	1543	999
1901	287	257	3295	1467	1367	1114
b) In Prozenten innerhalb des betreffenden Geschlechtes.						
1906	**2,3**	**3,4**	**60,9**	**40,4**	**36,8**	**56,2**
1905	2,1	3,5	59,3	39,2	38,6	57,3
1904	2,6	3,7	60,7	39,8	36,7	56,5
1903	1,7	4,4	62,0	43,5	36,3	52,1
1902	1,6	3,4	61,1	48,1	37,3	48,5
1901	5,8	9,0	66,6	51,7	27,6	39,3

Übersicht 14. Schulbesuch. Tab. II—V. Sp. 83—89.

Jahrgang	Von den schulpflichtigen und schulentlassenen Zöglingen hatten					Der Schulbesuch dieser Zöglinge war	
	die Volksschulen	höhere Schulen	Privatschulen	Anstaltsschulen	keine Schule	regelmäßig	unregelmäßig
	besucht						
a) Zöglinge überhaupt.							
1906	**6624**	**32**	**16**	**28**	**38**	**3296**	**3404**
1905	6322	28	14	54	48	3320	3098
1904	6177	25	11	19	34	3260	2972
1903	6234	26	19	24	50	3103	3200
1902	5969	20	19	5	47	3229	2784
1901	7130	16	14	47	36	3609	3598
b) In Prozenten.							
1906	**98,3**	**0,5**	**0,2**	**0,4**	**0,6**	**49,2**	**50,8**
1905	97,8	0,4	0,2	0,9	0,7	51,8	48,2
1904	98,5	0,4	0,2	0,3	0,6	52,3	47,7
1903	98,1	0,4	0,3	0,4	0,8	49,2	50,8
1902	98,4	0,4	0,3	0,1	0,8	53,8	46,2
1901	98,4	0,2	0,2	0,7	0,5	50,1	49,9

Übersicht 15. Schulbildung. Tab. II—V. Sp. 90—95.

Jahrgang	Von den über 12 Jahre alten Zöglingen						Zusammen
	hatten volle Volksschulbildung	hatten höhere Schulbildung	konnten fertig lesen, schreiben und rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	konnten teilweise lesen, schreiben und rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	hatten eine Schule besucht, konnten aber weder lesen, schreiben noch rechnen	waren ohne Schulbildung	
a) Zöglinge überhaupt.							
1906	**2002**	**18**	**2018**	**123**	**525**	**7**	**4693**
1905	1849	18	1890	89	626	10	4482
1904	1823	15	1912	66	526	11	4353
1903	1738	14	1912	99	607	26	4396
1902	1672	16	1744	175	566	13	4186
1901	1610	9	1798	304	736	9	4466
b) In Prozenten.							
1906	**42,6**	**0,4**	**43,0**	**2,6**	**11,2**	**0,2**	—
1905	41,3	0,4	42,2	2,0	13,9	0,2	—
1904	41,9	0,4	43,9	1,5	12,1	0,2	—
1903	39,5	0,3	43,5	2,3	13,8	0,6	—
1902	39,9	0,4	41,7	4,2	13,5	0,3	—
1901	36,0	0,2	40,3	6,8	16,5	0,2	—

Während noch im Jahre 1902 die Zahl der schulpflichtigen und schulentlassenen weiblichen Zöglinge fast völlig gleich war, haben seitdem bis zum Jahre 1905 einschl. die schulpflichtigen fortgesetzt zugunsten der schulentlassenen eine Verminderung erfahren; jetzt ist hierin nicht nur ein Stillstand eingetreten, sondern es haben die schulpflichtigen sogar eine nicht unbeträchtliche relative und absolute Steigerung aufzuweisen, während die schulentlassenen absolut nur um 17 gegen 77 in 1905, 90

in 1904 und 129 in 1903 zugenommen haben. Bei den männlichen Zöglingen stellte sich in der ganzen Zeit das Verhältnis der schulpflichtigen zu den schulentlassenen umgekehrt (fast $^2/_3$ zu $^1/_3$).

Nachdem die Beteiligung der Anstaltsschüler an der Zahl der Zöglinge wieder erheblich zurückgegangen ist und das vorjährige sprunghafte Steigen sich als ein zufälliges erwiesen hat, zeigt die Übersicht über die verschiedenen Schulen, die die Zöglinge besucht haben, wieder dasselbe Bild, wie in den Vorjahren.

Die Zahl derer, die die Schule regelmäßig besucht haben, ist geringer geworden und die Zahl der unregelmäßigen Schulbesucher erheblich gestiegen. Hiernach wirkt der Schulbesuch an sich offenbar vorbeugend, während die Schulbildung als solche nach wie vor keinen besonderen Einfluß erkennen läßt.

Die Zahl der erfolglosen Schulbesucher ist wieder auf den Stand des Jahres 1904 zurückgegangen; auch die Zöglinge ohne Schulbildung sind absolut etwas geringer geworden.

Übersicht 16. Bestrafungen. Tab. II—V. Sp. 11—24.

Jahrgang	Im bedingt strafmündigen Alter (12-18 Jahre) stehen Zöglinge		Das sind Prozent aller Zöglinge bei den		Davon stehen im schulpflichtigen Alter		Das sind Prozent der bedingt strafmündigen Zöglinge		Von den im schulpflichtigen Alter stehenden strafmündig. Zöglingen sind gerichtlich bestraft		Das sind Prozent dieser Altersklasse bei den		Von den schulentlassenen Zöglingen sind gerichtlich bestraft		Das sind Prozent aller schulentlassenen Zöglinge	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1906	**3006**	**1687**	**65,5**	**72,3**	**1318**	**375**	**43,8**	**22,2**	**433**	**70**	**32,9**	**18,7**	**1175**[1])	**389**[1])	**69,6**	**29,6**
1905	2849	1633	65,1	72,2	1161	338	40,8	20,7	370	66	31,9	19,5	1205[1])	368[1])	71,4	28,4
1904	2777	1576	64,5	73,1	1200	358	43,2	22,7	438	68	36,5	19,0	1133[1])	390[1])	71,8	32,0
1903	2862	1534	65,7	70,9	1278	406	44,7	26,5	443	65	34,7	16,0	1220	392	77,0	34,8
1902	2775	1411	67,1	68,4	1232	412	44,4	29,2	462	81	37,5	19,6	1218	403	78,9	40,3
1901	2811	1655	56,8	58,3	1444	541	51,4	32,6	479	78	33,2	14,4	1057	437	77,3	39,2

Es sind mit Gefängnis allein oder daneben mit Haft bezw. Verweisen bestraft:

Übersicht 17. Bestrafungen mit Gefängnis. Tab. II—V. Sp. 18—24.

Jahrgang	Zöglinge im schulpflichtigen Alter		Schulentlassene Zöglinge[2])	
	m.	w.	m.	w.
a) Zöglinge überhaupt.				
1906	**274**	**32**	**964**	**234**
1905	218	27	978	250
1904	272	41	949	280
1903	318	35	1050	280
1902	308	43	1075	289
1901	313	56	933	306
b) In Prozenten aller Bestraften (innerhalb der betreffenden Altersgruppen).				
1906	**63,3**	**45,7**	**82,0**	**60,2**
1905	58,9	40,9	81,2	68,0
1904	62,1	60,3	83,8	71,8
1903	71,8	53,7	86,1	71,4
1902	66,7	53,1	88,2	71,7
1901	65,3	71,8	88,3	70,0

[1]) Davon standen bei Begehung der 1. Straftat im schulpflichtigen Alter: 313 m. und 40 w. des Jahrganges 1906, 323 m. und 47 w. des Jahrganges 1905 und 310 m. und 52 w. des Jahrganges 1904.

[2]) Von den schulentlassenen Zöglingen waren bereits im schulpflichtigen Alter mit Gefängnis bestraft: 1906 = 118 m. und 13 w., 1905 = 146 m. und 18 w., 1904 = 162 m. und 20 w., 1903 = 184 m. und 25 w.

Von den bestraften Fürsorgezöglingen der letzten 4 Jahrgänge 1906, 1905, 1904 und 1903 waren mehr als zweimal mit Gefängnis bestraft:

Übersicht 18. Zahl der Strafen.

Jahrgang	3 mal		4 mal		5 mal		6 mal		7 mal		Zusammen	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
a) Schulpflichtige.												
1906	**10**	—	—	—	—	—	**1**	—	—	—	**11**	—
1905	5	2	1	—	1	—	—	—	—	—	7	2
1904	7	—	1	—	—	1	—	—	—	—	8	1
1903	11	2	3	1	1	—	—	—	—	—	15	3
b) Schulentlassene.												
1906	**90**	**12**	**27**	**5**	**12**	—	**2**	**1**	**2**	—	**133**	**18**
1905	80	15	32	2	8	1	2	—	5	—	127	18
1904	94	17	35	5	16	2	2	—	5	—	152	24
1903	123	22	54	9	21	2	12	—	3	—	213	33

Übersicht 19. Dauer der Gefängnisstrafen.

Jahrgang	Es hatten Gefängnisstrafen verbüßt: Unter 6 Monat		6 Monat bis 1 Jahr		1 bis 2 Jahre		2 bis 3 Jahre		3 bis 4 Jahre		Zusammen	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
I. Zöglinge überhaupt.												
a) Schulpflichtige.												
1906	**257**	**31**	**13**	**1**	**3**	—	**1**	—	—	—	**274**	**32**
1905	209	26	6	—	3	—	—	1	—	—	218	27
1904	266	37	6	4	—	—	—	—	—	—	272	41
1903	288	34	17	1	12	—	—	—	1	—	318	35
b) Schulentlassene.												
1906	**830**	**217**	**98**	**14**	**33**	**3**	**1**	—	**2**	—	**964**	**234**
1905	734	217	166	19	66	12	11	2	1	—	978	250
1904	730	246	145	27	62	6	10	1	1	—	948	280
1903	757	231	182	30	92	15	14	4	5	—	1050	280
II. In Prozenten der mit Gefängnis Bestraften.												
a) Schulpflichtige.												
1906	**93,9**	**96,9**	**4,9**	**3,1**	**1,1**	—	**0,1**	—	—	—	**100,0**	**100,0**
1905	95,9	96,3	2,7	—	1,4	—	—	3,7	—	—	100,0	100,0
1904	97,8	90,2	2,2	9,8	—	—	—	—	—	—	100,0	100,0
1903	90,5	97,1	5,4	2,9	3,8	—	—	—	0,3	—	100,0	100,0
b) Schulentlassene.												
1906	**86,1**	**92,7**	**10,2**	**6,0**	**3,4**	**1,3**	**0,1**	—	**0,2**	—	**100,0**	**100,0**
1905	75,1	86,8	17,0	7,6	6,7	4,8	1,1	0,8	0,1	—	100,0	100,0
1904	77,0	87,9	15,3	9,6	6,5	2,1	1,1	0,4	0,1	—	100,0	100,0
1903	72,1	82,5	17,3	10,7	8,8	5,4	1,3	1,4	0,5	—	100,0	100,0

Übersicht 20.
Straftaten.

Straftaten	Schulpflichtige								Schulentlassene							
	1906		1905		1904		1903		1906		1905		1904		1903	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	w.	w.	m.	w.
Es sind überhaupt gerichtlich bestraft	**433**	**70**	370	66	438	68	443	65	**1175**	**389**	1205	368	1133	390	1220	392
Davon wegen																
einfachen Diebstahls .	**267**	**51**	233	55	302	55	293	50	**621**	**203**	542	234	528	223	615	229
schweren Diebstahls .	**96**	**7**	43	2	40	7	70	3	**186**	**35**	140	9	184	24	195	22
Brandstiftung . . .	**2**	—	1	—	3	1	8	1	**11**	**5**	15	10	10	8	6	8
Raubes, bezw. Raubanfalles oder Einbruchs	**7**	—	11	—	15	—	4	—	**36**	**1**	46	3	24	2	17	1
groben Unfugs . . .	—	—	—	—	7	—	4	—	**4**	**2**	8	4	8	2	4	4
gefährl. Körperverletzung	**12**	**1**	5	—	12	—	6	—	**60**	**8**	42	2	90	10	65	1
Sittlichkeitvergehens .	**4**	—	5	—	**4**	—	7	—	**49**	**2**	61	1	66	—	64	3
Betruges	**9**	**6**	7	—	5	2	5	4	**19**	**23**	49	23	29	24	20	20
Blutschande	—	—	—	—	—	—	—	—	**2**	**1**	—	—	2	—	—	5
Unterschlagung . . .	**10**	**1**	18	3	12	1	15	—	**51**	**12**	104	13	38	8	64	9
Hausfriedensbruches .	—	—	3	—	4	—	4	—	**13**	**4**	23	—	22	2	18	1
Urkundenfälschung . .	**4**	—	4	1	4	—	11	—	**36**	**12**	40	8	48	7	41	6
widernatürlicher Unzucht	—	—	—	—	—	—	1	—	**8**	—	4	—	5	—	6	—
Landstreichens u. Bettelns	**9**	**4**	2	3	10	2	4	5	**11**	**3**	32	7	34	5	31	5
Sachbeschädigung . .	**4**	—	10	1	4	—	6	—	**16**	—	26	—	14	2	12	—
gewerbsmäßiger Unzucht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**60**	—	24	—	68	—	66
anderer Straftaten . .	**9**	—	28	1	16	—	5	2	**52**	**18**	73	30	31	5	62	12

Die im Vorjahr festzustellende Abnahme der Zahl der bereits im schulpflichtigen Alter gerichtlich bestraften männlichen Zöglinge war nur eine vorübergehende; im Berichtsjahre ist der Stand von 1904 fast wieder erreicht. Bei den schulentlassenen männlichen Zöglingen ist eine geringe Abnahme der gerichtlich bestraften eingetreten. Erheblich ist die Zunahme der mit Freiheitsstrafen belegten schulpflichtigen männlichen Zöglinge (56 oder 4,4%), während die Zahl der schulentlassenen beiderlei Geschlechts, die Freiheitsstrafen erlitten haben, absolut zurückgegangen ist. Die Zahl der mehrfach bestraften männlichen Schulpflichtigen und Schulentlassenen ist größer geworden. Bedauerlicherweise ist auch die Zahl der schulpflichtigen Zöglinge beiderlei Geschlechts, welche mehr oder weniger lange Freiheitsstrafen verbüßt hatten, gewachsen, während die Zahl der schulentlassenen dieser Kategorie (Übersicht 19) abgenommen hat.

Wie früher überwiegen sowohl bei den Schulpflichtigen, wie den Schulentlassenen die Bestrafungen wegen einfachen und schweren Diebstahls, die gleichzeitig bei den männlichen eine erhebliche Zunahme erfahren haben, danach bei den männlichen die wegen gefährlicher Körperverletzung, Sittlichkeitsvergehen und Unterschlagung, bei den weiblichen Schulentlassenen wegen gewerbsmäßiger Unzucht.

Übersicht 21. Schlechte Neigungen. Tab. II—V. Sp. 25—29.

Jahrgang	Schlechten Neigungen waren ergeben überhaupt m.	überhaupt w.	Davon dem Landstreichen pp. m.	dem Landstreichen pp. w.	der Trunksucht m.	der Trunksucht w.	der Unzucht m.	der Unzucht w.	dem Diebstahl m.	dem Diebstahl w.	Es hatten bereits geboren bezw. waren schwanger w.	Es hatten erworbene Syphilis w.
a) Schulpflichtige Zöglinge überhaupt.												
1906	**1174**	**300**	**967**	**173**	**11**	**1**	**51**	**88**	**145**	**38**	**3**	—
1905	1051	304	879	191	10	2	61	79	101	32	1	1
1904	1079	301	892	191	16	2	65	86	106	22	1	3
1903	1205	344	1025	204	10	1	69	121	101	18	—	1
1902	1063	352	927	209	8	—	49	121	79	22	2	2
1901	1303	361	1127	237	22	2	63	101	91	21	—	4
b) Schulentlassene Zöglinge überhaupt.												
1906	**715**	**946**	**580**	**78**	**34**	**3**	**64**	**849**	**37**	**16**	**95**	**106**
1905	778	923	615	95	52	—	80	815	31	13	47	90
1904	764	881	597	83	45	5	96	779	26	14	84	76
1903	714	849	580	76	39	1	73	758	22	14	81	98
1902	706	762	583	97	32	3	70	657	21	5	61	84
1901	697	813	585	89	25	3	55	713	32	8	55	97
Das sind in Prozenten innerhalb des betreffenden Alters und Geschlechtes.												
a) Bei den schulpflichtigen Zöglingen.												
1906	**40,4**	**29,4**	**33,3**	**17,0**	**0,4**	**0,1**	**1,7**	**8,6**	**5,0**	**3,7**	**0,3**	—
1905	40,5	34,3	33,9	21,6	0,4	0,2	2,3	8,9	3,9	3,6	0,1	0,1
1904	39,5	32,1	32,7	20,4	0,6	0,2	2,4	9,2	3,8	2,3	0,1	0,3
1903	44,6	36,6	38,0	21,7	0,3	0,1	2,6	12,9	3,7	1,9	—	0,1
1902	42,1	35,5	36,7	21,0	0,3	—	1,9	12,2	3,2	2,2	0,2	0,2
1901	39,5	24,6	34,2	16,2	0,7	0,1	1,9	6,9	2,7	1,4	—	0,3
b) Bei den schulentlassenen Zöglingen.												
1906	**42,4**	**72,1**	**34,4**	**6,0**	**2,0**	**0,2**	**3,8**	**64,7**	**2,2**	**1,2**	**7,2**	**8,1**
1905	46,1	71,3	36,4	7,3	3,1	—	4,8	63,9	1,8	1,0	3,6	6,9
1904	48,4	72,3	37,8	6,8	2 8	0,4	6,1	64,0	1,7	1,1	6,9	6,2
1903	45,1	75,2	36,6	6,7	2,5	0,1	4,6	67,2	1,4	1,2	6,7	8,6
1902	45,7	76,3	37,7	9,7	2,1	0,3	4,5	65,8	1,3	0,5	6,1	8,4
1901	50,9	73,0	42,8	8,0	1,8	0,2	4,0	64,0	2,3	0,8	4,9	8,7

Die der Fürsorgeerziehung überwiesenen Jugendlichen mit schlechten Neigungen haben relativ abgenommen bis auf die schulentlassenen weiblichen, deren Zahl absolut und relativ gewachsen ist. Im übrigen ist das Bild annähernd das gleiche geblieben.

Drei schulpflichtige Mädchen waren schwanger, eine der Trunksucht ergeben.

Übersicht 22. Beschäftigung vor der Überweisung. Tab. II—V. Sp. 100—110.

Jahrgang	Es waren vor der Überweisung beschäftigt: mit Verrichtung häuslicher Dienste m.	mit Verrichtung häuslicher Dienste w.	in der Landwirtschaft m.	in der Landwirtschaft w.	im Gewerbebetriebe (ohne die Lehrlinge) m.	im Gewerbebetriebe (ohne die Lehrlinge) w.	als Lehrlinge im Handwerk m.	als Lehrlinge im Handwerk w.	mit verschiedenen Arbeiten m.	mit verschiedenen Arbeiten w.	Es waren ohne jede Beschäftigung m.	Es waren ohne jede Beschäftigung w.
a) Schulpflichtige überhaupt.												
1906	**848**	**382**	**106**	**12**	**76**	**12**	—	—	**76**	**18**	**1689**	**519**
1905	773	375	72	12	70	6	—	—	63	17	1618	477
1904	750	369	142	22	95	9	—	—	23	5	1603	453
1903	721	359	109	11	91	15	—	—	86	21	1693	535
1902	650	361	109	13	80	15	—	—	95	18	1591	586
1901	778	433	128	32	102	16	—	—	99	19	2188	967
b) Schulentlassene überhaupt (nach der Schulentlassung).												
1906	**56**	**654**	**208**	**98**	**725**	**430**	**483**	**9**	**2**	**17**	**214**	**104**
1905	30	535	159	62	519	296	480	3	105	178	395	221
1904	51	576	202	151	462	319	523	19	27	31	312	122
1903	45	559	193	80	480	229	511	18	76	129	279	112
1902	54	521	190	59	482	164	436	3	136	128	245	124
1901	59	543	178	61	425	242	406	11	53	81	246	176
In Prozenten innerhalb des betreffenden Alters und Geschlechtes.												
a) Schulpflichtige.												
1906	**30,3**	**40,5**	**3,8**	**1,3**	**2,7**	**1,3**	—	—	**2,7**	**1,9**	**60,5**	**55,0**
1905	29,8	42,3	2,8	1,4	2,7	0,7	—	—	2,4	1,9	62,3	53,7
1904	28,7	43,0	5,4	2,6	3,6	1,0	—	—	0,9	0,6	61,4	52,8
1903	26,7	38,1	4,0	1,2	3,4	1,6	—	—	3,2	2,2	62,7	56,9
1902	25,7	36,4	4,3	1,3	3,2	1,5	—	—	3,8	1,8	63,0	59,0
1901	23,6	29,5	3,9	2,2	3,1	1,1	—	—	3,0	1,3	66,4	65,6
b) Schulentlassene.												
1906	**3,3**	**49,8**	**12,3**	**7,5**	**42,9**	**32,9**	**28,6**	**0,7**	**0,1**	**1,2**	**12,8**	**7,9**
1905	1,8	41,3	9,4	4,7	30,7	22,9	28,5	0,2	6,2	13,8	23,4	17,1
1904	3,2	47,3	12,8	12,4	29,3	26,2	33,2	1,5	1,7	2,6	19,8	10,0
1903	2,9	49,6	12,2	7,1	30,2	20,3	32,2	1,6	4,9	11,5	17,6	9,9
1902	3,5	52,2	12,3	5,9	31,2	16,4	28,3	0,3	8,8	12,8	15,9	12,4
1901	4,3	48,7	13,0	5,5	31,1	21,7	29,7	1,0	3,9	7,3	18,0	15,8

Sieht man von den Schulpflichtigen ab, so muß zunächst das fast völlige Verschwinden der mit verschiedenen Arbeiten beschäftigten männlichen Schulentlassenen und der erhebliche Rückgang der weiblichen Zöglinge dieser Art, (2 bezw. 17 gegen 105 bezw. 178 im Vorjahre oder relativ 0,1 bezw. 1,2 gegen 6,2 bezw. 13,8 % im Vorjahre) auffallen. Besonders in die Augen springend ist alsdann die erhebliche Abnahme, welche die Zahl der beschäftigungslosen Schulentlassenen beiderlei Geschlechts erfahren hat (181 bezw. 117 oder relativ 10,6 bezw. 9,2 %).

Bedauerlich hoch bleibt fortgesetzt die Zahl der Handwerkslehrlinge und ganz bedeutend ist die Zahl der im Gewerbebetriebe beschäftigt gewesenen schulentlassenen Zöglinge beiderlei Geschlechts gewachsen, um 206 männl. 134 weibl. oder 12,2 bezw. 10 %.

Von einzelnen Gewerben, die eine verhältnismäßig hohe Zahl von Zöglingen stellen, seien für die drei letzten Jahre folgende erwähnt:

Gewerbe	Zöglinge (männliche) 1906	1905	1904
Schmiede, Schlosser	**96**	87	89
Bauhandwerker (Maurer, Zimmerleute pp.)	**83**	56	55
Bäcker, Konditoren	**61**	81	80
Bergleute	**59**	35	24
Tischler, Drechsler, Korbmacher	**44**	45	38
Kaufleute	**34**	35	40
Barbiere und Friseure	**28**	14	15
Schuhmacher	**22**	16	37
Klempner	**20**	23	14
Schlächter	**18**	23	31
Schneider	**16**	18	20
Maler	**13**	26	9
Schreiber	**13**	13	8
Buchdrucker	**12**	11	12
Sattler, Tapezierer	**10**	19	12
Außerdem seien noch hervorgehoben:			
Laufburschen und Arbeitsburschen	**180**	119	83
Fabrikarbeiter	**141**	95	104
Kellner und Hausdiener	**38**	30	30
Die weiblichen schulentlassenen Zöglinge waren hauptsächlich gewerblich beschäftigt als:			
Fabrikarbeiterinnen	**184**	248	143
Schneiderinnen, Näherinnen	**40**	45	33
Verkäuferinnen	**35**	37	16
Kellnerinnen	**25**	9	19

Den größten Anteil haben hier wieder die Lauf- und Arbeitsburschen, die sich einer zu großen Freiheit bei ihrer Tätigkeit erfreuen und die Fabrikarbeiterinnen, denen die freien Abende gefährlich werden, die im übrigen aber gegen das Vorjahr einen recht erheblichen Rückgang zeigen. Gefährdet erscheinen noch besonders die Fabrikarbeiter, Schmiede, Schlosser, Bauhandwerker und Bäcker, die allerdings um $^1/_4$ abgenommen haben, während sich die Zahl der Bergleute erheblich vermehrt und die der Barbiere und Friseure verdoppelt hat.

Übersicht 23. Gesundheitszustand. Tab. II—V. Sp. 111—125.

Jahrgang	Von den Fürsorgezöglingen waren: a) in geistiger Hinsicht: gesund	nicht normal	b) in körperlicher Hinsicht: gesund	mit Gebrechen bez. mit Mängeln behaftet	davon hatten dauernde Gebrechen
a) Zöglinge überhaupt.					
1906	**6229**	**694**	**5583**	**1340**	**562**
1905	5927	709	5207	1429	594
1904	5868	590	5526	932	460
1903	5981	632	5370	1153	527
1902	5571	625	5222	974	449
1901	6956	831	6456	1331	504

Fortsetzung der Übersicht 23.

Jahrgang	Von den Fürsorgezöglingen waren				
	a) in geistiger Hinsicht		b) in körperlicher Hinsicht		
	gesund	nicht normal	gesund	mit Gebrechen bez. mit Mängeln behaftet	davon hatten dauernde Gebrechen
	b) In Prozenten.				
1906	**90,0**	**10,0**	**80,7**	**19,3**	**8,1**
1905	89,3	10,7	78,5	21,5	9,0
1904	90,9	9,1	85,6	14,4	7,1
1903	90,3	9,7	82,3	17,7	8,1
1902	89,9	10,1	84,3	15,7	7,2
1901	89,3	10,7	82,9	17,1	6,5

Nach dieser Übersicht wird die bisherige Erfahrung, daß die geistig und körperlich minderwertigen Zöglinge gegenüber den gesunden nur einen geringen Prozentsatz bilden, erneut bestätigt. Es mag indessen bemerkt werden, daß was geistige Minderwertigkeit anlangt, eine umfassende Untersuchung von psychiatrisch-sachverständiger Seite bisher nicht stattgefunden hat. Erst in neuester Zeit sind einzelne Provinzen dazu übergegangen, derartige Untersuchungen vornehmen zu lassen. Ob das obige Verhältnis der geistig nicht Normalen zu den geistig Gesunden danach eine Verschiebung erfahren wird, bleibt abzuwarten.

Übersicht 24. Abstammung der Zöglinge.

Jahrgang	Anzahl der geistig nicht normalen Zöglinge, welche aus Familien stammen, in denen									
	geisteskrank, geistesschwach oder epileptisch waren			dem **Trunke** ergeben waren			der **Unzucht** ergeben waren			der Vater dem **Trunke**, die Mutter der **Unzucht** ergeben waren
	nur der Vater	nur die Mutter	beide Eltern	nur der Vater	nur die Mutter	beide Eltern	nur der Vater	nur die Mutter	beide Eltern	
	a) Zöglinge überhaupt.									
1906	**17**	**27**	**1**	**89**	**13**	**18**	**5**	**48**	**3**	**8**
1905	18	22	19	97	14	20	8	33	3	18
1904	22	13	10	92	13	14	4	27	1	14
1903	10	21	1	112	15	33	1	30	1	11
	b) Das sind Prozent aller geistig nicht normalen Zöglinge (Übersicht 23).									
1906	**2,4**	**3,9**	**0,1**	**12,8**	**1,9**	**2,6**	**0,7**	**6,9**	**0,4**	**1,2**
		6,4			**17,3**			**8,0**		
1905	2,5	3,1	2,7	13,9	2,0	2,8	1,1	4,7	0,4	2,5
		8,3			18,7			6,2		
1904	3,7	2,2	1,7	15,6	2,2	2,4	0,7	4,6	0,2	2,4
		7,6			20,2			5,5		
1903	1,6	3,3	0,2	17,7	2,4	5,2	0,2	4,7	0,2	1,7
		5,1			25,3			5,1		
1906						= **32,9**				
1905						= 35,7				
1904						= 35,7				
1903						= 37,2				

Hiernach hatte bei 1/3 der geistig nicht normalen Zöglinge dieser Zustand seine Ursache in Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Epilepsie oder lasterhaften Neigungen der Eltern.

Vermögen der Zöglinge. Tab. II—V. Sp. 126—132.

115 Zöglinge = 1,7 % (1905 = 2,2 %, 1904 = 2,4 %, 1903 = 2,2 %, 1902 = 2,1 %, 1901 = 1,8 %) hatten Vermögen, davon nur 16 ein solches über 900 Mark (1905 = 23, 1904 = 9, 1903 = 7, 1902 = 7, 1901 = 3).

Übersicht 25. Eltern, Vormundschaft, Pflegschaft. Tab. II—V. Sp. 133—143.

Jahrgang	Es hatten verloren: vor dem 6. Lebensjahre: den Vater	die Mutter	beide Eltern	Es hatten verloren: zwischen dem 6. bis vor dem 12. Lebensjahre: den Vater	die Mutter	beide Eltern	Es hatten: einen Stiefvater	eine Stiefmutter	Stiefeltern	Es waren: bevormundet	in Pflegschaft
a) Zöglinge überhaupt.											
1906	**510**	**457**	**44**	**608**	**525**	**56**	**728**	**562**	**14**	**1866**	**270**
1905	488	468	36	774	656	114	701	579	20	1805	315
1904	499	416	29	540	511	69	734	539	20	1875	313
1903	557	470	35	560	499	57	760	574	14	1856	252
1902	490	456	31	544	428	51	695	541	19	1885	196
1901	647	642	35	667	637	60	806	644	14	2375	367
b) In Prozenten.											
1906	**7,4**	**6,6**	**0,6**	**8,8**	**7,6**	**0,8**	**10,5**	**8,1**	**0,2**	**27,0**	**3,9**
1905	7,4	7,1	0,5	11,7	9,9	1,7	10,6	8,7	0,3	27,2	4,7
1904	7,7	6,4	0,4	8,4	7,9	1,1	11,4	8,3	0,3	29,0	4,8
1903	8,5	7,2	0,5	8,6	7,7	0,9	11,7	8,8	0,2	28,5	3,9
1902	7,9	7,4	0,5	8,8	6,9	0,8	11,2	8,7	0,3	30,4	3,2
1901	8,4	8,3	0,4	8,4	8,2	0,8	10,4	8,3	0,2	30,0	4,7

Einen erheblichen Rückgang, absolut und relativ, haben die halb oder ganz verwaisten Zöglinge zwischen dem 6. und 12. Lebensjahre aufzuweisen; bei den halb oder ganz Verwaisten vor dem 6. Lebensjahre ist das Bild kaum verschieden von dem des Vorjahres, während die bevormundeten oder in Pflegschaft befindlichen Zöglinge relativ weiter zurückgegangen sind.

Übersicht 26. Beruf u. soziale Stellung. Tab. II—V. Sp. 144—163.

Jahrgang	Anzahl der Zöglinge, deren Eltern: in der Industrie, im Handel und Verkehr tätig waren und zwar: in der Industrie, Bergbau, Hütten- und Bauwesen	im Handel und Verkehr	mit Lohnarbeiten wechselnder Art	in der Landwirtschaft pp. tätig waren	ihrer sozialen Stellung nach waren: selbstständig	unselbstständig
a) Zöglinge überhaupt.						
1906	**2957**	**708**	**1675**	**726**	**928**	**5995**
1905	2587	573	1804	793	1064	5572
1904	2626	592	1637	835	895	5563
1903	2496	551	1683	863	1005	5518
1902	2241	454	1804	878	843	5353
1901	2941	581	2340	950	1233	6554

Fortsetzung der Übersicht 26.

Jahrgang	Anzahl der Zöglinge, deren Eltern					
	in der Industrie, im Handel und Verkehr tätig waren und zwar			in der Landwirtschaft pp. tätig waren	ihrer sozialen Stellung nach waren	
	in der Industrie, Bergbau, Hütten- und Bauwesen	im Handel und Verkehr	mit Lohnarbeiten wechselnder Art		selbstständig	unselbstständig
b) In Prozenten.						
1906	**42,7**	**10,2**	**24,2**	**10,5**	**13,4**	**86,6**
		77,1				
1905	39,0	8,6	27,2	11,9	16,0	84,0
		74,8				
1904	40,7	9,2	25,3	12,9	13,9	86,1
		75,2				
1903	38,3	8,4	25,8	13,2	15,4	84,6
		72,5				
1902	36,2	7,3	29,1	14,2	13,6	86,4
		72,6				
1901	37,8	7,5	30,0	12,0	15,8	84,2
		75,3				
Nach der Berufs- pp. Statistik von 1895 entfallen auf diese Gruppen der Gesamtbevölkerung Prozent		53,7		35,3	26,8	73,2

Die Zahl der aus landwirtschaftlichen Familien stammenden Zöglinge ist weiter absolut und relativ zurückgegangen, ebenso in nicht unerheblichem Maße die Zahl der Zöglinge, deren Eltern mit Lohnarbeiten wechselnder Art beschäftigt sind, während die in der Industrie, im Handel und Verkehr tätigen Familien einen erheblichen Zuwachs an Zöglingen aufweisen und den Stand des Jahres 1901, der bisher der höchste war, nicht nur erreicht, sondern übertroffen haben. Auffallen muß der außerordentliche Unterschied in dem Anteil der eine selbständige Existenz führenden Eltern an der Zahl der Zöglinge gegenüber den unselbständig tätigen. Die überaus große Zahl von Zöglingen aus Familien, bei denen Vater oder Mutter, oder beide lohnbringender Tätigkeit zum Erwerb des Unterhalts der Familie nachgehen müssen, weist darauf hin, daß hier noch ein weites Feld für kommunale und freiwillige Tätigkeit behufs Schaffung von Einrichtungen zum Schutze unbeaufsichtigter Kinder der Bearbeitung harrt.

Die 6923 Zöglinge stammen aus 6129 Familien, auf die sie sich folgendermaßen verteilen:

Übersicht 27. Häusliche Verhältnisse der Eltern u. Geschwister. Tab. VI. Sp. 4—14.

Jahrgang	Aus je einer Familie sind überwiesen: nur 1 Zögling	2	3	4	5	6	7	8	9	11	Zus.
		Zöglinge									
a) Zöglinge überhaupt.											
1906	**5607**	**696**	**333**	**140**	**110**	**30**	**7**	—	—	—	**6923**
1905	5366	668	282	172	85	42	21	—	—	—	6636
1904	5101	720	327	156	105	24	14	—	—	11	6458
1903	5264	690	270	160	75	42	14	8	—	—	6523
1902	4999	728	270	128	35	36	—	—	—	—	6196
1901	5287	1038	720	424	170	102	21	16	9	—	7787
b) In Prozenten (Zöglingsanteil).											
1906	**81,0**	**10,1**	**4,8**	**2,0**	**1,6**	**0,4**	**0,1**	—	—	—	**100,0**
1905	80,9	10,1	4,2	2,6	1,3	0,6	0,3	—	—	—	100,0
1904	79,0	11,1	5,1	2,4	1,6	0,4	0,2	—	—	0,2	100,0
1903	80,7	10,6	4,1	2,5	1,2	0,6	0,2	0,1	—	—	100,0
1902	80,7	11,7	4,3	2,1	0,6	0,6	—	—	—	—	100,0
1901	67,9	13,3	9,2	5,5	2,2	1,3	0,3	0,2	0,1	—	100,0
c) In Prozenten (Familienanteil).											
1906	**91,5**	**5,7**	**1,8**	**0,6**	**0,3**	**0,1**	**00,1**	—	—	—	**100,0**
1904	91,5	5,7	1,6	0,7	0,3	0,1	0,1	—	—	—	100,0
1904	90,5	6,4	1,9	0,7	0,4	0,1	0,04	—	—	0,02	100,0
1903	91,3	6,0	1,6	0,7	0,3	0,1	0,03	0,02	—	—	100,0
1902	90,9	6,6	1,7	0,6	0,1	0,1	—	—	—	—	100,0
1901	85,1	8,4	3,9	1,7	0,5	0,3	0,04	0,03	0,03	—	100,0

Nach den Volkszählungsergebnissen der Jahre 1900 und 1905 betrug die durchschnittliche jährliche Zahl der Familienhaushaltungen mit 2 und mehr Personen in den Jahren 1901 bis 1905 in Preußen 7190758. Demgegenüber steht ein Jahresdurchschnitt von 5851 an Familien, aus denen Fürsorgezöglinge stammen. Auf 10000 Familien entfallen demnach jährlich 8,1 mit Fürsorgezöglingen; das sind in 6 Jahren, seit Bestehen des Fürsorgegesetzes, auf 10000 Familien rund 49, welche die Kosten für die Erziehung eines oder mehrerer ihrer Kinder auf den Staat und die Kommunalverbände abgeschoben haben.

Übersicht 28. Strafen der Eltern. Tab. VI. Sp. 15—44.

Jahrgang	Anzahl der Familien, in denen die Eltern gerichtlich bestraft waren	Davon: nur der Vater	nur die Mutter	Vater und Mutter
a) Familien überhaupt.				
1906	**2629**	**1531**	**402**	**696**
1905	2504	1350	464	690
1904	2451	1294	425	732
1903	2538	1359	453	726
1902	2481	1267	503	711
1901	2924	1419	589	916
b) In Prozenten.				
1906	**42,9**	**25,0**	**6,5**	**11,4**
1905	42,7	23,0	7,9	11,8
1904	43,3	22,9	7,5	12,9
1903	44,0	23,6	7,8	12,6
1902	45,1	23,1	9,1	12,9
1901	47,1	22,9	9,5	14,7

Die Zahl der Familien, in denen die Eltern gerichtlich bestraft waren, hat relativ und absolut zugenommen, eine Mahnung an die Fürsorgevereine für entlassene Gefangene und kirchlichen Organe, sich der Kinder der Bestraften rechtzeitig, namentlich in der Zeit der Verbüßung einer Freiheitsstrafe, anzunehmen.

Übersicht 29. Schlechte Neigungen der Eltern. Tab. VI. Sp. 45—62.

Jahrgang	Anzahl der Familien, in denen die Eltern schlechte Neigungen hatten	Davon nur der Vater	Davon nur die Mutter	Davon beide Eltern
a) Fälle überhaupt.				
1906	**1692**	**924**	**402**	**366**
1905	1610	891	361	358
1904	1622	871	394	357
1903	1586	871	372	343
1902	1688	916	403	369
1901	2353	1150	660	543
b) In Prozenten.				
1906	**27,6**	**15,1**	**6,6**	**5,9**
1905	27,6	15,2	6,2	6,1
1904	28,8	15,5	7,0	6,3
1903	27,5	15,1	6,5	5,9
1902	30,7	16,7	7,3	6,7
1901	37,9	18,5	10,6	8,8

Übersicht 30. Trunksüchtige Väter, unzüchtige Mütter. Tab. VI. Sp. 49—62.

Jahrgang	Von den Vätern waren der Trunksucht ergeben: überhaupt	Von den Vätern waren der Trunksucht ergeben: Prozent [1]	Von den Müttern waren der Unzucht ergeben: überhaupt	Von den Müttern waren der Unzucht ergeben: Prozent [2]
1906	**1151**	**89,2**	**414**	**53,9**
1905	1094	87,4	378	52,6
1904	1092	88,9	442	58,9
1903	1070	88,1	363	50,7
1902	1154	89,8	404	52,3
1901	1483	87,6	562	46,7

Die Zahl der trunksüchtigen Väter und der unzüchtigen Mütter zeigt nach der mäßigen Abnahme im Vorjahre wieder eine aufwärtssteigende Bewegung.

Übersicht 31. Geistige Mängel der Eltern. Tab. VI. Sp. 63—74.

Jahrgang	Anzahl der Fälle, in denen die Eltern geistig minderwertig sind	Davon nur der Vater	Davon nur die Mutter	Davon beide Eltern
a) Fälle überhaupt.				
1906	**221**	**111**	**108**	**2**
1905	210	96	109	5
1904	174	77	94	3
1903	170	87	78	5
1902	161	77	84	—
1901	225	91	133	1
b) In Prozenten.				
1906	**3,6**	**1,8**	**1,8**	**0,03**
1905	3,6	1,7	1,8	0,1
1904	3,1	1,4	1,7	—
1903	2,9	1,5	1,3	0,1
1902	2,9	1,4	1,5	—
1901	3,6	1,5	2,1	—

Vorstehendes Bild hat gegen das Vorjahr keine wesentliche Veränderung erfahren.

[1] Prozent aller mit schlechten Neigungen behafteter Väter. [2] Prozent aller mit schlechten Neigungen behafteter Mütter.

Wenn man den Begriff der „Belastung" nicht blos in dem engeren Sinne der Abstammung von geistig defekten Eltern auffaßt, sondern dahin auch die Abstammung von trunksüchtigen und unzüchtigen Eltern rechnet, so ergibt sich folgendes Bild:

Übersicht 31a. Abstammung der Zöglinge.

Jahrgang	Anzahl der Zöglinge, deren Eltern ergeben waren: der Trunksucht: nur der Vater	der Trunksucht: nur die Mutter	der Trunksucht: beide Teile	der Unzucht: nur der Vater	der Unzucht: nur die Mutter	der Unzucht: beide Teile	der Trunksucht und der Unzucht: nur der Vater	der Trunksucht und der Unzucht: nur die Mutter	der Trunksucht und der Unzucht: beide Teile	der Vater der Trunksucht, die Mutter der Unzucht	außer einem oder beiden vorgenannten Lastern noch geistig minderwertig waren: Vater	außer einem oder beiden vorgenannten Lastern noch geistig minderwertig waren: Mutter	nur geistig minderwertig waren: Vater	nur geistig minderwertig waren: Mutter	nur geistig minderwertig waren: beide Teile	Zusammen
a) Zöglinge überhaupt.																
1906	**1061**	**139**	**229**	**27**	**343**	**21**	**40**	**116**	**5**	**106**	**57**	**40**	**67**	**99**	**1**	**2254**
1905	953	119	242	36	267	21	37	84	11	171	48	61	71	70	4	2086
1904	1025	121	203	32	345	17	57	126	13	103	42	52	52	65	2	2163
1903	938	129	234	42	281	26	48	80	36	97	53	24	54	66	6	2037
b) In Prozenten.																
1906	**15,3**	**2,0**	**3,3**	**0,4**	**5,0**	**0,3**	**0,6**	**1,7**	**0,1**	**1,5**	**0,8**	**0,6**	**1,0**	**1,4**	**0,01**	**32,6**
1905	14,4	1,8	3,6	0,5	4,0	0,3	0,5	1,3	0,2	2,6	0,7	0,9	1,1	1,1	0,1	31,5
1904	15,9	1,9	3,1	0,5	5,3	0,3	0,9	2,0	0,2	1,6	0,7	0,8	0,8	1,0	—	33,5
1903	14,4	2,0	3,6	0,6	4,3	0,4	0,8	1,2	0,5	1,5	0,8	0,4	0,8	1,0	0,1	31,2

Bei fast $^1/_3$ der Zöglinge ist hiernach die Ursache der drohenden oder eingetretenen Verwahrlosung in lasterhaften Neigungen oder geistiger Minderwertigkeit der Eltern zu suchen.

Übersicht 32. Vermögen der Eltern. Tab. VI. Sp. 77–83.

Jahrgang	Das Einkommen der Eltern betrug jährlich: bis 900 ℳ	über 900 bis 3000 ℳ	über 3000 bis 6000 ℳ	über 6000 ℳ	ohne Einkommen	Unbestimmtes Einkommen und ohne Angabe	Von den Eltern waren orts- oder landarm
a) Familien überhaupt.							
1906	**4109**	**1046**	**10**	**1**	**432**	**531**	**882**
1905	3913	1083	6	—	419	443	965
1904	3986	819	10	—	386	438	924
1903	4076	793	4	—	392	499	770
1902	4183	634	4	—	389	288	630
1901	4833	552	7	—	493	324	911
b) In Prozenten.							
1906	**67,0**	**17,1**	**0,1**	**0,02**	**7,1**	**8,7**	**14,4**
1905	66,7	18,5	0,1	—	7,1	7,6	16,5
1904	70,7	14,5	0,2	—	6,8	7,8	16,3
1903	70,7	13,7	0,1	—	6,8	8,6	13,3
1902	76,1	11,5	0,1	—	7,1	5,2	11,5
1901	77,8	8,9	0,1	—	7,9	5,3	14,5

Wenn hiernach auch die Zahl der orts- oder landarmen Eltern eine geringe Abnahme erfahren hat, so bleibt sie doch mit 882, d. h. rund $^1/_7$ aller Familien noch recht hoch. Nimmt man selbst an, daß diese Familien zu den als „ohne Einkommen" oder „mit unbestimmtem Einkommen" bezeichneten 963 gehören, so bleiben von den letzteren doch noch weitere 81 übrig, für die sich ebenfalls Armenunterstützung

als notwendig erwiesen haben wird. Es erscheint hiernach der Schluß gerechtfertigt, daß die Armenverwaltungen sich im großen und ganzen auf die Erfüllung der ihnen gesetzlich obliegenden Verpflichtungen, also die Gewährung von Nahrung, Kleidung und Obdach beschränken, eine vorbeugende Tätigkeit, namentlich der gefährdeten Jugend gegenüber, aber noch nicht in dem wünschenswerten Umfange entfalten.

Daß wirtschaftliche Sorgen die Erziehungsarbeit erschweren, zeigt auch die Zunahme des Anteils der Familien mit einem Einkommen bis zu 900 Mark.

Übersicht 33. (Geschwisterzahl. Tab. VI. Sp. 84—91.)

Jahrgang	Anzahl der Familien, in denen die Fürsorgezöglinge Geschwister hatten: unter 5	5—10	10 u. mehr	Davon Familien, in denen gestorben waren Kinder: unter 5	5—10	10 u. mehr	Familien, in denen außer dem Fürsorgezögling sämtliche Kinder gestorben waren
a) Familien überhaupt.							
1906	**3185**	**2124**	**307**	**1205**	**250**	**19**	**4**
1905	2942	2032	264	1196	238	17	60
1904	2826	1880	287	1076	199	13	30
1903	2984	1886	282	1067	210	19	51
1902	2955	1711	218	915	170	15	20
1901	3573	1737	220	891	165	16	34
b) In Prozenten.							
1906	**51,9**	**34,7**	**5,0**	**19,7**	**4,1**	**0,3**	**0,1**
		91,6			**24,1**		
1905	50,2	34,7	4,5	20,1	4,1	0,3	1,0
		89,4			24,5		
1904	50,1	33,3	5,1	19,1	3,5	0,2	0,5
		88,5			22,8		
1903	51,8	32,7	4,9	18,5	3,6	0,3	0,9
		89,4			22,4		
1902	53,8	31,1	4,0	16,6	3,1	0,3	0,4
		88,9			20,0		
1901	57,5	28,0	3,6	15,4	2,7	0,3	0,5
		89,1			17,4		

Vorstehende Übersicht bestätigt auch im Berichtsjahre die Erfahrung, daß große Kinderzahl die Fürsorge für das einzelne Kind in sittlicher und körperlicher Hinsicht erschwert und daß hierdurch die hohe Kindersterblichkeit und die Verwahrlosung eines oder mehrerer Kinder ihre Erklärung finden.

Übersicht 34. Bestrafungen der Geschwister. Tab. VI. Sp. 92—118.

Jahrgang	Anzahl der Familien, in denen Geschwister der Fürsorgezöglinge bestraft waren und zwar						Anzahl der Familien, in denen eine oder mehrere Schwestern der Zöglinge der Gewerbsunzucht ergeben waren
	unter 5	5—10	davon sämtliche	davon nur Brüder	davon nur Schwestern	davon Brüder und Schwestern	
a) Familien überhaupt.							
1906	**645**	**5**	—	**493**	**88**	**69**	**137**
1905	692	—	27	524	91	77	115
1904	617	13	—	493	86	80	114
1903	689	24	1	544	104	65	115
1902	722	9	3	544	126	61	123
1901	771	6	8	549	155	73	152
b) In Prozenten aller Fälle mit Geschwistern.							
1906	**10,5**	**0,1**	—	**8,1**	**1,4**	**1,1**	**2,1**
	10,6			**10,6**			
1905	11,8	—	0,5	8,9	1,6	1,3	2,0
	11,8			11,8			
1904	13,0	0,3	—	9,9	1,8	1,6	2,3
	13,3			13,3			
1903	13,4	0,5	0,02	10,6	2,0	1,3	2,2
	13,9			13,9			
1902	14,8	0,2	0,1	11,1	2,6	1,3	2,7
	15,0			15,0			
1901	13,9	0,1	0,1	9,9	2,8	1,3	2,7
	14,0			14,0			

Von den im Jahre 1906 überwiesenen 6923 Zöglingen sind vor ihrer endgültigen Unterbringung 11, nach derselben 19, zusammen 30 entweder durch Tod oder Aufhebung der Fürsorgeerziehung in Abgang gekommen, so daß am 31. März 1907 ein Bestand von 6893 dieses Jahrganges übrig bleibt.

Die Unterbringung und den Verbleib dieser Zöglinge während des ersten in der Fürsorgeerziehung verbrachten Jahres zeigt nachstehende Übersicht.

Übersicht 35. Unterbringung der Zöglinge. Tab. VII. Sp. 23—48.

Am Schlusse des Jahres	Es waren						
	in Erziehungsanstalten	in fremden Familien	in der eigenen Familie	in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten	im Gefängnis	aus den Pflegestellen entwichen	überhaupt noch nicht untergebracht
	untergebracht						
a) Zöglinge überhaupt.							
1906	**4853**	**975**	**30**	**100**	**74**	**74**	**787**
1905	4669	903	21	69	12	60	875
1904	4432	899	27	76	13	62	918
1903	4377	881	17	77	16	93	1029
1902	4041	985	22	56	13	73	968
1901	4367	1908	23	58	9	40	1349

Fortsetzung der Übersicht 35.

Am Schlusse des Jahres	Es waren untergebracht: in Erziehungsanstalten	in fremden Familien	in der eigenen Familie	in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten	im Gefängnis	aus den Pflegestellen entwichen	überhaupt noch nicht untergebracht
b) In Prozenten.							
1906	**70,4**	**14,2**	**0,4**	**1,4**	**1,1**	**1,1**	**11,4**
1905	70,6	13,6	0,3	1,1	0,2	0,9	13,2
1904	68,9	14,0	0,4	1,2	0,2	1,0	14,3
1903	67,4	13,6	0,3	1,2	0,2	1,4	15,9
1902	65,7	16,0	0,3	0,9	0,2	1,2	15,7
1901	56,3	24,6	0,3	0,8	0,1	0,5	17,4

Die Zahl der zur Fürsorgeerziehung Überwiesenen, am Schlusse des Berichtsjahres aber noch nicht Untergebrachten ist weiter zurückgegangen.

Auffällig hoch ist im Berichtsjahre die Zahl der im Gefängnis befindlichen Zöglinge; während sie bisher sich niemals über 0,2% erhoben hatte, ist sie plötzlich auf 1,1% gestiegen. Wenn darin ein Anzeichen dafür zu erblicken wäre, daß die Strafaussetzung mit Aussicht auf Begnadigung in selteneren Fällen erfolgte, so wäre das sehr zu beklagen, da jede verbüßte Strafe, abgesehen von den sonstigen unheilvollen Einflüssen, denen ein Jugendlicher im Gefängnisse ausgesetzt ist, die Erziehungsarbeit erheblich erschwert und ein aus dem Gefängnisse in die Anstalt übertretender Zögling auch für die übrigen eine gewisse Gefahr bedeutet.

Die unter und über 14 Jahre alten untergebrachten Zöglinge verteilen sich auf die Anstalts- und Familienpflege wie folgt:

Übersicht 36. Unterbringung der Zöglinge nach dem Alter. Tabelle VII-IX, XI und XII.

Am Schlusse des Jahres Jahrgang	Zöglinge **unter** 14 Jahren: in Erziehungsanstalten	in fremden Familien	in der eigenen Familie	Zöglinge **über** 14 Jahre: in Erziehungsanstalten	in fremden Familien	in der eigenen Familie	Darunter befinden sich: Lehrlinge	Dienstboten
a) Zöglinge überhaupt.								
1906	**2659**	**722**	**9**	**2194**	**253**	**21**	**58**	**180**
1905	2453	672	12	2216	231	9	65	150
1904	2172	675	9	2260	224	18	67	124
1903	2399	674	4	1978	207	13	63	139
1902	2182	708	11	1859	277	11	77	189
1901	2509	1670	19	1858	238	4	53	149
b) In Prozenten.								
1906	**45,2**	**12,4**	**0,2**	**37,5**	**4,3**	**0,4**	**1,0**	**3,1**
		57,8			**42,2**			
1905	43,9	12,0	0,3	39,6	4,1	0,2	1,2	2,7
		56,1			43,9			
1904	40,5	12,6	0,2	42,2	4,2	0,3	1,3	2,3
		53,3			46,7			
1903	45,5	12,8	0,1	37,5	3,9	0,2	1,2	2,6
		58,4			41,6			
1902	43,4	14,0	0,1	36,8	5,5	0,2	1,5	3,7
		57,5			42,5			
1901	39,9	26,5	0,3	29,5	3,7	0,1	0,8	2,4
		66,7			33,3			

Die Zahl der Zöglinge, welche zuerst in Erziehungsanstalten untergebracht waren, ist noch weiter gestiegen. Eine gewisse Erklärung für diese Erscheinung bietet Tabelle VII in den Spalten 37—42, welche die Zahl der in Familien Untergebrachten für die einzelnen Kommunalverbände erkennen läßt. Danach hat z. B. Pommern nur rund 3,6%, Ostpreußen 6,8%, Westpreußen 9% und Schlesien 11,8% aller Unterzubringenden in fremden Familien untergebracht, während sich die Prozentsätze bei Berlin auf 16,6; Brandenburg auf 19,3; Westfalen auf 24,5; Cassel auf 44,5 und Schleswig-Holstein sogar auf 45,0 belaufen. Hiernach herrscht offenbar in denjenigen Provinzen, die wie die 4 erstgenannten über Abwanderung der Arbeiterbevölkerung zu klagen haben, ein gewisser Mangel an geeigneten Familien, der in dem reich bevölkerten Westen und im Herzen der Monarchie weniger hervortritt. Eine fernere Ursache mag in einem reich entwickelten Rettungshauswesen, wie z. B. in der Provinz Pommern, zu suchen sein. Nicht zuletzt aber wird auch der Umstand zu der bestehenden Entwicklung beitragen, daß die zur Fürsorgeerziehung Überwiesenen ein Maß der Verwahrlosung aufweisen, welches zunächst eine strenge Anstaltserziehung angezeigt erscheinen läßt.

Übersicht 37. Unterbringung nach Konfessionen und Geschlecht. Tabelle VIII-XII.

Im Jahre	Knaben								Mädchen							
	Evangelische			Katholische			Juden		Evangelische			Katholische			Juden	
	in Erziehungsanstalten	in fremden Familien	in der eigenen Familie	in Erziehungsanstalten	in fremden Familien	in der eigenen Familie	in Erziehungsanstalten	in fremden Familien	in Erziehungsanstalten	in fremden Familien	in der eigenen Familie	in Erziehungsanstalten	in fremden Familien	in der eigenen Familie	in Erziehungsanstalten	in fremden Familien
Nur in Prozenten.[1]																
1906 unt. 14 J.	**53,2**	**12,5**	**0,2**	**54,8**	**10,1**	**0,2**	**41,7**	—	**28,6**	**14,2**	**0,2**	**30,3**	**13,4**	**0,2**	**12,5**	**12,5**
1906 über 14 J.	**28,9**	**4,7**	**0,5**	**31,1**	**3,8**	—	**58,3**	—	**52,4**	**4,1**	**0,5**	**53,2**	**2,9**	—	**75,0**	—
1905 unt. 14 J.	51,9	12,1	0,3	52,6	9,0	0,2	33,3	—	26,7	13,8	0,2	32,2	14,9	—	—	33,3
1905 über 14 J.	31,2	4,1	0,1	34,2	3,8	0,2	58,4	8,3	54,7	4,4	0,2	51,7	1,2	—	66,7	—
1904 unt. 14 J.	47,9	13,8	0,1	47,6	10,0	0,2	9,1	—	26,7	12,9	0,2	25,4	13,8	0,4	—	—
1904 über 14 J.	32,4	5,5	0,3	37,6	4,5	0,1	90,9	—	56,7	2,8	0,7	58,8	1,4	0,2	100,0	—
1903 unt. 14 J.	53,7	11,9	0,1	50,7	10,3	0,1	50,0	—	32,0	15,1	0,1	30,7	16,7	—	66,7	—
1903 über 14 J.	29,8	4,3	0,2	34,3	4,3	0,3	50,0	—	49,4	3,1	0,3	49,0	3,5	0,1	33,3	—
1902 unt. 14 J.	48,3	13,2	0,2	48,4	11,1	0,3	33,3	—	33,4	16,4	0,3	32,9	18,6	—	16,7	—
1902 über 14 J.	31,8	6,4	0,1	32,0	8,1	0,1	66,7	—	46,6	2,9	0,4	46,1	2,1	0,3	83,3	—
1901 unt. 14 J.	46,9	25,1	0,4	46,9	21,2	0,3	47,8	8,7	27,2	29,5	0,3	29,3	35,2	—	6,3	37,5
1901 über 14 J.	23,9	3,6	0,1	26,5	5,1	—	39,1	4,4	39,6	3,3	0,1	33,0	2,4	0,1	37,5	18,7

[1]) Die Prozentzahlen sind auf jede Religionsgruppe innerhalb eines Geschlechts bezogen. Die absoluten Zahlen sind wegen Raummangel nicht beigefügt, sie sind aus den Tabellen VIII, IX, XI und XII zu entnehmen.

Über die Verteilung der Anstaltszöglinge auf die einzelnen Arten von Anstalten innerhalb der 3 Konfessionen am Schlusse des ersten Unterbringungsjahres spricht sich folgende Übersicht aus:

Übersicht 38. Unterbringung in Anstalten nach der Konfession. Tabelle VIII u. IX.

Jahrgang u. Religionsbekenntnis	Männliche untergebracht in				Weibliche untergebracht in			
	staatlichen Erziehungsanstalten	besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser pp.	anderen kommunalen Anstalten	kirchlichen und privaten Anstalten	staatlichen Erziehungsanstalten	besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser pp.	anderen kommunalen Anstalten	kirchlichen und privaten Anstalten
Nur in Prozenten.[1]								
Evangelische								
1906	**2,6**	**0,8**	**19,1**	**77,5**	**0,8**	—	**9,7**	**89,5**
1905	2,0	0,7	19,5	77,8	1,3	—	7,3	91,4
1904	2,2	0,7	18,8	78,3	2,1	—	6,5	91,4
1903	1,5	0,9	17,2	80,4	0,8	—	8,4	90,8
1902	2,8	1,0	21,4	74,8	1,6	0,7	7,5	90,2
1901	1,6	2,8	20,6	75,0	0,4	1,8	7,0	90,8
Katholische								
1906	**8,4**	**1,2**	**24,7**	**65,7**	**4,7**	—	**2,7**	**92,6**
1905	8,5	1,4	24,2	65,9	5,0	—	4,8	90,2
1904	8,0	2,0	27,9	62,1	3,6	—	3,6	92,8
1903	6,4	1,6	30,2	61,8	1,1	—	3,8	95,1
1902	6,6	3,5	22,5	67,4	2,2	—	8,5	89,3
1901	6,6	6,3	24,1	63,0	4,1	0,4	2,7	92,8
Juden								
1906	—	—	**16,7**	**83,3**	—	—	**14,3**	**85,7**
1905	—	—	26,7	73,3	—	—	—	100,0
1904	—	—	45,4	54,6	—	—	—	100,0
1903	—	—	10,0	90,0	—	—	33,3	66,7
1902	—	—	27,3	72,7	—	—	16,7	83,3
1901	—	—	25,0	75,0	—	16,7	8,3	75,0

Die Inanspruchnahme der staatlichen Erziehungsanstalten hat bei den männlichen evangelischen Fürsorgezöglingen etwas zu-, bei den weiblichen evangelischen und katholischen etwas abgenommen.

Im übrigen ist das Verhältnis, in welchem kommunale, kirchliche und private Anstalten benutzt worden sind, bei beiden Geschlechtern annähernd dasselbe geblieben.

[1]) Die Prozentzahlen sind auf jede Religionsgruppe innerhalb eines Geschlechts bezogen. Die absoluten Zahlen sind wegen Raummangel nicht beigefügt, sie sind aus den Tabellen VIII, IX, XI und XII zu entnehmen.

Über die religiöse Erziehung der Zöglinge bestimmt § 9 des Fürsorgeerziehungsgesetzes: „Im Falle der Anstaltserziehung ist der Zögling soweit als möglich in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen. Im Falle der Familienerziehung muß der Zögling mindestens bis zum Aufhören der Schulpflicht in einer Familie seines Bekenntnisses untergebracht werden." Die Ausführungsbestimmungen schreiben in Nr. Vb darüber vor: „Der Zögling ist, soweit irgend möglich, in einer Anstalt seines Bekenntnisses unterzubringen. Ist eine solche Anstalt, die zugleich den Aufgaben der Fürsorgeerziehung gewachsen ist, im Bezirke des verpflichteten Kommunalverbandes nicht vorhanden, so ist die Unterbringung in einer geeigneten Anstalt im Bezirke eines anderen Kommunalverbandes anzustreben. Läßt sich die Unterbringung eines Zöglings in einer geeigneten Anstalt seines Bekenntnisses nicht ermöglichen, so ist der Religionsunterricht und die regelmäßige Teilnahme am Gottesdienste nach den Ordnungen seines Bekenntnisses sicher zu stellen. Diese Bestimmungen finden auch auf die in der Lehre oder im Gesindedienst untergebrachten Zöglinge sinngemäße Anwendung."

Bei 52 Zöglingen war von der im Gesetze und den Ausführungsbestimmungen gegebenen Erlaubnis, von der Unterbringung in Anstalten und Familien ihres Bekenntnisses abzuweichen, Gebrauch gemacht.

Wie sich diese 52 Zöglinge auf die einzelnen Religionsgruppen verteilen, zeigt folgende Übersicht:

Übersicht 39. Abweichende Unterbringung.

Religionsbekenntnis		Es waren am 31. März 1907 untergebracht					
		in evangelischen Erziehungsanstalten		in katholischen Erziehungsanstalten		in Familien **nicht** ihres Bekenntnisses	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Evangelische	unter 14 Jahren . . .	—	—	4	5	—	—
	über 14 Jahren . . .	—	—	6	6	3	6
Katholische	unter 14 Jahren . . .	—	—	—	—	—	—
	über 14 Jahren . . .	5	6	—	—	5	4
Juden	über 14 Jahre . . .	1	—	—	—	1	—

Die Zahl dieser Zöglinge ist gegen das Vorjahr um 16 zurückgegangen.

Über den Schulbesuch der Zöglinge während des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung gibt folgende Übersicht Auskunft:

Übersicht 40. Schulbesuch während der Fürsorgeerziehung. Tab. VII. Spalte 49-52.

Jahrgang	Anzahl der in Anstalten und Familien befindlichen Zöglinge		Davon besuchten die Schule	
	m.	w.	m.	w.
	a) Zöglinge überhaupt.			
1906	**3956**	**2002**	**2631**	**897**
1905	3716	1946	2458	830
1904	3612	1822	2559	872
1903	3528	1824	2460	931
1902	3385	1719	2387	984
1901	4007	2349	3063	1393

Fortsetzung der Übersicht 40.

Jahrgang	Anzahl der in Anstalten und Familien befindlichen Zöglinge		Davon besuchten die Schule	
	m.	w.	m.	w.
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).				
1906	—	—	**66,5**	**44,8**
1905	—	—	66,6	42,6
1904	—	—	70,8	47,9
1903	—	—	69,7	51,0
1902	—	—	70,5	57,2
1901	—	—	76,4	59,3

Wenn man die als Lehrlinge und Dienstboten untergebrachten Zöglinge außer Betracht läßt, so verteilen sich die Zöglinge nach dem schulpflichtigen und nicht mehr schulpflichtigen Alter getrennt, auf die Anstalts- und Volksschulen wie folgt:

Übersicht 41. Besuch der Anstalts- und Volksschulen. Tab. VII. Sp. 49—52.

Jahrgang	Von den untergebrachten Zöglingen (ausschließlich Dienstboten und Lehrlinge) standen im Alter von							
	unter 14 Jahren und besuchten				**über** 14 Jahren und besuchten			
	die Anstalts-schule	die Volks-schule	die Anstalts-schule	die Volks-schule	die Anstalts-schule	die Volks-schule	die Anstalts-schule	die Volks-schule
	Knaben		Mädchen		Knaben		Mädchen	
a) Zöglinge überhaupt.								
1906	**1874**	**584**	**446**	**349**	**163**	**10**	**96**	6
1905	1629	562	391	326	256	11	105	8
1904	1502	581	356	303	452	24	200	13
1903	1652	516	456	337	286	6	126	12
1902	1477	535	440	378	361	14	159	7
1901	1562	1072	413	796	405	24	155	29
b) In Prozenten (innerhalb des betreffenden Alters und Geschlechtes).								
1906	**73,6**	**22,9**	**52,8**	**41,4**	**13,8**	**0,8**	**9,2**	**0,6**
1905	70,7	24,4	48,2	40,1	20,8	0,9	10,1	0,8
1904	69,9	27,0	50,4	42,9	31,7	1,7	18,6	1,2
1903	74,0	23,1	53,9	39,8	25,8	0,5	14,2	1,4
1902	72,1	26,1	51,6	44,3	33,2	1,3	20,0	0,9
1901	55,4	38,1	29,9	57,6	38,0	2,3	17,5	3,3

Da die Zahl der die Anstalts- oder Volksschulen besuchenden Zöglinge beiderlei Geschlechts über 14 Jahren weiter abgenommen hat, wird man auf einen Rückgang des Bedürfnisses zur nachträglichen Erwerbung der Volksschulbildung nach vollendetem 14. Jahre schließen dürfen. Daß diesen Altersklassen indessen weiterer Unterricht, auch soweit sie noch in Anstaltserziehung verbleiben, in Gestalt von Fortbildungsschulunterricht zu teil wird, darf angenommen werden; eine Erhebung hierüber ist in Aussicht genommen.

Übersicht 42. Wechsel in den Pflegestellen. Tab. VII. Sp. 53 u. 54.

Jahrgang	Am Schlusse des betreffenden Jahres befanden sich in Familienpflege		Davon waren vorher in Anstaltspflege		Wegen schlechter Führung mußten aus den Familien nach Anstalten gebracht werden	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.
a) Zöglinge überhaupt.						
1906	**649**	**356**	**231**	**109**	**13**	**1**
1905	571	353	165	104	13	4
1904	635	291	178	58	22	6
1903	556	342	185	84	22	8
1902	665	342	241	76	30	11
1901	1120	811	260	140	16	12
b) In Prozenten.						
1906	—	—	**35,6**	**30,6**	**0,4**	**0,1**
1905	—	—	28,9	29,5	0,4	0,3
1904	—	—	28,0	19,9	0,7	0,4
1903	—	—	33,9	24,6	0,7	0,5
1902	—	—	36,2	22,7	1,1	0,8
1901	—	—	23,2	17,3	0,6	0,8

Die Gesamtzahl der am Jahresschlusse in Familienpflege befindlichen Zöglinge ist gegen das Vorjahr um 81 gestiegen; den wesentlichsten Anteil hat das männliche Geschlecht, das allerdings auch gleichzeitig eine Steigerung der Zahl der vorher in Anstaltspflege gewesenen Zöglinge aufweist. Wie im Vorjahre ist auch wieder ein Drittel aller in Familien untergebrachten Zöglinge einer vorherigen Anstaltserziehung unterworfen worden.

Übersicht 43. Entweichungen. Tab. VII. Sp. 55—58.

Jahrgang	Es sind entwichen				Davon sind			
	aus Anstalten		aus Familien		wieder zurückgekehrt		noch nicht zurückgekehrt	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
a) Zöglinge überhaupt.								
1906	**213**	**53**	**40**	**6**	**205**	**38**	**48**	**21**
1905	165	50	31	5	148	43	48	12
1904	160	70	25	3	139	57	46	16
1903	202	71	31	6	157	60	76	17
1902	179	40	39	5	159	31	59	19
1901	80	49	15	6	74	36	21	19
	b) Prozent der untergebrachten Zöglinge.				**c) Prozent der Entwichenen.**			
1906	**6,4**	**3,2**	**6,1**	**1,7**	**81,0**	**64,4**	**19,0**	**35,6**
1905	5,3	3,2	5,4	1,4	75,5	78,2	24,5	21,8
1904	5,4	4,6	3,9	1,0	75,1	78,2	24,9	21,8
1903	6,9	4,9	5,6	1,8	67,4	78,0	32,6	22,0
1902	5,3	2,4	1,2	0,3	72,9	71,1	27,1	28,9
1901	2,1	2,1	0,4	0,3	77,9	65,3	22,1	34,7

Beiträge zu den Unterhaltungskosten sind im Jahre 1906 nur in 9 Fällen aus dem Vermögen der Zöglinge und in 125 Fällen von den zum Unterhalt Verpflichteten geleistet worden. Die Beiträge schwanken zwischen 3 und 480 Mark und betragen im Berichtsjahre zusammen 10198,50 Mark.

II. Die Fürsorgezöglinge der Jahre 1901, 1902, 1903, 1904 und 1905.[1])

In den fünf ersten Jahren der Wirksamkeit des Fürsorgeerziehungsgesetzes vom 2. Juli 1900 sind 33600 Jugendliche der Fürsorgeerziehung überwiesen worden. Von dieser Zahl verblieb am 31. März 1906 ein Bestand von 30646 Zöglingen. Davon sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 2566 in Abgang gekommen, so daß am 31. März 1907 aus diesen 5 Jahren 28116 Zöglinge, einschließlich 36 wieder eingezogener widerruflich entlassen gewesener vorhanden waren.

Wie sich der Abgang gestaltet zeigt folgende Übersicht:

Übersicht 44. Bestand und Abgang. Tabelle XIII. Sp. 3—22.

Jahrgang	Anzahl der überwiesenen Fürsorgezöglinge	Verbliebener Bestand am 31. März 1906	Davon kamen im Jahre 1906 in Abgang: überhaupt	und zwar: durch Tod	zufolge Aufhebung der Fürsorgeerziehung: unbedingt	auf Widerruf	Zugang durch Wiedereinziehung widerruflich entlassener Zöglinge	Bleibt Bestand am 31. März 1907
a) Zöglinge überhaupt.								
1905	6636	6601	98	30	[2]) (1) 18	50	—	6503
1904	6458	6334	199	33	[2]) (13) 51	116	8	6143
1903	6523	6177	697	33	[2]) (451) 501	162	14	5494
1902	6196	5277	792	20	[2]) (544) 602	170	7	4492
1901	7787	6257	780	24	[2]) (464) 543	213	7	5484
Zus.	33600	30646	2566	140	[2])(1473)1715	711	36	28116
b) In Prozenten.								
1905	100,0	99,5	1,5	0,5	[2]) (0,01) 0,3	0,7	—	[3]) 98,5 (98,0)
1904	100,0	98,0	3,1	0,5	[2]) (0,2) 0,8	1,8	0,1	[3]) 97,0 (95,1)
1903	100,0	94,7	11,2	0,5	[2]) (7,3) 8,1	2,6	0,2	[3]) 88,9 (84,2)
1902	100,0	85,1	15,0	0,4	[2]) (10,3) 11,4	3,2	0,1	[3]) 85,1 (72,5)
1901	100,0	80,4	12,5	0,4	[2]) (7,4) 8,7	3,4	0,1	[3]) 86,0 (70,4)
im Durchschnitt	**100,0**	**91,2**	**8,4**	**0,5**	[2]) **(4,8) 5,6**	**2,3**	**0,1**	**91,9 (83,7)**

Hiernach sind aus dem Jahrgang 1901 im Berichtsjahre außer den durch Großjährigkeit Ausgeschiedenen endgültig zur Entlassung gekommen 79 und widerruflich 213. Die entsprechenden Zahlen für den Jahrgang 1902 stellen sich auf 58 bezw. 170, für 1903 auf 50 bezw. 162, für 1904 auf 38 bezw. 116 und für 1905 auf 17 bezw. 50.

Durch Tod abgegangen sind 140 gegen 120 im Vorjahre. Relativ ist diese Zahl gegen das Vorjahr nicht gestiegen.

[1]) Die zur Zeit der Überweisung 16 Jahre und darüber alten Zöglinge der Jahrgänge 1901 und 1902 werden unter III. S. LXXXIII des Vorberichtes noch eingehender behandelt.

[2]) Die in Klammern stehenden Zahlen, welche in den danebenstehenden mitenthalten sind, bezeichnen die zufolge erlangter Großjährigkeit zur Entlassung gekommenen Zöglinge.

[3]) Diese Prozentzahlen sind auf den vorjährigen Bestand bezogen, während sich die eingeklammerten auf die Zahl der überwiesenen Zöglinge überhaupt beziehen.

Über das Alter der endgültig und widerruflich entlassenen Zöglinge und die Dauer der Fürsorgeerziehung bei diesen gibt folgende Übersicht Auskunft:

Übersicht 45. Aufhebung der Fürsorgeerziehung. Tabelle XIII. Sp. 10—20.

Jahrgang	Anzahl der Entlassenen im Jahre 1906	Davon standen im Alter von . . . Jahren					Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug . . . Jahre					
		unter 14	14 bis 16	16 bis 18	18 bis 20	20 bis 21	unter 1	1 bis 2	2 bis 3	3 bis 4	4 bis 5	über 5
a) Zöglinge überhaupt.												
1905	68	16	13	12	26	1	33	30	5	—	—	—
1904	167	8	20	15	67	57	6	67	93	1	—	—
1903	664	3	13	34	90	524	38	29	308	289	—	—
1902	771	7	12	29	118	605	21	28	70	396	256	—
1901	756	7	10	43	181	515	8	8	20	71	443	206
b) In Prozenten aller Entlassenen.												
1905	100,0	23,5	19,1	17,7	38,2	1,5	48,6	44,1	7,3	—	—	—
1904	100,0	4,8	12,0	9,0	40,1	34,1	3,6	40,1	55,7	0,6	—	—
1903	100,0	0,5	2,0	5,1	13,5	78,9	5,7	4,4	46,4	43,5	—	—
1902	100,0	0,9	1,6	3,8	15,3	78,4	2,7	3,6	9,1	51,4	33,2	—
1901	100,0	0,9	1,3	5,7	24,0	68,1	1,1	1,1	2,7	9,4	58,5	27,2

Von den in früheren Berichtsjahren auf Widerruf Entlassenen hatten sich 261 männliche und 87 weibliche so geführt, daß im Berichtsjahre ihre endgültige Entlassung erfolgen konnte.

Über die Unterkunft und den Verbleib der Zöglinge innerhalb der einzelnen Jahrgänge, am Schlusse der betreffenden Jahre ergibt die folgende nach Prozenten berechnete Übersicht das Nähere:

Übersicht 46. Unterbringung. Tabelle XIII. Sp. 23—52.

Unterkunft der Zöglinge am 31. März	Die Zöglinge waren untergebracht										
	in Erziehungsanstalten	in fremden Familien als			in der eigenen Familie als			in Kranken-, Heil- u. Pflegeanstalten	im Gefängnis	aus den Pflegestellen entwichen	noch nicht untergebracht
		Pflegelinge	Lehrlinge	Dienstboten	Pflegelinge	Lehrlinge	Dienstboten				
Jahrgang 1905.											
1907	**63,4**	**13,1**	**5,3**	**11,1**	**0,8**	**0,1**	**0,1**	**1,5**	**0,9**	**2,5**	**1,2**
1906	70,6	10,4	1,0	2,2	0,3	—	0,01	1,1	0,2	0,9	13,2
Jahrgang 1904.											
1907	**44,5**	**12,8**	**10,8**	**22,4**	**1,6**	**0,04**	**0,1**	**1,7**	**1,2**	**3,8**	**1,1**
1906	61,8	13,6	5,8	11,4	1,0	0,01	0,01	1,3	1,2	2,6	1,4
1905	68,9	11,0	1,0	2,0	0,4	—	—	1,2	0,2	1,0	14,3
Jahrgang 1903.											
1907	**33,5**	**12,0**	**15,7**	**28,6**	**1,4**	**0,04**	**0,1**	**1,7**	**1,6**	**4,8**	**0,6**
1906	45,0	12,7	10,9	22,2	1,0	0.1	0,1	1,6	1,3	4,1	1,0
1905	63,8	13,0	5,1	11,1	0,8	0,03	0,05	1,3	1,0	2,5	1,3
1904	67,4	10,5	1,0	2,1	0,2	0,02	0,05	1,2	0,2	1,4	15,9

Fortsetzung der Übersicht 46.

Unterkunft der Zöglinge am 31. März	Die Zöglinge waren untergebracht: in Erziehungsanstalten	in fremden Familien als Pfleglinge	in fremden Familien als Lehrlinge	in fremden Familien als Dienstboten	in der eigenen Familie als Pfleglinge	in der eigenen Familie als Lehrlinge	in der eigenen Familie als Dienstboten	in Kranken-, Heil- u. Pflegeanstalten	im Gefängnis	aus den Pflegestellen entwichen	noch nicht untergebracht
Jahrgang 1902.											
1907	**27,4**	**10,6**	**18,3**	**34,1**	**1,8**	**0,1**	**0,2**	**1,5**	**1,7**	**3,8**	**0,5**
1906	33,7	11,7	14,9	30,4	1,7	0,1	0,1	1,3	1,5	3,9	0,7
1905	45,3	12,8	10,2	22,6	1,6	0,1	0,1	1,3	1,5	3,8	0,7
1904	60,2	13,8	5,4	13,1	0,8	0,05	0,05	1,2	1,1	3,1	1,2
1903	65,7	11,8	1,2	3,0	0,2	0,02	0,03	0,9	0,2	1,2	15,7
Jahrgang 1901.											
1907	**19,8**	**18,2**	**17,3**	**36,2**	**1,4**	**0,2**	**0,1**	**1,6**	**1,1**	**3,8**	**0,3**
1906	24,9	20,5	15,3	31,6	1,3	0,1	0,1	1,4	1,2	3,2	0,4
1905	31,7	22,8	11,8	26,3	1,1	0,1	0,1	1,3	1,4	2,9	0,5
1904	40,1	24,9	8,8	19,7	0,9	0,1	0,03	1,3	1,2	2,4	0,6
1903	55,7	26,4	4,1	8,9	0,5	0,05	0,01	1,0	0,8	1,7	0,8
1902	56,4	22,0	0,7	1,9	0,3	—	—	0,7	0,1	0,5	17,4

Von den Zöglingen des Jahrgangs 1901 befinden sich noch ca. 1/5 in Anstaltserziehung. Im Durchschnitt sind von diesem Jahrgang alljährlich nur 13,3 % aus der Anstalts- in Familienpflege übergegangen, während es bei dem Jahrgang 1902: 16,4 %, 1903: 16,6 %, 1904: 18,5 % und 1905: 18,3 % waren.

Nach dem Religionsbekenntnisse getrennt, stellt sich die Unterbringung der Zöglinge in Prozenten folgendermaßen:

Übersicht 47. Die Unterbringung innerhalb der Religionsbekenntnisse. Tab. XIV, XV u. XVI. Sp. 23—52.

Jahr der Unterbringung	Die Zöglinge waren: in Erziehungsanstalten untergebracht	in fremden Familien untergebracht als Pfleglinge	in fremden Familien untergebracht als Lehrlinge pp.	in fremden Familien untergebracht als Dienstboten	in der eigenen Familie untergebracht als Pfleglinge	in der eigenen Familie untergebracht als Lehrlinge pp.	in der eigenen Familie untergebracht als Dienstboten	in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten	im Gefängnis	aus den Pflegestellen entwichen	noch nicht untergebracht
Jahrgang 1905.											
A. Evangelische.											
1906	**63,1**	**13,3**	**4,8**	**11,8**	**1,0**	**0,04**	**0,1**	**1,6**	**0,8**	**2,5**	**1,0**
1905	70,4	11,4	0,9	2,5	0,3	—	0,02	1,2	0,2	1,0	12,1
B. Katholische.											
1906	**71,1**	**9,0**	**1,1**	**1,6**	**0,3**	—	—	**0,7**	**0,2**	**0,8**	**15,2**
1905	**64,0**	**12,8**	**6,2**	**9,9**	**0,5**	**0,1**	**0,04**	**1,3**	**1,0**	**2,3**	**1,9**
C. Juden.											
1906	**45,5**	**18,2**	**13,7**	**4,5**	**4,5**	—	—	—	**4,5**	**9,1**	—
1905	65,2	13,1	—	—	—	—	—	—	4,3	—	17,4
Jahrgang 1904.											
A. Evangelische.											
1906	**44,7**	**13,0**	**10,3**	**22,2**	**2,0**	**0,1**	**0,1**	**2,1**	**1,2**	**3,6**	**0,7**
1905	61,4	14,1	5,2	11,2	1,3	0,02	0,04	1,7	0,9	2,8	1,0
1904	68,7	11,9	1,2	2,1	0,6	—	—	1,5	0,2	1,2	12,7
B. Katholische.											
1906	**44,3**	**12,6**	**11,7**	**22,8**	**0,7**	**0,1**	**0,1**	**1,0**	**1,3**	**4,1**	**1,3**
1905	61,8	13,0	6,8	11,8	0,5	0,1	—	0,5	1,2	2,3	2,1
1904	69,2	9,6	0,9	1,5	0,3	—	—	0,6	0,2	0,6	17,1

Fortsetzung der Übersicht 47.

Jahr der Unterbringung	Die Zöglinge waren: in Erziehungsanstalten untergebracht	in fremden Familien untergebracht: als Pfleglinge	in fremden Familien untergebracht: als Lehrlinge pp.	in fremden Familien untergebracht: als Dienstboten	in der eigenen Familie untergebracht: als Pfleglinge	in der eigenen Familie untergebracht: als Lehrlinge pp.	in der eigenen Familie untergebracht: als Dienstboten	in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten	im Gefängnis	aus den Pflegestellen entwichen	noch nicht untergebracht
Noch: Jahrgang 1904.											
C. Juden.											
1906	**28,6**	—	**21,4**	—	**21,4**	—	—	**14,3**	—	**14,3**	—
1905	78,7	—	7,1	—	—	—	—	7,1	—	7,1	—
1904	93,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,7
Jahrgang 1903.											
A. Evangelische.											
1906	**34,3**	**12,5**	**14,9**	**28,1**	**1,9**	**0,1**	**0,1**	**1,8**	**1,4**	**4,6**	**0,3**
1905	46,2	12,5	9,3	22,2	1,3	0,1	0,1	1,9	1,3	4,3	0,8
1904	64,9	13,2	4,3	10,2	0,9	0,04	0,04	1,5	1,1	2,9	0,9
1903	67,8	10,9	0,8	2,2	0,2	0,02	0,02	1,4	0,3	1,7	14,7
B. Katholische.											
1906	**31,9**	**13,2**	**16,9**	**27,7**	**0,5**	—	**0,2**	**1,4**	**2,0**	**5,0**	**1,2**
1905	42,9	13,2	13,3	22,5	0,5	0,1	0,2	1,1	1,2	3,5	1,5
1904	61,9	12,9	6,5	12,8	0,4	—	0,04	0,9	0,8	1,8	2,0
1903	66,7	9,9	1,2	2,0	0,2	—	0,1	0,8	0,2	0,9	18,0
C. Juden.											
1906	**45,5**	—	**36,3**	—	—	—	—	**9,1**	—	**9,1**	—
1905	46,1	7,7	7,7	—	—	7,7	—	15,4	7,7	7,7	—
1904	60,0	6,6	6,7	6,7	6,7	—	—	6,6	—	6,7	—
1903	81,3	—	—	—	—	—	—	6,2	—	12,5	—
Jahrgang 1902.											
A. Evangelische.											
1906	**27,5**	**10,3**	**17,3**	**35,3**	**2,2**	**0,1**	**0,2**	**1,7**	**1,5**	**3,6**	**0,3**
1905	33,2	11,5	14,3	31,7	2,2	0,1	0,2	1,4	1,4	3,5	0,5
1904	45,6	12,8	9,7	22,3	2,0	0,2	0,2	1,4	1,6	3,7	0,5
1903	60,1	14,1	4,9	12,0	1,1	0,1	0,1	1,7	1,3	3,5	1,1
1902	66,1	12,1	1,2	2,8	0,4	—	0,1	1,1	0,2	1,4	14,6
B. Katholische.											
1906	**27,4**	**11,3**	**20,2**	**32,0**	**1,0**	**0,1**	**0,1**	**1,1**	**2,0**	**4,0**	**0,8**
1905	33,8	12,2	16,0	28,5	1,1	—	0,1	1,1	1,7	4,6	0,9
1904	44,8	12,7	10,9	23,3	0,9	0,04	0,04	1,1	1,4	3,9	0,9
1903	59,4	13,5	6,2	15,3	0,4	—	—	0,9	0,7	2,3	1,3
1902	64,8	11,1	1,2	3,6	0,2	0,1	—	0,6	0,1	0,7	17,6
C. Juden.											
1906	**23,1**	—	**15,3**	**7,7**	**7,7**	—	—	—	**15,4**	**15,4**	**15,4**
1905	40,0	—	20,0	6,7	6,7	—	—	—	6,7	6,7	13,2
1904	52,4	—	9,5	4,8	9,5	—	—	—	4,8	9,5	9,5
1903	57,1	—	14,3	—	4,8	—	—	—	—	9,5	14,3
1902	73,9	—	—	—	—	—	—	—	—	4,4	21,7

Fortsetzung der Übersicht 47.

Jahr der Unterbringung	Die Zöglinge waren: in Erziehungsanstalten untergebracht	in fremden Familien untergebracht: als Pfleglinge	als Lehrlinge pp.	als Dienstboten	in der eigenen Familie untergebracht: als Pfleglinge	als Lehrlinge pp.	als Dienstboten	in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten	im Gefängnis	aus den Pflegestellen entwichen	noch nicht untergebracht
Jahrgang 1901.											
A. Evangelische.											
1906	**19,7**	**17,9**	**17,4**	**37,5**	**1,3**	**0,2**	**0,1**	**1,6**	**0,8**	**3,3**	**0,2**
1905	25,0	20,5	15,3	31,5	1,4	0,2	0,02	1,6	1,4	2,8	0,3
1904	31,8	22,5	11,3	26,7	1,3	0,1	0,1	1,4	1,4	3,1	0,3
1903	42,0	25,0	7,5	19,0	1,1	0,1	0,02	1,3	1,0	2,6	0,4
1902	57,2	26,5	3,2	7,6	0,8	0,1	—	1,4	0,8	2,0	0,4
1901	56,3	22,3	0,7	1,7	0,3	—	—	0,9	0,2	0,6	17,0
B. Katholische.											
1906	**19,9**	**18,9**	**17,2**	**34,2**	**1,3**	**0,1**	**0,1**	**1,5**	**1,5**	**4,6**	**0,7**
1905	24,6	20,3	15,3	32,0	1,1	0,04	0,1	1,2	0,9	3,7	0,8
1904	31,6	23,4	12,6	25,7	0,6	0,1	0,04	1,1	1,2	2,8	0,8
1903	37,0	24,7	11,0	21,3	0,4	0,03	0,03	1,3	1,3	1,9	1,0
1902	53,0	26,2	5,6	11,1	0,1	0,03	0,03	1,4	0,8	1,2	1,2
1901	56,3	21,7	0,6	2,3	0,2	—	—	0,9	0,03	0,4	18,3
C. Juden.											
1906	**31,5**	**21,1**	**15,8**	**15,8**	—	—	—	**5,3**	—	**10,5**	—
1905	42,3	23,1	11,5	11,5	3,9	—	—	—	—	7,7	—
1904	33,3	21,2	9,1	12,1	6,1	—	—	6,1	1,0	9,1	—
1903	30,5	27,7	8,4	2,8	2,8	—	—	8,4	0,7	13,8	—
1902	41,7	27,8	8,3	8,3	—	—	—	8,3	—	5,6	—
1901	59,5	27,0	2,7	2,7	—	—	—	—	—	5,4	2,7

Auf die staatlichen-, kommunalen- und privaten (einschl. kirchlichen) Anstalten verteilen sich die in Anstalten untergebrachten Zöglinge in Prozenten ausgedrückt wie folgt:

Übersicht 48. Unterbringung in Anstalten. Tab. XIII. Sp. 27—40.

Jahr der Unterbringung	Es befanden sich in: staatlichen Erziehungsanstalten	kommunalen Erziehungsanstalten	besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser pp.	privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten
Jahrgang 1905.				
1906	**3,7**	**14,8**	**0,3**	**81,2**
1905	3,7	16,4	0,7	79,2
Jahrgang 1904.				
1906	**2,8**	**16,4**	**0,6**	**80,2**
1905	4,6	14,4	0,3	80,7
1904	3,8	16,8	0,8	78,6
Jahrgang 1903.				
1906	**1,8**	**18,8**	**0,4**	**79,0**
1905	1,5	15,7	0,2	82,6
1904	2,6	15,6	0,3	81,5
1903	2,5	17,0	0,8	79,7

Fortsetzung der Übersicht 48.

Jahr der Unterbringung	Es befanden sich in staatlichen Erziehungsanstalten	kommunalen Erziehungsanstalten	besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser pp.	privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten
Jahrgang 1902.				
1906	**2,8**	**20,0**	**0,2**	**77,0**
1905	2,2	17,5	0,3	80,0
1904	2,6	16,3	0,3	80,8
1903	4,1	15,0	0,7	80,2
1902	3,3	17,2	1,4	78,1
Jahrgang 1901.				
1906	**2,0**	**18,3**	**0,1**	**79,6**
1905	1,9	17,9	0,2	80,0
1904	1,9	17,6	0,5	81,0
1903	2,5	13,5	0,8	83,2
1902	4,0	12,5	2,5	81,0
1901	2,9	16,3	3,2	77,6

Über den Wechsel in den Pflegestellen geben folgende Übersichten Auskunft:

Übersicht 49. Wechsel in den Pflegestellen. Tab. XIII. Sp. 53—58.

Jahrgang	Von den am 31. März 1907 untergebrachten Zöglingen befanden sich: noch in der **ersten** Pflegestelle — und zwar: nur in Anstalten m.	nur in Anstalten w.	nur in Familien m.	nur in Familien w.	bereits in der **zweiten und weiteren** Pflegestelle — und zwar: nur in Anstalten m.	nur in Anstalten w.	nur in Familien m.	nur in Familien w.	nur in **einer** Anstalt und nur **einer** Familie m.	nur in **einer** Anstalt und nur **einer** Familie w.	in verschiedenen Anstalten und Familien m.	in verschiedenen Anstalten und Familien w.
a) Zöglinge überhaupt.												
1905	**2286**	**1318**	**399**	**251**	**278**	**122**	**40**	**38**	**806**	**316**	**257**	**99**
1904	1277	740	377	198	184	165	105	62	1237	490	611	324
1903	718	420	257	173	157	90	116	92	1250	461	938	436
1902	361	225	194	154	87	53	179	97	978	312	1066	517
1901	242	151	388	320	100	47	393	266	930	363	1345	655
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).												
1905	**56,2**	**61,5**	**9,8**	**11,7**	**6,8**	**5,7**	**1,0**	**1,8**	**19,8**	**14,7**	**6,4**	**4,6**
1904	33,5	37,4	9,9	10,0	4,9	8,3	2,8	3,2	32,8	24,8	16,1	16,3
1903	20,9	25,1	7,5	10,3	4,6	5,4	3,3	5,4	36,4	27,6	27,3	26,2
1902	12,6	16,6	6,8	11,3	3,0	3,9	6,3	7,1	34,1	23,0	37,2	38,1
1901	7,1	8,4	11,4	17,8	2,9	2,6	11,6	14,8	27,4	20,1	39,6	36,3

Um ein übersichtliches Bild über die Arten der Unterbringung, verbunden mit dem Wechsel in den Pflegestellen zu geben, ist in der diesjährigen Statistik die vorstehende Zusammenstellung gewählt worden.

Es ergibt sich hieraus, daß sich von dem ältesten Jahrgange noch 18,5 Prozent der Knaben und 26,2 Prozent der Mädchen ununterbrochen in der ersten Pflegestelle befinden; ferner zeigt sich, daß von demselben Jahrgange 23,0 Prozent der Knaben und 32,6 Prozent der Mädchen ausschließlich in Familienpflege waren. Letztere Zahlen bestätigen wenigstens, daß diese Zöglinge sich so geführt hatten, daß eine Anstaltserziehung nicht erforderlich wurde; auch die Zöglinge, bei welchen eine kurze Anstalts-

erziehung genügte, um sie dann einer geeigneten Familie zuzuführen, haben einen Erziehungsfortschritt zu verzeichnen; es sind dies 27,4 Prozent beim männlichen und 20,1 Prozent beim weiblichen Geschlecht.

Übersicht 50. Noch: Wechsel in den Pflegestellen. Tabelle XIII. Sp. 65 u. 66.

Jahr der Unterbringung	Es sind aus der Familienpflege in Anstaltspflege gekommen		Anstaltspflege in Familienpflege (einschl. Lehrlinge und Dienstboten) gekommen	
	m.	w.	m.	w.
Jahrgang 1905.				
a) Zöglinge überhaupt.				
1906	**81**	**44**	**826**	**281**
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).				
1906	**2,0**	**2,5**	**20,3**	**13,1**
Jahrgang 1904.				
a) Zöglinge überhaupt.				
1906	**148**	**96**	**974**	**472**
1905	77	42	882	313
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).				
1906	**3,9**	**4,8**	**25,7**	**23,8**
1905	1,9	2,0	22,3	15,3
Jahrgang 1903.				
a) Zöglinge überhaupt.				
1906	**163**	**109**	**737**	**384**
1905	68	68	898	363
1904	81	46	862	283
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).				
1906	**4,7**	**6,5**	**21,5**	**22,9**
1905	1,8	3,5	23,6	18,4
1904	2,0	2,2	21,4	13,8
Jahrgang 1902.				
a) Zöglinge überhaupt.				
1906	**141**	**119**	**512**	**241**
1905	100	85	609	307
1904	175	92	963	424
1903	87	50	854	321
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).				
1906	**4,9**	**8,8**	**17,8**	**17,7**
1905	3,0	5,1	18,5	18,3
1904	4,8	4,8	26,4	22,4
1903	2,3	2,6	22,5	16,5
Jahrgang 1901.				
a) Zöglinge überhaupt.				
1906	**139**	**100**	**444**	**226**
1905	116	97	486	239
1904	214	202	745	494
1903	155	132	974	485
1902	84	66	740	215

Fortsetzung der Übersicht 50.

Jahr der Unterbringung	Es sind aus der Familienpflege in Anstaltspflege gekommen		Es sind aus der Anstaltspflege in Familienpflege (einschl. Lehrlinge und Dienstboten) gekommen	
	m.	w.	m.	w.
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).				
1906	**4,1**	**5,5**	**13,1**	**12,5**
1905	3,0	4,7	12,6	11,5
1904	5,1	8,2	17,6	20,1
1903	3,4	4,9	21,6	18,2
1902	1,8	2,4	15,9	7,0

Dem naturgemäß geringen Prozentsatz der Zöglinge, die im ersten Erziehungsjahre den Rückschritt aus der Familienpflege in die Anstaltserziehung machen, steht im Berichtsjahre bei den älteren Jahrgängen überall eine teilweise wesentliche Zunahme dieses Rückschrittes gegenüber, der abgesehen vom Jahrgang 1901 über die Sätze des Jahres 1904, namentlich bei dem weiblichen Geschlechte hinausgeht.

Was umgekehrt den Fortschritt aus der Anstalts- in die Familienpflege betrifft, so wird die Erfahrung des Vorjahres bestätigt, daß er nach dem zweiten Erziehungsjahre seltener wird.

Übersicht 51. Entweichungen und Bestrafungen. Tabelle XIII. Sp. 61—64 und 67.

Jahr der Unterbringung	Es sind entwichen aus Anstalten		Es sind entwichen aus Familien		Von den Entwichenen sind wieder zurückgekehrt, bezw. eingeliefert worden		Es sind gerichtlich bestraft worden	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
Jahrgang 1905.								
a) Zöglinge überhaupt.								
1906	**273**	**88**	**154**	**44**	**289**	**103**	**126**	**32**
1905	165	50	31	5	148	43	[1]	[1]
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).								
1906	**10,1**	**5,8**	**11,4**	**6,9**	**67,7**	**78,0**	**3,1**	**1,5**
1905	5,2	3,1	5,5	1,4	75,5	78,2	[1]	[1]
Jahrgang 1904.								
a) Zöglinge überhaupt.								
1906	**191**	**62**	**294**	**99**	**325**	**122**	**168**	**31**
1905	252	83	140	29	257	81	169	34
1904	160	70	25	3	139	57	[1]	[1]
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).								
1906	**10,7**	**5,9**	**14,6**	**10,8**	**67,0**	**75,8**	**4,4**	**1,6**
1905	9,9	5,7	9,8	4,9	65,6	72,3	4,3	1,7
1904	5,4	4,6	3,9	1,0	75,1	78,2	[1]	[1]
Jahrgang 1903.								
a) Zöglinge überhaupt.								
1906	**157**	**40**	**288**	**94**	**273**	**91**	**148**	**19**
1905	238	66	259	94	282	104	138	24
1904	303	101	160	44	351	115	151	33
1903	202	71	31	6	157	60	[1]	[1]

[1] Die hinsichtlich der erfolgten Bestrafungen während des 1. Jahres in der Fürsorgeerziehung gemachten Angaben sind nicht einwandfrei genug, um sie zum Vergleiche heranziehen zu können.

Fortsetzung der Übersicht 51.

Jahr der Unterbringung	Es sind entwichen aus Anstalten m.	Es sind entwichen aus Anstalten w.	Es sind entwichen aus Familien m.	Es sind entwichen aus Familien w.	Von den Entwichenen sind wieder zurückgekehrt, bezw. eingeliefert worden m.	Von den Entwichenen sind wieder zurückgekehrt, bezw. eingeliefert worden w.	Es sind gerichtlich bestraft worden m.	Es sind gerichtlich bestraft worden w.
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).								
1906	**12,8**	**5,6**	**13,0**	**9,8**	**61,3**	**67,8**	**4,3**	**1,1**
1905	13,3	6,0	11,8	10,7	59,1	65,0	3,6	1,2
1904	11,3	6,9	12,0	7,5	75,8	79,3	3,8	1,6
1903	6,9	4,9	5,6	1,8	67,4	78,0	[1]	[1]
Jahrgang 1902.								
a) Zöglinge überhaupt.								
1906	**97**	**19**	**253**	**63**	**249**	**60**	**118**	**13**
1905	171	34	281	84	324	89	134	33
1904	209	60	334	92	395	109	140	21
1903	222	77	162	39	266	75	135	29
1902	179	40	39	5	159	31	[1]	[1]
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).								
1906	**11,7**	**4,1**	**12,4**	**7,1**	**71,1**	**73,2**	**4,1**	**1,0**
1905	15,1	4,8	13,0	8,7	71,7	75,4	4,1	2,0
1904	12,2	5,8	17,3	10,7	72,8	71,7	3,8	1,1
1903	9,3	5,7	11,4	6,5	69,3	64,7	3,3	1,4
1902	6,6	2,9	5,9	1,5	73,0	68,9	[1]	[1]
Jahrgang 1901.								
a) Zöglinge überhaupt.								
1906	**110**	**18**	**265**	**33**	**246**	**37**	**154**	**10**
1905	129	34	277	85	264	82	157	15
1904	190	56	328	116	390	129	151	21
1903	138	82	218	81	256	127	128	20
1902	260	121	86	14	293	115	135	24
1901	80	49	15	6	74	36	[1]	[1]
b) In Prozenten (innerhalb des Geschlechtes).								
1906	**14,5**	**4,4**	**10,4**	**2,4**	**65,6**	**72,5**	**4,5**	**0,6**
1905	12,5	5,5	9,8	5,8	65,0	68,9	4,1	0,7
1904	13,2	6,3	11,7	7,4	75,3	75,0	3,5	0,8
1903	7,3	6,7	8,3	5,6	71,9	77,9	2,7	0,7
1902	9,5	7,5	4,4	1,3	84,7	85,2	2,8	0,9
1901	2,8	3,2	1,3	0,7	77,9	65,5	[1]	[1]

Die Zahl der aus Anstalten und Familien Entwichenen des Jahrgangs 1901 ist zwar absolut, nicht aber relativ zurückgegangen; bei den folgenden Jahrgängen ist sie, abgesehen von den männlichen in Familien befindlichen Zöglingen, absolut und relativ niedriger geworden, während sie bei den beiden jüngsten Jahrgängen wiederum eine Zunahme aufweist. Auffallend ist dabei das sprunghafte Steigen bei den männlichen Familienzöglingen des Jahrgangs 1904 von 140 auf 294 oder von 9,8 auf 14,6% und des Jahrgangs 1905 von 31 auf 154 oder von 5,5 auf 11,4%. Ferner hat sich die Zahl der aus Anstalten entwichenen männlichen Zöglinge des

[1] Die hinsichtlich der erfolgten Bestrafungen während des 1. Jahres in der Fürsorgeerziehung gemachten Angaben sind nicht einwandfrei genug, um sie zum Vergleiche heranziehen zu können.

jüngsten Jahrgangs prozentual fast verdoppelt (von 5,2 auf 10,1 %). Die zahlreichen Entweichungen aus Familien sind überaus beklagenswert. Die Schuld daran allein auf Seiten des Zöglings zu suchen, würde falsch sein. Eine mindestens ebenso große Schuld muß den Familien beigemessen werden, sei es, daß sie es an der richtigen Behandlung der Zöglinge haben fehlen lassen und sie nicht zur Familie herangezogen haben, sei es, daß sie in diesen nicht ihnen zur Erziehung anvertraute, irregeleitete Kinder, sondern ausnutzbare Arbeitskräfte erblickten, sei es, daß sie sie nicht genügend überwacht haben. In den zahlreicher gewordenen Entweichungen liegt aber auch eine schwere Anklage gegen die Fürsorger, die bei gewissenhafter Ausübung ihres Amtes zur besseren Gestaltung des Loses ihrer Pflegebefohlenen viel beitragen, oder gegebenenfalls für rechtzeitige Überführung oder Zurückführung in eine Anstalt sorgen könnten. Mag man dem jugendlichen Drang nach Freiheit, der Sehnsucht nach dem Elternhause, dem Verlangen nach der früheren Ungebundenheit einen noch so erheblichen Anteil an den Ursachen der Entweichungen beimessen, sie allein können die bedeutende Vermehrung der Fälle nicht bedingen. Es wird deshalb seitens der Kommunalverbände den Ursachen sorgfältig nachzugehen und namentlich auch zu prüfen sein, ob etwa unrichtig angewendete oder unangemessene Strafen oder Züchtigungen den Anlaß zum Entlaufen geboten haben.

Von den Entwichenen ist ein etwas größerer Teil als im Vorjahre wieder zurückgekehrt oder eingeliefert worden.

Die Führung der Zöglinge hat sich gegen diejenige während des 1. Jahres in der Fürsorgeerziehung

gebessert bei:			verschlechtert bei:		
Jahrgang	m.	w.	Jahrgang	m.	w.
1905 =	1119	569	1905 =	265	143
1904 =	1284	637	1904 =	343	162
1903 =	1199	541	1903 =	314	137
1902 =	988	412	1902 =	285	104
1901 =	1170	518	1901 =	340	147
Zusammen	5760	2677	Zusammen	1547	693
	8437			2240	

Das sind in Prozenten: Gebessert 32,8 männl. 29,9 weibl.
Verschlechtert 8,8 „ 7,7 weibl.

Nach der vorjährigen Statistik hatten sich 30,6 Prozent der männlichen und 28,0 Prozent der weiblichen Zöglinge gebessert, dagegen 7,3 Prozent der männlichen und 6,9 Prozent der weiblichen Zöglinge verschlechtert.

III. Die bei der Übernahme in die Fürsorgeerziehung 16 Jahre und darüber alten Zöglinge der Jahrgänge 1901 und 1902 nach dem Stande vom 31. März 1907.

Übersicht 52. Übernommener Bestand. Abgang, Grund desselben und verbliebener Bestand.

	Die Überweisung erfolgte gemäß § 1 des Ges. vom 2. Juli 1900 und zwar		Davon waren[2])							
	nach Absatz	bei Zöglingen	frei von schlechten Neigungen und unbestraft		schlechten Neigungen ergeben aber unbestraft		frei von schlechten Neigungen aber gerichtl. vorbestraft		schlechten Neigungen ergeben und gerichtlich vorbestraft	
		m. w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
	1	101 93	27	26	11	40	29	10	34	17
	%	(6,6) (6,8)	(1,7)	(1,9)	(0,7)	(2,9)	(1,9)	(0,7)	(2,3)	(1,3)
	3	1305 1167	80	79	90	557	559	100	576	431
	%	(84,9) (85,3)	(5,2)	(5,8)	(5,8)	(40,9)	(36,3)	(7,3)	(37,6)	(31,3)
	1+3	131 109	7	16	16	43	51	12	57	38
	%	(8,5) (7,9)	(0,5)	(1,1)	(1,0)	(3,2)	(3,3)	(0,9)	(3,7)	(2,7)
Zusammen	—	1537[1]) 1369[1])	114	121	117	640	639	122	667	486
		(100,0) (100,0)	(7,4)	(8,8)	(7,5)	(47,0)	(41,5)	(8,9)	(43,6)	(35,3)
Von diesen Zöglingen kamen in Abgang:										
		überhaupt m. w.								
1. Durch Tod		36 32	2	3	3	18	15	4	16	7
2. Zufolge **widerruflicher** Entlassung wegen guter Führung		18 11	2	1	1	2	9	3	6	5
3. Zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres		1182 1075	87	90	77	502	498	88	520	395
Von den Zöglingen zu 3 waren bereits vorher										
a) wegen guter Führung widerruflich entlassen		139 69	13	4	11	42	68	6	47	17
b) zum Militärdienst eingezogen		198 —	13	—	14	—	80	—	91	—
4. Zufolge **endgültiger** Entlassung wegen guter Führung vor Ablauf der Minderjährigkeit		118 81	8	10	14	38	42	10	54	23
5. Zufolge Einstellung beim Militär vor Ablauf der Minderjährigkeit[3])		24 —	—	—	2	—	13	—	9	—
6. Aus anderen Gründen (Ausweisung, Verheiratung usw.)		13 45	—	5	1	20	4	5	8	15
Zusammen		1391 1244	99	109	98	580	581	110	613	445
Mithin bleibt Bestand am 31. 3. 07		146 125	15	12	19	60	58	12	54	41

[1]) Gegen die Übersicht 52 im Vorbericht zur vorjährigen Statistik sind in der vorliegenden 4 m. weniger und 6 w. Zöglinge mehr enthalten. Diese Unterschiede sind auf nachträglich festgestellte falsche Altersangaben zurückzuführen.
[2]) Unter schlechten Neigungen der Zöglinge sind Landstreichen, Betteln, Trunksucht, Unzucht und Diebstahl zu verstehen.
[3]) Die Zöglinge zu 2, 4 und 5 (des Abganges) waren am 31. März 1907 noch nicht 21 Jahre alt.

Wie in den Vorjahren, so ist auch diesmal den bei der Übernahme in die Fürsorgeerziehung 16 Jahre und darüber alten Zöglingen der Jahrgänge 1901 und 1902 insoweit eine statistische Behandlung zu teil geworden, als in der vorstehenden Übersicht über ihren Verbleib und in der nachstehenden über ihre Führung bei der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung infolge erreichter Großjährigkeit nähere Mitteilungen gegeben werden.

Der Jahrgang 1901 ist nunmehr, soweit die damals 16 Jahre alten Zöglinge in Betracht kommen, 21 Jahre alt geworden und deshalb aus der Fürsorgeerziehung ausgeschieden. Auch von denjenigen Zöglingen, die im Jahre 1902 16 Jahre alt gewesen sind, ist nur noch ein Bestand von 146 männlichen und 125 weiblichen vorhanden, weshalb von einer näheren Darlegung ihrer erziehlichen Behandlung, wie sie in den Vorjahren bei der weit größeren Zahl gegeben werden konnte, abgesehen worden ist.

Im ganzen sind wegen guter Führung vor Ablauf der Minderjährigkeit 118 männliche und 81 weibliche Zöglinge entlassen worden; diese Vergünstigung konnte bei beiden Geschlechtern in höherem Maße den mit schlechten Neigungen behafteten oder vorbestraften Zöglingen zu teil werden. Zu dieser Kategorie dürfen ohne weiteres die vor Erreichung der Großjährigkeit widerruflich entlassenen und nicht wieder eingezogenen 139 männlichen und 39 weiblichen Zöglinge hinzugezählt werden; zieht man weiter die 18 männlichen und 11 weiblichen in Betracht, die zur Zeit widerruflich entlassen sind, so konnten im ganzen 275 männliche oder rund 18% und 161 weibliche oder rund 11,8% des Gesamtbestandes dieser Altersklassen vorzeitig freigegeben werden. Dieser Erziehungserfolg ist ein annehmbarer und bestätigt jedenfalls nicht die vielfach aufgestellte Behauptung, daß die Erziehungsarbeit an den 16jährigen und älteren Zöglingen eine vergebliche sei.

Übersicht 53. Ergebnis der Erziehung der wegen Volljährigkeit ausgeschiedenen Zöglinge.

Arten der Zöglinge bei der Überweisung	Anzahl der ausscheidenden Zöglinge überhaupt		Davon lautete bei ... Zöglingen die letzte Führung auf: „recht gut" „gut", „befriedigend" bezw. „genügend"		„ungenügend" bzw. „schlecht"		waren im Gefängnis oder entwichen		Zahl der Zöglinge deren letzte Führung in der Fürsorgeerziehung sich gegen diejenige bei der Aufnahme gebessert hatte		verschlechtert hatte	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
Frei von schlechten Neigungen und unbestraft	61	86	50	77	5	6	6	3	31	45	4	4
	100,0	100,0	82,0	89,5	8,1	7,0	9,9	3,5	50,8	52,3	6,5	4,7
Schlechten Neigungen ergeben aber unbestraft	52	460	32	385	8	46	12	29	21	157	6	33
	100,0	100,0	61,5	83,7	15,4	10,0	23,1	6,3	40,4	34,1	11,5	7,2
Frei von schlechten Neigungen aber gerichtlich vorbestraft	350	82	197	69	54	7	99	6	113	31	37	5
	100,0	100,0	56,3	84,2	15,4	8,5	28,3	7,3	32,3	37,8	10,6	6,1
Schlechten Neigungen ergeben und gerichtlich vorbestraft	382	378	211	248	64	97	107	33	105	163	43	52
	100,0	100,0	55,2	65,6	16,8	25,7	28,0	8,7	27,5	43,1	11,3	13,8
Zusammen	845	1006	490	779	131	156	224	71	270	396	90	94
% der Gesamtsumme	100,0	100,0	**58,0**	**77,4**	**15,5**	**15,5**	**26,5**	**7,1**	**32,0**	**39,4**	**10,7**	**9,3**

Hiernach hatten von den Zöglingen, welche wegen Ablaufs der Minderjährigkeit ausgeschieden sind, zu diesem Zeitpunkte 58% der männlichen und 77,4% der weiblichen eine genügende oder bessere und nur je 15,5% eine ungenügende oder schlechte Führung aufzuweisen. Es darf sonach auch bei einer recht großen Zahl dieser Kategorie die Hoffnung auf eine Bewährung im späteren Leben gehegt werden. Es wird zu erwägen sein, ob sich die Berechtigung dieser Hoffnung bei den entlassenen Zöglingen nicht für eine Reihe von Jahren in einer für sie unmerkbaren und jede Benachteiligung ausschließenden Weise nachprüfen läßt.

Die Tatsache, daß 26,5% der männlichen Zöglinge wenigstens zum Teil bei Ablauf der Minderjährigkeit eine Freiheitsstrafe verbüßten und daher unmittelbar aus dem Gefängnisse in das Leben treten, mahnt dringend, darauf Bedacht zu nehmen, daß bei den Jugendlichen an Stelle der Freiheitsstrafen bis zum letzten Augenblick Erziehungsmaßregeln treten können.

IV. Zwangszöglinge auf Grund des Gesetzes vom 13. März 1878, soweit sie sich noch in Fürsorgeerziehung befinden.

Am 31. März 1906 waren noch 6857 [1]) Zöglinge vorhanden. Davon gingen im Rechnungsjahre 1906 ab 1539 (= 22,4 Prozent), 3 in früheren Jahren widerruflich entlassene kamen wieder in Zugang, so daß am 31. März 1907 ein Bestand von 5335 Zöglingen verblieb.

Den Abgang erläutert folgende Übersicht:

Übersicht 54. Abgang. Tab. XVIII. Sp. 5—9.

Es kamen in Abgang		Davon sind			
im Berichtsjahre	überhaupt	gestorben	widerruflich entlassen	unwiderruflich entlassen	zufolge Ablauf des gesetzlichen Alters entlassen
a) Zöglinge überhaupt.					
1906	**1539**	**22**	**254**	**366**	**897**
1905	1312	34	240	282	756
1904	1389	34	344	225	786
1903	787	43	367	274	103
1902	580	42	299	191	48
1901	438	42	198	148	50
b) In Prozenten.					
1906	**100,0**	**1,4**	**16,5**	**23,8**	**58,3**
1905	100,0	2,6	18,3	21,5	57,6
1904	100,0	2,4	24,8	16,2	56,6
1903	100,0	5,5	46,6	34,8	13,1
1902	100,0	7,2	51,6	32,9	8,3
1901	100,0	9,6	45,2	33,8	11,4

Die Zöglinge waren untergebracht:

Übersicht 55. Unterbringung. Tab. XVIII. Sp. 10—21.

Anzahl der Zöglinge		Davon waren untergebracht							Es sind aus den Pflegestellen pp. entwichen
am Schlusse des Berichtsjahres	überhaupt	in staatlichen Erziehungsanstalten	in kommunalen Erziehungsanstalten	in privaten Erziehungsanstalten	in Familien als Pflegling	als Lehrling, Geselle oder Dienstbote	in Krankenpp. anstalten	im Gefängnis	
a) Zöglinge überhaupt.									
1906	**5335**	**28**	**279**	**706**	**74**	**4207**	**2**	**8**	**31**
1905	6796	38	353	947	167	5225	9	8	49
1904	8097	55	473	1361	343	5800	5	10	50
1903	9430	50	513	2011	610	6158	18	10	60
1902	10214	62	788	2823	924	5576	12	2	27
1901	10791	47	1069	3646	1206	4784	7	3	29

[1]) Diese Zahl weicht von der in der vorjährigen Statistik Tabelle XXVI Sp. 10 und der in der nachfolgenden Übersicht 55 angegebenen Bestandszahl von 6796 um + 61 ab. Dieser Unterschied ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der widerruflich entlassenen Zöglinge im Vorjahre für Posen zu hoch angegeben war.

Fortsetzung der Übersicht 55.

Anzahl der Zöglinge: Am Schlusse des Berichtsjahres	Anzahl der Zöglinge: überhaupt	Davon waren untergebracht: in staatlichen Erziehungsanstalten	in kommunalen Erziehungsanstalten	in privaten Erziehungsanstalten	in Familien als Pflegling	als Lehrling, Geselle oder Dienstbote	in Kranken- pp. anstalten	im Gefängnis	es sind aus den Pflegestellen pp. entwichen
b) In Prozenten.									
1906	**100,0**	**0,5**	**5,2**	**13,2**	**1,4**	**78,9**	**0,04**	**0,1**	**0,6**
1905	100,0	0,6	5,2	13,9	2,5	76,9	0,1	0,1	0,7
1904	100,0	0,7	5,8	16,8	4,2	71,7	0,1	0,1	0,6
1903	100,0	0,5	5,4	21,4	6,5	65,3	0,2	0,1	0,6
1902	100,0	0,6	7,7	27,6	9,1	54,6	0,1	—	0,3
1901	100,0	0,4	9,6	38,8	11,2	44,3	0,1	—	0,3

Die Zahl der wegen Erreichung der Altersgrenze Ausgeschiedenen ist diesmal besonders hoch. Aber auch die Zahl der unwiderruflich Entlassenen ist absolut und relativ gestiegen, während die der widerruflich Freigegebenen relativ geringer ist, als im Vorjahre.

In Erziehungsanstalten befanden sich noch 1013 Zöglinge und die Zahl der Kommunalverbände, in denen sich die Zahl der Anstaltszöglinge auf Kosten der in Familienpflege befindlichen vermehrt hat, ist auf die Hälfte aller hinaufgegangen. Die auffälligsten Verschiebungen zeigen die Provinzen Schleswig-Holstein 1,9 %, die Rheinprovinz 2,9 % und der Bezirksverband Wiesbaden 2,8 %. Das Nähere ergibt nachstehende Übersicht:

Verhältnis der Anstaltszöglinge zu den in Familienpflege untergebrachten Zöglingen in den einzelnen Kommunalverbänden:

	In Anstalten				In Familien			
	1906	1905	1904	1903	**1906**	1905	1904	1903
Ostpreußen	**30,3**	33,6	39,7	42,6	**69,7**	66,4	60,3	57,4
Westpreußen	**11,6**	12,3	16,2	27,8	**88,4**	87,7	83,8	72,2
Brandenburg	**23,7**	26,2	29,4	23,9	**76,3**	73,8	70,6	76,1
Berlin	**19,2**	20,0	23,1	31,3	**80,8**	80,0	76,9	68,7
Pommern	**21,1**	20,3	22,9	32,9	**78,9**	79,7	77,1	67,1
Posen	**22,9**	29,6	22,0	25,4	**77,1**	70,4	78,0	74,6
Schlesien	**15,8**	15,2	22,6	26,7	**84,2**	84,8	77,4	73,3
Sachsen	**7,2**	12,7	21,6	25,8	**92,8**	87,3	78,4	74,2
Schleswig-Holstein	**14,5**	12,6	12,9	10,3	**85,5**	87,4	87,1	89,7
Hannover	**17,0**	17,8	17,3	30,8	**83,0**	82,2	82,7	69,2
Westfalen	**19,7**	19,0	22,1	16,8	**80,3**	81,0	77,9	83,2
Bezirksverband Cassel	**12,8**	12,1	17,3	17,3	**87,2**	87,9	82,7	82,7
Bezirksverband Wiesbaden	**25,0**	22,2	24,7	30,0	**75,0**	77,8	75,3	70,0
Rheinprovinz	**28,7**	25,8	28,3	30,0	**71,3**	74,2	71,7	70,0
Hohenzollern	**50,0**	—	—	—	**50,0**	100,0	—	—

V. Zwangszöglinge nach § 56 des Strafgesetzbuches.

Übersicht 56.
Tabelle
XXI u. XXII.

zu Beginn des Rechnungsjahres	Bestand m.	Bestand w.	Zugang m.	Zugang w.	Der Zugang in Prozenten m.	Der Zugang in Prozenten w.
1899	1379	330	284	82	20,6	24,8
1900	1351	340	219	60	16,2	17,6
1901	1311	340	141	56	10,8	16,5
1902	1189	339	113	33	9,5	9,7
1903	1068	304	111	36	10,4	11,8
1904	924	253	86	30	9,3	11,8
1905	756	218	75	19	9,9	8,2
1906	591	187	63	22	10,7	11,8
1907	**488**	**148**	—	—	—	—

Seit dem Inkrafttreten des Fürsorgeerziehungsgesetzes hat sich also der Bestand an Zwangszöglingen nach § 56 des Str.-G.-B. um 823 = 62,8 Prozent bei dem männlichen und 192 = 56,5 Prozent bei dem weiblichen Geschlechte verringert. Die weitere Abnahme der Zwangszöglinge nach § 56 Str.-G.-B. bleibt um deswillen zu beklagen, weil sie nicht etwa in der Abnahme der kriminell gewordenen Jugendlichen überhaupt ihre Ursache hat. Da diese in ganz gleichem Verhältnisse zu der Abnahme aller Bestraften steht, muß vielmehr leider angenommen werden, daß die Frage, ob die zur Erkenntnis der Strafbarkeit einer Handlung erforderliche Einsicht vorhanden ist, neuerdings häufiger bejaht wird; es steht dabei nicht einmal fest, ob der Jugendliche wenigstens gleichzeitig der Fürsorgeerziehung überwiesen und der Strafvollzug mit Aussicht auf Begnadigung ausgesetzt worden ist.

VI. Kosten der Fürsorgeerziehung.

(Zöglinge nach dem Gesetz vom 2. Juli 1900.)

An Pflegegeld wurde gezahlt:

Übersicht 57. Pflegegeld. Tabelle XI u. XII.

Am Schlusse des Jahres	Anzahl der in Erziehungsanstalten und in Familienpflege untergebrachten Zöglinge	Davon: Pfleglinge mit Pflegegeld	Pfleglinge ohne Pflegegeld	Dienstboten ohne Pflegegeld mit Dienstbotenlöhnen	Dienstboten ohne Pflegegeld ohne Dienstbotenlöhnen	Lehrlinge ohne Pflegegeld mit Lehrgeld	Lehrlinge ohne Pflegegeld ohne Lehrgeld	Das monatliche Pflegegeld beträgt in Anstalten ℳ	Das monatliche Pflegegeld beträgt in Familien ℳ	Das monatliche Lehrgeld beträgt ℳ
a) Zöglinge überhaupt.										
1906	**5858**	**5572**	**48**	**178**	**2**	—	**58**	**11,7 – 78,0**	**4,0 – 25,0**	—
1905	5593	5342	40	150	–	—	61	8,3 – 60,8	4,0 – 35,0	—
1904	5358	5127	40	122	2	1	66	8,3 – 74,1	4,0 – 37,5	9,2
1903	5275	5044	29	137	2	1	62	8,3 – 78,6	2,5 – 21,8	8,33
1902	5048	4733	49	186	3	1	76	6 – 78,5	1,7 – 16,7	3,3
1901	6298	6030	66	149	—	5	48	10 – 78	3,5 – 25,0	3,0 – 4,3
b) In Prozenten.										
1906	**100,0**	**95,1**	**0,8**	**3,0**	**0,03**	—	**1,0**	—	—	—
1905	100,0	95,5	0,7	2,7	—	—	1,1	—	—	—
1904	100,0	95,7	0,7	2,3	0,04	0,02	1,2	—	—	—
1903	100,0	95,6	0,5	2,6	0,1	—	1,2	—	—	—
1902	100,0	93,7	1,0	3,7	0,1	—	1,5	—	—	—
1901	100,0	95,7	1,0	2,4	—	0,1	0,8	—	—	—

Unter den 5572 Zöglingen des Jahrganges 1906, für welche Pflegegeld bezahlt worden ist, befinden sich 628 männliche und 719 weibliche im Alter von über 16 Jahren, welche sämtlich in Erziehungsanstalten untergebracht sind.

1905 waren es 530 männliche, 563 weibliche
1904 „ „ 560 „ 716 „
1903 „ „ 534 „ 571 „
1902 „ „ 496 „ 477 „
1901 „ „ 419 „ 558 „

Das monatliche Pflegegeld für die Zöglinge des Jahrganges 1906 betrug:

a) in Anstalten:

Für 86 männliche und 37 weibliche über 10 bis 15 Mark, für 496 männliche und 452 weibliche über 15 bis 20 Mark, für 917 männliche und 482 weibliche über 20 bis 25 Mark, für 526 männliche und 254 weibliche über 25 bis 30 Mark, für 316 männliche und 112 weibliche über 30 bis 35 Mark, für 537 männliche und 211 weibliche über 35 bis 40 Mark, für 120 männliche und 10 weibliche über 40 bis 45 Mark, für 67 männliche und 5 weibliche über 45 bis 50 Mark, für 73 männliche und 1 weibliche über 55 bis 60 Mark, für 10 weibliche über 60 bis 65 Mark, für 108 männliche über 70 bis 75 Mark, für 24 weibliche über 75 Mark, für 1 männlichen und 2 weibliche Zöglinge wurde kein Pflegegeld bezahlt und bei 6 männlichen Zöglingen waren über die Höhe der gezahlten Pflegegelder keine Angaben gemacht.

b) in Familien:

Die in der eigenen Familie untergebrachten Zöglinge sind sämtlich kostenlos verpflegt worden, auch ist für die Lehrlinge kein Lehrgeld gezahlt worden.

In fremden Familien beträgt das Pflegegeld bei 13 männlichen und 3 weiblichen bis zu 5 Mark, bei 200 männlichen und 151 weiblichen über 5 bis 10 Mark, bei 233 männlichen und 116 weiblichen über 10 bis 15 Mark, bei 3 männlichen und 2 weiblichen über 15 bis 20 Mark und bei 1 weiblichen über 20 bis 25 Mark. 10 männliche und 7 weibliche Zöglinge waren ohne Pflegegeld in fremden Familien aufgenommen.

Übersicht 58. Verteilung der Zöglinge nach den Pflegegeldsätzen. Tab. X-XII.

Jahrgang	Anzahl der untergebrachten Zöglinge überhaupt[1]		Davon waren untergebracht zu einem monatlichen Pflegegeldsatze von ..... Mark[2]																	
			bis 5		5–10		10–20		20–30		30–40		40–50		50–60		60–70		über 70		ohne	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
a) In Erziehungsanstalten.																						
1906	**3247**	**1609**	—	—	—	—	**582**	**489**	**1443**	**736**	**853**	**323**	**187**	**15**	**73**	**1**	—	**10**	**108**	**24**	**1**	**2**
1905	3105	1365	—	—	1	4	655	494	1380	572	917	256	124	12	27	20	1	6	—	—	—	1
1904	2853	1489	—	—	—	1	666	574	1336	695	590	169	253	39	1	11	—	—	7	—	—	2
1903	2931	1446	—	—	3	3	734	658	1244	593	757	158	188	6	—	9	—	—	—	8	—	2
1902	2694	1347	—	—	11	1	854	627	1077	557	453	92	105	10	1	1	14	—	—	14	1	3
1901	2858	1509	—	—	22	20	1073	778	985	576	470	138	139	24	3	—	—	1	—	16	4	2
b) In fremden Familien.																						
1906	**459**	**290**	**13**	**3**	**200**	**151**	**236**	**128**	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**10**	**7**
1905	429	284	13	7	185	141	201	125	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	30	9
1904	466	243	17	1	219	99	223	136	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	7
1903	398	285	11	6	188	129	193	136	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	10
1902	428	294	14	16	179	137	224	135	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	4
1901	956	750	14	13	360	290	560	425	3	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	20	19
In Prozenten.																						
a) In Erziehungsanstalten.																						
1906	100,0	100,0	—	—	—	—	**17,9**	**30,6**	**44,5**	**46,0**	**26,2**	**20,2**	**5,8**	**0,9**	**2,3**	**0,1**	—	**0,6**	**3,3**	**1,5**	**0,03**	**0,1**
1905	100,0	100,0	—	—	0,0	0,3	21,1	36,2	44,5	41,9	29,5	18,7	4,0	0,9	0,9	1,5	0,0	0,4	—	—	—	0,1
1904	100,0	100,0	—	—	—	0,1	23,4	38,5	46,8	46,7	20,7	11,3	8,9	2,6	0,04	0,7	—	—	0,2	—	—	0,1
1903	100,0	100,0	—	—	0,1	0,2	25,1	45,5	42,4	41,0	25,8	10,9	6,4	0,4	–	0,6	—	—	—	0,6	—	0,1
1902	100,0	100,0	—	—	0,4	0,1	31,7	46,5	40,0	41,3	16,8	6,8	3,9	0,8	0,03	0,1	0,5	—	—	—	0,03	0,2
1901	1000	100,0	—	—	0,8	1,3	37,5	51,6	34,5	38,2	16,4	9,1	4,8	1,6	0,1	—	—	0,1	—	1,1	0,1	0,1
b) In fremden Familien.																						
1906	100,0	100,0	**2,8**	**1,0**	**43,6**	**52,1**	**51,4**	**44,2**	—	**0,3**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**2,2**	**2,4**
1905	100,0	100,0	3,0	2,5	43,1	49,6	46,9	44,0	—	0,4	—	0,3	—	—	—	—	—	—	—	—	7,0	3,2
1904	100,0	100,0	3,7	0,4	47,0	40,7	47,8	56,0	0,2	—	0,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,1	2,9
1903	100,0	100,0	2,8	2,1	47,2	45,3	48,5	47,7	—	0,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,0	3,5
1902	100,0	100,0	3,3	5,4	41,8	46,6	52,3	45,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,9	0,4
1901	100,0	100,0	1,5	1,9	37,6	38,7	58,5	56,7	0,3	0,1	—	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	2,1	2,5

[1]) Ausschließlich der in Lehr- und Dienstbotenstellen befindlichen Zöglinge.

[2]) Zöglinge, über deren Pflegegeld keine Angaben gemacht worden, sind in der Übersicht weggeblieben.

Die Gesamtkosten der Fürsorgeerziehung, ihre Verteilung auf den Staat und die Kommunalverbände in den Jahren 1906, 1905, 1904, 1903, 1902 und 1901 im Vergleich mit den Kosten der Zwangserziehung im Jahre 1900 sind in der folgenden Übersicht zusammengestellt:

Übersicht 59. Gesamtkosten. Tab. XIX.

	Die Gesamtkosten haben betragen im Jahre							
	1906		1905		1904		1903	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Überhaupt	7588735	36	6776116	01	5978021	13	5089683	30
Davon trugen: Der Staat	4987959	12	4500059	44	3802363	96	3180328	81
Davon trugen: Die Kommunalverbände . . .	2600776	24	2276056	57	2175657	17	1909354	49
Mithin trug der Staat mehr bezw. weniger wie die Kommunalverbände	+2387182	88	+2224002	87	+1626706	79	+1270974	32

	Die Gesamtkosten haben betragen im Jahre					
	1902		1901		1900	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Überhaupt	4032740	52	2296474	98	1677977	21
Davon trugen: Der Staat	2561915	90	1530983	29	837843	05
Davon trugen: Die Kommunalverbände . . .	1470824	62	765491	69	840134	16
Mithin trug der Staat mehr bezw. weniger wie die Kommunalverbände	+1091091	28	+765491	60	−2291	11

	Von den Gesamtkosten entfielen auf persönliche Kosten für den Unterhalt der Zöglinge in Anstalten und Familien							
	1906		1905		1904		1903	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Überhaupt	6726547	93	6130552	73	5475017	71	4536041	99

	auf andere Ausgaben							
	1906		1905		1904		1903	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Überhaupt	862187	43	645563	28	503003	42	553641	31

Die anteiligen Kosten des Staates sind von 1900 bis 1906 um 4 150 116,07 Mark, die der Kommunalverbände in derselben Zeit um 1 760 642,08 Mk. gestiegen.

Abschnitt B. Anlagen.

Inhalt:

Berichte der Kommunalverbände und Oberpräsidenten.

Gerichtserkenntnisse.

Erlasse.

Berichte der Kommunalverbände und Oberpräsidenten.

Ostpreußen.

Bericht des Landeshauptmannes der Provinz Ostpreußen.

In der Zahl der rechtskräftig zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Minderjährigen ist ein, wenn auch nur geringer, weiterer Rückgang eingetreten.

Die nach dem Gesetz und den Ausführungsbestimmungen des Herrn Ministers besonders empfohlene Familienpflege für neu überwiesene Fürsorgezöglinge konnte, wie bisher, nur in beschränktem Maße zur Anwendung gelangen, weil wegen der starken Verwahrlosung der meisten neu Überwiesenen diese sich für die Familienerziehung nicht eignen; andererseits sind auch geeignete Familien zur Familienerziehung nur in geringer Zahl vorhanden.

Nach § 1 des Abkommens vom 1./19. Juli 1901 hat der Vorstand des Ostpreußischen Provinzialvereins für innere Mission es übernommen, in allen Fällen, wo der Landeshauptmann die Unterbringung von Fürsorgezöglingen evangelischen Bekenntnisses in einer geeigneten Familie, Dienst- oder Lehrstelle für erforderlich hält,

a. für die Auswahl solcher Familien, Dienst- oder Lehrstellen,
b. für den Abschluß von Erziehungsverträgen (Dienst- oder Lehrverträgen),
c. für die Überwachung der ordnungsmäßigen Ausführung der Fürsorgeerziehung Sorge zu tragen,
d. dem Landeshauptmann geeignete Fürsorger zur Bestellung in Vorschlag zu bringen.

Nach § 12 daselbst wird dem Vorstande als Entschädigung für die Erfüllung der in diesem Vertrage bezeichneten Verpflichtungen eine am Schlusse jeden Kalenderjahres zu zahlende Bauschsumme gewährt, die für je volle 50 ihm überwiesene Fürsorgezöglinge je 100 Mk. beträgt, jedoch im Höchstbetrage 1500 Mk. nicht übersteigen soll. Die aus diesem Abkommen sich ergebenden Verpflichtungen waren bisher dem Vereinsgeistlichen Prediger Graf übertragen. Es stellte sich jedoch heraus, daß diese Tätigkeit den Vereinsgeistlichen derartig in Anspruch nahm, daß er sich seiner übrigen Arbeit nicht so widmen konnte, wie der Vorstand es für erforderlich hielt, und ferner daß auch die dem Vorstande übertragenen Geschäfte der Fürsorgeerziehung nicht in dem erforderlichen Umfange ordnungsmäßig geleistet werden konnten. Der Vorstand sah sich daher genötigt, seit dem 1. Januar 1906 einen zweiten Vereinsgeistlichen anzustellen und hat dessen Einkommen auf 1800 Mk. und diejenige Vergütung, welche ihm aus der Tätigkeit in der Fürsorgeerziehung zufließt, nebst Ersatz seiner baren Auslagen bei seinen Reisen in die Provinz in Vereinsangelegenheiten festgesetzt. Die geschäftliche Tätigkeit der beiden Geistlichen ist räumlich derartig getrennt worden, daß dem zweiten Geistlichen die Regierungsbezirke Gumbinnen und Allenstein als Feld seiner Tätigkeit überwiesen sind, während dem ersten Geistlichen neben seinen Obliegenheiten für Bearbeitung der allgemeinen Vereinssachen der Regierungsbezirk Königsberg verblieben ist. Dieser Teilung entsprechend erfolgt auch die Bearbeitung der Angelegenheiten in der Fürsorgeerziehung. Bemerkt wird noch, daß, um eine gleichmäßige Behandlung und Beurteilung der Fälle der Familienerziehung zu erzielen, eine Zusammenfassung in der Hand des Vorstandes des Provinzialvereins für innere Mission erforderlich erscheint, und daß die Heranziehung von Synodalvertretern des Vereins, die in den einzelnen Kreisen wohnen, zum Besuch der in Familien untergebrachten Fürsorgezöglinge nur in besonderen Fällen angezeigt erscheint. Mit Rücksicht auf die Anstellung des zweiten Vereinsgeistlichen ist durch Beschluß des Provinzialausschusses vom 23. Oktober 1906 die nach § 12 des Vertrages zu gewährende Entschädigung für je volle 50 dem Provinzialverein für innere Mission überwiesene Fürsorgezöglinge von 100 Mk. auf 150 Mk. und im Höchstbetrage von 1500 Mk. auf 2250 Mk. erhöht worden.

Die Unterbringung der katholischen Fürsorgezöglinge in Familien, Dienst- und Lehrstellen erfolgte wie bisher durch Vermittelung der Vorstände der katholischen Erziehungsanstalten (katholisches Waisenhaus zu Braunsberg und St. Josefi-Stift zu Heilsberg. Die Vorstände haben die Verträge abgeschlossen und die Fürsorger in Vorschlag gebracht. Die in dem Lehrerseminar zu Karalene und in der Präparandenanstalt zu Hohenstein untergebrachten früheren beiden Fürsorgezöglinge machen gute Fortschritte. Die bisher gewährte jährliche Beihilfe von 200 Mk. wird jedem dieser Zöglinge weiter gewährt, was bis zum 21. Lebensjahre nach § 15 Absatz 1 letzter Satz des Gesetzes vom 2. Juli 1900 zulässig erscheint.

Es hat ferner ein dritter Fürsorgezögling aus dem evangelischen Waisenhause in Braunsberg dem Lehrerberufe zugeführt werden können. Nach entsprechender Vorbildung durch den Hausvater der Anstalt und Bestehen der Vorprüfung ist er am 25. April 1906 in der Präparandenanstalt zu Mohrungen aufgenommen worden. Das Königliche Provinzialschulkollegium hat sich auch hier zur Hergabe einer jährlichen Unterstützung von 200 Mk. aus den etatsmäßigen Mitteln der Präparandenanstalt und des gleichen Betrages aus dem ihm für außerordentliche Unterstützungen zur Verfügung stehenden Fonds bereit erklärt. Der an den Kosten noch fehlende Betrag von etwa 200 Mk. wird unter Beteiligung des Staates mit zwei Dritteln des Betrages von der Provinz getragen.

Während des Berichtsjahres fanden eingehende Revisionen von Fürsorgezöglingen in den Kreisen Rastenburg, Braunsberg, Angerburg, Gumbinnen und Oletzko statt. Auf hierbei zu Tage getretene Mängel wurden Fürsorger und Dienst- und Lehrherrn hingewiesen und auf Abstellung wurde hingewirkt. In den Dienststellen bei Lehrern, deren Mitarbeit an der Fürsorgeerziehung besonders erwünscht erscheint, fiel es auf, daß es und zwar nicht nur in alten sondern auch in neuen Schulgebäuden an geeigneter Räumlichkeit zur Unterbringung von Kinder- oder Arbeitsmädchen und von in der Landwirtschaft gebrauchten Dienstjungen fehlt. Es ist dies insbesondere da auffallend, wo der Lehrer gehalten ist, eine Landwirtschaft zu betreiben. Es wurden Stellen gefunden, wo eine geeignete Schlafstelle überhaupt nicht vorhanden war und daher das Bett für den Zögling abends in der Schulstube aufgestellt werden mußte. Auch geeignete Tagesräume wurden vielfach bei Lehrern nicht angetroffen, was zu beklagen bleibt.

Die Ernährung der Zöglinge war durchweg gut. Die Lohnverhältnisse waren günstig, im Kreise Oletzko sogar überraschend günstig. Hier waren überall reichliche Ersparnisse gemacht, die in einem Falle bei einem Zögling, der im Herbst zum Militär ging, die Höhe von 250 Mk. erreichten. Dabei war es noch besonders erfreulich, daß auch die Kleidung der Zöglinge durchweg sehr angemessen war. Diese günstigen Umstände im Kreise Oletzko müssen zum Teil auf das gemischte Lohnsystem zurückgeführt werden, welches darin besteht, daß den Zöglingen außer barem Lohne die meisten notwendigen Kleidungsstücke in Natur geliefert wurden.

Als besonders erfreulich wird noch bemerkt, daß 2 in Dienst untergebrachte wegen Unsittlichkeit zur Fürsorgeerziehung verwiesene weibliche Fürsorgezöglinge in Anbetracht ihrer guten Führung und ihres Fleißes vor Ablauf der Minderjährigkeit aus der Fürsorgeerziehung entlassen werden konnten.

An Erziehungsanstalten ist neu hinzugekommen die Hilfsanstalt für gefallene Mädchen zu Braunsberg, die am 4. April 1906 eröffnet wurde und etwa 20 Plätze hat, ferner die Mädchen-Erziehungsanstalt zu Regerteln im Kreise Heilsberg, die zur Unterbringung von 20 schulpflichtigen und schulentlassenen weiblichen evangelischen Fürsorgezöglingen dienen soll, welche am 2. November 1906 eingeweiht wurde. Die Leitung dieser neuen Anstalten ist Schwestern aus dem Mutterhause des Krankenhauses der Barmherzigkeit unter Leitung des zuständigen Geistlichen übertragen. Die Einrichtung der Hilfsanstalt zu Braunsberg erwies sich als notwendig, weil die bestehenden Anstalten zur Aufnahme für gefallene Mädchen voll besetzt waren und daher für weiteren Platz Sorge getragen werden mußte. Die Hilfsanstalt zu Braunsberg wird ebenso wie die Hilfsanstalt in Löwenhagen eingehen, sobald das in Braunsberg im Bau begriffene Magdalenenstift fertig gestellt sein wird, was zum 1. Oktober 1907 zu erwarten steht.

Ende April 1906 teilte der Gemeindekirchenrat zu Marwalde hierher mit, daß er beschlossen habe, den Landeshauptmann auf Grund des § 9 des mit der Kirchengemeinde Marwalde abgeschlossenen Vertrages zu ersuchen, die Erziehungsanstalt „zum guten Hirten" in Marwalde in eigene Verwaltung (der Provinz) zu übernehmen. Diesem Antrage wurde entsprochen, da unterdessen bekannt geworden war, daß der

Anstaltsleiter schwer erkrankt war, und daß unter diesen Umständen eine sachgemäße Rechnungslegung nur schwer zu erreichen sein würde. Die Leitung der Anstalt ist seit dem 1. Mai 1906 dem Hausvater Jordahn übertragen, welcher zu diesem Zwecke geeignet erscheint und seine Aufgabe auch bisher zur Zufriedenheit erfüllt hat. Eine am 26. Oktober 1906 gemeinschaftlich mit dem zuständigen Regierungs- und Schulrat aus Allenstein vorgenommene Revision ergab, daß die Anstalt vortrefflich geleitet wird.

Anfangs Oktober 1906 wurde gelegentlich der Jahresfeier der Altwalder Anstalten das in Senklerkrug neu erbaute Wohnhaus für den Anstaltsleiter der genannten Anstalten eingeweiht. Zum Anstaltsleiter ist der Prediger Schwanbeck berufen, der am 7. Januar 1906 in dieses Amt eingeführt wurde.

Wie in früheren Jahren, so wurde auch im Berichtsjahre wieder ein großer Teil der Anstalten besucht und hierbei festgestellt, daß dort im allgemeinen befriedigende Zustände herrschen. Eine Ausnahme hiervon machte das Erziehungshaus St. Raphael zu Heilsberg für schulentlassene Burschen katholischen Glaubensbekenntnisses. Dort brach infolge der mangelhaften Disziplin am 3 März 1906 eine Meuterei aus, die zur Folge hatte, daß von den daran beteiligten Fürsorgezöglingen 2 zu je $1^1/_2$ Jahren Zuchthaus, 2 zu je 1 Jahr Zuchthaus, 1 zu 9 Monaten und 5 zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Gegen 4 Fürsorgezöglinge wurde außerdem noch auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Der in der Anstalt herrschende Mangel an Ordnung und Disziplin ist besonders darauf zurückzuführen, daß es an durchgebildeten Erziehungskräften zur Unterstützung des Anstaltsleiters, eines Geistlichen, dort gänzlich fehlt. Um hier Wandel zu schaffen und passende Erziehungskräfte zu erlangen, ist die Hilfe des Herrn Bischofs von Ermland in Anspruch genommen, der den Versuch machen will, geeignete Brüderschaften zu der hier in Frage stehenden Aufgabe zu gewinnen. Indessen wird dieses deshalb mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sein, weil es zur Niederlassung einer katholischen Brüderschaft besonderer staatlicher Genehmigung bedarf.

Am 1. Dezember 1906 brannte auf dem Schulzenhofe der Erziehungsanstalt „Der Eichhof" zu Krausendorf eine Scheune und ein Stall nieder, wobei 11 Stück Jungvieh umkamen und der größte Teil der Ernte vernichtet wurde. Der Schaden ist durch die Versicherung fast völlig gedeckt. Die der Brandstiftung bezw. der Anstiftung hierzu überführten Fürsorgezöglinge Friedrich Stangert und Ernst Schindowski, seit 21. Dezember 1904 bezw. 19. September 1904 in der Anstalt, sind mit 1 Jahr Gefängnis bezw. 2 Jahren Zuchthaus bestraft worden.

Der Gesundheitszustand der Zöglinge war befriedigend. Die Granulose ist weiter zurückgegangen, doch sind immer noch nicht sämtliche Anstalten von dieser Krankheit gänzlich frei.

Die Schrödersche Provinzial-Erziehungsanstalt zu Gropischken war durch Krätze verseucht. Es lag dies daran, daß mehrere Zöglinge der Anstalt mit Krätze behaftet zugeführt wurden, und daß das Krankenzimmer der Anstalt zur Aufnahme und Isolierung sämtlicher kranken Zöglinge nicht ausreichte, sowie daran, daß der Anstaltsvorsteher dem Landeshauptmann von diesem Zustande keine Anzeige erstattet hatte. Bei rechtzeitiger Anzeige wäre es sicher möglich gewesen, die Verseuchung der Anstalt zu verhüten. Es ist Vorsorge getroffen, daß ähnliche Zustände nicht wieder eintreten

Das günstige Ergebnis des Gebrauchs von Seebädern und des Aufenthalts an der See für schwächliche und skrofulöse Fürsorgezöglinge im Jahre 1905 gab die Veranlassung, auch im Berichtsjahre eine größere Anzahl von Fürsorgezöglingen dieser Wohltat teilhaftig werden zu lassen. Eine Umfrage bei den einzelnen Anstalten ergab, daß nach ärztlicher eingehender Feststellung 44 männliche und 22 weibliche skrofulöse und sonst elende und besonders schwächliche Fürsorgezöglinge des Aufenthalts an der See dringend bedurften. Diese Fürsorgezöglinge, die aus 19 Anstalten herrührten, wurden zu einer Kolonie in Rothenen vereinigt, nachdem die dort untergebrachte Ferienkolonie taubstummer Zöglinge ihren Aufenthalt an der See beendet hatte. Die Kolonie skrofulöser Fürsorgezöglinge dauerte vom 2. bis 31. August 1906. Zur Beaufsichtigung der männlichen Fürsorgezöglinge hatte die Brüderanstalt zu Karlshof 2 Brüder, zur Beaufsichtigung der weiblichen Fürsorgezöglinge das hiesige Mutterhaus der Barmherzigkeit eine Schwester zur Verfügung gestellt. Die ärztliche Aufsicht war dem in Palmnicken wohnhaften praktischen Arzt Dr. Lehnerdt übertragen. Dieser untersuchte sämtliche Zöglinge sogleich nach ihrem Eintreffen in Rothenen und stellte hierbei fest, daß es sich durchweg um Kinder handelte, die sich in einem beklagenswerten körperlichen Zustande befanden und bei denen sich ein längerer Aufenthalt an der See dringend empfahl.

Nach Beendigung des Aufenthalts an der See wurde wiederum eine Untersuchung und Feststellung der körperlichen Beschaffenheit der Kinder durch den Arzt Dr. Lehnerdt bewirkt. Nach seiner gutachtlichen Äußerung hat der vierwöchige Seeaufenthalt bei den schwächlichen, vielfach skrofulösen Kindern außerordentlich gut eingewirkt, sowohl in der Hebung des allgemeinen Ernährungszustandes, als auch in der Beseitigung und Besserung der skrofulösen Ausschläge, Anschwellungen und anderer Erkrankungen. Die Kinder sahen wohler und gesünder aus, hatten fast alle frische, gebräunte Gesichtsfarbe und waren in ihrem Ernährungszustande erheblich gebessert. 22 Kinder hatten in den 4 Wochen 5 und mehr bis 8 Pfund zugenommen, die anderen 1 bis 4 Pfund. Nur 4 Kinder waren, ohne daß sich dafür eine Ursache fand, auf ihrem Anfangsgewichte verblieben. Durchschnittlich betrug die Gewichtszunahme 3,54 Pfund.

Die entstandenen Kosten betragen rund 3700 Mk. und sind aus dem Kapitel Fürsorgeerziehungswesen bestritten.

Der Erfolg muß als ein sehr erfreulicher bezeichnet werden. Es wird sich nunmehr empfehlen, derartige Kolonien für skrofulöse und schwächliche Kinder regelmäßig einzurichten, da in erster Reihe, wenn die Fürsorgeerziehung von Erfolg begleitet sein soll, es notwendig ist, die Kinder körperlich gesund und kräftig zu machen. Sehr schwächliche und stark skrofulöse Kinder bilden für alle Anstalten eine große Plage, besonders auch deshalb, weil es nicht möglich ist, sie ordnungsgemäß zu unterrichten und sie daher in der Schule stark zurückbleiben und den gesamten Schulbetrieb hemmen.

Eine Erhöhung des Pflegesatzes ist für folgende Anstalten genehmigt:

Masurisches Erziehungshaus in Lötzen von 200 auf 282 Mk. unter gleichzeitiger Herabsetzung der Aufsichtskosten für die aus der Anstalt in Dienst- und Lehrstellen untergebrachten Fürsorgezöglinge von 50 auf 10 Mk. vom 1. Januar 1905 ab, St. Josefistift zu Heilsberg von 185 auf 198 Mk. unter Herabsetzung der Aufsichtskosten von 20 auf 10 Mk. vom 1. April 1906 ab, Mädchenwaisenhaus Fischhausen von 200 auf 225 Mk. vom 1. April 1905 ab, Evangelische Waisen- und Konfirmandenanstalt für Ermland zu Wartenburg von 180 auf 250 Mk. vom 1. April 1906 ab, Knaben-Rettungshaus zu Friedland von 150 auf 200 Mk. vom 1. Oktober 1906 ab, Mädchenerziehungsanstalt zu Johannisburg von 200 auf 230 Mk. vom 1. April 1905 ab.

Die Erziehungsanstalten Altwalde, Marwalde, Muschaken und das Johannisstift in Memel erhalten gemäß § 2 des mit ihnen abgeschlossenen Vertrages nicht einen bestimmten Pflegesatz, vielmehr ist dieser nach Prüfung der Rechnung des abgelaufenen Rechnungsjahres derart zu bemessen, daß dadurch die gesamten Kosten der Verwaltung und Unterhaltung der einzelnen Anstalten gedeckt werden.

Für das Rechnungsjahr 1905 sind für diese Anstalten folgende Pflegesätze ermittelt worden:

1. für die Erziehungsanstalt Altwalde bei Wehlau . . . . . 300,— Mk.
2. „ „ „ „zum guten Hirten" in Marwalde . . . 333,43 „
3. „ „ „ „Emmaus" zu Muschaken . . . . . 276,— „
4. „ das Johannisstift zu Memel . . . . . 269,78 „

Für die Erziehungsanstalt „Der Eichhof" zu Krausendorf tritt gemäß § 2 des abgeschlossenen Vertrages eine Erhöhung des Pflegesatzes von 300 Mk. ein, falls dieser Pflegesatz zur Deckung der gesamten Kosten der Verwaltung und Unterhaltung der Anstalt nicht ausreicht. Nach Mitteilung des Anstaltsvorstandes hat indessen sich der Pflegesatz von 300 Mk. als ausreichend erwiesen.

Bei dem Erziehungshause St. Raphael zu Heilsberg stellte sich gegen Ende des Rechnungsjahres heraus, daß es an einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung seit Eröffnung der Anstalt, die am 1. Oktober 1903 erfolgte, gemangelt hat. Es ist dies hauptsächlich auf den Umstand zurückzuführen, daß in der Leitung der Anstalt mehrfach ein Wechsel eingetreten ist, daß der Vorgänger seinem Nachfolger unerledigte Rechnungen hinterlassen hat und der Nachfolger ohne nähere Prüfung der Ansicht war, daß der Pflegesatz von 300 Mk. ausgereicht hätte. Einer Verpflichtung dem Provinzialverbande gegenüber zur Rechnungslegung ist nach dem Vertrage nämlich erst dann erforderlich, wenn der Pflegesatz von 300 Mk. sich als unzureichend erweist, was indessen nach den bisherigen Angaben nicht

der Fall war. Bei den an Ort und Stelle angestellten Erörterungen sind nun folgende Jahrespflegesätze ermittelt worden:

a. für das Rechnungsjahr 1903 und 1904 (vom 1. Oktober 1903 bis 31. März 1905) der Betrag von . . . . . 322,58 Mk.
b. für das Rechnungsjahr 1905 der Betrag von . . . . . 345,09 „
c. „ „ „ 1906 . . . . . 465,23 „

Die gesamten Kosten der Fürsorgeerziehung mit Einschluß der vom Staate nicht erstatteten Kosten betragen im Rechnungsjahr 1906: 500 895,86 Mk. gegen 439 045,67 Mk. im Vorjahr.

Zum Schlusse wird noch bemerkt, daß die nach Ziffer d des Nachtrags zur Anleitung für das Ausfüllen der Personalbogen vorgeschriebene Feststellung des Körpergewichts der Zöglinge in den wenigsten Fällen zu erlangen gewesen ist. Die hierfür bestehenden Schwierigkeiten werden erst allmählich gehoben werden können.

Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen.

Den eingehenden Ausführungen in dem anliegenden Bericht des Landeshauptmannes habe ich ich nichts wesentliches hinzuzufügen.

Die Unterbringung der Fürsorgezöglinge in Familienpflege stößt bedauerlicherweise immer noch auf Schwierigkeit, da sich geeignete Familien nur in geringer Zahl finden lassen. Immerhin erweist sich die Beteiligung des Provinzialvereins für die innere Mission an der Unterbringung als sehr zweckmäßig und es steht zu hoffen, daß die große Bedeutung der Familienpflege mit der Zeit weiteren Kreisen klar und die Unterbringung dadurch erleichtert werden wird.

Die Verwaltung der Erziehungsanstalten ist nach wie vor im allgemeinen eine zufriedenstellende, auch die Leistungen der Lehrkräfte derjenigen Anstalten, in denen die Zöglinge gleichzeitig unterrichtet werden, sind befriedigend. Mit Rücksicht auf die Vorkommnisse im Erziehungshaus St. Raphael zu Heilsberg werde ich dieser Erziehungsanstalt mein besonderes Augenmerk zuwenden und dafür Sorge tragen, daß die dort herrschenden Mißstände beseitigt werden.

An Erziehungsanstalten für Mädchen sind neu hinzugekommen die Hilfsanstalt für gefallene Mädchen in Braunsberg und die Erziehungsanstalt zu Regerteln im Kreise Heilsberg. Erstere sowie die Hilfsanstalt in Löwenhagen werden eingehen, sobald in Braunsberg das in Bau begriffene Magdalenenstift fertiggestellt ist, was zum 1. Oktober d. Js. zu erwarten steht. Alsdann werde ich auch der Einrichtung von Haushaltsschulen bei Mädchen-Erziehungsanstalten näher treten.

Die Erziehungsanstalt „zum guten Hirten" in Marwalde ist in die eigene Verwaltung des Provinzialverbandes übernommen worden.

Die Provinzialverwaltung ist nach wie vor bestrebt, den auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung an sie gestellten Anforderungen in vollem Maße nachzukommen. Insbesondere ist die erfolgreiche Fürsorge für schwächliche und skrofulöse Kinder sehr anzuerkennen.

Westpreußen.

Bericht des Landeshauptmannes der Provinz Westpreußen.

In der Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 ist die Fürsorgeerziehung über 297 Minderjährige durch gerichtlichen Beschluß ausgesprochen worden. Gegen 28 Überweisungsbeschlüsse, die insgesamt 36 Kinder betrafen, ist das Rechtsmittel der Beschwerde eingelegt worden und zwar in 20 Fällen von mir und in 8 Fällen von den gesetzlichen Vertretern der Minderjährigen. Außerdem wurden 4 Beschwerden, die 4 Kinder betrafen, aus dem Vorjahre unerledigt übernommen, so daß insgesamt 32 Beschwerden zur Entscheidung standen. In 29 Fällen ist Entscheidung ergangen, in

3 Fällen über 4 Kinder steht sie noch aus. In 26 Fällen über 33 Kinder lautete sie auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung, in 3 Fällen über 3 Kinder auf Zurückweisung der Beschwerde. Die Zahl der im Berichtsjahre rechtskräftig gewordenen Überweisungen beträgt 266 gegen 248 im Jahre 1905, 258 im Jahre 1904, 231 im Jahre 1903 und 241 im Jahre 1902, sie weist also gegen den Durchschnitt der Vorjahre eine nicht unbeträchtliche Steigerung auf.

Dem Alter nach entfallen von den Zöglingen des Berichtsjahres auf die Gruppe der schulentlassenen 41,60%, auf die der schulpflichtigen 55,84% und auf die der noch nicht schulpflichtigen 2,56%. Gegen das Vorjahr, in dem die schulentlassenen an der Überweisungsziffer mit nur 39,43% beteiligt waren, weist diese Gruppe wiederum eine geringere Steigerung auf. Die Gruppe der noch nicht schulpflichtigen war im Vorjahre überhaupt nicht vertreten.

Die Gesamtzahl der bis 31. März 1907 rechtskräftig überwiesenen Minderjährigen beträgt 1590. Davon waren zu diesem Zeitpunkt 1561 Zöglinge in Anstalten oder Familien untergebracht, die Unterbringung von 29 Zöglingen war noch nicht erfolgt, weil die vorgeschriebenen Aufnahmepapiere noch nicht vorlagen.

Von den insgesamt überwiesenen 1561 Zöglingen sind inzwischen ausgeschieden:

infolge Todes	23	Zöglinge
„ widerruflicher Entlassung	49	„
„ endgültiger vorzeitiger Entlassung	9	„
„ Zeitablaufs	117	„
	= 198	Zöglinge,

so daß sich am Ende des Berichtsjahres tatsächlich 1363 Zöglinge in Fürsorgeerziehung befanden.

Von diesen waren:

in Anstalten	715	Zöglinge
in Familien	634	„
beim Militär	14	„
	= 1363	Zöglinge.

Die Unterbringung der neuüberwiesenen Zöglinge vollzog sich auch im Berichtsjahre ohne Schwierigkeiten. Wenngleich auf Grund der guten Erfahrungen, die mit der Familienerziehung in den Vorjahren gemacht sind, im Berichtsjahre eine weit größere Anzahl von Kindern von vorneherein Familien zur Erziehung übergeben worden sind, mußte doch der weitaus größte Teil der Zöglinge zunächst einer Anstalt zugewiesen werden.

Für die Unterbringung der schulpflichtigen — weiblichen und männlichen — Zöglinge bieten die in der Provinz vorhandenen Anstalten fortgesetzt genügend Raum. Es steht auch für die Zukunft Mangel an Platz nicht zu befürchten. Wie bereits im vorjährigen Berichte mitgeteilt ist, hat sich das für die Unterbringung evangelisch schulpflichtiger Knaben benutzte evangelische Rettungshaus zu Elbing aufgelöst. An dessen Stelle wird nunmehr zur Unterbringung evangelisch schulpflichtiger Knaben das evangelische Petersonstift zu Graudenz, das für 30 Knaben Platz bietet, herangezogen. Das Pflegegeld ist auf 204 Mk. jährlich festgesetzt.

Da die Gebäude des evangelischen Rettungshauses zu Flatow, in dem der Provinzialverband seit Jahren den größten Teil der evangelischen — geschlechtlich nicht bescholtenen — Mädchen unterbringt, schadhaft sind, die darin untergebrachten Schlaf- und Schulräume auch nicht mehr den berechtigten hygienischen Anforderungen genügen, hat sich der Vorstand auf Anregung des Provinzialverbandes entschlossen, eine neue Anstalt zu errichten.

Zu den Kosten des Neubaues ist dem Vorstande aus der Westpreußischen Provinzialhilfskasse ein Darlehen von 45000 Mk. zum ermäßigten Zinsfuße von 3% bewilligt worden. Der Neubau, der für 80 Zöglinge eingerichtet wird, soll im Herbst 1907 fertiggestellt sein.

Die Unterbringung der schulentlassenen männlichen Zöglinge hat sich auch im Berichtsjahre ohne Inanspruchnahme auswärtiger Anstalten ermöglichen lassen. Wenn gleichwohl einige Zöglinge in außerhalb der Provinz belegenen Anstalten untergebracht sind, so ist dies geschehen, um den beteiligten Ortsarmenverbänden die Kosten der Überführung für die außerhalb Ergriffenen billiger zu gestalten (§ 15 Abs. 1 d. Ges.). Hier sei gleichzeitig erwähnt, daß aus demselben Grunde auch die

in oder bei Berlin belegenen Anstalten für sittlich gefallene Mädchen (Kloster vom „Guten Hirten" zu Reinickendorf und Marienfelde, Magdalenenasyl zu Teltow) zur Unterbringung herangezogen werden, weil ein großer Bruchteil gerade dieser Zöglinge z. Zt. ihrer Überweisung in Berlin Aufenthalt hat.

Da die Provinzial-Erziehungsanstalt Tempelburg, die ursprünglich nur zur Aufnahme schulpflichtiger Zöglinge bestimmt war, in den letzten Jahren auch daneben mit einer Abteilung schulentlassener Zöglinge belegt wird, machte sich der Mangel einer eigenen Landwirtschaft an dieser Anstalt erheblich fühlbar. Der Provinzialverband hat daher im Berichtsjahre einen in der Nähe der Anstalt belegenen Bauernhof für den Preis von 17 000 Mk. erworben und ihn der Anstalt zur Bewirtschaftung überwiesen. Es ist in Aussicht genommen, den Landwirtschaftsbetrieb noch durch Ankauf weiterer Ländereien zu vergrößern. Zu diesen Maßnahmen hat die Erkenntnis geführt, daß kein Beruf geeigneter ist, die durch die vorangegangene Anstaltserziehung erzielten Erfolge festzuhalten und zu vertiefen, als der landwirtschaftliche. Das Bestreben, eine möglichst große Anzahl Zöglinge der — an Arbeitermangel leidenden — Landwirtschaft als Arbeitskräfte zuzuführen, kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn die Zöglinge bereits in der Anstalt mit den ländlichen Arbeiten vertraut gemacht sind und sie lieb gewonnen haben.

Für die bei der Provinzial-Landarmenanstalt zu Konitz bestehende Fürsorgeerziehungsabteilung, die bisher von dem Direktor der Landarmenanstalt geleitet wurde, ist ein besonderer pädagogisch gebildeter Leiter angestellt.

Die Brüderschaft Zoar hat das Gut Silberhammer bei Danzig-Langfuhr angekauft und beabsichtigt darauf neben einer Idiotenanstalt eine Erziehungsanstalt für evangelische schulentlassene Burschen einzurichten. Die Erziehungsanstalt wird nach Fertigstellung der geplanten Neubauten im August 1907 für 30 Zöglinge Raum bieten.

Wegen Nutzbarmachung dieser Anstalt hat sich der Provinzialverband mit der Brüderschaft in Verbindung gesetzt. Diese hat die Aufnahme westpreußischer Zöglinge in Aussicht gestellt. Die näheren Bedingungen werden später vereinbart werden. Das im Jahre 1905 eröffnete St. Annastift zu Kamin (für sittlich gefallene katholische Mädchen) entwickelt sich in jeder Richtung erfreulich. Das Stift hat — meines Wissens als erste Anstalt dieser Art — mit bisher gutem Erfolge in größerem Umfange den Versuch gemacht, die sittlich gefallenen Mädchen mit Garten- und landwirtschaftlichen Arbeiten zu beschäftigen. Die Anstalt hat im Berichtsjahre zu dem bereits vorhandenen Areal von 27 Morgen weitere 25 Morgen Ackerland erworben und bewirtschaftet diese Fläche fast ohne Zuhilfenahme männlicher Arbeitskräfte. Unzuträglichkeiten haben sich bisher nicht ergeben; insbesondere sind Entweichungen nicht vorgekommen, im Gegenteil scheinen die erzielten Erfolge besser zu sein, als bei anderen Anstalten gleicher Art. In die Augen fallend ist jedenfalls das kräftige, gesunde Aussehen der dortigen Zöglinge. Fälle von Tuberkulose, die in den Anstalten für sittlich gefallene Mädchen nach den diesseitigen Erfahrungen alljährlich eine Anzahl Opfer fordert, sind bisher dort nicht vorgekommen. Die vom Provinzialverbande für die Durchführung der Fürsorgeerziehung in Anspruch genommenen Anstalten haben sich mit einer einzigen Ausnahme auch im Berichtsjahre ihrer Aufgabe mit Eifer und Verständnis angenommen. Die Anstalten wurden, soweit sie in der Provinz belegen sind, sämtlich durch den zuständigen Dezernenten besichtigt; Mißstände nennenswerter Art wurden dabei nicht aufgedeckt.

An Familien, die zur Aufnahme und Erziehung von Fürsorgezöglingen bereit und geeignet waren, bestand im allgemeinen auch im Berichtsjahre kein Mangel. In vereinzelten Fällen mußten freilich katholische Fürsorgezöglinge, die ein Handwerk erlernen oder fortsetzen wollten, evangelischen Lehrmeistern überwiesen werden, weil geeignete deutsche Meister ihres Bekenntnisses nicht sofort auszumitteln waren, es aber eine unbillige Härte gewesen wäre, die Burschen, die bereits in vorgeschrittenem Alter standen und sich in der Anstalt vorzüglich geführt hatten, bis zur Ausmittlung eines katholischen Meisters in der Anstalt zurückzuhalten. In diesen Fällen ist jedoch zuvor stets der zuständige Geistliche angefragt worden, ob seinerseits gegen die Unterbringung des Zöglings bei dem betreffenden andersgläubigen Lehrherrn Bedenken beständen. Die Lehr-, Dienst- und Pflegestellen sind auch im Berichtsjahre fast sämtlich unvermutet durch Revisoren besucht worden. Im ganzen nehmen die Klagen über falsche Behandlung der Zöglinge und übermäßige Ausnutzung ihrer Arbeitskraft von Jahr zu Jahr ab. Dagegen wird nach wie vor Klage geführt über den Mangel an Interesse bei einer großen Anzahl von Fürsorgern sowie über die mangelhaften Schlafräume, die den Lehrlingen

von ihren Meistern namentlich in den kleineren Städten zugewiesen werden. Ein sehr erfreuliches Bild bieten dagegen die Berichte der Revisoren bezüglich der in Familienpflege untergebrachten schulpflichtigen und jüngeren Zöglinge; zwischen Pflegeeltern und Zöglingen bestehe fast durchweg ein Verhältnis wie zwischen Eltern und Kindern; selbst Zöglingen, die vor ihrer Überweisung zur Fürsorgeerziehung bereits bedenkliche Zeichen sittlicher Verwahrlosung zu erkennen gegeben hätten, werde von ihren Pflegeeltern eine gute Führung bezeugt. Diesem Urteil hätten sich auch fast durchweg die Lehrer der Zöglinge angeschlossen. Mehrfach wird auch berichtet, daß die Pflegeeltern die Absicht zu erkennen gegeben hätten, die Kinder später zu adoptieren. Die Löhne der im Dienst befindlichen Zöglinge sind fast durchweg erhöht worden und kommen fast denen der freien Arbeiter gleich. Die an die Normierung niedriger Löhne geknüpfte Hoffnung: die Dienstherren würden bei geringem Lohne dem Zögling erhöhte Fürsorge zuteil werden lassen und es werde sich zwischen Dienstherrn und Zögling ein patriarchalisches Verhältnis herausbilden, hat sich nicht erfüllt, im Gegenteile lehrte die Erfahrung, daß die Dienstherren die geringer gelohnten Zöglinge als Arbeitskräfte minderen Wertes betrachteten, und daß die Zöglinge die Notwendigkeit, bei gleicher Arbeitsleistung um einen geringeren Lohn zu dienen als die freien Arbeiter, als ungerechtfertigte Zurücksetzung ansahen.

Die Fürsorger sind angewiesen, am Schlusse eines jeden Halbjahres unter Zuziehung des Zöglings mit dem Dienstherrn abzurechnen. Dabei sollen sie darauf hinwirken, daß unnötige Ausgaben unterbleiben, und daß ein angemessener Teil des Lohnes — wenn möglich die Hälfte — erspart wird. Der ersparte Lohn wird durch den Fürsorger von dem Dienstherrn eingezogen und an die Anstalt, aus der der Zögling hervorgegangen ist, abgeführt. Die Anstalten verwalten die Ersparnisse der Zöglinge, belegen sie bei der für ihren Sitz zuständigen kommunalen Sparkasse und führen eine Übersicht über das Vermögen der sämtlichen im Dienst befindlichen Zöglinge, in der jedem Zögling ein besonderes Konto eröffnet ist, aus dem das Guthaben des einzelnen jederzeit ersichtlich ist.

Das Bewußtsein, ein Guthaben hinter sich zu haben, das bei Fortsetzung des Dienstverhältnisses ständig wächst, aber bei grundloser Entweichung aus der Dienststelle zur Deckung der Rückführungskosten in Anspruch genommen wird oder werden kann, trägt in vielen Fällen mehr als Ermahnungen und Anleitung bei, den Zögling zur Arbeitsamkeit und Ausdauer auf der Dienststelle zu erziehen. Bei einigen Anstalten hat der Vermögensfonds der Zöglinge eine nicht unbeträchtliche Höhe erreicht; so beläuft er sich bei der Provinzial-Erziehungsanstalt Tempelburg z. Zt. auf ca. 16000 Mk.

Über die Erfolge läßt sich ein einigermaßen zuverlässiges Urteil auch jetzt noch nicht abgeben. Die bisher infolge Zeitablaufs ausgeschiedenen Zöglinge gehören den Jahrgängen 1883 bis 1885 an, sie standen also bei ihrer in die Jahre 1901 bis 1903 fallenden Überweisung bereits im Lebensalter von 16 bis 18 Jahren, stellen also das sprödeste Material dar, das dem Provinzialverbande überhaupt überwiesen wird.

Zweifellos wird sich das Gesamtbild erheblich freundlicher gestalten, wenn die Erfolge an den in jugendlicherem Alter überwiesenen Zöglingen dabei mitbewertet werden können, aber auch so ist der Ausblick kein unerfreulicher; dies gilt freilich nur von den männlichen Zöglingen, von den weiblichen nur, wenn man die jugendlichen Prostituierten ausscheidet.

Nach dem Stande vom 1. Juni 1907 können von den bis zu diesem Zeitpunkte infolge Zeitablaufs ausgeschiedenen männlichen Zöglingen (88) der Jahrgänge 1883 bis 1885 und zum Teil noch 1886: 53 Zöglinge oder 60,23% als voraussichtlich dauernd gebessert bezeichnet werden; 22 Zöglinge oder 25% müssen als zweifelhaft gelten, weil über ihre Führung nach ihrer Entlassung nichts hat ermittelt werden können oder weil ihre spätere Führung die endgültige Richtung noch nicht erkennen läßt; 10 Zöglinge oder 11,36% verdienen die Bezeichnung schlecht, 3 Zöglinge oder 3,41% sind überhaupt nicht eingeliefert worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für die Einreihung der Zöglinge in die einzelnen Kategorien nicht die Führung bis zum Tage der Entlassung maßgebend gewesen ist, sondern daß dabei ihre weitere Führung bis zum 1. Juni 1907 mitberücksichtigt ist, daß also diejenigen Zöglinge, die später rückfällig geworden sind, unter die als „schlecht" bezeichneten Zöglinge eingereiht sind und umgekehrt.

Ungleich ungünstiger gestaltet sich das Bild bei den entlassenen weiblichen Zöglingen, die sich wie bei den in Betracht kommenden Jahrgängen natürlich ist, überwiegend aus ehemaligen jugendlichen Prostituierten zusammensetzen. Von 55 bis zum 1. Juni 1907 entlassenen waren nur 5 nicht wegen

Unzucht überwiesen, diese konnten sämtlich als gebessert entlassen werden und haben sich auch nach ihrer Entlassung andauernd gut geführt.

Von den übrigen seinerzeit wegen Unzucht überwiesenen 50 Zöglingen sind 3 verstorben, 1 nicht eingeliefert, 6 oder 12% haben sich gut geführt; bei 26 oder 52% liegt über ihre Führung keine sichere Nachricht vor; von 14 oder 28% ist bekannt, daß sie wiederum Unzucht treiben. Naturgemäß geben diese Zahlen bei den weiblichen Zöglingen einen weit weniger zuverlässigen Anhalt über den Erfolg, als bei den männlichen, weil die weiblichen Zöglinge in der Mehrzahl der Fälle bis zu ihrem Ausscheiden aus der Fürsorgeerziehung in der Anstalt sich befunden haben, während die männlichen durchweg bereits längere Zeit vorher außerhalb der Anstalt in einem Berufe tätig gewesen sind. Die Zeit, während welcher die weiblichen Zöglinge sich zu bewähren Gelegenheit hatten, ist also durchweg kürzer. Dieser Umstand wird zweifellos das Gesamtbild noch zu Ungunsten der sittlich gefallenen weiblichen Zöglinge verschieben.

Während im Berichte für das Vorjahr noch darüber Klage geführt werden mußte, daß die Amtsgerichte von der Befugnis, die vorläufige Unterbringung anzuordnen, nur einen sehr beschränkten Gebrauch machten, hat sich hierin ein erfreulicher Wandel vollzogen.

Neuerdings wird von der Befugnis in ausreichendem Maße Gebrauch gemacht.

Der Forderung des Provinzialverbandes nach Aussetzung der gegen Fürsorgezöglinge festgesetzten Freiheitsstrafen wird trotz der allgemeinen Verfügungen des Herrn Justizministers vom 16. September 1882 bezw. vom 1. Oktober 1904 noch immer nicht in allen Fällen entsprochen. So wurde kürzlich trotz eingehend begründeten Antrages seitens des Herrn Justizministers die Unterbrechung der Strafvollstreckung in einem Falle abgelehnt, in dem es, wenn überhaupt die Notwendigkeit hierfür anerkannt wird, geboten gewesen wäre, die Strafe auszusetzen. Es handelte sich um 3 Burschen, die im Alter von 12 und 13 Jahren gemeinschaftlich mit mehreren anderen Burschen eine große Anzahl schwerer Diebstähle begangen hatten; die Strafkammer hatte sie jeden mit einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren belegt. Das Urteil war nach diesseitiger Auffassung, wenn man in Betracht zieht, daß die Burschen bei Begehung der Taten eben erst das strafunmündige Alter überschritten hatten, auffallend hart, zumal sie sämtlich offenbar wesentlich unter dem Einfluß eines dabei beteiligten älteren Burschen gestanden hatten. In dem später eingeleiteten Fürsorgeerziehungs-Verfahren wurde festgestellt, daß die elterliche Erziehung bei ihnen teils ganz gefehlt, teils sich in falschen Bahnen bewegt hatte, und es wurde die Fürsorgeerziehung angeordnet. Nach meiner Überzeugung werden diese 3 Knaben sämtlich Verbrecher werden, und zwar nicht etwa weil sie besserungsunfähig sind, sondern weil man sie als solche behandelt, und weil man sich dadurch, daß man sie dem Gefängnis zugeführt hat, der Möglichkeit sie zu erziehen begeben hat. Denn nach ihrer Entlassung aus der Gefängnishaft werden sie nach den bisherigen Erfahrungen kein erfolgreicher Gegenstand der Fürsorgeerziehung mehr sein.

Im Zusammenhang hiermit mag erwähnt werden, daß nach den hier gemachten Wahrnehmungen die Strafen gegen Fürsorgezöglinge, die sich gegen die Strafgesetze vergehen, fast durchweg auffallend hoch bemessen werden. Es hat den Anschein, als ob für viele Strafrichter die Tatsache allein, daß jemand Fürsorgezögling ist, ein strafschärfendes Moment bildet. Das Bedürfnis nach einer Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung, soweit die Aburteilung der Jugendlichen in Frage kommt, macht sich von Jahr zu Jahr mehr fühlbar.

Auf Grund des § 16 konnten im Berichtsjahre trotz schärfster Heranziehung der unterhaltungspflichtigen Verwandten nur 2408,52 Mk. eingezogen werden.

Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen.

Ich habe auch in diesem Jahre aus den mir vorliegenden Äußerungen der mit der Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes beauftragten Behörden zu meiner Freude den Eindruck gewonnen, daß von allen beteiligten Instanzen an diesem wichtigen Zweige öffentlicher Fürsorge mit Eifer und Interesse gearbeitet wird.

Im einzelnen habe ich zu bemerken, daß nach den Beobachtungen des Regierungspräsidenten in Marienwerder zwischen dem Eintritt der Rechtskraft des auf Unterbringung in Fürsorgeerziehung

lautenden Gerichtsbeschlusses und der Unterbringung der Minderjährigen bisweilen längere Zeit vergeht, bis die zur Aufnahme des Fürsorgeerziehungszöglings in eine Anstalt erforderlichen Papiere beschafft sind. Dieser Umstand hat im Kreise Konitz in zwei Fällen dazu geführt, daß die Zöglinge sich aus ihrem bisherigen Aufenthaltsort — anscheinend mit Unterstützung ihrer Angehörigen — entfernen konnten, um sich der Unterbringung in Fürsorgeerziehung zu entziehen. Ihre Ermittelung ist noch nicht gelungen. Inwieweit hierin Wandel geschaffen werden kann, vermag ich z. Zt. nicht zu übersehen, bin aber mit dem Landeshauptmann hierüber in Verbindung getreten.

Über die lange Dauer des gerichtlichen Verfahrens und die dadurch herbeigeführte Vereitelung der Unterbringung eines Minderjährigen in Fürsorgeerziehung wird nur seitens des Landrats in Schwetz in einem Falle Klage geführt, der indessen Nachteile nicht gezeitigt hat, weil der verzögerte Beschluß in der Beschwerdeinstanz wieder aufgehoben worden ist.

Des weiteren wird in dem Bericht des Magistrats zu Thorn hervorgehoben, daß sich im abgelaufenen Jahre die Fälle, in denen gegen Minderjährige wegen unsittlichen Lebenswandels die Fürsorgeerziehung hat beantragt werden müssen, auffallend gemehrt hätten; es mußten aus dem angeführten Grunde sechs Mädchen der Fürsorgeerziehung überwiesen werden, gegen keinen Fall im letzteren Berichtsjahre.

Sonstige Wahrnehmungen bei der Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes, die für weitere Kreise von Interesse sein könnten, sind nach dem Berichte der mir nachgeordneten Behörden nicht gemacht worden.

Brandenburg.

Bericht des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Die praktische Durchführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes hat sich während des Berichtsjahres im allgemeinen glatt vollzogen und es sind neue Momente von wesentlicher Bedeutung dabei nicht hervorgetreten.

Das bisher in der Provinz beobachtete fast ständige Ansteigen der Zahl der jährlich zur Fürsorgeerziehung rechtskräftig neu überwiesenen Zöglinge hat im Berichtsjahre nicht angehalten, vielmehr ist gegenüber dem Vorjahre ein Rückgang um 17 Überweisungsfälle eingetreten, obwohl für das Gebiet der gesamten Monarchie ein weiteres Ansteigen dieser Zahl auch noch für das Berichtsjahr zu verzeichnen war.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes hat sich die Zahl der jährlichen Neuüberweisungen im Durchschnitt auf 687 belaufen und es scheint, als ob man sich auch für die nächsten Jahre auf einen Zuwachs von nahezu je 700 Zöglingen einzurichten hätte.

Zu bedauern bleibt — aus den in meinen früheren Berichten bereits dargelegten Gründen — daß die Verhältniszahl schulentwachsener Zöglinge zur Gesamtzahl der neu überwiesenen Minderjährigen eine abermalige Steigerung gegenüber dem Vorjahre erfahren hat, und zwar unter entsprechendem Rückgange der Zahl noch nicht schulpflichtiger Zöglinge, während diejenige der schulpflichtigen sich fast gleichgeblieben ist. Im Zusammenhange hiermit steht einerseits eine erneute Minderung der Fälle, in welchen die Überweisung zur Fürsorgeerziehung gemäß § 1 Ziffer 1 des Gesetzes ausgesprochen wurde, andererseits eine abermalige Zunahme der Fälle, in denen bei neu überwiesenen Zöglingen die Anstaltsunterbringung geboten war.

Eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahre zeigt die Zahl der aus der Fürsorgeerziehung ausgeschiedenen Zöglinge, bei weitem überwiegend ist sie auf die Zunahme der Fälle widerruflicher Entlassung zurückzuführen.

Für die Unterbringung der Zöglinge standen Pflege-, Dienst- und Lehrstellen geeigneter Art in ausreichender Zahl zur Verfügung. Um die Geneigtheit zur Aufnahme von Fürsorgezöglingen gerade bei solchen Familien wach zu halten, welche sich als wirkliche Erziehungsstellen hervorragend bewährt haben, erscheint es geboten, sie nach Möglichkeit gegen diejenigen Schädigungen zu schützen, welche zu

drohen pflegen, wenn mit verbrecherischen Neigungen behaftete, geistig nicht vollwertige oder körperlich schwächliche Personen in die häusliche Gemeinschaft — namentlich als Gesinde — aufgenommen werden. Auf Grund dieser Erwägung ist wiederholt dazu geschritten worden, Dienstherren, welche durch Eigentumsvergehen ihrer Zöglinge empfindlich geschädigt worden waren, ohne daß ihnen irgend ein eigenes Verschulden dabei zuzumessen war, teilweisen oder vollen Schadenersatz zu gewähren. Andererseits ist in mehreren Fällen, in denen erst kurz im Dienste befindlich gewesene Zöglinge kostspieliger Krankenhausbehandlung bedurften, davon Abstand genommen worden, die Dienstherren zur Erfüllung der ihnen hierbei nach den Bestimmungen der Gesindeordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches obliegenden Kostenverpflichtungen in vollem Umfange heranzuziehen. Ich halte es für geboten, dieses Verfahren — unter Vorbehalt genauer Prüfung jedes Einzelfalles — auch in Zukunft eintreten zu lassen.

Um die Gewähr dafür zu erhöhen, daß die zur Unterbringung von Fürsorgezöglingen in Aussicht genommenen Familien sich tatsächlich zur Erfüllung der ihnen zugedachten Aufgabe eignen, habe ich ein Formular zur Einführung gebracht, nach welchem die — in der Regel von den Ortsgeistlichen erforderte — Auskunft über alle in Betracht kommenden Verhältnisse zu erteilen ist. Ein Stück dieses Formulars ist in der Anlage beigefügt (hierunter abgedruckt).

Die Ermittelung geeigneter Lehrstellen für Zöglinge hat dadurch eine Erleichterung erfahren, daß ich von dem Erbieten der Handwerkskammer zu Frankfurt a. O., die Lehrstellen ihres Bezirks den für die Unterbringung von Lehrlingen in Frage kommenden Erziehungsanstalten mitzuteilen, Gebrauch gemacht habe. Diese Mitteilungen erfolgen halbjährlich und sind mit näherer Auskunftserteilung über die Verhältnisse der einzelnen Stellen verbunden.

In einer Reihe von Fällen haben besondere Veranlagung und Neigung in Verbindung mit guter Führung Anlaß gegeben, Zöglingen eine Berufsausbildung höherer Art angedeihen zu lassen. So sind mehrere Zöglinge einem Lehrerseminar, andere einer Ackerbauschule überwiesen worden und wiederholt haben weibliche Zöglinge in Haushaltungsschulen Aufnahme gefunden.

Mit dem Versuche, Zöglinge dem Seemannsberufe zuzuführen, ist im Berichtsjahre fortgefahren worden; dabei wurde, um die mit einer häufigen Rückkehr an Land verknüpften Gefahren abzuwenden, die Unterbringung auf einem zu langer Ozeanfahrt bestimmten Segelschiffe bevorzugt. Die hiermit bisher gemachten Erfahrungen können als befriedigende bezeichnet werden.

Für die Unterbringung der Zöglinge in Anstalten stand jederzeit eine das Bedürfnis bei weitem übersteigende Anzahl von Plätzen zur Verfügung, und es war daher möglich, im Einzelfalle bei der Anstaltswahl auf die Eigenart der Zöglinge in weitgehendstem Maße Rücksicht zu nehmen. Die hie und da laut gewordene Annahme, Zöglinge würden wahllos da untergebracht, wo gerade ein Platz frei sei, trifft somit auf Brandenburg in keiner Weise zu.

Den bisher von mir befolgten Standpunkt, wonach es sich nicht empfiehlt, schwangere Zöglinge zur Abwartung ihrer Entbindung in größeren Sonderanstalten zu vereinigen, habe ich aufrecht erhalten und — in der Regel mit Erfolg — versucht, solche Zöglinge in ländlichen Familien unterzubringen sowie nach erfolgter Entbindung Mutter und Kind in derselben Familie oder doch in möglichster Nähe bei einander zusammenzuhalten. Für Fälle, in denen es an einer geeigneten Familienunterkunft fehlt, wird voraussichtlich eine nur auf 2 bis 3 Plätze berechnete Entbindungsstation Aushilfe bieten, welche das zur Aufnahme geschlechtlich bescholtener Mädchen bestimmte Fürsorgeheim der Frauenhilfe zu Frankfurt a. O. in Angliederung an eine abgelegene Diakonissenstation zu begründen beabsichtigt.

Um der in mehreren Fällen hervorgetretenen Schwierigkeit zu begegnen, lungenkranke Zöglinge in den bestehenden Volksheilstätten unterzubringen, und ihnen zugleich eine dem erziehlichen Interesse besser entsprechende Fürsorge angedeihen zu lassen, bin ich mit dem Westfälischen Diakonenverein „Nazareth" zu Bethel in Verbindung getreten, welcher gegenwärtig in der Errichtung eines für solche Zöglinge bestimmten Krankenpavillons begriffen ist. Ich hoffe hier — soweit es sich um evangelische männliche Zöglinge handelt — eine für die dringendsten Fälle ausreichende Zahl von Plätzen zur Verfügung gestellt zu erhalten. Gleichwohl erachte ich, wie bereits berichtet, eine Vereinigung der östlichen Provinzen behufs Errichtung gemeinsam zu benutzender Anstalten für lungenkranke Fürsorgezöglinge als wünschenswert.

Besondere Aufmerksamkeit ist im Berichtsjahre der angemessenen Unterbringung geistig abnormer Zöglinge zugewendet worden. Auf eine gegen Ende v. Js. bei sämtlichen Erziehungsanstalten und

Familienkolonien nach solchen Zöglingen gehaltene Umfrage — diese erstreckte sich auf etwa 1800 Minderjährige — sind deren 138 namhaft gemacht worden, darunter 60 Zöglinge der Brandenburgischen Provinzialschul- und Erziehungsanstalt zu Strausberg, ferner 37 Zöglinge des Rettungshauses zu Templin und 10 Zöglinge des Fürsorgeheims der Frauenhilfe zu Frankfurt a. O. In die Ermittelungen nicht miteinbezogen wurde die als Provinzialanstalt unter psychiatrischer Mitwirkung verwaltete Bethlehemsstiftung zu Nowawes-Neuendorf, welche ausschließlich zur Aufnahme geistig minderwertiger Zöglinge dient. Über jeden der vorerwähnten 138 Minderjährigen ist ein nach spezialärztlichem Vorschlage entworfener umfangreicher Fragebogen ausgefüllt worden, um die einzelnen Krankheitszeichen festzustellen und alle für die Beurteilung des Geisteszustandes wichtigen Momente zu sammeln. Das so gewonnene Material hat eine Nachprüfung durch den Direktor der Brandenburgischen Provinzialanstalt für Epileptische zu Potsdam erfahren, und zwar namentlich auf die Frage hin, bezüglich welcher Zöglinge etwa eine anderweite Unterbringung geboten sei. Hierbei ergaben sich 61 Fälle, in welchen zur völligen Klarstellung der Sachlage eine psychiatrische Untersuchung erforderlich schien und daher angeordnet wurde. Auf Grund des Resultates der Untersuchungen wurden demnächst 23 Zöglinge entweder zum Zwecke einer mehrwöchigen Beobachtung oder zu längerem Verbleibe einer der Potsdamer Anstalten überwiesen und daselbst teils in der Bethlehemsstiftung, teils in der Anstalt für Epileptische, teils auch in der Idiotenbildungsanstalt „Wilhelmsstift" untergebracht.

Zur Zeit unterliegt die Frage der Erörterung, inwieweit neue Sondereinrichtungen für geistig abnorme Zöglinge zu treffen sein werden und ob sich insbesondere eine Vergrößerung der Bethlehemsstiftung durch Angliederung einer entsprechenden Anstalt für weibliche Zöglinge empfiehlt.

Besondere Schwierigkeiten boten einige Fälle, in denen es sich darum handelte, die Fürsorgeerziehung an solchen Kindern durchzuführen, welche aus gebildeteren aber in ihren Verhältnissen zurückgekommenen Familien stammten und nicht wegen eigener Verfehlungen überwiesen waren. Hier versagen die sonst üblichen Erziehungsmethoden und die vorhandenen Anstaltseinrichtungen meist vollständig. Es bedarf besonders gearteter Maßnahmen hinsichtlich der Unterbringung, der Ausbildung und der Berufswahl, Maßnahmen, deren Durchführung sich aber im Einzelfalle umso schwieriger gestaltet, als die Zöglinge allen noch so wohlmeinenden und sie gegenüber anderen Zöglingen noch so sehr bevorzugenden Absichten das höchste Mißtrauen entgegenzubringen und daher allzu leicht in Renitenz zu verfallen pflegen; die Anwendung von Zwangsmaßregeln aber erweist sich hier vielfach als äußerst mißlich und verbietet sich nicht selten schon wegen des Charakters der Erziehungsstelle, für welche der Zögling bestimmt ist. Weitere Schwierigkeiten erwachsen aus dem Entgegenwirken der den Zögling beeinflussenden Angehörigen sowie aus dem Widerstande, welchen die an sich zur Benutzung geeigneten Bildungsanstalten der Aufnahme von Fürsorgezöglingen entgegenzusetzen pflegen. Alles in allem gestaltet sich in solchen Fällen die Durchführung der Fürsorgeerziehung für die damit befaßte Behörde äußerst mühevoll und unerquicklich; da überdies auf einen befriedigenden Erfolg unter den geschilderten Verhältnissen nur ganz ausnahmsweise zu rechnen ist, so empfiehlt sich gegenüber Gerichtsbeschlüssen, welche die Überweisung derartiger Zöglinge aussprechen, eine besonders genaue Prüfung der Frage, ob die gesetzlichen Voraussetzungen zur Anordnung der Fürsorgeerziehung tatsächlich vorliegen.

Als ein bedauerlicher Mißstand im gerichtlichen Verfahren ist es empfunden worden, daß die nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes vor der Beschlußfassung einzuholenden amtlichen Äußerungen des Schutzes der Geheimhaltung entbehren. In einem zur Sprache gekommenen Falle erfuhr der gehörte Geistliche arge Belästigungen seitens der Eltern eines Zöglings, nachdem der von diesen bevollmächtigte Rechtsanwalt, welchem die Einsicht der Gerichtsakten gestattet worden war, von der abgegebenen Äußerung eine Abschrift genommen und deren Inhalt zur Kenntnis der Eltern gebracht hatte. Die an den zuständigen Landgerichtspräsidenten dieserhalb gerichtete Beschwerde des Geistlichen wurde mit der Begründung zurückgewiesen, daß nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen die Einsicht der Akten vom Vormundschaftsgericht nicht habe verweigert werden dürfen und daß für die Justizverwaltungsbehörde auch die Möglichkeit zu einem Einschreiten gegen den fraglichen Rechtsanwalt nicht gegeben sei. Es liegt auf der Hand, daß Erfahrungen, wie die erwähnten, von einer äußerst ungünstigen Rückwirkung nicht nur auf die Zuverlässigkeit der gerichtlichen Ermittelungen, sondern auch auf die ganze Mitarbeit jener Stellen begleitet sein müssen und daher eine Beseitigung des gegenwärtigen Zustandes dringend erwünscht ist.

Um die Ausführung der gemäß § 5 des Gesetzes eine vorläufige Unterbringung anordnenden Gerichtsbeschlüsse nach Möglichkeit zu beschleunigen, habe ich ein Verfahren zur Einführung gebracht, wonach, sobald mir ein derartiger Beschluß zugeht, der zur Unterbringung verpflichteten Polizeibehörde, ohne daß eine Anfrage oder weitere Unterlagen abgewartet werden, die für den Zögling geeignete Anstalt oder Familie sofort mit dem Anheimstellen der Überführung namhaft gemacht wird. Nur dann erweist sich dieses Verfahren als nicht anwendbar, wenn die fraglichen Beschlüsse — wie es leider vorkommt — über die Personalien und das Vorleben des Zöglings so dürftige Angaben enthalten, daß daraufhin die Erziehungsstelle nicht bestimmt werden kann. Eine Beschleunigung höchstmöglichen Maßes wird in vielen Fällen dadurch erreicht, daß telephonische oder telegraphische Mitteilung oder ein Ordonnanzverkehr Platz greift.

Hinsichtlich der Art, in welcher die Überführung der Zöglinge nach den Erziehungsstellen zu erfolgen hat, war in einem Falle die Frage zu erörtern, ob die hierüber in den Ausführungsbestimmungen vom 18. Dezember 1900 (Ziffer IV) sowie in dem Ministerialerlasse vom 29. April 1902 (Ministerialblatt der inneren Verwaltung Seite 82) enthaltenen Anordnungen auch auf den vor der eigentlichen Überführung liegenden Akt der Herausnahme des Zöglings aus der Familie und seiner vorläufigen Festhaltung Anwendung zu finden haben. Der in Frage stehende Polizeipräsident hat dies verneint und für zahlreiche Fälle die Verwendung uniformierter Schutzleute — auch bei weiblichen Zöglingen — als unvermeidbar bezeichnet. Da ich letzteres, wenigstens für die Verhältnisse der Großstadt, als richtig anerkennen muß, habe ich, obwohl ich grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt stehe, von weiterer Verfolgung der Angelegenheit Abstand genommen, zumal seitens des Polizeipräsidenten möglichste Befolgung der vorerwähnten Bestimmungen zugesagt worden ist.

Die Überwachung der in Familien untergebrachten Zöglinge hat während des Berichtsjahres in mehrfacher Beziehung eine Förderung erfahren. Zunächst habe ich, Gebrauch machend von der im Erlasse des Herrn Ministers des Innern vom 20. Februar ds. Js. ausgesprochenen Ermächtigung, den privaten Erziehungsanstalten, um ihren Verkehr mit den Außenzöglingen zu einem möglichst regen zu gestalten, für die Überwachung eines jeden derartigen Zöglings eine Jahresentschädigung von 10 Mk. mit der Einschränkung zugesagt, daß für Zöglinge, welche sich zur Zeit der Abrechnung noch nicht lange außerhalb der Anstalt befinden, abgestufte geringere Sätze Platz greifen, daß ferner eine Entschädigung überhaupt nicht gewährt wird für Zöglinge, welche im Laufe des Jahres nicht mindestens einmal an Ort und Stelle durch geeignete Organe der Anstalt in eingehender Weise revidiert worden sind, sowie für solche, welche in einer durch ihre Einrichtung die Anstaltsüberwachung ersetzenden sog. Familienkolonie untergebracht worden sind.

Weiterhin ist, um dem hervorgetretenen Bedürfnisse nach gesteigerter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse weiblicher Zöglinge zu genügen, ein aus dem Gefängnisverwaltungsdienste hervorgegangener weiblicher Beamter angenommen worden, welchem die Stellung einer Erziehungsoberin mit der Aufgabe zufallen soll, diese Zöglinge und ihre Erziehungsstellen zu revidieren sowie in der Hauptverwaltung an der Bearbeitung aller sie betreffenden Akten teilzunehmen.

Endlich ist in mehreren Fällen von dem Erbieten gemeinnütziger Vereine, bei Überwachung der in Familien untergebrachten Fürsorgezöglinge mitzuwirken, Gebrauch gemacht worden.

Wiederholt war — auch im Kosteninteresse — zu beklagen, daß Zöglinge behufs Wahrnehmung gerichtlicher Termine in rascher Aufeinanderfolge weiten Transporten unterzogen werden mußten. So ergab sich in einem Falle die Notwendigkeit, einen in Westfalen untergebrachten Zögling binnen 10 Wochen dreimal der Strafkammer des Königlichen Landgerichts zu Cottbus zu gestellen, wodurch allein 323,10 Mk. Kosten entstanden. Da überdies jener Zögling drei Requisitionstermine von Westfälischen Amtsgerichten und einen Termin vor dem Königlichen Schöffengericht in Senftenberg wahrzunehmen hatte, so beliefen sich die für ihn durch Wahrnehmung gerichtlicher Termine im Laufe etwa eines Jahres entstandenen Kosten auf über 500 Mark.

Nur ausnahmsweise kann dieser Mißstand durch Anträge gemäß § 232 St. P. O. gemildert werden, da vielfach die Stellung solcher Anträge schon dadurch verhindert wird, daß die Nachricht über die Vorladung erst kurz vor dem Termin eingeht, oder daß der Zögling selbst sein Erscheinen in der Hauptverhandlung verlangt. Im übrigen scheitern solche Anträge häufig daran, daß das persönliche Erscheinen seitens der Gerichte mit Rücksicht auf die Bestimmungen der §§ 56, 57 St. G. B. für erforderlich gehalten wird.

Um die berührten Mißstände wenigstens einigermaßen einzuschränken, wird neuerdings in die den Polizeibehörden zugehenden Ersuchen um Zuführung eines Zöglings in die Erziehungsstelle auch die Bitte aufgenommen, festzustellen, ob der Zögling in näherer Zeit gerichtliche Termine wahrzunehmen hat und bejahendenfalls bis zum Eingehen weiterer Anweisungen die Überführung auszusetzen.

Was die Kosten der Fürsorgeerziehung im übrigen anlangt, so ist die Frage, ob das Honorar für die bei der Überführung der Zöglinge von der Polizeibehörde beizubringenden ärztlichen Zeugnisse über das Fehlen ansteckender Krankheiten von dem Ortsarmenverband oder dem Provinzialverband zu tragen ist, durch Urteil des Königlichen Kammergerichts vom 16. Mai 1906 zu Gunsten der Ortsarmenverbände entschieden worden.

Die weitere Frage, ob die Kosten der Überführung und der reglementsmäßigen ersten Ausstattung eines vorläufig zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Zöglings im Falle nachfolgender endgültiger Überweisung vom Ortsarmen- oder vom Provinzialverbande zu tragen sind, ist durch Urteil des Königlichen Kammergerichts vom 23. Februar 1907 dahin entschieden worden, daß diese Kosten gemäß § 15 Fürsorgeerziehungsgesetzes vom Ortsarmenverbande des Unterstützungswohnsitzes zu tragen sind.

Endlich hat in einem Rechtsstreit, in dem es sich darum handelte, mit welchem Zeitpunkt — ob bereits mit Eintritt der Rechtskraft des Überweisungsbeschlusses oder erst mit der tatsächlichen Unterbringung des Zöglings — die Kostenpflicht der Fürsorgeerziehungsbehörde beginne, das Königliche Landgericht I in Berlin durch Urteil vom 11. Mai 1907 dahin entschieden, daß nur der letztere Zeitpunkt maßgebend sei. Es steht jedoch zu erwarten, daß gegen dieses Urteil Berufung eingelegt werden und daher voraussichtlich auch noch das Kammergericht sich mit der Frage zu beschäftigen haben wird.

Aus dem Verzeichnis der in den Erziehungsanstalten vorgekommenen Veränderungen wird hervorgehoben, daß das Rettungshaus Berlinchen, das bisher außer größeren schulpflichtigen Knaben auch Mädchen desselben Alters aufgenommen hatte, letztere auf mein Betreiben aus der Anstalt entfernt hat und künftig nur noch männliche Zöglinge aufnehmen wird. Das Rettungshaus Angermünde hat mit dem 1. April 1907 seinen Betrieb eingestellt; die in ihm untergebrachten Zöglinge wurden teils in Familienpflege gegeben, teils von anderen Anstalten übernommen. Dagegen hatte es der Brandenburgische Provinzialverein zur Bekämpfung des Vagabundentums übernommen, neben seiner für größere Burschen bestimmten Erziehungsanstalt „Buschmühle" eine zweite dem gleichen Zweck dienende Anstalt — „Seehof" — zu bauen. Sie wurde am 1. November 1906 in Betrieb genommen.

Da hierdurch wieder eine genügend große Anzahl von Plätzen für schulentwachsene Burschen verfügbar wurde, konnte von der geplant gewesenen Erweiterung des Lehrlingsheims in Strausberg zunächst noch abgesehen werden.

In dem Mädchenfürsorgeheim zu Prenzlau ist eine Krankenstation mit vorläufig 4 Plätzen für geschlechtskranke Zöglinge eingerichtet worden.

Das als Übergangsstation für demnächst in Dienst zu gebende Zöglinge der Prenzlauer Anstalt und gleichzeitig als Erholungsheim für Provinzialschwestern und -Erzieherinnen eingerichtete ehemalige Chausseehaus Chorin wird gegenwärtig durch einen Anbau, der bis zum 1. Oktober 1907 fertiggestellt sein soll, erheblich vergrößert. In diesen Anbau werden die daselbst untergebrachten 10 Fürsorgezöglinge übersiedeln, so daß das alte Hauptgebäude lediglich dem Schwesternerholungsheim vorbehalten bleibt.

Fragebogen

Anlage zu Seite 13.

über die Verhältnisse de .....,

welche ..... männliche ..... — weibliche ..... Fürsorgezögling ..... im Alter von etwa ..... Jahren zu sich in Pflege und Erziehung — Lehre — Dienst — als Geselle*) nehmen will.

		Ehemann:	Ehefrau:
1.	a) Vor- und Zuname b) Alter c) Glaubensbekenntnis } der Eheleute:		
2.	a) Stand oder Gewerbe (bei selbständigen Gewerbetreibenden ist auch anzugeben, ob sie fabrikmäßig arbeiten lassen):		
	b) Bei landwirtschaftlichen Betrieben		
	1. Wieviel Land (eigenes und gepachtetes) wird bewirtschaftet?		
	2. Wieviel Pferde, Ochsen, Kühe, Schweine, Schafe werden gehalten?		
	c) Etwaige Nebenbeschäftigung (Hausindustrie), an welcher der Zögling teilnehmen soll:		
3.	a) Wohnort und Kreis:		
	b) ev. Straße und Hausnummer:		
	c) Poststation:		
	d) Amtsvorsteher in:		
	e) nächste Bahnstation f) Schule in g) Kirche in } (Entfernung in km):		
	h) nächster Arzt in:		
4.	Anzahl, Alter und Geschlecht der im Haushalte befindlichen eigenen Kinder:		
5.	Im Haushalt befinden sich noch (nach Alter und Geschlecht)		
	a) an Verwandten:		
	b) „ Dienstpersonal:		
	c) „ Lehrlingen, Gesellen:		
	d) „ Aftermietern, Schlafburschen, Kostgängern:		

*) Nicht Zutreffendes ist zu durchstreichen.

2. Seite des Formulars.

6. Sind in der Familie bereits Fürsorgezöglinge oder sonstige Pflegekinder untergebracht?

   a) Welchen Geschlechts u. Alters sind dieselben?

   b) Von wem und auf wessen Kosten sind sie untergebracht?

7. Lebt die Familie in geordneten Verhältnissen und hat sie für sich und den erbetenen Zögling ausreichende gesunde Wohnung?

   Bezieht sie öffentliche Armenunterstützung oder ist dies früher der Fall gewesen?

8. Lebt der Antragsteller mit seiner Ehefrau in Eintracht?

   Ist er nicht dem Trunke ergeben?

   Was bewegt ihn zur Annahme eines Fürsorgezöglings?

9. a) Wohnen im Hause noch andere Familien?

   b) Angabe der zu diesen gehörigen Personen — Kinder, Dienstboten usw. — nach Alter und Geschlecht:

10. a) Wird der Zögling wie ein Familienmitglied behandelt werden und am Tische des Antragstellers mitessen?

    b) Erhält er ein eigenes Bett?

    c) Wo ist das Schlafzimmer belegen (Wohnhaus, Wirtschaftsgebäude, Stall) und ist dasselbe heizbar?

11. Ist die Aufnahme in die Volksschule (bei Schulentwachsenen: in die Fortbildungsschule) gesichert?

12. Ist dem Zögling Gelegenheit geboten, sich mit Land- und Gartenarbeit zu beschäftigen?

13. Bei noch nicht eingesegneten Zöglingen: Welcher Pflegegeldsatz wird monatlich beansprucht?

14. Für wie lange Zeit hält sich der Antragsteller an seine Bitte um Überweisung eines Zöglings gebunden, falls diese nicht in nächster Zeit erfolgen kann?

....., den ....ten ..... 19.....

.....

(Unterschrift der Vertrauensperson.)

Bericht des Magistrats Berlin.

Die Zahl der rechtskräftigen Überweisungen zur Fürsorgeerziehung betrug im Berichtsjahre 1906: 799 gegen 633 im Vorjahre. Die Gesamtzahl der Zöglinge ist von 2931 auf 3285 angewachsen. Beim Inkrafttreten des Gesetzes vom 2. Juli 1900 befanden sich in unserer Fürsorge 530 Zwangszöglinge. Diese Ziffer hat sich also mehr als versechsfacht.

Die im letzten Berichte erwähnte Unterbringung schulentlassener männlicher Zöglinge auf dem städtischen Rieselgute Falkenberg hat bisher befriedigende Resultate gezeitigt, da die Zöglinge nach dem Bericht des dortigen Administrators gute Dienste in der Landwirtschaft leisten, Eifer bei der Arbeit zeigen und insbesondere auch bei der Versorgung des Viehes gut zu brauchen sind. Es ist daher die Einrichtung einer zweiten ähnlichen Kolonie auf dem Rieselgute Schmetzdorf bei Buch in Aussicht genommen worden. Während die Überwachung der Zöglinge früher durch Arbeitshausaufseher erfolgte, wird sie jetzt durch zwei geschulte Gärtner (Erziehungsgehilfen) ausgeübt.

Diese Maßnahmen bieten neben den Vorzügen einer gesunden Beschäftigung der Zöglinge im Freien den Vorteil einer wenigstens zeitweisen Entlastung des seit längerer Zeit ständig überfüllten städtischen Erziehungshauses Lichtenberg. Für den Fall, daß sie sich dauernd bewähren, ist der Plan ins Auge gefaßt, eine bleibende Filialanstalt nach dem Bodelschwingh'schen Barackensystem für etwa 100 Burschen zu errichten.

Während früher die Unterbringung der jugendlichen Prostituierten die hauptsächlichsten Schwierigkeiten verursachte, traten solche im Berichtsjahre mehr bei den älteren Jahrgängen der schulentlassenen männlichen Zöglinge zu Tage, insbesondere bei den katholischen, weil wiederholte Ersuchen an katholische Anstalten in der Provinz um Aufnahme von Zöglingen des genannten Erziehungshauses erfolglos blieben.

Wir haben jedoch neuerdings behufs Unterbringung katholischer Zöglinge beiderlei Geschlechts in Familien, Lehr- und Dienststellen, mit dem katholischen Erziehungsverein für die Provinz Sachsen, vertreten durch Herrn Pfarrer Hartmann in Kirchworbis (Eichsfeld) ein Abkommen getroffen, von welchem wir uns gute Erfolge versprechen, und mit einer Reihe katholischer Anstalten im Westen der Monarchie zu gleichem Zwecke aussichtsreiche Verhandlungen angebahnt, sodaß zu hoffen steht, daß die erwähnten Schwierigkeiten in absehbarer Zeit behoben sein werden.

Eine neue Kolonie für schulentlassene evangelische Zöglinge ist von dem Pfarrer Witzmann in Unterwellenborn (Saalfeld i. Th.) begründet worden. Sie werden vorzugsweise Landwirten, die nur ein kleineres Anwesen besitzen und selbst in Feld und Haus mitarbeiten, in Dienst gegeben.

Ferner haben wir dem unter Leitung des Berliner Hauptvereins für innere Mission in Berlin stehenden Lehrlingsheim in Wetschau, das den Zweck verfolgt, jungen Burschen das Elternhaus zu ersetzen, ihnen ein Heim zu bieten, von dem aus sie in den dortigen industriellen Betrieben und auch bei Handwerksmeistern in einem Berufe ausgebildet werden, versuchsweise 15 Zöglinge überwiesen.

Die Unterbringung von Fürsorgeerziehungszöglingen zur See hat im Berichtsjahre Fortschritte gemacht. Wir haben ungefähr die gleiche Zahl von Zöglingen wie im Vorjahr bei den Seefischereien in Emden, Geestemünde und Grohn-Vegesack untergebracht. Der Schwierigkeit, welche sich einer Beaufsichtigung der Zöglinge im Hafenorte entgegenstellt und dem Umstande, daß die Zöglinge bisher vollständig unerfahren in den Seedienst treten, sind wir dadurch begegnet, daß wir wenigstens mit der am zahlreichsten von uns belegten Gesellschaft „Neptun" zu Emden ein Abkommen dahin getroffen haben, daß diese Gesellschaft einen mit dem Seedienst vertrauten Mann einige Wochen vor dem Beginn der Fischfangsperiode in unser Erziehungshaus Lichtenberg sendet. Dieser hat die Aufgabe, bei den Zöglingen Interesse am Seedienst zu wecken, die Transporte zu übernehmen und alsdann während der Fischfangsperiode als Aufsichtsperson in Emden zu bleiben. Im kommenden Winter hoffen wir auch den Übelstand zu beseitigen, daß die Zöglinge nach der Beendigung der Fischfangsperiode leicht in die Lage versetzt werden, sich unserer Kontrolle zu entziehen, indem wir die Gesellschaft „Neptun" verpflichtet haben, die Zöglinge unter Begleitung an die großen Rhedereien in Hamburg und Bremen zu senden und ihre Einstellung zum Winterdienst dort zu kontrollieren.

Im Berichtsjahr ist es uns auch ferner gelungen, 12 Zöglinge durch die Vermittlung des Geistlichen des Untersuchungsgefängnisses zu Berlin, Herrn Pfarrers Diestel, auf Segelschiffen zu großer

Fahrt unterzubringen. Bei dieser Unterbringung verpflichten sich die Kapitäne, welche von dem Pfarrer Diestel und seinen Vertrauensmännern in Hamburg ausgesucht werden, die Erziehung und Anleitung des betreffenden Zöglings während der Dauer der Abwesenheit vom Hafen zu übernehmen. Die Seefahrt dauert in der Regel ein Jahr. Da bisher die Fahrperiode noch keines Zöglings abgelaufen ist, läßt sich ein Urteil über den Erfolg dieses Versuches noch nicht fällen. Der Versuch, unsere Fürsorgezöglinge auf den großen Segelschiff- und Dampfschiff-Rhedereien in Hamburg und Bremerhaven als Schiffsjungen unterzubringen, ist leider gescheitert, weil die Rhedereien in der Regel grundsätzlich die Aufnahme von Fürsorgeerziehungszöglingen mit Rücksicht auf ihr übriges Schiffsjungenmaterial ablehnen. Erwägungen, in welcher Weise der Schiffsdienst weiterhin für die Zwecke der Fürsorgeerziehung verwertet werden könnte, werden angestellt.

Größere Rechtsstreitigkeiten über die Frage der Fürsorgeerziehung sind im Berichtsjahre nicht vorgekommen. Erwähnt mag nur werden, daß das Kammergericht die von dem Amtsgericht ohne unsere Anhörung erfolgte Volljährigkeitserklärung eines Fürsorgeerziehungszöglings für rechtsgültig erklärt und uns ein Beschwerderecht über den Beschluß versagt hat. Diese Entscheidung ist recht bedenklich. Wenn das Gericht der Ansicht ist, daß die Aufhebung der Fürsorgeerziehung das Beste des Minderjährigen fördert (§ 5 B. G. B.), so würde in der Tat bei allen über 18 Jahre alten Fürsorgezöglingen das Vormundschaftsgericht unbedingt in der Lage sein, ungeachtet der Bestimmungen des § 13 Fürsorgeerziehungsgesetzes, die Fürsorgeerziehung zu beendigen.

Schließlich sei noch eines Umstandes Erwähnung getan, der unseres Erachtens eine erhebliche finanzielle Belastung des Stadtkreises Berlin zu Gunsten der anderen Kommunalverbände, namentlich des benachbarten Provinzialverbandes Brandenburg darstellt. Es werden nämlich in häufigen Fällen Vormundschaften, welche auswärts, namentlich bei den Gerichten der Vororte schweben, mit Rücksicht auf den Umstand, daß zur Zeit des Eingreifens des Vormundschaftsgerichts der Mündel in Berlin wohnt, an ein Amtsgericht von Berlin abgegeben. Wir haben mit Rücksicht auf den Umstand, daß durch diese Abgabe eine unzulässige Belastung der Stadt Berlin mit den Kosten der Fürsorgeerziehung eintritt, wiederholt gegen diese aus „wichtigen Gründen" nach § 46 R. F. G. G. erfolgte Übernahme Beschwerde geführt, jedoch ohne Erfolg. Andererseits ist die Übernahme einer Vormundschaft mit dem Fürsorgeerziehungsverfahren von dem Gericht eines Vorortes, in welchem der Vormund und der Mündel wohnt, abgelehnt worden, weil für die in dem Vororte wohnenden Beteiligten keine Schwierigkeiten mit dem Angehen des Amtsgerichts Berlin-Mitte verbunden seien. Da die Befugnis des Amtsgerichts zur Abgabe einer Vormundschaft lediglich auf Zweckmäßigkeitsgründe gestützt zu werden braucht, so scheint es uns angebracht zu sein, wenn die Justizverwaltung die Amtsgerichte anweisen würde, bei der Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens zu prüfen, ob nicht durch die Abgabe oder Nichtabgabe einer Vormundschaft an ein anderes Gericht eine unzulässige Belastung eines unbeteiligten Kommunalverbandes mit den Kosten der Fürsorgeerziehung eintreten würde.

Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg.

Die Mitwirkung der Staats- und Gemeindebehörden bei der Ausführung des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger hat sich im Berichtsjahre zufriedenstellend entwickelt. Die Vormundschaftsgerichte setzten sich vielfach mit den Antragsbehörden derart ins Einvernehmen, daß sie bei abweichender Ansicht die Akten mit den von ihnen angestellten Ermittelungen den Antragsbehörden wieder zugänglich machten, worauf dann regelmäßig eine Einigung erfolgte.

Beachtenswert erscheint die von dem Landesdirektor der Provinz Brandenburg geübte Praxis, daß der zur vorläufigen Unterbringung gemäß § 5 des Gesetzes verpflichteten Polizeibehörde die zur Unterbringung geeignete Anstalt oder Familie ohne weiteren Antrag durch den Kommunalverband namhaft gemacht wird. Dies Verfahren erleichtert der Polizeibehörde des Aufenthaltsortes die Unterbringung und verhütet, daß mit Eintritt der endgültigen Fürsorgeerziehung ein im Interesse der Fürsorgezöglinge und der Anstalten höchst unerwünschter Wechsel der Unterbringung erforderlich wird. Ein ähnliches Verfahren ist in Berlin auf Grund einer Vereinbarung des Polizeipräsidenten mit dem Magistrat in Gebrauch und hat sich bewährt.

Die Besichtigung einer größeren Zahl der von der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg benutzten Fürsorgeerziehungsanstalten hat gezeigt, daß die Kommunalverbände der praktischen Durchführung der Fürsorgeerziehung mit Eifer und Erfolg gerecht werden. Besondere Erwähnung verdient der günstige Einfluß, den die mehr und mehr geförderten Frei- und Sportspiele auf die geistige und körperliche Entwickelung der Zöglinge ausüben. Die Spiele, für welche in der Brandenburgischen Provinzialanstalt in Strausberg durch einen Wanderlehrer ein von Anstaltsleitern und Lehrern gut besuchter Kursus abgehalten wurde, sind im hohen Maße geeignet, ein bei den Fürsorgezöglingen leicht hervortretendes mißmutiges und gedrücktes Wesen zu beseitigen.

Bei einer der Besichtigungen kam zur Sprache, daß bei strafrechtlich verurteilten Zöglingen eine Aussetzung der Strafvollstreckung während der Fürsorgeerziehung wegen des Wortlauts des Allerhöchsten Erlasses vom 23. Oktober 1895 dann auf Schwierigkeiten stoße, wenn bereits eine Vorbestrafung vorliege oder auf eine Freiheitsstrafe von mehr als 6 Monaten erkannt sei. Da es den Erfolg der Fürsorgeerziehung in Frage stellt, wenn ein Zögling während der Fürsorgeerziehung oder nach ihrem erfolgreichen Abschluß eine Gefängnisstrafe verbüßen muß, so dürfte eine weitere Ausdehnung der Strafaussetzung wünschenswert sein.

Die durch Ew. Exzellenz Erlaß vom 20. Februar d. Js. — S. 562 — gebilligte Anordnung des Landesdirektors der Provinz Brandenburg, wonach den Vorstehern von Privaterziehungsanstalten für Überwachung der Außenzöglinge ein nur unter bestimmten Voraussetzungen fortfallendes Entgelt gewährt wird, hat dazu beigetragen, die Verbindung der Anstaltsvorsteher mit den Außenzöglingen zu beleben.

Ob sich die Unterbringung der aus der Anstaltserziehung entlassenen Fürsorgezöglinge in sogenannten Erziehungskolonien empfiehlt, läßt sich zur Zeit nicht abschließend beurteilen. Einer Anregung des Referenten Euerer Exzellenz entsprechend wird in nächster Zeit durch Besichtigung einer derartigen Einrichtung festgestellt werden, ob die von einigen Seiten gegen diese Art der Unterbringung erhobenen Bedenken zutreffen oder unberechtigt sind.

Pommern.

Bericht des Landeshauptmannes der Provinz Pommern.

Der vom Herrn Minister des Innern herausgegebene Nachtrag zur Anleitung für das Ausfüllen der Personalbogen über Fürsorgezöglinge, welcher mit Verfügung vom 19. Mai 1906 J. Nr. 3954 übersandt worden ist, ist beachtet worden. In mehreren Fällen konnte bei Zöglingen, besonders bei den in der Lehre oder im Dienst befindlichen, die verlangte Angabe über das Körpergewicht auf Seite 4 des Personalbogens nicht gemacht werden. Teils war der Aufenthalt der Zöglinge nach ihrem Ausscheiden aus der Fürsorgeerziehung nicht mehr zu ermitteln, teils fuhren sie zur See, teils mußte wegen Fehlens einer Wage am Orte auf die Angabe des Gewichts verzichtet werden.

Die Zahl der im Berichtsjahre 1906 rechtskräftig zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Minderjährigen ist gegen das Vorjahr um 29 zurückgegangen. Überwiesen wurden 1905 = 250, 1906 = 221, mithin 29 weniger.

Die Unterbringung der überwiesenen Zöglinge hat sich ohne Schwierigkeiten vollzogen. Zur Unterbringung in Familienerziehung waren nur wenige Zöglinge geeignet. Es hat die größte Zahl, wie in den Vorjahren, zunächst in Anstaltserziehung gegeben werden müssen. Die Anstaltsverwaltungen und Familienpfleger haben den an sie gestellten Anforderungen entsprochen.

Zur Unterbringung von Zöglingen bieten die in der Provinz vorhandenen Anstalten bis jetzt noch Raum.

Da die Zahl der schulentlassenen gefallenen Mädchen (sogenannte Magdalenen) stetig zunimmt, muß für eine Vermehrung der vorhandenen Plätze gesorgt werden. Es ist daher vom Kuratorium des hiesigen Magdalenenstifts der Neubau einer größeren Anstalt für derartige Zöglinge beschlossen und das hierzu nötige Grundstück bereits erworben worden.

Schwangere Mädchen müssen vorläufig noch außerhalb der Provinz untergebracht werden.

Im Jahre 1906 wurden benutzt:

zur Aufnahme von evangelischen Zöglingen . . 29 Anstalten,
zur Aufnahme von katholischen Zöglingen . . . 3 Anstalten.

Durch die während des Berichtsjahres auf Grund des Fürsorgeerziehungsgesetzes vom 2. Juli 1900 eingegangenen 222 gerichtlichen Beschlüsse ist bei 251 Minderjährigen die Unterbringung zur Fürsorgeerziehung angeordnet worden. Von diesen Beschlüssen sind 199 rechtskräftig geworden, 12 sind auf sofortige Beschwerde wieder aufgehoben, die übrigen 11 hatten Ende März 1907 noch nicht die Rechtskraft erlangt. Durch obige 199 rechtskräftig gewordenen Überweisungsbeschlüsse sind im Berichtsjahre 221 Minderjährige zur Fürsorgeerziehung überwiesen worden. In 46 Fällen ist die vorläufige Unterbringung von den Gerichten angeordnet, dagegen sind 55 Anträge auf Unterbringung von vornherein in erster Instanz zurückgewiesen.

Die Zahl der dem Provinzialverbande vom 1. April 1901 bis dahin 1906 rechtskräftig überwiesenen Minderjährigen betrug		1344	Zöglinge
Während des Berichtsjahres sind in Zugang gekommen .		221	„
	Zusammen	1565	Zöglinge.

Hiervon sind vom 1. April 1901 bis 31. März 1907 in Abgang gekommen:

a) durch endgültige Entlassung .	137		„
b) durch widerrufliche Entlassung	5		„
c) durch Tod	26 =	168	„
Bleibt Bestand am 31. März 1907		1397	Zöglinge.
Hiervon sind in Familien und Anstalten untergebracht		1363	„
Mithin noch nicht untergebracht		34	Zöglinge.

Außerdem sind noch 13 Zöglinge überwiesen, bei denen die Gerichtsbeschlüsse (11) bis 31. März 1907 noch nicht die Rechtskraft erlangt hatten.

Von den im Bestande nachgewiesenen 1397 Zöglingen gehören 1353 der evangelischen, 43 der katholischen und 1 der mosaischen Konfession an.

Während des Berichtsjahres sind 138 Zöglinge entwichen. Bei 44 Zöglingen, welche schon längere Zeit entwichen sind, hat der Aufenthalt trotz eingehender Nachforschungen bisher nicht ermittelt werden können. In 13 Fällen haben Fürsorgezöglinge wegen schlechter Führung aus den Lehr- und Dienststellen oder aus der Familienpflege Rettungshäusern zugeführt werden müssen. In den meisten Fällen haben sich die aus der Anstaltserziehung entlassenen Zöglinge im Dienst oder in der Lehre gut bewährt. 18 Zöglinge mußten aus Erziehungsrücksichten die Anstalten wechseln. Bei 81 Zöglingen wurde während des Berichtsjahres auf Haft- bezw. Gefängnisstrafen, bei zwei Zöglingen auf Zuchthausstrafe erkannt.

In den dazu geeigneten Fällen ist Strafaufschub beantragt, den Anträgen ist meistens stattgegeben worden. Gegen Personen, die den entwichenen Zöglingen behilflich gewesen waren, sich der Fürsorgeerziehung zu entziehen, habe ich in 2 Fällen das Strafverfahren auf Grund des § 21 des Fürsorgeerziehungsgesetzes beantragt. In einem Falle erfolgte Bestrafung, in dem anderen Falle lehnte die Staatsanwaltschaft die Erhebung der Anklage ab.

Der Gesundheitszustand war im allgemeinen befriedigend. Während des Berichtsjahres mußten 74 Zöglinge Krankenanstalten und 2 Zöglinge wegen Geisteskrankheit Heilanstalten zur Behandlung zugeführt werden.

Ein zur Fürsorgeerziehung überwiesener Zögling hat infolge Verurteilung zur Zwangserziehung gemäß § 56 Str. G. B. nicht in die Fürsorgeerziehung übernommen werden können. Er ist vom Herrn Regierungspräsidenten hier im Rettungshause zu Züllchow vorläufig untergebracht worden. 16 Zöglinge sind beim Militär eingestellt worden.

Die Rettungshäuser, Familienpflegestellen sowie Lehr- und Dienststellen sind, soweit angängig, durch einen besonderen Kommissar besichtigt worden.

Eine Erhöhung des Pflegegeldes ist durch Beschluß des Provinzialausschusses für folgende Anstalten genehmigt worden:

a) Rettungshaus zu Züllchow von 300 Mk. auf 360 Mk. jährlich vom 1. April 1906 ab,

b) Elisabethstifte Demmin und Görcke von 180 Mk. auf 240 Mk. jährlich vom 1. Juli 1906 ab,

c) Erziehungsanstalt Bethlehem zu Greifswald von 100 Mk. auf 130 Mk. jährlich vom 1. Januar 1907 ab.

Für 25 Minderjährige sind von den alimentationspflichtigen Angehörigen oder aus dem Vermögen der Kinder 1667,79 Mk. eingezogen worden. Anträge auf Entlassung von Fürsorgezöglingen gingen in diesem Jahre zahlreich ein, denselben konnte in den meisten Fällen nicht entsprochen werden, da nach den eingezogenen Erkundigungen die Voraussetzungen für eine vorzeitige Entlassung nicht vorlagen.

In 18 Fällen haben Zöglinge, nachdem sie anderweitig untergebracht waren, zur Erziehung in die eigene Familie zurückgegeben werden können.

Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Pommern.

Der Bericht des Landeshauptmannes gibt mir zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß.

Die an das Gesetz, betreffend die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, geknüpften Erwartungen sind nach den mir vorliegenden Berichten der Regierungspräsidenten auch im vergangenen Jahre im ganzen zur Zufriedenheit erfüllt worden.

In mehrfachen Fällen haben die Gerichte Anträge der Verwaltungsbehörden auf Einleitung der Fürsorgeerziehung zwar zurückgewiesen, andererseits sind aber auch von den Gerichten Anregungen an die zuständigen Organe auf Stellung solcher Anträge ergangen. Die ablehnende Haltung der Gerichte beruht oft auf dem von dem Kammergericht ausgesprochenen Grundsatze, daß die Fürsorgeerziehung nur dann angewendet werden dürfe, wenn bereits Umstände eingetreten seien, die auf den Eintritt einer Verwahrlosung hindeuten, und alle anderen Mittel zur Herbeiführung einer geordneten Erziehung versagt haben.

Im allgemeinen scheint aber eine Übereinstimmung in der Auffassung der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden über die Notwendigkeit von Fürsorgeerziehungen mehr und mehr zur Geltung zu kommen.

Von Armenverbänden sind Anträge auf Fürsorgeerziehung zum Zwecke der Erleichterung der Armenlasten nicht gestellt worden.

Streitigkeiten wegen der durch die Unterbringung zur vorläufigen Fürsorgeerziehung entstehenden Kosten sind zwischen den Beteiligten nicht vorgekommen. Nur in einem Falle hatte die Anwendung der Bestimmung in § 5 Absatz 2 des Fürsorgeerziehungsgesetzes zu einer gewissen Härte geführt. Die von einem Amtsgericht angeordnete Unterbringung war durch Entscheidung des Kammergerichts aufgehoben worden, und mußten daher die anläßlich der vorläufigen Unterbringung entstandenen Kosten in Höhe von 94 Mk. von der betreffenden Amtskasse getragen werden.

Im vergangenen Berichtsjahre sind folgende Anstalten besichtigt worden:

a. Elisabethstift in Görcke bei Anklam,
b. Rettungshaus in Naugard,
c. „ „ Züllchow,
d. „ „ Stolp,
e. israelitische Fürsorgeerziehungsanstalt in Repzin, Kreis Schivelbein,
f. Rettungshaus in Recknin, Kreis Kolberg-Körlin,
g. Elisabethstiftung in Kickow, Kreis Belgard,
h. Kleinkinderbewahrungsanstalt in Neustettin,
i. Elisabethstift in Köslin und
k. Rettungshaus in Dramburg.

Die Anstalten werden im ganzen gut geleitet. Für die Abstellung einzelner geringer Mängel (Fehlen von Feuerlöschgeräten, unzweckmäßige Anordnung von Schlafräumen) wird Sorge getragen werden. Im Regierungsbezirk Stralsund haben im letzten Jahre keine Revisionen privater Anstalten stattgefunden.

Schlesien.

Bericht des Landeshauptmannes der Provinz Schlesien.

Die Zahl der im Etatsjahre 1906 rechtskräftig zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Minderjährigen ist gegen das Jahr 1905 um 48 gestiegen, sodaß am Schlusse desselben ein Bestand von 5870 Fürsorgezöglingen, einschließlich der ehemaligen Zwangszöglinge, vorhanden waren.

Für die Unterbringung der schulpflichtigen und jüngeren Zöglinge in Familien und Anstalten standen, wie bisher, genügend Pflegestellen innerhalb der Provinz zu jeder Zeit zur Verfügung. Dagegen ist durch die tatsächlichen Verhältnisse in Verbindung mit dem Umstande, daß in der Provinz Privatanstalten für katholische schulentlassene Zöglinge männlichen Geschlechts überhaupt nicht vorhanden sind, die Annahme nicht bestätigt worden, welche für die Bemessung der Plätze für schulfreie Zöglinge katholischen Glaubens bei den neuerrichteten Erziehungsanstalten in Wohlau und Grottkau zu Grunde gelegt wurde.

Es hat vielmehr eine bedeutend höhere Überweisung von schulfreien Zöglingen, insbesondere Knaben, stattgefunden, als vorausgesehen werden konnte. Diese Tatsache führte zu dem bemerkenswerten Ergebnisse, daß die Provinzial-Erziehungsanstalt zu Grottkau gegenüber ihrer anfänglichen Bestimmung, neben 40 schulentlassenen Mädchen nur schulpflichtige Knaben bis zur Gesamtzahl von 160 Köpfen aufzunehmen, nach dem Etat für 1907 — abgesehen von der Mädchenabteilung — zur Aufnahme von 150 schulentlassenen und nur noch 50 schulpflichtigen Zöglingen bestimmt werden mußte. Der Bau eines 5. Knabenhauses war in Aussicht zu nehmen und ist vom 47. Provinziallandtage — März 1907 — beschlossen worden.

In der Anstalt Wohlau, die ursprünglich zur Aufnahme von 200 schulfreien Zöglingen, meist katholischer Religion, bestimmt war, mußte unter denselben Voraussetzungen zunächst für weitere 50 Zöglinge Raum geschaffen werden. Diese Einrichtung konnte aber nur vorübergehend beibehalten werden. Für 250 Zöglinge war das Aufsichtspersonal unzureichend und die Belegungsräume mußten überfüllt werden. Dem immer weiter steigenden Bedarf an Pflegestellen für katholische schulfreie Zöglinge ließ sich schließlich nur durch den Neubau eines weiteren Knabenhauses bei der Anstalt in Wohlau abhelfen.

Nachdem der 45. Provinziallandtag im Jahre 1905 die Baukosten hierfür mit 56000 Mk. bewilligt hatte, wurde ein solches als „5. Knabenhaus" erbaut und am 1. Juli 1906 in Benutzung genommen. Nebenher bemerkt gelangen in diesem die schwierigsten Elemente unter den Zöglingen, insbesondere diejenigen, welche auf die übrige Belegschaft einen schlechten Einfluß auszuüben drohen, zur Unterbringung. Im übrigen nimmt die Anstalt Wohlau auch einzelne Zöglinge evangelischen Glaubens auf, bei denen schwierigere, in den Privatanstalten nicht zu bewältigende Verhältnisse — stärkere Neigung zu Unbotmäßigkeit und zum Entweichen — vorliegen.

Am Schlusse des Berichtsjahres befanden sich 26 solcher Zöglinge in der Anstalt.

Der erfolgreichen Durchführung der Fürsorgeerziehung stellen diejenigen schulentlassenen Minderjährigen, welche bei der Überweisung fast völlig verwahrlost, wiederholt vorbestraft, insbesondere aber Vagabunden, Zuhälter und Dirnen im Alter von 16 Jahren und darüber waren, die größten Schwierigkeiten entgegen. Neben unverkennbaren Mißerfolgen der Fürsorgeerziehung an diesem Material wurden im Berichtsjahre die bedauerlichsten Erfahrungen gemacht.

Im Oktober 1906 mußte das Schwurgericht zu Hirschberg 3 Fürsorgezöglinge zum Tode bezw. langen Freiheitsstrafen verurteilen, weil sie einen vierten in grausamer Weise ermordet hatten, um sich seiner geringen Barmittel zu bemächtigen; in Wohlau versuchte ein Fürsorgezögling seinen Erzieher in Gegenwart des Anstaltsvorstehers und der Arbeitsabteilung zu erstechen, ihn gefährlich verletzend, nur weil er getadelt worden; in Herzogswaldau bei Jauer erschlugen zwei Fürsorgezöglinge ihren Dienstherrn, weil er sie nicht zur Kirmes beurlauben wollte und das Brieger Schwurgericht mußte zwei im dortigen Gefängnis untergebrachte Fürsorgezöglinge aus Wohlau zu mehrjähriger Zuchthausstrafe wegen schwerer Meuterei und Körperverletzung verurteilen, die sie in der ausgesprochenen Absicht ausführten, um durch eine längere Freiheitsstrafe von der Rückkehr in die Fürsorgeerziehung befreit zu werden.

In der Presse wurde gelegentlich des Bekanntwerdens dieser Verbrechen die Anstaltserziehung überhaupt als ein verkehrter Weg bezeichnet und dafür die individuelle Erziehung in Familien als das allein Richtige hingestellt.

So wünschenswert das theoretisch erscheinen mag, so gewiß scheitert der Vorschlag schon an der Unmöglichkeit, für erwachsene derartige Burschen geeignete Familien zu finden. Es dürfte aber bei den meisten aller Überwiesenen dieser Art überhaupt ausgeschlossen sein, daß sie ohne vorherige Anstaltserziehung mit Aussicht auf Erfolg in einer Familie untergebracht werden. Hinzu kommt, daß nach der bei der Gesetzesausführung gesammelten Erfahrung die Familien, welche das Erziehungswerk an den Lehrlingen und Dienstboten alsdann fortzusetzen berufen werden und dies verstehen, auch noch recht selten sind. Es ist bei ihnen oft gänzliche Hilflosigkeit zu beobachten, weil man in den in Betracht kommenden Familien im allgemeinen sich zu wenig mit der eigentlichen Erziehung beschäftigt und diese lieber den öffentlichen Organen überlassen sieht. Die Anstaltsvorstände sind angeregt worden, wenigstens mit den in der Nähe der Anstalt wohnenden Fürsorgern, Lehr- und Dienstherren periodische Zusammenkünfte zur zwanglosen Aussprache über Erziehungsfragen zu veranstalten und so „Erzieher-Familien" heranzubilden.

Aus der Praxis heraus haben sich eine Reihe von Maßnahmen zur Anwendung bei der Fürsorgeerziehung empfohlen, so namentlich, daß die anstaltspflegebedürftigen, schulpflichtigen Zöglinge im Interesse der Stetigkeit der Erziehung bis zur Beendigung der Schulpflicht in der Anstalt zu belassen sind.

Schwachbegabte und zurückgebliebene Zöglinge sollen zum ferneren Schulbesuch sogar über diesen Zeitpunkt in der Anstalt verbleiben.

Als die die Gemütsbildung fördernden Unterrichtsgegenstände sind Religion, Gesang und Geschichte, insbesondere im Fortbildungsunterricht, vorzugsweise zu berücksichtigen, und für die älteren, vorgeschritten verwahrlosten Knaben und Dirnen erscheint von vornherein eine mindestens einjährige strenge Anstaltszucht unbedingt erforderlich. Nur weniger Verwahrloste können auch nach kürzerer Anstaltserziehung bereits in Dienst- oder Lehrstellen überwiesen werden. Die Unterbringung in kleinen Betrieben, sowie nur je eines Zöglings in einer Familie und namentlich auch nur einer geringen Zahl von Zöglingen in einer und derselben Gemeinde garantiert den günstigsten erziehlichen Erfolg.

Die Unterbringung bei Bäckern, Barbieren, Schornsteinfegern und Schlossern empfiehlt sich im allgemeinen nicht, nachdem die Erfahrungen erkennen ließen, daß gerade die in diesen Gewerben untergebrachten Zöglinge zum überwiegenden Teile rückfällig zu werden pflegen.

Es empfiehlt sich ferner, von der Mitteilung der Vorstrafen der Überwiesenen an die Dienst- und Lehrherren abzusehen; dagegen ihnen eine kurze Charakteristik des Zöglings zugehen zu lassen.

Schließlich sei mit Rücksicht auf Seite 91 der Statistik für 1905 erwähnt, daß ein Lehrgeld regelmäßig nicht gezahlt wird und über den Zeitraum von 4 Jahren nach § 130a der Reichsgewerbeordnung die Lehrzeit nicht ausgedehnt werden darf.

Um jedoch den Lehrmeister anzuspornen, die Lehrzeit erfolgreich zu Ende zu führen, wird ihm nach Beendigung der Lehrzeit ein Betrag bis zu 30 Mk., zahlbar nach erfolgter Freisprechung des Zöglings zugesichert. Ist in ausnahmsweisen Fällen die Bewilligung eines höheren Betrages zu begründen, so wird dieser regelmäßig bewilligt.

Außerdem trägt während der Lehr- und Dienstzeit die Provinz die Kosten für ärztliche Behandlung und Arznei und erfolgt auch eine etwaige Aufnahme des Zöglings in ein Krankenhaus oder eine sonstige Heilanstalt für diesseitige Rechnung.

Da hiernach den Voraussetzungen des § 3b des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Mai 1883, in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892 genügt ist, so wird der Lehrmeister pp. veranlaßt, die Befreiung des Zöglings von der Krankenversicherungspflicht herbeizuführen.

Den Wünschen der Privat-Anstaltsvertretungen über eine festzusetzende Entschädigung für die Beaufsichtigung der von ihnen in Lehr- und Dienststellen untergebrachten Fürsorgezöglinge, unter Berücksichtigung der Aufwendungen für Porto, Schreibwerk, Reisekosten pp. ist durch Bewilligung eines jährlichen Pauschalsatzes für jeden Zögling Rechnung getragen worden. Unter Beachtung des Grundsatzes, daß die Zöglinge möglichst in der Nähe des Anstaltssitzes untergebracht werden sollen und in der Erwägung, daß sich die Beaufsichtigungskosten verhältnismäßig höher stellen, je mehr Zöglinge der Aufsicht unterliegen, weil dann die beteiligten Anstalten den Unterbringungskreis entsprechend erweitern und auf größere Entfernungen ausmitteln müssen, läßt sich der Pauschalsatz nicht für alle Verhältnisse

in gleicher Höhe festsetzen. Hiernach wird derselbe angenommen bei einer beaufsichtigten Zöglingszahl

	bis	zu	10	Köpfen	jährlich	auf	je	2	Mk.
von	11	„	„ 30	„	„	„	„	3	„
„	31	„	„ 40	„	„	„	„	4	„
„	41	„	„ 50	„	„	„	„	5	„
	und	über	50	„	„	„	„	6	„

Es werden nur volle Monate berechnet und sind 14 Tage und weniger außer Betracht zu lassen, 15 Tage und darüber dagegen als ein voller Monat zu berechnen.

Gemäß dem Erlasse des Herrn Ministers des Innern vom 1. März 1902 — S. 41 — betreffend die Bestellung von Postsendungen an Fürsorgezöglinge mußte an das Kaiserliche Postamt in Zobten (Bezirk Breslau) das Ersuchen gestellt werden, die für einen dort in einem Lehrverhältnis untergebrachten Fürsorgezögling bestimmten Postsendungen an den Lehrmeister auszuhändigen.

Im weiteren Verfolg dieser Angelegenheit hat die Kaiserliche Ober-Postdirektion zu Breslau verfügt, daß dem Antrage, die als postlagernd bezeichneten Sendungen für den Zögling dem Lehrmeister auszuhändigen, nicht zu entsprechen ist, da nach § 41 der Postordnung postlagernde Sendungen dem ausgehändigt werden müssen, der sie abfordert und auf Verlangen seine Empfangsberechtigung nachweist.

Ein Recht, von der Bestimmung des Absenders hinsichtlich der Art der Aushändigung bei postlagernden Sendungen abzuweichen, hat die Reichs-Postverwaltung nicht. Der erwähnte Erlaß des Ministers des Innern bezieht sich auf die im Wege der Bestellung dem Empfänger zuzuführenden Sendungen (§ 39 I und XI der Postordnung). Unter diesen Umständen ist es dringend erforderlich, hierin eine Änderung herbeizuführen, da andernfalls die im erziehlichen Interesse durchaus erforderliche Kontrolle des Briefverkehrs der Fürsorgezöglinge durch „postlagernd" bestellte Sendungen unmöglich gemacht wird.

Nach § 5 des Reglements über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger in der Provinz Schlesien vom 7. Mai 1901 sollen die Personalpapiere der Zöglinge bald nach der Zustellung des vormundschaftsrichterlichen Beschlusses eingereicht werden. Bei Befolgung dieser Vorschrift würden unrichtige Angaben über Namen, Geburt, Religionsbekenntnis pp. von vornherein richtig gestellt werden können. In vielen Fällen gehen aber die geforderten Urkunden und Nachweise erst wochen- oder gar monatelang nach der Überweisung des Zöglings in die Pflegestelle ein und oft erst nach wiederholter Erinnerung. Eine Einwirkung an die verpflichteten Behörden um Beschleunigung bei Beschaffung der Personalpapiere wäre deshalb sehr erwünscht.

Endlich sei hervorgehoben, daß es im erziehlichen Interesse liegt und jetzt mit Nachdruck darauf gehalten wird, daß die in Dienststellen untergebrachten Zöglinge einen Teil des Dienstlohnes sparen. Der zinsbar angelegte Betrag wird später den Zöglingen und zwar regelmäßig erst mit der Vollendung der Minderjährigkeit oder beim Eintritt ins Heer ausgezahlt.

Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien.

Aus den Berichten der Regierungspräsidenten der Provinz geht hervor, daß auch in diesem Jahre Erfahrungen, welche von denen früherer Jahre abweichen, nicht gemacht worden sind, daß das Zusammenarbeiten der bei der Ausführung des Gesetzes beteiligten Behörden bei regem Interesse für die Zwecke desselben zufriedenstellend ist und daß besondere Mängel nicht hervorgetreten sind.

Von den im Jahre 1906 im Regierungsbezirk Oppeln gestellten 583 Anträgen auf Einleitung der Fürsorgeerziehung sind 355 genehmigt, 89 abgewiesen, darunter 17 zufolge der vom Kammergericht aufgestellten Grundsätze wegen der sogenannten Subsidiarität der Fürsorgeerziehung und 74 zurückgezogen worden; 65 Anträge sind noch unerledigt.

Über folgende Streitfrage von allgemeiner Bedeutung ist die Entscheidung des Kammergerichts herbeigeführt worden:

Das Amtsgericht zu Hoyerwerda hatte einen im 18. Lebensjahre stehenden jungen Menschen zur Fürsorgeerziehung überwiesen. Der Beschluß des Amtsgerichts war zwar ergangen, bevor der

Zögling das 18. Lebensjahr vollendet hatte, seine Unterbringung in eine Erziehungsanstalt konnte indes nicht erfolgen, da er noch eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hatte, während der er das 18. Lebensjahr vollendete.

Seitens des Herrn Landeshauptmannes wurde daher gegen den die Fürsorgeerziehung anordnenden Beschluß des Amtsgerichts mit der Begründung Beschwerde eingelegt, der § 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 schreibe vor, daß der Minderjährige spätestens im Alter von 18 Jahren für die Unterbringung in Fürsorgeerziehung zur Verfügung stehen solle. Bei dem betreffenden Minderjährigen träfe die Voraussetzung jedoch um deswillen nicht zu, weil der Zögling — wenn auch der anordnende Beschluß des Amtsgerichts noch kurz vor Vollendung des 18. Lebensjahres ergangen sei — doch erst nach Verbüßung der Strafhaft zur Unterbringung in einer Anstalt zur Verfügung stehe und dann bereits 19 Jahre alt sei.

Die I. Zivilkammer des Königlichen Landgerichts Görlitz hatte die Beschwerde des Herrn Landeshauptmannes durch Beschluß vom 5. April 1906 zurückgewiesen, indem sie näher ausführte, daß der § 1 des in Rede stehenden Gesetzes nur bestimme, ein Minderjähriger, welcher das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet habe, könne der Fürsorgeerziehung überwiesen werden, daß im vorliegenden Falle der Beschluß des Vormundschaftsgerichts aber rechtzeitig ergangen sei und das Gericht lediglich die „Anordnung" zu beschließen habe.

Die Annahme der Beschwerde, daß auch noch die tatsächliche „Unterbringung" des Minderjährigen vor der Vollendung seines 18. Lebensjahres erfolgen müsse, und daß, wenn dies aus irgend einem Grunde unmöglich würde, der die Fürsorgeerziehung anordnende Beschluß aufzuheben sei, fände indes im Wortlaut des Gesetzes keine Stütze.

Diese Entscheidung des Landgerichts ist auf die seitens des Herrn Landeshauptmannes eingelegte weitere Beschwerde durch Beschluß des Königlichen Kammergerichts vom 3. Mai v. Js. aufgehoben worden. Die Gründe für die Entscheidung des Kammergerichts sind mir nicht näher bekannt geworden. Anscheinend ist das Königliche Kammergericht der Ansicht des Herrn Landeshauptmannes beigetreten.

Die in dem vorletzten Absatz des Berichts des Landeshauptmannes enthaltene Bemängelung, daß die Personalpapiere der Zöglinge vielfach verspätet von den zur Einreichung verpflichteten Behörden eingingen, habe ich den Regierungspräsidenten mitgeteilt und werde ihnen zutreffendenfalls die Abstellung von Mängeln zur Pflicht machen.

—

Posen.

Bericht des Landeshauptmannes der Provinz Posen.

Das Berichtsjahr 1906 schließt im Bezirk der Provinz Posen mit 265 rechtskräftigen Überweisungen zur Fürsorgeerziehung ab. Diesem Zugange steht infolge von Entlassungen, Eintritt der Großjährigkeit und Tod ein Abgang von 166 Zöglingen gegenüber, sodaß am Ende des Berichtsjahres 99 Zöglinge mehr als bei seinem Beginn vorhanden waren und die Provinz Posen in das Jahr 1907 mit insgesamt 1898 Fürsorge- und Zwangszöglingen eintritt. Legt man die Bevölkerungsziffer von 1 986 000 Einwohnern der Provinz vom 1. Dezember 1905 zu Grunde, so ergibt sich, daß auf je 10 000 Einwohner 9,56 Zöglinge und zwar 1,71 Zwangs- und 7,85 Fürsorgezöglinge kommen, ein Satz, welcher hinter demjenigen anderer Provinzen zurückbleibt.

Schon in den früheren Jahresberichten wurde darüber Klage geführt, daß ein beträchtlicher Teil der Zöglinge erst im vorgerückten Alter der Fürsorgeerziehung überwiesen und daß von der Vorschrift des § 1 Ziffer 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 leider ein zu geringer Gebrauch gemacht werde, sodaß die beabsichtigte vorbeugende Wirkung des Gesetzes ausgeschaltet würde. Eine zu Beginn des Berichtsjahres von dem Herrn Landeshauptmann der Rheinprovinz auf Grund einer amtlichen Umfrage angefertigte und hierher übersandte Zusammenstellung ergab in dieser Beziehung, daß der erwähnte Mißstand in der Provinz Posen am meisten von allen Provinzen vorherrschte, da hier auf Überweisungen aus § 1 Ziffer 1 des Gesetzes der geringste Prozentsatz aller Überweisungen entfiel. Dies gab die Veranlassung dazu, im Anschluß an den zuletzt für 1905 erstatteten Jahresbericht dem Herrn Oberpräsidenten durch Bericht vom 30. Juni 1906 die Bitte zu unterbreiten, auf die Antragsbehörden dahin einwirken

zu wollen, daß sie von dem Rechte der Antragstellung auf Grund des § 1 Ziffer 1 des Fürsorgeerziehungsgesetzes umfassenderen Gebrauch als bisher machen möchten, damit der Verwahrlosung der Jugend im Bereiche der Provinz Posen frühzeitiger vorgebeugt werden könne. Dieser Bitte wurde durch einen an die Regierungspräsidenten gerichteten Erlaß vom 10. Juli 1906 entsprochen.

Auf diese Anregung darf es anscheinend zurückgeführt werden, daß im Jahre 1906 eine größere Zahl von Zöglingen auf Grund der Ziffer 1 überwiesen worden ist, als im Vorjahre. In dem letzteren nämlich gelangten nach Ziffer 1 von 279 Zöglingen 21, also nur 7,53 % zur Überweisung, im Berichtsjahre dagegen von 265 Zöglingen 37, also 13,96 %, mithin nahezu der doppelte Prozentsatz des Vorjahres. Hierbei ist noch in Betracht zu ziehen, daß einzelne Beschlüsse, welche an sich wohl aus Ziffer 1 zu begründen gewesen waren, in dem sichtlichen Bestreben, sie der Aufhebung in höherer Instanz weniger zugänglich zu machen, nach Möglichkeit auf Ziffer 3 gestützt wurden.

Im Berichtsjahre ist auch eine größere Anzahl von jüngeren Zöglingen als im Vorjahre zur Überweisnng gelangt, während in dem letzteren von 279 Zöglingen 3, d. h. 1,07 % noch nicht schulpflichtig, 128 d. h. 45,88 % schulpflichtig und 148, also 53,05 % bereits aus der Schule entlassen waren, befanden sich unter den 265 im Berichtsjahre überwiesenen Zöglingen 2, also 0,75 % noch nicht schulpflichtige, 141, also 53,21 % schulpflichtige und 122, also diesmal nur 46,04 % schulentlassene Zöglinge.

Wenn hiernach die Überweisungen älterer Zöglinge ab- und die Uberweisungen aus § 1 Ziffer 1 des Gesetzes zugenommen haben, so kann diese Entwicklung als eine erfreuliche bezeichnet und der Hoffnung Raum gegeben werden, daß sie in dem laufenden und in den folgenden Etatsjahren weiter fortschreiten möge. Nichtsdestoweniger ist auch jetzt nicht zu verkennen, daß die vorbeugende Wirkung des Gesetzes noch einen recht geringen Raum einnimmt und daß es nach wie vor angestrebt werden muß, ihr eine weitgehendere Geltung zu verschaffen. Immer noch wird sehr viel Mühe und Arbeit an inzwischen besserungsunfähig gewordene Zöglinge verwandt, welche in einem früheren Zeitpunkt bessere Ergebnisse hätten zeitigen können.

Gerade diese besserungsunfähigen Elemente bilden auch in den Erziehungsanstalten eine ernste Gefahr für die übrigen dort untergebrachten Zöglinge; die Schädigung, welche das gesamte Fürsorgeerziehungswerk durch Belastung mit solchen Zöglingen erleiden kann, ist unübersehbar. Es kann bezüglich dieses Punktes nur erneut auf die Ausführungen des Jahresberichtes für 1905 hingewiesen werden. Um diesem Übelstande abzuhelfen, ist von verschiedenen Seiten der Vorschlag gemacht worden, den Zeitpunkt, bis zu welchem ein Minderjähriger der Fürsorgeerziehung überwiesen darf, von der Vollendung des 18. auf die Vollendung des 16. Lebensjahres herabzusetzen, also auf den gleichen Termin, welchen England, Frankreich, Norwegen, die Schweiz und andere Staaten mit einer der preußischen ähnlichen Gesetzgebung als maßgebend angenommen haben. Dieser Vorschlag dürfte indes zu weit gehen. Denn es ist nicht zu verkennen, daß der großen Mehrzahl selbst der im 17. und 18. Lebensjahre überwiesenen Minderjährigen die Fürsorgeerziehung gute Dienste leistet und bei vielen ein gewisses Maß von Besserung erzielt, wenn auch naturgemäß auf eine völlige innere Umwandlung bei Zöglingen in diesem Alter nicht allzu oft wird gerechnet werden können. Zwei ganze Jahresklassen von Minderjährigen „ausnahmslos" aufzugeben liegt daher kein Anlaß vor. Wohl aber läßt es sich nicht von der Hand weisen, daß es im dringendsten Interesse der Fürsorgeerziehung läge, die noch irgend besserungsfähigen Zöglinge vor der schweren Gefährdung durch einzelne völlig verwahrloste und absolut besserungsunfähige Elemente zu bewahren. Dies ist jedoch nur dann erreichbar, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, solche entweder in Korrigendenanstalten zu bringen, wohin sie eigentlich gehören, oder aber wegen völliger Aussichtslosigkeit des Erzkehungswerkes aus der Fürsorgeerziehung zu entlassen. Diese Maßregel könnte, um ihr engere Grenzen zu ziehen, auf Zöglinge von einem bestimmten Lebensalter an, welche bereits während eines gewissen Zeitraumes der Fürsorgeerziehung unterstanden haben, beschränkt werden. Die auf Entlassung aus diesem Grunde gerichtete Beschlußfassung müßte in gleicher Weise wie die auf Überweisung hinzielende den Gerichten übertragen werden und würde auf Antrag der Provinzialverbände nach Anstellung der erforderlich erscheinenden Ermittelungen zu erfolgen haben. Die Zulassung eines solchen auf Entfernung aus der Fürsorgeerziehung gerichteten Verfahrens würde aber dazu beitragen, den Erfolg der Erziehungsarbeit bei den übrigen Zöglingen zu erhöhen und sicherzustellen und dürfte daher mit den Zielen des Gesetzes vom 2. Juli 1900 in Einklang stehen.

Bezüglich der Ausführung der Fürsorgeerziehung läßt sich den in den früheren Jahresberichten enthaltenen Mitteilungen zur Zeit wenig hinzufügen. Die Unterbringung der neu überwiesenen Zöglinge mußte mit Rücksicht auf die große Zahl älterer stark verwahrloster Individuen wie bisher vorwiegend in Anstalten erfolgen und zwar wurden außer den beiden Provinzialanstalten in Schubin und Zerkwitz auch den schon früher vom Provinzialverbande in Anspruch genommenen Privatanstalten zahlreiche Zöglinge, besonders solche katholischen Bekenntnisses, zugewiesen. In dankenswerter Weise stellte ferner der Herr Regierungspräsident zu Danzig in der Königlichen Erziehungsanstalt Conradshammer 10 weitere Plätze für Zöglinge der Provinz Posen zur Verfügung. Einige vorzugsweise benutzte Anstalten wurden in diesem Jahre besichtigt und die darin untergebrachten Zöglinge revidiert. Die durch solche Revisionen geschaffenen persönlichen Beziehungen des Dezernenten zu den pädagogisch erfahrenen Anstaltsleitern tragen wesentlich dazu bei, die gesamte Erziehungstätigkeit ersprießlich und einheitlich zu gestalten.

In Verfolg einer derartigen Besichtigung ist der Provinzialverband mit der evangelischen Brüderschaft Zoar, welche in Wilhelmshof bei Rothenburg O. L. und in Silberhammer bei Danzig eigene, diesseits bereits vielfach in Anspruch genommene Anstalten besitzt, in nähere Verbindung getreten. Da die Besetzung der Aufseherstellen in der Provinzialanstalt zu Zerkwitz mit geeigneten Persönlichkeiten in den letzten Jahren Schwierigkeiten bereitete, insbesondere auch die einer erzieherischen Vorbildung entbehrenden Militäranwärter sich als für diesen Beruf nicht voll geeignet erwiesen haben, andererseits aber von der erzieherischen Tüchtigkeit eines auf pädagogischem Gebiet geschulten Personals der Erfolg der Fürsorgeerziehung in hohem Grade abhängt, wurde mit der Brüderschaft ein Abkommen getroffen, inhaltsdessen sie dem Provinzialverbande für Erziehung und Handwerk bereits fertig ausgebildete Brüder als Erzieher überweist, welche nicht als Provinzialbeamte angestellt werden, sondern Mitglieder der Brüderschaft verbleiben und von dieser durch Besuche des sie leitenden Geistlichen und durch Teilnahme an den gemeinsamen Brüderschaftsversammlungen stets neue Anregung und Festigung für ihren verantwortungsreichen Beruf empfangen. Es darf erhofft werden, daß die bisherigen Erfolge der Provinzialanstalt auf erzieherischem Gebiet durch diese Neuregelung noch beträchtlich vermehrt und vertieft werden.

Wie die Anstalten, so kommen auch die in Anspruch genommenen Pflegefamilien und die Fürsorger den zu stellenden Anforderungen im allgemeinen nach, wenn auch hin und wieder wegen mangelnder Bewährung der Pflegeeltern ein Wechsel der Unterbringung erfolgen, oder ein in seinen Amtsobliegenheiten lässiger Fürsorger durch einen anderen ersetzt werden mußte. Die im Jahresbericht für 1905 mitgeteilte Neuregelung der Überwachung der Familienerziehung hat sich auch im Berichtsjahre durchaus bewährt und die seinerzeit geschilderten Vorteile in noch höherem Maße erwiesen. Dankenswerte und zweckentsprechende Mitarbeit leistet wie in den früheren Jahren bei der Unterbringung und Beaufsichtigung von Zöglingen der Evangelische Erziehungsverein für die Provinz Posen, welchem jetzt insgesamt 97 Zöglinge zugewiesen sind.

Die Aussetzung erkannter Strafen wurde den gestellter Anträgen entsprechend in weitem Umfange angeordnet. Es ließen sich aber auch in diesem Jahre Fälle feststellen, in welchen bestraften Fürsorgezöglingen zwar Strafaufschub, nicht aber zugleich die Aussicht auf spätere Begnadigung im Falle andauernd guter Führung gewährt wurde. Demgegenüber kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß das Interesse der Fürsorgeerziehung entweder Strafaussetzung *mit* Aussicht auf eventl. spätere Begnadigung oder, falls sich dies mit Rücksicht auf die Schwere der begangenen Straftaten und das sonstige Vorleben des verurteilten Zöglings ausnahmsweise nicht rechtfertigt, die sofortige Strafvollstreckung erfordert, daß dagegen eine Strafaussetzung *ohne* die Aussicht auf spätere Begnadigung die Zwecke der Fürsorgeerziehung nicht fördert. Denn die Strafaussetzung soll einerseits dazu dienen, eine infolge des Strafvollzugs eintretende Beeinträchtigung des Erfolges der Fürsorgeerziehung zu verhindern, andererseits aber dem Zögling gleichzeitig ein Ansporn dazu werden, sich durch einwandsfreie Führung des späteren eventuellen Gnadenerweises würdig zu zeigen; sie soll zur Erhöhung und Beschleunigung des Erfolges der Fürsorgeerziehung beitragen. Durch die Strafaussetzung ohne Aussicht auf Begnadigung werden diese beiden Ziele nicht näher gerückt, sondern das Gelingen des Erziehungswerkes wird geradezu erschwert. Soll an einem Zögling die Strafe ohne Rücksicht auf etwaige spätere gute Führung vollzogen werden, so wird sie zweckmäßiger sofort vollstreckt, damit die Fürsorgeerziehung nach erfolgter Strafverbüßung von neuem einsetzen kann. Bei Vollstreckung nach erreichter Großjährigkeit ist sie dazu

nicht mehr dargeboten und ihre früher erzielten Erfolge werden dann leicht wieder in Frage gestellt. Einen Antrieb zu weiterer guter Führung vermag eine bloße Strafaussetzung ebenfalls nicht zu bilden; vielmehr wird die Aussicht, eine Strafe, gleichviel, ob der Verurteilte sich gut oder schlecht führen sollte, später doch verbüßen zu müssen, in der Regel verhärtend und den Trotz herausfordernd auf den Zögling einwirken. Denn daß er durch die ununterbrochene Fürsorgeerziehung dazu gebracht werden sollte, die Strafe später als wohlverdiente Sühne des von ihm selbst als solchen eingesehenen Vergehens willig auf sich zu nehmen, läßt sich nicht erhoffen. Es wird ihn vielmehr mit Bitterkeit erfüllen, wenn trotz eingetretener Besserung und trotz tadelfreier Führung die vor Jahren erkannte Strafe dennoch hinterher vollstreckt wird; um so nachteiliger wird ihn auch die alsdann eintretende gefängliche Einziehung treffen, weil sie gerade in dem Zeitpunkt erfolgt, in welchem er des Vertrauens seiner Mitmenschen, insbesondere seiner Arbeitgeber, am meisten bedarf, nämlich dann, wenn er nach Entlassung aus der Fürsorgeerziehung als selbständiger Mensch ins Leben treten soll!

Dem Zweck und der Bedeutung der gerichtlichen Strafe geschieht bei einer den diesseitigen Wünschen entsprechenden Auslegung und Handhabung der Verfügungen des Herrn Justizministers vom 16. September 1882 und 1. Oktober 1904 kein Eintrag. Die Aussicht auf spätere Begnadigung kann danach nur demjenigen Zögling zu statten kommen, der sich wirklich bessert und ein ordentlicher Mensch wird. Erreicht hiernach schon die Fürsorgeerziehung das Ziel der Besserung, so dürfte die Strafe als Besserungsmittel nicht mehr erforderlich sein. Doch auch der Strafe als gerechter Sühne begangener Straftaten wird es dann nicht mehr bedürfen, da monate- und jahrelanger Aufenthalt in einer mit strengen Zuchtmitteln ausgestatteten Erziehungsanstalt für einen jungen Menschen wohl eine nicht minder schwere Sühne bedeutet, als gefängliche Einziehung für kurze Zeit.

Starke Beeinträchtigung haben die Erfolge der Fürsorgeerziehung wie bisher durch die zahlreichen Entweichungen der Zöglinge erlitten, welche diesen recht oft zwecks Ermöglichung des Fortkommens Anlaß zu strafbaren Handlungen, besonders zu Diebstählen bieten und sie immer von neuem auf abschüssige Bahnen zurückführen. Leider läßt sich diesen Entweichungen kaum in nennenswerter Weise entgegenwirken, da allzu große Beschränkung der persönlichen Freiheit erfahrungsgemäß ebenfalls nicht die erziehlichen Zwecke fördert, vielmehr oft genug Trotz und Widerspruch herausfordert und die Bemühungen, über alle Hindernisse hinweg die Freiheit zu gewinnen, verstärkt. Am meisten können der in einer Anstalt herrschende Ton, das freundliche Entgegenkommen des Personals und die allmähliche Heranziehung und innere Umwandlung der Zöglinge dazu beitragen, die Zahl der Entweichungen zu verringern. Ein großer Teil der jetzigen Zöglinge ist aber hierfür wenig empfänglich und fügt sich nur strenger Einwirkung, so daß es oft nicht die schlechtesten Anstalten sind, welche die meisten Entweichungen aufweisen. Die Zahl der letzteren wird daher voraussichtlich erst dann abnehmen, wenn man die Zöglinge nicht vor der Überweisung zur Fürsorgeerziehung bereits einen so hohen Grad der Verwahrlosung erreichen läßt, und wenn man völlig unverbesserliche Verbrecher durch Entlassung ausmerzt, also das sittliche Niveau des Durchschnittszöglings hebt. Oft sind die Entweichungen auf einen unverständigen Einfluß der Eltern und sonstigen Angehörigen zurückzuführen, gegen welche mehrfach Strafanträge gemäß § 21 des Gesetzes gestellt und Verurteilungen erzielt wurden. Das Interesse der Eltern an ihren Kindern erwacht oft erst nach der Schulentlassung, sobald die Kinder erwerbsfähig zu werden beginnen. Dann häufen sich auch die Anträge auf Entlassung aus der Fürsorgeerziehung, welche in der Regel nach Anstellung der erforderlichen Ermittelungen zurückgewiesen werden müssen und nur selten zum Ziele führen. Es wurde beobachtet, daß im Berichtsjahre auch gerichtliche Entscheidung gegen ablehnende diesseitige Bescheide häufiger angerufen wurde als bisher. In solchen Fällen haben sich die Gerichte durchweg auf den diesseits eingenommenen und nur in einem vereinzelten Falle auf einen abweichenden Standpunkt gestellt; auch in diesem letzteren Falle wurde die abweichende Entscheidung des Vormundschaftsgerichts auf diesseitige Beschwerde hin aufgehoben. Von hier aus wurden 38 Zöglinge gegen Widerruf und 18 endgültig vor erreichter Großjährigkeit entlassen.

Die Ergebnisse der Fürsorgeerziehung konnten im Berichtsjahre als günstig bezeichnet werden, da von den 155 durch Entlassung und Eintritt der Großjährigkeit ausgeschiedenen Zöglingen 90, also rund 58% als gebessert, 43, also rund 28% als zweifelhaft und nur 22, also rund 14% als nichtgebessert angesehen werden durften.

Infolge des Anwachsens der Zahl der Zöglinge haben auch die Kosten der Fürsorgeerziehung eine Erhöhung erfahren, welche jedoch durch Beobachtung weiterer Sparsamkeit auf tunlichst enge

Grenzen beschränkt geblieben ist und mit dem Zuwachs an Zöglingen nicht gleichen Schritt hält. Die Gesamtausgabe beläuft sich auf nur 287 790,40 Mk. gegen 281 579,94 Mk. im Vorjahre.

Wegen der Abgrenzung der Erstattungspflicht des Staates ist im Berichtsjahre seitens der Provinz wider den Fiskus der Prozeßweg beschritten worden. Die Entscheidung des Reichsgerichts, daß der Staat zwar zu den Kosten der baulichen Unterhaltung der Provinzialerziehungsanstalten, nicht aber zu den Baukosten bereits errichteter oder noch zu errichtenden Anstalten gemäß § 15 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 anteilig beizutragen verpflichtet sei, hat noch Zweifel bestehen lassen. Unter Berufung auf diese Entscheidung sind von der Liquidation des Provinzialverbandes für die letzten Jahre erhebliche Beträge als Baukosten abgesetzt worden, welche hier zu den Kosten „der baulichen Unterhaltung" gerechnet wurden. Diesseitigen Erachtens können als Baukosten im Sinne des reichsgerichtlichen Urteils nur wirkliche Neubaukosten angesehen werden, welche durch Errichtung einer neuen oder Vergrößerung einer bestehenden Anstalt oder aber durch den Abbruch und vollständigen Ersatz bestehender Bauten verursacht werden, als Kosten baulicher Unterhaltung dagegen alle anderen im Laufe der Jahre entstehenden Kosten, welche erforderlich sind, um die Anstalt nicht nur in dem ursprünglichen sondern in einem den zeitlich fortschreitenden Anforderungen entsprechenden Zustande zu erhalten. Zu den Unterhaltungskosten werden hiernach neben den Reparaturkosten im engsten Sinne die durch wirtschaftliche, hygienische oder sonstige praktische Gründe veranlaßten Kosten des Ersatzes veralteter, unpraktisch oder unbrauchbar gewordener Einrichtungen, die Kosten der entsprechend den Fortschritten der Technik aus Sicherheits- oder sonstigen Zweckmäßigkeitsgründen empfehlenswert erscheinenden Verbesserungen in und an den Gebäuden, wie z. B. einer Telephonanlage, die Kosten der Umwandlung und Einrichtung vorhandener Räume für einen anderen als den bisherigen dienstlichen Zweck; und auch die Kosten des Ersatzes einzelner Bestandteile von Gebäuden, wie das Setzen neuer Öfen, der Einfügung neuer Fenster oder der Neudeckung eines Daches zu rechnen sein. Demgegenüber ist vom Staate unter anderem die anteilige Erstattung der Kosten der Beschaffung einer neuen Kochanlage an Stelle einer alten schadhaft gewordenen, der Pflasterung einer bereits vorhandenen Auffahrt zur Scheune, des Anbringens eines Treppenverschlages, des Ersatzes eines alten hölzernen Geländers durch ein neues eisernes, eines Umbaues der Abortanlagen, der Abteilung einer Vorratskammer, der Herstellung einer Telephonanlage pp. abgelehnt worden, da es sich dabei um „Neubaukosten" handele.

Auf Erstattung des gesetzlichen Anteils an einer Ausgabe von 7956,70 Mk. also auf Zahlung von 5304,47 Mk. ist Klage erhoben worden, da auf den diesseits gemachten Vorschlag, die Angelegenheit für die Vergangenheit durch Vergleich zu erledigen und für die Zukunft bezüglich der baulichen Unterhaltungskosten, entsprechend der in § 15 des Gesetzes gegebenen Anregung, mit Rücksicht darauf, daß sich Zweifel und Meinungsverschiedenheiten in jedem Jahre bei Prüfung der Liquidationen wiederholen würden, periodische Bauschsummen mit dem Provinzialverbande zu vereinbaren, eine Erklärung nicht erfolgt. Die Abgrenzung der baulichen Unterhaltung von den Neubauten wird nunmehr durch den Spruch der ordentlichen Gerichte stattzufinden haben.

Soweit angängig, wurden die unterhaltungspflichtigen Eltern der Fürsorgezöglinge zur Erstattung der entstandenen Fürsorgeerziehungskosten herangezogen, doch handelte es sich wegen der Armut der in Betracht kommenden Kreise meist nur um ganz geringfügige Beträge, deren Einziehung weniger zum Zwecke einer Entlastung des Provinzialverbandes als deshalb erfolgte, um in den Eltern das Gefühl der Verantwortlichkeit für ihre Kinder zu erhalten. Ebenso konnten aus dem Vermögen der Zöglinge selbst wie in den Vorjahren nur mäßige Beträge eingezogen werden.

Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Posen.

Auch in dem verflossenen Rechnungsjahre ist die Durchführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes im allgemeinen in wünschenswerter Weise gefördert worden.

Wie in den früheren Jahren so war allerdings auch im Berichtsjahre darüber zu klagen, daß der größte Teil der polnisch-katholischen Geistlichkeit gegenüber dem Fürsorgeerziehungswesen eine entschieden ablehnende Haltung einnimmt.

Die Ergebnisse der Fürsorgeerziehung können als günstig bezeichnet werden; nur 14 % der im Berichtsjahre aus der Fürsorge ausgeschiedenen Zöglinge waren als nicht gebessert anzusehen.

Der Vorschlag des Landeshauptmannes, stark verwahrloste und aller Voraussicht nach besserungsunfähige Zöglinge wegen völliger Aussichtslosigkeit des Erziehungswerkes schon vor erreichter Großjährigkeit aus der Fürsorgeerziehung zu entlassen, um die noch besserungsfähigen Zöglinge vor der Berührung mit solchen Elementen zu bewahren, setzt zu seiner Verwirklichung eine Änderung des § 13 des Fürsorgeerziehungsgesetzes voraus. Man würde dabei mit dem Grundprinzip des Gesetzes brechen müssen, welches die Fürsorgeerziehung — abgesehen von dem Eintritt der Großjährigkeit — nur enden lassen will, wenn der Zweck derselben erreicht oder die Erreichung des Zweckes anderweitig sichergestellt ist.

Ich trage Bedenken, den Vorschlag des Landeshauptmannes zu befürworten. Das Prinzip des Gesetzes steht m. E. höher als die Erwägungen, welche der Landeshauptmann für seine Änderung anführt. Man wird den Minderjährigen, auch wenn er einen hohen Grad sittlicher Verkommenheit aufweist, nicht gänzlich aufgeben und als besserungsunfähig seinem Schicksal überlassen dürfen, sondern wird an der Hoffnung festhalten müssen, daß es bei geeigneter Einwirkung auf das jugendliche Gemüt doch noch möglich sein wird, ihn vor völliger Verwahrlosung zu bewahren und bei Eintritt der Großjährigkeit gebessert und innerlich gefestigt in das Leben hinauszulassen. Daß das Zusammensein solcher Elemente mit den übrigen Zöglingen unerwünscht ist, kann allerdings nicht verkannt werden. Um hier Abhilfe zu schaffen, bedarf es aber nicht einer Gesetzesänderung, vielmehr wird auf tunlichst getrennte Unterbringung solcher Zöglinge, von denen eine Gefährdung des sittlichen Niveaus der übrigen befürchtet werden muß und im übrigen auf schärfste Überwachung des Verkehrs der Zöglinge untereinander Bedacht genommen werden müssen.

Über den von dem Landeshauptmann erwähnten Prozeß des Provinzialverbandes wider den Fiskus wegen Erstattung von Kosten für Bauausführungen bei Erziehungsanstalten habe Euerer Exzellenz ich wiederholt, zuletzt mit Bericht vom 20. Juni 1906, 8680 B., Vortrag gehalten.

Sachsen.

Bericht des Landeshauptmannes der Provinz Sachsen.

Wesentlich neue Momente sind bei der Durchführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes im verflossenen Jahre nicht hervorgetreten.

Die Zahl der zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Minderjährigen hat wiederum eine Steigerung erfahren. Es wurden im Jahre 1906 überwiesen 499 Zöglinge gegen 460 im Jahre 1905, 464 im Jahre 1904, 419 im Jahre 1903 und 435 im Jahre 1902.

Das Jahr 1906 weist demnach — abgesehen von dem Jahre 1901 mit 565 Zöglingen — die höchste Zahl der Überweisungen seit dem Inkrafttreten des Fürsorgeerziehungsgesetzes auf.

Der Prozentsatz der im schulpflichtigen Alter Überwiesenen war im Berichtszeitraum etwas höher als in dem Vorjahre. Er betrug 62,4 % gegen 58,5 % im Jahre 1905.

Die Anzahl der Fälle, in denen von mir gegen die Überweisungsbeschlüsse Beschwerde eingelegt werden mußte, ist im Jahre 1906 bis auf 12 zurückgegangen, während sie im Vorjahre noch 37 betrug. Von den Beschwerden hatten 9 Erfolg. Seitens der Angehörigen der Überwiesenen wurde in 42 Fällen Beschwerde erhoben, davon 13 mit Erfolg.

Von den Überwiesenen mußte der weitaus größte Teil (89 % der Gesamtzahl) zunächst in Anstalten untergebracht werden.

Auch bei den schulpflichtigen Zöglingen verbot sich in sehr vielen Fällen mit Rücksicht auf den Grad der Verwahrlosung die Unterbringung in einer Familie. Von den schulentlassenen Zöglingen konnten nur 5 sogleich nach der Überweisung in eine Lehr- oder Dienststelle untergebracht werden, und zwar blieben 3 von ihnen in der Dienststelle, in der sie sich einige Zeit vor der Überweisung befriedigend geführt hatten.

Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Zöglinge in Anstalten sind nicht hervorgetreten; sowohl für Schulpflichtige als auch für Schulentlassene stand stets eine ausreichende Anzahl von Plätzen zur Verfügung.

Die im Jahre 1902 zu Quedlinburg eingerichtete Erziehungsanstalt für schulentlassene männliche Fürsorgezöglinge ist Ende September 1906 wieder aufgelöst worden. Die Insassen der Anstalt

haben, soweit sie nicht vorher einer Lehr- oder Dienststelle zugeführt werden konnten, in der vom Vereine zur Erziehung sittlich verwahrloster Knaben im Herzogtum Gotha errichteten Erziehungsanstalt zu Gotha Aufnahme gefunden.

Die Klagen der Anstalten für schulentlassene Mädchen über die Unbotmäßigkeit der zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Prostituierten, über die Schwierigkeit und die Erfolglosigkeit des Erziehungswerkes an ihnen sind auch im Berichtszeitraum nicht verstummt. Um die schwierigsten Elemente unter ihnen individueller behandeln zu können, ferner um eine nachteilige Beeinflussung der weniger verwahrlosten Zöglinge zu vermeiden, ist den Anstalten von mir empfohlen worden, besondere, räumlich von den übrigen Anstaltsgebäuden getrennte Abteilungen mit einer nicht zu großen Anzahl von Plätzen für diese schlimmsten Elemente zu errichten.

Der Vorstand des Johannisasyls zu Bernburg hat sich darauf zu einer solchen Einrichtung bereit finden lassen. Er hat unter Gewährung einer Beihilfe von 5000 Mk. aus Provinzialmitteln im Garten der Anstalt, ungefähr 3 Minuten von der Hauptanstalt entfernt, ein besonderes Haus errichtet, in dem unter der Aufsicht einer Schwester und 2 Gehilfinnen 12—15 schwer erziehbare Mädchen Aufnahme gefunden haben. Die Einrichtung scheint sich, soweit es sich bei der Kürze der Zeit (die Abteilung ist erst vor einigen Monaten eröffnet worden) beurteilen läßt, zu bewähren.

Von der Anordnung der vorläufigen Unterbringung gemäß § 5 des Fürsorgeerziehungsgesetzes ist während des Berichtszeitraumes in 131 Fällen Gebrauch gemacht worden. Seitens der Vormundschaftsgerichte wird es aber entgegen der Verfügung des Herrn Justizministers vom 30. April 1902 nicht selten unterlassen, mir von dem Beschlusse Mitteilung zu machen. Auch wird denselben häufig eine Begründung nicht beigefügt. In manchen Fällen sind nicht einmal das Alter und die Religion des Minderjährigen angegeben worden, so daß vor der Ausführung des Beschlusses zeitraubende Rückfragen notwendig wurden.

In einigen Fällen ist auch eine nicht unerhebliche Verzögerung der Anträge beobachtet worden. So wurde z. B. in einem Falle die Überweisung zur Fürsorgeerziehung von dem Amtsgerichte erst 8 Monate nach Eingang des Antrages angeordnet, ohne daß etwa inzwischen eine Aussetzung des Verfahrens erfolgt wäre.

Anträge auf vorzeitige Aufhebung der Fürsorgeerziehung sind im Berichtsjahre wieder in großer Zahl eingelaufen.

Es konnten indes nur 18 Zöglinge endgültig und 3 widerruflich entlassen werden. Eine größere Anzahl Zöglinge wurde auf Grund des § 10 des Fürsorgeerziehungsgesetzes der eigenen Familie zur weiteren Erziehung übergeben.

Infolge Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze schieden 109 Zöglinge aus der Fürsorgeerziehung; 33 von ihnen konnten seitens der Anstaltsvorsteher und der Fürsorger als „gerettet" bezeichnet werden. Bei 37 war nach deren Urteile ein Erfolg der Fürsorgeerziehung nicht zu verspüren und bei 39 war das Ergebnis zweifelhaft.

Schleswig-Holstein.

Bericht des Landeshauptmannes der Provinz Schleswig-Holstein.

Ausweislich der Bestandsnachweisung war der Bestand an Fürsorgezöglingen von den am 31. März 1906 vorhandenen 1101 Zöglingen bei einem Zugang von 249 und einem Abgang von 70 am 31. März 1907 auf 1280 gestiegen.

Von den im Laufe des Rechnungsjahres 1906 in Zugang gekommenen 249 Zöglingen waren 147 männlichen und 102 weiblichen Geschlechts; 1 war noch nicht schulpflichtig, 150 schulpflichtig und 98 schulentlassen.

Der noch nicht schulpflichtige Zögling und die schulpflichtigen Zöglinge wurden bis auf wenige Ausnahmen wiederum in Familienpflege gegeben, während die schulentlassenen Zöglinge fast ausnahmslos ihrer stark vorgeschrittenen Verwahrlosung wegen einstweilen den Erziehungsanstalten überwiesen werden mußten.

Von den am 31. März 1907 vorhandenen 1280 Zöglingen waren untergebracht in Anstalten 450, in Familienpflege, Dienst, Lehre und als Handwerksgesellen 789, von den restlichen 41 waren 36 entlaufen und 5 befanden sich im Gefängnis.

In der Führung der Zöglinge sind gegen das Vorjahr wesentliche Änderungen nicht eingetreten, dieselbe kann nach wie vor für etwa $^9/_{10}$ aller Zöglinge als befriedigend bezeichnet werden, wie die Personalbogen ergeben. Entweichungen, namentlich aus den Anstalten, blieben auch im Berichtsjahre nicht aus. Die Wiederergreifung scheiterte in mehreren Fällen daran, daß die Entwichenen über die dänische Grenze gingen und dort belassen werden mußten, weil Dänemark derartige Personen nicht ausliefert.

Die im vorjährigen Bericht erwähnte, von der städtischen Polizeibehörde in Kiel bereitete Schwierigkeit hinsichtlich der Beschaffung der Ausrüstung pp. der Zöglinge ist inzwischen dadurch gehoben, daß der Herr Regierungspräsident auf meine Veranlassung die Polizeibehörde mit entsprechender Anweisung versehen hat.

Zu sonstigen besonderen Bemerkungen bietet sich kein Anlaß.

Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein.

Der von dem Vorsitzenden des Lauenburgischen Kommunalverbandes gemachte Vorschlag, nach welchem die Gerichte nach Abschluß der Untersuchung in geeigneten Fällen den Minderjährigen unter Androhung von Anstaltserziehung ernstlich ermahnen und alsdann das Verfahren auf 1 Jahr aussetzen sollen, erscheint mir beachtenswert, indessen nur im Wege der Änderung der Gesetzgebung zu ermöglichen.

Lauenburg.

Bericht des Kreis- und Landeskommunalverbandes Herzogtum Lauenburg.

Die im letzten Rechnungsjahre bei Ausführung der Fürsorgeerziehung gemachten Wahrnehmungen decken sich im allgemeinen mit denen des Vorjahres.

Schon seit Jahren ist im hiesigen Bezirk bemerkt worden, daß schon die Androhung der Fürsorgeerziehung häufig genügte, um jugendliche Übeltäter von ihrem verwerflichen Lebenswandel abzubringen. Eine in etwa halbjährlichen Zwischenräumen wiederholte Nachfrage ergab in der Regel, daß die Betreffenden, die schon zur Fürsorgeerziehung namhaft gemacht waren, sich auch ohne diese nunmehr gut führten.

Einen guten Erfolg versprechen wir uns davon, wenn die Gerichte nach Abschluß der Untersuchung in geeigneten Fällen den Minderjährigen unter Androhung von Anstaltserziehung ernstlich vermahnen würden. Unseres Erachtens dürfte dann eine Aussetzung des Verfahrens auf etwa 1 Jahr angebracht sein. Es würde dies etwa dem Prinzip der bedingten Verurteilung entsprechen.

Durch ein solches Verfahren möchten dem Staate wie auch dem Kommunalverbande die Kosten der Fürsorgeerziehung erleichtert werden können, dem betreffenden Kinde aber bliebe in vielen Fällen der Makel der Fürsorgeerziehung erspart und es würde bei der Wahl seines Lebenslaufs seinen eigenen Wünschen in größerem Maße folgen können. Denn bei den Vorurteilen der Bevölkerung gegen Fürsorgeerziehung fällt es zuweilen doch recht schwer, die Zöglinge ihren berechtigten Wünschen entsprechend in die Lehre oder den Dienst zu geben.

Hannover.

Bericht des Landesdirektoriums der Provinz Hannover.

Die Zahl der erfolgten Überweisungen zur Fürsorgeerziehung ist gegenüber dem Vorjahre von 422 auf 409 zurückgegangen. Von den erfolgten Überweisungen fanden 303 (1905 = 290) ihre Begründung in § 1 Ziffer 3, 50 (1905 = 72) in Ziffer 2 und nur 56 (1905 = 60) in Ziffer 1 des Gesetzes. Die Unterbringung der Zöglinge verursachte keine nennenswerten Schwierigkeiten.

Auch die vorläufige Unterbringung hat sich anscheinend ohne Schwierigkeit vollzogen. Nach unseren Beobachtungen machen die Vormundschaftsgerichte von der Anordnung der vorläufigen Unterbringung eines Minderjährigen immer noch in verhältnismäßig geringer Ausdehnung Gebrauch. Obwohl wir bereits im Juni 1901 den Polizeibehörden durch ein Rundschreiben die für die vorläufige Unterbringung geeigneten, mit uns in einem Vertragsverhältnis stehenden Erziehungs- und Rettungsanstalten namhaft gemacht haben, kommt es doch bisweilen vor, daß lediglich in Rücksicht auf die Kostenersparnis ein auf Grund des § 5 des Gesetzes Überwiesener nach Entfernung aus seiner bisherigen Umgebung in das städtische Armenhaus seines Wohnortes aufgenommen wird. Dies Verfahren dürfte der gesetzlichen Vorschrift nicht entsprechen und in der Regel keine Gewähr dafür bieten, daß der mit der vorläufigen Unterbringung verfolgte Zweck der Verhütung der Verwahrlosung während der Zeit bis zum Abschlusse des Fürsorgeerziehungsverfahrens sicher erreicht wird.

Bei der endgültigen Unterbringung der Fürsorgezöglinge nimmt nach wie vor die Anstaltserziehung den ersten Platz ein (316). Der Überleitung der Anstalts- in Familienerziehung bei noch schulpflichtigen Zöglingen ist auch im Berichtsjahre die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Die in den Anstalten zur Verfügung stehenden Plätze reichten völlig aus.

In der Erziehungsanstalt Klein-Bethlehem zu Hildesheim, die bisher katholische schulpflichtige Knaben und Mädchen verpflegte, ist eine Trennung der Geschlechter vorgenommen. Das Kuratorium der Anstalt hat für die Knaben eine besondere Anstalt in Himmelsthür unter dem Namen „Bernwardshof" errichtet, die am 1. September 1906 in Benutzung genommen ist.

In der Nacht zum 13. März 1907 wurde die erst vor zwei Jahren neu erbaute mit annähernd 100 Zöglingen belegte Rettungsanstalt der Pestalozzistiftung in Burgwedel auf bislang unaufgeklärte Weise durch Brandunglück völlig zerstört. Die Insassen konnten sämtlich gerettet werden. Nachdem die zur Aufnahme evangelischer, konfirmierter Zöglinge männlichen Geschlechts bestimmte Erziehungsanstalt Kalandshof vor Rotenburg eine erhebliche bauliche Erweiterung erfahren hat und nunmehr in der Lage ist, eine größere Zahl schwierig zu behandelnder Fürsorgezöglinge in einer geschlossenen Abteilung unterzubringen, ist die bei dem Provinzial-Werkhause zu Moringen provisorisch eingerichtete Abteilung für Fürsorgezöglinge mit dem 31. März 1907 aufgehoben worden.

Da uns glaubhaft nachgewiesen worden war, daß die Beibehaltung des bisherigen Kostgeldsatzes eine finanzielle Schädigung der Erziehungsanstalt Stephansstift zur Folge haben würde, so haben wir uns genötigt gesehen, eine Erhöhung des Pflegesatzes der von uns dort untergebrachten schulentwachsenen Fürsorgezöglinge auf 1,25 Mk. täglich vom 1. Oktober 1906 an eintreten zu lassen. Die bei der Anstalt eingerichtete Gewerbe- und Fortbildungsschule für die Handwerkerlehrlinge und die in der Landwirtschaft beschäftigten Zöglinge befindet sich in einer erfreulichen Entwickelung.

Eine Reihe der von uns benutzten Anstalten ist im Berichtsjahre einer Besichtigung von uns unterzogen. Besondere Mißstände sind bei keiner der Anstalten zu Tage getreten.

Die Gewinnung geeigneter Lehrkräfte für die zur Aufnahme schulpflichtiger Zöglinge bestimmten Rettungsanstalten bereitet diesen nach wie vor große Schwierigkeiten. Es darf gehofft werden, daß der Erlaß des Herrn Kultusministers vom 14. Februar d. Js., wenn er wohlwollend gehandhabt wird, den Übertritt von Volksschullehrern an die Rettungsanstalten erleichtert. Am wirksamsten würde der vorhandene Mangel beseitigt und die drückende Last der Anstalten erleichtert werden, wenn das Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer dahin abgeändert würde, daß den Lehrpersonen die von ihnen als Lehrer oder Erzieher im Dienste von Erziehungsanstalten der inneren Mission verbrachte Zeit bis zur Dauer von 10 Jahren auf ihr Dienstalter im öffentlichen Volksschuldienste angerechnet werden könnte, ohne daß die gegenwärtig erforderlichen Nachzahlungen an die Alterszulagekasse geleistet zu werden brauchten.

Die Unterbringung schulpflichtiger Zöglinge evangelischen Bekenntnisses in Familien konnte dank der Vermittelung der Pestalozzistiftung ohne Schwierigkeiten bewirkt werden.

Inzwischen haben auch die katholischen Kirchenbehörden die Gründung von Erziehungsvereinen in den beiden Diözesen Hildesheim und Osnabrück zwecks Nachweises geeigneter katholischer Pflegefamilien in die Wege geleitet.

Dem Bekenntnisse der Zöglinge ist bei ihrer Unterbringung in jedem einzelnen Falle Rechnung getragen.

Die Einrichtung, wonach ein unsererseits mit der Prüfung der Verhältnisse der Fürsorgezöglinge betrauter Kontrollbeamter die Pflegehäuser aufsucht und sein Augenmerk darauf richtet, ob die Verhältnisse des Hauses, Unterkunft, Lohn und Kleidung des Zöglings den zu stellenden Anforderungen entsprechen, hat sich durchaus bewährt.

Im Berichtsjahre sind die Verhältnisse von 738 Fürsorgezöglingen und zwar von 519 Familienpfleglingen und 219 Anstaltszöglingen einer Prüfung unterzogen worden.

Die in den Jahren 1904 und 1905 im Anschluß an die Jahresversammlung des Evangelischen Vereins zu Hannover von uns veranstaltete Konferenz zur Besprechung von Fragen aus der Praxis der Fürsorgeerziehung mit den Fürsorgern und Anstaltsvorstehern hat gezeigt, daß es erwünscht und der Sache dienlich ist, wenn von Zeit zu Zeit eine Gelegenheit zu zwangloser Erörterung der bei der Ausführung der Fürsorgeerziehung sich ergebenden Zweifel geboten und die Möglichkeit einer Aussprache der Fürsorger untereinander gegeben wird. Die bisherigen Konferenzen haben aber ihren Zweck nur unvollkommen erreicht, weil die Zahl der daran teilnehmenden Fürsorger nur klein war. Um diesem Mangel abzuhelfen, haben wir uns entschlossen, die Konferenzen in Zukunft für kleinere Bezirke innerhalb der Provinz abzuhalten und den Teilnehmern eine angemessene Entschädigung zu gewähren.

In zehn Fällen ist von uns gegen den Beschluß des Vormundschaftsgerichts die sofortige Beschwerde erhoben.

Die im vorigen Berichte ausgesprochene Hoffnung, daß es bald gelingen möge, auch eine Heilanstalt für lungenkranke weibliche Fürsorgezöglinge in nicht mehr schulpflichtigem Alter ins Leben zu rufen, hat sich insofern erfüllt, als der Verein für bedürftige Lungenkranke in Hannover sich vertragsmäßig verpflichtet hat, in Verbindung mit der Heilanstalt „Heidehaus" in der Gemarkung Marienwerder bei Hannover die erforderlichen Einrichtungen zur Unterbringung, Pflege und ärztlichen Behandlung von 20 lungenkranken weiblichen Fürsorgezöglingen zu treffen und im Laufe des Jahres 1907 fertig zu stellen. Zur Bestreitung der Kosten, welche dem Verein für bedürftige Lungenkranke dadurch erwachsen, haben wie ein Darlehen von 80000 Mk. zugesichert. *)

---

*) **Der Oberpräsident der Provinz Hannover.** Hannover, den 11. September 1907.

Nr. 11702. O. P.

Betrifft die Unterbringung weiblicher lungenkranker Fürsorgezöglinge.

In der Heilstätte „Heidehaus" sollen die arbeitsfähigen Fürsorgezöglinge, welche einer besonderen Aufsicht bedürfen, zunächst in dem oberen Stockwerk eines am 1. Oktober d. Js. zu eröffnenden Pavillons, der einen getrennten Tagesraum und eine getrennte Liegehalle besitzt, derart untergebracht werden, daß sie von den übrigen Patienten vollständig abgesondert sind.

Schwerer erkrankte, nicht mehr arbeitsfähige Fürsorgezöglinge werden in einem anderen Pavillon untergebracht werden, wo bei nur kleinen Räumen (1 und 2 Betten) eine Absonderung gleichfalls leicht durchführbar ist.

Der Verein für bedürftige Lungenkranke in Hannover, dem die Heilstätte gehört, plant alsbald einen weiteren Frauenpavillon auf einem an das Gebiet der Heilstätte angrenzenden, aber von diesem völlig abgeschlossenen Grundstücke zu erbauen, der dann ausschließlich für Fürsorgezöglinge bestimmt werden wird. [1])

Eine erziehliche Einwirkung auf die Fürsorgezöglinge wird durch eine Schwester des hiesigen Clementinenhauses unter Beteiligung eines evangelischen und eines katholischen Pastors geplant.

gez. Wentzel.

An den Herrn Minister des Innern in Berlin.

---

[1]) Nach einem neuerlichen Berichte des Oberpräsidenten ist der für weibliche Fürsorgezöglinge geplante Pavillon nunmehr fertiggestellt, so daß die Aufnahme von Kranken jederzeit erfolgen kann.

Der Unterbringung und Erziehung der geistig minderwertigen Zöglinge wird fortgesetzt die größte Beachtung geschenkt. Um ein zutreffendes Urteil darüber zu gewinnen, inwieweit die Zöglinge zur Erziehung tauglich sind und welche Mittel und Wege zur Erreichung eines Erfolges am besten geeignet erscheinen, haben wir kürzlich durch den Direktor der unserer Verwaltung unterstellten Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt zu Göttingen eine einheitliche psychiatrische Untersuchung sämtlicher von uns in Anstalten innerhalb der Provinz Hannover untergebrachten männlichen und weiblichen schulentlassenen Fürsorgezöglinge vornehmen lassen, deren Ergebnis noch nicht vorliegt.

Entweichungen sind namentlich bei den der Schule entwachsenen Zöglingen ziemlich oft vorgekommen. Infolge des Ministerialerlasses vom 21. Mai 1906, betreffend die Ermittelung von Personen, die durch die Polizei gesucht werden, ist das bisherige Verfahren zur Ermittelung und Festnahme flüchtiger Fürsorgezöglinge dahin abgeändert, daß die Benachrichtigung der Strafregisterbehörde von uns unterlassen und an Stelle des Fahndungsgesuches das vorgeschriebene Ersuchen an den Königlichen Polizeipräsidenten in Berlin getreten ist. Obgleich auf dies Ersuchen regelmäßig die Aufnahme eines entwichenen Zöglings in die Nachweisung erfolgt ist, ist bisher der gewünschte Erfolg, die baldige Ermittelung und Wiedereinlieferung der entwichenen Zöglinge nicht erreicht. Es gewinnt den Anschein, als ob die Polizeibehörden die Ermittelung und Festnahme flüchtiger Zöglinge nicht sonderlich eifrig betrieben.

Hinsichtlich der Unterbringung von Zöglingen auf Schiffen sind wir bemüht gewesen, den an uns gerichteten Ersuchen der Anstaltsvorstände wegen Nachweises einer Stelle nach Möglichkeit zu entsprechen. Durch Verhandlungen mit den Rhedereien ist zwar erreicht, daß die Bremen-Vegesacker Fischereigesellschaft zu Blumenthal und die Fischerei-Aktien-Gesellschaft „Neptun" in Emden sich bereit erklärt haben, Zöglinge auf ihren Loggern als Schiffsjungen zu beschäftigen. Da aber der Dienst der Jungen auf den Heringsloggern schwer ist, ihre seemännische Ausbildung zu wünschen übrig läßt und die Beschäftigung an Bord auf die Fangzeit beschränkt ist, so steht eine befriedigende Lösung der Frage noch aus, wie diejenigen Zöglinge, die dem Seemannsberufe sich widmen wollen, am besten auszubilden sind. Es wäre zu wünschen, daß solche Rhedereien zur Einstellung geeigneter Zöglinge als Schiffsjungen sich bereit erklärten, die ihre Schiffe in europäischer Fahrt beschäftigen und eine ordnungsmäßige Ausbildung bei ständiger Beschäftigung und Überwachung der Jungen während des ganzen Jahres gewährleisten.

Auf Veranlassung der Anstaltsvorstände haben wir in einigen Fällen, wo es sich um psychisch minderwertige Zöglinge handelte, die zum Militär ausgehoben waren, die Zivilvorsitzenden der Ersatzkommissionen davon in Kenntnis gesetzt, daß die Zöglinge während der Fürsorgeerziehung als psychisch minderwertig gegolten haben und man von ihnen nicht das erwarten könne, was von einem normalen Menschen gefordert wird.

Als ein Übelstand ist es empfunden, daß in den Rekrutierungsstammrollen die Fürsorgezöglinge bisweilen als „Fürsorgezöglinge" oder „Zöglinge" und nicht nach ihrer jeweiligen Beschäftigung als Dienstknecht, landwirtschaftlicher Arbeiter oder Lehrling bezeichnet sind. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß diese Bezeichnung aus der Stammrolle später in den bei dem betreffenden Truppenteile auszustellenden Militärpaß übernommen wird, so können sich daraus unter Umständen Unzuträglichkeiten in dem ferneren Lebensgange des früheren Fürsorgezöglings ergeben.

Die gleiche Beobachtung ist auch in den Fällen gemacht, wo es sich um Anträge auf Ausstellung von Dienst- und Arbeitsbüchern für Fürsorgezöglinge handelte.

Um den Zöglingen nachteilige Folgen für ihr späteres wirtschaftliches Fortkommen zu ersparen, dürfte es sich empfehlen, die zuständigen Behörden darauf aufmerksam zu machen, daß die Kennzeichnung der in Fürsorgeerziehung stehenden Militärpflichtigen und Inhaber von Dienst- und Arbeitsbüchern als Fürsorgezöglinge zu unterbleiben hat.

Bei der Durchführung des Gesetzes sind gegen die früheren Jahre wesentlich neue Momente nicht hervorgetreten. Es ist zweifellos, daß die Wirkung des Gesetzes auch weiterhin eine ersprießliche gewesen ist. Von Anstaltsleitern, die das Erziehungswerk an sittlich gefallenen weiblichen Zöglingen auszuüben haben, wird es als ein Mangel empfunden, daß das Gesetz keine Handhabe bietet, solche Zöglinge, bei denen jegliche erziehliche Einwirkung an dem offenen Widerstreben sich zu bessern scheitert, einem Arbeitshause zu überweisen. Derartige widerstrebende Elemente müssen jetzt zum Schaden der besserungs-

willigen in den Anstalten mitgeschleppt werden und belasten den Anstaltsbetrieb und die Erziehungsarbeit in ungewöhnlich hohem Maße.

Nach wie vor wird darüber geklagt, daß die vorbeugende Wirkung des Gesetzes nicht in wünschenswerter Weise zur Geltung kommt.

Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Hannover.

Nach den Berichten der Regierungspräsidenten sind bemerkenswerte Wahrnehmungen allgemeiner Natur bei Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes nicht gemacht worden. Jedoch wird noch immer darüber geklagt, daß unter Berufung auf die bekannte Stellung des Kammergerichts eine größere Anzahl von Anträgen auf Fürsorgeerziehung seitens der Gerichte abgewiesen ist, bei denen nach Ansicht der Verwaltungsbehörden die Einleitung der Fürsorgeerziehung angezeigt gewesen wäre.

Der Bezirksausschuß in Lüneburg hat in dieser Frage einen beachtenswerten Beschluß gefaßt, der sich gegen die Auffassung des Kammergerichts wendet. Der Beschluß ist in Nr. 47 des Preußischen Verwaltungsblattes vom 25. August 1906 S. 839 zum Abdruck gelangt.

Die Anstalten, in denen Fürsorgezöglinge untergebracht sind, habe ich revidieren lassen. Erhebliche Mängel sind bei den Revisionen nicht bemerkt worden.

Von der im Bericht des Landesdirektoriums wiedergegebenen Wahrnehmung, daß gemäß § 5 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 vorläufig unterzubringende Minderjährige dem städtischen Armenhause ihres Wohnorts zugeführt worden sind, habe ich den Regierungspräsidenten der Provinz mit dem Ersuchen Kenntnis gegeben, durch geeignete Anweisung für eine den Vorschriften des § 5 a. a. O. entsprechende vorläufige Unterbringung Sorge zu tragen.

Westfalen.

Bericht des Landeshauptmannes der Provinz Westfalen.

Im Berichtsjahre 1906 sind 748 Minderjährige zur Fürsorgeerziehung überwiesen, also noch 2 mehr wie im Vorjahre. In welcher Weise sich die überwiesenen Minderjährigen auf die einzelnen Konfessionen, Geschlechter und Altersklassen verteilen, auf Grund welcher Ziffern des § 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 die Überweisungen ausgesprochen sind, wieviel Zöglinge in Anstalten, wieviel in Familien, in Lehre oder Dienst untergebracht sind, bei wieviel Zöglingen die Unterbringung nicht zur Ausführung gekommen ist, aus welchen Kreisen der Provinz endlich die Überwiesenen stammen und in welchen Kreisen sie untergebracht sind, ergeben die Anlagen I und II (hierunter abgedruckt).

Wie die bezügliche Nachweisung ergibt, ist die Zahl der noch nicht ausgeführten Beschlüsse gegen das Vorjahr noch weiter auf 73 zurückgegangen. Ein Minderjähriger ist vor der Überweisung gestorben.

Infolge des stetigen Anwachsens der Zahl der überwiesenen Zöglinge haben zwei weitere Anstalten in Benutzung genommen werden müssen:

a) die Anstalt Friedrich-Wilhelmshütte zu Eckardtsheim bei Bielefeld für schulentlassene evangelische Knaben,

b) das Erziehungs- und Pflegehaus zu Opherdicke für schulpflichtige evangelische Knaben.

Den größten Teil der von dem Westfälischen Kommunalverbande zur Unterbringung von Fürsorgezöglingen benutzten Anstalten habe ich im Berichtsjahre teils selbst besucht, teils durch meinen Dezernenten einer Besichtigung unterziehen lassen. Trotzdem diese Besichtigung stets unangemeldet vorgenommen wurde, hat sie zu besonderen Ausstellungen keine Veranlassung gegeben. Von der Aufforderung, etwaige Klagen unter vier Augen vorzubringen, ist in keinem Falle Gebrauch gemacht. Wo sonst Klagen, namentlich von entwichenen Zöglingen schriftlich hier eingegangen sind, haben sie sich trotz eingehender Untersuchung stets als unbegründet erwiesen.

Es kann daher das in den früheren Berichten über die Anstalten abgegebene günstige Urteil auch jetzt nur wiederholt werden; allerdings muß darauf Bedacht genommen werden, in manchen Anstalten die Arbeitsgelegenheit noch vielseitiger zu gestalten und in erziehlicher Hinsicht nicht recht geeignete Arbeiten durch andere zu ersetzen. Um der Gefahr unzulässiger Züchtigungen vorzubeugen, habe ich wegen der Art, der Höhe und der Vollstreckung der körperlichen Züchtigung bindende Vorschriften erlassen, auch angeordnet, daß alle Strafen dem Grunde und der Art nach in eine Liste eingetragen werden, die mir halbjährlich zum 1. April und 1. Oktober einzusenden ist.

In Erkenntnis der Wichtigkeit einer sorgsamen Zahnpflege haben verschiedene Anstalten mit Zahnärzten oder von dem zuständigen Kreisarzte gut empfohlenen Zahntechnikern Verträge abgeschlossen, wonach alle Zöglinge periodisch inbezug auf die Zähne untersucht und nach Bedarf behandelt werden.

Einer groben Unbotmäßigkeit haben sich im Mai v. Js. 7 Insassen des Magdalenenheims zu Dortmund schuldig gemacht, indem sie sich derart widerspenstig zeigten und durch Schreien und Lärmen die Ruhe des Hauses derart störten, daß 4 von ihnen in polizeilichen Gewahrsam gebracht werden mußten. Sie sind dann auf die zur Verfügung stehenden entsprechenden Anstalten verteilt worden.

Mit welchem Maß von Schlechtigkeit man gerade bei den Insassen der Mädchenanstalten zu rechnen hat, dafür mag als klassisches Beispiel die Tatsache dienen, daß kürzlich in dem Mädchenasyl zu Werther ein Teil der zum Waschen übergebenen feinen Wäsche böswillig durch Glassplitter beschädigt ist.

Überhaupt muß namentlich unter den weiblichen Zöglingen mit einem nicht unerheblichen Bruchteil unverbesserlicher Elemente gerechnet werden. Es gelingt nicht einmal, alle Zöglinge so weit im guten zu fördern, daß wenigstens ein Versuch mit der Familienerziehung gemacht werden kann; es sind unter ihnen manche Elemente, die sich gar nicht bessern lassen wollen oder die doch zu willensschwach sind, als daß sie ihren tief eingewurzelten bösen Neigungen erfolgreich Widerstand leisten könnten. Bei ihnen bleibt also nichts anderes übrig, als sie bis zur Volljährigkeit in den Anstalten festzuhalten. Es ist das eine Erscheinung, die mir in fast allen bezüglichen Anstalten begegnet, trotzdem die Anstalten immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es notwendig ist, in allen nur eben möglichen Fällen wenigstens einen Versuch mit der Unterbringung in Familien zu machen, da ich natürlich nicht verkenne, daß die allmähliche Überleitung von der Anstaltserziehung durch die Familienerziehung in die Freiheit bessere erzieherische Erfolge verspricht wie der unvermittelte Sprung aus der Anstalt in die Freiheit. Alles das gilt, wenn auch in etwas geringerem Maße, auch von den männlichen Zöglingen. Bei dem großen Freiheitsdrang dieser Zöglinge bleibt auch nichts anderes übrig, als sie in Anstalten mit gefängnisartigem Charakter unterzubringen, in denen ihnen das Entweichen unmöglich gemacht oder doch wenigstens sehr erschwert wird. Denn mag man die Tatsache der Entweichung an sich auch noch so gering anschlagen, trotzdem jede Entweichung schon wegen der damit verbundenen Beunruhigung der übrigen Anstaltsinsassen unzweifelhaft für die Erziehung sehr nachteilig wirkt, so darf man doch vor allem nicht übersehen, daß der entwichene Zögling meist darauf angewiesen ist, sich durch eine strafbare Handlung die Mittel zu seinem Weiterkommen zu verschaffen und daß daher Bettel, Diebstahl und ähnliche Vergehen die regelmäßigen Folgeerscheinungen des Entweichens sind.

Daß eine derartige Festhaltung noch in den Rahmen der Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes fällt, will mir nicht ganz unzweifelhaft erscheinen. Geht man davon aus, daß Zweck dieses Gesetzes doch ist, die Zöglinge zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen, so fallen meines Erachtens nicht mehr unter das Gesetz diejenigen Fälle, in denen nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Erziehungsfaktoren dieser Zweck nicht erreicht werden kann. Jedenfalls ist es bedauerlich, daß man diese Elemente, so weit man sie für ihr Tun voll verantwortlich machen kann, nicht einfach in Korrigendenanstalten unterbringen darf, sondern mit großen Kosten für sie besondere Anstalten schaffen muß, zumal schon die bloße Möglichkeit, sie in Korrigendenanstalten unterzubringen, auf manche Zöglinge heilsam wirken würde.

Die Frage, ob ein Bedürfnis besteht, für die geistig minderwertigen Zöglinge besondere Einrichtungen zu treffen, habe ich gelegentlich einer im Mai v. Js. mit den Anstaltsvorstehern abgehaltenen Konferenz zum Gegenstande der Erörterung gemacht. Abgesehen von den schulentlassenen weiblichen Zöglingen, wurde von der Mehrheit der Versammelten das Bedürfnis nach besonderen Anstalten für diese Zöglinge verneint, vielmehr die Ansicht vertreten, daß mit besonderen Schulklassen für diese Zöglinge in den vorhandenen Anstalten auszukommen sei.

Ich habe daher einstweilen neben der Beteiligung an der schon in meinem vorigen Berichte erwähnten von der Anstalt Kaiserswerth zu erbauenden Anstalt nur noch die Beteiligung an einer von dem Verein Notburgahaus zu Düsseldorf für schulentlassene katholische Mädchen zu errichtenden Anstalt in Aussicht genommen, ich bin aber nach wie vor der Meinung, daß sich auch für die übrigen Kategorien von Fürsorgezöglingen nach und nach wohl das gleiche Bedürfnis ergeben wird und habe daher den Anstaltsvorstehern dringend empfohlen, sich mit dieser Frage eingehend weiter zu beschäftigen. Daß die Erkenntnis von der Bedeutung dieser Frage wächst, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie auf fast allen Fürsorgeerziehungskonferenzen der letzten Jahre zum Gegenstande der Erörterung gemacht ist. Erwähnt mag noch werden, daß mir auch bereits ein Angebot des Vorsitzenden des katholischen Erziehungsvereins der Diözese Paderborn auf Errichtung einer besonderen Anstalt zum Zwecke der individuellen Behandlung und Ausbildung schwach veranlagter schulpflichtiger Zöglinge vorliegt.

Was nun die mit der Familienerziehung gemachten Erfahrungen betrifft, so kann hier im allgemeinen nur das günstige Urteil der früheren Berichte wiederholt und daher auf die früheren Berichte verwiesen werden.

Die in meinem Auftrage vorgenommenen Revisionen ergaben, daß die Auswahl der Familien regelmäßig mit der erforderlichen Sorgfalt vorgenommen wird, wenngleich immerhin einige Fälle zu verzeichnen sind, in denen die betreffende Familie nachträglich als ungeeignet erkannt wurde und infolgedessen die Wegnahme der Zöglinge erfolgen mußte. Bedauerlicherweise hat in zwei Fällen der Pflegevater bezw. Dienstherr sich an dem ihm anvertrauten weiblichen Zöglinge vergangen. Beide Fälle sind zur Anzeige gebracht. Der eine Fall ist durch Verurteilung zu einer längeren Freiheitsstrafe schon erledigt; in dem anderen Falle steht die Verurteilung noch bevor. Die Vorschrift, daß nicht mehrere Zöglinge in einer Familie untergebracht werden sollen, ist bei schulentlassenen Zöglingen nicht mehr überall beobachtet. Von verschiedenen Anstaltsvorstehern ist darauf hingewiesen, daß infolge des Steigens der Zahl der Zöglinge erprobte Familien nicht mehr in hinreichender Zahl vorhanden seien und daß es daher besser sei, zwei Zöglinge in einer als gut erkannten Familie unterzubringen, als einen Zögling in eine noch unbekanntere Familie zu geben und daß es bei dem heutigen Dienstbotenmangel auf dem Lande, wo die Herrschaften in der Auswahl des Gesindes nicht wählerisch sein könnten, auch richtiger sei, zwei Zöglinge, die man beide kenne und beide in der Gewalt habe, zusammen unterzubringen, als einen Zögling mit freiem Gesinde zusammen zu bringen, von dem man nichts wisse und dessen Verhalten niemand kontrolliere. Unzuträglichkeiten haben sich aus dieser Praxis bisher nicht ergeben, zumal darauf gehalten wird, daß nicht Zöglinge aus verschiedenen Anstalten in einer Familie untergebracht werden.

Bezüglich der Tätigkeit der Fürsorger gilt auch jetzt noch das in früheren Berichten Gesagte. Ich glaube feststellen zu können, daß von Ausnahmen abgesehen, die Gesamtheit der Fürsorger in denjenigen Gegenden mit größerem Verständnis und Interesse ihres Amtes waltet, in denen bisher schon periodische Fürsorgerkonferenzen abgehalten sind, wie in Bielefeld, Soest und Siegen, und habe es daher dankbar begrüßt, daß auf meine Anregung hin die Herren Bischöfe zu Münster und Paderborn auch für die katholischen Fürsorger die Abhaltung von jährlichen Konferenzen angeordnet haben.

Zur Revision der in Familien untergebrachten Zöglinge ist vom 1. April d. Js. ab als 4. Revisor Herr Pastor Strathmann in Opherdicke für die in den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster untergebrachten evangelischen Zöglinge gewonnen, nachdem Herr Pastor Siebold, dem hiernach nur der Regierungsbezirk Minden verbleibt, um Entlastung gebeten hatte.

Die Tatsache, daß die Zahl der Überweisungen aus Ziffer 1 des Gesetzes mit 261 annähernd dieselbe geblieben ist wie im Vorjahre (266), bestätigt die auch in den früheren Berichten vertretene Ansicht, daß von einer Lahmlegung des Gesetzes inbezug auf die unverdorbenen Elemente infolge der Judikatur des Kammergerichts nicht die Rede sein kann, daß es vielmehr auch nach dieser Judikatur noch sehr wohl möglich ist, den vorbeugenden Charakter des Gesetzes zur Geltung zu bringen und daß daher ein Bedürfnis, das Gesetz nach dieser Richtung hin abzuändern, nach den hier gemachten Erfahrungen nicht anerkannt werden kann.

Ich gehe allerdings bei Prüfung der Frage, ob Fürsorgeerziehung erforderlich ist oder ob die Anwendung des § 1666 B. G. B. genügt, stets davon aus, daß abgesehen von den seltenen Fällen, wo die Angehörigen mit der Wegnahme der Kinder einverstanden sind, regelmäßig die Unterbringung

der Kinder an demselben Orte nicht ausreicht um sie dem Einfluß der Angehörigen zu entziehen, sondern daß dazu die Unterbringung außerhalb des Wohnorts der Eltern erforderlich ist. Die bei der Durchführung der Fürsorgeerziehung hier gemachten Erfahrungen bestätigen auch die Richtigkeit dieser Ansicht mehr und mehr. Es zeigt sich immer mehr, daß in den meisten Fällen eine ungestörte erfolgreiche Erziehung nur dann möglich ist, wenn es gelingt, den Einfluß der Angehörigen vollständig fern zu halten und daß im allgemeinen jede auch nur vorübergehende Verbindung der Angehörigen leicht schädliche Folgen hat, sei es, daß sie ihre Kinder gegen die Pflegeeltern, Dienst- und Lehrherren einzunehmen wissen, sei es, daß sie in ihnen das Gefühl erwecken oder stärken, daß ihnen durch Anordnung der Fürsorgeerziehung ein großes Unrecht geschehen sei.

In Übereinstimmung mit den Wünschen aller Anstaltsvorsteher wird daher bei Prüfung der Frage, ob ein Verkehr mit den Angehörigen gestattet werden darf, namentlich bei den Familienzöglingen mit möglichster Strenge verfahren. Die in meinem vorigen Bericht erwähnte Beschwerde gegen die Anordnung eines Amtsgerichtes, durch welche dem Vater von der Fürsorgeerziehung überwiesenen Kindern gestattet wurde, die Kinder jährlich einmal zu besuchen, ist von dem Landgericht in meinem Sinne entschieden und die amtsgerichtliche Anordnung aufgehoben worden.

Bei 19 überwiesenen Minderjährigen ist auf meine Beschwerde der die Fürsorgeerziehung anordnende Gerichtsbeschluß aufgehoben; bei 23 weiteren Minderjährigen konnte ich die vorläufig eingelegte Beschwerde nach Durchsicht der Gerichtsakten zurücknehmen.

Der in dem vorigen Berichte erwähnte Prozeß wegen Tragung der Kosten der ärztlichen Gesundheitsbescheinigung ist in erster Instanz zu Ungunsten des Provinzialverbandes entschieden. Die Entscheidung der Berufungsinstanz steht noch aus.

Der im vorigen Jahre mit 4 Zöglingen — einer trat vorher wieder zurück — begonnene Versuch, Fürsorgezöglinge auf Heringsloggern unterzubringen, kann als wohlgelungen bezeichnet werden, da, trotzdem alle 4 Zöglinge von sehr schlechter Führung waren, nur einer von ihnen entwichen ist, die drei anderen aber sich tadellos geführt und nach Beendigung der Fangsaison mit guten Empfehlungen für den Winter Dienst auf anderen Schiffen genommen haben.

Auf Grund dieser Erfahrungen soll der Versuch in diesem Jahre in größerem Umfange mit 24 Zöglingen wiederholt werden. Zu seinem Gelingen wird, wie ich hoffe, wesentlich auch der Umstand mit beitragen, daß die betreffende Fischereigesellschaft in diesem Jahre eine geeignete Persönlichkeit besonders angestellt hat, um die Zöglinge in der freien Zeit während des Aufenthalts in dem Heimatshafen zu beaufsichtigen.

Wegen Heranziehung der Angehörigen zu den Kosten der Fürsorgeerziehung gilt das in den früheren Berichten Gesagte. Die Klagen auf Freistellung von den Beiträgen sind auch jetzt wieder in allen Fällen abgewiesen worden; in zwei Fällen mußten aber die Kosten des eigenen Anwalts wegen Unpfändbarkeit des Gegners von dem Provinzialverbande selbst getragen werden.

Unbegründete Entlassungsanträge gehen noch immer sehr zahlreich ein. Wo eine Entlassung eintreten konnte, ist sie regelmäßig wie früher zunächst nur auf Widerruf erfolgt und erst bei Bewährung in der Freiheit die endgültige Entlassung ausgesprochen worden. Wieviel Zöglinge widerruflich, wieviel endgültig vorzeitig, wieviel wegen Volljährigkeit entlassen sind, wie sich bei den letzteren nach dem Urteil meines Dezernenten das Ergebnis der Fürsorgeerziehung darstellte, wieviel Zöglinge gestorben, wieviel entwichen sind, in wieviel Fällen eine Bestrafung auf Grund des § 21 des Fürsorgeerziehungsgesetzes gegen Angehörige von Zöglingen veranlaßt ist, in wieviel Fällen endlich die widerrufliche Entlassung aufgehoben werden mußte, ergibt die Anlage III (hierunter abgedruckt). In ihr haben auch die Zwangszöglinge Berücksichtigung gefunden.

Anlage I
zu Seite 38.

Zusammenstellung I

der in der Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 zur Fürsorgeerziehung rechtskräftig überwiesenen Zöglinge, unter Angabe des Glaubensbekenntnisses und getrennt nach dem Geschlecht und den drei in Betracht kommenden Altersstufen (noch nicht schulpflichtige, schulpflichtige und schulentlassene Zöglinge).

Provinzial- bezw. Bezirksverband	Gesamtzahl	noch nicht schulpflichtige							
		männlich				weiblich			
		kath.	evang.	jüd.	sonst. Bek.	kath.	evang.	jüd.	sonst. Bek.
Westfalen	748	22	10	—	—	8	9	—	—

Fortsetzung der Zusammenstellung I.

schulpflichtige								schulentlassene							
männlich				weiblich				männlich				weiblich			
kath.	evang.	jüd.	sonst. Bek.	kath.	evang.	jüd.	sonst. Bek.	kath.	evang.	jüd.	sonst. Bek.	kath.	evang.	jüd.	sonst. Bek.
158	154	1	—	58	57	—	—	71	77	—	—	54	68	1	—

Zu Anlage I.

Zusammenstellung II

über die Art der Unterbringung der vorstehend aufgeführten Fürsorgezöglinge (Anstalts- oder Familienerziehung) sowie der Gründe, aus denen die Überweisung erfolgt ist.

Provinzial- bezw. Bezirksverband	Gesamtzahl	Die Überweisung ist erfolgt gem. § 1 des Ges. auf Grund der Ziffer			Die Unterbringung ist erfolgt			
		1	2	3	in Anstalten	in Familienpflege	in Lehre oder als Geselle bei einem Handwerksmeister, in Gesindedienst	ist noch nicht erfolgt
Westfalen	748	261	105	382	511 (Davon 68 in Fürsorgeheimen.)	130	33	73 (1 gestorben.)

Nachweisung

Anlage II
zu Seite 38.

über die Anzahl der in der Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 aus den verschiedenen Kreisen der Provinz Westfalen endgültig der Fürsorgeerziehung überwiesenen Zöglinge und deren Unterbringung.

Lfd. Nr.	Name des Kreises	Gesamtzahl	Bevölkerungszahl	Also auf 10000 Einwohner	Wo und wie untergebracht: Kreis	Lehre oder Dienst	Familie	Anstalt
1	Ahaus	1	50170	0,20	Ahaus	—	—	—
2	Beckum	5	56292	0,89	Beckum	—	1	—
3	Borken	8	64050	1,25	Borken	1	—	13
4	Coesfeld	2	52236	0,38	Coesfeld	6	6	84
5	Lüdinghausen	2	46282	0,43	Lüdinghausen	—	5	—
6	Münster Stadt	39	81468	4,78	Münster Stadt	—	—	20
7	Münster Land	2	41892	0,47	Münster Land	1	5	36
8	Recklinghausen Stadt	6	44396	1,35	Recklinghausen Stadt	—	—	—
9	Recklinghausen Land	62	218865	2,87	Recklinghausen Land	—	—	—
10	Steinfurt	5	75394	0,67	Steinfurt	1	2	31
11	Tecklenburg	5	56037	0,89	Tecklenburg	2	10	19
12	Warendorf	—	30972	—	Warendorf	1	3	—
13	Bielefeld Stadt	35	71797	4,87	Bielefeld Stadt	—	1	19
14	Bielefeld Land	6	65792	0,91	Bielefeld Land	—	6	51
15	Büren	—	37091	—	Büren	—	12	—
16	Halle	3	30709	0,97	Halle	—	1	10
17	Herford	9	116705	0,77	Herford	4	16	1
18	Höxter	14	57510	2,43	Höxter	—	1	—
19	Lübbecke	1	50830	0,20	Lübbecke	1	5	28
20	Minden	28	107817	1,85	Minden	—	3	21
21	Paderborn	9	58816	1,53	Paderborn	—	2	6
22	Warburg	3	32739	0,91	Warburg	—	3	48
23	Wiedenbrück	8	57279	1,37	Wiedenbrück	—	4	18
24	Altena	16	105935	1,51	Altena	—	—	—
25	Arnsberg	4	58762	0,68	Arnsberg	3	2	—
26	Bochum Stadt	50	118464	4,22	Bochum Stadt	—	1	—
27	Bochum Land	21	115129	1,82	Bochum Land	—	—	—
	Zu übertragen	344				20	89	405

Fortsetzung der Anlage II.

Lfd. №	Name des Kreises	Gesamtzahl	Bevölkerungszahl	Also auf 10000 Einwohner	Wo und wie untergebracht: Kreis	Lehre oder Dienst	Familie	Anstalt
	Übertrag	344				20	89	405
28	Brilon	11	41170	2,66	Brilon	—	9	3
29	Dortmund Stadt	85	175292	4,84	Dortmund Stadt	—	—	13
30	Dortmund Land	58	181244	3,20	Dortmund Land	—	—	—
31	Gelsenkirchen Stadt	40	147005	2,72	Gelsenkirchen Stadt	—	—	—
32	Gelsenkirchen Land	24	120052	1,16	Gelsenkirchen Land	—	—	—
33	Hagen Stadt	23	77567	2,96	Hagen Stadt	—	—	—
34	Hagen Land	19	68717	2,77	Hagen Land	1	—	—
35	Hamm Stadt	18	38429	4,68	Hamm Stadt	1	—	—
36	Hamm Land	5	87223	0,57	Hamm Land	—	1	—
37	Hattingen	9	88097	1,02	Hattingen	—	—	—
38	Herne	5	33265	1,50	Herne	—	—	—
39	Hörde	17	128072	1,32	Hörde	2	—	30
40	Iserlohn	20	93725	2,13	Iserlohn	1	1	—
41	Lippstadt	4	45408	0,88	Lippstadt	1	1	—
42	Meschede	1	40017	0,22	Meschede	—	1	4
43	Olpe	11	44939	2,44	Olpe	2	2	—
44	Schwelm	9	80012	1,12	Schwelm	1	1	—
45	Siegen	9	106475	0,84	Siegen	—	13	14
46	Soest	16	57857	2,76	Soest	—	3	—
47	Witten	13	35841	3,62	Witten	—	—	—
48	Wittgenstein	7	24121	2,90	Wittgenstein	—	8	—
	Summe	748			Stolzenau	—	1	—
					Elberfeld	—	—	2
					Hannover Land	—	—	1
					Potsdam	—	—	1
					Wetzlar	—	1	—
					St. Goar	—	—	1
					Gummersbach Rhld.	—	—	1
					Sulingen	—	—	36
					Wittlage	—	1	—
					Biedenkopf	—	1	—
					Cöln Stadt	—	—	1
					Summe	29	133	512
							674	
					noch nicht untergebracht bezw. (1) gestorben		74	
					Summe nebenstehend		748	

Provinz Westfalen.

Anlage III
zu Seite 41.

Übersicht.

A. Widerruflich entlassen sind . . . . . 120 Zöglinge;
94 Fürsorgezöglinge, 26 Zwangszöglinge
oder

Fürsorgezöglinge:	Zwangszöglinge:
69 Knaben, 25 Mädchen.	23 Knaben, 3 Mädchen.

B. Endgültig vorzeitig entlassen sind . . . . . 19 Zöglinge;
14 Fürsorgezöglinge, 5 Zwangszöglinge
oder

Fürsorgezöglinge:	Zwangszöglinge:
12 Knaben, 2 Mädchen.	4 Knaben, 1 Mädchen.

C. Als „volljährig" sind entlassen . . . . . 176 Zöglinge;
142 Fürsorgezöglinge, 34 Zwangszöglinge
oder

Fürsorgezöglinge:	Zwangszöglinge:
72 Knaben, 70 Mädchen.	31 Knaben, 3 Mädchen.

Von den „Volljährigen" sind entlassen:

I. Fürsorgezöglinge		II. Zwangszöglinge	
als		als	
a. gebessert		a. gebessert	
24 Knaben	25 Mädchen	14 Knaben	2 Mädchen
b. zweifelhaft		b. zweifelhaft	
22 Knaben	29 Mädchen	7 Knaben	1 Mädchen
c. erfolglos		c. erfolglos	
26 Knaben	16 Mädchen	10 Knaben	— Mädchen

Von den als „gebessert" entlassenen Fürsorgezöglingen waren

Knaben		Mädchen	
1	= 1 Jahr in Fürsorgeerziehung	11	= 3 Jahre in Fürsorgeerziehung
1	= 2 „ „ „	7	= 4 „ „ „
6	= 3 „ „ „	7	= 5 „ „ „
10	= 4 „ „ „	25	
6	= 5 „ „ „		
24			

Von den als „zweifelhaft" entlassenen Fürsorgezöglingen waren

Knaben		Mädchen	
1	= 1 Jahr in Fürsorgeerziehung	6	= 2 Jahre in Fürsorgeerziehung
6	= 3 „ „ „	8	= 3 „ „ „
9	= 4 „ „ „	8	= 4 „ „ „
6	= 5 „ „ „	7	= 5 „ „ „
22		29	

Fortsetzung der Anlage III.

Von den als „erfolglos" entlassenen Fürsorgezöglingen waren

Knaben:			Mädchen:		
8	3	Jahre in Fürsorgeerziehung	1	2	Jahre in Fürsorgeerziehung
11	4	„ „ „	7	3	„ „ „
7	5	„ „ „	5	4	„ „ „
26			3	5	„ „ „
			16		

D. Gestorben sind 16 Fürsorge- und 1 Zwangszögling
11 Knaben, 5 Mädchen. 1 Knabe.

E. Entweichungen in . . . . . 382 Fällen;
Fürsorgezöglinge in 333 Fällen
Zwangszöglinge „ 49 „
382 Fällen.

Fürsorgezöglinge in			Zwangszöglinge in		
268	Fällen	1 × entwichen	45	Fällen	1 × entwichen
28	„	2 × „	2	„	2 × „
3	„	3 × „	49	Fällen.	
333	Fällen.				

Überhaupt

313	Fälle	1 × entwichen
30	„	2 × „
3	„	3 × „
382	Fälle.	

Knaben:			Mädchen:		
326 Entweichungen und zwar:			56 Entweichungen und zwar:		
271	1 ×	entwichen	42	1 ×	entwichen
26	2 ×	„	4	2 ×	„
1	3 ×	„	2	3 ×	„
326			56		

F. Bestrafung auf Grund des § 21 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 ist beantragt in 11 Fällen.
In Frage kommen:

Fürsorgezöglinge:	Zwangszöglinge:
9 Knaben, 1 Mädchen.	1 Knabe.

G. Widerrufliche Entlassung aufgehoben in 9 Fällen
und zwar

Fürsorgezöglinge:	Zwangszöglinge:
6 Knaben.	1 Knabe, 2 Mädchen.

Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen.

Meinerseits habe ich über den Stand der Fürsorgeerziehung im abgelaufenen Rechnungsjahre neben den eingehenden Erörterungen des Landeshauptmannes nur noch folgendes hervorzuheben.

Die Zahl der Fälle, in welchen Fürsorgeerziehung rechtskräftig angeordnet ist, beträgt 748 gegen 746 im Vorjahre. Damit ist erstmalig ein gewisser Stillstand eingetreten, nachdem bisher von Jahr zu Jahr eine erhebliche Zunahme der Überweisungsfälle zu verzeichnen war, nämlich a. 1902 = 537 Fälle, a. 1903 = 624 Fälle, a. 1904 = 689 und a. 1905 = 746 Fälle. Indessen ist nach der im Jahre 1906 stark gestiegenen Zahl der Anträge auf Anordnung der Fürsorgeerziehung Grund für die Vermutung vorhanden, daß nach dem Stande zu Ende des laufenden Rechnungsjahres wieder eine wesentliche Vermehrung der Fälle rechtskräftiger Überweisung zur Fürsorgeerziehung in die Erscheinung treten wird. Denn allein in dem Regierungsbezirke Arnsberg sind im Berichtsjahre 878 Anträge auf Fürsorgeerziehung gestellt gegen nur 670 im Vorjahre und 657 im Jahre 1904, und nur in 51 von jenen 878 Fällen ist bisher eine Ablehnung des Antrages erfolgt.

Die Zahl der gemäß § 1 Ziffer 2 des Fürsorgeerziehungsgesetzes untergebrachten Zöglinge hat gegen das Jahr 1905 um 10 zugenommen, während die Zahl der nach Ziffer 1 und 3 a. a. O. überwiesenen Minderjährigen (261, bezw. 382) gegen das Vorjahr (266, bezw. 385) eine geringfügige Abnahme bedeutet.

Nach dem erheblichen Umfange, in welchem mithin nach wie vor die Bestimmung in § 1 Ziffer 1 des Gesetzes zur Anwendung gebracht wird, glaube auch ich – gleich dem Landeshauptmann – an der bisher vertretenen Auffassung festhalten zu sollen, daß durch die bekannte Rechtsprechung des Kammergerichts der Geltendmachung der besonders wichtigen, einer Verwahrlosung *vorbeugenden* Wirkung des Gesetzes ein hinreichender Spielraum gelassen ist. Immerhin möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß nach dem Berichte des Regierungspräsidenten in Minden von verschiedenen Lokalbehörden darüber geklagt ist, daß auf Grund des § 1 Ziffer 1 des Gesetzes „in den wenigsten Fällen" Fürsorgeerziehung zu erreichen gewesen sei. Es wird dabei immer im Auge zu behalten sein, daß nach eben der Rechtsprechung des Kammergerichts auch in denjenigen Fällen, in welchen das Vormundschaftsgericht zunächst unter Abstandnahme von der Anordnung der Fürsorgeerziehung nur eine Maßregel nach § 1666 B. G. B. trifft, doch demnächst Fürsorgeerziehung herbeizuführen ist, sobald sich der Mangel an pekuniären Mitteln zur Durchführung der nach § 1666 a. a. O. getroffenen Anordnung durch die Weigerung des betreffenden Ortsarmenverbandes, bezw. durch eine die gesetzliche Unterstützungspflicht des Armenverbandes verneinende Entscheidung des im Beschwerdeverfahren endgültig befindenden Bezirksausschusses herausstellt.

Klagen über eine außergewöhnlich lange Dauer des vormundschaftlichen Verfahrens sind im Berichtsjahre nicht mehr laut geworden.

Mit Bezug auf die Zuständigkeit der Gerichte ist nach dem Berichte des Regierungspräsidenten in Arnsberg verschiedentlich der Wunsch hervorgetreten, daß über Anträge auf vorläufige Unterbringung eines Minderjährigen nach § 5 des Gesetzes schlechthin dasjenige Gericht entscheiden könnte, in dessen Bezirk sich der Minderjährige gerade befindet. Es wird dabei berücksichtigt, daß die Ermittelung des nach der Regel zuständigen Vormundschaftsgerichts zuweilen so erhebliche Zeit in Anspruch nehme, daß der gefährdete Minderjährige zum Entweichen Gelegenheit finde. Nach Lage der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, auf deren ausführliche Erörterung bei Noelle „das Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900" Seite 42 ff. ich Bezug zu nehmen mir gestatte, dürfe allerdings, soweit es sich nicht um ausländische (nichtdeutsche) Minderjährige handelt, die konkurrierende Zuständigkeit des Gerichts, in dessen Bezirk bloß das Bedürfnis der Fürsorge hervortritt, neben dem nach der allgemeinen Norm (§ 43 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) zuständigen Vormundschaftsgerichte nicht gegeben sein. Es ist auch anzuerkennen, daß bei solcher Rechtslage die beabsichtigte Wirkung des § 5 des Gesetzes unter Umständen gänzlich aufgehoben werden kann und insofern eine Rechtsänderung wünschenswert wäre. Immerhin werden aber Fälle der hier fraglichen Art verhältnismäßig selten vorkommen und in besonders dringlichen Fällen dürfte sich eventuell von dem rechtlichen Gesichtspunkte aus Abhilfe schaffen lassen, daß nach § 7 des oben angezogenen Reichsgesetzes (Art. 1 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899) gerichtliche Handlungen nicht aus dem Grunde unwirksam sind, weil sie von einem örtlich unzuständigen Gericht vorgenommen sind.

Von anderer Seite — von dem Magistrat in Bielefeld — ist hinsichtlich der Ausführung einer nach § 5 des Gesetzes angeordneten vorläufigen Unterbringung folgender Fall zur Sprache gebracht:

Ein Minderjähriger, dessen Eltern in Bielefeld wohnen, wurde in einer Stadt der Provinz Sachsen, in welcher er auf der Wanderschaft Diebstähle begangen hatte, in Haft genommen und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Die Polizeiverwaltung jener Stadt lehnte die Ausführung der vom Amtsgericht in Bielefeld angeordneten vorläufigen Unterbringung mit der Begründung ab, daß sie unzuständig sei, weil der ihr aus der Untersuchungshaft überwiesene Minderjährige in ihrer Stadt keinen Aufenthalt im Sinne des § 5 des Gesetzes habe. Ehe noch die Entscheidung des zuständigen Regierungspräsidenten im Beschwerdeverfahren erging, entledigte sich die Polizeibehörde des Minderjährigen dadurch, daß sie ihn mittels Zwangsreiseroute nach Bielefeld wies.

Meines Erachtens kann die vorläufige Unterbringung nach § 5 des Gesetzes, soll ihr Zweck erreicht werden, immer nur derjenigen Polizeibehörde obliegen, in deren Bezirk der Minderjährige z. Zt. tatsächlich weilt und ist in diesem Sinne auch der in § 5 Abs. 1 des Gesetzes gebrauchte Ausdruck „Polizeibehörde des Aufenthaltsortes" an sich zu verstehen (zu vergl. auch Noelle a. a. O. S. 45 a. E.).

Der im Berichte des Landeshauptmannes erwähnte Prozeß wegen Tragung der Kosten der ärztlichen Gesundheitsbescheinigung bei Unterbringung der Fürsorgezöglinge dürfte im Hinblick auf die von dem Landesdirektor der Provinz Brandenburg im letzten Jahresberichte (Statistik für 1905 Abschnitt B Seite 14) angeführte Entscheidung des Kammergerichts, nach welcher diese Kosten nicht zu den Überführungs- und Ausstattungskosten zu rechnen und daher von dem die Fürsorgeerziehung durchführenden Kommunalverbande zu tragen sind, wenig Aussicht auf Erfolg für den hiesigen Provinzialverband bieten.

Schon in meinem Berichte vom 18. Juni v. Js. — Nr. 7099. I — erwähnte ich, daß der Unterbringung und Erziehung der geistig minderwertigen Zöglinge in besonderen Anstalten nach meinem Dafürhalten die größte Bedeutung beizumessen sei. In dieser Auffassung finde ich mich durch die Verhandlungen des vorjährigen Allgemeinen Fürsorgeerziehungs-Tages in Breslau (zu vergl. insbesondere die Schlußresolution auf Seite 62 des stenographischen Protokolls) bestärkt. Ich habe es daher mit Befriedigung aufgenommen, daß der hiesige Landeshauptmann die Unterstützung der von der Anstalt Kaiserswerth zu errichtenden Spezialanstalt für geistig minderwertige schulentlassene Mädchen evangelischer Konfession durch dauernde Zuweisung betreffender westfälischer Zöglinge zugesagt und neuerdings auch die Beteiligung an einer von dem Verein Notburgahaus in Düsseldorf zu schaffenden Spezialunterkunft für dergleichen Mädchen katholischer Konfession in Aussicht genommen hat. Wenn jedoch nach dem vorliegenden Berichte des Landeshauptmannes auf der Konferenz der Anstaltsvorsteher von der Mehrheit der Versammelten das Bedürfnis besonderer Anstalten für die geistig nicht normalen Zöglinge der übrigen Kategorien verneint ist, so dürfte sich schon aus der bloßen Erwägung, daß die Erkennung der geistigen Minderwertigkeit für den Laien in häufigen Fällen ausgeschlossen und sogar für den — nicht psychiatrisch gebildeten — Arzt oft schwierig ist, ein Zweifel an der Richtigkeit des auf jener Konferenz abgegebenen Votums aufdrängen. Deshalb wäre es m. E. für die weitere Stellungnahme in dieser wichtigen Angelegenheit in hohem Maße erwünscht, wenn sich zwecks zuverlässiger Feststellung des Umfangs, in welchem sich zur Zeit psychisch Minderwertige unter den verschiedenen Kategorien der Fürsorgezöglinge befinden, eine binnen nicht zu langer Zeit durchzuführende Begutachtung des geistigen Zustandes aller der Anstaltserziehung überwiesenen Fürsorgezöglinge der Provinz Westfalen durch psychiatrisch geschulte Ärzte ermöglichen ließe. Sodann würde für die Zukunft eine ärztliche Untersuchung gleicher Art in jedem Falle einer neuen Aufnahme in die Erziehungsanstalten stattzufinden haben. Ich habe bereits Anlaß genommen, in dieser Beziehung mit dem Landeshauptmann in Verbindung zu treten.

Die in meinem Berichte vom 19. März d. Js. — Nr. 3602 I — behandelte Anstalt für lungenkranke Fürsorgezöglinge in der Senne wird voraussichtlich bald dem Betriebe übergeben werden können.

Eine Regelung der Zahnpflege in den Fürsorgeerziehungsanstalten, wie sie in dem Runderlasse vom 18. v. Mts. — S. 1789 — empfohlen wird, ist in der hiesigen Provinz, wie aus dem anliegenden Berichte des Landeshauptmannes (Seite 39) hervorgeht, schon von verschiedenen Anstalten zur Ausführung gebracht.

Die Zahl der mir aus der Ministerialinstanz zur Verfügung überwiesenen sowie der direkt hier angebrachten unbegründeten Entlassungsanträge ist fortdauernd eine sehr große gewesen. Es zeigt sich

immer wieder, daß manche Eltern über den Charakter und Zweck der Fürsorgeerziehung überhaupt nicht zu belehren sind.

Die diesseitige Besichtigung einer Reihe von Anstalten, in denen Fürsorgezöglinge untergebracht sind, hat zu Ausstellungen keinen Anlaß gegeben.

Hessen-Nassau.

Bericht des Landeshauptmannes des Bezirksverbandes Cassel.

Die Überweisungen Minderjähriger zur Fürsorgeerziehung haben auch in dem Berichtsjahre wieder nicht unerheblich zugenommen, da 1906/7 192 gegen 180 in 1905/6 überwiesen wurden. Bei 22 derselben war am 31. März 1907 die Rechtskraft der amtsgerichtlichen Beschlüsse noch nicht eingetreten, bei 9 wurde die Fürsorgeerziehung infolge von Beschwerden beseitigt, so daß 1906/7 rechtskräftig 161 Zöglinge neu überwiesen wurden. Die Überweisung erfolgte von sämtlichen 192 Überwiesenen bei 93 auf Grund der Ziffer 1 des § 1 des Fürsorgeerziehungsgesetzes, bei 14 auf Grund der Ziffer 2 und bei 85 auf Grund der Ziffer 3, von den rechtskräftig überwiesenen 161 Minderjährigen wurde die Fürsorgeerziehung bei 74 nach Ziffer 1, bei 13 nach Ziffer 2 und bei 74 nach Ziffer 3 des angezogenen Paragraphen angeordnet.

Beschwerden gegen die Fürsorgeerziehung anordnenden amtsgerichtlichen Beschlüsse sind von mir in 10 Fällen mit 12 Minderjährigen eingelegt worden, bei 7 Minderjährigen mit Erfolg. Gegen die Fürsorgeerziehung ablehnende Beschlüsse habe ich in 2 Fällen mit 6 Minderjährigen Beschwerde eingelegt, leider ohne Erfolg. Von den gesetzlichen Vertretern der Minderjährigen ist bei zweien Beschwerde gegen die Anordnung der Fürsorgeerziehung mit Erfolg erhoben worden.

Von den 161 rechtskräftig Überwiesenen waren am 31. März 1907 untergebracht oder die Unterbringung angeordnet bei 148, und zwar bei 83 in Anstalten, bei 65 in Familien, Dienst oder Lehre.

Im ganzen befanden sich am 31. März 1907 auf Grund des Fürsorgeerziehungsgesetzes vom 2. Juli 1900: 999 Minderjährige in Fürsorgeerziehung, von denen in Anstalten 365 = 36,5 %, in Familien, Dienst oder Lehre 602 = 60,3 % untergebracht sind. Von dem Reste sind 3 flüchtig, 29 noch nicht untergebracht gewesen.

Zu diesen Fürsorgezöglingen im engeren Sinne treten noch die Zwangszöglinge, von denen am 31. März 1907 noch 187 vorhanden waren, sodaß insgesamt der Fürsorgeerziehung untergestellt waren 999 + 187 = 1186 Minderjährige. Von diesen befanden sich in Anstalten 389 = 32,8 %, in Familie usw. 765 = 64,5 %.

Von den Anstaltszöglingen befinden sich 16 in Idiotenanstalten, 3 in den Landesheil- und Pflegeanstalten zu Marburg und Merxhausen, 5 in der Taubstummenanstalt zu Homberg, 1 in der Blindenanstalt zu Paderborn.

Die Anstalten, in denen Fürsorgezöglinge untergebracht sind, werden von den zuständigen Kreisärzten, sowie von mir oder meinem Vertreter, soweit möglich, jährlich einmal oder bei Bedürfnis mehr besichtigt. Im Berichtsjahre wurden 350 Zöglinge in 20 Anstalten besichtigt. Sehr erhebliche Mißstände sind dabei nicht zu Tage getreten und wurden die Ausstellungen, die zu machen waren, meistens rasch von den Anstaltsleitungen erledigt.

Von den in Familien usw. untergebrachten Zöglingen konnten 1906 an 275 Orten 593 besucht werden, und sind somit überhaupt 943 Zöglinge besichtigt worden. Diese Besichtigungen erweisen sich als sehr wertvoll, da unzweifelhaft die Unterbringungen dadurch besser geworden sind und der persönliche Verkehr zwischen mir und meinem Vertreter außerordentlich günstig auf die Fürsorgezöglinge, die Pfleger und die Fürsorger eingewirkt hat. Die Unterbringungen sind durchgängig befriedigend, der Gesundheitszustand der Zöglinge war gut.

Die Erziehung der Zöglinge wurde vielfach durch ungünstige Einwirkung der Angehörigen derselben, die trotz aller Vorsichtsmaßregeln nicht ganz zu verhüten ist, gestört. In 3 Fällen mußte ich auf Grund des § 21 des Fürsorgeerziehungsgesetzes Antrag auf Bestrafung bei der Staatsanwaltschaft stellen.

Was die Erfolge der Fürsorgeerziehung betrifft, so sind die im Berichtsjahre gemachten Erfahrungen nicht ungünstig. Von den 1906/7 endgültig entlassenen 84 Fürsorgezöglingen ist bei 65, also bei 77,4 % der Zweck der Fürsorgeerziehung erreicht worden, soweit sich dies zur Zeit beurteilen läßt. Die Erfolge sind bei den Zöglingen, die erst mit 15, 16 und 17 Jahren überwiesen werden, gering, sie werden immer besser, je jünger die Zöglinge in die Fürsorgeerziehung eintreten. Hier muß noch vielfach gebessert werden. Sehr häufig werden Minderjährige, bei denen die Verwahrlosung schon mehrere Jahre bestanden hat, erst dann überwiesen, wenn sie sich durch Strafhandlungen oder rohes Verhalten bemerklich und lästig gemacht haben. Dann aber ist es gewöhnlich zu spät, um noch mit gutem Erfolg erziehlich einwirken zu können. Es ist Aufgabe der Gemeindebehörden, Verwaltungsbeamten, Geistlichen usw. dafür zu sorgen, daß nicht erst bis zu diesem Zeitpunkt gewartet wird, um mit der Fürsorgeerziehung einzusetzen, sondern so früh wie möglich mit dem Schutze der Minderjährigen vor der beginnenden oder drohenden Verwahrlosung vorzugehen. Soweit es mir möglich war, habe ich darauf hinzuwirken gesucht und werde dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die durchschnittlichen Verpflegungskosten beziffern sich im Jahre 1906/7 für Zögling und Jahr auf 164,07 Mark, für die in Anstalten untergebrachten Schulpflichtigen auf durchschnittlich 265 Mark, in Anstalten untergebrachten Schulentlassenen auf 395 Mark, für die in Familienpflege befindlichen Schulpflichtigen auf 120 Mark und in Familie, Dienst und Lehre untergebrachten Zöglinge auf durchschnittlich 63 Mark. Als Beiträge zu diesen Kosten konnten von den Angehörigen der Zöglinge eingezogen werden 1290,44 Mark.

Bericht des Landeshauptmannes des Bezirksverbandes Wiesbaden.

Im Berichtsjahre ist die Anzahl der rechtskräftig zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Minderjährigen gegenüber den beiden Vorjahren wiederum etwas gestiegen. Es wurden überwiesen 214 Minderjährige gegen 196 im Jahre 1905 und 182 im Jahre 1904. Von den Überwiesenen waren 89 bereits dem schulpflichtigen Alter entwachsen.

Beschwerden gegen amtsgerichtliche auf Überweisung zur Fürsorgeerziehung lautende Beschlüsse wurden diesseits 7 erhoben, davon hatten 3 Erfolg, während in 4 Fällen die angefochtenen Beschlüsse bestätigt wurden. Von den Angehörigen der Minderjährigen wurde in 24 Fällen Beschwerde erhoben, welche in 7 Fällen zur Aufhebung des Überweisungsbeschlusses führte.

Die bestehenden Einrichtungen für die Unterbringung der Zöglinge in Anstalten, in Familien oder in Lehr- oder Dienststellen haben sich im allgemeinen weiter bewährt.

Bei der Unterbringung von Fürsorgezöglingen in Anstalten, die auch diesmal wieder in der Mehrzahl der neuen Fälle eintreten mußte, sind die Vorschriften unter Abschnitt Vb Absatz 3 der Ausführungsbestimmungen zum Fürsorgeerziehungsgesetze genau beachtet worden.

Besichtigt wurden 20 Erziehungsanstalten mit 442 Zöglingen. Zu Ausstellungen und Klagen hat sich kein Anlaß geboten; auch die für sämtliche Anstalten des Bezirks eingeführten, jährlich zweimal stattfindenden kreisärztlichen Besichtigungen haben nur in einzelnen Fällen unerhebliche Anstände ergeben, die alsbald beseitigt wurden. Weiter wurden 136 in Familien als Pfleglinge, Lehrlinge, Gesellen und Dienstboten untergebrachte Zöglinge besucht.

Die durch Erziehungsvereine vermittelten Unterkunftsstellen erwiesen sich im allgemeinen als gut und zweckmäßig; vorgefundenen Mängeln ist alsbald durch geeignete Maßregeln abgeholfen worden.

Auf die gesundheitliche Fürsorge ist besonderer Wert gelegt und auch bei den Besuchen der in Familien untergebrachten Zöglinge diese Frage erörtert worden. Mehrfach zeigte sich, daß Kinder mit Gebrechen wie Schwerhörigkeit, Ohreneiterungen, Augenleiden, Verkrümmungen pp. behaftet waren, die bei den Pflegeeltern nicht die genügende Beachtung gefunden hatten; ihre sachgemäße Behandlung ist alsdann veranlaßt worden.

Neu eingeführt sind zahnärztliche Untersuchungen der Zöglinge in den Erziehungsanstalten, die alljährlich mindestens zweimal, etwa im Monat Mai und November vorgenommen werden sollen. Die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse zeigen, daß Zahndefekte verschiedener Art, namentlich bei den schulentwachsenen und vor allem den weiblichen Zöglingen in ganz erheblichem Umfang vorhanden sind. Deren Behandlung und Beseitigung wird insbesondere im ersten Jahr einen nicht unerheblichen Kostenaufwand verursachen.

Die von dem Herrn Minister angeordnete regelmäßige Feststellung des Körpergewichts der Zöglinge ist wohl geeignet, ein Bild von ihrer gesundheitlichen Entwickelung zu geben, indessen mußte in einzelnen Fällen von der Feststellung abgesehen werden, da die Dienstherren Schwierigkeiten machten und mit der Entlassung des Zöglings drohten, wie ja überhaupt eine ganze Reihe von Dienstherrschaften die mit der Fürsorgeerziehung verbundenen Kontrollen und besonderen Maßnahmen (Dienstverträge, Art der Lohnzahlung, beschränkte Beurlaubung usw.) sich nur ungern oder garnicht gefallen lassen.

Der außerordentlich wichtigen Frage der Behandlung geistig minderwertiger Zöglinge wird fortgesetzt besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Da in der Zahl der Entweichungen auch im vorigen Jahre keine Besserung eingetreten ist, habe ich mich veranlaßt gesehen, mit besonderer Schärfe gegen sie vorzugehen. Wo irgend möglich, wurde die Bestrafung der Beteiligten herbeizuführen gesucht, leider nicht immer mit dem gewünschten Erfolg. Dazu erfolgte regelmäßig die Zurückverbringung in die Dienststelle oder Anstalt, in Wiederholungsfällen die Unterbringung in strengen Anstalten. In mehreren Fällen wurden Zöglinge, um die Ansicht, dort seien sie geborgen, zu zerstören, aus der Schweiz zurückgeholt, wobei die schweizerischen Behörden dankenswerte Bereitwilligkeit zeigten. Die Ergreifung und Rückführung der Zöglinge erfolgte nach wie vor fast regelmäßig durch die Polizeibehörden. Ein Ersatz für diese Art hat sich bis jetzt, obwohl sie im Vorbericht zu der Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für das Rechnungsjahr 1905 S. 78 nicht mit Unrecht als „äußerster Notbehelf" bezeichnet wird, nicht gefunden, insbesondere sind die Anstalten nicht in der Lage, für weitere Transporte das erforderliche Personal abzugeben. In einzelnen Fällen ist die Inanspruchnahme der Polizei auch, um abschreckend zu wirken, direkt wünschenswert.

Gegenüber den Bemerkungen des Vorberichts zu der Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für das Rechnungsjahr 1905 bezüglich des Schulunterrichts S. 69 und über die Zahlung von Lehrgeld S. 91 sei folgendes hervorgehoben. Es wird von mir darauf gehalten, daß auch die schulentlassenen Zöglinge, die sich in Anstalten befinden, Fortbildungsunterricht und wenn erforderlich besonderen Nachhilfeunterricht genießen. In einzelnen Fällen ist sogar an Zöglinge im schulentlassenen Alter, die in Dienststellen sich befanden, und die nicht recht lesen und schreiben konnten, auf Kosten des Bezirksverbandes Unterricht erteilt worden.

Was sodann die Zahlung von Lehrgeld anlangt, so erfolgt sie regelmäßig in demselben Umfange, wie sie bei anderen Lehrlingen üblich ist. In einem Kreise des Regierungsbezirks muß für Fürsorgezöglinge sogar ein höheres Lehrgeld zugesagt werden, als für Waisenkinder und dergl., um die Unterbringung zu ermöglichen. Insgesamt sind im Jahre 1905: 12353,96 Mk. für Lehrgeld aufgewendet worden. Die Lehrzeit der in freier Lehrstelle untergebrachten Zöglinge entspricht daher auch durchaus der sonst üblichen. Für die in Anstalten untergebrachten Lehrlinge wird nicht Lehrgeld, sondern erheblich höheres Pflegegeld gezahlt. Die Aufbringung der Kosten für die in der eigenen Familie untergebrachten Zöglinge ist regelmäßig Sache dieser Familien.

Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau.

Auch im Berichtsjahre habe ich in gleicher Weise wie in den Vorjahren die zur Unterbringung von Fürsorgezöglingen benutzten Anstalten durch meinen Vertreter besichtigen lassen. Dabei ergab sich, daß die früher vorgefundenen Mängel in einer Reihe von Anstalten gänzlich beseitigt waren, sodaß nunmehr keinerlei Bedenken in bau- und sanitätspolizeilicher Hinsicht mehr vorliegen. In anderen Anstalten habe ich die Beseitigung der vorgefundenen Mängel angeordnet. Einer genauen Prüfung werden die Anstalten aber nach wie vor bedürfen, um rechtzeitig Mißständen entgegentreten zu können, die sich hinsichtlich der Ernährung, Pflege und Erziehung der Zöglinge einschleichen könnten. Namentlich muß auf die rechtzeitige Überweisung der Zöglinge in Familien geachtet werden, da die Anstalten, welche in den letzten Jahren viel Geld für Verbesserungen und Vergrößerungen aufwenden mußten, ein Interesse daran haben, möglichst viele Zöglinge — namentlich der besseren Art — zu behalten.

Bei der Unterbringung von Fürsorgezöglingen in Anstalten sind seitens des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden die Vorschriften unter Abschnitt Vb Absatz 3 der Ausführungsbestimmungen zum Fürsorgeerziehungsgesetze, wie auch in dem Berichte des Landeshauptmannes angegeben ist, genau beachtet worden.

Rheinprovinz.

Bericht des Landeshauptmannes der Rheinprovinz.

Während des Berichtsjahres sind 1203 Minderjährige rechtskräftig zur Fürsorgeerziehung überwiesen worden. Das Berichtsjahr ist somit der bisher, und zwar im ersten Jahr des Bestehens des Fürsorgeerziehungsgesetzes mit 1233 Köpfen erreichten Höchstziffer nahezu gleichgekommen und der Durchschnitt der ersten 5 Jahre (1049) um 15 % überschritten.

Unter den 1203 Minderjährigen befinden sich 630 = 52,4 % noch nicht schulpflichtige und schulpflichtige Kinder gegen 573 = 47,6 % schulentlassene Minderjährige und steht das Berichtsjahr daher in diesem Punkte genau in dem Durchschnitt der ersten 5 Jahre.

Die bisher gemachte Erfahrung, daß das Fürsorgeerziehungsgesetz bei zahlreichen Minderjährigen erst sehr spät angewendet wird, ist aufs neue bestätigt. Dabei ist die Zahl der Überweisungen aus der Ziffer 1 des § 1 des Gesetzes noch weiter, und zwar von 20,32 % im Vorjahr auf nur 18,54 % gesunken. Allerdings ist auch die Anwendung der Ziffer 3 etwas heruntergegangen und zwar auf 71,24 % gegen 71,39 % in 1905, dagegen die der Ziffer 2 um 2 % (10,22 % gegen 8,29 % des Vorjahres) gestiegen; aber die Zahl der im Alter von 16, 17 und 18 Lebensjahren stehenden Minderjährigen ist wieder eine sehr hohe und mit 29,59 % (gegen 27,31 % des Vorjahres) an der Gesamtziffer beteiligt, während nur 28 noch nicht schulpflichtige Kinder = 2,33 % der Gesamtziffer (gegen 1,68 pro 1906) der Fürsorgeerziehung zugeführt worden sind.

Die Zahl der von hier aus gegen die Überweisungsbeschlüsse eingelegten Beschwerden ist von 5 % im Vorjahre auf nur 3,5 % im Berichtsjahre zurück gegangen. Ablehnende Beschlüsse sind 186 (gegen 216 im Vorjahre) zugestellt worden, von denen 17 von mir angefochten worden sind.

Das weibliche Geschlecht ist unter den Überwiesenen wiederum etwas stärker und zwar mit 34,58 % (gegen 32,81 % des Vorjahres) vertreten. Das Verhältnis der schulentlassenen Mädchen zu den noch nicht schulpflichtigen und schulpflichtigen Kindern weiblichen Geschlechts hat sich im Berichtsjahre etwas günstiger gestaltet, indem erstere nur mit 57,45 % (1906 = 60,8 %) letztere mit 42,55 % (gegen 39,20 %) an der Gesamtziffer beteiligt sind.

Von den sämtlichen Überwiesenen sind 831 katholisch, 370 evangelisch und 2 israelitisch = 69,08 bezw. 30,75 bezw. 0,17 % gegen 66,26 bezw. 33,09 bezw. 0,65 % des Vorjahres. Diese Ziffern entsprechen im großen und ganzen dem Verhältnis der beiden ersteren Konfessionen in der Gesamtbevölkerung der Provinz. Das bisherige Verfahren der Polizeibehörden bei „vorläufigen Unterbringungen" sich wegen der Bezeichnung einer geeigneten Anstalt mit der diesseitigen Stelle zu benehmen, ist im Berichtsjahre im ausgiebigsten Maße beibehalten worden.

Die Beteiligung der Kreise und Städte an der Zahl der überwiesenen Minderjährigen ist aus der anliegenden Übersicht I (hierunter abgedruckt) zu ersehen, während die ebenfalls beigefügte Übersicht II (hierunter abgedruckt) die Beteiligung der Stadt- und Landkreise seit dem Jahre 1901 enthält. Der Jahresdurchschnitt für 1906 beträgt nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905: 1,87 auf 10 000 Einwohner, während derselbe sich z. B. in den Städten belief auf:

Oberhausen	6,91	Mülheim (Rhein)	2,76
Elberfeld	4,98	Cöln	2,50
Barmen	4,36	Trier	2,40
Bonn	4,02	Aachen	2,36
Essen	3,76	Remscheid	2,02
Coblenz	3,53	Duisburg	1,82
Solingen	3,47	Mülheim (Ruhr)	1,50
M.-Gladbach	3,29	Crefeld	1,00
Düsseldorf	3,00		

Aus 6 Kreisen sind Fürsorgezöglinge überhaupt nicht überwiesen worden, während aus 4 Kreisen nur je 1, aus 5 Kreisen nur je 2 und aus 6 Kreisen nur je 3 Zöglinge zur Überweisung gekommen sind.

Insgesamt entfielen am 31. März 1906 in der Rheinprovinz auf je 10000 Einwohner 10,02 Überweisungen, wobei wiederum die Stadt Elberfeld mit 31,29 Überweisungen voransteht; es folgen dann:

Bonn mit	25,37	Kreis Neuß mit	14,21
Essen „	20,14	„ Rees „	12,61
Oberhausen mit	17,66	„ Cochem „	12,06
M.-Gladbach „	17,62	Cöln Stadt „	11,72
Solingen mit	17,55	Kreis Mettmann mit	21,65
Barmen „	17,23	„ Düsseldorf Land mit	11,24
Düsseldorf Stadt mit	15,29	Remscheid mit	11,04
Aachen mit	15,28	Kreis Saarbrücken mit	10,87
Trier Stadt mit	14,95	„ Wetzlar mit	10,32
Coblenz mit	14,84	„ Waldbröl mit	10,21
Mülheim (Rhein) Stadt mit	14,76		

und sodann die Städte und Kreise durcheinander herunter bis auf den Kreis Heinsberg mit 1,07 = 4 Zöglingen.

Von den 1203 überwiesenen Minderjährigen waren am Schlusse des Berichtsjahres 94 = 7,89 % (gegen 121 = 11,27 % im Vorjahre) noch nicht zur Einlieferung gekommen. Von den hiernach verbleibenden 1109 eingelieferten Minderjährigen konnten nur 80 = 7,21 % (gegen 96 = 10 % im Vorjahre) in Familien oder in Lehre und Dienst untergebracht werden, während 1029 = 92,79 % (gegen 89 % im Vorjahre) Anstalten überwiesen werden mußten.

Die diesseits benutzten rheinischen Anstalten sind wie früher auch im Berichtsjahre durch Kommissare der Königlichen Regierungen, durch die Königlichen Kreisärzte und von hier aus unvermutet besucht worden. Besonders bemerkenswerte Anstände haben sich hierbei nicht ergeben.

Die Rheinische Provinzial-Fürsorgeerziehungsanstalt für schulentlassene katholische männliche Fürsorgezöglinge zu Haus Fichtenhain ist im Laufe des Berichtsjahres in Betrieb genommen worden und seit dem Herbste 1906 voll belegt. Für die zweite zu errichtende Provinzial-Fürsorgeerziehungsanstalt für schulentlassene katholische männliche Fürsorgezöglinge ist ein geeignetes Gelände in der Gemeinde Rheindahlen erworben worden, während die Geländefrage für eine gleiche Anstalt für schulentlassene evangelische männliche Fürsorgezöglinge vor der Entscheidung steht. Mit dem Bau dieser beiden Anstalten wird noch im Laufe des Sommers begonnen werden.

Die Verhandlungen bezüglich der Errichtung einer Anstalt für besonders verwahrloste ältere weibliche Fürsorgezöglinge haben zu dem Ergebnis geführt, daß der Verein Notburgahaus, G. m. b. H. hier, mit dem Bau der Anstalt in Neuß begonnen hat. Die hinsichtlich der Errichtung einer gleichartigen evangelischen Anstalt geführten Verhandlungen haben einen Erfolg nicht gehabt.

Weiter ist die vor einigen Jahren wegen der Unzulänglichkeit der Unterkunftsräume mit dem Kloster vom Guten Hirten Maria Trost zu Coblenz-Kesselheim abgebrochene Verbindung wieder aufgenommen worden, nachdem die Anstalt durch Neubauten erweitert worden ist und hinsichtlich der Ausbildung der Zöglinge in allen Haus- und Handarbeiten und der Nachhilfe in den Elementarfächern in einem Fortbildungsunterricht besondere Garantieen gegeben worden sind.

Die im vorjährigen Berichte erwähnte Gründung eines Fürsorgeheims für schulentlassene evangelische Mädchen in Grötzenberg ist gleichfalls zustande gekommen und ist das Heim inzwischen in Benutzung genommen worden.

Für schulentlassene katholische Mädchen ist eine gleiche Anstalt — St. Josephsheim G. m. b. H. — in Alf a. d. Mosel gegen Schluß des Berichtsjahres bereitgestellt und die Besetzung derselben eingeleitet worden.

Ferner ist für die Unterbringung schulpflichtiger katholischer Knaben und Mädchen noch eine Übereinkunft getroffen worden mit dem katholischen Waisenhause in Kreuznach; diese Anstalt wird vorzugsweise zur Unterbringung schwächlicher und skrofulöser Kinder benutzt, die dort erforderlichen Falles geeignete Behandlung finden.

Die Unterbringung der Familienpfleglinge, der Lehrlinge und Dienstboten hat im Berichtsjahre einen geregelten Fortgang genommen. Die Dienste der Fürsorger — 186 — und der Fürsorgerinnen — 24 — waren, wie auch in den Vorjahren, recht ersprießlicher Art.

Der Fürsorgeerziehungsinspektor hat im Berichtsjahre 462 Fürsorgezöglinge besucht.

Der Beitragsleistung zu den Erziehungskosten wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt und konnten im Berichtsjahre in etwa 436 Fällen 27636,97 Mark eingezogen werden.

Die Kosten der Fürsorgeerziehung beliefen sich einschließlich der Verwaltungskosten auf rund 1563000 Mark gegen 1390436,02 Mark des Vorjahres.

Der Gesundheitszustand der Zöglinge im allgemeinen hat im Berichtsjahre zu besonderen Ausstellungen keinen Anlaß gegeben.

Auf den Stationen für Geschlechtskranke in Aachen-Soers und Kaiserswerth wurden 61 bezw. 25, im ganzen also 86 Zöglinge behandelt.

Fortgesetzte Aufmerksamkeit wird insbesondere noch der körperlichen und geistigen Entwickelung der Zöglinge zugewendet. Wo immer nur Mängel sich finden oder bemerkbar machen, sei es in den Berichten der Kreisärzte oder der Anstalten, in den periodischen Führungsberichten der Anstalten und Fürsorger oder gelegentlich der von hier aus veranlaßten Revisionen der Anstalten und Familienstellen, wird denselben alsbald nachgegangen und nach Möglichkeit Abhilfe geschaffen.

Wegen der Fürsorge für die lungenkranken Zöglinge darf ich auf meinen Bericht vom 31. Januar 1907 — I M. 10155/06 — Bezug nehmen.

Bezüglich der geistig Minderwertigen ist die Aufmerksamkeit der Kreisärzte durch Einschiebung geeigneter Fragen in dem Formular zu dem Bericht über die Anstaltsrevisionen besonders angeregt worden.

Den körperlich Gebrechlichen wird, wo es notwendig erscheint, durch Überweisung an die jetzt vorhandenen Krüppelheime — für Katholiken in Aachen und Bigge i. W., für Evangelische in Kreuznach — besondere Fürsorge zugewendet.

Die Anträge auf vorzeitige Aufhebung der Fürsorgeerziehung sind im Berichtsjahre in sehr erheblicher Zahl eingelaufen, es konnten indes nur 133 Zöglinge widerruflich und 34 endgültig vorzeitig entlassen werden.

Infolge Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze schieden im ganzen (ohne die noch aus der Zeit des früheren Zwangserziehungsgesetzes herstammenden 102) 261 Zöglinge aus.

Übersicht

Anlage I
zu Seite 52.

über die in der Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 überwiesenen Fürsorgezöglinge unter Angabe der Regierungsbezirke bezw. der einzelnen Kreise, aus welchen die Überweisungen erfolgt sind.

Es sind überwiesen aus den Regierungsbezirken bezw. aus den einzelnen Kreisen:

Aachen		Es fallen auf 10000 Einwohner	**Coblenz**		Es fallen auf 10000 Einwohner	**Cöln**		Es fallen auf 10000 Einwohner
Aachen Stadt	34	2,36	Adenau	2	0,86	Bergheim	2	1,60
„ Land	16	1,13	Ahrweiler	3	0,69	Bonn Stadt	33	4,02
Düren	17	1,76	Altenkirchen	6	0,84	„ Land	10	1,57
Erkelenz	—	—	Coblenz Stadt	19	3,53	Cöln Stadt	107	2,50
Eupen	1	0,39	„ Land	5	0,81	„ Land	16	1,61
Geilenkirchen	4	1,44	Cochem	4	0,99	Euskirchen	—	—
Heinsberg	—	—	Kreuznach	10	1,26	Gummersbach	4	0,87
Jülich	4	0,90	Mayen	14	1,85	Mülheim Stadt (Rhein)	14	2,76
Malmedy	—	—	Meisenheim	3	2,16	„ Land	5	0,70
Montjoie	—	—	Neuwied	12	1,36	Rheinbach	9	2,74
Schleiden	7	1,54	St. Goar	2	0,49	Siegkreis	18	1,57
	83		Simmern	8	2,24	Waldbröl	10	3,78
			Wetzlar	15	2,58	Wipperfürth	1	0,36
			Zell	5	1,47		229	
				108				

Fortsetzung der Anlage I.

Es sind überwiesen aus den Regierungsbezirken bezw. aus den einzelnen Kreisen:

Düsseldorf		Es fallen auf 10000 Einwohner	Trier		Es fallen auf 10000 Einwohner
Barmen Stadt	68	4,36	Berncastel	5	1,03
Cleve	3	0,46	Bitburg	1	0,22
Crefeld Stadt	11	1,00	Daun	—	—
„ Land	9	1,82	Merzig	2	0,41
Düsseldorf Stadt	76	3,00	Ottweiler	18	1,53
„ Land	30	2,56	Prüm	3	0,85
Duisburg Stadt	35	1,82	Saarbrücken	30	1,24
Elberfeld „	80	4,98	Saarburg	5	1,48
Essen Stadt	87	3,76	Saarlouis	12	1,19
„ Land	37	1,51	Trier Stadt	12	2,40
Geldern	3	0,51	„ Land	2	0,22
Gladbach Stadt	20	3,29	St. Wendel	7	1,36
„ Land	14	0,95	Wittlich	4	0,95
Grevenbroich	1	0,21		101	
Kempen	13	1,32			
Lennep	3	0,38			
Mettmann	10	0,96			
Moers	12	1,12			
Mülheim (Ruhr)	19	1,50			
Neuß	22	3,06			
Oberhausen Stadt	36	6,91			
Remscheid	13	2,02			
Rees	5	0,67			
Ruhrort	36	2,79			
Solingen Stadt	17	3,47			
„ Land	22	1,64			
	682				

Gesamtzahl der Überwiesenen: **1203.**

Übersicht

Anlage II
zu Seite 52.

über die in den einzelnen Stadt- und Landkreisen vom 1. April 1901 bis 31. März 1907 zur Überweisung gelangten Fürsorgezöglinge.

Lfd. Nr.	Namen der Kreise	Zahl der in diesen Kreisen vom 1. April 1901 bis 31. März 1907 überwiesenen Minderjährigen	Einwohnerzahl	Es fallen auf je 10000 Einwohner
1	Aachen Stadt	220	143906	15,28
2	„ Land	83	141181	5,88
3	Düren	75	96431	7,78
4	Erkelenz	11	38127	2,89
5	Eupen	14	25414	5,51
6	Geilenkirchen	9	27723	3,25
7	Heinsberg	4	37313	1,07
8	Jülich	12	44413	2,70
9	Malmedy	20	32797	6,10
10	Montjoie	10	17647	5,67
11	Schleiden	8	45402	1,76
12	Adenau	23	23372	9,84
13	Ahrweiler	15	43051	3,48
14	Altenkirchen	23	72092	3,19
15	Coblenz Stadt	80	53902	14,84
16	„ Land	29	62103	4,67
17	Cochem	49	40628	12,06
18	Kreuznach	56	81390	6,88
19	Mayen	59	76311	7,99
20	Meisenheim	9	13911	6,47
21	Neuwied	57	88160	6,46
22	St. Goar	18	41086	4,38
23	Simmern	22	35779	6,15
24	Wetzlar	48	58071	8,26
25	Zell	35	33932	10,32
26	Bergheim	33	49874	6,59
27	Bonn Stadt	208	81997	25,37
28	„ Land	62	63813	9,72
29	Cöln Stadt	502	428503	11,72
30	„ Land	35	99358	3,52
31	Euskirchen	20	47140	4,24
32	Gummersbach	38	46204	8,23
33	Mülheim (Rhein) Stadt	75	50807	14,76
34	„ „ Land	36	71327	5,05
35	Rheinbach	29	32793	8,84
36	Siegkreis	81	114378	7,07

Fortsetzung der Anlage II.

Lfd. №	Namen der Kreise	Zahl der in diesen Kreisen vom 1. April 1901 bis 31. März 1907 überwiesenen Minderjährigen	Einwohnerzahl	Es fallen auf je 10000 Einwohner
37	Waldbröl	28	27238	10,21
38	Wipperfürth	13	28235	4,61
39	Barmen Stadt	269	156148	17,23
40	Cleve	39	65311	5,97
41	Crefeld Stadt	75	110347	6,79
42	„ Land	24	49524	4,88
43	Düsseldorf Stadt	397	253099	15,29
44	„ Land	132	117425	11,24
45	Duisburg	171	192227	8,89
46	Elberfeld Stadt	509	162682	31,29
47	Essen Stadt	467	231396	20,14
48	„ Land	153	244496	6,26
49	Geldern	24	58793	4,08
50	M.-Gladbach Stadt	107	60714	17,62
51	Gladbach	107	147541	7,25
52	Grevenbroich	39	47014	8,29
53	Kempen	64	98566	6,49
54	Lennep	42	79233	5,30
55	Mettmann	121	103857	11,65
56	Moers	50	107318	4,72
57	Mülheim (Ruhr)	101	128287	7,88
58	Neuß	102	71801	14,21
59	Oberhausen Stadt	92	52096	17,66
60	Remscheid „	71	64341	11,04
61	Rees	55	74163	7,42
62	Ruhrort	163	129230	12,61
63	Solingen Stadt	86	49006	17,55
64	„ Land	125	134279	9,31
65	Berncastel	36	48315	7,45
66	Bitburg	23	45552	5,04
67	Daun	8	29881	2,68
68	Merzig	17	48419	3,51
69	Ottweiler	117	117414	9,97
70	Prüm	19	35268	5,39
71	Saarbrücken	262	241876	10,87
72	Saarburg	17	33674	5,04
73	Saarlouis	60	100751	5,95
74	Trier Stadt	70	46698	14,95
75	„ Land	28	89458	3,24
76	St. Wendel	40	51633	7,75
77	Wittlich	16	42117	3,80

Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz.

Das stetige Anschwellen der Fürsorgeerziehungsfälle wird zu einem wesentlichen Teile auf die erfreuliche Tatsache zurückzuführen sein, daß die Überzeugung von der segensreichen Wirkung der Fürsorgeerziehung sich immer weiter ausbreitet und daß die beteiligten Fürsorgeorgane sich der Ausführung des Gesetzes mit wachsendem Verständnis widmen.

Immerhin scheint die Bedeutung des Gesetzes noch nicht bei allen Behörden in gleichem Maße erkannt zu sein; denn die auffallenden Verschiedenheiten der Prozentsätze, die in den einzelnen Stadt- und Landkreisen an Fürsorgezöglingen auf je 10000 Einwohner entfallen, erklären sich kaum ausreichend aus der Verschiedenheit der Bevölkerung oder aus der an den günstiger stehenden Orten etwa intensiver wirkenden vorbeugenden Tätigkeit der charitativen Organe. Es dürfte vielleicht zu erwägen sein, ob nicht — da ähnliche Erfahrungen auch in anderen Provinzen gemacht werden — die Antragsbehörden allgemein auf die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Anwendung des Gesetzes und die Wichtigkeit der ihnen zugewiesenen Aufgabe erneut hinzuweisen sein möchten.

Mit der Steigerung der Zahl der Fürsorgefälle sind auch die der Provinz durch das Gesetz auferlegten Lasten ersichtlich gewachsen. Es muß rühmend anerkannt werden, daß der Provinzialverband gleichwohl in seiner Fürsorge für das leibliche und geistige Wohl der Zöglinge nicht stehen geblieben, sondern, wie der Bericht des Landeshauptmannes erkennen läßt, in umfassender Weise und von großen Gesichtspunkten aus Vorkehrungen getroffen hat, um den wachsenden Bedürfnissen in vollem Umfange gerecht zu werden. So ist im Berichtsjahr die erste Provinzial-Fürsorgeerziehungsanstalt für schulentlassene männliche Zöglinge in Betrieb genommen und die Errichtung von zwei weiteren Anstalten dieser Art in die Wege geleitet worden.

Die mir unterstellten Behörden weisen auch jetzt wieder auf die Erfahrung hin, daß die Fürsorgeerziehung in sehr vielen Fällen erst angeordnet wird, wenn die Verwahrlosung bereits so vorgeschritten ist, daß sie in der bis zum 21. Lebensjahre nach verfügbaren Zeit nicht mehr behoben werden kann. Solange die bekannte Rechtsprechung des Kammergerichts in Bezug auf die Subsidiarität der Fürsorgeerziehung und das Erfordernis der subjektiven Verwahrlosung fortbesteht, wird hierin ein Wandel auch kaum zu erwarten sein. Der Umstand, daß nach dem Bericht des Landeshauptmannes sich ein weiterer Rückgang der Überweisungen auf Grund der Ziffer 1 § 1 des Gesetzes vollzogen hat, läßt freilich erkennen, daß die Gerichte an der bisherigen Spruchpraxis unverändert festhalten.

Hohenzollern.

Bericht des Vorsitzenden des Hohenzollernschen Landesausschusses.

Im Etatsjahre 1906 wurden 2 Minderjährige zur Fürsorgeerziehung überwiesen, die beide annähernd 17 Jahre alt waren. Der mit einem derselben gemachte Versuch der Unterbringung in einem Dienste ist bis jetzt recht gut ausgefallen; die Furcht vor der Verbringung in eine, vielleicht weit entfernte Anstalt hat den Zögling zu tadelloser Führung angespornt. Der zweite Zögling, der sittlich schon ziemlich verdorben war, wurde in einer württembergischen Anstalt untergebracht, woselbst er anfänglich sich schlecht hielt, so daß seine Verbringung in eine geschlossene Anstalt in Erwägung gezogen wurde. Nach und nach scheint er sich an Zucht und Ordnung zu gewöhnen, so daß er vielleicht nach einiger Zeit in einen Dienst gebracht werden kann.

Die Unterbringung der der Anstaltserziehung bedürftigen Zöglinge ließ sich auch im abgelaufenen Jahre wieder dank dem Entgegenkommen der benachbarten württembergischen Anstalten glatt bewirken.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die württembergische Knabenerziehungsanstalt St. Konradihaus in Schelklingen a. D. in absehbarer Zeit durch eine Abteilung für ältere, schon mehr verdorbene Minderjährige erweitert wird, was namentlich auch im Interesse der jüngeren Zöglinge sehr zu begrüßen wäre. Bei den beiden, seinerzeit im Kindesalter zur Überweisung gelangten Zöglingen, welche sich in Familienerziehung befinden, sind nach dem Urteile der Fürsorger, Lehrer pp. die Zwecke der Fürsorge-

erziehung voll erreicht. Von 3 männlichen Zöglingen, die bei der Überweisung schon 16 und 17 Jahre alt waren und die wegen vorgeschrittener Verwahrlosung zunächst in Anstaltserziehung verbracht worden waren, befand sich am Jahresschlusse noch einer in der Anstalt, ohne daß eine wesentliche Besserung erreicht wäre, ein zweiter entzieht sich der Fürsorgeerziehung, nachdem er nur kurze Zeit ernstlich gearbeitet hatte, und nur einer scheint nachhaltig gebessert zu sein. Dieses Ergebnis bestätigt die übrigens in allen Provinzen gemachte Erfahrung, daß die Erziehungsresultate bei den älteren männlichen Zöglingen meist keine günstigen sind.

Über die Erfolge der Erziehung von älteren Zöglingen weiblichen Geschlechts hat der Landesausschuß noch kein Urteil. Die beiden in Betracht kommenden älteren Mädchen werden bis zur erlangten Großjährigkeit in der betreffenden Anstalt, wo sie sich unter der strengen aber liebevollen Leitung der Schwestern gut halten, verbleiben, um möglichst im guten gefestigt zu werden; ob die Erziehung wirklich dauernd eine Besserung herbeigeführt hat, wird sich erst nach der Entlassung der Mädchen aus der Anstalt zeigen.

Bei zwei jüngeren Zöglingen hat die Anstaltserziehung schon jetzt eine recht gute Wirkung.

Am 31. März d. Js. waren in der Fürsorgeerziehung des Landeskommunalverbandes im ganzen 12 Zöglinge: davon befanden sich: 5 in Anstaltserziehung, 4 in Gesindedienst, 2 in Familien; von 1 Zögling war der Aufenthaltsort unbekannt.

Im Berichtsjahre wurden in 2 Fällen in Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 die unterhaltspflichtigen Angehörigen von Fürsorgezöglingen zur Leistung von Beiträgen bezw. zur Erstattung der entstandenen Kosten in Höhe von zusammen 189,80 Mk. herangezogen, ohne daß von den Beteiligten gegen die Heranziehung Widerspruch erhoben worden wäre.

Im Jahre 1906 war ich nicht genötigt, gegen die Überweisung von Minderjährigen Beschwerde einzulegen.

Gerichtserkenntnisse.

Erkenntnis des Kgl. Amtsgerichts in Gerresheim vom 6. März 1906.

In Sachen des Provinzialverbandes der Rheinprovinz, vertreten durch den Landeshauptmann in Düsseldorf, Klägers,

gegen die Gemeinde X., Beklagte,

wegen Aufhebung einer Pfändung, hat das Königliche Amtsgericht in Gerresheim auf die mündliche Verhandlung vom 6. März 1906 durch den Amtsrichter N. für Recht erkannt:

Die seitens der Beklagten im Verwaltungszwangsverfahren erfolgte Pfändung der Lohnforderung, welche aus der Überweisung des Fürsorgezöglings N. als Knecht an den Landwirt N. zu X. entstanden ist, wird für unzulässig erklärt.

Die Kosten des Rechtsstreits werden der Beklagten auferlegt.

Dieses Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Tatbestand.

Der Provinzialverband der Rheinprovinz hat den Fürsorgezögling N. bei dem Landwirt N. zu X. untergebracht, N. steht zu N. nach dem von dem Provinzialverband mit letzterem geschlossenen Vertrage in keinem Vertragsverhältnis, vielmehr ist aus dem Vertrage, wie unter den Parteien nicht bestritten ist, nur der Provinzialverband berechtigt; der Anspruch auf die von N. für die Dienste des N. zu zahlenden Vergütung steht ihm, nicht dem N. zu. Die Gemeinde X. hat nun den letzteren zur Gemeindesteuer veranlagt, und da N. dieselbe nicht zahlte, im Verwaltungswege die angebliche Lohnforderung des N. an N. in Höhe von 2,30 Mk. gepfändet. Hiergegen hat der Provinzialverband Widerspruch erhoben und beantragt, die Pfändung durch vorläufig vollstreckbares Urteil für unzulässig zu erklären.

Die Beklagte hat kostenpflichtige Abweisung der Klage beantragt, indem sie sich auf § 11 der Vorschriften des Rheinischen Provinzialverbandes für die Ausführung der Fürsorgeerziehung Minderjähriger berief.

Aus dem Satze: „Auch hat niemand einen Anspruch auf Herausgabe der Lohn- oder sonstigen Ersparnisse der Zöglinge“ will sie herleiten, daß nur die „Ersparnisse“ an Lohn, nach Abzug der Unterhaltungskosten, zu denen auch die Steuern zu rechnen seien, der freien Verfügung des Landeshauptmannes zufallen.

Entscheidungsgründe.

Der Klageanspruch ist gerechtfertigt.

Was zunächst die prozessuale Zulässigkeit der Klage angeht, so beruht sie auf § 19 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1889 und § 771 Z. P. O. Insbesondere kann im Sinne des § 771 Z. P. O. als Gegenstand der Zwangsvollstreckung, an welcher ein Dritter ein die Veräußerung hinderndes Recht in Anspruch nimmt, auch eine Forderung erscheinen, deren wirklicher Gläubiger ein Dritter zu sein behauptet.

Nun bestreitet die Beklagte selbst nicht, daß der Provinzialverband, wie allgemein bei der Unterbringung von Fürsorgezöglingen, so auch im vorliegenden Falle, den Dienstvertrag in eigenem Namen geschlossen hat, daß er allein, nicht der Fürsorgezögling aus dem Vertrage Rechte gegen den Dienstherrn erworben hat. Also ist der Anspruch auf Vergütung für den Lohn des N. ein Anspruch des Provinzialverbandes, nicht des N., und kann daher in einem sich gegen letzteren richtenden Verwaltungszwangsverfahren nicht gepfändet werden. Die Ausführungen der Beklagten liegen neben der Sache. Der § 11 der angezogenen Vorschriften ist rein verwaltungsrechtlicher Art, auch in dem von

der Beklagten angezogenen zweiten Satze; privatrechtliche Normen kann der Provinzialverband nicht aufstellen. Der vorliegende Rechtsstreit ist aber allein auf Grund der Frage zu entscheiden, wem die gepfändete Forderung nach bürgerlichem Recht zusteht, und es mußte der Klage stattgegeben werden, wenn dieselbe einem anderen Rechtssubjekt zustand als dem, gegen welches sich das Verwaltungszwangsverfahren richtete. Die Frage, ob die Beklagte etwa befugt ist, den Provinzialverband bezüglich des von N. für diesen in ihrem Steuerbezirk erworbenen Lohnes zu besteuern, konnte also auf die Entscheidung des gegenwärtigen Rechtsstreits keinen Einfluß ausüben.

—

Erkenntnis des Kgl. Landgerichts in Düsseldorf vom 7. Mai 1906.

In Sachen des Provinzialverbandes der Rheinprovinz vertreten durch den Landeshauptmann der Rheinprovinz in Düsseldorf,

Klägers und Berufungsbeklagten,

gegen die Gemeinde X., gesetzlich vertreten durch ihren Bürgermeister N. in X.,

Beklagte und Berufungsklägerin,

wegen Aufhebung einer Pfändung, hat die sechste Zivilkammer des Königlichen Landgerichts in Düsseldorf auf die mündliche Verhandlung vom 7. Mai 1906 für Recht erkannt:

Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Amtsgerichts X. vom 13. März 1906 wird zurückgewiesen. Die Kosten des Rechtsmittels fallen der Beklagten zur Last.

Tatbestand.

Die Beklagte hat gegen das vorbezeichnete, ihr am 11. April 1906 zugestellte Urteil, auf dessen Inhalt Bezug genommen wird, durch einen, dem Prozeßbevollmächtigten des Klägers am 14. April 1906 zugestellten Schriftsatz Berufung eingelegt und beantragt, das angefochtene Urteil aufzuheben, den Kläger mit seiner Klage abzuweisen und ihm alle Kosten zur Last zu legen.

Der Kläger bittet,

die Berufung kostenfällig zurückzuweisen.

Beide Parteien wiederholen ihre früheren Ausführungen. Die Beklagte machte unter Hinweis auf das Gesetz vom 2. Juli 1900 sowie auf die vom Kläger dazu erlassenen Ausführungsvorschriften, insbesondere den § 11 der letzteren, noch geltend, daß der Pflegling den Lohn durch seine Arbeit für sich verdiene. Dagegen behauptet der Kläger, daß der Pflegling auf den Lohn keinen Anspruch habe. Er, Kläger, habe den Vertrag mit N. in eigenem Namen geschlossen und sei allein berechtigt, den vereinbarten Lohn zu verlangen.

Entscheidungsgründe.

Dem frist- und formgerecht eingelegten Rechtsmittel war der Erfolg zu versagen. Der Vertrag, auf Grund dessen der zur Fürsorgeerziehung überwiesene N. bei dem Landwirt N. untergebracht wurde, ist von dem letzteren nicht mit N. oder dessen gesetzlichen Vertreter, sondern mit dem Kläger in eigenem Namen abgeschlossen worden. Durch diesen Vertrag übernahm der Kläger die Verpflichtung, dem N. gegen Entgelt die Dienstleistungen eines Dritten — des N. — zur Verfügung zu stellen. Die Gültigkeit eines derartigen Abkommens unterlag schon nach früherem Recht keinem Bedenken. Insbesondere hat das Reichsoberhandelsgericht in vielfachen Entscheidungen den gesetzlichen Vertreter eines Handlungslehrlings, der den Lehrvertrag in eigenem Namen abschloß, als Selbstkontrahenten betrachtet (vergl. Staub § 6 zu Art. 61. Lehmann-Ring Anm. 3 zu § 76 H. G. B.). Das Bürgerliche Gesetzbuch hat zwar den Dienstverschaffungsvertrag nicht ausdrücklich geregelt. Aber die Zulässigkeit eines derartigen Vertrages wird sowohl in den Motiven zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Band II Seite 456) als auch von der Wissenschaft mit Recht anerkannt (vergl. Lehmann-Ring a. a. O. Staudinger III zu § 611 B. G. B., Horion bei Gruchot 1903 S. 76 ff.). Neuerdings hat auch das Kammergericht im Beschlusse vom 7. November 1904 (Entscheidung des K. G. Band 28 A. S. 182) gerade einen Vertrag des Provinzialverbandes mit dem hier fraglichen Inhalt für rechtsgültig erklärt. Die Frage der Zulässigkeit bedarf jedoch vorliegend keiner näheren Erörterung. Denn unstreitig hat N. nur mit dem Kläger einen Vertrag abgeschlossen, und man kann nicht behaupten, daß dieser Vertrag etwa gegen die guten Sitten verstößt und deshalb nach § 138 B. G. B. nichtig wäre. Jedenfalls besteht

zwischen N. und N. überhaupt kein Vertragsverhältnis, und N. hat gar keine Lohnforderung an N. Da auch im übrigen den Ausführungen des Vorderrichters beizutreten ist, so war die Berufung der Beklagten kostenfällig (§ 97 Zivilprozeßordnung) zurückzuweisen.

Aus dem Urteile des Kgl. Landgerichts in Aachen vom 30. April 1906.

T. J. war nach dem Beschlusse des Amtsgerichts Düsseldorf Gegenstand der Fürsorgeerziehung. Diese konnte seitens der staatlich berufenen Behörde entweder unmittelbar (in ihren eigenen Erziehungsanstalten) oder durch andere Personen, denen die Erziehung übertragen wurde, ausgeführt werden. Wie in den meisten Fällen ist auch hier das letztere geschehen. T. J. ist dem Angeklagten zur Erziehung überwiesen worden. Dieser wußte schon als er sich um Überlassung eines Fürsorgezöglings bewarb, daß er bei Überlassung eines solchen nicht nur die gewöhnlichen Pflichten eines Dienstherrn, sondern außerdem noch besondere erzieherische Pflichten übernehme. Er hat sich außerdem dem Pfleger N. N. gegenüber noch ausdrücklich zu guter sittlicher Erziehung der T. J. verpflichtet.

Durch die auf Grund dieser Vereinbarung erfolgte Überlassung des Fürsorgezöglings an ihn war dessen Erziehung seitens der zuständigen Behörde ihm übertragen und von ihm übernommen worden, und zwar mindestens für die Dauer eines Jahres, also für eine Zeit, die — zumal in dem damaligen Entwickelungsstadium des Mädchens — eine sehr erhebliche Einwirkung auf die Ausbildung des Charakters und der sittlichen Anschauungen des Zöglings ermöglichte. Hierin aber besteht der Beruf des Angeklagten zur Erziehung des ihm überwiesenen Mädchens. Dagegen gehört weder Gewerbsmäßigkeit zum Begriffe des Berufs, noch wird dieser dadurch ausgeschlossen, daß der Erzieher noch einen anderen Lebensberuf hat, und ebensowenig durch seine gleichzeitige Eigenschaft als Lohn- und Dienstherr des Zöglings, wie dies alles vom Reichsgericht in einer Entscheidung (Bd. 31 S. 203) über einen ganz gleich liegenden Fall des geschlechtlichen Mißbrauchs eines Zwangserziehungszöglings durch den Dienstherrn eingehend und überzeugend ausgeführt worden ist.

Gründe

des Urteils des Reichsgerichts vom 7. Januar 1907.

Nach der Feststellung der Vorinstanz war die am 8. Januar 1888 geborene T. J. nach dem preußischen Gesetze vom 2. Juli 1900 in Fürsorgeerziehung genommen und dann als Fürsorgezögling dem Angeklagten „zur Erziehung" überwiesen worden. Damit war dem Angeklagten, dem nunmehr an Stelle der außerehelichen Mutter und des Vormundes die Sorge für das geistige und körperliche Wohl des Mädchens oblag, im Interesse der Durchführung der Zwangserziehung die Erziehungsgewalt übertragen. Ein Mehreres erfordert der Begriff eines „Erziehers" nicht, auch nicht im Sinne des § 174 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs. Der Angeklagte war zu der T. J. in eine Stellung gebracht ähnlich der der Mutter und des Vormundes, indem er auf Grund der ihm zustehenden Gewalt die Lebensführung des Mädchens, namentlich in sittlicher Beziehung, zu überwachen und zu lenken hatte — Entscheidungen Bd. 29. S. 49 —. Der Angeklagte hatte auch die Erziehung des Mädchens für längere Zeit und in der üblichen Weise in vollem Umfange übernommen; das Fürsorgeverhältnis war für die Dauer des Vertrages und allgemein begründet, wenn auch nur die Beziehung auf die Person der T. J. Wie der erkennende Senat mit eingehender Begründung bereits in der Entscheidung Bd. 31 S. 203 ausgeführt hat, ist Erzieher auch der, welcher sich der Erziehungsaufgabe nur in einem Einzelfalle unterzogen hat, erfordert wird nur, daß das Verhältnis ein ständiges ist und daß nicht bloß „einzelne Tätigkeiten ohne zusammenhaltendes Band" in Frage kommen. Mit der Stellung des Angeklagten als eines Erziehers war es auch nicht unvereinbar, daß ihm gegenüber die T. J. zugleich in die Stellung eines Dienstboten mit dem Anspruche auf Lohnzahlung gebracht war. Die Fürsorgetätigkeit umfaßte die Sorge wie für die wirtschaftliche Ausbildung des Mädchens so auch für die Verwertung ihrer Arbeitskraft, die unentgeltlich dem Angeklagten zur Verfügung zu stellen, den berechtigten Interessen des Mädchens nicht entsprochen hätte.

Der Dienstvertrag schuf privatrechtliche Pflichten, aber er war weder bestimmt noch geeignet, das öffentlich-rechtliche Fürsorgeverhältnis zu beseitigen oder zu ersetzen. Wenn der Ange-

klagte, wie die Revision geltend macht, nicht die Aufgabe eines Erziehers übernehmen wollte, so mußte er dieser angeblichen Absicht Ausdruck geben, in Wirklichkeit aber hat er nach der einwandfreien Feststellung der Vorinstanz sich nicht nur um die Überlassung eines „Fürsorgezöglings beworben", sondern sich demnächst auch noch „ausdrücklich verpflichtet, die T. J. in sittlicher Beziehung gut zu erziehen". Hiermit erledigt sich zugleich der weitere Angriff der Revision aus § 59 des Strafgesetzbuchs. Die Feststellung, daß die T. J. dem Angeklagten als Fürsorgezögling überwiesen, und daß der Angeklagte sich zu deren guten Erziehung noch besonders verpflichtet hatte, schließt ohne weiteres die Feststellung ein, daß der Angeklagte bei Begehung der Tat gewußt hat, daß er sich an einem ihm anvertrauten Fürsorgezögling verging.

Hiernach und da auch sonst das angefochtene Urteil einen Rechtsirrtum nicht erkennen läßt, war die Revision wie geschehen, zu verwerfen.

—

Beschluß des Kgl. Kammergerichts Berlin vom 15. November 1906.

In der Fürsorgeerziehungssache des G. E. zu X. hat der erste Zivilsenat des Königlichen Kammergerichts in Berlin in der Sitzung vom 15. November 1906 auf die von der städtischen Waisen-Deputation zu Berlin eingelegte weitere Beschwerde beschlossen:

Unter Aufhebung des Beschlusses der 34. Zivilkammer des Königlichen Landgerichts zu Berlin vom 9. Oktober 1906 und des Beschlusses des Königlichen Amtsgerichts Berlin-Mitte vom 9. August 1906, soweit es sich um die Aussetzung des Verfahrens handelt, wird die Sache zur anderweitigen Erörterung und Entscheidung nach Maßgabe der folgenden Gründe an das vorgenannte Amtsgericht zurückverwiesen.

Die Beschwerde im übrigen wird verworfen.

Kosten kommen nicht in Ansatz.

Gründe:

Auf Antrag der städtischen Waisen-Deputation in Berlin vom 9. April d. Js. hat das Amtsgericht I dahier das Verfahren auf Fürsorgeerziehung des am 11. November 1889 geborenen G. E. eingeleitet und nach Anhörung seines Vaters durch Beschluß vom 2. Mai 1906 die vorläufige Unterbringung des G. E. gemäß § 5 des F. E. G. angeordnet.

Die weiteren Ermittelungen ergaben, daß G. E. bei seinem Vater, der zum zweiten Male verheiratet ist, schon lange Zeit nicht lebt, sondern seit Jahren von der städtischen Waisenverwaltung untergebracht ist. Nunmehr ist er von der städtischen Waisenverwaltung bei einem Fabrikanten C. in N. in die Lehre gebracht und dieser bemüht sich in dem Verfahren, bislang vergeblich, weitere Maßregeln gegen den Zögling, der allerdings vor längerer Zeit Fehltritte sich hat zu Schulden kommen lassen und damals auch der Lehre entlaufen war, sich aber von selbst wieder eingefunden hatte, aufzuhalten und verspricht sich von seinem Bleiben in der Lehre gute Erfolge. Darauf und da auch die sonstigen Ermittelungen die Notwendigkeit einer Fürsorgeerziehung nicht dartaten, beschloß das Amtsgericht unter dem 9. August d. Js. im Einverständnis mit dem Polizeipräsidenten von X., das Verfahren auf drei Monate auszusetzen. Schon vorher hatte das Amtsgericht die Polizeidirektion in N. ersucht, den Beschluß auf vorläufige Unterbringung des G. E. nicht auszuführen.

Wegen der Aussetzung des Verfahrens führte die Waisenverwaltung (Waisen-Deputation in Berlin) sofortige Beschwerde, weil ein Beschluß auf vorläufige Unterbringung sich mit der nachherigen Aussetzung des Verfahrens nicht wohl vertrage.

Die Beschwerde wurde durch Beschluß der 34. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin vom 9. Oktober zurückgewiesen. Die Waisen-Deputation führt hiergegen weitere Beschwerde und brachte zur Begründung vor, daß nebeneinander ein Beschluß auf vorläufige Unterbringung und ein solcher auf Aussetzung des Verfahrens nicht bestehen könne und daß das Amtsgericht nicht um vorläufige Nichtausführung seines Beschlusses auf vorläufige Unterbringung ersuchen könne.

Die weitere Beschwerde mußte Erfolg haben.

Es kann zunächst auf die Gründe des Beschlusses des I. Zivilsenats des Kammergerichts im Jahrbuch der Entscheidungen Bd. 30 S. A. 60 Bezug genommen werden; von den dort aufgestellten Gründen wird auch hier ausgegangen.

Hiernach aber muß ein Beschluß, welcher die Absicht hat, das Verfahren einstweilen zum Abschluß zu bringen, einem Rechtsmittel zugängig sein, welches aus den in dem obigen Beschluß dargelegten Gründen nur die sofortige Beschwerde sein kann.

Die Aussetzung des Verfahrens ist an sich in dem Verfahren auf Unterbringung der Fürsorgeerziehung nicht ausgeschlossen. Es bedarf dazu aber, wie in jener Entscheidung dargelegt, der Zustimmung derjenigen Organe, denen das Gesetz ein Recht auf alsbaldiges Betreiben des Verfahrens, also ein Interesse an der Erledigung eines solchen eingeräumt hat. Das ist für Berlin der Gemeindevorsteher ebenso wie der Präsident der Polizei (§ 4 F. E. G.). Der Polizeipräsident hat mit der Aussetzung des Verfahrens einverstanden sich erklärt, das genügt jedoch nicht, wenn, wie hier, die Waisen-Deputation, welche ein Organ der städtischen Verwaltung ist, widersprochen hat. Deren Widerspruch ist ohne weiteres zu beachten, da die Stadtverwaltung ein Interesse an der endgültigen Erledigung des Verfahrens, sei es durch Ablehnung des Antrages, sei es durch Unterbringung, hat.

Deshalb mußten die beiden Vorentscheidungen, in denen diese Grundsätze keine Beachtung gefunden haben, aufgehoben werden.

Die weitere Beschwerde rügt als weiteren Beschwerdegrund, daß das Amtsgericht zu Unrecht die Polizeibehörde ersucht habe, den Beschluß auf vorläufige Unterbringung nicht auszuführen. Gegen die Anordnung war Beschwerde nicht geführt. Es ist in derselben (Blatt 35 der Akten) nur gesagt:

„Gegen den Beschluß, durch den das Fürsorgeerziehungsverfahren gegen G. E. auf drei Monate ausgesetzt ist, erheben wir die Beschwerde, weil die vorläufige Unterbringung des Minderjährigen angeordnet und diese Anordnung nicht wieder aufgehoben ist."

Die Anordnung des Amtsgerichts, daß der Beschluß auf vorläufige Unterbringung nicht auszuführen sei, ist eine selbständige Entscheidung, welche jedenfalls in der Beschwerde keine Anfechtung erfahren hat, sondern zuerst in der weiteren Beschwerde gerügt wurde.

Ohne Rücksicht darauf, ob gegen diese Anordnung des Amtsgerichts ein Rechtsmittel überhaupt zulässig ist, kann es doch nur der weiteren Beschwerde dann unterliegen, wenn das Rechtsmittel der Beschwerde vergeblich zur Hand genommen ist. Es widerspricht aber allen Grundsätzen des Verfahrens, eine selbständige Anordnung zuerst mit dem Rechtsmittel der weiteren Beschwerde anzugreifen.

Dieser Teil der weiteren Beschwerde war also jedenfalls unzulässig.

Es sei jedoch hier bemerkt, daß wenn man dem Gericht das Recht zugesteht, im Einverständnis mit den an dem Betreiben des Verfahrens interessierten Organen das ganze Verfahren auszusetzen, man ihm nicht minder die Befugnis zugestehen muß, in obigem Einverständnis mit Rücksicht auf den Stand der zwischenzeitlich angestellten Ermittelungen auch die obige Zwischenentscheidung einstweilen außer Vollzug zu setzen.

Der Umstand, daß die Anordnung der vorläufigen Unterbringung nur mit sofortiger Beschwerde anfechtbar und deshalb für den Vormundschaftsrichter unabänderlich ist, steht einer solchen Anordnung nicht entgegen, wenn sie auf Grund einer veränderten Sachlage im Einverständnis aller Beteiligten erfolgt. Die Anordnung der vorläufigen Unterbringung soll nur bei Gefahr im Verzuge erfolgen und sie wird, wie sie nach sorglicher Prüfung der Sachlage erfolgen darf, auch nur bei wirklich veränderter Sachlage ausgesetzt werden. Im vorliegenden Falle war eine Prüfung der Sachlage nicht vorhergegangen und es läßt sich auch aus dem Beschlusse nicht erkennen, worin die Gefahr im Verzuge bestanden haben soll. Umsomehr mußte das Gericht, wenn es durch die angestellten Ermittelungen sich überzeugte, daß die Anordnung ohne ausreichende Veranlassung ergangen war, die Durchführung der Anordnung sistieren, allerdings nachdem es sich des Einverständnisses der Beteiligten versichert hatte.

Im vorliegenden Fall ist jedoch umsoweniger Veranlassung die getroffene Anordnung zu reprobieren, da von keiner Seite eine zulässige Anfechtung derselben erfolgt ist.

Kosten kommen nicht zum Ansatz.

Beschluß des Kgl. Kammergerichts Berlin, 1. Zivilsenat vom 6. Dezember 1906.

In Sachen des Königlichen Amtsgerichts zu N., betreffend die Anordnung der Fürsorgeerziehung des minderjährigen N. zu N. hat der 1. Zivilsenat des Königlichen Kammergerichts in Berlin in der Sitzung vom 6. Dezember 1906 auf die von dem Oberbürgermeister zu N. unter dem 12. Dezember 1906 eingelegte sofortige weitere Beschwerde beschlossen:

Unter Aufhebung des Beschlusses der 3. Zivilkammer des Königlichen Landgerichts zu N. vom 18. Oktober 1906 wird die sofortige Beschwerde des Vormundes G. vom 6. Oktober 1906 gegen den Beschluß des Königlichen Amtsgerichts zu N. vom 20. September 1906 zurückgewiesen.

Eine Gebühr und Auslagen für die weitere Beschwerde kommen nicht in Ansatz.

Gründe:

Der am 16. Januar 1889 geborene N. hat beide Eltern durch den Tod verloren und wird von dem Kaufmann G. zu N. bevormundet. Das Amtsgericht zu N. hat durch Beschluß vom 20. September 1906 auf Grund des § 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 seine Fürsorgeerziehung angeordnet, indem es folgenden Sachverhalt feststellte: Der Minderjährige hat bereits während seiner Schulzeit gegenüber seiner damals noch lebenden Mutter viel Ungehorsam und Eigensinn gezeigt. Einem der Mutter bestellten Erziehungsbeistand gab er auf seine Vorhaltungen freche Antworten. Noch während der Schulzeit hat er seinem Onkel fünf Mark gestohlen. Nach seiner Schulentlassung hat er (wie im einzelnen festgestellt ist) nur unregelmäßig und mit Unterbrechungen gearbeitet. Am 15. August 1905 ist er vom Schöffengericht zu N. wegen Mißhandlung, versuchter Gefangenenbefreiung und Widerstandes zu einer Gefängnisstrafe von 8 Wochen Gefängnis verurteilt worden, wobei in den Gründen die Rohheit der Tat und die Gemeingefährlichkeit seines Verhaltens hervorgehoben wurden. Nach dem Tode seiner Mutter am 4. März 1906 wohnte er bei einer verheirateten Schwester, arbeitete nicht, trieb sich herum und brachte sich Frauenzimmer mit nach Hause. Als sein Schwager ihm darüber Vorhaltungen machte, verließ er sein Haus. Er zog dann mit einem Schaubudenbesitzer herum. Zeitweise hielt er sich auch in N. auf und zeigte sich mit Dirnen auf der Straße. Die Einwirkungsversuche des Vormundes und seiner älteren Geschwister waren vergeblich. Das Amtsgericht hat hiernach eine weit vorgeschrittene sittliche Verwahrlosung des Minderjährigen angenommen und bei der Unzulänglichkeit der anderweitigen erziehlichen Einwirkung die Fürsorgeerziehung als das einzige mögliche Mittel zur Verhütung seiner völligen sittlichen Verwahrlosung erachtet.

Der Vormund G. hat dagegen die sofortige Beschwerde vom 6. Oktober 1906 eingelegt und zu deren Begründung angeführt: Er glaube sich nicht zu irren, daß der Minderjährige jetzt den Weg der Besserung beschritten habe. Er verkehre zur Zeit nur noch mit dem einen Mädchen, habe ihm jedoch erklärt: „Wenn es sein müßte, werde er sich auch von diesem Mädchen fernhalten." Arbeitgeber und Logiswirt hätten keine Klage über ihn, wären vielmehr mit seinem Betragen und Fleiß zufrieden, wie die überreichten Bescheinigungen vom 27. und 28. September ergäben. Danach beantragte er, von der Fürsorgeerziehung abzusehen.

Das Landgericht zu N. hat durch Beschluß vom 18. Oktober 1906 den angefochtenen amtsgerichtlichen Beschluß aufgehoben und den von dem Oberbürgermeister zu N. gestellten Antrag auf Überweisung des Minderjährigen zur Fürsorgeerziehung abgelehnt. Es nimmt mit dem Amtsgericht an, daß der Minderjährige sittlich verdorben ist und in dieser Beziehung die Voraussetzungen der Fürsorgeerziehung vorliegen. Dagegen führt es aus: Die Anordnung seiner Fürsorgeerziehung biete keine Aussicht, daß durch sie der Zweck des Gesetzes erreicht werde, ihn zu einem brauchbaren Mitgliede der menschlichen Gesellschaft zu erziehen. Er sei nun schon seit langer Zeit sich selbst überlassen geblieben und habe ein Leben geführt, durch welches seine Charakteranlagen sich offenbar bereits befestigt hätten. Erfahrungsgemäß wirke der Zwang der Fürsorgeerziehung auf solche Personen nicht bessernd, sondern meist verhärtend. Die kurze Zeit, während deren eine energische Einwirkung bei dem fast 18 Jahre alten Minderjährigen noch möglich sei, biete daher keine Aussicht auf den vom Gesetzgeber beabsichtigten Erfolg. Nicht Erziehungsmaßregeln, sondern nur die Erfahrungen des Lebens würden ihn vor völligem sittlichen Verderben zu schützen vermögen. Sonach liege die Notwendigkeit der Fürsorgeerziehung im Sinne des § 1 Nr. 3 des Gesetzes nicht vor.

Gegen diesen ihm am 2. November 1906 zugestellten Beschluß hat der Oberbürgermeister von R. die sofortige weitere Beschwerde vom 12. November 1906 eingelegt, welche am 13. November beim Kammergericht einging. Es wird ausgeführt, daß die Ablehnungsgründe des Landgerichts rechtsirrtümliche seien, und die Wiederherstellung des amtsgerichtlichen Beschlusses beantragt.

Die sofortige weitere Beschwerde ist zulässiger Weise, frist- und formgerecht eingelegt, es war ihr auch Folge zu geben, weil sie sachlich begründet ist. Zunächst ist in Übereinstimmung mit den beiden Vorinstanzen daran festzuhalten, daß nach dem festgestellten Verhalten des Minderjährigen bei ihm ein weit vorgeschrittener sittlicher Verderb vorliegt. Die Anführungen des Vormundes in seiner Beschwerde erscheinen auch ungeeignet, an dieser wohlbegründeten Auffassung etwas zu ändern. Wenn der Minderjährige danach seinem derzeitigen Logiswirt und Arbeitgeber keinen Anlaß zur Klage gegeben hat, so beweist das durchaus nichts für seine nachhaltige Besserung, da es sich offenbar nur um eine kurze Zeit handelt, während welcher er (anscheinend unter dem Drucke der drohenden Fürsorgeerziehung) sich etwas besser geführt haben mag. Außerdem geht aber gerade aus den Angaben der Beschwerde hervor, daß der Minderjährige seinen geschlechtlich unsittlichen Lebenswandel bis in die neueste Zeit fortgesetzt hat. Er ist als erheblich sittlich verderbt anzusehen. Ferner steht fest, daß die erziehlichen Einwirkungsversuche seines Vormundes und seiner älteren Geschwister auf ihn vergeblich gewesen sind und auch für die Zukunft keinen Erfolg versprechen. An der Möglichkeit seiner anderweitigen ordnungsmäßigen Erziehung fehlt es somit, es sei denn, daß die Fürsorgeerziehung angeordnet wird. Hiernach ist diese zur Verhütung des völlen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig, denn sie bleibt unter den obwaltenden Umständen das einzige geeignete Mittel zur Erreichung dieses Zweckes. Danach ist der Tatbestand des § 1 Nr. 3 Ges. vom 2. Juli 1900 gegen den Minderjährigen, welcher das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, gegeben.

Die Ausführungen des Landgerichts, daß die Fürsorgeerziehung bei den Charakteranlagen und dem Lebensgange des Minderjährigen (der bereits längere Zeit ein freies Leben geführt habe) ein ungeeignetes Mittel zur Verhütung seiner völligen sittlichen Verwahrlosung sei, da sie auf solche Personen erfahrungsgemäß nicht bessernd, sondern verhärtend wirke, sowie daß die kurze Zeit während deren eine energische Einwirkung bei dem fast 18 Jahre alten Minderjährigen noch möglich sei, keine Aussicht auf den vom Gesetzgeber beabsichtigten Erfolg biete, und daß hier nicht Erziehungsmaßregeln, sondern die Erfahrungen des Lebens das geeignete Mittel zur Erreichung dieses Zweckes seien,

also die Notwendigkeit der Fürsorgeerziehung nicht vorliege, mit welchen die Ablehnung der Fürsorgeerziehung von ihm gerechtfertigt worden ist, beruhen auf einer fehlerhaften rechtsirrtümlichen Grundlage. Zunächst ist ohne weiteres klar, daß diese Erwägungen mit der Notwendigkeit der Fürsorgeerziehung, auf welche es nach dem Gesetze ankommt, nichts zu tun haben, sondern lediglich ihre Zweckmäßigkeit betreffen. Das Landgericht erklärt die Fürsorgeerziehung bei dem Minderjährigen aus zwei Gründen als ungeeignet zur Erreichung des mit ihr angestrebten Zwecks der Verhütung seines völligen sittlichen Verderbens; einmal weil sie (nach seinem Charakter und Vorleben) nicht bessernd, sondern verschlechternd auf ihn wirken werde, und dann, weil ihre Einwirkung (nach seinem Alter von nahezu 18 Jahren) eine zu kurze, unzureichende sein werde. Wenn es mit solcher Begründung die Fürsorgeerziehung ablehnt, so hat es dabei nicht diejenigen Fälle im Auge, welche ihre Anordnung nach dem Gesetze notwendig machen, sondern die zukünftige Wirkung der Fürsorgeerziehung im Falle ihrer Anordnung und die sich hieraus ergebende Unzweckmäßigkeit der letzteren. Damit hat sich aber das Landgericht auf ein Gebiet begeben, welches ihm bei der Prüfung der Anwendung des § 1 Nr. 1 bis 3 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 verschlossen ist.

Allerdings ist in § 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 bestimmt, daß ein Minderjähriger, welcher das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, beim Vorliegen der Voraussetzungen der Nr. 1, 2 oder 3 daselbst der Fürsorgeerziehung überwiesen werden kann. Das Wort „kann" an dieser Stelle bedeutet jedoch nicht, daß es in das freie Ermessen des Vormundschaftsgerichts gestellt ist, beim Vorhandensein der Voraussetzungen der Fürsorgeerziehung dennoch von ihrer Anordnung abzusehen; vielmehr muß es in diesem Falle die Überweisung des Minderjährigen zur Fürsorgeerziehung aussprechen. Der Vormundschaftsrichter hat wohl nach freier richterlicher Überzeugung zu entscheiden, ob nicht zunächst

andere Mittel und Wege (Anordnungen aus § 1666 B. G. B., Ermahnungen, Seelsorge, Schule, Einwirkung durch Verwandte, Androhung der Fürsorgeerziehung für den Fall der Nichtbesserung) ausreichen und die Anordnung der Fürsorgeerziehung selbst entbehrlich machen. Ist er aber zu der Überzeugung gelangt, daß alle anderen Mittel nicht genügen und die Fürsorgeerziehung zur Rettung des Minderjährigen notwendig ist, so ist mit seinem Recht zur Anordnung der Fürsorgeerziehung auch seine Pflicht hierzu verbunden. Nur so wird der Vormundschaftsrichter seiner Amtspflicht, für das geistige und leibliche Wohl der Minderjährigen zu sorgen, insbesondere deren Erziehung zu überwachen und in die rechten Bahnen zu lenken, gerecht (vergl. Noelle Anm. 10 zu § 1 Schultzenstein-Köhne, Vormundschaftsrecht 2. Aufl. Seite 404 Anm. 3 zu § 1, Aschrott Anm. 9 zu § 1 Gesetz vom 2. Juli 1900, Noetel im Preußischen Verwaltungsblatt 1900/1901 Seite 326). Das Vormundschaftsgericht hat also bei seiner Entscheidung über die Anordnung der Fürsorgeerziehung nur zu prüfen, ob die im Gesetze hierfür geforderten Voraussetzungen vorliegen; dagegen hat es nicht die Zweckmäßigkeit der an sich notwendigen, vom Gesetz verordneten Fürsorgeerziehung allgemein oder auch nur im einzelnen Falle zu prüfen. Die Frage der Nützlichkeit der Fürsorgeerziehung in denjenigen Fällen, wo das Gesetz sie vorschreibt, ist durch die Erlassung des Gesetzes in seiner jetzigen Gestalt für die Dauer seiner Geltung vom Gesetzgeber entschieden. Das Gesetz sieht in diesen Fällen die Fürsorgeerziehung als ein geeignetes Mittel zur Erreichung des damit erstrebten Zweckes an. Hierdurch schließt es bei der Entscheidung über die Anordnung der Fürsorgeerziehung alle Erwägungen des Vormundschaftsgerichts über die Tauglichkeit dieses Mittels grundsätzlich aus.

Die ihm hierdurch vom Gesetz gezogene Grenze hat aber das Landgericht überschritten, wenn es erklärt, im gegebenen Falle sei die Fürsorgeerziehung kein geeignetes Mittel zur Besserung des Minderjährigen, weil sie erfahrungsmäßig auf Personen von seiner Beschaffenheit nicht bessernd, sondern verhärtend wirke. Die Bedeutung dieser Erwägungen kann eine doppelte sein. Entweder meint das Landgericht, daß die Fürsorgeerziehung als solche, wie sie als staatliche Einrichtung im Gesetze geregelt ist, nach den mit ihr bisher gemachten Erfahrungen für den vom Gesetz mit ihr angestrebten Zweck für solche Fälle, wie hier einer vorliege, ganz allgemein versage, oder es will nur auf Grund der von ihm in seinem Bezirke gemachten Erfahrungen die Auffassung gewonnen haben, daß die von dem zuständigen Kommunalverbande zum Zwecke der Durchführung der Fürsorgeerziehung getroffenen besonderen Maßnahmen den gewünschten Erfolg nicht erreichen. Im ersteren Falle würde es das Gesetz nicht anwenden, sondern sich über das Gesetz stellen und es aus Zweckmäßigkeitsgründen außer Anwendung setzen; im zweiten würde es sich auf das Gebiet der Ausführung der Fürsorgeerziehung begeben, welche nach dem Gesetze (§ 9) den verpflichteten Kommunalverbänden obliegt, nicht aber den Gerichten. Wenn die Fürsorgeerziehung in ihrer jetzigen Gestaltung den an sie gestellten Erwartungen allgemein oder unter gewissen Voraussetzungen nicht entspräche, so wäre es Sache des Gesetzgebers, das Gesetz zu ändern. Wenn die von einem Kommunalverbande getroffenen Erziehungseinrichtungen unzulänglich sein sollten, so müßten sie eben verbessert werden; es wird aber auch schon jetzt unausgesetzt an ihrer Verbesserung und Vervollkommnung gearbeitet. Dagegen ist der Vormundschaftsrichter nicht befugt, auf Grund seiner Auffassung von der Zweckmäßigkeit der Fürsorgeerziehung als solcher oder der zu ihrer Durchführung getroffenen Maßregeln von ihrer Verhängung da abzusehen, wo sie vom Gesetze vorgeschrieben ist. Wollte man ihm diese Befugnis einräumen, so könnte der Vormundschaftsrichter auf Grund seiner bezüglichen individuellen Ansichten das Gesetz vom 2. Juli 1900 für seinen Gerichtsbezirk tatsächlich zu einem sehr erheblichen Teile außer Wirkung setzen. Das kann selbstverständlich nicht zugelassen werden. Dieser Ablehnungsgrund des Landgerichts verletzt also das Gesetz.

Das gilt aber auch insofern, als es die Fürsorgeerziehung um deswillen ablehnt, weil es die Zeit für die Besserung des nahezu 18jährigen Minderjährigen bis zur Vollendung seines 21. Lebensjahres für zu kurz erklärt (§ 13 Abs. 1 Gesetz vom 2. Juli 1900). Die vorstehenden allgemeinen Erwägungen über den Sinn des Gesetzes treffen auch dahin zu, daß dieses in ihr ganz allgemein ein geeignetes Mittel erblickt, um eine entsprechende Besserung auch derjenigen Minderjährigen herbeizuführen, welche ihr noch kurz vor Vollendung ihres 18. Lebensjahres überwiesen werden, also nur drei Jahre in der Fürsorgeerziehung gehalten werden können. Sollten in dieser Beziehung nach dem Gesetze selbst noch irgendwelche Zweifel obwalten, so werden sie durch die Ausführungen der Motive, welche die Festsetzung der Altersgrenze

von 18 Jahren in § 1 des Gesetzes rechtfertigen, in überzeugender Weise widerlegt (Drucksachen des Herrenhauses 1900 Nr. 8). Dort heißt es auf Seite 15:

> „Es ist von höchster Bedeutung, den Zeitraum, innerhalb dessen das Eingreifen zur Verhütung der Verwahrlosung gestattet ist, gerade auf diese Zeit (nach der Entlassung aus der Schule) auszudehnen. Andererseits muß aber die Grenze für das Eingreifen derart festgesetzt werden, daß der Zeitraum vom Beginne der Zwangserziehung bis zu ihrem gesetzlichen Ende ausreicht, um den Erfolg der Maßregel zu sichern. Wird die Zwangserziehung kurz vor vollendetem 18. Lebensjahre angeordnet, so bleiben für ihre Durchführung bis zum Ende der Minderjährigkeit immer noch drei Jahre, ein Zeitraum, der erforderlich ist, aber auch ausreicht, um den Erfolg sicher zu stellen."

Das Gesetz steht sonach grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß in dem Alter bis zu 18 Jahren kein Minderjähriger in seinen Charakteranlagen so befestigt oder richtiger in seinem sittlichen Verderb bereits so verhärtet ist, als daß nicht durch eine planmäßig geleitete, sorgfältige und strenge Fürsorgeerziehung der Zweck des Gesetzes noch erreicht, und sein völliges sittliches Verderben verhütet werden könnte. Dieser Auffassung des Gesetzes haben sich die Vormundschaftsgerichte zu fügen und dürfen aus ihrer abweichenden Auffassung von der Wirksamkeit einer nur noch drei Jahre dauernden Fürsorgeerziehung keinen Grund herleiten, um sie überhaupt abzulehnen.

Auf jeden Fall aber erscheint es höchst bedenklich, wenn das Landgericht zur Erzielung einer Besserung des Minderjährigen kein anderes Mittel angewendet wissen will, als daß er auch weiterhin sich selbst überlassen bleiben soll, um durch die Erfahrungen des Lebens vor völligem sittlichen Verderben geschützt zu werden. Bei dem bereits stark verwahrlosten Minderjährigen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auf diese Weise sein völliger sittlicher Untergang herbeigeführt werden würde. Es liegt darin tatsächlich das Anerkenntnis der völligen Ratlosigkeit gegenüber dem vorgeschrittenen sittlichen Verderb des Minderjährigen und seiner Unverbesserlichkeit. Die Annahme einer solchen entspricht aber nicht dem dargelegten Sinne des Gesetzes.

Nach alledem sind die Ablehnungsgründe des Landgerichts rechtsirrtümliche. Da im übrigen die Voraussetzungen des § 1 Nr. 3 Ges. vom 2. Juli 1900 festgestellt sind, so war der landgerichtliche Beschluß aufzuheben und die vom Amtsgericht getroffene Entscheidung (unter Zurückweisung der von dem Vormunde gegen sie eingelegten Beschwerde) wiederherzustellen.

Den Kostenpunkt regelt § 8 des Gesetzes.

—

Beschluß des Kgl. Kammergerichts Berlin vom 14. Februar 1907.

In Sachen des Königlichen Amtsgerichts zu Landsberg an der Warthe, betreffend die Anordnung der Fürsorgeerziehung der minderjährigen R. R. hat der erste Zivilsenat des Königlichen Kammergerichts in Berlin in der Sitzung vom 14. Februar 1907 beschlossen.

Die von dem Arbeiter A. R. unter dem 6. Februar 1906 gegen den Beschluß der 1. Zivilkammer des Königlichen Landgerichts zu Landsberg a/W. vom 24. Januar 1907 eingelegte sofortige weitere Beschwerde wird zurückgewiesen. Kosten der weiteren Beschwerde bleiben außer Ansatz.

Gründe:

Der Arbeiter A. R. hat 5 Kinder, von denen die am 19. August 1896 geborene R. R. das jüngste ist. Er ist landarm, seine Ehefrau und seine 3 jüngsten Kinder befinden sich auf Rechnung des Landarmenverbandes in der Pflege der Stadtgemeinde zu Landsberg. R. R. ist am 7. Oktober 1905 in die Brandenburgische Idiotenanstalt „Wilhelmsstift" in Potsdam untergebracht worden, weil sie als schwachsinnig nach ärztlichem Gutachten der Anstaltspflege bedürftig erschien. Am 16. April 1906 hat der Vater seine Tochter angeblich zu einem Spaziergang abgeholt, sie aber heimlich wieder zu sich genommen. Er weigerte sich dann, sie wieder in die Anstalt zu geben, wie seitens der Armendirektion zu Landsberg und des Landarmenverbandes von ihm verlangt wurde.

Das Amtsgericht zu Landsberg hat durch Beschluß vom 13. Dezember 1906 auf Grund des § 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 die Fürsorgeerziehung der N. N. und zugleich ihre vorläufige Unterbringung angeordnet. Die dagegen eingelegte sofortige Beschwerde des Vaters ist durch Beschluß des Landgerichts zu Landsberg vom 24. Januar 1907 als unbegründet zurückgewiesen worden. Nach den Feststellungen des Landgerichts (die sich im wesentlichen mit denjenigen des Amtsgerichts decken) ist die N. N. schwachsinnig, wie sie es bereits zur Zeit ihrer Unterbringung im „Wilhelmsstift" war. Sie ist in der Schule zurückgeblieben und bedarf mit Rücksicht auf ihre häusliche Umgebung zu ihrer körperlichen und geistigen Pflege und Erziehung der Anstaltspflege. Wenn sie in ihrer jetzigen nicht einwandsfreien Umgebung verbleibt, besteht die Gefahr, daß sie in körperlicher und geistiger Beziehung vollständig verwahrlost, während sie in der Anstalt bei sachgemäßem Unterricht und entsprechender Pflege zu einem nützlichen Mitgliede der menschlichen Gesellschaft herangezogen werden kann. Diese Feststellungen gründen sich im wesentlichen auf das Gutachten des Direktors der Landesirrenanstalt Dr. G. zu Landsberg, welcher eine Untersuchung des Kindes vorgenommen hatte. Der Vater lebt in sehr dürftigen Verhältnissen; es fehlt in seinem Hause häufig an den notwendigsten Lebensmitteln. Seine Ehefrau ist (nach den Angaben der Ärzte, die sie behandelt haben,) selbst schwachsinnig und danach nicht geeignet, einen gedeihlichen Einfluß auf ihre Tochter auszuüben, darin daß der Vater sich unter diesen Umständen der ihm angebotenen Anstaltserziehung seiner Tochter widersetzt, erblickt nun das Landgericht eine schuldhafte Verletzung der ihm obliegenden Erziehungspflicht, so daß die Anwendbarkeit des § 1666 gegen ihn vorliege. Es weist dabei noch darauf hin, daß der Vater nach den vom Amtsgericht getroffenen Feststellungen seine Tochter auch nicht zum regelmäßigen Schulbesuche angehalten und sie gegen ihr Interesse heimlich aus dem „Wilhelmsstift" wieder fortgeholt habe. Unter diesen Umständen erachtet es die Anordnung der Fürsorgeerziehung als das einzige taugliche Mittel zur Verhütung völliger körperlicher und geistiger Verwahrlosung des Kindes, weil dem Vater nur so die Möglichkeit genommen werden könne, das Kind der notwendigen Anstaltspflege zu entziehen. Gleichzeitig hat das Landgericht auch die vorläufige Unterbringung für gerechtfertigt erklärt, weil Gefahr im Verzuge sei.

Gegen diesen ihm am 29. Januar 1907 zugestellten Beschluß hat der Vater zu Protokoll des Gerichtsschreibers des Amtsgerichts zu Landsberg vom 6. Februar die weitere Beschwerde eingelegt, weil seine Tochter nicht schwachsinnig, sondern nur kränklich sei, sonst nichts gegen sie vorliege, und er sie selbst ernähren und erziehen könne.

Die sofortige weitere Beschwerde ist zulässigerweise frist- und formgerecht eingelegt, doch war ihr der Erfolg zu versagen, weil sie sachlich nicht begründet ist. Der von den Vorinstanzen in rechtlich bedenkenfreier Weise festgestellte Sachverhalt ist für das Gericht der weiteren Beschwerde bindend (§ 27 F. G. G. § 561 Z. P. O.), die gegenteiligen Anführungen der weiteren Beschwerde sind danach unbeachtlich. Der vorliegende Sachverhalt rechtfertigt aber die Anordnung der Fürsorgeerziehung auf Grund des § 1 Nr. 1 Gesetz vom 2. Juli 1900.

Zunächst kann es keinem rechtlichen Bedenken unterliegen, daß gegen den Vater die Voraussetzungen des § 1666 Absatz 1 B. G. B. vorliegen. Der mittellose Vater kann nach seinen häuslichen Verhältnissen seiner schwachsinnigen Tochter die für sie nötige besondere Erziehung nicht gewähren. Gleichwohl weist er die ihm gebotene Gelegenheit zu ihrer Unterbringung in einer entsprechenden Anstalt ohne jeden stichhaltigen Grund zurück, ja er hat sie, nachdem sie bereits im „Wilhelmsstift" in geeigneter Weise untergebracht war, heimlich von dort wieder weggeholt. Wenn die Vorinstanzen darin einen das geistige Wohl des Kindes gefährdenden Mißbrauch erblickt und deshalb die gedachte gesetzliche Vorschrift gegen den Vater für anwendbar erklärt haben, so ist das rechtlich nicht zu beanstanden. (K. G. Jahrbuch Bd. 23 S. A. 52 Bd. 26 S. 29. 190). Es kommt also hierfür nicht weiter darauf an, ob der Vater von seinem Personensorgerecht auch insofern einen falschen Gebrauch gemacht hat, als er seine Tochter nicht in gehöriger Weise zum Schulbesuch angehalten hat.

Zur Anwendbarkeit des § 1 Nr. 1 Gesetz vom 2. Juli 1900 ist nun aber — außer dem Vorliegen der Voraussetzungen des § 1666 B. G. B. noch notwendig, daß die Fürsorgeerziehung erforderlich, die das einzige geeignete Mittel ist, um die Verwahrlosung des Kindes zu verhüten. Wenn das Landgericht das Vorhandensein dieses Erfordernisses daraus herleitet, daß nur mittels der Fürsorgeerziehung dem Vater die Möglichkeit genommen werden könne, das Kind der nötigen Anstaltspflege zu entziehen, so erscheint diese Annahme freilich rechtlich nicht unbedenklich, denn es ist nicht

ersichtlich, warum dieser Zweck an sich nicht auch durch Anwendung von Maßregeln aus § 1666 B. G. B. sollte erreicht werden können, denn auch durch solche (Entziehung der Personensorge und Anordnung der Unterbringung des Kindes in einer geeigneten Familie oder Erziehungs- oder Besserungsanstalt) könnte dem Vater die rechtliche Möglichkeit (und nur um diese handelt es sich hier) zu einer entsprechenden Einwirkung auf das Kind sehr wohl genommen werden. Hierbei ist jedoch (in Ergänzung der Ausführungen des Landgerichts) noch darauf hinzuweisen, daß es nach den besonderen Umständen des Falles nicht möglich erscheint, die anderweitige Unterbringung des Kindes auf Grund des § 1666 allein durchzuführen. Kind und Eltern sind mittellos, hiernach könnte das Kind nur dann in einer geeigneten Anstalt untergebracht werden, wenn der Armenverband verpflichtet erschiene, die dadurch entstehenden Kosten zu tragen, das ist aber hier nicht anzunehmen. Wie das Kammergericht schon wiederholt (Jahrb. Bd. 26 S. A. 191 Bd. 32 S. A. 69) gerade für derartige Fälle ausgeführt hat, gehen die Verbindlichkeiten des Armenverbandes auch bei Idioten nicht über die Verabfolgung der Leibesnotdurft hinaus, so daß seine Hilfe versagt, sobald das Bedürfnis nach besonderen erzieherischen Maßregeln hervortritt. Dies ist aber hier der Fall, wenn schon ein bereits vorliegender sittlicher Verderb des Kindes nicht nachgewiesen ist; denn es ist der M. M. nach dem Gutachten des Dr. G. eine besondere Erziehung zu gewähren, durch die sie in den Stand gesetzt werden soll, später ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu werden (Jahrbuch Bd. 26 S. A. 192). Der Unterricht und die Erziehung bei einer Schwachsinnigen von der Art dieses Kindes sind nach der Erklärung des Dr. G. äußerst schwierig, so daß regelmäßig der Unterricht der Volksschule nicht genügt. Eine derartige Erziehung zu gewähren, ist der Armenverband nicht verpflichtet; es bleibt also nur die Fürsorgeerziehung. Demgemäß war die weitere Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen. Mit der endgültigen Anordnung der Fürsorgeerziehung ist die Beschwerde wegen der vorläufigen Unterbringung gegenstandslos.

Den Kostenpunkt regelt § 8 desselben Gesetzes.

Urteil des Kgl. Kammergerichts Berlin vom 25. Februar 1907.

In Sachen der Stadtgemeinde (Ortsarmenverband) zu Charlottenburg, vertreten durch den Magistrat, Beklagte und Berufungsklägerin,

gegen den Provinzialverband von Brandenburg, vertreten durch den Landesdirektor zu Berlin, Kläger und Berufungsbeklagten,

wegen Erstattung von Kosten einer Fürsorgeerziehung hat der 10. Zivilsenat des Königlichen Kammergerichts in Berlin auf die mündliche Verhandlung vom 23. Februar 1907 für Recht erkannt:

Die Berufung der beklagten Stadtgemeinde gegen das am 27. September 1906 verkündete Urteil der dritten Zivilkammer des Königlichen Landgerichts II in Berlin wird zurückgewiesen.

Die Kosten des Rechtsmittels werden der Beklagten auferlegt.

Tatbestand.

Gegen das vorbezeichnete Urteil hat die beklagte Stadtgemeinde rechtzeitig und formgerecht Berufung eingelegt. Ihr Antrag geht dahin,

unter Abänderung des angefochtenen Urteils die Klage abzuweisen,

Der klagende Provinzialverband verlangt

Zurückweisung der Berufung.

Die Parteivertreter haben das Urteil erster Instanz, auf dessen Tatbestand wegen des Streitverhältnisses Bezug genommen wird, vorgetragen.

Der Anwalt der Beklagten hat nach Maßgabe des von ihm vorgetragenen Inhaltes vom 24. Dezember 1906 den Rechtsstandpunkt des ersten Richters zu bekämpfen gesucht.

Der Anwalt des klagenden Verbandes hält diesen Rechtsstandpunkt ausweislich der von ihm vorgetragenen Ausführungen seines Schriftsatzes vom 21. Januar 1907 für gerechtfertigt.

Entscheidungsgründe.

Der Berufung der Beklagten war der Erfolg zu versagen. Es handelt sich um die vom klagenden Verbande verlangte Erstattung von Kosten, welche für eine gemäß § 5 Abs. 1 Ges. vom

2. Juli 1900, betreffend die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, „vorläufig" „in einer Anstalt" untergebrachte Minderjährige, und zwar durch die „Überführung in die Anstalt" und die dadurch nötig gewordene „erste Ausstattung" entstanden sind. Das Streitverhältnis betrifft die Frage, ob diese Kosten auf Grund der Bestimmungen des § 15 angef. Gesetzes dem Ortsarmenverbande, in welchem der Zögling seinen Unterstützungswohnsitz hat, zur Last zu legen sind. Die beklagte Stadtgemeinde ist unstreitig der „Ortsarmenverband" für die hier in Betracht kommende Minderjährige. Die Königliche Polizeidirektion in Charlottenburg hat die erwähnten Kosten vorgestreckt (vergl. § 5 Abs. 2 a. E. cit. Gesetzes). Kläger hat sie dieser Behörde ersetzt. Er will sich nunmehr wegen der Erstattung an die beklagte Gemeinde halten. Sein entsprechendes Klagebegehren ist gerechtfertigt.

Die beklagte Gemeinde ist der Meinung, daß die Bestimmungen des § 15 Satz 1 angef. Gesetzes nur für die definitiv angeordnete Unterbringung, nicht für die (gemäß § 5 desselben Gesetzes) nur vorläufig angeordnete Unterbringung, Anwendung finden dürften. Nur bei der definitiven Unterbringung habe der Ortsarmenverband diejenigen Kosten zu tragen, welche „durch die Überführung des Zöglings in eine Familie oder Anstalt und durch die dabei nötige reglementsmäßige erste Ausstattung" entständen. Hier handelt es sich aber nur um die vorläufige Unterbringung. — Bei dieser Ausführung wird aber schon in tatsächlicher Hinsicht der Umstand außer Acht gelassen, daß im konkreten Falle der Fürsorgezögling, die minderjährige A. F., infolge der gemäß § 5 Abs. 1 angef. Gesetzes getroffenen vorläufigen Anordnung im „Kloster vom Guten Hirten zu Marienfelde" untergebracht und in dieser Anstalt verblieben ist, nachdem der die endgültige Überweisung aussprechende Gerichtsbeschluß vom 4. November 1905 die Rechtskraft beschritten hatte. Es ist deshalb von vornherein die Annahme gerechtfertigt, daß die endgültige Überweisung gegenüber der vorläufigen Unterbringung keine besonderen Kosten im Sinne des § 15 Satz 1 cit. Gesetzes verursacht hat, daß vielmehr die letztbezeichnete Unterbringung nur solche Kosten — in dem angegebenen Sinne — mit sich brachte, die mit denjenigen der definitiven Unterbringung sachlich zu identifizieren sind. Hinsichtlich der „Überführung in die Anstalt", bei welcher ein Wechsel nicht eingetreten ist, ergibt sich dies ohne weiteres. Im übrigen ist nicht anzunehmen, daß infolge der definitiven Unterbringung die bei der vorläufigen Unterbringung gewährte „erste Ausstattung" irgendwie hätte geändert werden müssen. Nach verständigem sachgemäßen Ermessen ist vielmehr die Annahme gerechtfertigt, daß die erste Ausstattung auch bei dem Übergange der vorläufigen in die definitive Unterbringung noch brauchbar und zweckentsprechend war. Diese Ausstattung ist also gleichzeitig für die vorläufige und für die demnächst angeordnete definitive Unterbringung geleistet. Auch nach der eigenen Rechtsauffassung der Beklagten, wonach sie die im § 15 Satz 1 angef. Gesetzes besonders hervorgehobenen Kosten nur für die definitive Unterbringung zu tragen hat, würde es sich deshalb im vorliegenden Falle um Kosten handeln, die ihr zur Last fallen.

Die Rechtsauffassung der Beklagten entspricht auch nicht dem wirklichen Sinne des Gesetzes. Der jetzt entscheidende Senat hat sich inbetreff der Auslegung des § 15 angeführten Gesetzes (in Verbindung mit § 5 Abs. 2 a. a. O.) im wesentlichen derjenigen Auffassung angeschlossen, welche der bisherigen Rechtsprechung der dieselbe Streitfrage erörternden Oberlandesgerichte (Celle vom 13. November 1902, E. O. L. G. Bd. 7 Seite 98, Hamm vom 9. März 1904 I U. 394/03, Stettin vom 19. Mai 1905, 3 U. 163/05 usw.) zu Grunde liegt. Schon in jenen früheren Entscheidungen ist hervorgehoben, daß in den Bestimmungen des § 15 angef. Gesetzes keine ausdrückliche Vorschrift darüber getroffen ist, ob die darin — für die „Überführung in eine Anstalt" und für die „reglementsmäßige erste Ausstattung" mitgetroffene Kostenregelung auch bei der Anordnung der vorläufigen Unterbringung im Sinne des § 5 angef. Gesetzes Anwendung zu finden hat. Umsomehr bedarf es für die Beurteilung des Gesetzessinnes eines Zurückgehens auf die Materialien und auf die Vorgeschichte des Gesetzes. Das Oberlandesgericht Stettin hat bereits in dem erwähnten Urteile (vergl. den Abdruck Blatt 3V/4 der Gerichtsakten) in überzeugender Ausführung darauf hingewiesen, daß in den die Kostenfrage behandelnden Bestimmungen des § 5 Abs. 2 angef. Gesetzes kein Anhalt für die Entscheidung der hier in Betracht kommenden Rechtsfrage zu finden ist. Eine erschöpfende Regelung der Kostenlast ist in jenen Bestimmungen nicht geschehen. Die hier in Betracht kommenden Fälle sind, wie das Oberlandesgericht Stettin nachweist, durch die im angef. § 5 Abs. 2 nur nach bestimmten Richtungen hin getroffene Regelung überhaupt nicht mit betroffen. Für diese Fälle muß es aber im Sinne des Gesetzes bei der besonderen Regelung gemäß der Bestimmungen des § 15 Absatz 1

angef. Gesetzes gleichmäßig, sowohl für die vorläufige Unterbringung, für diese allerdings nach dem noch Darzulegenden nur wenn sie zur definitiven führt, wie für die definitive Unterbringung verbleiben.

Das Gesetz vom 2. Juli 1900 enthält eine — namentlich im Hinblick auf die im Bürgerlichen Gesetzbuche (§§ 1666, 1638; vergl. § 1[1] des Gesetzes) getroffenen Schutzbestimmungen — erforderlich gewordene Fortbildung der im Gesetze vom 13. März 1878 getroffenen, an sich auf gleichem Boden erwachsenen gesetzlichen Regelung. Die gesetzgeberische Absicht ist gegenüber dem im früheren Gesetze gebrauchten Ausdrucke der „Unterbringung zur Zwangserziehung" (§ 2 früh. Gesetzes) durch den jetzt gewählten Ausdruck der Überweisung zur „Fürsorgeerziehung" zum treffenderen Ausdruck gebracht. Der vorbeugende, eine bessernde Erziehung verfolgende Zweck liegt indessen beiden Gesetzen zu Grunde (vergl. die u. A. bei Schmitz, Kommentar, 3. Auflage Seite 33 ff. mitgeteilten Gesetzesmaterialien des Gesetzes vom 2. Juli 1900). Der frühere Rechtszustand hat aber eine „Erweiterung" der „Fürsorgemaßregeln" insofern erfahren, als nach den Bestimmungen in § 5 des Gesetzes vom 2. Juli 1900 das Vormundschaftsgericht „bei Gefahr im Verzuge" ohne weiteres, namentlich auch ohne die dem Vormundschaftsgericht noch nicht obliegende Feststellung, ob die Voraussetzungen des § 1 des Gesetzes als vorhanden anzunehmen sind, die vorläufige Unterbringung anordnen darf (vergl. die entsprechenden Ausführungen des Beschlusses des ersten Zivilsenats Kgl. Kammergerichts vom 23. November 1903, 1 Y 1245/03). Das Vormundschaftsgericht hat nur zu prüfen, ob die Sachlage die sofortige Entfernung des Minderjährigen aus seiner Umgebung zur Verhütung einer weiteren Verwahrlosung (während der Zeit bis zum Abschlusse des Verfahrens) nötig macht, ob also in diesem Sinne „Gefahr im Verzuge" für den Minderjährigen vorliegt. Immerhin fällt eine solche vorläufige Anordnung des Vormundschaftsgerichts keineswegs aus dem Rahmen des Gesetzes. Auch sie dient dem Fürsorgezwecke, und zwar in besonders entscheidender Weise. Wenn es zur definitiven Anordnung der Fürsorgeerziehung kommt, so ergibt sich von selbst, daß für die Anordnung der vorläufigen Unterbringung tatsächlich auch dieselben Voraussetzungen vorlagen, wie für die definitive Unterbringung zur Fürsorgeerziehung. Das Verfahren zum Zwecke der Unterbringung kann in diesem Falle, im Sinne des die Fürsorgeerziehung einheitlich regelnden Gesetzes, auch nur als ein einheitliches in Betracht kommen. Dieser rechtliche Standpunkt ist aber in den Motiven des Gesetzes (Seite 21), und zwar gerade mit Bezug auf die Kostenfrage, in scharfer, unzweideutiger Weise zum Ausdruck gebracht. Die Motive führen in dieser Hinsicht das Nachfolgende aus:

> „Führt das Verfahren zur Anordnung der Zwangserziehung, so sind die Kosten der vorläufigen Unterbringung als Kosten der Zwangserziehung zu behandeln; wird die Zwangserziehung nicht angeordnet, so sind es Kosten polizeilicher Fürsorge und fallen dem zur Last, der die Kosten der örtlichen Polizei zu tragen hat."

Auch sonst lassen die Motive erkennen, daß die vorläufige Unterbringung, wenn sie zur definitven führt, nur einen Teil der nach dem Gesetze einheitlich gewollten „Fürsorgeerziehung" bildet. Gegenüber dem früheren Rechtszustande (nach dem Gesetze vom 13. März 1878) sprechen sie im Hinblick auf die vorläufige Unterbringung von einer „erweiterten Zwangserziehung" (Seite 18). Sie wollen auch hinsichtlich der Kosten dieser erweiterten Zwangserziehung (— der Ausdruck „Fürsorgeerziehung" ist erst durch die parlamentarischen Verhandlungen in das Gesetz gebracht —) die im § 12 Abs. 2 Gesetz vom 13. März 1878 vorgesehene „bewährte" Teilung der Kostenlast im wesentlichen aufrecht erhalten. Schon nach der angeführten Bestimmung des früheren Gesetzes fielen aber „die Kosten, welche durch die Einlieferung in die Familie oder Anstalt und die dabei nötige reglementsmäßige erste Ausstattung des Zöglings" — „erwachsen" — „dem Ortsarmenverbande" zur Last, „in welchem der Zögling seinen Unterstützungswohnsitz hat." —

Nach dem bereits oben Erörterten ist aber die „Fürsorgeerziehung" im neuen Gesetze gerade durch die Einschaltung der vorläufigen Unterbringung „erweitert." Für diese Erweiterung wollen also die Motive die erwähnte Kostenregelung gleichmäßig angewendet wissen. Daraus ergibt sich, daß auch für die vorläufige Unterbringung im Sinne des § 5 des neuen Gesetzes die im Anschlusse an das frühere Gesetz getroffenen Bestimmungen des § 15 Abs. 1 Satz 1 des neuen Gesetzes (über die dem Ortsarmenverbande zur Last fallenden „ersten" Kosten) ebenmäßige Geltung haben sollen, nach dem Dargelegten allerdings sinngemäß nur in dem Falle, wenn sie in der Folge zur definitiven Unterbringung führt. In diesem Falle handelt es sich auch nach der Annahme der Motive nur um ein demselben Zwecke, unter denselben Voraussetzungen, in gleichmäßiger Weise dienendes einheitliches

Fürsorgeverfahren. Es ist deshalb auch nur folgerichtig, wenn bei der der definitiven Unterbringung vorangehenden vorläufigen Unterbringung die Kosten der Einlieferung in die Familie oder Anstalt und die Kosten der ersten Ausstattung durch eine einheitliche Gesetzesnorm geregelt werden. Nach den angeführten Richtungen hin ist aber der Standpunkt der Motive auch in den parlamentarischen Verhandlungen in keiner Weise bemängelt. Es ist deshalb anzunehmen, daß er dem gegebenen Gesetze zu Grunde liegt. Dieser Standpunkt ist auch mit der Fassung des Gesetzes wohl vereinbar. Die Bestimmungen des § 15 Abs. 1 Satz 1 Gesetz vom 2. Juli 1900 lassen in ihrer allgemeinen Fassung in keiner Weise erkennen, daß sie etwa für die vorläufige Unterbringung keine Anwendung finden sollen, obgleich diese vorläufige Unterbringung, wenn sie zur definitiven führt, begrifflich und im Sinne des Gesetzes doch nur ein Teil der nach definitiver Anordnung fortgeführten „erweiterten" Fürsorgeerziehung ist. Auch hier erscheint es unzulässig, Unterschiede in das Gesetz zu tragen, die in den gesetzlichen Bestimmungen selbst keinen Ausdruck gefunden haben. — Die schon im ersten Urteile behandelte Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts (Entsch. Band 45 Seite 437), welche eine prinzipielle, abschließende Erörterung der Frage überdies nicht enthält, kann in ihren nur beiläufigen, schon vom ersten Richter zutreffend gewürdigten Erwägungen den hier eingenommenen Rechtsstandpunkt nicht beeinflussen. Die beklagte Stadtgemeinde (als Ortsarmenverband) weist zwar auch auf die praktischen Schwierigkeiten hin, die der hier vertretene Standpunkt bei der Behandlung der Kostenfrage nach sich ziehen soll. Diese praktischen Schwierigkeiten würden aber an dem vom Gesetze Gewollten nichts ändern können. Wenn die beklagte Stadtgemeinde noch besonders darauf hinweist, daß die hier vertretene Rechtsauffassung dahin führen könnte, daß der Ortsarmenverband „in einem Falle, in dem der Zögling bei der vorläufigen Unterbringung in die Anstalt A. und bei der endgültigen Unterbringung in die Anstalt B. käme, zweimal die Überführungskosten tragen müßte, so ist diese Gefahr einer doppelten Kostenlast nach dem Gesetze sicherlich nicht gegeben, wenn die — zur definitiven Unterbringung führende vorläufige Unterbringung nur den Beginn einer einheitlichen Fürsorgeerziehung bildet, so kann auch nur von einer einmaligen Tragung der in § 15 Fürsorgegesetzes vorgesehenen Kosten durch den Ortsarmenverband die Rede sein. Nur zu einer solchen einmaligen Tragung ist dieser Verband, wie schon der in der angeführten Gesetzesbestimmung gebrauchte Ausdruck „erste Ausstattung" deutlich erkennen läßt, nach dem Gesetze verpflichtet. Eine erste Ausstattung kann nur einmal geleistet werden. Es kann demnach auch nicht anerkannt werden, daß die hier vertretene Ansicht zu unhaltbaren Folgerungen führen müßte. Die Regelung der Kosten nach § 15 angef. Gesetzes mag im einzelnen Falle zu praktischen Schwierigkeiten führen können. Es ist aber nicht abzusehen, inwiefern diese Schwierigkeiten unüberbrückbare sein könnten.

Die beklagte Stadtgemeinde ist deshalb aus den vom ersten Richter im wesentlichen zutreffend dargelegten Rechtserwägungen verpflichtet, dem klagenden Provinzialverbande die eingeklagten Kosten zu erstatten. Die Berufung war demnach zurückzuweisen. Der Kostenpunkt ist nach § 97 Zivilprozeßordnung entschieden.

Beschluß des Kgl. Kammergerichts Berlin, 1. Zivilsenat vom 20. Juni 1907.

In Sachen des Königlichen Amtsgerichts zu Cöln, betreffend die Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens über die minderjährigen Geschwister H., J., K. und F., Kinder der Eheleute Tagelöhner J. S. und Frau A. geb. F. zu C.,
hat der erste Zivilsenat des Königlichen Kammergerichts in Berlin in der Sitzung vom 20. Juni 1907 beschlossen:

Die von dem Landeshauptmann der Rheinprovinz zu Düsseldorf unter dem 31. Mai 1907 gegen den Beschluß der 11. Zivilkammer des Königlichen Landgerichts zu Cöln vom 10. Mai 1907 eingelegte weitere Beschwerde wird zurückgewiesen. Kosten bleiben außer Ansatz.

Gründe:

Aus der Ehe des Tagelöhners J. S., früher zu W., Provinz Brandenburg, jetzt in C., mit Frau A. S. geb. F. sind 8 minderjährige Kinder vorhanden, von welchen die 4 jüngsten sind:

1.) H., geboren am 21. Mai 1896,
2.) J., geboren am 5. April 1899,
3.) K., geboren am 1. Januar 1901,
4.) F., geboren am 30. August 1903.

Durch Beschluß vom 26. Juni 1905 hat das Amtsgericht zu Cöln

I., dem Ehemann S. die Sorge für die Person, Vermögensverwaltung und Nutznießung bezüglich aller 8 minderjährigen Kinder und

II., der Ehefrau S. die Sorge für die Person der 3 jüngsten Kinder (zu 2—4) entzogen.

Bei ihrem Sohne H. (zu 1) war ihr schon durch Beschluß des Amtsgerichts zu Woldenberg vom 4. Dezember 1897 (während der Detention ihres Ehemannes in der Strafanstalt zu Sonnenburg) das Erziehungsrecht abgesprochen worden. Am 22. Juli 1905 wurde den 4 jüngsten Kindern (zu 1—4) der Bureauassistent E. zu Cöln als Vormund bestellt. Durch Beschluß des Amtsgerichts zu Cöln vom 23. August 1905 wurde die Trennung der Geschwister H., J. und K. S. (zu 1—3) von ihren Eltern angeordnet, während F. (zu 4) den Eltern belassen wurde. H. und J. (zu 1—2) sind im städtischen Waisenhaus zu Cöln untergebracht worden; K. (zu 3) befindet sich in R. in Familienpflege. Die Familie S. ist landarm; die Verpflegung der getrennt von den Eltern untergebrachten Kindern erfolgt auf Kosten des Provinzialverbandes von Brandenburg.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg hat nun unter dem 23. März 1907 beim Amtsgericht zu Cöln als Vormundschaftsgericht um die Anordnung der Fürsorgeerziehung der genannten 4 Geschwister S. „gebeten", indem er unter Überreichung einer bezüglichen Korrespondenz mit dem städtischen Waisenhaus in Cöln und der Pflegestelle in R. sowie unter Bezugnahme auf die Akten der Armenverwaltung in Cöln behauptete: Der übel beleumundete Vater S. habe sich mehrfach Eingriffe in die Erziehung seiner anderweitig untergebrachten Kinder erlaubt, so daß deren auswärtige Unterbringung an einer anderen Stelle aus erziehlichen Gründen erforderlich sei. Zu einer solchen auswärtigen Unterbringung sei der Armenverband jedoch nicht verpflichtet. Danach reiche die öffentliche Armenpflege nicht aus, um die verderbliche Einwirkung des Vaters auf seine Kinder auszuschließen und diese vor Verwahrlosung zu schützen. Deshalb sei die Unterbringung der 4 Kinder zur Fürsorgeerziehung anzuordnen, damit sie entfernt von ihm untergebracht, und jegliche Einmischung der Eltern in die Erziehung ausgeschlossen werden könne.

Das Amtsgericht hat hierauf durch Beschluß vom 2. April 1907:

1.) den Antrag des Landesdirektors der Provinz Brandenburg, soweit sein Schreiben vom 23. März 1907 als solcher anzusehen sei, auf Anordnung der Fürsorgeerziehung der 4 Geschwister S. zurückgewiesen und

2.) ausgesprochen, daß keine Tatsachen vorliegen, welche es erforderlich machen, von Amts wegen das Verfahren auf Fürsorgeerziehung für die genannten Kinder einzuleiten.

Die Entscheidung zu 1 ist damit begründet, daß dem Landesdirektor der Provinz Brandenburg die sachliche und örtliche Zuständigkeit zur Stellung eines „Antrags" aus § 4 Abs. 1 Ges. vom 2. Juli 1900 fehle, da er nicht zu den dort genannten Antragsbehörden gehöre, und die Kinder den Wohnsitz des Vaters in C. teilten, ihren Aufenthalt aber in C. und R. hätten. Zu 2 wird ausgeführt: Die vorgebrachten Tatsachen seien ungeeignet, um die Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens zu rechtfertigen, so daß diese abzulehnen sei. Die Anordnung der Fürsorgeerziehung sei nur dann zulässig, wenn alle anderen Mittel, insbesondere die Trennung der Kinder von den Eltern und das Eingreifen des Armenverbandes versagten, um die Verwahrlosung der Kinder zu verhüten. Dieser Fall sei aber hier nicht nachgewiesen. Einerseits könne dem Vater, wenn er sich lästig mache, durch einen energischen Gebrauch des Hausrechts ein Wiederkommen verleidet werden, und andererseits erscheine der Armenverband verpflichtet, den Kindern den unentbehrlichen Unterhalt so zu gewähren, daß sie sittlich und körperlich nicht gefährdet seien. Dazu gehöre auch, daß er die Kinder so unterbringe, daß sie den ungünstigen Einwirkungen der Eltern entzogen seien. Zu diesem Zwecke sei er erforderlichenfalls auch verpflichtet, die Kinder an einem vom Wohnsitze der Eltern weit entfernten Orte unterzubringen. Bei dem jüngsten Kinde (zu 4) sei die Fürsorgeerziehung deshalb nicht am Platze, weil es nach dem Berichte des Vormundes jetzt bei den Eltern gut aufgehoben und bei seinem jugendlichen Alter ein schädigender Einfluß der Eltern in sittlicher Beziehung noch ausgeschlossen sei.

Gegen diesen ihm am 11. April 1907 zugestellten Beschluß hat der Landeshauptmann der Rheinprovinz die Beschwerde vom 13. April 1907 eingelegt, welche er als „sofortige" bezeichnet und damit begründet, daß die Notwendigkeit der Fürsorgeerziehung ungenügend geprüft und die Vorschrift des § 4 Abs. 2 Ges. vom 2. Juli 1900 über Anhörung der Beteiligten nicht beobachtet sei.

Das Landgericht zu Cöln hat die „sofortige Beschwerde" durch Beschluß vom 10. Mai 1907 verworfen. Es verneint mit dem Amtsgericht die Antragsbefugnis des Landesdirektors der Provinz Brandenburg und erachtet deshalb die Beschwerde gegen die Entscheidung zu 1 für unbegründet. Zu 2 erklärt es eine solche für unzulässig, indem es ausführt: Das Amtsgericht habe, wie aus seinem Beschlusse deutlich hervorgehe, nicht über einen „Antrag" als solchen entscheiden wollen, vielmehr aus der bloßen Anzeige des Landesdirektors, (die auch jedem Dritten zustehe) Veranlassung genommen, von Amts wegen in Erwägungen darüber einzutreten, ob die „Einleitung" des Fürsorgeerziehungsverfahrens zu erfolgen habe. Dabei handle es sich um eine innere Angelegenheit des Gerichts. Eine Mitteilung über das Ergebnis dieser Erwägungen sei wohl zweckdienlich, aber nicht notwendig. Erfolge eine solche Mitteilung, so sei eine Beschwerde gegen sie unzulässig; eine solche sei ebensowenig gegen die Verfügung auf Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens wie auf deren Ablehnung gegeben.

Gegen diesen ihm am 18. Mai 1907 zugestellten Beschluß hat der Landeshauptmann der Rheinprovinz die „sofortige weitere Beschwerde" vom 31. Mai eingelegt, welche am 1. Juni beim Kammergericht einging, in der er ausführt: Es könne dahingestellt bleiben, ob die Ablehnung der Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens zufolge der Anzeige eines Nichtantragsberechtigten unanfechtbar sei; denn das Amtsgericht habe in seinem Beschlusse vom 2. April 1907 zur Anzeige des Landesdirektors der Provinz Brandenburg nicht nur formell, sondern auch sachlich Stellung genommen; es habe damit eine das Verfahren erster Instanz abschließende Entscheidung treffen wollen, wie auch daraus hervorgehe, daß der Beschluß dem Landeshauptmann der Rheinprovinz zugestellt worden sei, wozu sonst gar kein Anlaß vorgelegen habe, da es dann nur einer Benachrichtigung des bezeichneten Landesdirektors bedurft habe. Er beantragte deshalb,

> den angefochtenen Beschluß aufzuheben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Landgericht Cöln zurück zu verweisen.

Die vorliegende weitere Beschwerde ist formgerecht eingelegt (§ 29 F. E. G.); ihre Zulässigkeit ist jedoch zu verneinen: Das Vormundschaftsgericht beschließt in Fürsorgeerziehungssachen von Amts wegen oder auf Antrag. Zur Stellung eines „Antrags" im technischen Sinne sind nur die in § 4 Abs. 1 des Ges. vom 2. Juli 1900 aufgeführten Behörden berechtigt, aber auch gleichzeitig verpflichtet. Zu diesen Antragsberechtigten gehören die beteiligten Kommunalverbände (§ 14) nicht, obwohl ihnen nach § 4 Abs. 3, 4 gegen „den Beschluß" des Vormundschaftsgerichts die sofortige Beschwerde zusteht. Wenn dem Vormundschaftsgericht der „Antrag" einer Antragsbehörde vorliegt, so muß es das förmliche Fürsorgeerziehungsverfahren einleiten, für welches die Vorschriften des § 4 Abs. 2, 3 gelten und welches durch einen formgerechten Beschluß (§ 3) für die Instanz zum Abschluß zu bringen ist. Die Veranlassung zum Einschreiten von Amtswegen kann sich für das Vormundschaftsgericht auf Grund seiner eigenen Kenntnis der Verhältnisse oder zufolge Anzeigen von Nichtantragsberechtigten (Behörden, Privatpersonen) ergeben. Das Vormundschaftsgericht hat kraft seiner Amtspflicht jede derartige Anzeige ebenfalls sachlich zu prüfen und darf sie nicht lediglich aus dem formellen Grunde ablehnen, weil sie nicht von einer Antragsbehörde ausgeht. Diese Prüfung braucht jedoch nicht im förmlichen Fürsorgeerziehungsverfahren zu erfolgen; vielmehr kann das Vormundschaftsgericht die Einleitung dieses Verfahrens überhaupt ablehnen, ohne daß es hierbei an die Einhaltung irgend welcher bestimmter Formen gebunden ist. Das ergibt sich aus dem Gesamtinhalt des § 4; auch wird in der Begründung des Entwurfes zu dem Gesetze (Drucksachen des Herrenhauses 1900 Nr. 8 S. 21), folgendes bemerkt:

> „Damit" (d. i. mit der Bestimmung der Antragsbehörden) „ist nicht ausgeschlossen, daß jeder, der ein Interesse an der an Ordnung der Zwangs"- (Fürsorge-) „erziehung hat, den Antrag unmittelbar an das Vormundschaftsgericht stellen oder seine Mitteilungen an den Landrat (Oberamtmann, Polizeibehörde, Magistrat) gelangen lassen kann. Das Vormundschaftsgericht kann über Anträge, die von privater Seite eingehen, ohne Einleitung des Verfahrens und förmliche Beschlußfassung hinweggehen; über die von amtlicher Seite gestellten Anträge muß es das Verfahren einleiten und in aller Form Beschluß fassen."

In gleichem Sinne sprach sich die Kommission des Herrenhauses aus (ebenda Nr. 31 S. 8, 9).

Dem hat sich auch die Praxis angeschlossen (Aschrott Anm. 2, 3, 5; Noelle Anm. 5 zu § 4 Ges.). Die Art, in welcher das Vormundschaftsgericht seine Entscheidung über die Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens oder deren Ablehnung treffen und dem Anzeigenden (Privatpersonen oder nicht-

antragsberechtigte Behörde) bekannt machen will, ist vollständig seinem Ermessen überlassen. Eine bezügliche Verpflichtung legt ihm das Gesetz überhaupt nicht auf; sie ergibt sich höchstens aus Gründen der Geschäftsordnungsmäßigkeit. Trifft nun aber das Vormundschaftsgericht eine solche Entscheidung (Vorentscheidung) durch einen Beschluß (Verfügung), welche es dem Anzeigenden oder den sonstigen Beteiligten zustellt, so wird diese Entscheidung dadurch nicht zu einem Beschlusse im Sinne des § 4 Abs. 3, 4, (Hauptentscheidung) gegen welchen dem verpflichteten Kommunalverbande die sofortige Beschwerde zusteht; sie bildet vielmehr lediglich den Abschluß seiner amtlichen Prüfung, ob überhaupt ein ausreichender Grund für die Einleitung des förmlichen Verfahrens vorliegt, welches späterhin, nach Durchführung gemäß § 4 Abs. 2, durch einen nach § 4 Abs. 3, 4 anfechtbaren Beschluß abgeschlossen werden soll. Nach der ganzen Struktur des Fürsorgeerziehungsverfahrens und der mitgeteilten Begründung des Entwurfs kann es aber keinem ernstlichen Zweifel unterliegen, daß diese Vorentscheidung des Vormundschaftsgerichts, auch wenn sie in die Form eines Beschlusses eingekleidet ist, einer Beschwerde von seiten eines Nichtantragsberechtigten nicht unterliegt; und zwar auch dann nicht, wenn diesem (wie dem verpflichteten Kommunalverband) die Beschwerde gegen den späteren Beschluß zusteht; denn wenn das Vormundschaftsgericht (wie es in der Begründung heißt) über Anträge, die von privater Seite eingehen, (und diesen stehen die Anträge einer nichtantragsberechtigten Behörde unbedenklich gleich) ohne Einleitung des Verfahrens und ohne förmliche Beschlußfassung hinweggehen kann, so muß es nach der Absicht des Gesetzes natürlich auch ausgeschlossen erscheinen, daß der Nichtantragsberechtigte das Gericht im Beschwerdewege zu einer Beschlußfassung im entgegengesetzten Sinne zwingen kann. Tatsächlich würde ja auch die Gewährung der Beschwerdebefugnis gegen die ablehnende Vorentscheidung dem Kommunalverbande ein Antragsrecht verschaffen, welches ihm (wie man annehmen muß, wohl bewußter Weise) im Gegensatz zu dem Beschwerderecht aus § 4 Abs. 3, 4 versagt worden ist.

Auch die in § 7 des Ges. vom 2. Juli 1900 enthaltene Bezugnahme auf die Gesetze über die freiwillige Gerichtsbarkeit erscheint nicht geeignet, ein solches Beschwerderecht des Kommunalverbandes zu begründen, da nach den vorstehenden Erörterungen in jenem Gesetze selbst „ein anderes bestimmt" ist (vergl. K. G. Jahrb. Bd. 23 S. A. 57).

Im gegebenen Falle liegt aber offensichtlich nur eine solche Vorentscheidung über die Einleitung des förmlichen Verfahrens, nicht aber ein der Beschwerde des verpflichteten Kommunalverbandes unterliegender Beschluß im Sinne des § 4 Abs. 3, 4 vor. Das Amtsgericht hat deutlich ausgesprochen, daß es nur eine Entscheidung der ersteren Art treffen wolle, und hat sein ganzes Verfahren dem angepaßt. Der Umstand, daß es hierbei in eine sachliche Prüfung eingetreten ist, macht seine Entscheidung nicht zu einer solchen der letzteren Art; denn auch für die Beschlußfassung über die Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens ist regelmäßig eine Sachprüfung erforderlich. Der Unterschied beider Prüfungen ist jedoch der, daß vor der Einleitung erwogen wird, ob hinreichender Anlaß für die Annahme vorliegt, daß die Überweisung zur Fürsorgeerziehung geboten sein kann, während es bei der späteren Beschlußfassung unmittelbar darauf ankommt, ob sie geboten ist. Das Amtsgericht ist nun bei seiner Prüfung zu dem Ergebnis gelangt, daß die Anordnung der Fürsorgeerziehung schlechthin ausgeschlossen sei. Von diesem Standpunkte aus war es beim Fehlen des Antrags eines Antragsberechtigten sehr wohl in der Lage, die Einleitung des förmlichen Verfahrens von vornherein abzulehnen. Daß dies praktisch für den Kommunalverband zu dem gleichen Ergebnis führt, wie wenn die Ablehnung der Überweisung zur Fürsorgeerziehung nach Einleitung und Durchführung des Verfahrens durch eine die erste Instanz abschließende Hauptentscheidung getroffen worden wäre, ändert nichts an dem rechtlichen Charakter des erlassenen Beschlusses als einer Vorentscheidung über die Einleitung des Verfahrens. Auch die Art der Bekanntmachung des Beschlusses ist natürlich hierfür belanglos. Die gegen ihn gerichtete Beschwerde ist sonach vom Landgericht zutreffend für unzulässig erklärt worden. Demgemäß war auch die weitere Beschwerde zurückzuweisen. Im übrigen ist diese Vorentscheidung trotz ihrer Zustellung an die Antragsberechtigten des § 4 Abs. 1 ungeeignet, diesen gegenüber dahin Rechtskraft zu erlangen, daß sie der Stellung eines Antrags auf Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens auf Grund der in ihm erörterten Tatsachen irgendwie entgegensteht. Die Antragsberechtigten können vielmehr darauf gestützt nach wie vor die Einleitung eines förmlichen Fürsorgeerziehungsverfahrens verlangen; denn über den ihnen zustehenden öffentlich-rechtlichen Anspruch auf Anordnung der Fürsorgeerziehung ist bisher eine Entscheidung nicht getroffen.

Gleichzeitig soll im Interesse der Sache noch darauf hingewiesen werden, daß die vom Amtsgericht getroffene sachliche Entscheidung in Bezug auf die 3 älteren Geschwister S. zu rechtlichen Bedenken Anlaß gibt. Sie steht auch insofern keineswegs auf dem Boden der kammergerichtlichen Praxis; insbesondere wird sie durch die Ausführungen der in ihr angezogenen Beschlüsse (K. G. Jahrb. Bd. 23 S. A. 39, O. L. G. Rechtspr. Bd. 7 S. 86) nicht gerechtfertigt: Der Armenverband wird zwar regelmäßig von seiner Verpflichtung zur Unterbringung eines Hilfsbedürftigen, insbesondere auch eines Kindes, welches durch die vom Vormundschaftsgericht angeordnete Trennung von seinen Eltern hilfsbedürftig geworden ist, (K. G. Jahrb. Bd. 23 S. A. 32 Bd. 24 S. A. 158) regelmäßig nicht schon dadurch befreit, daß dessen Unterbringung am Orte seines Wohnsitzes oder Aufenthaltes selbst nicht möglich ist, und er muß an sich die Unterbringung des Hilfsbedürftigen auch außerhalb dieses Ortes vornehmen (vergl. Entsch. des Bundesamts für das Heimatswesen Bd. 11 S. 46). Hierbei ist jedoch der Armenverband grundsätzlich nur zur Fernhaltung derjenigen schädlichen Einwirkungen von dem Hilfsbedürftigen für verpflichtet zu erachten, welche sich aus der Beschaffenheit der von ihm veranlaßten Unterbringung ergeben, insbesondere solcher ungünstiger Einflüsse, welche von der Familie oder Anstalt ausgehen, bei welcher der Hilfsbedürftige von ihm untergebracht worden ist. Die bezügliche Verpflichtung des Armenverbandes ist dagegen nicht auch auf solche störende Einflüsse auszudehnen, welche von dritter Seite her an den Hilfsbedürftigen herantreten und der Verfügung des Armenverbandes nicht unterstehen. Derartige Einwirkungen von dem Hilfsbedürftigen fernzuhalten, ist der Armenverband vielfach auch gar nicht in der Lage und jedenfalls nicht verpflichtet. Unter diesem Gesichtspunkte erscheint der Armenverband auch nicht gehalten, einen etwaigen schädlichen Einfluß des Verkehrs der Eltern mit den von ihnen durch vormundschaftsgerichtliche Anordnung getrennten Kindern durch Anwendung außergewöhnlicher Mittel zu verhindern (so schon Beschluß des K. G. vom 30. Juni 1902 — I Y 691. 02 —).

Im gegebenen Falle kann nun einerseits dem Anstaltspersonal und der Familie, wo die Kinder untergebracht sind, nicht zugemutet werden, mit dem Vater (der ein übel beleumundeter und schwer vorbestrafter Mensch zu sein scheint) sich auf einen Streit oder gar Handgreiflichkeiten einzulassen, wenn er zu seinen Kindern will; und andererseits kann auch von dem Armenverbande nicht verlangt werden, daß er im Falle einer störenden Einmischung des Vaters lediglich im Interesse der Erziehung der Kinder besondere Kosten für ihre anderweite Unterbringung aufgewendet; denn zu reinen Erziehungszwecken braucht er nach § 1 preuß. Ausf. Ges. (zu dem Reichsges. über den Unterstützungswohnsitz) vom 8. März 1871 keine Aufwendungen zu machen (K. G. Jahrb. Bd. 25 S. A. 209 Bd. 23, S. A. 36).

Nach alledem erscheint es angezeigt, daß das Amtsgericht unter diesen Gesichtspunkten von Amts wegen in eine erneute Prüfung der Sache eintritt, um sich anderweitig über die Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens wegen der drei älteren Kinder (beim jüngsten liegt die Sache anders) schlüssig zu machen. Es werden dann gemäß § 12 F. E. G. von Amts wegen Ermittelungen auch in der Richtung anzustellen sein, ob der Vater wirklich die Erziehung der in C. und R. untergebrachten Kinder stört; bis jetzt ist dieser Punkt nicht genügend klargestellt. Die erwähnten Akten der Armenverwaltung zu Cöln dürften in dieser Beziehung nähere Anhaltspunkte bieten. Den Kostenpunkt regelt § 8 des Ges. vom 2. Juli 1900.

Beschluß des Kgl. Kammergerichts Berlin, 1. Zivilsenat vom 27. Juni 1907.

In Sachen des Königlichen Amtsgerichts zu Cöln, betreffend die Anordnung der Fürsorgeerziehung des beschäftigungslosen W. G. zu Cöln,

hat der erste Zivilsenat des Königlichen Kammergerichts in Berlin in der Sitzung vom 27. Juni 1907 auf die von dem Landeshauptmann zu Düsseldorf unter dem 15. Juni 1907 eingelegte weitere Beschwerde beschlossen:

Unter Aufhebung des Beschlusses der 11. Zivilkammer des Königlichen Landgerichts zu Cöln vom 24. Mai 1907 und des Beschlusses des Königlichen Amtsgerichts zu Cöln vom 27. April 1907,

sowie Wiederherstellung des Beschlusses des Amtsgerichts zu Cöln vom 1. März 1907 wird die Sache zur anderweiten Erörterung und Entscheidung nach Maßgabe der folgenden Gründe an das vorgenannte Amtsgericht zurückverwiesen.

Eine Gebühr und Auslagen für die weitere Beschwerde kommen nicht in Ansatz.

Gründe:

Der am 26. März 1890 geborene W. G. zu Cöln, Sohn der verstorbenen Eheleute W. G. und S. geb. B., wird von P. M. zu Cöln bevormundet. Der Vormund hat dem Amtsgericht zu Cöln bei welchem die Vormundschaft schwebt, die Mitteilung gemacht, daß sein Mündel nicht arbeite, sich umhertreibe, Schulden mache und ein Verhältnis mit einem jungen Mädchen habe. Der demnächst gemachte Versuch, ihn bei der Firma N. N. zu Cöln-Zollstock in die Lehre zu bringen, mißlang. Durch Schreiben vom 25. Februar 1907 teilte die Firma dem Vormund mit, das sein Mündel bei ihr einen Tag gearbeitet habe, den Arbeiten wenig Interesse entgegengebracht, seinen Arbeitsanzug mitgenommen und seither nicht wieder erschienen sei, so daß sie sich veranlaßt sehe von dem Lehrvertrag zurückzutreten. Nachdem das Vormundschaftsgericht von diesem Briefe Kenntnis erhalten hatte, hat es durch Beschluß vom 1. März 1907 von Amts wegen das Fürsorgeerziehungsverfahren gegen W. G. eingeleitet und gleichzeitig wegen Gefahr im Verzuge seine sofortige (vorläufige) Unterbringung angeordnet. Dieser Beschluß ist dem Polizeipräsidium und dem Oberbürgermeister zu Cöln, dem Vormunde und dem Landeshauptmann zu Düsseldorf zugestellt worden. Nachdem der Minderjährige von dem Beschluß Kenntnis erhalten hatte, entfloh er im März 1907 nach Holland. Wohl so gegen Ende April 1907 kehrte er nach Cöln zurück, meldete sich beim Vormundschaftsgericht und behauptete, daß er vom Vormunde zur Flucht nach Holland veranlaßt worden sei. Zugleich versprach er Besserung und die Annahme einer Stellung bei dem Schlossermeister und Kunstschmied H. zu Cöln. Hierauf hat das Amtsgericht durch Beschluß vom 27. April 1907 den Beschluß vom 1. März 1907 von Amts wegen sowohl wegen der Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens als auch wegen der Anordnung der sofortigen Unterbringung des Minderjährigen aufgehoben. Dieser Beschluß enthält keine Begründung. Er ist dem Polizeipräsidium, dem Oberbürgermeister und dem Landeshauptmann zugestellt worden. Der Vormund, welcher vor der Erlassung dieses Beschlusses nicht gehört worden war, hat übrigens dem Vormundschaftsgericht gegenüber nachträglich am 29. April 1907 auf das entschiedenste bestritten, daß die Flucht seines Mündels irgendwie auf seine Verleitung zurückzuführen sei: Als er ihm den amtsgerichtlichen Beschluß mit der Anordnung seiner Unterbringung vorgezeigt habe, habe sein Mündel einen sechsläufigen geladenen Revolver hervorgezogen, ihm diesen vor das Gesicht gehalten und dabei gesagt: „Das Jüngelchen haben sie noch nicht." Der anscheinend seit lange vorbereiteten Flucht des Mündels nach Holland habe er vollständig ferngestanden.

Der Landeshauptmann zu Düsseldorf hat gegen diesen ihm am 3. Mai 1907 zugestellten Beschluß die sofortige Beschwerde vom 10. Mai eingelegt, welche am 14. Mai beim Landgericht zu Cöln einging; sie ist darauf gestützt, daß der angefochtene Beschluß der erforderlichen Begründung entbehre.

Das Landgericht hat die Beschwerde durch Beschluß vom 24. Mai 1907 verworfen, indem es ausführte: Bei der Rückgängigmachung der vorher beschlossenen Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens, wie sie hier in der Einstellung des Verfahrens zu finden sei, handle es sich um eine lediglich innere Angelegenheit des Gerichts, so daß seiner bezüglichen Entschließung von keiner Seite im Wege der Beschwerde widersprochen werden könne. Dies gelte zum mindesten so lange, als eine Äußerung der in § 4 Abs. 2 Fürs. Erz. Ges. genannten Behörden noch nicht stattgefunden habe. Insoweit sei also eine Beschwerde nicht zulässig. Was die vorläufige Unterbringung des Minderjährigen anbetreffe, so sei mit der Einstellung des Fürsorgeerziehungsverfahrens die Voraussetzung für sie entfallen, die Beschwerde also insofern unbegründet.

Gegen diesen ihm am 3. Juni zugestellten Beschluß hat der Landeshauptmann die sofortige weitere Beschwerde vom 15. Juni 1907 eingelegt, welche am 17. Juni beim Kammergericht einging. Er führte aus, daß in der Einstellung des einmal eingeleiteten Fürsorgeerziehungsverfahrens eine ablehnende Entscheidung zu finden sei, welche mit Gründen versehen sein müsse und von ihm im Wege der Beschwerde angefochten werden könne.

Es handelt sich hier um eine sofortige weitere Beschwerde, welche in gehöriger Frist und Form eingelegt worden ist; sie ist auch an sich zulässig und der Landeshauptmann zu ihrer Erhebung namens des beteiligten Kommunalverbandes befugt.

Das vormundschaftsgerichtliche Fürsorgeerziehungsverfahren ist in dem preußischen Gesetze vom 2. Juli 1900 als ein eigenartiges, aus der sonstigen Tätigkeit der Vormundschaftsgerichte herausgehobenes, in sich abgeschlossens Verfahren konstruiert und geregelt, indem es einer Reihe besonderer Formvorschriften (§§ 3—8 Ges.) unterworfen worden ist. Der Zweck dieses Sonderverfahrens ist der, in allen denjenigen Fällen, wo ein hinreichender Anlaß für die Annahme vorliegt, daß die Überweisung eines noch nicht 18 Jahre alten Minderjährigen zur Fürsorgeerziehung angezeigt sein kann, mit einer der Wichtigkeit dieser Maßregel entsprechenden Sicherheit klarzustellen, ob sie wirklich geboten ist (worauf dann ihre Anordnung erfolgt) oder aber nicht (worauf ihre Ablehnung auszusprechen ist). Dem förmlichen Fürsorgeerziehungsverfahren kann ein formloses Ermittelungsverfahren vorangehen, in welchem das Vormundschaftsgericht die Notwendigkeit der Einleitung des Hauptverfahrens festzustellen versucht; das Vorverfahren entbehrt einer besonderen gesetzlichen Regelung, so daß seine Gestaltung vollständig dem Ermessen des Vormundschaftsgerichts überlassen ist. Dies ändert sich aber grundsätzlich mit der Einleitung des förmlichen Fürsorgeerziehungsverfahrens mittels einer Vorentscheidung, welche übrigens sowohl durch einen ausdrücklich darauf gerichteten Beschluß erfolgen, als auch aus den auf seine Durchführung gerichteten Anordnungen des Vormundschaftsgerichts mittelbar hervorgehen kann. Dieses eigentliche Fürsorgeerziehungsverfahren (Hauptverfahren) muß sodann auf Grund der dafür gegebenen besonderen gesetzlichen Vorschriften formgerecht durchgeführt und durch einen förmlichen Beschluß (Hauptentscheidung) für die Instanz zum Abschluß gebracht werden. Das ergibt sich nicht allein aus dem Gesamtinhalte der betreffenden Bestimmungen, insbesondere des § 4 Abs. 2, 3, sondern auch aus der Begründung des Gesetzentwurfes (Drucksachen des Herrenhauses 1900 Nr. 8 S. 21), wo gesagt wird:

> „Das Vormundschaftsgericht kann über Anträge, die von privater Seite eingehen, ohne Einleitung des Verfahrens und förmliche Beschlußfassung hinweggehen; über die von amtlicher Seite gestellten Anträge muß es das Verfahren einleiten und in aller Form Beschluß fassen."

Daraus ist zu entnehmen, daß der Einleitung des eigentlichen Fürsorgeerziehungsverfahrens (Vorentscheidung) ganz allgemein auch eine förmliche Beschlußfassung (Hauptentscheidung) zu folgen hat, welche ihrerseits wiederum durch die formgerechte Durchführung des eingeleiteten Verfahrens (Hauptverfahren) bedingt wird. Auf dem gleichen Standpunkte stand augenscheinlich auch die Kommission des Herrenhauses zur Beratung des Entwurfes (ebenda Nr. 31 S. 8, 9).

In dieser Beziehung kann aber auch nicht etwa ein Unterschied zwischen denjenigen Fällen gemacht werden, wo das Verfahren von Amts wegen eingeleitet worden ist, und denen, in welchen seine Einleitung auf Antrag einer der in § 4 Abs. 1 bezeichneten Antragsbehörde erfolgt ist; und namentlich muß es hierfür auch als gleichgültig angesehen werden, ob die betreffende Behörde den von ihr gestellten Antrag nach Einleitung des Verfahrens wieder zurückgenommen hat. Als maßgeblich erscheint hierbei der Gesichtspunkt, daß die gesamte Tätigkeit des Vormundschaftsrichters, einschließlich derjenigen im Fürsorgeerziehungsverfahren, von dem Offizialprinzip beherrscht wird. Sein Einschreiten in diesem beruht auf seiner Amtspflicht, für das geistige und leibliche Wohl verwahrloster Minderjähriger zu sorgen und ihre vernachlässigte oder gefährdete Erziehung in die richtigen Bahnen einzulenken (vgl. K. G. Jahrb. Bd. 32 S. A. 13, Bd. 33 S. A. 75). Ist aber einmal vom Vormundschaftsgericht durch Einleitung des förmlichen Fürsorgeerziehungsverfahrens festgestellt, daß ein hinreichender Anlaß für die Annahme vorliegt, daß die Überweisung eines Minderjährigen zur Fürsorgeerziehung geboten sein kann, so entspricht es seiner Amtspflicht und dem erkennbaren Willen des Gesetzes, daß es nunmehr auch die über die Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit dieser Maßregel noch gegebenen Zweifel nicht in beliebiger Weise, sondern nach den darüber gegebenen besonderen Vorschriften zum Austrag bringt, so daß sowohl die Verhängung als auch die Ablehnung der Fürsorgeerziehung stets nur unter den vom Gesetze für erforderlich erachteten Garantien geschieht. Das Gesetz hat hier dem freien Ermessen des Vormundschaftsgerichts in der Gestaltung seines Verfahrens bestimmte Schranken gesetzt, die von ihm im öffentlichen Interesse grundsätzlich eingehalten werden müssen; und zwar namentlich auch zu dem Zwecke, daß kein Minderjähriger der Fürsorgeerziehung entgeht, bei welchem sie nötig ist. Der Stellung eines Antrages auf Einleitung des Fürsorgeerziehungsverfahrens von Seiten einer Antragsbehörde ist hierbei nicht etwa die Bedeutung einer formalen Vorbedingung für dieses beizumessen (wie das bei einem Strafantrage aus § 61 Str. G. B. der Fall ist), so daß mit seiner

Zurücknahme das eingeleitete Verfahren gegenstandslos würde und ohne weiteres eingestellt werden könnte; vielmehr ist die Einleitung des Verfahrens, welche zufolge eines solchen Antrags erfolgt, in der gleichen Weise, wie die von Amts wegen geschehene, dahin aufzufassen, daß durch sie das Vorliegen der materiellen Voraussetzungen seiner Einleitung festgestellt wird. Danach bleibt das auf Antrag eingeleitete Verfahren trotz dessen Zurücknahme anhängig; es ist dann, ebenso wie in den anderen Fällen, unter dem Zwange des Offizialprinzips von Amts wegen zu Ende zu führen und durch Beschlußfassung gemäß §§ 3, 4 Ges. zu erledigen. Noch weniger kann es aber dem Vormundschaftsgerichte bei dem von Amts wegen eingeleiteten Verfahren gestattet sein, dieses nach seinem Belieben abzubrechen, insbesondere den einmal erlassenen Einleitungsbeschluß wieder aufzuheben, um dadurch einer formgerechten Durchführung dieses Verfahrens und einer förmlichen Beschlußfassung überhoben zu sein. Wenn es gleichwohl ohne Wahrung der vorgeschriebenen Formen des Verfahrens und der Beschlußfassung einen Beschluß auf Einstellung des Verfahrens faßt, wie das hier geschehen ist, so muß gegen diesen den in § 4 Abs. 4 aufgeführten Beschwerdeberechtigten namentlich auch dem beteiligten Kommunalverband, die Beschwerdebefugnis zu dem Zwecke zugebilligt werden, um die Erlassung eines anderweitigen formgerechten Beschlusses im Sinne der §§ 3, 4 Abs. 3 zu erwirken; denn es wird durch jenen ihr Recht auf einen formell korrekten Beschluß (der allein die Sicherheit einer materiell zutreffenden Entscheidung gibt) offensichtlich beeinträchtigt.

Der vom Landgericht vertretenen Auffassung, daß das ausdrücklich eingeleitete förmliche Fürsorgeerziehungsverfahren stets eine rein innere Angelegenheit des Gerichts sei, und um deswillen seiner Einstellung von keiner Seite im Wege der Beschwerde widersprochen werden könne, ist nicht bloß im allgemeinen, sondern ganz besonders für den hier vorliegenden Fall entgegenzutreten, wo der Einleitungsbeschluß außer anderen Beteiligten auch dem Landeshauptmann zugestellt, und damit zugleich die Anordnung der vorläufigen Unterbringung des Minderjährigen verbunden worden ist. Hierdurch ist die Einleitung des Verfahrens nach außen hin auf das unzweideutigste in Erscheinung getreten; zugleich sind durch die erwähnte Anordnung die Interessen der Beteiligten gemäß § 5 Abs. 3 unmittelbar berührt. Nach alledem ist die Beschwerde des Landeshauptmannes gegen den amtsgerichtlichen Beschluß vom 27. April 1907 für zulässig und die Entscheidung des Landgerichts insoweit für rechtsirrtümlich zu erachten.

Gleichzeitig erscheint aber auch diese Beschwerde als sachlich begründet. Jeder vom Vormundschaftsgericht in Gemäßheit des § 4 Abs. 3 zu erlassende Beschluß bedarf nach § 3 einer Begründung unter Feststellung des für erwiesen erachteten Sachverhalts. Allerdings ist dort ausdrücklich nur hervorgehoben, daß das bei einem positiv auf Anordnung der Unterbringung lautenden Beschlusse erforderlich ist, augenscheinlich handelt es sich jedoch dabei nur um eine ungenaue, zu enge Ausdrucksweise des Gesetzes; denn die Beschwerdeberechtigten würden sonst gegen ablehnende Beschlüsse ihr Beschwerderecht nicht in sachgemäßer Weise ausüben können. Demgemäß hat die Praxis diese Vorschrift ganz allgemein auch auf solche Beschlüsse angewendet, welche negativ auf Ablehnung der Fürsorgeerziehung lauten (Aschrott Anm. 3 zu § 3). Sie ist aber der Natur der Sache nach auch auf Beschlüsse auszudehnen, durch welche ein eingeleitetes aber noch nicht durchgeführtes Verfahren eingestellt wird. Es ist dies schon um deswillen nötig, weil die Beschwerdeberechtigten in den Stand gesetzt werden müssen, zu prüfen, ob ein Fall vorliegt, in welchem eine Einstellung des Verfahrens vor seiner Beendigung gerechtfertigt ist. Zuzulassen dürfte eine solche aus praktischen Gründen sein, wenn der Minderjährige inzwischen verstorben, oder 18 Jahre alt geworden ist, oder wenn andere rein äußerliche Voraussetzungen der Anwendbarkeit des § 1 offensichtlich fehlen, nicht dagegen, wenn ihre sonstigen Voraussetzungen in Frage stehen, bei welchen es einer richterlichen Beurteilung der Verhältnisse der Minderjährigen, ihrer Eltern oder sonstigen Erzieher bedarf, die der Natur der Sache nach immer nur unter voller Wahrung aller im Gesetze vorgesehenen Garantien erfolgen darf. Danach ist in dem Fehlen einer Begründung zu dem Einstellungsbeschlusse des Amtsgerichts vom 27. April 1907 zweifelsohne ein wesentlicher Mangel des Verfahrens zu erblicken, welcher zu seiner Aufhebung führen muß (§ 27 F. G. G., § 551 Nr. 7 Z. P. O.). Außerdem ist aber nach dem im Eingang mitgeteilten Sachverhalt ohne weiteres klar, daß hier kein Fall vorliegt, welcher sich zur Einstellung des nicht beendigten Verfahrens eignet, daß es vielmehr einer sachlichen Entscheidung unter strenger Einhaltung der Formvorschriften des § 4 Abs. 2—4 bedarf.

Unter diesen Umständen war aber auch die Aufhebung der Anordnung der vorläufigen Unterbringung nicht gerechtfertigt; die letztere muß vielmehr nach Lage der Sache für die Dauer des schwebenden Fürsorgeerziehungsverfahrens bestehen bleiben (vgl. K. G. Jahrb. Bd. 33 S. A. 78).

Nach alledem war der Beschluß des Amtsgerichts vom 1. März 1907 — unter Aufhebung der angefochtenen Beschlüsse des Amts- und Landgerichts — wieder herzustellen, und die Sache zwecks schleuniger Durchführung des anhängigen Fürsorgeerziehungsverfahrens an das Amtsgericht zurückzuverweisen. Die Ausführung der vorläufigen Unterbringung des W. G. wird nunmehr unverzüglich zu veranlassen sein, wobei es sich empfehlen wird, die dazu erforderlichen Maßnahmen so zu treffen, daß er sich seiner Unterbringung nicht durch eine wiederholte Flucht ins Ausland entzieht.

Die Entscheidung über den Kostenpunkt beruht auf § 8 Ges. vom 2. Juli 1900.

Beschluß des Kgl. Kammergerichts Berlin, 1. Zivilsenat vom 10. Oktober 1907.

In Sachen des Königlichen Amtsgerichts zu Marienberg, betreffend die Fürsorgeerziehung der Kinder des Hausierers K. R. und der S. geb. W. Namens A., J. und E. R., hat der erste Zivilsenat des Königlichen Kammergerichts in Berlin in der Sitzung vom 10. Oktober 1907 beschlossen:

Die von dem Landeshauptmann in Wiesbaden gegen den Beschluß der Ferienzivilkammer des Königlichen Landgerichts zu Limburg a. L. vom 25. August 1907 eingelegte sofortige weitere Beschwerde wird zurückgewiesen. Die gerichtlichen Gebühren bleiben außer Ansatz. Die Auslagen fallen der Staatskasse zur Last.

Gründe:

Durch den rechtskräftig gewordenen Beschluß des Amtsgerichts in Marienberg vom 15. Juni 1905 ist die Fürsorgeerziehung der oben genannten Minderjährigen auf Grund des § 1 Nr. 1 F. E. G. angeordnet, weil das geistige und leibliche Wohl der Kinder, die selbst zu irgend welchem Tadel keine Veranlassung gegeben hätten, durch die Trunksucht ihres Vaters, sowie durch sein unsittliches Verhalten gegenüber einer älteren Schwester gefährdet und die Fürsorgeerziehung wegen Mittellosigkeit des Ortsarmenverbandes erforderlich sei, um ihre Verwahrlosung zu verhüten. Im Mai 1907 beantragten die Eltern der Minderjährigen und deren Pfleger beim Landeshauptmann in Wiesbaden die Aufhebung der Fürsorgeerziehung auf Grund des § 13 des Gesetzes und riefen gegen dessen ablehnenden Bescheid rechtzeitig die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts an. Dasselbe hob nach Anstellung von Ermittelungen die Fürsorgeerziehung des ältesten Minderjährigen auf, lehnte dagegen die Aufhebung hinsichtlich der beiden anderen Minderjährigen ab. Gegen die Entscheidung legte sowohl der Landeshauptmann als die Eltern rechtzeitig Beschwerde ein. Hierauf änderte das Vormundschaftsgericht seine Entscheidung ab und hob auch die Fürsorgeerziehung der beiden jüngeren Minderjährigen auf. Gegen diese Entscheidung legte der Landeshauptmann gleichfalls Beschwerde ein. Das Beschwerdegericht beauftragte zunächst eines seiner Mitglieder mit der Augenscheinseinnahme des Wohnhauses der Eltern der Minderjährigen sowie mit der Vernehmung des Ortsbürgermeisters, alsdann hob es die abändernde Entscheidung des Vormundschaftsgerichts auf, weil dasselbe nicht in der Lage sei, seine der sofortigen Beschwerde unterworfene erste Entscheidung abzuändern. Außerdem wies es die Beschwerde des Landeshauptmannes gegen die erste Entscheidung des Vormundschaftsgerichts zurück, gab dagegen der Beschwerde der Eltern gegen diese Entscheidung statt und ordnete seinerseits die Aufhebung der Fürsorgeerziehung der beiden jüngeren Minderjährigen an. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Entscheidung der nach § 13 Abs. 2 des Gesetzes zu prüfenden Frage, ob der Zweck der Fürsorgeerziehung erreicht oder die Erreichung des Zweckes anderweit sichergestellt sei, sich nur aus der Betrachtung des Zweckes gewinnen lasse, zu dessen Erreichung die Fürsorgeerziehung angeordnet sei. Da sie im vorliegenden Falle auf Grund des § 1 Nr. 1 des Gesetzes ausgesprochen sei, so müsse geprüft werden, ob der verderbliche Einfluß des Vaters, dem die Kinder hätten entzogen werden sollen, noch fortbestehe oder nicht; dies verneint das Beschwerdegericht auf Grund folgender tatsächlichen Feststellungen: Die erwachsene Schwester der Minderjährigen, mit welcher der Vater unzüchtige Handlungen vorgenommen habe, sei längst nicht mehr im Elternhause, der Vater sei ein gebrochener, nahezu erblindeter Mann

von 65 Jahren, welcher aber gleichwohl noch für den Unterhalt der Familie sorge und nicht mehr dem Trunke ergeben sei. Der Mutter, welcher schon früher nichts hätte nachgesagt werden können, sei das beste Zeugnis auszustellen; sie mache persönlich einen sauberen und ordentlichen Eindruck. Die Wohnung habe sich bei der unvermuteten gerichtlichen Besichtigung in der Morgenstunde in reinlichem Zustande befunden. Auf Grund dieser Tatsachen hält das Beschwerdegericht die Gefahr einer Verwahrlosung der Minderjährigen bei ihrer Rückkehr in das Elternhaus für ausgeschlossen und die Aufhebung der Fürsorgeerziehung schon deshalb für geboten. Auf die gegenwärtige Führung der Minderjährigen geht es nicht ein, sondern hebt lediglich hervor, daß nur der Ältere in der Erziehungsanstalt zu Tadel Anlaß gegeben habe, was aber nicht verwunderlich sei, da er sich bis zur Unterbringung in die Anstalt untadelich geführt habe und den Zweck der Unterbringung nicht einsehen könne. Schließlich wird noch nebenbei erwähnt, daß schon der Anordnung der Fürsorgeerziehung rechtliche Bedenken entgegengestanden hätten.

Hiergegen richtet sich die weitere, rechtzeitig eingelegte sofortige Beschwerde des Landeshauptmannes. Er bekämpft die Ansicht des Beschwerdegerichts als rechtsirrtümlich, daß die Fürsorgeerziehung aufzuheben sei, sobald die Gründe, welche zu ihrer Anordnung geführt hätten, nicht mehr beständen. Die Aufhebung dürfe vielmehr nur erfolgen, wenn eine abermalige Verwahrlosung so gut wie ausgeschlossen erscheine, wie in den Ausführungsbestimmungen des Ministers des Innern zum Fürsorgeerziehungsgesetz ausgesprochen sei, deshalb genüge die einseitige Prüfung der Verhältnisse der Eltern nicht, sondern die Fürsorgeerziehung müsse auch bei den denkbar besten häuslichen Verhältnissen weiter aufrecht erhalten werden, wenn das Verhalten des Minderjährigen die weitere Belassung in der Fürsorgeerziehung erfordere, da das Beschwerdegericht das tadelhafte Verhalten des älteren Minderjährigen nicht gewürdigt habe, so müsse seine Entscheidung behufs anderweiter Prüfung aufgehoben werden.

Die weitere Beschwerde kann keinen Erfolg haben. Es ist lediglich zu untersuchen, ob das Beschwerdegericht den § 13 Abs. 2 F. E. G. und zwar die Worte: „Wenn der Zweck der Fürsorgeerziehung erreicht oder die Erreichung des Zwecks anderweit sicher gestellt ist", richtig auslegt. Unter dem Zweck der Fürsorgeerziehung kann nur der Zweck der „angeordneten" d. h. der im konkreten Falle angeordneten Fürsorgeerziehung verstanden werden, denn nach § 1 F. E. G. kann ein Minderjähriger der Fürsorgeerziehung nur überwiesen werden unter besonderen Voraussetzungen sowie zu genau bestimmten, von einander verschiedenen Zwecken um seine Verwahrlosung zu verhüten (Nr. 1). Zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung (Nr. 2), zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens (Nr. 3).

Wenn also der § 13 Abs. 2 des Gesetzes die frühere Aufhebung der Fürsorgeerziehung von der Bedingung abhängig macht, „wenn der Zweck der Fürsorgeerziehung erreicht oder die Erreichung des Zwecks anderweit sicher gestellt ist", so muß, um den Eintritt der Bedingung festzustellen, auf den Zweck zurückgegangen werden, zu dessen Erreichung die Fürsorgeerziehung angeordnet ist. Dieser Ausgangspunkt der Erwägungen des Beschwerdegerichts ist rechtlich bedenkenfrei und wird von der weiteren Beschwerde anscheinend nicht angefochten. Ebenso zutreffend ist die Annahme, daß die Fürsorgeerziehung im vorliegenden Falle zu dem Zwecke angeordnet ist, um die noch nicht eingetretene, aber wegen des schuldhaften Verhaltens des Vaters (§ 1666 B. G. B.) zu befürchtende Verwahrlosung zu verhüten. Es kann aber auch nicht beanstandet werden, sondern ist nur folgerichtig, wenn das Beschwerdegericht weiter ausführt, daß die Fürsorgeerziehung den Zweck einer Verhütung der Verwahrlosung nicht mehr hat, wenn von einem verderblichen Einfluß der Eltern oder von einem Verschulden des Vaters nicht mehr die Rede sein kann. Alsdann ist eben der bei der Anordnung ausgesprochene Zweck der Fürsorgeerziehung aus § 1 Nr. 1 des Gesetzes erreicht und sie muß aufgehoben werden. An ihrer Stelle tritt die Erziehung durch die gesetzlich hierzu berufenen Eltern (§§ 1631, 1634 B. G. B.), welche nach den Feststellungen der Vorinstanzen in der Lage sind, die Erziehung selbst zu leiten.

Die weitere Beschwerde erachtet die Aufhebung der Fürsorgeerziehung als im Widerspruch stehend mit den Ausführungsbestimmungen des Ministers des Innern zum Fürsorgeerziehungsgesetz vom 18. Dezember 1900. Nach Nr. IX derselben soll die endgültige Aufhebung der Fürsorgeerziehung nur dann stattfinden, wenn der Zögling in vollständig gesicherte Verhältnisse eingetreten ist, welche eine abermalige Verwahrlosung so gut als ausgeschlossen erscheinen lassen. Da diese Bestimmung unbedenklich den Charakter einer Ausführungsvorschrift trägt und von dem nach § 22 des Gesetzes mit der Ausführung derselben beauftragten Minister erlassen ist, so wirkt sie, wie wenn sie in das Gesetz selbst aufgenommen wäre. Dies ist daher auch für das Gericht bei Entscheidungen über die Aufhebung der

Fürsorgeerziehung bindend. Ob die Bestimmung sich auch auf Minderjährige der hier vorliegenden Art bezieht, oder, worauf die Worte: „abermalige Verwahrlosung" hinzudeuten scheinen, nur solche Minderjährige im Auge hat, die wegen bereits eingetretener Verwahrlosung der Fürsorgeerziehung überwiesen sind (§ 1 Nr. 2 u. 3 des Gesetzes), kann dahin gestellt bleiben, denn auch wenn sie die Minderjährigen der ersteren Art mit umfaßt, scheitert ihre Anwendung im vorliegenden Falle an der tatsächlichen Feststellung, daß eine Verwahrlosung der Kinder bei ihrer Rückkehr in die häuslichen Verhältnisse so gut wie ausgeschlossen ist. Aus den Ausführungsbestimmungen kann also kein Bedenken gegen die Aufhebung der Fürsorgeerziehung hergeleitet werden. Es ist aber auch nicht zutreffend, daß das Beschwerdegericht nur die Verhältnisse des Elternhauses geprüft und das vom Landeshauptmann hervorgehobene tadelhafte Verhalten des ältesten Minderjährigen in der Erziehungsanstalt außer Acht gelassen habe, wie die weitere Beschwerde behauptet. Das Beschwerdegericht erklärt zwar eine Berücksichtigung der augenblicklichen Führung der Minderjährigen bei der Entscheidung der Frage, ob die auf Grund des § 1 Nr. 1 F. E. G. eingeleitete Fürsorgeerziehung aufzuheben sei, an sich nicht für erforderlich. Es würdigt aber gleichwohl eingehend die gegen das Betragen des ältesten Minderjährigen vorgebrachten Tatsachen.

Nach alledem ist die Entscheidung des Beschwerdegerichts frei von Gesetzesverletzungen und dies nötigt zur Zurückweisung der weiteren Beschwerde.

Die Entscheidung über den Kostenpunkt folgt aus § 8 Fürs. Erz. Ges.

Erlasse.

Erlaß des Ministers des Innern vom 14. Dezember 1906. — S. 4712.

Mit Euerer Exzellenz pflichte ich den Ausführungen des Landrats des Landkreises T. vom 12. Oktober 1906 bei. Nach dem Sinne der Ziffer IV Abs. 1 des Erlasses vom 21. Mai d. Js., Ia 64, F. M. I. 7842 — ist Personen, die sich der Zwangs- und Fürsorgeerziehung entziehen, zunächst durch Nachfrage bei der Heimatsbehörde, bei den Eltern und durch ähnliche spezielle Ermittelungen, nachzuforschen und bei Ergebnislosigkeit dieser Schritte alsbald dem hiesigen Polizeipräsidenten die vorgesehene Anzeige zu machen.

Eine auf die Provinz zu beschränkende polizeiliche Fahndung nach dem Zögling kommt daher nicht in Betracht.

Ich ersuche ergebenst, den dortigen Landeshauptmann und die übrigen beteiligten Behörden hiernach zu bescheiden.

Im Auftrage:
von Bischoffshausen.

An den Herrn Oberpräsidenten zu Königsberg i. Pr.

Abschrift zur gefälligen gleichmäßigen Beachtung.

Im Auftrage:
von Bischoffshausen.

An sämtliche Herren Oberpräsidenten (außer Königsberg) und den Herrn Regierungspräsidenten zu Sigmaringen.

—

Erlaß des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 14. Februar 1907.

U. III. C. Nr. 2170. U. III. A. U. III. E. — S. 1020.

Die Königliche Regierung
Das Königliche Provinzial-Schulkollegium veranlasse ich, Anträge von Volksschullehrern auf Beurlaubung zwecks Übertritts an private Fürsorge-Erziehungsanstalten stets mit Wohlwollen zu prüfen und die Beurlaubung solcher Lehrer vorbehaltlich der geordneten Mitwirkung der Organe des Schulverbandes nach Möglichkeit zu erleichtern. Jedoch wird die Beurlaubung nur unter der Bedingung auszusprechen sein, daß der Lehrer (die Lehrerin) das gesamte Diensteinkommen zurückläßt, und daß der Urlaub sich nicht über den Zeitraum von sechs Monaten hinaus erstreckt.

von Studt.

An sämtliche Königlichen Regierungen und das Königliche Provinzial-Schulkollegium hierselbst.

—

Erlaß des Ministers des Innern vom 18. Juni 1907. — S. 1789.

Euerer Exzellenz stimme ich im Einvernehmen mit dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten darin zu, daß es geboten erscheint, für eine ständige gute Zahnpflege in den Erziehungsanstalten zu sorgen, denn die mangelhafte Zahnpflege im Kindesalter ist die Quelle vielfacher Schäden während des späteren Lebens.

In erster Linie werden die Zöglinge zur Pflege des Mundes und der Zähne anzuhalten sein und des weiteren ist es erforderlich, daß die Zähne in angemessenen Zwischenräumen von einem Zahnarzte untersucht werden. Ich halte es für zweckmäßig, die zahnärztliche Untersuchung, wie es der Landeshauptmann in Wiesbaden getan hat, vertragsmäßig zu regeln.

Die durch die Zahnpflege entstehenden Kosten sind Kosten der Fürsorgeerziehung.

Euere Exzellenz ersuche ich ergebenst, hiernach wegen Regelung der Zahnpflege in den von dem Kommunalverbande des Regierungsbezirks Cassel benutzten Fürsorgeanstalten mit dem dortigen Landeshauptmann gefälligst in Verbindung zu treten.

Im Auftrage:
von Kitzing.

An den Herrn Oberpräsidenten in Cassel.

Abschrift übersende ich Euerer Exzellenz mit dem ergebenen Ersuchen, in gleicher Weise wegen Regelung der Zahnpflege in den von dem dortseitigen Kommunalverbande benutzten Fürsorgeerziehungsanstalten das Geeignete gefälligst zu veranlassen.

Ein Muster des von dem Landeshauptmann in Wiesbaden eingeführten Vertrages wird beigefügt (hierunter abgedruckt).

Im Auftrage:
von Kitzing.

An die übrigen Herren Oberpräsidenten und an den Herrn Regierungspräsidenten in Sigmaringen.

Zu S. 1789.

Vertrag.

Zwischen pp.
wurde heute folgender Vertrag vereinbart.

§ 1.

Herr pp. nimmt in der ..... Erziehungsanstalt zu ..... bis auf weiteres jährlich zweimal (möglichst im Mai und November) eine Untersuchung der Zähne sämtlicher Fürsorgezöglinge des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden vor.

§ 2.

Jede Untersuchung soll nicht länger als ..... Vormittage in Anspruch nehmen.

§ 3.

Jede Untersuchung umfaßt folgende Arbeiten:

Untersuchung der Zähne und soweit erforderlich, kleine zahnärztliche Verrichtungen, wie Extraktionen, Nervtöten, Entfernen von Zahnstein, Abfeilen von Rändern pp. sowie Verordnungen.

Ausgeschlossen sind: Zahnfüllungen.

§ 4.

Die Zöglinge, bei denen Zahnfüllungen oder sonstige bei der Untersuchung nicht zu erledigende größere Eingriffe erforderlich sind, werden vom Zahnarzt namhaft gemacht und nach erfolgter Genehmigung des Herrn Landeshauptmannes in die Wohnung des Zahnarztes verbracht. Für die Zahnfüllungen, sowie alle sonst außerhalb der Untersuchung erfolgenden zahnärztlichen Hilfeleistungen für Zöglinge werden die Minimalsätze der in Betracht kommenden Taxe in Anrechnung gebracht, auch wenn sie nicht im Anschluß an eine der regelmäßigen Untersuchungen erfolgen.

§ 5.

Die Tage der Untersuchung werden zwischen dem Leiter der Anstalt und dem Zahnarzt vereinbart.

§ 6.

Das Ergebnis der Untersuchung aller Zähne wird in einem besonders hierfür eingerichteten tabellarisch zu führenden Hefte niedergelegt.

§ 7.

Herr Zahnarzt pp. erhält für jeden Untersuchungstag, welcher die Zeit von etwa 9 bis 1 Uhr vormittags umfaßt, 15 Mk. — fünfzehn Mark —. Außerdem wird für jeden Untersuchungstag das Eisenbahnfahrgeld vergütet.

§ 8.

Der Vertrag tritt sofort in Kraft. Jederzeitige dreimonatliche Kündigungsfrist bleibt beiden Teilen vorbehalten.

§ 9.

Die Genehmigung des Vertrages durch den Landeshauptmann bleibt vorbehalten.

....., den ....ten ..... 190....

Zahnarzt.

Erlaß des Ministers des Innern vom 14. August 1907. — S. 2302.

Mit Rücksicht auf Klagen, die während der letzten Session in der Budgetkommission des Hauses der Abgeordneten über die in zahlreichen Fällen immer noch lange Dauer des gerichtlichen Verfahrens in Fürsorgeerziehungssachen vorgebracht sind, habe ich den Herrn Justizminister um eine Feststellung darüber ersucht, ob dieser Mißstand etwa auf eine unvollkommene Gestaltung oder auf eine lückenhafte Ausfüllung des durch Erlaß vom 8. April 1905 — S. 558 — eingeführten Antragsformulars seitens der Antragsbehörden zurückzuführen sei, sowie ob das Formular sich überhaupt bewährt habe.

Nach den hierauf von den Oberlandesgerichtspräsidenten erstatteten Berichten wird das bezeichnete Formular von den Antragsbehörden zur Zeit noch nicht allgemein zur Anwendung gebracht. Nur die Oberlandesgerichtspräsidenten in Düsseldorf und Hamm bestätigen für ihre Bezirke, daß die Formulare von fast allen Antragsbehörden benutzt werden; dagegen ist in den Oberlandesgerichtsbezirken Cassel, Celle, Cöln, Frankfurt a. M. und namentlich Kiel die Zahl der Amtsgerichte, nach deren Wahrnehmung das Formular bisher nicht verwendet worden ist, eine erhebliche, im Oberlandesgerichtsbezirke Kiel erreicht sie fast die Gesamtzahl der zum Bezirk gehörigen Amtsgerichte.

Soweit das Formular tatsächlich in Anwendung gebracht ist, stimmen sämtliche Oberlandesgerichtspräsidenten darin überein, daß es sich als durchaus zweckmäßig bewährt habe und daß auch die Ausfüllung im allgemeinen sachgemäß und sorgfältig bewirkt sei. Die hinsichtlich der Ausfüllung erhobenen Klagen betreffen hauptsächlich die Beantwortung der Fragen zu B (Begründung des Antrages) und zu C (Beweismittel). Die Beantwortung der Fragen zu B enthalte nicht selten statt bestimmter konkreter Tatsachen allgemein gehaltene Urteile, teilweise seien diese Fragen nur mit „Ja" oder „Nein" beantwortet; zu C des Formulars seien die Beweismittel vielfach nicht genau genug angegeben. Diese Mängel werden in den Berichten namentlich darauf zurückgeführt, daß die betreffenden Antragsbehörden die Beantwortung der erwähnten Fragen untergeordneten Organen ohne die erforderliche Überwachung überlassen hätten, welche die Bedeutung der Fragen nicht hätten übersehen können.

Durch solche Mängel werden naturgemäß Rückfragen seitens der Vormundschaftsgerichte verursacht, die das gerichtliche Verfahren in unerwünschter Weise verzögern und erschweren und dadurch die Wirkung der Fürsorgeerziehung hemmen.

Da von den Oberlandesgerichtspräsidenten noch eine Reihe beachtenswerter Abänderungsvorschläge zu dem Antragsformular gemacht worden sind, habe ich dieses einer Revision unterzogen und darin neben entsprechenden Hinweisen zwecks tunlichster Beseitigung der erörterten Mängel einige Ergänzungen vorgenommen.

Euerer Exzellenz übersende ich einen Abdruck des neuen Formulars (hierunter abgedruckt) und bestimme zugleich, daß dasselbe fortan bei Stellung von Anträgen auf Unterbringung von Minderjährigen zur Fürsorgeerziehung allgemein zu benutzen ist. Die Formulare, von denen eine Anzahl Exemplare beiliegen, können kostenfrei von der Strafanstalt Moabit bezogen werden.

Euere Exzellenz wollen hiernach die Antragsbehörden der dortigen Provinz gefälligst mit entsprechender Weisung versehen und ihnen eine erschöpfende sorgfältige Beantwortung namentlich der Fragen unter B und C des Formulars besonders zur Pflicht machen.

Im Auftrage:
Lindig.

An die Herren Oberpräsidenten und an den Herrn Regierungspräsidenten in Sigmaringen.

Anlage zu S. 2302.

J.-Nr. ...., den .....

Antrag*

des ..... zu ..... auf Unterbringung

de.....

.....

zur Fürsorgeerziehung auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1900.

A. Persönliche Verhältnisse.

I. **Der Minderjährige:**

Familien- und Vorname?

Tag, Jahr, sowie Ort der Geburt?

Ehelich oder unehelich?

Wohnsitz?

Erwerbs- (Dienststellung nach Entlassung aus der Schule) und Vermögensverhältnisse?

Zeitiger und früherer Aufenthalt?

Ist er schon vorbestraft, der Landespolizeibehörde überwiesen?

*Anmerkungen:

1. **Zur Vermeidung unnötiger Verzögerung und Erschwerung des Verfahrens ist eine genaue und erschöpfende Beantwortung sämtlicher Fragen, auch unter B, D und E des Formulars und eine vollständige Angabe der Beweismittel (zu C) unbedingt erforderlich.**

2. **Wird gegen mehrere Geschwister die Fürsorgeerziehung gleichzeitig beantragt, so ist nur für den ältesten Minderjährigen das Formular zu benutzen und es sind für die jüngeren Geschwister lediglich die Personalien und sonstige Abweichungen hinzuzufügen.**

2. Seite des Formulars.

II. **Die Eltern:**

Name, Stand, Wohnung, Geburtsort, Erwerbs- und Vermögensverhältn., Leumund und Bestrafungen des Vaters?

der Mutter?

III. Namen, Stand, Leumund, Vorstrafen sonstiger dem Hausstande des Minderjährigen angehörigen Personen (Geschwister, Stiefvater, Stiefmutter)?

IV. Glaubensbekenntnis:
des Minderjährigen?

des Vaters?

der Mutter?

V. Ist Vormundschaft, Beistandschaft, Pflegschaft eingeleitet?
Von welchem Amtsgericht?

VI. Hat Entziehung des Erziehungsrechtes stattgefunden?
Von welchem Amtsgericht?

VII. Name, Stand, Wohnung, Glaubensbekenntnis des Vormundes, Beistandes, Pflegers:

VIII. Name und Wohnung des zuständigen Geistlichen, sowie des Leiters oder Lehrers der Schule, welche der Minderjährige besucht:

3. Seite des Formulars.

B. Begründung des Antrages.

Die Beantwortung der Fragen unter Abschnitt B darf nicht allgemein gehalten, insbesondere nicht auf „Ja" oder „Nein" beschränkt sein, sondern muß die in Betracht kommenden besonderen Tatsachen enthalten.

I. Ist Fürsorgeerziehung erforderlich zur Verhütung der Verwahrlosung wegen Gefährdung des geistigen oder leiblichen Wohles des Minderjährigen seitens der Eltern oder sonstiger Erzieher und zwar.[1])

1. Wird das Recht der Sorge für die Person des Minderjährigen mißbraucht durch Mißhandlung, Überschreitung des Züchtigungsrechts, übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft, Anleitung oder Zwang zu unredlichen oder unsittlichen Handlungen oder durch welche sonstige Handlungen?

[1]) Vgl. § 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 2. Juli 1900, §§ 1666, 1684 — 1686, 1838 B. G. B.

4. Seite des Formulars.

Die Beantwortung der Fragen unter Abschnitt B darf nicht allgemein gehalten, insbesondere nicht auf „Ja“ oder „Nein“ beschränkt sein, sondern muß die in Betracht kommenden besonderen Tatsachen enthalten.

2. Wird der Minderjährige vernachlässigt durch die Nichtgewährung der erforderlichen Wohnung, Schlafstelle, Kost, Kleidung, oder durch Mangel an Sauberkeit oder wodurch sonst?

Wird der Minderjährige nicht abgehalten von schlechtem Umgange und von der Begehung von Straftaten?

5. Seite des Formulars.

Die Beantwortung der Fragen unter Abschnitt B darf nicht allgemein gehalten, insbesondere nicht auf „Ja" oder „Nein" beschränkt sein, sondern muß die in Betracht kommenden besonderen Tatsachen enthalten.

Wird er nicht genügend zum Besuche der Kirche, Schule oder zur Erfüllung der ihm sonst obliegenden Pflichten angehalten?

3. Machen die Eltern oder sonstigen Erzieher der Trunksucht, Landstreicherei, Bettelei, des gewohnheitsmäßigen Diebstahls, der Gewerbsunzucht oder Kuppelei oder sonst eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens sich schuldig?

4. Weisen die Eltern die ihnen gebotene Gelegenheit zur Pflege und zum Unterricht ihrer nicht vollsinnigen Kinder hartnäckig zurück?

6. Seite des Formulars.

Die Beantwortung der Fragen unter Abschnitt B darf nicht allgemein gehalten, insbesondere nicht auf „Ja" oder „Nein" beschränkt sein, sondern muß die in Betracht kommenden besonderen Tatsachen enthalten.

II. Falls der Minderjährige vor vollendetem 12. Lebensjahre eine strafbare Handlung begangen hat:*)

1. Welcher Art war die strafbare Handlung?

2. War er zur Zeit der strafbaren Handlung schon sittlich verwahrlost?

Aus welchen Gründen?

*) Vergl. § 1 Nr. 2 des Fürsorgeerziehungsgesetzes; § 55 Str. G. B.

7. Seite des Formulars.

Die Beantwortung der Fragen unter Abschnitt B darf nicht allgemein gehalten, insbesondere nicht auf „Ja" oder „Nein" beschränkt sein, sondern muß die in Betracht kommenden besonderen Tatsachen enthalten.

3. Wie ist die strafbare Handlung aus den Lebensverhältnissen des Kindes, der Persönlichkeit der Eltern, Pflegeeltern, sonstiger Erzieher zu erklären, und aus welchen Gründen ist eine weitere sittliche Verwahrlosung zu befürchten?

III. Ist Fürsorgeerziehung notwendig zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen wegen Unzulänglichkeit der erziehlichen Einwirkung der Eltern oder sonstigen Erzieher? *)

*) Vergl. § 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 2. Juli 1900, Art. 135 E. G. z. B. G. B.

8. Seite des Formulars.

Die Beantwortung der Fragen unter Abschnitt B darf nicht allgemein gehalten, insbesondere nicht auf „Ja" oder „Nein" beschränkt sein, sondern muß die in Betracht kommenden besonderen Tatsachen enthalten.

1. Entzieht oder widersetzt sich der Minderjährige der Aufsicht der Eltern, Erzieher, der Schule?

Sind deren Zuchtmittel erschöpft oder aussichtslos?

9. Seite des Formulars.

Die Beantwortung der Fragen unter Abschnitt B darf nicht allgemein gehalten, insbesondere nicht auf „Ja" oder „Nein" beschränkt sein, sondern muß die in Betracht kommenden besonderen Tatsachen enthalten.

2. Bewegt er sich gegen den Willen seiner Erzieher in schlechter Gesellschaft, in der er Anreizung zu liederlichem Leben und zur Begehung von Straftaten findet?

3. Hat er sich bei Verbüßung einer Freiheitsstrafe schlecht geführt, in gröblicher Weise gegen die Hausordnungen der Gefängnisse oder anderer Zwangsanstalten und dergl. verstoßen?

10. Seite des Formulars.

Die Beantwortung der Fragen unter Abschnitt B darf nicht allgemein gehalten, insbesondere nicht auf „Ja" oder „Nein" beschränkt sein, sondern muß die in Betracht kommenden besonderen Tatsachen enthalten.

4. Droht die Minderjährige der Gewerbsunzucht zu verfallen?

Gibt sie sich der Gewerbsunzucht bereits hin?

Steht sie unter Sittenkontrolle?

Seit wann?

Ist sie wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften bereits bestraft?

11. Seite des Formulars.

C. Beweismittel.

Es ist genau anzugeben, zu welchen einzelnen Fragen der Abteilung B die Beweismittel benannt werden und darauf zu achten, daß für alle zu B aufgestellten Behauptungen die geeigneten Beweismittel vorgebracht werden.

I. Ergeben die Akten des Gemeinde-Waisenrats, der Armenverwaltung, Polizeiverwaltung, des Vormundschafts-Strafprozeßgerichts, der Staatsanwaltschaft die Richtigkeit obiger Angaben?

II. Werden die Eltern, Angehörige, Erzieher oder welche sonstigen Personen, die aus eigener Wissenschaft Auskunft zu geben vermögen, als Zeugen vorgeschlagen?

12. Seite des Formulars.

Es ist genau anzugeben, zu welchen einzelnen Fragen der Abteilung B die Beweismittel benannt werden und darauf zu achten, daß für alle zu B aufgestellten Behauptungen die geeigneten Beweismittel vorgebracht werden.

III. Wird Bezug genommen auf die anliegende Auskunft des Vormundes, Beistandes, Pflegers, der zuständigen Lehrpersonen, oder Schulleiter, der zuständigen Geistlichen, des Gemeinde-Waisenrats? *)

D. 1. Ist durch Einwirkung der Eltern, Kirche, Schule, Armen- und Waisenpflege, freiwillige Liebestätigkeit oder sonstige Maßnahmen versucht worden, der Verwahrlosung vorzubeugen und eine geordnete Erziehung herbeizuführen?

*) Wird die Auskunft dem Antrage nicht gleich beigefügt, so sind Name und Wohnung der betreffenden Auskunftspersonen anzugeben.

13. Seite des Formulars.

Es ist genau anzugeben, zu welchen einzelnen Fragen der Abteilung B die Beweismittel benannt werden und darauf zu achten, daß für alle zu B aufgestellten Behauptungen die geeigneten Beweismittel vorgebracht werden.

2. Welche Maßnahmen sind versucht und mit welchem Erfolge?

3. Aus welchen Gründen erscheint der Versuch aussichtslos, der Verwahrlosung durch eines der oben erwähnten Mittel zu steuern?

4. Fallen der Minderjährige oder seine Eltern der öffentlichen Armenpflege zur Last?

Welches ist der verpflichtete Armenverband?

14. Seite des Formulars.

Es ist genau anzugeben, zu welchen einzelnen Fragen der Abteilung B die Beweismittel benannt werden und darauf zu achten, daß für alle zu B aufgestellten Behauptungen die geeigneten Beweismittel vorgebracht werden.

Kann der Verwahrlosung nicht durch Einwirkung der Armenpflege gesteuert werden, insbesondere durch Trennung des Minderjährigen von den Eltern und anderweite Unterbringung durch den Armenverband mit Zustimmung der Eltern?

Sind schon Schritte in dieser Richtung geschehen?

5. Sind schon vormundschaftsgerichtliche Anordnungen nach § 1666 B. G. B. angeregt?

15. Seite des Formulars.

Es ist genau anzugeben, zu welchen einzelnen Fragen der Abteilung B die Beweismittel benannt werden und darauf zu achten, daß für alle zu B aufgestellten Behauptungen die geeigneten Beweismittel vorgebracht werden.

Kann insbesondere eine gedeihliche Erziehung noch durch Unterbringung in einer geeigneten Familie auf Beschluß des Vormundschaftsgerichts ohne Fürsorgeerziehung erhofft werden?

Warum nicht?

E. Liegt Gefahr im Verzuge vor:

Aus welchen Gründen?

Wird Antrag auf vorläufige Unterbringung des Minderjährigen gestellt?
(§ 5 des Gesetzes v. 2. Juli 1900.)

16. Seite des Formulars.

F. Sonstige Bemerkungen.

An

d..... Königliche Amtsgericht,
Abt. für Vormundschaftssachen
(Landratsamt, d..... Magistrat)

zu

.....

.....
(Unterschrift)

Erlaß des Ministers des Innern vom 3. Oktober 1907. — S. 3724.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Justizminister halte ich die in dem Bericht des Landesdirektors der Provinz Brandenburg vom 3. März d. Js. dargelegte Rechtsauffassung, welche den Kommunalverbänden ermöglichen soll, unwürdigen Fürsorgezöglingen bei ihrer Entlassung die in einem Gefängnisse gutgeschriebene Arbeitsbelohnung durch Verrechnung auf die Kosten der Fürsorgeerziehung vorzuenthalten, nicht für zutreffend (vergl. Allerhöchste Kabinettsordre vom 28. Dezember 1840 G. S. 1841 S. 52).

Die Arbeitsbelohnung ist ein Geschenk des Staates an den Gefangenen. Ein Recht auf Gutschrift der Belohnung sowie auf Auszahlung der gutgeschriebenen Beträge steht dem Gefangenen nicht zu. Das Geschenk geht erst dann in das Eigentum des Entlassenen über, wenn es ihm ausdrücklich zur freien Verfügung ausgehändigt ist. Durch die Übersendung der Arbeitsbelohnung an den Kommunalverband, die Fürsorgeorgane oder die Polizeibehörden erwirbt aber der entlassene Gefangene nicht die Eigentumsberechtigung, weil die Übersendung nicht mit dem Willen der Eigentumsübertragung an ihn erfolgt und der Kommunalverband pp. nur Beauftragter des Staates und nicht des ehemaligen Gefangenen ist.

Bei dieser Sachlage ist aber auch der Kommunalverband nicht verpflichtet, unwürdigen Fürsorgezöglingen, die im Gefängnis gutgeschrieben erhaltene Arbeitsbelohnung bei der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung auszuhändigen; er hat diese vielmehr der Absicht seiner Auftraggeberin, der Gefängnisverwaltung, gemäß an die letztere zurückzusenden.

Die Zurückhaltung der Arbeitsbelohnung bei der Gefängnisverwaltung bis zu der Entlassung des ehemaligen Gefangenen aus der Fürsorgeerziehung empfiehlt sich aus mannigfachen Gründen nicht. Die Guthaben müßten in den Abrechnungsbüchern von einem Jahre in das andere übertragen werden und würden, wenn sie von dem Kommunalverbande nicht eingefordert werden, doch schließlich nicht verausgabt werden. Zudem ist es ungewiß, innerhalb welcher Zeit nach der Entlassung des Fürsorgezöglings der Kommunalverband zur Einforderung verpflichtet sein soll.

Hiernach und insbesondere deshalb, weil die Zahl der Fälle der Nichtaushändigung der Arbeitsbelohnung wegen Unwürdigkeit der Fürsorgezöglinge bedeutend seltener sein werden, als die Fälle der Aushändigung, empfiehlt es sich, es bei dem bisherigen Verfahren der Übersendung der Arbeitsbelohnung von den Gefängnissen an die Kommunalverwaltungen zu belassen. Damit aber bezüglich der Behandlung der im Gefängnis erworbenen Arbeitsbelohnungen der Fürsorgezöglinge kein Zweifel besteht, habe ich die in einem Abdruck beigefügte Verfügung (hierunter abgedruckt) an die Regierungspräsidenten und an den Polizeipräsidenten in Berlin erlassen. Der Herr Justizminister wird für seinen Geschäftsbereich eine gleiche Anordnung treffen.

Im Auftrage:
Lindig.

An den Herrn Oberpräsidenten in Potsdam.

Abschrift nebst Anlage erhalten Euere Exzellenz zur gefälligen Kenntnisnahme.

Im Auftrage:
Lindig.

An die Herren Oberpräsidenten, mit Ausnahme an den der Provinz Brandenburg.

Erlaß des Ministers des Innern vom 3. Oktober 1907. — S. 3724.

Die Arbeitsbelohnung der Gefangenen, welche mit der Entlassung aus der Strafe oder aus der Untersuchungshaft in Fürsorgeerziehung genommen werden, oder mit der Entlassung in die bereits vor Antritt der Strafe angeordnete Fürsorgeerziehung zurücktreten, ist von den Strafanstalten und Gefängnissen der Verwaltung des Innern an den zur Ausführung der Fürsorgeerziehung verpflichteten Kommunalverband mit dem Ersuchen zu übersenden, diese aufzubewahren und soweit dies nach seinem Ermessen

zum besseren Fortkommen des Zöglings nach beendeter Fürsorgeerziehung erforderlich erscheint, zu verwenden. Ferner ist der Kommunalverband zu ersuchen, die Arbeitsbelohnung demnächst wieder an das Gefängnis zurückzusenden, falls der Zögling sich ihrer unwürdig erwiesen habe, da sie in diesem Falle nicht gewährt werden soll, auch zur Deckung der Kosten der Fürsorgeerziehung nicht verwendet werden darf, sondern zur Staatskasse vereinnahmt werden muß.

Ist für einen Gefangenen Antrag auf Einleitung der Fürsorgeerziehung vor der Entlassung aus der Strafe gestellt und vorläufige Unterbringung (§ 5 des Ges. über Fürsorgeerziehung) angeordnet, so ist die Arbeitsbelohnung bis zu dem Eingange der Entscheidung über die Fürsorgeerziehung bei dem Gefängnisse zurückzubehalten. Wird die Fürsorgeerziehung angeordnet, so ist nach Vorstehendem zu verfahren; wird sie abgelehnt oder ist eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen, so daß der Entlassene in die Freiheit zurückkehrt, so finden die Bestimmungen über die Fürsorge für entlassene Gefangene Anwendung.

Auf die Zwangszöglinge finden diese Bestimmungen sinngemäße Anwendung. An die Stelle des Kommunalverbandes tritt die Verwaltungsbehörde, welche über die Zwangserziehung zu verfügen hat.

Der Herr Justizminister wird für seinen Geschäftsbereich gleiche Anordnung treffen.

Im Auftrage:

Lindig.

An die Herren Regierungspräsidenten und an den Herrn Polizeipräsidenten hier.

Abschnitt C. Tabellen.

Die Fürsorgezöglinge

nach dem Stande vom 31. März 1907.

(Gesetz vom 2. Juli 1900.)

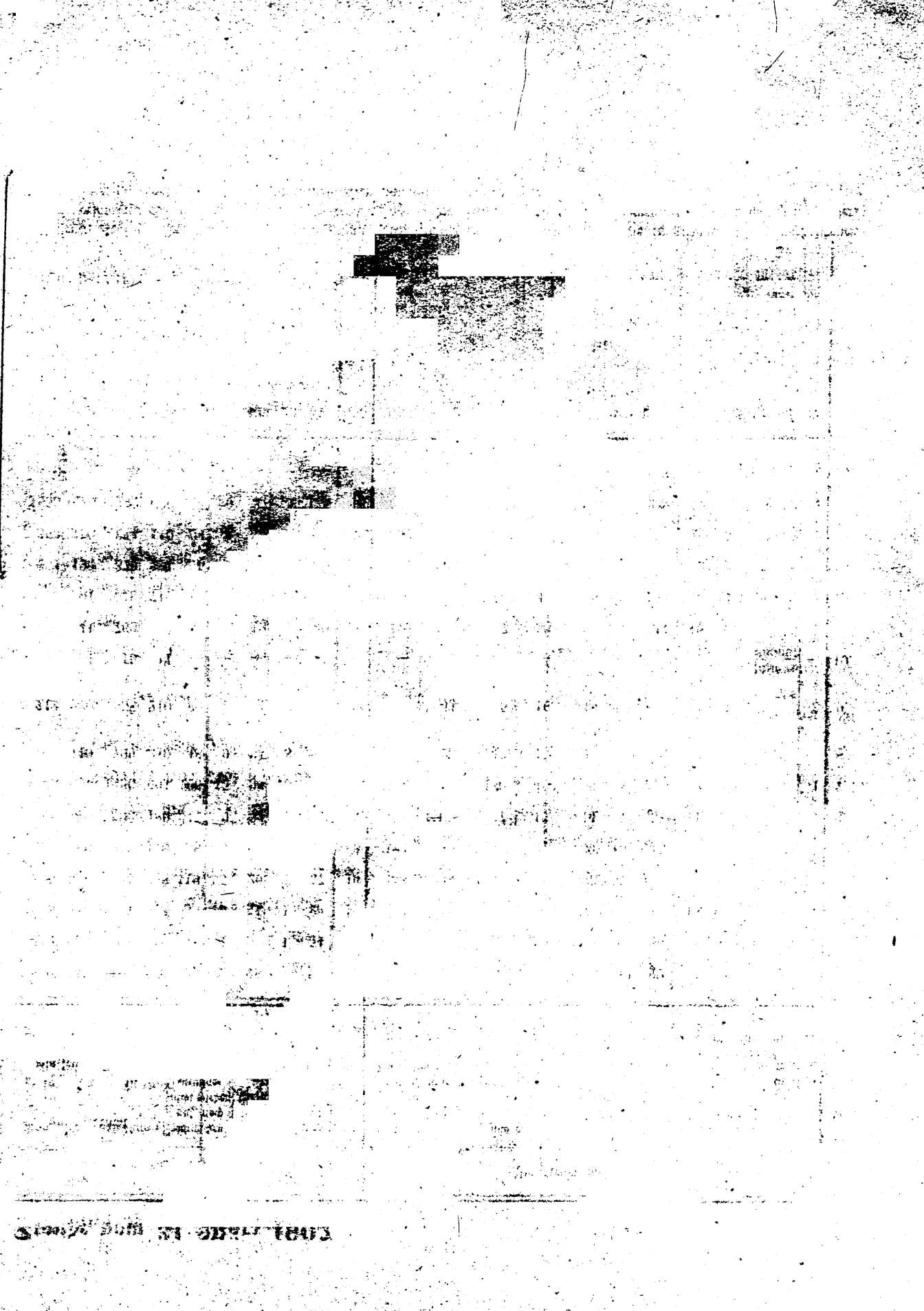
№	Provinz bezw. Kommunalverband	Bestand am 31. März 1906			Zugang[2]) im Laufe des Rechnungsjahres 1906			Abgang im Laufe des Rechnungsjahres 1906			Bleibt Bestand am 31. März 1907			Die Fürsorgezöglinge der Spalte 6 sind dem Religionsbekenntnisse nach: evangelisch[3])		katholisch		Juden	
		m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3			4			5			6			7					
1.	Ostpreußen . . .	1205	666	1871	238	115	353	47	38	85	1396	743	2139	1231	671	158	68	7	4
2.	Westpreußen . . .	907	295	1202	200	72	272	72	30	102	1035	337	1372	466	152	566	184	3	1
3.	Brandenburg ohne Berlin . . .	2042	1151	3193	421	281	702	104	84	188	2359	1348	3707	2161	1255	196	92	2	1
4.	Berlin	1517	932	2449	531	259	790	187	152	339	1861	1039	2900	1611	925	229	102	21	12
5.	Pommern	844	410	1254	149	72	221	45	37	82	948	445	1393	917	435	30	10	1	—
6.	Posen	1005	358	1363	198	68	266	102	44	146	1101	382	1483	281	123	819	257	1	2
7.	Schlesien	2995	1289	4284	569	256	825	291	171	462	3273	1374	4647	1163	551	2095	822	15	1
8.	Sachsen	1463	719	2182	332	167	499	85	60	145	1710	826	2536	1528	768	182	58	—	—
9.	Schlesw.-Holsteinscher Provinzialverband	750	384	1134	143	107	250	38	23	61	855	468	1323	805	447	50	21	—	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	16	11	27	5	4	9	—	—	—	21	15	36	21	15	—	—	—	—
11.	Hannover	1355	713	2068	279	130	409	83	59	142	1551	784	2335	1287	669	262	123	2	1
12.	Westfalen	1994	1121	3115	502	258	760	153	107	260	2343	1272	3615	1209	624	1130	645	4	3
13.	Bezirksverb. Cassel .	551	314	865	110	69	179	23	22	45	638	361	999	538	306	100	55	—	—
14.	Bezirksv. Wiesbaden	566	296	862	151	63	214	42	39	81	675	320	995	386	188	286	130	3	2
15.	Rheinprovinz . . .	3170	1597	4767	788	420	1208	272	185	457	3686	1832	5518	1200	634	2476	1194	10	4
16.	Hohenzollern . . .	6	4	10	2	—	2	1	—	1	7	4	11	—	—	7	4	—	—
	Summe	20386	10260	30646[4])	4618	2341	6959	1545	1051	2596	23459	11550	35009	14804	7754	8586	3765	69	31
	Dazu: Die auf Grund des Gesetzes vom 13. März 1878 überwiesenen Jugendlichen, soweit sie noch in Fürsorgeerziehung sind. (s. Tabelle XVII)	5517	1340	6857[4])	14	3	17	1244	295	1539	4287	1048	5335	2959	726	1321	321	7	1

[1]) Entspricht der vorjährigen Tabelle I. [2]) Darunter befinden sich die in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf Baptisten pp. sind unter den „Evangelischen" mitenthalten. [4]) Die Bestandszahlen mußten gegen den verbliebenen Bestand ruflich entlassenen Zöglinge aus früheren Jahren geändert worden. [5]) Darunter befinden sich die in Krankenhäusern,

Stande vom 31. März 1907. (Tabelle I)[1])

Von dem Bestande (Spalte 6) waren am 31. März 1907										Im Rechnungsjahre 1906 sind													
untergebracht				entwichen und noch nicht wieder zurückgekehrt		im Gefängnis		noch nicht endgültig untergebracht		aus der Anstaltspflege in Familienpflege gekommen		aus der Familienpflege in Anstaltspflege gekommen		entwichen und zwar				von den Entwichenen wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				№
in Anstalten		in Familien												aus Anstalten		aus Familien		in Anstalten		in Familien		
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
8				9		10		11		12				13				14				
839	445	485	279	20	2	28	—	24	17	193	126	41	35	33	4	22	2	33	3	4	—	1.
412	206	497	116	43	4	29	1	54	10	181	41	49	13	30	9	86	8	67	14	10	2	2.
1038	635	1164	673	88	20	41	1	28	19	382	231	61	61	85	24	115	45	104	47	19	6	3.
825	539	834	388	119	95	26	1	57	16	448	233	61	47	167	87	177	122	211	116	26	10	4.
505	260	355	178	38	3	28	1	22	3	123	80	30	27	39	15	15	7	18	19	2	—	5.
451	177	533	180	43	9	32	2	42	14	111	37	37	17	46	7	58	11	42	8	20	2	6.
1515	631	1480	691	106	15	98	5	74	32	584	235	110	48	56	8	210	32	168	30	16	1	7.
797	440	799	349	48	9	34	3	32	25	243	125	47	45	90	25	95	38	108	57	26	—	8.
242	230	558	210	30	4	4	2	21	22	49	41	25	16	48	20	34	14	41	29	24	3	9.
6	4	15	11	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
679	341	763	409	47	3	12	1	50	30	210	93	37	38	101	13	44	16	97	25	5	2	11.
849	501	1318	716	91	17	27	1	58	37	516	243	62	40	76	29	155	15	140	28	14	1	12.
234	122	379	221	5	1	5	—	15	16	71	34	18	11	16	2	13	2	17	3	8	—	13.
363	195	274	110	24	6	8	1	6	8	91	43	26	25	39	9	37	10	55	14	3	2	14.
1855	1076	1442	620	194	20	37	1	158	116	522	149	81	46	215	28	232	17	255	28	53	1	15.
3	2	3	2	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	16.
[5]) 10613	[5]) 5804	10899	5153	897	208	409	20	641	365	3724	1713	685	469	1041	280	1294	339	1356	421	230	30	
826	189	3423	858	30	1	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

entlassenen Zöglinge, die wieder in Fürsorgeerziehung zurückgenommen werden mußten. [3]) Die in geringer Anzahl vorhandenen in der vorjährigen Statistik teils wegen fälschlicher Einträge in den Personalbogen und teils wegen anderer Verrechnung der wider-Irren-, Idioten-, Taubstummen- und Blindenanstalten untergebrachten Zöglinge.



Personalstatistik pp.

über die

im Rechnungsjahre 1906 der Fürsorgeerziehung endgültig überwiesenen Minderjährigen.

№	Staat Preußen	Der Fürsorgeerziehung sind auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1900 überwiesen worden			I. Grund der Überweisung						
					Ursache:						
					§ 1						
		in den Rechnungsjahren	Zöglinge nach dem Geschlechte	Zöglinge Anzahl	Absatz 1	Absatz 2	Absatz 3	Absatz 1 u. 2	Absatz 1 u. 3	Absatz 2 u. 3	Absatz 1, 2 u. 3
					des Gesetzes vom 2. Juli 1900						
1	2	3			4	5	6	7	8	9	10
1.	**A.** Die schulpflichtigen sowie die noch jüngeren Zöglinge	**1906**	männlich	**2903**	**517**	**510**	**1517**	**35**	**116**	**191**	**17**
		1905	„	2687	455	529	1310	56	115	196	26
		1904	„	2726	504	574	1272	59	101	184	32
		1903	„	2775	500	567	1229	67	139	234	39
		1902	„	2590	530	585	1095	55	113	177	35
		1901	„	3582	1213	608	1236	86	217	195	27
		1906	weiblich	**1020**	**414**	**94**	**379**	**12**	**72**	**34**	**15**
		1905	„	966	383	111	348	15	56	45	8
		1904	„	937	374	103	340	11	65	32	12
		1903	„	1036	400	105	391	16	67	50	7
		1902	„	1064	416	144	341	17	74	56	16
		1901	„	1724	1034	119	366	25	136	37	7
2.	**B.** Die schulentlassenen Zöglinge	**1906**	männlich	**1688**	**59**	**1**	**1562**	**1**	**56**	**9**	—
		1905	„	1688	73	19	1518	—	55	17	6
		1904	„	1577	53	18	1429	—	54	16	7
		1903	„	1584	84	9	1398	1	68	20	4
		1902	„	1543	113	33	1278	4	80	28	7
		1901	„	1367	182	41	990	13	102	30	9
		1906	weiblich	**1312**	**66**	**1**	**1161**	—	**78**	**6**	—
		1905	„	1295	83	7	1141	2	51	10	1
		1904	„	1218	55	7	1087	1	59	4	5
		1903	„	1128	77	5	986	3	48	9	—
		1902	„	999	85	9	842	4	51	7	1
		1901	„	1114	154	12	823	9	98	16	2
3.	**C.** Sämtliche Zöglinge	**1906**	männlich	**4591**	**576**	**511**	**3079**	**36**	**172**	**200**	**17**
			weiblich	**2332**	**480**	**95**	**1540**	**12**	**150**	**40**	**15**
			zusammen	**6923**	**1056**	**606**	**4619**	**48**	**322**	**240**	**32**
		1905	männlich	4375	528	548	2828	56	170	213	32
			weiblich	2261	466	118	1489	17	107	55	9
			zusammen	6636	994	666	4317	73	277	268	41
		1904	männlich	4303	557	592	2701	59	155	200	39
			weiblich	2155	429	110	1427	12	124	36	17
			zusammen	6458	986	702	4128	71	279	236	56
		1903	männlich	4359	584	576	2627	68	207	254	43
			weiblich	2164	477	110	1377	19	115	59	7
			zusammen	6523	1061	686	4004	87	322	313	50
		1902	männlich	4133	643	618	2373	59	193	205	42
			weiblich	2063	501	153	1183	21	125	63	17
			zusammen	6196	1144	771	3556	80	318	268	59
		1901	männlich	4949	1395	649	2226	99	319	225	36
			weiblich	2838	1188	131	1189	34	234	53	9
			zusammen	7787	2583	780	3415	133	553	278	45

[1]) Zum besseren Vergleiche sind in der Tabelle II die entsprechenden Angaben aus der Tabelle II der vorjährigen

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge. (Tabelle II)[1])

II. Vorherige Bestrafungen														III. Schlechte Neigungen					
Von den Zöglingen sind gerichtlich bestraft:														Von den Zöglingen waren ergeben:					
überhaupt	nur mit Verweisen: 1 mal	nur mit Verweisen: 2 mal	nur mit Verweisen: öfter	nur mit Haft: 1 mal	nur mit Haft: 2 mal	nur mit Haft: öfter	nur mit Gefängnis: 1 mal	nur mit Gefängnis: 2 mal	nur mit Gefängnis: öfter	mit Verweisen und Haft	mit Verweisen u. Gefängnis	mit Haft und Gefängnis	mit Verweisen, Haft und Gefängnis	überhaupt schlechten Neigungen	dem Landstreichen bezw. dem Betteln	der Trunksucht	der Unzucht	dem Diebstahl	№
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
433	**129**	**14**	**1**	**6**	—	**1**	**149**	**31**	7	**8**	**65**	**17**	**5**	**1174**	**967**	**11**	**51**	**145**	
370	127	13	3	8	1	—	113	19	7	2	60	14	3	1051	879	10	61	101	
438	141	8	2	11	1	—	158	37	8	3	51	9	9	1079	892	16	65	106	
443	102	14	3	2	3	1	183	58	15	—	45	13	4	1205	1025	10	69	101	
462	126	12	2	8	1	—	177	48	13	5	52	12	6	1063	927	8	49	79	
479	122	9	2	12	4	5	154	46	17	12	62	26	8	1303	1127	22	63	91	1.
70	**33**	**2**	—	**2**	—	—	**22**	**3**	—	**1**	**4**	**2**	**1**	**300**	**173**	**1**	**88**	**38**	
66	34	4	1	2	—	—	12	—	2	—	8	2	1	304	191	2	79	32	
68	25	1	—	1	—	—	25	4	1	—	10	1	—	301	191	2	86	22	
65	25	2	2	1	—	—	21	5	3	—	6	—	—	344	204	1	121	18	
81	34	1	1	2	—	—	29	6	1	—	5	2	—	352	209	—	121	22	
78	20	—	—	1	—	—	38	6	2	1	5	3	2	361	237	2	101	21	
1175	**144**	**16**	**2**	**27**	**6**	**1**	**347**	**284**	**133**	**15**	**142**	**37**	**21**	**715**	**580**	**34**	**64**	**37**	
1205	158	20	3	39	4	3	340	177	127	18	191	78	47	778	615	52	80	31	
1133	90	25	2	29	6	10	350	270	152	22	106	55	16	764	597	45	96	26	
1220	94	10	3	38	6	6	321	291	213	13	125	69	31	714	580	39	73	22	
1218	83	6	1	21	10	10	305	284	268	12	114	48	56	706	583	32	70	21	
1057	66	6	—	31	5	6	271	136	154	10	179	129	64	697	585	25	55	32	2.
389	**89**	**8**	**3**	**41**	**5**	—	**123**	**48**	**19**	**9**	**24**	**13**	**7**	**946**	**78**	**3**	**849**	**16**	
368	70	9	—	34	2	3	127	53	18	3	33	12	4	923	95	—	815	13	
390	47	4	3	45	3	1	136	70	24	7	32	14	4	881	83	5	779	14	
392	48	5	1	48	4	1	143	58	33	5	26	17	3	850	76	1	759	14	
403	56	2	1	38	9	1	142	58	38	7	25	16	10	762	97	3	657	5	
437	48	2	—	57	11	10	120	58	33	3	41	43	11	813	89	3	713	8	
1608	**273**	**30**	**3**	**33**	**6**	**2**	**496**	**315**	**140**	**23**	**207**	**54**	**26**	**1889**	**1547**	**45**	**115**	**182**	
459	**122**	**10**	**3**	**43**	**5**	—	**145**	**51**	**19**	**10**	**28**	**15**	**8**	**1246**	**251**	**4**	**937**	**54**	
2067	**395**	**40**	**6**	**76**	**11**	**2**	**641**	**366**	**159**	**33**	**235**	**69**	**34**	**3135**	**1798**	**49**	**1052**	**236**	
1575	285	33	6	47	5	3	453	196	134	20	251	92	50	1829	1494	62	141	132	
434	104	13	1	36	2	3	139	53	20	3	41	14	5	1227	286	2	894	45	
2009	389	46	7	83	7	6	592	249	154	23	292	106	55	3056	1780	64	1035	177	
1571	231	33	4	40	7	10	508	307	160	25	157	64	25	1843	1489	61	161	132	
458	72	5	3	46	3	1	161	74	25	7	42	15	4	1182	274	7	865	36	
2029	303	38	7	86	10	11	669	381	185	32	199	79	29	3025	1763	68	1026	168	
1663	196	24	6	40	9	7	504	349	228	13	170	82	35	1919	1605	49	142	123	3.
457	73	7	3	49	4	1	164	63	36	5	32	17	3	1194	280	2	880	32	
2120	269	31	9	89	13	8	668	412	264	18	202	99	38	3113	1885	51	1022	155	
1680	209	18	3	29	11	10	482	332	281	17	166	60	62	1769	1510	40	119	100	
484	90	3	2	40	9	1	171	64	39	7	30	18	10	1114	306	3	778	27	
2164	299	21	5	69	20	11	653	396	320	24	196	78	72	2883	1816	43	897	127	
1536	188	15	2	43	9	11	425	182	171	22	241	155	72	2000	1712	47	118	123	
515	68	2	—	58	11	10	158	64	35	4	46	46	13	1174	326	5	814	29	
2051	256	17	2	101	20	21	583	246	206	26	287	201	85	3174	2038	52	932	152	

Statistik mitenthalten.

№	Staat Preußen	Rechnungsjahr der Überweisung	Geschlecht der Zöglinge	Von den weiblichen Zöglingen hatten bereits geboren bezw. waren schwanger	IV. Heimat: Von den Zöglingen: im Königreiche Preußen überhaupt	davon in: Ostpreußen	Westpreußen	Brandenburg ohne Berlin	Stadtkreis Berlin	Pommern	Posen	Schlesien
1	2	3		30	31	32	33	34	35	36	37	38
1.	**A.** Die schulpflichtigen sowie die noch jüngeren Zöglinge	**1906**	männlich	—	**2800**	**180**	**137**	**260**	**202**	**105**	**146**	**395**
		1905	„	—	2611	183	123	273	163	110	131	358
		1904	„	—	2618	199	123	284	126	105	145	366
		1903	„	—	2681	231	106	269	163	107	159	403
		1902	„	—	2505	164	130	279	149	130	154	462
		1901	„	—	3497	268	184	307	173	190	169	604
		1906	weiblich	**3**	**992**	**70**	**30**	**128**	**44**	**37**	**35**	**117**
		1905	„	1	934	94	39	123	39	39	34	103
		1904	„	1	909	78	24	104	56	31	30	123
		1903	„	—	994	110	30	114	75	37	50	122
		1902	„	2	1037	96	35	124	58	43	48	167
		1901	„	—	1668	125	62	153	69	81	57	328
2.	**B.** Die schulentlassenen Zöglinge	**1906**	männlich	—	**1631**	**106**	**93**	**163**	**208**	**59**	**88**	**173**
		1905	„	—	1622	97	79	149	180	66	117	196
		1904	„	—	1524	109	104	123	130	52	90	232
		1903	„	—	1531	88	83	125	133	79	102	215
		1902	„	—	1489	99	89	117	163	69	117	223
		1901	„	—	1330	79	97	76	88	50	101	208
		1906	weiblich	**95**	**1275**	**70**	**63**	**148**	**160**	**54**	**51**	**135**
		1905	„	47	1241	84	49	147	148	64	58	125
		1904	„	84	1161	78	50	102	120	46	49	135
		1903	„	81	1090	71	51	112	132	55	62	109
		1902	„	61	963	61	48	91	116	50	49	131
		1901	„	55	1069	62	44	96	107	51	45	115
3.	**C.** Sämtliche Zöglinge	**1906**	männlich	—	**4431**	**286**	**230**	**423**	**410**	**164**	**234**	**568**
			weiblich	**98**	**2267**	**140**	**93**	**276**	**204**	**91**	**86**	**252**
			zusammen	**98**	**6698**	**426**	**323**	**699**	**614**	**255**	**320**	**820**
		1905	männlich	—	4233	280	202	422	343	176	248	554
			weiblich	48	2175	178	88	270	187	103	92	228
			zusammen	48	6408	458	290	692	530	279	340	782
		1904	männlich	—	4142	308	227	407	256	157	235	598
			weiblich	85	2070	156	74	206	176	77	79	258
			zusammen	85	6212	464	301	613	432	234	314	856
		1903	männlich	—	4212	319	189	394	296	186	261	618
			weiblich	81	2084	181	81	226	207	92	112	231
			zusammen	81	6296	500	270	620	503	278	373	849
		1902	männlich	—	3994	263	219	396	312	199	271	685
			weiblich	63	2000	157	83	215	174	93	97	298
			zusammen	63	5994	420	302	611	486	292	368	983
		1901	männlich	—	4827	347	281	383	261	240	270	812
			weiblich	55	2737	187	106	249	176	132	102	443
			zusammen	55	7564	534	387	632	437	372	372	1255

nach der Geburt sind geboren: der Provinz: Sachsen	Schleswig-Holstein	Hannover	Westfalen	Hessen-Nassau	Rheinprovinz	Hohenzollernsche Lande	in anderen deutschen Bundesstaaten	im Auslande	V. Letzter Wohnort: Berlin	Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern	Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern	Gemeinden mit 5000 bis unter 20 000 Einwohnern	Gemeinden mit 2000 bis unter 5000 Einwohnern	Gemeinden unter 2000 Einwohnern	№
39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	
216	**107**	**178**	**297**	**164**	**413**	—	**88**	**15**	**250**	**689**	**606**	**523**	**252**	**583**	
192	118	178	247	143	392	—	69	7	197	561	594	483	257	595	
188	102	166	252	141	421	—	90	18	165	551	622	482	275	631	
194	103	210	246	145	344	1	79	15	178	551	662	425	284	675	
174	119	138	180	146	280	—	71	14	187	503	558	461	269	612	
271	129	225	324	166	487	—	70	15	199	695	787	654	398	849	1.
76	**35**	**62**	**117**	**73**	**167**	**1**	**22**	**6**	**61**	**196**	**221**	**190**	**96**	**256**	
48	46	60	111	62	136	—	27	5	49	183	203	196	79	256	
59	44	66	116	34	143	1	25	3	65	139	197	167	96	273	
64	42	68	85	70	127	—	31	11	80	151	194	218	122	271	
76	40	59	88	90	113	—	23	4	71	162	277	183	107	264	
100	54	110	178	87	263	1	49	7	73	320	351	348	201	431	
106	**30**	**90**	**128**	**71**	**314**	**2**	**46**	**11**	**269**	**483**	**341**	**220**	**116**	**259**	
107	47	83	144	72	285	—	52	14	231	493	352	217	127	268	
123	33	61	126	67	273	1	44	9	160	388	360	243	130	296	
106	31	95	103	78	292	1	40	13	175	400	326	279	126	278	
87	27	70	112	67	248	1	35	19	212	408	335	200	124	264	
93	17	80	135	59	246	1	31	6	109	381	271	204	130	272	
80	**55**	**62**	**121**	**56**	**220**	—	**34**	**3**	**221**	**440**	**306**	**155**	**62**	**128**	2.
90	51	64	118	47	196	—	49	5	207	403	311	144	71	159	
114	37	67	121	56	183	3	53	4	162	352	346	149	92	117	
71	23	79	85	62	177	1	27	11	184	327	274	161	74	108	
72	21	54	74	43	153	—	27	9	172	268	277	111	57	114	
99	28	75	90	60	196	1	39	6	156	357	260	146	72	123	
322	**137**	**268**	**425**	**235**	**727**	**2**	**134**	**26**	**519**	**1172**	**947**	**743**	**368**	**842**	
156	**90**	**124**	**238**	**129**	**387**	**1**	**56**	**9**	**282**	**636**	**527**	**345**	**158**	**384**	
478	**227**	**392**	**663**	**364**	**1114**	**3**	**190**	**35**	**801**	**1808**	**1474**	**1088**	**526**	**1226**	
299	165	261	391	215	677	—	121	21	428	1054	946	700	384	863	
138	97	124	229	109	332	—	76	10	256	586	514	340	150	415	
437	262	385	620	324	1009	—	197	31	684	1640	1460	1040	534	1278	
311	135	227	378	208	694	1	134	27	325	939	982	725	405	927	
173	81	133	237	90	326	4	78	7	227	491	543	316	188	390	
484	216	360	615	298	1020	5	212	34	552	1430	1525	1041	593	1317	
300	134	305	349	223	636	2	119	28	353	951	988	704	410	953	3.
135	65	147	170	132	304	1	58	22	264	478	468	379	196	379	
435	199	452	519	355	940	3	177	50	617	1429	1456	1083	606	1332	
261	146	208	292	213	528	1	106	33	399	911	893	661	393	876	
148	61	113	162	133	266	—	50	13	243	430	554	294	164	378	
409	207	321	454	346	794	1	156	46	642	1341	1447	955	557	1254	
364	146	305	459	225	733	1	101	21	308	1076	1058	858	528	1121	
199	82	185	268	147	459	2	88	13	229	677	611	494	273	554	
563	228	490	727	372	1192	3	189	34	537	1753	1669	1352	801	1675	

№	Staat Preußen	Rechnungsjahr der Überweisung	Geschlecht der Zöglinge	VI. Alter: Es standen im Alter von: 0 bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahren	2 bis 3 Jahren	3 bis 6 Jahren	6 bis 12 Jahren	12 bis 13 Jahren	13 bis 14 Jahren	14 bis 15 Jahren	15 bis 16 Jahren	16 bis 17 Jahren	17 bis 18 Jahren	VII. Geburt: Es sind: ehelich geboren	unehelich geboren
1	2	3		54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66
1.	**A.** Die schulpflichtigen sowie die noch jüngeren Zöglinge	**1906**	männlich	**2**	**9**	**15**	**82**	**1477**	**552**	**707**	**59**	—	—	—	**2411**	**492**
		1905	„	3	10	7	71	1435	555	588	18	—	—	—	2234	453
		1904	„	4	9	12	75	1426	537	643	20	—	—	—	2226	500
		1903	„	1	6	2	63	1425	526	623	129	—	—	—	2307	468
		1902	„	5	3	7	46	1297	463	604	159	6	—	—	2155	445
		1901	„	59			208	1871	563	676	197	8	—	—	2965	617
		1906	weiblich	**2**	**4**	**8**	**63**	**568**	**157**	**192**	**26**	—	—	—	**826**	**194**
		1905	„	2	5	12	60	549	155	176	7	—	—	—	769	197
		1904	„	4	8	10	46	511	141	208	9	—	—	—	733	204
		1903	„	4	9	4	65	548	169	185	52	—	—	—	819	217
		1902	„	—	1	3	67	581	170	199	43	—	—	—	824	230
		1901	„	64			175	944	229	249	62	1	—	—	1383	341
2.	**B.** Die schulentlassenen Zöglinge	**1906**	männlich	—	—	—	—	—	—	—	**375**	**414**	**415**	**484**	**1477**	**211**
		1905	„	—	—	—	—	—	—	—	463	344	370	511	1472	216
		1904	„	—	—	—	—	—	—	—	402	334	345	496	1372	205
		1903	„	—	—	—	—	—	—	—	328	359	377	520	1398	186
		1902	„	—	—	—	—	—	—	—	331	344	372	496	1347	196
		1901	„	—	—	—	—	—	—	20	291	387	302	367	1176	191
		1906	weiblich	—	—	—	—	—	—	—	**153**	**293**	**363**	**503**	**1098**	**214**
		1905	„	—	—	—	—	—	—	—	208	272	374	441	1087	208
		1904	„	—	—	—	—	—	—	—	156	233	346	483	998	220
		1903	„	—	—	—	—	—	—	—	134	224	298	472	932	196
		1902	„	—	—	—	—	—	—	—	128	215	267	389	823	176
		1901	„	—	—	—	—	—	—	8	163	230	285	428	921	193
3.	**C.** Sämtliche Zöglinge	**1906**	männlich	**2**	**9**	**15**	**82**	**1477**	**552**	**707**	**434**	**414**	**415**	**484**	**3888**	**703**
			weiblich	**2**	**4**	**8**	**63**	**568**	**157**	**192**	**179**	**293**	**363**	**503**	**1924**	**408**
			zusammen	**4**	**13**	**23**	**145**	**2045**	**709**	**899**	**613**	**707**	**778**	**987**	**5812**	**1111**
		1905	männlich	3	10	7	71	1435	555	588	481	344	370	511	3706	669
			weiblich	2	5	12	60	549	155	176	215	272	374	441	1856	405
			zusammen	5	15	19	131	1984	710	764	696	616	744	952	5562	1074
		1904	männlich	4	9	12	75	1426	537	643	422	334	345	496	3598	705
			weiblich	4	8	10	46	511	141	208	165	233	346	483	1731	424
			zusammen	8	17	22	121	1937	678	851	587	567	691	979	5329	1129
		1903	männlich	1	6	2	63	1425	526	623	457	359	377	520	3705	654
			weiblich	4	9	4	65	548	169	185	186	224	298	472	1751	413
			zusammen	5	15	6	128	1973	695	808	643	583	675	992	5456	1067
		1902	männlich	5	3	7	46	1297	463	604	490	350	372	496	3492	641
			weiblich	—	1	3	67	581	170	199	171	215	267	389	1657	406
			zusammen	5	4	10	113	1878	633	803	661	565	639	885	5149	1047
		1901	männlich	59			208	1871	563	696	488	395	302	367	4141	808
			weiblich	64			175	944	229	257	225	231	285	428	2304	534
			zusammen	123			383	2815	792	953	713	626	587	795	6445	1342

VIII. Religionsbekenntnis				IX. Erziehung vor der Überweisung												
Von den Zöglingen waren:				Von den Zöglingen waren vor der Überweisung:												
Evangelische	Katholische	Juden	Bekenner anderer Religionen	im Elternhause	in fremden Familien	in der eigenen Familie (bei Verwandten)	in öffentlichen Anstalten	in Privatanstalten	in kirchlichen Anstalten	im Elternhause und in fremden Familien	im Elternhause u. in der eigenen Familie (bei Verwandten)	im Elternhause u. in Anstalten	in fremden Familien und in Anstalten	in der eigenen Familie (bei Verwandten) und in Anstalten	Wechsel in der Erziehung unterworfen	№
67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	
1802	**1093**	**5**	**3**	**2308**	**61**	**64**	**19**	**4**	5	**180**	**98**	**128**	**34**	**2**	**489**	
1697	980	4	6	2087	66	49	10	2	—	186	112	132	36	7	473	
1715	1005	4	2	2127	64	52	7	2	2	200	127	131	13	1	477	
1792	977	5	1	2091	64	77	15	3	1	212	136	162	12	2	524	
1658	925	4	3	1983	80	50	13	1	3	204	101	138	9	8	460	
2294	1274	10	4	2648	157	115	29	7	7	234	126	**241**	18	—	619	1.
673	**344**	**2**	**1**	**725**	**46**	**26**	**8**	**4**	**2**	**74**	**45**	**73**	**13**	**4**	**230**	
646	317	2	1	677	37	14	5	2	—	101	49	71	10	—	231	
609	325	2	1	664	42	20	5	—	2	106	40	53	5	—	208	
699	335	2	—	717	41	32	4	1	3	113	41	73	11	—	238	
692	370	2	—	760	39	26	5	—	2	112	37	70	9	4	232	
1052	664	6	2	1162	76	53	24	5	1	141	64	192	6	—	403	
1024	**655**	**8**	**1**	**1114**	**57**	**31**	**10**	**4**	**3**	**299**	**69**	**92**	**7**	**2**	**498**	
1050	621	11	6	1195	59	32	15	5	2	201	54	89	28	8	380	
939	628	8	2	1059	46	33	9	2	—	272	55	83	16	2	431	
932	643	7	2	1057	46	33	11	1	1	252	63	108	10	2	435	
950	579	12	2	1105	49	42	12	3	1	183	52	84	11	1	331	
776	579	11	1	904	65	38	21	4	2	168	51	106	8	—	333	
885	**417**	**6**	**4**	**735**	**78**	**27**	**7**	**4**	—	**325**	**47**	**80**	**6**	**3**	**493**	2.
908	378	6	3	797	81	19	10	—	1	242	35	65	40	5	387	
836	381	1	—	688	75	34	7	3	2	286	48	65	9	1	419	
765	359	2	2	645	39	18	7	2	2	280	47	75	12	1	415	
664	329	5	1	614	55	30	6	3	1	173	46	60	11	—	290	
755	346	10	3	634	64	27	9	3	5	196	35	128	11	2	372	
2826	**1748**	**13**	**4**	**3422**	**118**	**95**	**29**	**8**	**8**	**479**	**167**	**220**	**41**	**4**	**987**	
1558	**761**	**8**	**5**	**1460**	**124**	**53**	**15**	**8**	**2**	**399**	**92**	**153**	**19**	**7**	**723**	
4384	**2509**	**21**	**9**	**4882**	**242**	**148**	**44**	**16**	**10**	**878**	**259**	**373**	**60**	**11**	**1710**	
2747	1601	15	12	3282	125	81	25	7	2	387	166	221	64	15	853	
1554	695	8	4	1474	118	33	15	2	1	343	84	136	50	5	618	
4301	2296	23	16	4756	243	114	40	9	3	730	250	357	114	20	1471	
2654	1633	12	4	3186	110	85	16	4	2	472	182	214	29	3	908	
1445	706	3	1	1352	117	54	12	3	4	392	88	118	14	1	627	
4099	2339	15	5	4538	227	139	28	7	6	864	270	332	43	4	1535	
2724	1620	12	3	3148	110	110	26	4	2	464	199	270	22	4	959	3.
1464	694	4	2	1362	80	50	11	3	5	393	88	148	23	1	653	
4188	2314	16	5	4510	190	160	37	7	7	857	287	418	45	5	1612	
2608	1504	16	5	3088	129	92	25	4	4	387	153	222	20	9	791	
1356	699	7	1	1374	94	56	11	3	3	285	83	130	20	4	522	
3964	2203	23	6	4462	223	148	36	7	7	672	236	352	40	13	1313	
3070	1853	21	5	3552	222	153	50	11	9	402	177	347	26	—	952	
1807	1010	16	5	1796	140	80	33	8	6	337	99	320	17	2	775	
4877	2863	37	10	5348	362	233	83	19	15	739	276	667	43	2	1727	

№	Staat Preußen	Rechnungsjahr der Überweisung	Geschlecht der Zöglinge	X. Schulbesuch vor der Überweisung: Von den schulpflichtigen sowie von den schulentlassenen Zöglingen besuchten bezw. hatten besucht eine: Volksschule	höhere Schule	Privatschule	Anstaltsschule	Von den schulpflichtigen bezw. von den schulentlassenen Zöglingen besuchten keine bezw. hatten keine Schule besucht	Der Schulbesuch war bei den die Schule besuchenden Kindern: regelmäßig	unregelmäßig bezw. ohne Angabe	XI. Schulbildung: Von den über 12 Jahre alten Zöglingen: waren ohne Schulbildung	konnten nicht fertig lesen, schreiben, rechnen im Zahlenkreise von 1—100	konnten entweder nur fertig lesen oder nur fertig schreiben oder nur fertig rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	konnten fertig lesen, schreiben und rechnen im Zahlenkreise von 1—100	hatten volle Volksschulbildung	hatten höhere Schulbildung
1	2	3		83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95
1.	**A.** Die schulpflichtigen sowie die noch jüngeren Zöglinge	**1906**	männlich	**2771**	**4**	**2**	**6**	**12**	**933**	**1850**	**2**	**264**	**68**	**768**	**216**	—
		1905	„	2563	3	1	9	20	933	1643	3	284	35	688	151	—
		1904	„	2592	1	3	2	15	946	1652	2	231	33	746	187	1
		1903	„	2681	1	1	4	13	940	1747	2	287	40	744	205	—
		1902	„	2490	4	4	2	25	1016	1484	3	231	91	674	229	4
		1901	„	3262	1	6	12	14	1325	1956	2	339	140	725	238	—
		1906	weiblich	**917**	**1**	**2**	**1**	**22**	**440**	**481**	**1**	**58**	**14**	**228**	**74**	—
		1905	„	862	2	—	—	23	424	440	1	77	9	205	45	1
		1904	„	846	—	1	—	11	432	415	1	77	3	210	67	—
		1903	„	912	—	2	2	25	478	438	12	77	8	226	83	—
		1902	„	975	—	1	—	17	526	450	3	85	18	227	79	—
		1901	„	1426	1	3	16	21	829	617	2	116	42	270	110	1
2.	**B.** Die schulentlassenen Zöglinge	**1906**	männlich	**1648**	**18**	**5**	**15**	**2**	**1000**	**686**	**2**	**131**	**31**	**555**	**959**	**10**
		1905	„	1617	19	6	44	2	973	713	2	190	32	579	872	13
		1904	„	1539	14	4	15	5	963	609	5	154	22	558	834	4
		1903	„	1541	18	5	11	9	879	696	9	183	40	532	811	9
		1902	„	1522	11	7	1	2	928	613	2	176	42	540	775	8
		1901	„	1339	12	2	13	1	692	674	2	190	66	462	640	7
		1906	weiblich	**1288**	**9**	**7**	**6**	**2**	**923**	**387**	**2**	**72**	**10**	**467**	**753**	**8**
		1905	„	1280	4	7	1	3	990	302	4	75	13	418	781	4
		1904	„	1200	10	3	2	3	919	296	3	64	8	398	735	10
		1903	„	1100	7	11	7	3	806	319	3	60	11	410	639	5
		1902	„	982	5	7	2	3	759	237	5	74	24	303	589	4
		1901	„	1103	2	3	6	—	763	351	3	91	56	341	622	1
3.	**C.** Sämtliche Zöglinge	**1906**	männlich	**4419**	**22**	**7**	**21**	**14**	**1933**	**2536**	**4**	**395**	**99**	**1323**	**1175**	**10**
			weiblich	**2205**	**10**	**9**	**7**	**24**	**1363**	**868**	**3**	**130**	**24**	**695**	**827**	**8**
			zusammen	**6624**	**32**	**16**	**28**	**38**	**3296**	**3404**	**7**	**525**	**123**	**2018**	**2002**	**18**
		1905	männlich	4180	22	7	53	22	1906	2356	5	474	67	1267	1023	13
			weiblich	2142	6	7	1	26	1414	742	5	152	22	623	826	5
			zusammen	6322	28	14	54	48	3320	3098	10	626	89	1890	1849	18
		1904	männlich	4131	15	7	17	20	1909	2261	7	385	55	1304	1021	5
			weiblich	2046	10	4	2	14	1351	711	4	141	11	608	802	10
			zusammen	6177	25	11	19	34	3260	2972	11	526	66	1912	1823	15
		1903	männlich	4222	19	6	15	22	1819	2443	11	470	80	1276	1016	9
			weiblich	2012	7	13	9	28	1284	757	15	137	19	636	722	5
			zusammen	6234	26	19	24	50	3103	3200	26	607	99	1912	1738	14
		1902	männlich	4012	15	11	3	27	1944	2097	5	407	133	1214	1004	12
			weiblich	1957	5	8	2	20	1285	687	8	159	42	530	668	4
			zusammen	5969	20	19	5	47	3229	2784	13	566	175	1744	1672	16
		1901	männlich	4601	13	8	25	15	2017	2630	4	529	206	1187	878	7
			weiblich	2529	3	6	22	21	1592	968	5	207	98	611	732	2
			zusammen	7130	16	14	47	36	3609	3598	9	736	304	1798	1610	9

XII. Sprache				XIII. Beschäftigung											
Es sprachen:				Im schulpflichtigen Alter:					Nach der Schulentlassung:						
deutsch	deutsch und polnisch	polnisch	andere Sprachen	mit Verrichtung häuslicher Dienste	in der Landwirtschaft	im Gewerbebetriebe	mit Verrichtung häuslicher Dienste und in der Landwirtschaft bezw. auch im Gewerbebetriebe	ohne Beschäftigung bezw. ohne Angabe	mit Verrichtung häuslicher Dienste	in der Landwirtschaft	im Gewerbebetriebe, ohne das Handwerk	im Handwerk als Lehrling	mit Verrichtung häuslicher Dienste und in der Landwirtschaft bezw. auch im Gewerbebetriebe	ohne Beschäftigung bezw. ohne Angabe	№
96	97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	
2557	**324**	**22**	—	**848**	**106**	**76**	**76**	**1689**	—	—	—	—	—	—	
2411	255	18	3	773	72	70	63	1618	—	—	—	—	—	—	
2395	312	18	1	750	142	95	23	1603	—	—	—	—	—	—	
2429	303	38	5	721	109	91	86	1693	—	—	—	—	—	—	
2249	314	24	3	650	109	80	95	1591	—	—	—	—	—	—	
3105	408	65	4	778	128	102	99	2188	—	—	—	—	—	—	1.
932	**78**	**9**	**1**	**382**	**12**	**12**	**18**	**519**	—	—	—	—	—	—	
880	78	8	—	375	12	6	17	477	—	—	—	—	—	—	
842	86	9	—	369	22	9	5	453	—	—	—	—	—	—	
926	93	17	—	359	11	15	21	535	—	—	—	—	—	—	
947	98	18	1	361	13	15	18	586	—	—	—	—	—	—	
1525	170	29	—	433	32	16	19	967	—	—	—	—	—	—	
1488	**197**	**3**	—	**416**	**120**	**162**	**22**	**968**	**56**	**208**	**725**	**483**	**2**	**214**	
1468	215	5	—	457	101	120	86	924	30	159	519	480	105	395	
1329	243	5	—	437	109	104	30	897	51	202	462	523	27	312	
1333	244	7	—	421	101	77	63	922	45	193	480	511	76	279	
1323	216	3	1	350	76	92	76	949	54	190	482	436	136	245	
1163	196	8	—	321	86	74	46	840	59	178	425	406	53	246	
1212	**100**	—	—	**640**	**35**	**42**	—	**595**	**654**	**98**	**430**	**9**	**17**	**104**	2.
1216	77	2	—	664	13	21	43	554	535	62	296	3	178	221	
1117	98	3	—	631	51	15	10	511	576	151	319	19	31	122	
1047	81	—	—	568	22	14	33	491	560	80	229	18	129	112	
921	77	1	—	437	14	8	39	501	521	59	164	3	128	124	
1042	70	2	—	476	16	23	28	571	543	61	242	11	81	176	
4045	**521**	**25**	—	**1264**	**226**	**238**	**98**	**2657**	**56**	**208**	**725**	**483**	**2**	**214**	
2144	**178**	**9**	**1**	**1022**	**47**	**54**	**18**	**1114**	**654**	**98**	**430**	**9**	**17**	**104**	
6189	**699**	**34**	**1**	**2286**	**273**	**292**	**116**	**3771**	**710**	**306**	**1155**	**492**	**19**	**318**	
3879	470	23	3	1230	173	190	149	2542	30	159	519	480	105	395	
2096	155	10	—	1039	25	27	60	1031	535	62	296	3	178	221	
5975	625	33	3	2269	198	217	209	3573	565	221	815	483	283	616	
3724	555	23	1	1187	251	199	53	2500	51	202	462	523	27	312	
1959	184	12	—	1000	73	24	15	964	576	151	319	19	31	122	
5683	739	35	1	2187	324	223	68	3464	627	353	781	542	58	434	
3762	547	45	5	1142	210	168	149	2615	45	193	480	511	76	279	3.
1973	174	17	—	927	33	29	54	1026	560	80	229	18	129	112	
5735	721	62	5	2069	243	197	203	3641	605	273	709	529	205	391	
3572	530	27	4	1000	185	172	171	2540	54	190	482	436	136	245	
1868	175	19	1	798	27	23	57	1087	521	59	164	3	128	124	
5440	705	46	5	1798	212	195	228	3627	575	249	646	439	264	369	
4268	604	73	4	1099	214	176	145	3028	59	178	425	406	53	246	
2567	240	31	—	909	48	39	47	1538	543	61	242	11	81	176	
6835	844	104	4	2008	262	215	192	4566	602	239	667	417	134	422	

№	Staat Preußen	Rechnungsjahr der Überweisung	Geschlecht der Zöglinge	XIV. Gesundheitszustand														
				Geistiger				Körperlicher										
				es waren:				es waren mit dauernden körperlichen Gebrechen behaftet und zwar mit:			es waren krank an:							
				beschränkt	schwachsinnig	idiotisch	epileptisch	angeb. Mißbildungen (Hasenscharte, entstellende Mäler, Zerbildung der Geschlechtsteile pp.)	Verkrümmungen (Bruch, Buckel, Klumpfuß pp.), Verstümmelung (einarmig, einbeinig pp.)	Sinnesfehler (stotternd, schwerh., taub, taubstumm, schwachsichtig, blind, blind auf einem Auge pp.)	allgemeiner Tuberkulose	Tuberkulose der Lungen, Knochen, anderer Organe	Skrofulose	Syphilis: erworben	Syphilis: ererbt	Rachitis	Blutarmut	anderen Erscheinungen
1	2	3		111	112	113	114	115	116	117	118	119	120	121	122	123	124	125
1.	A. Die schulpflichtigen sowie die noch jüngeren Zöglinge	**1906**	männlich	**249**	**34**	—	**9**	**18**	**61**	**146**	**15**	**16**	**61**	—	—	**30**	**62**	**101**
		1905	"	265	41	7	10	35	55	154	8	11	66	—	1	21	36	111
		1904	"	227	23	2	7	15	45	127	—	8	71	—	2	17	34	67
		1903	"	251	37	2	5	42	58	154	—	8	69	—	—	24	36	104
		1902	"	218	34	4	8	23	40	130	1	4	55	1	1	15	36	79
		1901	"	325	52	12	10	20	60	155	1	—	74	—	—	23	48	162
		1906	weiblich	**86**	**11**	—	**3**	**3**	**11**	**51**	**3**	**3**	**29**	—	**1**	**6**	**26**	**42**
		1905	"	93	10	2	5	1	14	47	6	4	37	1	1	13	26	37
		1904	"	74	17	3	1	1	11	44	2	4	34	3	2	4	16	29
		1903	"	89	13	1	3	3	10	35	—	2	31	1	1	5	15	33
		1902	"	103	12	2	7	3	16	42	—	4	23	2	1	3	11	25
		1901	"	153	17	5	7	7	20	58	1	—	65	4	—	22	36	64
2.	B. Die schulentlassenen Zöglinge	**1906**	männlich	**151**	**40**	**5**	**9**	**16**	**58**	**114**	—	**12**	**17**	**4**	**3**	**5**	**23**	**48**
		1905	"	148	20	2	2	19	52	126	2	16	23	3	—	11	22	70
		1904	"	111	23	—	10	6	43	83	1	11	12	2	—	3	11	26
		1903	"	118	14	1	10	15	50	91	1	12	15	2	—	—	17	39
		1902	"	115	21	—	16	12	47	81	—	12	20	3	1	5	6	30
		1901	"	99	21	4	6	12	38	80	—	—	19	2	1	2	6	45
		1906	weiblich	**75**	**17**	—	**5**	**9**	**12**	**63**	—	**9**	**22**	**106**	—	**4**	**46**	**84**
		1905	"	82	17	1	4	6	23	62	9	8	31	90	1	4	57	109
		1904	"	64	18	1	9	5	13	64	1	7	26	76	—	3	33	67
		1903	"	72	9	1	6	2	17	48	—	7	13	98	—	2	45	47
		1902	"	62	17	—	6	3	7	45	2	10	14	84	—	—	34	43
		1901	"	92	22	1	5	2	13	41	1	—	19	97	—	3	35	97
3.	C. Sämtliche Zöglinge	**1906**	männlich	**409**	**74**	**5**	**18**	**34**	**119**	**260**	**15**	**28**	**78**	**4**	**3**	**35**	**85**	**149**
			weiblich	**161**	**28**	—	**8**	**12**	**23**	**114**	**3**	**12**	**51**	**106**	**1**	**10**	**72**	**126**
			zusammen	**561**	**102**	**5**	**26**	**46**	**142**	**374**	**18**	**40**	**129**	**110**	**4**	**45**	**157**	**275**
		1905	männlich	413	61	9	12	54	107	280	10	27	89	3	1	32	58	181
			weiblich	175	27	3	9	7	37	109	15	12	68	91	2	17	83	146
			zusammen	588	88	12	21	61	144	389	25	39	157	94	3	49	141	327
		1904	männlich	338	46	2	17	21	88	210	1	19	83	2	2	20	45	93
			weiblich	138	35	4	10	9	24	108	3	11	60	79	2	7	49	96
			zusammen	476	81	6	27	30	112	318	4	30	143	81	4	27	94	189
		1903	männlich	369	51	3	15	57	108	245	1	20	84	2	—	24	53	143
			weiblich	161	22	2	9	7	27	83	—	9	44	99	1	7	60	80
			zusammen	530	73	5	24	64	135	328	1	29	128	101	1	31	113	223
		1902	männlich	333	55	4	24	35	87	211	1	16	75	4	2	20	42	109
			weiblich	165	29	2	13	6	23	87	2	14	37	86	1	3	45	68
			zusammen	498	84	6	37	41	110	298	3	30	112	90	3	23	87	177
		1901	männlich	424	73	16	16	32	98	235	1	—	93	2	1	25	54	207
			weiblich	245	39	6	12	7	33	99	2	—	84	101	—	25	71	161
			zusammen	669	112	22	28	39	131	334	3	—	177	103	1	50	125	368

XV. Vermögen der Zöglinge							XVI. Bevormundung und Pflegschaft		XVII. Eltern						
Summe des Vermögens überhaupt	Es hatten Vermögen: bis 900 ℳ		über 900 bis 3000 ℳ		über 3000 ℳ				Anzahl der Zöglinge, denen gestorben waren: vor dem 6. Lebensjahre:			zwischen dem 6. bis vor dem 12. Lebensjahre:			№
	Anzahl der Zöglinge	zusammen	Anzahl der Zöglinge	zusammen	Anzahl der Zöglinge	zusammen	Es waren bevormundet	Es waren in Pflegschaft	der Vater	die Mutter	beide Eltern	der Vater	die Mutter	beide Eltern	
ℳ		ℳ		ℳ		ℳ									
126	127	128	129	130	131	132	133	134	135	136	137	138	139	140	
17671	**30**	**9511**	**2**	**2160**	**1**	**6000**	**673**	**126**	**209**	**195**	**15**	**249**	**214**	**12**	
22602	38	11002	4	4600	1	7000	654	150	198	220	9	223	226	21	
20085	45	12799	4	7286	—	—	695	156	225	164	5	216	222	19	
18501	36	6451	3	5050	1	7000	675	119	238	220	11	218	233	16	
56771	37	7171	5	6600	1	43000	721	83	208	208	11	247	172	15	
14399	52	9799	3	4600	—	—	999	177	304	301	14	291	290	18	1.
4459	**20**	**4459**	—	—	—	—	**306**	**72**	**88**	**88**	**6**	**92**	**96**	**3**	
4369	19	4369	—	—	—	—	279	63	100	78	3	81	78	8	
3540	16	3540	—	—	—	—	259	73	76	73	4	58	70	7	
11467	17	3547	5	7920	—	—	312	64	93	86	3	83	80	4	
13258	26	7158	3	6100	—	—	316	57	98	96	5	74	93	6	
8460	29	6860	1	1600	—	—	500	131	163	174	3	127	163	12	
38186	**25**	**9232**	**7**	**12954**	**3**	**16000**	**470**	**37**	**122**	**90**	**15**	**156**	**114**	**20**	
49736	33	8316	13	21420	1	20000	487	59	107	93	14	268	176	47	
89711	27	7435	7	12276	7	70000	456	39	112	94	8	143	119	21	
51898	33	9204	7	12694	3	30000	451	35	140	89	11	147	89	19	
43114	30	9115	9	15999	2	18000	481	26	113	84	10	133	86	21	
28132	26	6735	4	6347	3	15050	439	31	88	76	8	134	104	15	2.
36283	**24**	**6223**	**1**	**1060**	**2**	**29000**	**417**	**41**	**91**	**84**	**8**	**111**	**101**	**21**	
22219	21	7402	3	4750	1	10067	385	43	83	77	10	202	176	38	
31802	42	11782	5	9020	2	11000	465	45	86	85	12	123	100	22	
35861	29	4951	5	6910	3	24000	418	34	86	75	10	112	97	18	
44742	11	2742	2	4000	4	38000	367	30	71	68	5	90	77	9	
11996	22	5596	3	6400	—	—	437	28	92	91	10	115	80	15	
55857	**55**	**18743**	**9**	**15114**	**4**	**22000**	**1143**	**157**	**331**	**285**	**30**	**405**	**328**	**32**	
40742	**44**	**10682**	**1**	**1060**	**2**	**29000**	**723**	**113**	**179**	**172**	**14**	**203**	**197**	**24**	
96599	**99**	**29425**	**10**	**16174**	**6**	**51000**	**1866**	**270**	**510**	**457**	**44**	**608**	**525**	**56**	
72338	71	19318	17	26020	2	27000	1141	209	305	313	23	491	402	68	
26588	40	11771	3	4750	1	10067	664	106	183	155	13	283	254	46	
98926	111	31089	20	30770	3	37067	1805	315	488	468	36	774	656	114	
109796	72	20234	11	19562	7	70000	1151	195	337	258	13	359	341	40	
35342	58	15322	5	9020	2	11000	724	118	162	158	16	181	170	29	
145138	130	35556	16	28582	9	81000	1875	313	499	416	29	540	511	69	
70399	69	15655	10	17744	4	37000	1126	154	378	309	22	365	322	35	3.
47328	46	8498	10	14830	3	24000	730	98	179	161	13	195	177	22	
117727	115	24153	20	32574	7	61000	1856	252	557	470	35	560	499	57	
99885	67	16286	14	22599	3	61000	1202	109	321	292	21	380	258	36	
58000	37	9900	5	10100	4	38000	683	87	169	164	10	164	170	15	
157885	104	26186	19	32699	7	99000	1885	196	490	456	31	544	428	51	
42531	78	16534	7	10947	—	15050	1438	208	392	377	22	425	394	33	
20456	51	12456	4	8000	3	—	937	159	255	265	13	242	243	27	
62987	129	28990	11	18947	3	15050	2375	367	647	642	35	667	637	60	

№	Staat Preußen	Rechnungsjahr der Überweisung	Geschlecht der Zöglinge	Noch: XVII. Eltern: Von den Zöglingen hatten: einen Stiefvater	eine Stiefmutter	Stiefeltern	XVIII. Herkunft: a) Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Jagd, Fischerei: Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige	b) Industrie, Bergbau, Hütten- und Bauwesen: Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige
1	2	3		141	142	143	144	145	146	147	148	149
1.	**A.** Die schulpflichtigen sowie die noch jüngeren Zöglinge	**1906**	männlich	**295**	**193**	**7**	**33**	**306**	**10**	**105**	**1126**	**4**
		1905	„	272	240	8	43	297	11	113	963	6
		1904	„	314	194	4	36	345	9	82	1007	1
		1903	„	293	243	4	31	398	13	101	933	5
		1902	„	275	222	5	38	403	5	92	813	1
		1901	„	348	278	4	57	401	25	178	1168	11
		1906	weiblich	**107**	**84**	**1**	**8**	**135**	**2**	**42**	**340**	—
		1905	„	115	70	—	14	136	3	33	303	—
		1904	„	91	65	1	8	147	8	35	284	—
		1903	„	122	86	2	8	148	7	36	308	1
		1902	„	132	81	1	12	162	6	34	312	—
		1901	„	176	124	1	31	197	8	94	492	3
2.	**B.** Die schulentlassenen Zöglinge	**1906**	männlich	**178**	**141**	**3**	**26**	**115**	**3**	**108**	**697**	—
		1905	„	162	138	6	45	145	11	106	587	—
		1904	„	168	150	8	29	169	3	88	580	—
		1903	„	177	136	4	22	154	5	87	546	3
		1902	„	146	124	7	36	137	3	76	540	3
		1901	„	143	130	2	47	110	3	95	430	1
		1906	weiblich	**148**	**144**	**3**	**14**	**74**	—	**60**	**475**	—
		1905	„	152	131	6	15	73	—	47	429	—
		1904	„	161	130	7	15	66	—	44	505	—
		1903	„	168	109	4	11	64	2	69	407	—
		1902	„	142	114	6	7	68	1	54	316	—
		1901	„	139	112	7	9	59	3	69	399	1
3.	**C.** Sämtliche Zöglinge	**1906**	männlich	**473**	**334**	**10**	**59**	**421**	**13**	**213**	**1823**	**4**
			weiblich	**255**	**228**	**4**	**22**	**209**	**2**	**102**	**815**	—
			zusammen	**728**	**562**	**14**	**81**	**630**	**15**	**315**	**2638**	**4**
		1905	männlich	434	378	14	88	442	22	219	1550	6
			weiblich	267	201	6	29	209	3	80	732	—
			zusammen	701	579	20	117	651	25	299	2282	6
		1904	männlich	482	344	12	65	514	12	170	1587	1
			weiblich	252	195	8	23	213	8	79	789	—
			zusammen	734	539	20	88	727	20	249	2376	1
		1903	männlich	470	379	8	53	552	18	188	1479	8
			weiblich	290	195	6	19	212	9	105	715	1
			zusammen	760	574	14	72	764	27	293	2194	9
		1902	männlich	421	346	12	74	540	8	168	1353	4
			weiblich	274	195	7	19	230	7	88	628	—
			zusammen	695	541	19	93	770	15	256	1981	4
		1901	männlich	491	408	6	104	511	28	273	1598	12
			weiblich	315	236	8	40	256	11	163	891	4
			zusammen	806	644	14	144	767	39	436	2489	16

der Zöglinge nach dem Beruf der Eltern

c) Handel und Verkehr			d)	e)	f) Öffentlicher Dienst, Hofdienst und sogenannte „freie Berufsarten“						g) Ohne Beruf und Berufsangabe			№
					1. Armee und Kriegsmarine		2. Zivil-, Staats-, Hof- und Kommunaldienst		3. Freie Berufsarten					
Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige	Häusliche Dienste einschl. persönliche Bedienung	Lohnarbeit wechselnder Art	Selbständige	unselbständige Angehörige	Selbständige	unselbständige Angehörige	Selbständige	unselbständige Angehörige	Pensionäre und Rentner	von Almosen lebend	ohne Berufsangabe	
150	151	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	
78	**174**	**2**	**78**	**751**	—	—	**17**	**3**	**13**	—	**67**	**45**	**91**	
105	91	3	74	788	2	—	32	—	20	—	36	24	79	
96	117	—	76	773	5	—	16	—	15	1	42	36	69	
91	109	2	57	781	1	—	24	—	21	1	66	45	96	
71	93	—	95	807	—	—	30	—	11	—	41	37	53	
120	121	—	101	1106	—	—	56	1	29	2	46	49	111	1.
34	**50**	—	**24**	**301**	—	—	**4**	—	**4**	**1**	**10**	**19**	**46**	
25	22	1	28	326	—	—	8	—	10	—	10	15	32	
24	23	—	27	299	—	—	1	—	7	—	24	14	36	
38	36	—	23	328	1	—	9	—	8	—	22	12	51	
32	21	—	45	361	—	—	8	—	12	—	15	15	29	
62	39	1	49	614	—	—	11	—	9	—	12	28	74	
83	**114**	—	**34**	**321**	**2**	—	**22**	**6**	**7**	**1**	**54**	**20**	**75**	
119	78	2	60	320	1	—	53	—	19	—	51	20	71	
92	97	—	42	293	—	—	30	—	21	—	60	16	57	
84	73	—	49	334	1	—	44	—	19	—	59	22	82	
75	68	—	68	366	1	1	32	—	7	—	53	15	62	
74	65	—	49	324	—	—	34	—	14	—	46	20	55	
74	**99**	—	**50**	**302**	—	—	**11**	—	**10**	**2**	**42**	**25**	**74**	2.
75	52	—	49	370	1	—	24	3	32	6	25	13	81	
68	65	—	45	272	—	—	12	—	11	—	34	11	70	
59	59	—	57	240	2	—	31	—	12	—	48	16	51	
48	46	—	49	270	—	1	18	—	6	4	34	16	61	
61	38	—	51	296	—	—	35	—	15	—	29	11	38	
161	**288**	**2**	**112**	**1072**	**2**	—	**39**	**9**	**20**	**1**	**121**	**65**	**166**	
108	**149**	—	**74**	**603**	—	—	**15**	—	**14**	**3**	**52**	**44**	**120**	
269	**437**	**2**	**186**	**1675**	**2**	—	**54**	**9**	**34**	**4**	**173**	**109**	**286**	
224	169	5	134	1108	3	—	85	—	39	—	87	44	150	
100	74	1	77	696	1	—	32	3	42	6	35	28	113	
324	243	6	211	1804	4	—	117	3	81	6	122	72	263	
188	214	—	118	1066	5	—	46	—	36	1	102	52	126	
92	88	—	72	571	—	—	13	—	18	—	58	25	106	
280	302	—	190	1637	5	—	59	—	54	1	160	77	232	
175	182	2	106	1115	2	—	68	—	40	1	125	67	178	3.
97	95	—	80	568	3	—	40	—	20	—	70	28	102	
272	277	2	186	1683	5	—	108	—	60	1	195	95	280	
146	161	—	163	1173	1	1	62	—	18	—	94	52	115	
80	67	—	94	631	—	1	26	—	18	4	49	31	90	
226	228	—	257	1804	1	2	88	—	36	4	143	83	205	
194	186	—	150	1430	—	—	90	1	43	2	92	69	166	
123	77	1	100	910	—	—	46	—	24	—	41	39	112	
317	263	1	250	2340	—	—	136	1	67	2	133	108	278	

Personalstatistik der im Rechnungsjahre
A. Die schulpflichtigen, sowie

Nr.	Provinz bezw. Kommunalverband	Der Fürsorgeerziehung sind im Rechnungsjahre 1906 auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1900 überwiesen	I. Grund der Überweisung						
			Ursache:						
			§ 1						
			Absatz 1	Absatz 2	Absatz 3	Absatz 1 u. 2	Absatz 1 u. 3	Absatz 2 u. 3	Absatz 1, 2 u. 3
			des Gesetzes vom 2. Juli 1900						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
									a) Männ-
1.	Ostpreußen	161	33	32	65	4	11	15	1
2.	Westpreußen	116	12	16	65	3	8	11	1
3.	Brandenburg ohne Berlin	264	49	42	122	3	20	28	—
4.	Berlin	251	22	21	174	2	2	29	1
5.	Pommern	94	13	20	51	1	7	1	1
6.	Posen	120	16	30	72	—	1	1	—
7.	Schlesien	403	51	62	219	5	18	46	2
8.	Sachsen	227	39	69	119	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	111	14	31	60	1	1	4	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	5	—	2	3	—	—	—	—
11.	Hannover	186	25	32	105	3	9	12	—
12.	Westfalen	341	87	35	149	9	26	27	8
13.	Bezirksverband Cassel	80	31	11	27	—	6	5	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	101	12	19	58	2	3	7	—
15.	Rheinprovinz	443	113	88	228	2	4	5	3
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe a	2903	517	510	1517	35	116	191	17
									b) Weib-
1.	Ostpreußen	65	30	8	15	2	6	4	—
2.	Westpreußen	27	10	2	11	—	4	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	125	33	9	58	3	13	6	3
4.	Berlin	58	9	4	40	2	1	2	—
5.	Pommern	28	12	7	8	—	—	1	—
6.	Posen	27	9	4	14	—	—	—	—
7.	Schlesien	124	29	13	50	4	18	9	1
8.	Sachsen	84	37	14	32	—	1	—	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	39	11	3	20	—	1	2	2
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	2	—	—	2	—	—	—	—
11.	Hannover	63	24	7	24	1	4	2	1
12.	Westfalen	127	71	5	24	—	13	6	8
13.	Bezirksverband Cassel	50	30	3	8	—	8	1	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	25	6	2	15	—	1	1	—
15.	Rheinprovinz	176	103	13	58	—	2	—	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	1020	414	94	379	12	72	34	15
	Gesamtsumme	3923	931	604	1896	47	188	225	32

[1]) Diese Tabelle entspricht der vorjährigen Tabelle III.

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

die noch jüngeren Zöglinge. **(Tabelle III)**[1])

II. Vorherige Bestrafungen														III. Schlechte Neigungen					
Von den Zöglingen sind gerichtlich bestraft:														Von den Zöglingen waren ergeben:					
überhaupt	nur mit Verweisen: 1 mal	nur mit Verweisen: 2 mal	nur mit Verweisen: öfter	nur mit Haft: 1 mal	nur mit Haft: 2 mal	nur mit Haft: öfter	nur mit Gefängnis: 1 mal	nur mit Gefängnis: 2 mal	nur mit Gefängnis: öfter	mit Verweisen und Haft	mit Verweisen und Gefängnis	mit Haft und Gefängnis	mit Verweisen, Haft und Gefängnis	überhaupt schlechten Neigungen	dem Landstreichen bezw. dem Betteln	der Trunksucht	der Unzucht	dem Diebstahl	№
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
liche.																			
10	2	1	—	—	—	—	6	1	—	—	—	—	—	55	47	3	—	5	1.
29	10	3	—	—	—	—	10	1	2	—	2	1	—	62	55	—	4	3	2.
29	9	—	1	1	—	—	12	1	—	—	3	1	1	110	100	—	5	5	3.
27	11	2	—	—	—	—	6	4	—	—	4	—	—	122	115	—	—	7	4.
27	9	—	—	—	—	1	7	2	1	1	6	—	—	35	21	—	5	9	5.
29	6	—	—	1	—	—	8	2	—	1	7	3	1	58	52	—	—	6	6.
65	18	1	—	1	—	—	22	9	1	—	7	5	1	217	169	1	7	40	7.
44	8	—	—	1	—	—	20	2	1	—	11	—	1	73	57	1	10	5	8.
18	5	1	—	—	—	—	7	—	—	2	3	—	—	54	44	—	4	6	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	10.
33	12	1	—	—	—	—	13	3	—	—	3	1	—	39	29	—	1	9	11.
41	15	2	—	—	—	—	9	1	2	2	8	2	—	105	84	1	7	13	12.
5	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	—	15	10	1	1	3	13.
12	4	—	—	1	—	—	4	—	—	—	1	2	—	41	38	—	1	2	14.
64	19	3	—	1	—	—	25	5	—	2	7	1	1	187	146	4	5	32	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
433	129	14	1	6	—	1	149	31	7	8	65	17	5	1174	967	11	51	145	
liche.																			
1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17	13	—	2	2	1.
2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	6	5	—	1	—	2.
9	3	1	—	—	—	—	3	—	—	—	1	1	—	29	18	—	9	2	3.
1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	6	—	—	10	4.
4	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	3	—	—	3	5.
3	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	12	8	—	3	1	6.
10	2	—	—	—	—	—	5	—	—	1	—	1	1	62	36	—	20	6	7.
13	5	—	—	1	—	—	4	2	—	—	1	—	—	31	12	—	16	3	8.
6	3	—	—	—	—	—	2	—	—	—	1	—	—	17	13	—	4	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	10.
2	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	9	4	—	4	1	11.
5	3	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	22	14	—	7	1	12.
2	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	10	6	—	2	2	13.
2	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	10	8	—	2	—	14.
10	8	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	52	27	1	17	7	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
70	33	2	—	2	—	—	22	3	—	1	4	2	1	300	173	1	88	38	
503	162	16	1	8	—	1	171	34	7	9	69	19	6	1474	1140	12	139	183	

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Von den weiblichen Zöglingen hatten bereits geboren bezw. waren schwanger	IV. Heimat: Von den Zöglingen im Königreiche Preußen überhaupt	davon in: Ostpreußen	Westpreußen	Brandenburg ohne Berlin	Stadtkreis Berlin	Pommern	Posen	Schlesien
1	2	30	31	32	33	34	35	36	37	38
										a) Männ=
1.	Ostpreußen	—	159	150	2	—	—	2	—	—
2.	Westpreußen	—	116	—	111	2	—	—	1	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	255	4	2	212	21	7	3	2
4.	Berlin	—	246	5	6	35	178	6	5	5
5.	Pommern	—	92	—	1	2	—	89	—	—
6.	Posen	—	118	—	1	3	1	—	110	1
7.	Schlesien	—	391	—	—	1	—	1	3	382
8.	Sachsen	—	210	2	—	3	—	—	4	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	—	102	1	2	—	—	—	1	1
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	5	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	—	180	1	1	—	1	—	3	—
12.	Westfalen	—	333	14	6	1	—	—	12	3
13.	Bezirksverband Cassel	—	79	—	—	—	—	—	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	85	—	—	—	—	—	—	—
15.	Rheinprovinz	—	429	3	5	1	1	—	4	1
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe a	—	2800	180	137	260	202	105	146	395
										b) Weib=
1.	Ostpreußen	—	64	61	—	—	—	1	—	—
2.	Westpreußen	—	27	1	25	1	—	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	124	1	1	113	5	—	2	—
4.	Berlin	—	57	—	1	12	37	5	1	—
5.	Pommern	—	28	—	—	1	—	27	—	—
6.	Posen	—	27	—	1	—	—	—	25	1
7.	Schlesien	2	118	—	—	1	—	—	—	116
8.	Sachsen	—	78	—	—	—	1	3	1	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	—	35	1	1	—	—	—	—	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	1	62	—	—	—	—	—	—	—
12.	Westfalen	—	126	4	1	—	1	—	5	—
13.	Bezirksverband Cassel	—	48	—	—	—	—	—	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	24	—	—	—	—	1	—	—
15.	Rheinprovinz	—	174	2	—	—	—	—	1	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	3	992	70	30	128	44	37	35	117
	Gesamtsumme	3	3792	250	167	388	246	142	181	512

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.
die noch jüngeren Zöglinge.

(Tabelle III)

nach der Geburt sind geboren: der Provinz: Sachsen	Schleswig-Holstein	Hannover	Westfalen	Hessen-Nassau	Rheinprovinz	Hohenzollernsche Lande	in anderen deutschen Bundesstaaten	im Auslande	V. Letzter Wohnort: Berlin	Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern	Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern	Gemeinden mit 5000 bis unter 20 000 Einwohnern	Gemeinden mit 2000 bis unter 5000 Einwohnern	Gemeinden unter 2000 Einwohnern	№
39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	
liche.															
1	2	—	2	—	—	—	1	1	—	37	12	15	13	84	1.
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21	17	28	16	34	2.
—	1	—	1	—	2	—	8	1	2	42	89	54	19	58	3.
5	—	1	—	—	—	—	3	2	248	1	2	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	32	10	26	7	19	5.
—	1	1	—	—	—	—	1	1	—	20	16	28	22	34	6.
4	—	—	—	—	—	—	8	4	—	56	88	119	40	100	7.
196	—	3	—	1	1	—	15	2	—	60	59	33	23	52	8.
—	95	2	—	—	—	—	8	1	—	52	13	17	8	21	9.
—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	10.
3	2	167	—	1	1	—	6	—	—	19	66	25	27	49	11.
2	1	1	283	—	10	—	6	2	—	79	109	87	24	42	12.
—	—	1	1	76	1	—	1	—	—	18	11	12	12	27	13.
1	—	—	1	81	2	—	16	—	—	63	—	21	6	11	14.
2	—	2	9	5	396	—	13	1	—	189	114	58	33	49	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
216	107	178	297	164	413	—	88	15	250	689	606	523	252	583	
liche.															
—	2	—	—	—	—	—	—	1	—	12	—	10	5	38	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4	7	6	9	2.
—	—	1	1	—	—	—	1	—	6	12	38	25	6	38	3.
—	—	—	—	—	—	—	1	—	55	2	—	—	1	—	4.
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	7	8	2	8	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	4	5	2	8	6.
—	—	1	—	—	—	—	3	3	—	15	27	34	15	33	7.
72	—	—	1	—	—	—	5	1	—	20	20	12	8	24	8.
—	33	—	—	—	—	—	4	—	—	20	5	9	3	2	9.
—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	1	1	10.
1	—	58	2	—	1	—	1	—	—	2	20	8	13	20	11.
1	—	1	104	1	8	—	1	—	—	14	47	37	12	17	12.
1	—	—	—	46	—	1	2	—	—	14	3	7	3	23	13.
—	—	—	—	23	—	—	1	—	—	15	—	6	1	3	14.
—	—	1	9	3	158	—	1	1	—	58	46	22	18	32	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
76	35	62	117	73	167	1	22	6	61	196	221	190	96	256	
292	142	240	414	237	580	1	110	21	311	885	827	713	348	839	

Personalstatistik der im Rechnungsjahre

A. Die schulpflichtigen, sowie

№	Provinz bezw. Kommunalverband	VI. Alter: Es standen im Alter von: 0 bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahren	2 bis 3 Jahren	3 bis 6 Jahren	6 bis 12 Jahren	12 bis 13 Jahren	13 bis 14 Jahren	14 bis 15 Jahren	15 bis 16 Jahren	16 bis 17 Jahren	17 bis 18 Jahren	VII. Geburt: Es sind: ehelich geboren	unehelich geboren
1	2	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66
	a) Männ=													
1.	Ostpreußen	—	1	—	9	98	29	24	—	—	—	—	113	48
2.	Westpreußen	—	—	—	3	48	33	32	—	—	—	—	93	23
3.	Brandenburg ohne Berlin	1	—	2	6	162	38	55	—	—	—	—	217	47
4.	Berlin	—	—	1	4	114	59	72	1	—	—	—	207	44
5.	Pommern	—	—	1	1	46	17	27	2	—	—	—	72	22
6.	Posen	—	—	—	1	50	28	40	1	—	—	—	101	19
7.	Schlesien	—	—	—	7	216	80	93	7	—	—	—	326	77
8.	Sachsen	—	—	1	7	117	49	52	1	—	—	—	183	44
9.	Schleswig=Holsteinscher Provinzialverband	—	—	—	1	53	14	22	21	—	—	—	91	20
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	2	1	1	1	—	—	—	3	2
11.	Hannover	—	—	1	5	98	32	45	5	—	—	—	151	35
12.	Westfalen	1	6	3	16	165	57	85	8	—	—	—	303	38
13.	Bezirksverband Cassel	—	1	2	10	43	12	10	2	—	—	—	73	7
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	1	—	—	65	13	16	6	—	—	—	83	18
15.	Rheinprovinz	—	—	4	12	200	90	133	4	—	—	—	395	48
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe a	2	9	15	82	1477	552	707	59	—	—	—	2411	492
	b) Weib=													
1.	Ostpreußen	—	—	2	5	42	13	3	—	—	—	—	47	18
2.	Westpreußen	—	—	—	1	13	5	8	—	—	—	—	14	13
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	2	1	10	64	22	24	2	—	—	—	98	27
4.	Berlin	—	—	—	1	35	6	13	3	—	—	—	39	19
5.	Pommern	—	—	—	1	17	4	6	—	—	—	—	21	7
6.	Posen	—	—	—	2	16	3	6	—	—	—	—	21	6
7.	Schlesien	—	—	3	5	67	23	23	3	—	—	—	91	33
8	Sachsen	—	—	—	8	42	12	21	1	—	—	—	71	13
9.	Schleswig=Holsteinscher Provinzialverband	—	—	—	—	20	5	7	7	—	—	—	34	5
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	2	—
11.	Hannover	1	—	—	5	32	12	12	1	—	—	—	51	12
12.	Westfalen	—	1	2	12	70	16	23	3	—	—	—	114	13
13.	Bezirksverband Cassel	—	—	—	5	33	6	6	—	—	—	—	43	7
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	—	—	—	13	5	6	1	—	—	—	21	4
15.	Rheinprovinz	1	1	—	8	103	25	34	4	—	—	—	159	17
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	2	4	8	63	568	157	192	26	—	—	—	826	194
	Gesamtsumme	4	13	23	145	2045	709	899	85	—	—	—	3237	686

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.
die noch jüngeren Zöglinge. **(Tabelle III)**

VIII. Religionsbekenntnis				IX. Erziehung vor der Überweisung												
Von den Zöglingen waren:				Von den Zöglingen waren vor der Überweisung:												
Evangelische	Katholische	Juden	Bekenner anderer Religionen	im Elternhause	in fremden Familien	in der eigenen Familie (bei Verwandten)	in öffentlichen Anstalten	in Privatanstalten	in kirchlichen Anstalten	im Elternhause und in fremden Familien	im Elternhause und in der eigenen Familie (bei Verwandten)	im Elternhause und in Anstalten	in fremden Familien und in Anstalten	in der eigenen Familie (bei Verwandten) und in Anstalten	Wechsel in der Erziehung unterworfen	№
67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	
liche.																
144	16	1	—	119	7	13	3	—	1	8	5	2	3	—	23	1.
46	69	1	—	95	2	3	—	—	—	10	1	5	—	—	16	2.
236	28	—	—	204	8	6	1	—	—	18	21	4	2	—	45	3.
210	38	1	2	193	7	3	3	—	—	12	17	11	5	—	49	4.
92	2	—	—	69	4	3	—	—	—	7	—	11	—	—	21	5.
35	85	—	—	93	5	3	1	—	—	13	3	1	—	1	21	6.
153	249	—	1	318	6	15	5	—	1	27	19	12	—	—	70	7.
199	28	—	—	187	5	4	1	2	—	11	4	13	—	—	31	8.
102	9	—	—	72	—	3	—	—	—	16	1	16	3	—	39	9.
5	—	—	—	3	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	2	10.
158	28	—	—	142	7	—	2	—	—	18	6	—	10	1	35	11.
161	179	1	—	290	2	3	1	1	2	14	8	17	3	—	47	12.
73	7	—	—	62	2	—	—	1	—	13	1	—	1	—	18	13.
52	49	—	—	86	2	4	—	—	—	4	—	4	1	—	9	14.
136	306	1	—	375	3	4	2	—	—	9	12	32	6	—	63	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
1802	1093	5	3	2308	61	64	19	4	5	180	98	128	34	2	489	
liche.																
60	4	1	—	50	5	5	—	—	—	1	2	2	—	—	5	1.
15	12	—	—	22	1	1	—	—	—	2	1	—	—	—	3	2.
115	10	—	—	86	8	1	—	—	—	10	13	5	2	—	30	3.
48	9	1	—	39	3	2	—	—	—	5	6	2	1	—	14	4.
28	—	—	—	21	1	2	—	—	—	1	—	3	—	—	4	5.
7	20	—	—	18	4	1	1	—	—	2	1	—	—	—	5	6.
57	67	—	—	86	9	3	—	—	1	10	1	9	1	4	29	7.
76	8	—	—	62	2	—	1	—	—	5	4	10	—	—	20	8.
35	4	—	—	26	—	—	—	—	—	3	2	6	2	—	13	9.
2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
52	11	—	—	39	7	—	—	1	—	8	2	3	3	—	20	11.
66	61	—	—	98	3	3	4	—	1	10	2	6	—	—	23	12.
45	5	—	—	34	1	5	—	—	—	5	3	—	2	—	12	13.
14	11	—	—	21	—	1	—	1	—	—	2	—	—	—	2	14.
53	122	—	1	121	2	2	2	2	—	12	6	27	2	—	50	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
673	344	2	1	725	46	26	8	4	2	74	45	73	13	4	230	
2475	1437	7	4	3033	107	90	27	8	7	254	143	201	47	6	719	

Personalstatistik der im Rechnungsjahre

A. Die schulpflichtigen, sowie

№	Provinz bezw. Kommunalverband	X. Schulbesuch vor der Überweisung: Von den schulpflichtigen, sowie von den schulentlassenen Zöglingen besuchten bezw. hatten besucht eine: Volksschule	höhere Schule	Privatschule	Anstaltsschule	Von den schulpflichtigen bezw. von den schulentlassenen Zöglingen besuchten keine bezw. hatten keine Schule besucht	Der Schulbesuch war bei den die Schule besuchenden Kindern: regelmäßig	unregelmäßig bezw. ohne Angabe	XI. Schulbildung: Von den über 12 Jahre alten Zöglingen: waren ohne Schulbildung	konnten nicht fertig lesen, schreiben, rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	konnten entweder nur fertig lesen oder nur fertig schreiben oder nur fertig rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	konnten fertig lesen, schreiben und rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	hatten volle Volksschulbildung	hatten höhere Schulbildung
1	2	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95
	a) Männ=													
1.	Ostpreußen	147	1	2	—	1	55	95	—	14	3	26	10	—
2.	Westpreußen	113	—	—	—	—	33	80	1	18	4	35	7	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	254	—	—	—	1	97	157	—	18	3	65	7	—
4.	Berlin	246	—	—	—	—	54	192	—	27	11	70	24	—
5.	Pommern	92	—	—	—	—	27	65	—	2	1	38	5	—
6.	Posen	119	—	—	—	—	29	90	—	21	8	32	8	—
7.	Schlesien	395	—	—	—	1	143	252	—	49	10	95	26	—
8.	Sachsen	218	—	—	—	1	92	126	—	16	—	82	4	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	109	1	—	—	—	39	71	—	6	—	46	5	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	5	—	—	—	—	3	2	—	—	1	2	—	—
11.	Hannover	179	—	—	—	1	63	116	—	19	9	41	13	—
12.	Westfalen	306	1	—	4	4	120	191	—	32	8	66	44	—
13.	Bezirksverband Cassel	67	—	—	—	—	27	40	—	3	—	14	7	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	99	1	—	—	—	25	75	—	4	—	19	12	—
15.	Rheinprovinz	422	—	—	2	3	126	298	1	35	10	137	44	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe a	2771	4	2	6	12	933	1850	2	264	68	768	216	—
	b) Weib=													
1.	Ostpreußen	56	—	—	—	2	29	27	—	3	—	11	2	—
2.	Westpreußen	26	—	—	—	—	8	18	—	9	—	3	1	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	110	—	—	—	2	41	69	—	9	—	33	6	—
4.	Berlin	56	—	—	1	—	24	33	—	3	—	14	5	—
5.	Pommern	26	—	—	—	1	17	9	—	1	2	7	—	—
6.	Posen	25	—	—	—	—	6	19	—	4	1	3	1	—
7.	Schlesien	113	—	—	—	3	58	55	1	7	3	28	10	—
8.	Sachsen	74	—	—	—	2	48	26	—	3	—	29	2	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	39	—	—	—	—	12	27	—	1	2	15	1	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	2	—	—	—	—	2	—	—	1	—	—	—	—
11.	Hannover	55	—	1	—	1	33	23	—	2	2	11	10	—
12.	Westfalen	106	—	—	—	6	58	48	—	7	1	21	13	—
13.	Bezirksverband Cassel	43	—	—	—	2	23	20	—	—	—	8	4	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	25	—	—	—	—	8	17	—	—	—	11	1	—
15.	Rheinprovinz	161	1	1	—	3	73	90	—	8	3	34	18	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	917	1	2	1	22	440	481	1	58	14	228	74	—
	Gesamtsumme	3688	5	4	7	34	1373	2331	3	322	82	996	290	—

[1]) Davon 12 auch litauisch. [2]) Davon 4 auch mährisch. [3]) Davon 8 auch dänisch. [4]) Davon 2 auch litauisch.

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

die noch jüngeren Zöglinge. (Tabelle III)

XII. Sprache				XIII. Beschäftigung											
Es sprachen:				Im schulpflichtigen Alter:					Nach der Schulentlassung:						
deutsch	deutsch und polnisch	polnisch	andere Sprachen	mit Verrichtung häuslicher Dienste	in der Landwirtschaft	im Gewerbebetriebe	mit Verrichtung häuslicher Dienste und in der Landwirtschaft bezw. auch im Gewerbebetriebe	ohne Beschäftigung bezw. ohne Angabe	mit Verrichtung häuslicher Dienste	in der Landwirtschaft	im Gewerbebetriebe, ohne das Handwerk	im Handwerk als Lehrling	mit Verrichtung häuslicher Dienste und in der Landwirtschaft bezw. auch im Gewerbebetriebe	ohne Beschäftigung bezw. ohne Angabe	№
96	97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	
liche.															
145[1])	14	2	—	43	9	2	7	90	—	—	—	—	—	—	1.
72	43	1	—	44	7	2	6	54	—	—	—	—	—	—	2.
259	5	—	—	50	21	12	—	172	—	—	—	—	—	—	3.
246	5	—	—	63	—	24	2	157	—	—	—	—	—	—	4.
94	—	—	—	43	2	2	1	44	—	—	—	—	—	—	5.
32	82	6	—	28	13	1	10	67	—	—	—	—	—	—	6.
249[2])	141	13	—	145	14	6	23	208	—	—	—	—	—	—	7.
223	4	—	—	32	25	4	5	153	—	—	—	—	—	—	8.
109[3])	2	—	—	27	5	11	6	61	—	—	—	—	—	—	9.
5	—	—	—	2	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	10.
185	1	—	—	68	5	4	7	96	—	—	—	—	—	—	11.
322	19	—	—	138	2	3	2	170	—	—	—	—	—	—	12.
80	—	—	—	18	—	1	—	48	—	—	—	—	—	—	13.
101	—	—	—	30	1	—	2	67	—	—	—	—	—	—	14.
435	8	—	—	117	2	4	3	301	—	—	—	—	—	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
2557	324	22	—	848	106	76	76	1689	—	—	—	—	—	—	
liche.															
58[4])	4	2	1[5])	25	—	1	2	30	—	—	—	—	—	—	1.
20	7	—	—	13	1	—	2	10	—	—	—	—	—	—	2.
125	—	—	—	43	4	—	1	64	—	—	—	—	—	—	3.
56	2	—	—	22	—	1	1	33	—	—	—	—	—	—	4.
28	—	—	—	7	1	—	1	18	—	—	—	—	—	—	5.
5	19	3	—	11	—	—	1	13	—	—	—	—	—	—	6.
85	35	4	—	61	1	—	2	52	—	—	—	—	—	—	7.
84	—	—	—	19	4	1	3	49	—	—	—	—	—	—	8.
33[6])	—	—	—	16	—	4	—	19	—	—	—	—	—	—	9.
2	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	10.
63	—	—	—	33	—	3	2	19	—	—	—	—	—	—	11.
118	9	—	—	44	1	—	1	66	—	—	—	—	—	—	12.
50	—	—	—	19	—	—	—	26	—	—	—	—	—	—	13.
25	—	—	—	13	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	14.
174	2	—	—	55	—	2	2	107	—	—	—	—	—	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
932	78	9	1	382	12	12	18	519	—	—	—	—	—	—	
3489	402	31	1	1230	118	88	94	2208	—	—	—	—	—	—	

[5]) Nur litauisch. [6]) Davon 1 auch dänisch.

Personalstatistik der im Rechnungsjahre

A. Die schulpflichtigen, sowie

№	Provinz bezw. Kommunalverband	XIV. Gesundheitszustand														
		Geistiger				Körperlicher										
		es waren:				es waren mit dauernden körperlichen Gebrechen behaftet und zwar mit:			es waren krank an:							
		beschränkt	schwachsinnig	idiotisch	epileptisch	angeborenen Mißbildungen (Hasenscharte, entstellende Narben, Verbildung der Geschlechtsteile pp.)	Verkrümmungen (Verwachs., Buckel, Klumpfuß pp.), Verstümmelungen (einarmig, einbeinig pp.)	Sinnesfehler (stotternd, schwerhörig, taub, taubstumm, schwachsichtig, blind, blind auf einem Auge pp.)	allgemeiner Tuberkulose	Tuberkulose der Lungen, Knochen, anderer Organe	Skrofulose	Syphilis: erworben	Syphilis: ererbt	Rhachitis	Blutarmut	anderen Erscheinungen
1	2	111	112	113	114	115	116	117	118	119	120	121	122	123	124	125
	a) Männ=															
1.	Ostpreußen	9	3	—	1	—	1	5	—	1	7	—	—	—	1	3
2.	Westpreußen	6	—	—	—	2	2	3	—	—	2	—	—	—	1	3
3.	Brandenburg ohne Berlin	33	10	—	1	3	7	11	1	1	7	—	—	—	2	6
4.	Berlin	27	5	—	3	—	8	12	5	2	6	—	—	5	2	12
5.	Pommern	5	1	—	1	—	4	7	—	—	2	—	—	—	1	1
6.	Posen	5	—	—	2	2	3	4	—	1	—	—	—	—	1	2
7.	Schlesien	35	3	—	—	1	6	25	—	2	2	—	—	—	8	13
8.	Sachsen	13	3	—	—	4	5	16	1	4	7	—	—	4	7	7
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	11	2	—	—	—	1	6	1	—	2	—	—	1	1	5
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
11.	Hannover	18	1	—	—	—	1	3	2	—	—	—	—	1	—	1
12.	Westfalen	22	3	—	—	1	4	19	—	1	5	—	—	2	6	13
13.	Bezirksverband Cassel	9	—	—	—	—	3	3	1	—	5	—	—	5	6	3
14.	Bezirksverband Wiesbaden	15	1	—	—	2	4	8	1	—	2	—	—	3	4	6
15.	Rheinprovinz	41	2	—	1	3	11	24	3	4	14	—	—	9	22	25
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe a	249	34	—	9	18	61	146	15	16	61	—	—	30	62	101
	b) Weib=															
1.	Ostpreußen	4	—	—	—	—	2	—	—	—	4	—	—	—	—	2
2.	Westpreußen	3	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	13	1	—	1	3	—	3	—	—	1	—	—	—	3	2
4.	Berlin	4	2	—	—	—	1	4	1	1	2	—	—	1	4	3
5.	Pommern	3	1	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	1	—
6.	Posen	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
7.	Schlesien	7	2	—	1	—	1	7	—	—	5	—	1	—	1	4
8.	Sachsen	6	—	—	—	—	1	2	1	—	1	—	—	—	—	3
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	3	—	—	—	—	—	2	—	—	1	—	—	—	—	2
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	3	1	—	—	—	1	7	—	—	1	—	—	1	1	5
12.	Westfalen	9	1	—	1	—	—	8	—	—	4	—	—	2	2	6
13.	Bezirksverband Cassel	6	1	—	—	—	—	2	1	—	1	—	—	1	3	3
14.	Bezirksverband Wiesbaden	3	1	—	—	—	2	—	—	—	1	—	—	—	3	—
15.	Rheinprovinz	20	1	—	—	—	3	11	—	2	6	—	—	1	8	12
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	86	11	—	3	3	11	51	3	3	29	—	1	6	26	42
	Gesamtsumme	335	45	—	12	21	72	197	18	19	90	—	1	36	88	143

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

die noch jüngeren Zöglinge. (Tabelle III)

XV. Vermögen der Zöglinge							XVI. Bevormundung und Pflegschaft		XVII. Eltern						
Summe des Vermögens überhaupt	Es hatten Vermögen:								Anzahl der Zöglinge, denen gestorben waren:						
	bis 900 M		über 900 bis 3000 M		über 3000 M				vor dem 6. Lebensjahre:			zwischen dem 6. bis vor dem 12. Lebensjahre:			
M.	Anzahl der Zöglinge	zusammen M	Anzahl der Zöglinge	zusammen M	Anzahl der Zöglinge	zusammen M	Es waren bevormundet	Es waren in Pflegschaft	der Vater	die Mutter	beide Eltern	der Vater	die Mutter	beide Eltern	№
126	127	128	129	130	131	132	133	134	135	136	137	138	139	140	
liche.															
940	5	940	—	—	—	—	58	5	9	12	3	13	11	2	1.
800	1	800	—	—	—	—	25	4	2	14	—	13	5	—	2.
1165	3	1165	—	—	—	—	68	15	16	20	2	21	16	2	3.
368	2	368	—	—	—	—	71	10	16	17	—	28	23	—	4.
1323	2	1323	—	—	—	—	26	4	9	4	—	4	11	1	5.
1060	—	—	1	1060	—	—	26	8	12	6	—	11	7	1	6.
7760	6	1760	—	—	1	6000	103	14	27	25	3	35	45	4	7.
200	2	200	—	—	—	—	51	8	26	12	—	19	14	—	8.
215	1	215	—	—	—	—	23	3	6	6	—	3	6	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	10.
560	1	560	—	—	—	—	51	6	12	9	3	15	9	—	11.
1150	1	50	1	1100	—	—	61	12	18	17	1	31	24	1	12.
300	2	300	—	—	—	—	14	7	7	19	—	5	8	1	13.
1730	3	1730	—	—	—	—	12	10	11	4	1	10	7	—	14.
100	1	100	—	—	—	—	83	14	38	30	2	41	28	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
17671	30	9511	2	2160	1	6000	673	120	209	195	15	249	214	12	
liche.															
480	2	480	—	—	—	—	22	2	9	8	1	1	9	2	1.
92	3	92	—	—	—	—	11	2	2	4	—	—	2	—	2.
604	3	604	—	—	—	—	38	4	7	9	2	12	17	—	3.
—	—	—	—	—	—	—	24	2	5	1	—	5	5	—	4.
662	1	662	—	—	—	—	12	2	5	1	—	5	3	—	5.
—	—	—	—	—	—	—	5	7	1	3	—	1	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	39	4	5	15	—	12	14	—	7.
486	1	486	—	—	—	—	25	4	14	6	1	5	4	—	8.
15	1	15	—	—	—	—	9	1	2	3	—	1	2	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
700	1	700	—	—	—	—	24	3	3	6	1	7	6	—	11.
120	2	120	—	—	—	—	23	14	17	8	—	11	10	—	12.
300	2	300	—	—	—	—	15	5	4	4	1	5	8	1	13.
—	—	—	—	—	—	—	2	4	1	2	—	5	2	—	14.
1000	4	1000	—	—	—	—	57	18	13	18	—	22	14	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
4459	20	4459	—	—	—	—	306	72	88	88	6	92	96	3	
22130	50	13970	2	2160	1	6000	979	192	297	283	21	341	310	15	

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Noch: XVII. Eltern			XVIII. Herkunft					
		Von den Zöglingen hatten:			a) Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Jagd, Fischerei			b) Industrie, Bergbau, Hütten- und Bauwesen		
		einen Stiefvater	eine Stiefmutter	Stiefeltern	Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige	Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige
1	2	141	142	143	144	145	146	147	148	149
										a) Männ-
1.	Ostpreußen	14	10	1	5	53	1	9	22	—
2.	Westpreußen	11	16	—	1	24	3	5	26	2
3.	Brandenburg ohne Berlin	31	15	2	2	45	—	8	106	1
4.	Berlin	20	22	1	—	5	1	7	78	1
5.	Pommern	14	6	1	2	14	—	2	24	—
6.	Posen	13	7	—	2	30	1	7	27	—
7.	Schlesien	33	33	1	5	44	1	19	184	—
8	Sachsen	27	12	—	2	30	—	9	80	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	15	5	—	1	15	—	3	25	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	3	—	—	—	—
11.	Hannover	19	7	—	2	18	—	3	68	—
12.	Westfalen	33	21	1	6	5	2	10	194	—
13.	Bezirksverband Cassel	6	9	—	1	7	—	7	27	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	12	5	—	4	2	—	7	36	—
15.	Rheinprovinz	47	25	—	—	11	1	9	229	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe a	295	193	7	33	306	10	105	1126	4
										b) Weib-
1.	Ostpreußen	5	7	—	—	26	—	5	10	—
2.	Westpreußen	4	4	—	—	4	—	—	10	—
3	Brandenburg ohne Berlin	13	9	—	1	27	1	2	34	—
4.	Berlin	9	4	—	—	1	—	1	25	—
5.	Pommern	6	2	—	—	5	—	1	5	—
6.	Posen	2	1	—	—	5	—	—	4	—
7.	Schlesien	19	12	—	1	19	—	7	45	—
8.	Sachsen	11	5	—	1	18	—	1	20	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	4	3	1	—	2	—	—	8	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	2	—	—	1	—	—	1	—
11.	Hannover	5	6	—	2	8	—	2	20	—
12.	Westfalen	11	9	—	2	3	—	8	73	—
13.	Bezirksverband Cassel	4	6	—	—	6	—	3	12	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	2	3	—	1	—	—	—	3	—
15.	Rheinprovinz	12	11	—	—	10	1	12	70	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	107	84	1	8	135	2	42	340	—
	Gesamtsumme	402	277	8	41	441	12	147	1466	4

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

die noch jüngeren Zöglinge. **(Tabelle III)**

der Zöglinge nach dem Beruf der Eltern

c) Handel und Verkehr			d)	e)	f) Öffentlicher Dienst, Hofdienst und sogenannte „freie Berufsarten"						g) Ohne Beruf und Berufsangabe			
					1. Armee und Kriegsmarine		2. Zivil-, Staats-, Hof- und Kommunaldienst		3. Freie Berufsarten					
Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige	Häusliche Dienste einschl. persönliche Bedienung	Lohnarbeit wechselnder Art	Selbständige	unselbständige Angehörige	Selbständige	unselbständige Angehörige	Selbständige	unselbständige Angehörige	Pensionäre und Rentner	von Almosen lebend	ohne Berufsangabe	
150	151	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	
liche.														
3	6	—	7	35	—	—	3	—	1	—	6	2	8	1.
3	6	—	4	37	—	—	1	—	—	—	4	—	—	2.
4	11	—	9	56	—	—	2	—	1	—	4	3	12	3.
17	32	1	14	65	—	—	4	—	3	—	2	8	13	4.
—	3	—	1	44	—	—	1	—	—	—	1	2	—	5.
4	1	—	1	45	—	—	1	—	—	—	—	1	—	6.
8	12	—	11	91	—	—	2	—	2	—	10	7	7	7.
4	11	1	6	74	—	—	—	—	—	—	3	1	6	8.
4	13	—	5	41	—	—	—	—	3	—	1	—	—	9.
—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
9	18	—	7	48	—	—	3	—	—	—	—	2	8	11.
5	19	—	6	55	—	—	—	1	—	—	15	8	15	12.
1	4	—	—	28	—	—	—	—	1	—	2	—	2	13.
1	13	—	—	35	—	—	—	—	1	—	—	1	1	14.
15	25	—	7	95	—	—	—	2	1	—	19	10	19	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
78	174	2	78	751	—	—	17	3	13	—	67	45	91	
liche.														
1	—	—	1	19	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1.
—	1	—	1	10	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2.
3	4	—	5	38	—	—	—	—	1	—	—	1	8	3.
3	6	—	2	13	—	—	—	—	2	—	—	1	4	4.
3	—	—	—	11	—	—	—	—	—	—	—	3	—	5.
—	1	—	—	14	—	—	1	—	—	—	1	1	—	6.
4	1	—	2	33	—	—	2	—	—	—	3	4	3	7.
—	4	—	2	27	—	—	1	—	—	—	3	1	6	8.
3	3	—	2	19	—	—	—	—	1	1	—	—	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	6	—	4	16	—	—	—	—	—	—	1	1	3	11.
6	5	—	2	20	—	—	—	—	—	—	—	4	4	12.
—	2	—	1	23	—	—	—	—	—	—	1	—	2	13.
5	4	—	1	10	—	—	—	—	—	—	—	—	1	14.
6	13	—	1	48	—	—	—	—	—	—	1	3	11	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
34	50	—	24	301	—	—	4	—	4	1	10	19	46	
112	224	2	102	1052	—	—	21	3	17	1	77	64	137	

Personalstatistik der im Rechnungsjahre

B. Die schul-

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Der Fürsorgeerziehung sind im Rechnungsjahre 1906 auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1900 überwiesen	I. Grund der Überweisung						
			Ursache:						
			§ 1						
			Absatz 1	Absatz 2	Absatz 3	Absatz 1 u. 2	Absatz 1 u. 3	Absatz 2 u. 3	Absatz 1, 2 u. 3
			des Gesetzes vom 2. Juli 1900						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	a) Männ-								
1.	Ostpreußen	77	4	—	69	—	4	—	—
2.	Westpreußen	79	2	—	76	—	1	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	156	2	—	148	—	6	—	—
4.	Berlin	271	7	—	256	—	3	5	—
5.	Pommern	55	2	—	53	—	—	—	—
6.	Posen	77	1	—	74	1	1	—	—
7.	Schlesien	164	4	1	149	—	8	2	—
8.	Sachsen	105	3	—	101	—	1	—	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	32	1	—	30	—	1	—	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	93	4	—	84	—	5	—	—
12.	Westfalen	155	9	—	132	—	14	—	—
13.	Bezirksverband Cassel	30	6	—	21	—	3	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	50	3	—	42	—	3	2	—
15.	Rheinprovinz	342	11	—	325	—	6	—	—
16.	Hohenzollern	2	—	—	2	—	—	—	—
	Summe a	1688	59	1	1562	1	56	9	—
	b) Weib-								
1.	Ostpreußen	50	2	—	42	—	5	1	—
2.	Westpreußen	44	2	—	37	—	5	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	154	9	—	133	—	12	—	—
4.	Berlin	199	5	—	186	—	5	3	—
5.	Pommern	44	2	—	39	—	3	—	—
6.	Posen	41	—	—	40	—	1	—	—
7.	Schlesien	131	6	—	115	—	9	1	—
8.	Sachsen	83	7	—	76	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	68	—	—	66	—	2	—	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	2	—	—	2	—	—	—	—
11.	Hannover	67	2	—	62	—	3	—	—
12.	Westfalen	130	11	—	97	—	22	—	—
13.	Bezirksverband Cassel	19	1	—	14	—	4	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	38	1	1	34	—	1	1	—
15.	Rheinprovinz	242	18	—	218	—	6	—	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	1312	66	1	1161	—	78	6	—
	Gesamtsumme	3000	125	2	2723	1	134	15	—

[1]) Diese Tabelle entspricht der vorjährigen Tabelle IV.

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

entlassenen Zöglinge. (Tabelle IV)[1])

überhaupt	II. Vorherige Bestrafungen: Von den Zöglingen sind gerichtlich bestraft: nur mit Verweisen: 1 mal	nur mit Verweisen: 2 mal	nur mit Verweisen: öfter	nur mit Haft: 1 mal	nur mit Haft: 2 mal	nur mit Haft: öfter	nur mit Gefängnis: 1 mal	nur mit Gefängnis: 2 mal	nur mit Gefängnis: öfter	mit Verweisen und Haft	mit Verweisen und Gefängnis	mit Haft und Gefängnis	mit Verweisen, Haft und Gefängnis	III. Schlechte Neigungen: Von den Zöglingen waren ergeben: überhaupt schlechten Neigungen	dem Landstreichen bezw. dem Betteln	der Trunksucht	der Unzucht	dem Diebstahl	№
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
liche.																			
54	5	1	—	1	—	—	20	15	8	—	4	—	—	23	21	1	1	—	1.
69	3	4	—	1	—	—	22	14	6	—	16	3	—	36	27	5	3	1	2.
107	7	2	—	3	—	—	36	24	8	1	20	5	1	92	79	4	6	3	3.
156	42	1	—	6	2	—	37	27	4	6	24	5	2	138	125	—	13	—	4.
45	2	—	—	—	—	—	8	16	11	—	4	2	2	16	15	—	—	1	5.
62	4	—	—	2	—	—	14	20	14	—	4	3	1	35	26	5	2	2	6.
136	8	2	—	2	1	—	41	45	21	2	10	1	3	77	56	8	10	3	7.
80	7	1	1	3	1	—	19	25	10	—	7	4	2	36	30	2	3	1	8.
23	5	—	—	—	—	—	8	6	1	—	2	—	1	16	12	1	2	1	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
65	9	—	—	1	—	—	24	12	6	1	9	3	—	32	28	—	3	1	11.
91	14	1	—	1	1	—	31	19	7	3	9	3	2	53	38	1	9	5	12.
19	1	—	—	1	—	—	7	4	4	—	1	1	—	7	2	2	2	1	13.
29	2	—	—	1	—	—	10	6	5	—	1	2	2	13	12	—	1	—	14.
237	35	4	1	5	1	1	69	50	28	2	31	5	5	141	109	5	9	18	15.
2	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
1175	144	16	2	27	6	1	347	284	133	15	142	37	21	715	580	34	64	37	
liche.																			
13	2	—	—	—	—	—	9	1	—	—	1	—	—	38	3	1	32	2	1.
21	5	1	—	1	—	—	5	3	2	1	1	1	1	37	4	—	33	—	2.
50	18	—	—	3	—	—	16	5	—	3	3	2	—	126	19	—	103	4	3.
34	13	2	—	1	—	—	10	2	1	—	—	1	4	141	12	1	128	—	4.
14	2	—	—	2	—	—	5	2	2	1	—	—	—	26	2	—	23	1	5.
16	—	—	—	4	—	—	7	3	1	—	1	—	—	32	3	—	28	1	6.
60	3	—	—	8	3	—	23	11	5	1	4	1	1	95	5	—	85	5	7.
35	7	—	1	5	1	—	11	5	1	1	2	1	—	57	5	—	52	—	8.
28	4	—	—	3	—	—	7	6	2	2	3	1	—	55	3	—	51	1	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
24	5	—	—	3	1	—	6	—	5	—	2	2	—	43	2	—	41	—	11.
28	9	3	1	4	—	—	6	3	—	—	2	—	—	88	5	—	83	—	12.
6	3	—	—	1	—	—	—	1	—	—	1	—	—	12	—	—	12	—	13.
9	2	—	—	1	—	—	3	3	—	—	—	—	—	28	1	—	27	—	14.
51	16	2	1	5	—	—	15	3	—	—	4	4	1	168	14	1	151	2	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
389	89	8	3	41	5	—	123	48	19	9	24	13	7	946	78	3	849	16	
1564	233	24	5	68	11	1	470	332	152	24	166	50	28	1661	658	37	913	53	

Personalstatistik der im Rechnungsjahre

B. Die schul-

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Von den weiblichen Zöglingen hatten bereits geboren bezw. waren schwanger	IV. Heimat: Von den Zöglingen: im Königreiche Preußen überhaupt	davon in: Ostpreußen	Westpreußen	Brandenburg ohne Berlin	Stadtkreis Berlin	Pommern	Posen	Schlesien
1	2	30	31	32	33	34	35	36	37	38
										a) Männ-
1.	Ostpreußen	—	77	75	—	—	2	—	—	—
2.	Westpreußen	—	79	1	77	—	—	—	1	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	154	3	1	121	16	2	3	2
4.	Berlin	—	268	9	6	36	188	7	9	5
5.	Pommern	—	55	—	1	2	1	50	1	—
6.	Posen	—	74	—	2	—	—	—	69	2
7.	Schlesien	—	162	—	1	—	—	—	—	160
8.	Sachsen	—	97	—	1	3	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Kommunalverband	—	29	—	—	—	—	—	—	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	—	86	—	—	—	1	—	—	—
12.	Westfalen	—	153	11	1	1	—	—	3	2
13.	Bezirksverband Cassel	—	29	—	—	—	—	—	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	37	—	—	—	—	—	—	—
15.	Rheinprovinz	—	329	7	3	—	—	—	2	2
16.	Hohenzollern	—	2	—	—	—	—	—	—	—
	Summe a	—	1631	106	93	163	208	59	88	173
										b) Weib-
1.	Ostpreußen	1	50	47	1	1	—	—	—	—
2.	Westpreußen	7	44	1	40	—	—	1	2	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	11	150	4	1	114	18	4	4	1
4.	Berlin	23	197	5	8	27	138	4	6	4
5.	Pommern	2	43	—	—	—	—	43	—	—
6.	Posen	2	41	—	4	—	—	—	36	—
7.	Schlesien	4	131	—	—	2	1	—	—	128
8.	Sachsen	7	75	—	1	1	—	1	1	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	7	59	2	1	—	—	—	—	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	2	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	4	61	1	—	1	—	—	1	—
12.	Westfalen	6	129	6	6	—	1	—	—	1
13.	Bezirksverband Cassel	1	19	—	—	—	—	—	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	5	37	—	—	—	—	1	—	1
15.	Rheinprovinz	15	237	4	1	2	2	—	1	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	95	1275	70	63	148	160	54	51	135
	Gesamtsumme	95	2906	176	156	311	368	113	139	308

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

entlassenen Zöglinge. **(Tabelle IV)**

nach der Geburt									V. Letzter Wohnort						
sind geboren:															
der Provinz:															
Sachsen	Schleswig-Holstein	Hannover	Westfalen	Hessen-Nassau	Rheinprovinz	Hohenzollernsche Lande	in anderen deutschen Bundesstaaten	im Auslande	Berlin	Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern	Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern	Gemeinden mit 5000 bis unter 20 000 Einwohnern	Gemeinden mit 2000 bis unter 5000 Einwohnern	Gemeinden unter 2000 Einwohnern	№
39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	
liche.															
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24	9	13	3	28	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	14	14	11	9	30	2.
2	2	1	—	—	1	—	2	—	8	36	55	23	9	25	3.
5	—	2	—	—	1	—	—	3	253	7	4	3	—	4	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	22	9	6	4	12	5.
—	—	1	—	—	—	—	—	3	—	21	12	10	7	27	6.
1	—	—	—	—	—	—	1	1	2	30	34	42	15	41	7.
92	—	—	—	—	1	—	8	—	—	35	22	18	11	19	8.
—	27	1	—	—	1	—	3	—	—	19	2	4	1	6	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
3	—	80	2	—	—	—	7	—	3	27	26	10	11	16	11.
—	—	4	122	1	8	—	2	—	—	41	54	24	17	19	12.
—	—	—	—	29	—	—	1	—	—	11	5	1	3	10	13.
—	—	—	—	37	—	—	12	1	—	40	—	1	5	4	14.
3	1	1	4	4	302	—	10	3	—	156	95	54	19	18	15.
—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	2	—	16.
106	30	90	128	71	314	2	46	11	269	483	341	220	116	259	
liche.															
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	20	10	5	3	12	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	16	9	8	1	8	2.
1	1	2	—	—	—	—	4	—	16	39	55	15	9	20	3.
2	—	1	—	1	1	—	2	—	187	7	3	—	1	1	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	1	4	14	8	10	4	4	5.
1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10	12	13	2	3	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	37	41	18	11	20	7.
71	—	—	—	—	—	—	8	—	3	33	20	15	1	11	8.
2	52	1	1	—	—	—	7	2	2	42	6	8	2	8	9.
—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	10.
1	—	56	—	—	1	—	6	—	1	22	21	7	4	12	11.
1	—	—	104	2	8	—	1	—	—	47	43	23	11	6	12.
—	—	—	1	18	—	—	—	—	—	10	3	2	2	2	13.
—	—	—	1	34	—	—	1	—	—	29	—	3	—	6	14.
1	—	1	14	1	210	—	5	—	1	114	75	28	9	15	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
80	55	62	121	56	220	—	34	3	221	440	306	155	62	128	
186	85	152	249	127	534	2	80	14	490	923	647	375	178	387	

Personalstatistik der im Rechnungsjahre

B. Die schul-

№	Provinz bezw. Kommunalverband	VI. Alter: Es standen im Alter von: 0 bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahren	2 bis 3 Jahren	3 bis 6 Jahren	6 bis 12 Jahren	12 bis 13 Jahren	13 bis 14 Jahren	14 bis 15 Jahren	15 bis 16 Jahren	16 bis 17 Jahren	17 bis 18 Jahren	VII. Geburt: Es sind: ehelich geboren	unehelich geboren
1	2	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66
	a) Männ-													
1.	Ostpreußen	—	—	—	—	—	—	—	15	19	22	21	59	18
2.	Westpreußen	—	—	—	—	—	—	—	26	24	16	13	73	6
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	—	—	—	—	—	—	41	34	37	44	132	24
4.	Berlin	—	—	—	—	—	—	—	48	50	78	95	226	45
5.	Pommern	—	—	—	—	—	—	—	13	15	14	13	44	11
6.	Posen	—	—	—	—	—	—	—	16	25	11	25	69	8
7.	Schlesien	—	—	—	—	—	—	—	39	42	31	52	149	15
8.	Sachsen	—	—	—	—	—	—	—	27	26	26	26	94	11
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	—	—	—	—	—	—	—	—	10	9	13	24	8
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	—	—	—	—	—	—	—	19	24	26	24	70	23
12.	Westfalen	—	—	—	—	—	—	—	44	40	43	28	150	5
13.	Bezirksverband Cassel	—	—	—	—	—	—	—	5	9	7	9	27	3
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	—	—	—	—	—	—	5	9	22	14	44	6
15.	Rheinprovinz	—	—	—	—	—	—	—	77	87	73	105	314	28
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—
	Summe a	—	—	—	—	—	—	—	375	414	415	484	1477	211
	b) Weib-													
1.	Ostpreußen	—	—	—	—	—	—	—	14	16	6	14	43	7
2.	Westpreußen	—	—	—	—	—	—	—	8	9	15	12	37	7
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	—	—	—	—	—	—	11	38	51	54	128	26
4.	Berlin	—	—	—	—	—	—	—	16	46	53	84	162	37
5.	Pommern	—	—	—	—	—	—	—	9	9	8	18	33	11
6.	Posen	—	—	—	—	—	—	—	3	10	8	20	32	9
7.	Schlesien	—	—	—	—	—	—	—	16	33	34	48	103	28
8.	Sachsen	—	—	—	—	—	—	—	12	14	22	35	67	16
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	—	—	—	—	—	—	—	—	16	21	31	58	10
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	2	—
11.	Hannover	—	—	—	—	—	—	—	7	13	27	20	57	10
12.	Westfalen	—	—	—	—	—	—	—	17	23	40	50	113	17
13.	Bezirksverband Cassel	—	—	—	—	—	—	—	5	3	7	4	17	2
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	—	—	—	—	—	—	3	12	9	14	29	9
15.	Rheinprovinz	—	—	—	—	—	—	—	31	51	61	99	217	25
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	—	—	—	—	—	—	—	153	293	363	503	1098	214
	Gesamtsumme	—	—	—	—	—	—	—	528	707	778	987	2575	425

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

entlassenen Zöglinge. **(Tabelle IV)**

VIII. Religionsbekenntnis				IX. Erziehung vor der Überweisung											
Von den Zöglingen waren:				Von den Zöglingen waren vor der Überweisung:											
Evangelische	Katholische	Juden	Bekenner anderer Religionen	im Elternhause	in fremden Familien	in der eigenen Familie (bei Verwandten)	in öffentlichen Anstalten	in Privatanstalten	in kirchlichen Anstalten	im Elternhause und in fremden Familien	im Elternhause und in der eigenen Familie (bei Verwandten)	im Elternhause und in Anstalten	in fremden Familien und in Anstalten	in der eigenen Familie (bei Verwandten) und in Anstalten	Wechsel in der Erziehung unterworfen	№
67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	
liche.																
72	4	1	—	47	5	1	1	—	—	19	2	1	1	—	23	1.
36	43	—	—	52	1	1	—	—	—	21	1	3	—	—	25	2.
139	17	—	—	104	8	4	1	—	—	30	7	1	1	—	39	3.
235	32	3	1	175	7	6	—	—	—	42	21	18	2	—	86	4.
52	2	1	—	29	3	2	1	—	—	16	—	4	—	—	21	5.
11	66	—	—	50	6	1	1	—	—	18	—	1	—	—	21	6.
47	115	2	—	94	6	5	2	1	—	43	7	6	—	—	60	7.
96	9	—	—	71	3	1	—	—	—	18	7	5	—	—	35	8.
30	2	—	—	17	1	1	—	—	—	6	—	7	—	—	13	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
79	14	—	—	60	8	2	2	—	—	12	7	2	—	—	26	11.
78	77	—	—	110	3	—	—	—	1	29	2	9	1	—	43	12.
25	5	—	—	19	2	1	—	—	1	2	2	3	—	—	9	13.
27	22	1	—	40	—	—	—	—	—	6	1	2	—	1	11	14.
97	245	—	—	244	4	6	2	3	1	37	12	30	2	1	86	15.
—	2	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
1024	655	8	1	1114	57	31	10	4	3	299	69	92	7	2	498	
liche.																
49	1	—	—	28	5	5	—	—	—	10	—	2	—	—	13	1.
14	30	—	—	29	—	—	—	—	—	10	1	4	—	—	15	2.
141	9	—	1	84	10	3	—	1	—	44	7	5	—	—	60	3.
165	30	2	2	116	9	5	2	—	—	45	11	7	4	—	67	4.
43	1	—	—	23	2	1	—	—	—	15	1	2	—	—	18	5.
15	25	1	—	18	6	1	—	—	—	11	1	4	—	—	22	6.
60	70	1	—	73	7	1	1	—	—	36	5	7	—	1	52	7.
76	7	—	—	55	4	3	—	—	—	13	3	4	1	—	21	8.
65	3	—	—	29	4	—	—	—	—	34	4	6	—	—	44	9.
2	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10.
58	8	—	1	31	8	—	2	—	—	17	3	6	—	—	34	11.
70	59	1	—	73	16	2	—	1	—	30	2	6	—	—	40	12.
17	2	—	—	13	—	—	—	—	—	5	1	—	—	—	6	13.
26	12	—	—	27	—	1	—	—	—	5	1	4	—	—	10	14.
81	160	1	—	144	6	5	2	2	—	50	7	23	1	2	90	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
885	417	6	4	735	78	27	7	4	—	325	47	80	6	3	493	
1909	1072	14	5	1849	135	58	17	8	3	624	116	172	13	5	991	

Personalstatistik der im Rechnungsjahre

B. Die schul-

№	Provinz bezw. Kommunalverband	X. Schulbesuch vor der Überweisung: Von den schulpflichtigen, sowie von den schulentlassenen Zöglingen besuchten bezw. hatten besucht eine: Volksschule	höhere Schule	Privatschule	Anstaltsschule	Von den schulpflichtigen bezw. von den schulentlassenen Zöglingen besuchten keine bezw. hatten keine Schule besucht	Der Schulbesuch war bei den die Schule besuchenden Kindern: regelmäßig	unregelmäßig bezw. ohne Angabe	XI. Schulbildung: Von den über 12 Jahre alten Zöglingen: waren ohne Schulbildung	konnten nicht fertig lesen, schreiben, rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	konnten entweder nur fertig lesen oder nur fertig schreiben oder nur fertig rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	konnten fertig lesen, schreiben und rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	hatten volle Volksschulbildung	hatten höhere Schulbildung
1	2	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95
	a) Männ-													
1.	Ostpreußen	70	3	2	1	1	56	20	1	9	—	23	44	—
2.	Westpreußen	79	—	—	—	—	40	39	—	17	3	38	21	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	156	—	—	—	—	85	71	—	14	6	71	65	—
4.	Berlin	265	4	—	2	—	145	126	—	12	—	148	109	2
5.	Pommern	53	1	—	1	—	38	17	—	4	1	29	21	—
6.	Posen	77	—	—	—	—	44	33	—	10	3	38	26	—
7.	Schlesien	161	3	—	—	—	101	63	—	14	3	55	89	3
8.	Sachsen	101	2	1	—	1	71	33	1	1	—	7	94	2
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	31	1	—	—	—	20	12	—	2	1	17	12	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	91	—	—	2	—	61	32	—	9	1	27	56	—
12.	Westfalen	153	—	2	—	—	88	67	—	11	3	25	116	—
13.	Bezirksverband Cassel	29	—	—	1	—	20	10	—	—	—	6	24	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	49	1	—	—	—	34	16	—	1	—	3	45	1
15.	Rheinprovinz	331	3	—	8	—	196	146	—	27	10	66	237	2
16.	Hohenzollern	2	—	—	—	—	1	1	—	—	—	2	—	—
	Summe a	1648	18	5	15	2	1000	686	2	131	31	555	959	10
	b) Weib-													
1.	Ostpreußen	49	1	—	—	—	36	14	—	4	—	18	28	—
2.	Westpreußen	44	—	—	—	—	34	10	—	10	—	23	11	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	149	—	2	1	2	112	40	2	6	—	96	50	—
4.	Berlin	195	3	1	—	—	123	76	—	9	—	98	90	2
5.	Pommern	44	—	—	—	—	32	12	—	4	—	27	13	—
6.	Posen	40	1	—	—	—	29	12	—	5	1	17	17	1
7.	Schlesien	126	—	3	2	—	109	22	—	7	3	45	76	—
8.	Sachsen	81	2	—	—	—	73	10	—	1	—	1	79	2
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	68	—	—	—	—	46	22	—	5	3	34	26	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	2	—	—	—	—	1	1	—	—	—	1	1	—
11.	Hannover	66	—	—	1	—	44	23	—	2	—	17	48	—
12.	Westfalen	130	—	—	—	—	85	45	—	5	1	21	103	—
13.	Bezirksverband Cassel	19	—	—	—	—	11	8	—	1	—	7	11	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	38	—	—	—	—	24	14	—	1	—	7	30	—
15.	Rheinprovinz	237	2	1	2	—	164	78	—	12	2	55	170	3
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	1288	9	7	6	2	923	387	2	72	10	467	753	8
	Gesamtsumme	2936	27	12	21	4	1923	1073	4	203	41	1022	1712	18

[1]) Davon 5 auch litauisch. [2]) Davon 1 auch wendisch. [3]) Davon 1 auch englisch. [4]) Davon 1 auch litauisch.

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

entlassenen Zöglinge. **(Tabelle IV)**

XII. Sprache				XIII. Beschäftigung											
Es sprachen:				Im schulpflichtigen Alter:					Nach der Schulentlassung:						
deutsch	deutsch und polnisch	polnisch	andere Sprachen	mit Verrichtung häuslicher Dienste	in der Landwirtschaft	im Gewerbebetriebe	mit Verrichtung häuslicher Dienste und in der Landwirtschaft bezw. auch im Gewerbebetriebe	ohne Beschäftigung bezw. ohne Angabe	mit Verrichtung häuslicher Dienste	in der Landwirtschaft	im Gewerbebetriebe, ohne das Handwerk	im Handwerk als Lehrling	mit Verrichtung häuslicher Dienste und in der Landwirtschaft bezw. auch im Gewerbebetriebe	ohne Beschäftigung bezw. ohne Angabe	№
96	97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	
liche.															
66[1])	11	—	—	20	13	3	—	41	4	18	22	24	1	8	1.
50	29	—	—	24	13	3	8	31	3	28	19	16	1	12	2.
154[2])	2	—	—	29	7	17	10	93	6	20	64	40	—	26	3.
266[3])	5	—	—	65	5	90	—	111	7	5	151	73	—	35	4.
54	1	—	—	27	5	3	2	18	6	11	15	20	—	3	5.
13	63	1	—	16	17	—	2	42	5	32	13	20	—	7	6.
89	73	2	—	48	20	6	—	90	2	24	63	52	—	23	7.
105	—	—	—	18	14	4	—	69	2	16	33	38	—	16	8.
32	—	—	—	3	5	7	—	17	—	7	13	5	—	7	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
93	—	—	—	44	7	6	—	36	3	14	45	24	—	7	11.
144	11	—	—	55	5	6	—	89	2	10	77	44	—	22	12.
30	—	—	—	3	1	1	—	25	1	6	12	10	—	1	13.
50	—	—	—	4	1	—	—	45	1	2	14	27	—	6	14.
340	2	—	—	60	6	16	—	260	14	14	183	90	—	41	15.
2	—	—	—	—	1	—	—	1	—	1	1	—	—	—	16.
1488	197	3	—	416	120	162	22	968	56	208	725	483	2	214	
liche.															
45[4])	5	—	—	22	1	3	—	24	24	5	15	—	—	6	1.
24	20	—	—	28	2	—	—	14	29	5	8	—	—	2	2.
153	1	—	—	81	3	7	—	63	65	6	62	2	5	14	3.
195	4	—	—	96	—	13	—	90	82	1	93	2	—	21	4.
44	—	—	—	27	—	—	—	17	35	3	4	—	—	2	5.
17	24	—	—	24	5	—	—	12	26	7	5	1	—	2	6.
95	36	—	—	62	9	4	—	56	56	15	44	1	3	12	7.
82	1	—	—	39	4	3	—	37	42	13	27	—	—	1	8.
68[5])	—	—	—	37	2	3	—	26	36	12	18	1	—	1	9.
2	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—	—	10.
67	—	—	—	41	8	1	—	17	31	16	18	—	—	2	11.
123	7	—	—	75	—	1	—	54	79	7	27	—	5	12	12.
19	—	—	—	3	—	—	—	16	9	1	8	—	—	1	13.
38	—	—	—	2	—	—	—	36	22	—	11	2	—	3	14.
240	2	—	—	103	1	7	—	131	116	7	90	—	4	25	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
1212	100	—	—	640	35	42	—	595	654	98	430	9	17	104	
2700	297	3	—	1056	155	204	22	1563	710	306	1155	492	19	318	

[5]) Davon 1 auch dänisch.

Personalstatistik der im Rechnungsjahre

B. Die schul=

№	Provinz bezw. Kommunalverband	XIV. Gesundheitszustand														
		Geistiger				Körperlicher										
		es waren:				es waren mit dauernden körperlichen Gebrechen behaftet und zwar mit:			es waren krank an:							
		beschränkt	schwachsinnig	idiotisch	epileptisch	angeborenen Mißbildungen (Gaumenspalte, entstellende Narben, Verwachsung der Geschlechtsteile pp.)	Verkrümmungen (Verwachs., Buckel, Klumpfuß pp.), Verstümmelungen (einarmig, einbeinig pp.)	Sinnesfehler (stotternd, schwerhörig, taub, taubstumm, schwachsichtig, blind, blind auf einem Auge pp.)	allgemeiner Tuberkulose	Tuberkulose der Lungen, Knochen, anderer Organe	Skrofulose	Syphilis: erworben	Syphilis: ererbt	Rhachitis	Blutarmut	anderen Erscheinungen
1	2	111	112	113	114	115	116	117	118	119	120	121	122	123	124	125
	a) Männ=															
1.	Ostpreußen	5	1	3	—	—	3	1	—	1	—	—	—	1	—	—
2.	Westpreußen	3	—	—	1	1	2	6	—	—	—	1	1	—	—	2
3.	Brandenburg ohne Berlin	10	8	1	1	1	4	11	—	—	—	—	—	—	1	5
4.	Berlin	33	22	1	2	4	7	20	—	2	6	2	—	1	12	2
5.	Pommern	4	—	—	—	—	4	2	—	—	—	—	—	—	—	2
6.	Posen	7	—	—	—	1	2	3	—	—	—	—	—	—	—	2
7.	Schlesien	13	3	—	1	1	4	9	—	2	2	—	—	—	—	9
8.	Sachsen	5	1	—	2	—	3	5	—	—	—	1	—	—	1	2
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	3	—	—	2	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	7	1	—	—	1	5	3	—	1	—	—	—	—	2	2
12.	Westfalen	11	1	—	—	2	3	9	—	2	—	—	—	—	—	7
13.	Bezirksverband Cassel	3	—	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	2
14.	Bezirksverband Wiesbaden	8	—	—	—	—	3	4	—	—	3	—	1	—	1	2
15.	Rheinprovinz	37	3	—	—	4	17	35	—	4	6	—	1	3	6	10
16.	Hohenzollern	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe a	151	40	5	9	16	58	114	—	12	17	4	3	5	23	48
	b) Weib=															
1.	Ostpreußen	2	1	—	—	1	—	1	—	—	1	6	—	—	—	3
2.	Westpreußen	1	1	—	—	—	—	2	—	1	—	7	—	—	1	3
3.	Brandenburg ohne Berlin	5	2	—	1	2	1	7	—	—	3	13	—	—	2	8
4.	Berlin	6	4	—	1	1	2	4	—	4	8	39	—	2	10	9
5.	Pommern	3	2	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	3	4
6.	Posen	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	2	—	—	—	4
7.	Schlesien	8	3	—	1	—	3	7	—	1	—	12	—	—	1	12
8.	Sachsen	5	2	—	—	—	—	5	—	—	1	3	—	—	—	6
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	12	1	—	—	—	—	1	—	—	—	3	—	—	4	11
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	5	—	—	—	—	2	2	—	—	2	2	—	—	4	1
12.	Westfalen	3	—	—	1	1	1	6	—	—	1	3	—	—	—	2
13.	Bezirksverband Cassel	5	—	—	—	—	—	3	—	—	—	2	—	—	1	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	1	—	—	—	1	—	7	—	—	1	4	—	—	9	2
15.	Rheinprovinz	18	1	—	1	3	2	17	—	3	5	9	—	2	11	19
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	75	17	—	5	9	12	63	—	9	22	106	—	4	46	84
	Gesamtsumme	226	57	5	14	25	70	177	—	21	39	110	3	9	69	132

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

entlassenen Zöglinge. (Tabelle IV)

XV. Vermögen der Zöglinge							XVI. Bevormundung und Pflegschaft		XVII. Eltern						
Es hatten Vermögen:									Anzahl der Zöglinge, denen gestorben waren:						
bis 900 ℳ			über 900 bis 3000 ℳ		über 3000 ℳ				vor dem 6. Lebensjahre:			zwischen dem 6. bis vor dem 12. Lebensjahre:			
Summe des Vermögens überhaupt ℳ	Anzahl der Zöglinge	zusammen ℳ	Anzahl der Zöglinge	zusammen ℳ	Anzahl der Zöglinge	zusammen ℳ	Es waren bevormundet	Es waren in Pflegschaft	der Vater	die Mutter	beide Eltern	der Vater	die Mutter	beide Eltern	№
126	127	128	129	130	131	132	133	134	135	136	137	138	139	140	
liche.															
20	1	20	—	—	—	—	27	1	6	4	2	5	2	1	1.
10710	4	1710	1	3000	1	6000	18	3	4	6	1	8	7	1	2.
150	1	150	—	—	—	—	43	4	8	7	2	7	10	1	3.
3058	—	—	2	3058	—	—	84	1	17	10	—	27	13	5	4.
850	1	850	—	—	—	—	15	—	4	3	—	1	5	1	5.
1370	1	310	1	1060	—	—	13	2	2	3	1	7	3	1	6.
8300	7	3300	1	1000	1	4000	58	2	14	12	3	24	11	4	7.
315	2	315	—	—	—	—	31	5	8	5	1	13	5	1	8.
—	—	—	—	—	—	—	15	1	2	2	—	3	4	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
1050	2	1050	—	—	—	—	33	3	8	6	—	6	6	—	11.
298	1	298	—	—	—	—	32	4	9	8	1	24	12	1	12.
—	—	—	—	—	—	—	10	1	2	2	1	2	1	1	13.
620	2	620	—	—	—	—	14	2	3	3	—	5	6	—	14.
11445	3	609	2	4836	1	6000	77	8	34	19	3	24	28	3	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	16.
38186	25	9232	7	12954	3	16000	470	37	122	90	15	156	114	20	
liche.															
1418	3	1418	—	—	—	—	18	—	10	5	—	3	6	1	1.
940	2	940	—	—	—	—	9	—	3	5	—	2	3	—	2.
116	3	116	—	—	—	—	50	6	8	7	4	7	11	3	3.
200	1	200	—	—	—	—	65	2	10	14	1	19	19	2	4.
—	—	—	—	—	—	—	15	1	2	—	—	5	1	2	5.
2330	3	1270	1	1060	—	—	14	—	7	3	1	—	2	1	6.
557	3	557	—	—	—	—	49	4	6	10	—	13	6	—	7.
9000	—	—	—	—	1	9000	27	3	5	7	—	7	3	2	8.
—	—	—	—	—	—	—	26	3	5	3	—	8	6	1	9.
—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	10.
172	3	172	—	—	—	—	31	3	9	4	—	4	7	2	11.
500	3	500	—	—	—	—	33	8	8	5	1	11	13	2	12.
—	—	—	—	—	—	—	6	4	3	2	—	1	3	—	13.
—	—	—	—	—	—	—	6	2	2	5	—	—	3	—	14.
21050	3	1050	—	—	1	20000	67	5	13	14	1	31	18	5	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
36283	24	6223	1	1060	2	29000	417	41	91	84	8	111	101	21	
74469	49	15455	8	14014	5	45000	887	78	213	174	23	267	215	41	

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Noch: XVII. Eltern: Von den Zöglingen hatten: einen Stiefvater	eine Stiefmutter	Stiefeltern	XVIII. Herkunft: a) Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Jagd, Fischerei: Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige	b) Industrie, Bergbau, Hütten- und Bauwesen: Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige
1	2	141	142	143	144	145	146	147	148	149
	a) Männ-									
1.	Ostpreußen	9	3	—	3	15	—	3	15	—
2.	Westpreußen	6	8	—	2	17	1	10	19	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	18	14	—	2	11	1	7	70	—
4.	Berlin	28	24	1	—	—	—	20	121	—
5.	Pommern	6	2	—	—	6	1	3	18	—
6.	Posen	2	4	—	5	17	—	7	16	—
7.	Schlesien	11	21	—	9	13	—	18	59	—
8.	Sachsen	7	7	—	—	8	—	4	37	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	7	4	—	—	3	—	—	14	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	23	8	—	2	9	—	3	42	—
12.	Westfalen	17	12	1	2	5	—	8	85	—
13.	Bezirksverband Cassel	—	1	—	—	6	—	3	8	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	5	5	—	—	2	—	4	21	—
15.	Rheinprovinz	39	27	1	1	3	—	18	171	—
16.	Hohenzollern	—	1	—	—	—	—	—	1	—
	Summe a	178	141	3	26	115	3	108	697	—
	b) Weib-									
1.	Ostpreußen	3	7	—	2	11	—	5	12	—
2.	Westpreußen	6	6	—	—	8	—	1	8	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	16	17	—	2	7	—	6	51	—
4.	Berlin	18	27	—	—	—	—	4	68	—
5.	Pommern	8	2	—	1	3	—	4	4	—
6.	Posen	3	6	—	3	4	—	7	6	—
7.	Schlesien	6	7	—	2	13	—	5	56	—
8.	Sachsen	10	8	—	—	10	—	4	23	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	11	6	—	1	2	—	5	26	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	1	—	—	1	—
11.	Hannover	12	9	—	1	6	—	1	23	—
12.	Westfalen	20	16	1	—	2	—	4	72	—
13.	Bezirksverband Cassel	2	4	—	—	1	—	—	4	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	1	4	1	1	—	—	5	12	—
15.	Rheinprovinz	32	25	1	1	6	—	9	109	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	148	144	3	14	74	—	60	475	—
	Gesamtsumme	326	285	6	40	189	3	168	1172	—

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.
entlassenen Zöglinge. **(Tabelle IV)**

der Zöglinge nach dem Beruf der Eltern

c) Handel und Verkehr			d)	e)	f) Öffentlicher Dienst, Hofdienst und sogenannte „freie Berufsarten“						g) Ohne Beruf und Berufsangabe			№
					1. Armee und Kriegsmarine		2. Zivil-, Staats-, Hof- und Kommunaldienst		3. Freie Berufsarten					
Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige	Häusliche Dienste einschl. persönliche Bedienung	Lohnarbeit wechselnder Art	Selbständige	unselbständige Angehörige	Selbständige	unselbständige Angehörige	Selbständige	unselbständige Angehörige	Pensionäre und Rentner	von Almosen lebend	ohne Berufsangabe	
150	151	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	
liche.														
3	3	—	3	23	—	—	1	—	—	—	3	—	5	1.
1	4	—	—	17	—	—	—	—	2	—	3	2	1	2.
5	13	—	—	33	—	—	4	—	—	1	3	2	4	3.
17	29	—	11	47	1	—	7	—	—	—	5	2	11	4.
2	3	—	2	19	—	—	—	—	—	—	—	1	—	5.
4	2	—	1	19	—	—	1	—	—	—	—	2	3	6.
7	6	—	3	26	1	—	2	—	1	—	9	1	9	7.
5	5	—	2	30	—	—	1	—	1	—	4	4	4	8.
2	4	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	3	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
2	7	—	3	17	—	—	1	—	—	—	3	2	2	11.
9	8	—	1	21	—	—	—	—	1	—	6	—	9	12.
4	1	—	—	4	—	—	1	—	—	—	1	—	2	13.
2	8	—	—	10	—	—	2	—	—	—	—	—	1	14.
20	21	—	8	48	—	—	2	6	2	—	17	4	21	15.
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
83	114	—	34	321	2	—	22	6	7	1	54	20	75	
liche.														
—	2	—	3	13	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1.
1	3	—	1	21	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2.
7	13	—	8	49	—	—	—	—	1	2	1	1	6	3.
18	21	—	15	40	—	—	1	—	—	—	4	5	23	4.
—	3	—	—	19	—	—	—	—	2	—	3	5	—	5.
1	3	—	2	13	—	—	—	—	1	—	—	—	1	6.
7	8	—	6	20	—	—	3	—	1	—	5	2	3	7.
5	8	—	2	20	—	—	2	—	—	—	2	1	6	8.
6	2	—	2	18	—	—	1	—	2	—	1	—	2	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
2	9	—	4	13	—	—	1	—	—	—	1	1	5	11.
8	6	—	3	18	—	—	—	—	2	—	5	4	6	12.
—	2	—	—	6	—	—	—	—	1	—	3	—	2	13.
5	3	—	1	8	—	—	1	—	—	—	—	—	2	14.
14	16	—	3	44	—	—	2	—	—	—	16	5	17	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
74	99	—	50	302	—	—	11	—	10	2	42	25	74	
157	213	—	84	623	2	—	33	6	17	3	96	45	149	

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Der Fürsorgeerziehung sind im Rechnungsjahre 1906 auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1900 überwiesen	I. Grund der Überweisung						
			Ursache:						
			§ 1						
			Absatz 1	Absatz 2	Absatz 3	Absatz 1 u. 2	Absatz 1 u. 3	Absatz 2 u. 3	Absatz 1, 2 u. 3
			des Gesetzes vom 2. Juli 1900						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	a) Männ=								
1.	Ostpreußen	238	37	32	134	4	15	15	1
2.	Westpreußen	195	14	16	141	3	9	11	1
3.	Brandenburg ohne Berlin	420	51	42	270	3	26	28	—
4.	Berlin	522	29	21	430	2	5	34	1
5.	Pommern	149	15	20	104	1	7	1	1
6.	Posen	197	17	30	146	1	2	1	—
7.	Schlesien	567	55	63	368	5	26	48	2
8.	Sachsen	332	42	69	220	—	1	—	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	143	15	31	90	1	2	4	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	5	—	2	3	—	—	—	—
11.	Hannover	279	29	32	189	3	14	12	—
12.	Westfalen	496	96	35	281	9	40	27	8
13.	Bezirksverband Cassel	110	37	11	48	—	9	5	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	151	15	19	100	2	6	9	—
15.	Rheinprovinz	785	124	88	553	2	10	5	3
16.	Hohenzollern	2	—	—	2	—	—	—	—
	Summe a	4591	576	511	3079	36	172	200	17
	b) Weib=								
1.	Ostpreußen	115	32	8	57	2	11	5	—
2.	Westpreußen	71	12	2	48	—	9	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	279	42	9	191	3	25	6	3
4.	Berlin	257	14	4	226	2	6	5	—
5.	Pommern	72	14	7	47	—	3	1	—
6.	Posen	68	9	4	54	—	1	—	—
7.	Schlesien	255	35	13	165	4	27	10	1
8.	Sachsen	167	44	14	108	—	1	—	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	107	11	3	86	—	3	2	2
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	4	—	—	4	—	—	—	—
11.	Hannover	130	26	7	86	1	7	2	1
12.	Westfalen	257	82	5	121	—	35	6	8
13.	Bezirksverband Cassel	69	31	3	22	—	12	1	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	63	7	3	49	—	2	2	—
15.	Rheinprovinz	418	121	13	276	—	8	—	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	2332	480	95	1540	12	150	40	15
	Gesamtsumme	6923	1056	606	4619	48	322	240	32

[1] Diese Tabelle entspricht der vorjährigen Tabelle V.

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

Fürsorgezöglinge. (Tabelle V)[1])

II. Vorherige Bestrafungen														III. Schlechte Neigungen					
Von den Zöglingen sind gerichtlich bestraft:														Von den Zöglingen waren ergeben:					
	nur mit Verweisen			nur mit Haft			nur mit Gefängnis												
überhaupt	1 mal	2 mal	öfter	1 mal	2 mal	öfter	1 mal	2 mal	öfter	mit Verweisen und Haft	mit Verweisen und Gefängnis	mit Haft und Gefängnis	mit Verweisen, Haft und Gefängnis	überhaupt schlechten Neigungen	dem Landstreichen bezw. dem Betteln	der Trunksucht	der Unzucht	dem Diebstahl	№
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
liche.																			
64	7	2	—	1	—	—	26	16	8	—	4	—	—	78	68	4	1	5	1.
98	13	7	—	1	—	—	32	15	8	—	18	4	—	98	82	5	7	4	2.
136	16	2	1	4	—	—	48	25	8	1	23	6	2	202	179	4	11	8	3.
183	53	3	—	6	2	—	43	31	4	6	28	5	2	260	240	—	13	7	4.
72	11	—	—	—	—	1	15	18	12	1	10	2	2	51	36	—	5	10	5.
91	10	—	—	3	—	—	22	22	14	1	11	6	2	93	78	5	2	8	6.
201	26	3	—	3	1	—	63	54	22	2	17	6	4	294	225	9	17	43	7.
124	15	1	1	4	1	—	39	27	11	—	18	4	3	109	87	3	13	6	8.
41	10	1	—	—	—	—	15	6	1	2	5	—	1	70	56	1	6	7	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	10.
98	21	2	—	1	—	—	37	15	6	1	12	4	—	71	57	—	4	10	11.
132	29	2	—	1	1	—	40	20	9	5	17	5	2	158	122	2	16	18	12.
24	2	—	—	1	—	—	7	4	4	—	4	2	—	22	12	3	3	4	13.
41	6	4	—	2	—	—	14	6	5	—	2	4	2	54	50	—	2	2	14.
301	54	3	1	6	1	1	94	55	28	4	38	6	6	328	255	9	14	50	15.
2	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
1608	273	30	3	33	6	2	496	315	140	23	207	54	26	1889	1547	45	115	182	
liche.																			
14	3	—	—	—	—	—	9	1	—	—	1	—	—	55	16	1	34	4	1.
23	6	1	—	1	—	—	5	3	2	1	2	1	1	43	9	—	34	—	2.
59	21	1	—	3	—	—	19	5	—	3	4	3	—	155	37	—	112	6	3.
35	14	2	—	1	—	—	10	2	1	—	—	1	4	157	18	1	128	10	4.
18	6	—	—	2	—	—	5	2	2	1	—	—	—	32	5	—	23	4	5.
19	1	1	—	4	—	—	8	3	1	—	1	—	—	44	11	—	31	2	6.
70	5	—	—	8	3	—	28	11	5	2	4	2	2	157	41	—	105	11	7.
48	12	—	1	6	1	—	15	7	1	1	3	1	—	88	17	—	68	3	8.
34	7	—	—	3	—	—	9	6	2	2	4	1	—	72	16	—	55	1	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	10.
26	5	—	—	3	1	—	8	—	5	—	2	2	—	52	6	—	45	1	11.
33	12	3	1	4	—	—	8	3	—	—	2	—	—	110	19	—	90	1	12.
8	3	—	—	1	—	—	1	2	—	—	1	—	—	22	6	—	14	2	13.
11	3	—	—	1	—	—	4	3	—	—	—	—	—	38	9	—	29	—	14.
61	24	2	1	6	—	—	16	3	—	—	4	4	1	220	41	2	168	9	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
459	122	10	3	43	5	—	145	51	19	10	28	15	8	1246	251	4	937	54	
2067	395	40	6	76	11	2	641	366	159	33	235	69	34	3135	1798	49	1052	236	

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Von den weiblichen Zöglingen hatten bereits geboren bezw. waren schwanger	IV. Heimat: Von den Zöglingen: im Königreiche Preußen überhaupt	davon in: Ostpreußen	Westpreußen	Brandenburg ohne Berlin	Stadtkreis Berlin	Pommern	Posen	Schlesien
1	2	30	31	32	33	34	35	36	37	38
	a) Männ=									
1.	Ostpreußen	—	236	225	2	—	2	2	—	—
2.	Westpreußen	—	195	1	188	2	—	—	2	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	409	7	3	333	37	9	6	4
4.	Berlin	—	514	14	12	71	366	13	14	10
5.	Pommern	—	147	—	2	4	1	139	1	—
6.	Posen	—	192	—	3	3	1	—	179	3
7.	Schlesien	—	553	—	1	1	—	—	3	542
8.	Sachsen	—	307	2	1	6	—	—	4	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	—	131	1	2	—	—	—	1	1
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	5	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	—	266	1	1	—	2	—	3	—
12.	Westfalen	—	486	25	7	2	—	—	15	5
13.	Bezirksverband Cassel	—	108	—	—	—	—	—	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	122	—	—	—	—	—	—	—
15.	Rheinprovinz	—	758	10	8	1	1	—	6	3
16.	Hohenzollern	—	2	—	—	—	—	—	—	—
	Summe a	—	4431	286	230	423	410	164	234	568
	b) Weib=									
1.	Ostpreußen	1	114	108	1	1	—	1	—	—
2.	Westpreußen	7	71	2	65	1	—	1	2	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	11	274	5	2	227	23	4	6	1
4.	Berlin	23	254	5	9	39	175	9	7	4
5.	Pommern	2	71	—	—	1	—	70	—	—
6.	Posen	2	68	—	5	—	—	—	61	1
7.	Schlesien	6	249	—	—	3	1	—	—	244
8.	Sachsen	7	153	—	1	1	1	4	2	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	7	94	3	2	—	—	—	—	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	2	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	5	123	1	—	1	—	—	1	—
12.	Westfalen	6	255	10	7	—	2	—	5	1
13.	Bezirksverband Cassel	1	67	—	—	—	—	—	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	5	61	—	—	—	—	2	—	1
15.	Rheinprovinz	15	411	6	1	2	2	—	2	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	98	2267	140	93	276	204	91	86	252
	Gesamtsumme	98	6698	426	323	699	614	255	320	820

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

Fürsorgezöglinge. (Tabelle V)

nach der Geburt									V. Letzter Wohnort						
sind geboren:															
der Provinz:															
Sachsen	Schleswig-Holstein	Hannover	Westfalen	Hessen-Nassau	Rheinprovinz	Hohenzollernsche Lande	in anderen deutschen Bundesstaaten	im Auslande	Berlin	Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern	Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern	Gemeinden mit 5000 bis unter 20 000 Einwohnern	Gemeinden mit 2000 bis unter 5000 Einwohnern	Gemeinden unter 2000 Einwohnern	№
39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	
liche.															
1	2	—	2	—	—	—	1	1	—	61	21	28	16	112	1.
2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	35	31	39	25	64	2.
2	3	1	1	—	3	—	10	1	10	78	144	77	28	83	3.
10	—	3	—	—	1	—	3	5	501	8	6	3	—	4	4.
—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	54	19	32	11	31	5.
—	1	2	—	—	—	—	1	4	—	41	28	38	29	61	6.
5	—	—	—	—	—	—	9	5	2	86	122	161	55	141	7.
288	—	3	—	1	2	—	23	2	—	95	81	51	34	71	8.
—	122	3	—	—	1	—	11	1	—	71	15	21	9	27	9.
—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	10.
6	2	247	2	1	1	—	13	—	3	46	92	35	38	65	11.
2	1	5	405	1	18	—	8	2	—	120	163	111	41	61	12.
—	—	1	1	105	1	—	2	—	—	29	16	13	15	37	13.
1	—	—	1	118	2	—	28	1	—	103	—	22	11	15	14.
5	1	3	13	9	698	—	23	4	—	345	209	112	52	67	15.
—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	2	—	16.
322	137	268	425	235	727	2	134	26	519	1172	947	743	368	842	
liche.															
—	2	1	—	—	—	—	—	1	—	32	10	15	8	50	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	17	13	15	7	17	2.
1	1	3	1	—	—	—	5	—	22	51	93	40	15	58	3.
2	—	1	—	1	1	—	3	—	242	9	3	—	2	1	4.
1	—	—	—	—	—	—	—	1	4	17	15	18	6	12	5.
1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	18	16	18	4	11	6.
—	—	1	—	—	—	—	3	3	4	52	68	52	26	53	7.
143	—	—	1	—	—	—	13	1	3	53	40	27	9	35	8.
2	85	1	1	—	—	—	11	2	2	62	11	17	5	10	9.
—	2	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	3	1	10.
2	—	114	2	—	2	—	7	—	1	24	41	15	17	32	11.
2	—	1	208	3	16	—	2	—	—	61	90	60	23	23	12.
1	—	—	1	64	—	1	2	—	—	24	6	9	5	25	13.
—	—	—	1	57	—	—	2	—	—	44	—	9	1	9	14.
1	—	2	23	4	368	—	6	1	1	172	121	50	27	47	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
156	90	124	238	129	387	1	56	9	282	636	527	345	158	384	
478	227	392	663	364	1114	3	190	35	801	1808	1474	1088	526	1226	

Personalstatistik der im Rechnungsjahre

C. Sämtliche

Nr.	Provinz bezw. Kommunalverband	VI. Alter: Es standen im Alter von: 0 bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahren	2 bis 3 Jahren	3 bis 6 Jahren	6 bis 12 Jahren	12 bis 13 Jahren	13 bis 14 Jahren	14 bis 15 Jahren	15 bis 16 Jahren	16 bis 17 Jahren	17 bis 18 Jahren	VII. Geburt: Es sind: ehelich geboren	unehelich geboren
1	2	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66
	a) Männ=													
1.	Ostpreußen	—	1	—	9	98	29	24	15	19	22	21	172	66
2.	Westpreußen	—	—	—	3	48	33	32	26	24	16	13	166	29
3.	Brandenburg ohne Berlin	1	—	2	6	162	38	55	41	34	37	44	349	71
4.	Berlin	—	—	1	4	114	59	72	49	50	78	95	433	89
5.	Pommern	—	—	1	1	46	17	27	15	15	14	13	116	33
6.	Posen	—	—	—	1	50	28	40	17	25	11	25	170	27
7.	Schlesien	—	—	—	7	216	80	93	46	42	31	52	475	92
8.	Sachsen	—	—	1	7	117	49	52	28	26	26	26	277	55
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	—	—	—	1	53	14	22	21	10	9	13	115	28
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	2	1	1	1	—	—	—	3	2
11.	Hannover	—	—	1	5	98	32	45	24	24	26	24	221	58
12.	Westfalen	1	6	3	16	165	57	85	52	40	43	28	453	43
13.	Bezirksverband Cassel	—	1	2	10	43	12	10	7	9	7	9	100	10
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	1	—	—	65	13	16	11	9	22	14	127	24
15.	Rheinprovinz	—	—	4	12	200	90	133	81	87	73	105	709	76
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—
	Summe a	2	9	15	82	1477	552	707	434	414	415	484	3888	703
	b) Weib=													
1.	Ostpreußen	—	—	2	5	42	13	3	14	16	6	14	90	25
2.	Westpreußen	—	—	—	1	13	5	8	8	9	15	12	51	20
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	2	1	10	64	22	24	13	38	51	54	226	53
4.	Berlin	—	—	—	1	35	6	13	19	46	53	84	201	56
5.	Pommern	—	—	—	1	17	4	6	9	9	8	18	54	18
6.	Posen	—	—	—	2	16	3	6	3	10	8	20	53	15
7.	Schlesien	—	—	3	5	67	23	23	19	33	34	48	194	61
8.	Sachsen	—	—	—	8	42	12	21	13	14	22	35	138	29
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	—	—	—	—	20	5	7	7	16	21	31	92	15
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	1	—	—	2	—	1	—	4	—
11.	Hannover	1	—	—	5	32	12	12	8	13	27	20	108	22
12.	Westfalen	—	1	2	12	70	16	23	20	23	40	50	227	30
13.	Bezirksverband Cassel	—	—	—	5	33	6	6	5	3	7	4	60	9
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	—	—	—	13	5	6	4	12	9	14	50	13
15.	Rheinprovinz	1	1	—	8	103	25	34	35	51	61	99	376	42
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	2	4	8	63	568	157	192	179	293	363	503	1924	408
	Gesamtsumme	4	13	23	145	2045	709	899	613	707	778	987	5812	1111

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

Fürsorgezöglinge. (Tabelle V)

VIII. Religionsbekenntnis				IX. Erziehung vor der Überweisung												
Von den Zöglingen waren:				Von den Zöglingen waren vor der Überweisung:												
Evangelische	Katholische	Juden	Bekenner anderer Religionen	im Elternhause	in fremden Familien	in der eigenen Familie (bei Verwandten)	in öffentlichen Anstalten	in Privatanstalten	in kirchlichen Anstalten	im Elternhause und in fremden Familien	im Elternhause und in der eigenen Familie (bei Verwandten)	im Elternhause und in Anstalten	in fremden Familien und in Anstalten	in der eigenen Familie (bei Verwandten) und in Anstalten	Wechsel in der Erziehung unterworfen	Nº
67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	
liche.																
216	20	2	—	166	12	14	4	—	1	27	7	3	4	—	46	1.
82	112	1	—	147	3	4	—	—	—	31	2	8	—	—	41	2.
375	45	—	—	308	16	10	2	—	—	48	28	5	3	—	84	3.
445	70	4	3	368	14	9	3	—	—	54	38	29	7	—	135	4.
144	4	1	—	98	7	5	1	—	—	23	—	15	—	—	42	5.
46	151	—	—	143	11	4	2	—	—	31	3	2	—	1	42	6.
200	364	2	1	412	12	20	7	1	1	70	26	18	—	—	130	7.
295	37	—	—	258	8	5	1	2	—	29	11	18	3	—	66	8.
132	11	—	—	89	1	4	—	—	—	22	1	23	—	—	52	9.
5	—	—	—	3	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	2	10.
237	42	—	—	202	15	2	4	—	—	30	13	2	10	1	61	11.
239	256	1	—	400	5	3	1	1	3	43	10	26	4	—	90	12.
98	12	—	—	81	4	1	—	1	1	15	3	3	1	—	27	13.
79	71	1	—	126	2	4	—	—	—	10	1	6	1	1	20	14.
233	551	1	—	619	7	10	4	3	1	46	24	62	8	1	149	15.
—	2	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
2826	1748	13	4	3422	118	95	29	8	8	479	167	220	41	4	987	
liche.																
109	5	1	—	78	10	10	—	—	—	11	2	4	—	—	18	1.
29	42	—	—	51	1	1	—	—	—	12	2	4	—	—	18	2.
259	19	—	1	170	18	4	—	1	—	54	20	10	2	—	90	3.
213	39	3	2	155	12	7	2	—	—	50	17	9	5	—	81	4.
71	1	—	—	44	3	3	—	—	—	16	1	5	—	—	22	5.
22	45	1	—	36	10	2	1	—	—	13	2	4	—	—	27	6.
117	137	1	—	159	16	4	1	—	1	46	6	16	1	5	81	7.
152	15	—	—	117	6	3	1	—	—	18	7	14	1	—	41	8.
100	7	—	—	46	4	—	—	—	—	37	6	12	2	—	57	9.
4	—	—	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10.
110	19	—	1	70	15	—	2	1	—	25	5	9	3	—	54	11.
136	120	1	—	171	19	5	4	1	1	40	4	12	—	—	63	12.
62	7	—	—	47	1	5	—	—	—	10	4	—	2	—	18	13.
40	23	—	—	48	—	2	—	1	—	5	3	4	—	—	12	14.
134	282	1	1	265	8	7	4	4	—	62	13	50	3	2	140	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
1558	761	8	5	1460	124	53	15	8	2	399	92	153	19	7	723	
4384	2509	21	9	4882	242	148	44	16	10	878	259	373	60	11	1710	

Personalstatistik der im Rechnungsjahre

C. Sämtliche

№	Provinz bezw. Kommunalverband	X. Schulbesuch vor der Überweisung							XI. Schulbildung					
		Von den schulpflichtigen, sowie von den schulentlassenen Zöglingen besuchten bezw. hatten besucht eine:				Von den schulpflichtigen bezw. von den schulentlassenen Zöglingen besuchten keine bezw. hatten keine Schule besucht	Der Schulbesuch war bei den die Schule besuchenden Kindern:		Von den über 12 Jahre alten Zöglingen:					
		Volksschule	höhere Schule	Privatschule	Anstaltsschule		regelmäßig	unregelmäßig bezw. ohne Angabe	waren ohne Schulbildung	konnten nicht fertig lesen, schreiben, rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	konnten entweder nur fertig lesen oder nur fertig schreiben oder nur fertig rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	konnten fertig lesen, schreiben und rechnen im Zahlenkreise von 1 bis 100	hatten volle Volksschulbildung	hatten höhere Schulbildung
1	2	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95
	a) Männ=													
1.	Ostpreußen	217	4	4	1	2	111	115	1	23	3	49	54	—
2.	Westpreußen	192	—	—	—	—	73	119	1	35	7	73	28	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	410	—	—	—	1	182	228	—	32	9	136	72	—
4.	Berlin	511	4	—	2	—	199	318	—	39	11	218	133	2
5.	Pommern	145	1	—	1	—	65	82	—	6	2	67	26	—
6.	Posen	196	—	—	—	—	73	123	—	31	11	70	34	—
7.	Schlesien	556	3	—	—	1	244	315	—	63	13	150	115	3
8.	Sachsen	319	2	1	—	2	163	159	1	17	—	89	98	2
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	140	2	—	—	—	59	83	—	8	1	63	17	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	5	—	—	—	—	3	2	—	—	1	2	—	—
11.	Hannover	270	—	—	2	1	124	148	—	28	10	68	69	—
12.	Westfalen	459	1	2	4	4	208	258	—	43	11	91	160	—
13.	Bezirksverband Cassel	96	—	—	1	—	47	50	—	3	—	20	31	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	148	2	—	—	—	59	91	—	5	—	22	57	1
15.	Rheinprovinz	753	3	—	10	3	322	444	1	62	20	203	281	2
16.	Hohenzollern	2	—	—	—	—	1	1	—	—	—	2	—	—
	Summe a	4419	22	7	21	14	1933	2536	4	395	99	1323	1175	10
	b) Weib=													
1.	Ostpreußen	105	1	—	—	2	65	41	—	7	—	29	30	—
2.	Westpreußen	70	—	—	—	—	42	28	—	19	—	26	12	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	259	—	2	1	4	153	109	2	15	—	129	56	—
4.	Berlin	251	3	1	1	—	147	109	—	12	—	112	95	2
5.	Pommern	70	—	—	—	1	49	21	—	5	2	34	13	—
6.	Posen	65	1	—	—	—	35	31	—	9	2	20	18	1
7.	Schlesien	239	—	3	2	3	167	77	1	14	6	73	86	—
8.	Sachsen	155	2	—	—	2	121	36	—	4	—	30	81	2
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	107	—	—	—	—	58	49	—	6	5	49	27	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	4	—	—	—	—	3	1	—	1	—	1	1	—
11.	Hannover	121	—	1	1	1	77	46	—	4	2	28	58	—
12.	Westfalen	236	—	—	—	6	143	93	—	12	2	42	116	—
13.	Bezirksverband Cassel	62	—	—	—	2	34	28	—	1	—	15	15	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	63	—	—	—	—	32	31	—	1	—	18	31	—
15.	Rheinprovinz	398	3	2	2	3	237	168	—	20	5	89	188	3
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	2205	10	9	7	24	1363	868	3	130	24	695	827	8
	Gesamtsumme	6624	32	16	28	38	3296	3404	7	525	123	2018	2002	18

[1]) Davon 17 auch litauisch. [2]) Davon 1 auch wendisch. [3]) Davon 1 auch englisch. [4]) Davon 4 auch mährisch.

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

Fürsorgezöglinge. (Tabelle V)

XII. Sprache				XIII. Beschäftigung											
Es sprachen:				Im schulpflichtigen Alter:					Nach der Schulentlassung:						
deutsch	deutsch und polnisch	polnisch	andere Sprachen	mit Verrichtung häuslicher Dienste	in der Landwirtschaft	im Gewerbebetriebe	mit Verrichtung häuslicher Dienste und in der Landwirtschaft bezw. auch im Gewerbebetriebe	ohne Beschäftigung bezw. ohne Angabe	mit Verrichtung häuslicher Dienste	in der Landwirtschaft	im Gewerbebetriebe, ohne das Handwerk	im Handwerk als Lehrling	mit Verrichtung häuslicher Dienste und in der Landwirtschaft bezw. auch im Gewerbebetriebe	ohne Beschäftigung bezw. ohne Angabe	№
96	97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	
liche.															
211[1]	25	2	—	63	22	5	7	131	4	18	22	24	1	8	1.
122	72	1	—	68	20	5	14	85	3	28	19	16	1	12	2.
413[2]	7	—	—	79	28	29	10	265	6	20	64	40	—	26	3.
512[3]	10	—	—	128	5	114	2	268	7	5	151	73	—	35	4.
148	1	—	—	70	7	5	3	62	6	11	15	20	—	3	5.
45	145	7	—	44	30	1	12	109	5	32	13	20	—	7	6.
338[4]	214	15	—	193	34	12	23	298	2	24	63	52	—	23	7.
328	4	—	—	50	39	8	5	222	2	16	33	38	—	16	8.
141[5]	2	—	—	30	10	18	6	78	—	7	13	5	—	7	9.
5	—	—	—	2	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	10.
278	1	—	—	112	12	10	7	132	3	14	45	24	—	7	11.
466	30	—	—	193	7	9	2	259	2	10	77	44	—	22	12.
110	—	—	—	21	1	2	—	73	1	6	12	10	—	1	13.
151	—	—	—	34	2	—	2	112	1	2	14	27	—	6	14.
775	10	—	—	177	8	20	3	561	14	14	183	90	—	41	15.
2	—	—	—	—	1	—	—	1	—	1	1	—	—	—	16.
4045	521	25	—	1264	226	238	98	2657	56	208	725	483	2	214	
liche.															
103[6]	9	2	1[7]	47	1	4	2	54	24	5	15	—	—	6	1.
44	27	—	—	41	3	—	2	24	29	5	8	—	—	2	2.
278	1	—	—	124	7	7	1	127	65	6	62	2	5	14	3.
251	6	—	—	118	—	14	1	123	82	1	93	2	—	21	4.
72	—	—	—	34	1	—	1	35	35	3	4	—	—	2	5.
22	43	3	—	35	5	—	1	25	26	7	5	1	—	2	6.
180	71	4	—	123	10	4	2	108	56	15	44	1	3	12	7.
166	1	—	—	58	8	4	3	86	42	13	27	—	—	1	8.
107[8]	—	—	—	53	2	7	—	45	36	12	18	1	—	1	9.
4	—	—	—	1	—	—	—	3	2	—	—	—	—	—	10.
130	—	—	—	74	8	4	2	36	31	16	18	—	—	2	11.
241	16	—	—	119	1	1	1	120	79	7	27	—	5	12	12.
69	—	—	—	22	—	—	—	42	9	1	8	—	—	1	13.
63	—	—	—	15	—	—	—	48	22	—	11	2	—	3	14.
414	4	—	—	158	1	9	2	238	116	7	90	—	4	25	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
2144	178	9	1	1022	47	54	18	1114	654	98	430	9	17	104	
6189	699	34	1	2286	273	292	116	3771	710	306	1155	492	19	318	

[5]) Davon 8 auch dänisch. [6]) Davon 3 auch litauisch. [7]) Nur litauisch. [8]) Davon 2 auch dänisch.

Personalstatistik der im Rechnungsjahre

C. Sämtliche

№	Provinz bezw. Kommunalverband	XIV. Gesundheitszustand														
		Geistiger				Körperlicher										
		es waren:				es waren mit dauernden körperlichen Gebrechen behaftet und zwar mit:			es waren krank an:							
		beschränkt	schwachsinnig	idiotisch	epileptisch	angeborenen Mißbildungen (Halsentschärte, entstellende Mäler, Verbildung der Geschlechtsteile pp.)	Verkrümmungen (Verwachs., Buckel, Klumpfuß pp.), Verstümmelungen (einarmig, einbeinig pp.)	Sinnesfehler (stotternd, schwerhörig, taub, taubstumm, schwachsichtig, blind, blind auf einem Auge pp.)	allgemeiner Tuberkulose	Tuberkulose der Lungen, Knochen, anderer Organe	Skrofulose	Syphilis: erworben	Syphilis: ererbt	Rhachitis	Blutarmut	anderen Erscheinungen
1	2	111	112	113	114	115	116	117	118	119	120	121	122	123	124	125
	a) Männ=															
1.	Ostpreußen	14	4	3	1	—	4	6	—	2	7	—	—	1	1	3
2.	Westpreußen	9	—	—	1	3	4	9	—	—	2	1	1	—	1	5
3.	Brandenburg ohne Berlin	43	18	1	2	4	11	22	1	1	7	—	—	—	3	11
4.	Berlin	60	27	1	5	4	15	32	5	4	12	2	—	6	14	14
5.	Pommern	9	1	—	1	—	8	9	—	—	2	—	—	—	1	3
6.	Posen	12	—	—	2	3	5	7	—	1	—	—	—	—	1	4
7.	Schlesien	48	6	—	1	2	10	34	—	4	4	—	—	—	8	22
8.	Sachsen	18	4	—	2	4	8	21	1	4	7	1	—	4	8	9
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	14	2	—	2	1	2	7	1	—	2	—	—	1	1	6
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
11.	Hannover	25	2	—	—	1	6	6	2	1	—	—	—	1	2	3
12.	Westfalen	33	4	—	—	3	7	28	—	3	5	—	—	2	6	20
13.	Bezirksverband Cassel	12	—	—	—	—	3	8	1	—	5	—	—	5	6	5
14.	Bezirksverband Wiesbaden	23	1	—	—	2	7	12	1	—	5	—	1	3	5	8
15.	Rheinprovinz	78	5	—	1	7	28	59	3	8	20	—	1	12	28	35
16.	Hohenzollern	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe a	400	74	5	18	34	119	260	15	28	78	4	3	35	85	149
	b) Weib=															
1.	Ostpreußen	6	1	—	—	1	2	1	—	—	5	6	—	—	—	5
2.	Westpreußen	4	1	—	—	—	—	6	—	1	—	7	—	—	1	3
3.	Brandenburg ohne Berlin	18	3	—	2	5	1	10	—	—	4	13	—	—	5	10
4.	Berlin	10	6	—	1	1	3	8	1	5	10	39	—	3	14	12
5.	Pommern	6	3	—	—	—	1	1	—	—	1	1	—	—	4	4
6.	Posen	3	—	—	—	—	—	1	—	—	1	2	—	—	—	4
7.	Schlesien	15	5	—	2	—	4	14	—	1	5	12	1	—	2	16
8.	Sachsen	11	2	—	—	—	1	7	1	—	2	3	—	—	—	9
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	15	1	—	—	—	—	3	—	—	1	3	—	—	4	13
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	8	1	—	—	—	3	9	—	—	3	2	—	1	5	6
12.	Westfalen	12	1	—	2	1	1	14	—	—	5	3	—	2	2	8
13.	Bezirksverband Cassel	11	1	—	—	—	—	5	1	—	1	2	—	1	4	3
14.	Bezirksverband Wiesbaden	4	1	—	—	1	2	7	—	—	2	4	—	—	12	2
15.	Rheinprovinz	38	2	—	1	3	5	28	—	5	11	9	—	3	19	31
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	161	28	—	8	12	23	114	3	12	51	106	1	10	72	126
	Gesamtsumme	561	102	5	26	46	142	374	18	40	129	110	4	45	157	275

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

Fürsorgezöglinge. (Tabelle V)

XV. Vermögen der Zöglinge							XVI. Bevormundung und Pflegschaft		XVII. Eltern						
Summe des Vermögens überhaupt	Es hatten Vermögen: bis 900 M		über 900 bis 3000 M		über 3000 M.				Anzahl der Zöglinge, denen gestorben waren: vor dem 6. Lebensjahre:			zwischen dem 6. bis vor dem 12. Lebensjahre:			Nr.
	Anzahl der Zöglinge	zusammen	Anzahl der Zöglinge	zusammen	Anzahl der Zöglinge	zusammen	Es waren bevormundet	Es waren in Pflegschaft	der Vater	die Mutter	beide Eltern	der Vater	die Mutter	beide Eltern	
M.		M		M		M									
126	127	128	129	130	131	132	133	134	135	136	137	138	139	140	
liche.															
960	6	960	—	—	—	—	85	6	15	16	5	18	13	3	1.
11510	5	2510	1	3000	1	6000	43	7	6	20	1	21	12	1	2.
1315	4	1315	—	—	—	—	111	19	24	27	4	28	26	3	3.
3426	2	368	2	3058	—	—	155	11	33	27	—	55	36	5	4.
2173	3	2173	—	—	—	—	41	4	13	7	—	5	16	2	5.
2430	1	310	2	2120	—	—	39	10	14	9	1	18	10	2	6.
16060	13	5060	1	1000	2	10000	161	16	41	37	6	59	56	8	7.
515	4	515	—	—	—	—	82	13	34	17	1	32	19	1	8.
215	1	215	—	—	—	—	38	4	8	8	—	6	10	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	10.
1610	3	1610	—	—	—	—	84	9	20	15	3	21	15	—	11.
1448	2	348	1	1100	—	—	93	16	27	25	2	55	36	2	12.
300	2	300	—	—	—	—	24	8	9	21	1	7	9	2	13.
2350	5	2350	—	—	—	—	26	12	14	7	1	15	13	—	14.
11545	4	709	2	4836	1	6000	160	22	72	49	5	65	56	3	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	16.
55857	55	18743	9	15114	4	22000	1143	157	331	285	30	405	328	32	
liche.															
1898	5	1898	—	—	—	—	40	2	19	13	1	4	15	3	1.
1032	5	1032	—	—	—	—	20	2	5	9	—	2	5	—	2.
720	6	720	—	—	—	—	88	10	15	16	6	19	28	3	3.
200	1	200	—	—	—	—	89	4	15	15	1	24	24	2	4.
662	1	662	—	—	—	—	27	3	7	1	—	10	4	2	5.
2330	3	1270	1	1060	—	—	19	7	8	6	1	1	2	1	6.
557	3	557	—	—	—	—	88	8	11	25	—	25	20	—	7.
9486	1	486	—	—	1	9000	52	7	19	13	1	12	7	2	8.
15	1	15	—	—	—	—	35	4	7	6	—	9	8	1	9.
—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	10.
872	4	872	—	—	—	—	55	6	12	10	1	11	13	2	11.
620	5	620	—	—	—	—	56	22	25	13	1	22	23	2	12.
300	2	300	—	—	—	—	21	9	7	6	1	6	11	1	13.
—	—	—	—	—	—	—	8	6	3	7	—	5	5	—	14.
22050	7	2050	—	—	1	20000	124	23	26	32	1	53	32	5	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
40742	44	10682	1	1060	2	29000	723	113	179	172	14	203	197	24	
96599	99	29425	10	16174	6	51000	1863	270	510	457	44	608	525	56	

Personalstatistik der im Rechnungsjahre
C. Sämtliche

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Noch: XVII. Eltern: Von den Zöglingen hatten: einen Stiefvater	eine Stiefmutter	Stiefeltern	XVIII. Herkunft: a) Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Jagd, Fischerei: Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige	b) Industrie, Bergbau, Hütten- und Bauwesen: Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige
1	2	141	142	143	144	145	146	147	148	149
	a) Männ									
1.	Ostpreußen	23	13	1	8	68	1	12	37	—
2.	Westpreußen	17	24	—	3	41	4	15	45	2
3.	Brandenburg ohne Berlin	49	29	2	4	56	1	15	176	1
4.	Berlin	48	46	2	—	5	1	27	199	1
5.	Pommern	20	8	1	2	20	1	5	42	—
6.	Posen	15	11	—	7	47	1	14	43	—
7.	Schlesien	44	54	1	14	57	1	37	243	—
8.	Sachsen	34	19	—	2	38	—	13	117	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	22	9	—	1	18	—	3	39	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	3	—	—	—	—
11.	Hannover	42	15	—	4	27	—	6	110	—
12.	Westfalen	50	33	2	8	10	2	18	279	—
13.	Bezirksverband Cassel	6	10	—	1	13	—	10	35	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	17	10	—	4	4	—	11	57	—
15.	Rheinprovinz	86	52	1	1	14	1	27	400	—
16.	Hohenzollern	—	1	—	—	—	—	—	1	—
	Summe a	473	334	10	59	421	13	213	1823	4
	b) Weib									
1.	Ostpreußen	8	14	—	2	37	—	10	22	—
2.	Westpreußen	10	10	—	—	12	—	1	18	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	29	26	—	3	34	1	8	85	—
4.	Berlin	27	31	—	—	1	—	5	93	—
5.	Pommern	14	4	—	1	8	—	5	9	—
6.	Posen	5	7	—	3	9	—	7	10	—
7.	Schlesien	25	19	—	3	32	—	12	101	—
8.	Sachsen	21	13	—	1	28	—	5	43	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	15	9	1	1	4	—	5	34	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	2	—	—	2	—	—	2	—
11.	Hannover	17	15	—	3	14	—	3	43	—
12.	Westfalen	31	25	1	2	5	—	12	145	—
13.	Bezirksverband Cassel	6	10	—	—	7	—	3	16	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	3	7	1	2	—	—	5	15	—
15.	Rheinprovinz	44	36	1	1	16	1	21	179	—
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	255	228	4	22	209	2	102	815	—
	Gesamtsumme	728	562	14	81	630	15	315	2638	4

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

Fürsorgezöglinge. **(Tabelle V)**

der Zöglinge nach dem Beruf der Eltern

c) Handel und Verkehr			d)	e)	f) Öffentlicher Dienst, Hofdienst und sogenannte „freie Berufsarten“						g) Ohne Beruf und Berufsangabe			№
					1. Armee und Kriegsmarine		2. Zivil-, Staats-, Hof- und Kommunaldienst		3. Freie Berufsarten					
Selbständige	Gehilfen	unselbständige Angehörige	Häusliche Dienste einschl. persönliche Bedienung	Lohnarbeit wechselnder Art	Selbständige	unselbständige Angehörige	Selbständige	unselbständige Angehörige	Selbständige	unselbständige Angehörige	Pensionäre und Rentner	von Almosen lebend	ohne Berufsangabe	
150	151	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	
liche.														
6	9	—	10	58	—	—	4	—	1	—	9	2	13	1.
4	10	—	4	54	—	—	1	—	2	—	7	2	1	2.
9	24	—	9	89	—	—	6	—	1	1	7	5	16	3.
34	61	1	25	112	1	—	11	—	3	—	7	10	24	4.
2	6	—	3	63	—	—	1	—	—	—	1	3	—	5.
8	3	—	2	64	—	—	2	—	—	—	—	3	3	6.
15	18	—	14	117	1	—	4	—	3	—	19	8	16	7.
9	16	1	8	104	—	—	1	—	1	—	7	5	10	8.
6	17	—	5	47	—	—	—	—	3	—	1	—	3	9.
—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
11	25	—	10	65	—	—	4	—	—	—	3	4	10	11.
14	27	—	7	76	—	—	—	1	1	—	21	8	24	12.
5	5	—	—	32	—	—	1	—	1	—	3	—	4	13.
3	21	—	—	45	—	—	2	—	1	—	—	1	2	14.
35	46	—	15	143	—	—	2	8	3	—	36	14	40	15.
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
161	288	2	112	1072	2	—	39	9	20	1	121	65	166	
liche.														
1	2	—	4	32	—	—	—	—	—	—	—	1	4	1.
1	4	—	2	31	—	—	—	—	—	—	1	—	1	2.
10	17	—	13	87	—	—	—	—	2	2	1	2	14	3.
21	27	—	17	53	—	—	1	—	2	—	4	6	27	4.
3	3	—	—	30	—	—	—	—	2	—	3	8	—	5.
1	4	—	2	27	—	—	1	—	1	—	1	1	1	6.
11	9	—	8	53	—	—	5	—	1	—	8	6	6	7.
5	12	—	4	47	—	—	3	—	—	—	5	2	12	8.
9	5	—	4	37	—	—	1	—	3	1	1	—	2	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
2	15	—	8	29	—	—	1	—	—	—	2	2	8	11.
14	11	—	5	38	—	—	—	—	2	—	5	8	10	12.
—	4	—	1	29	—	—	—	—	1	—	4	—	4	13.
10	7	—	2	18	—	—	1	—	—	—	—	—	3	14.
20	29	—	4	92	—	—	2	—	—	—	17	8	28	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
108	149	—	74	603	—	—	15	—	14	3	52	44	120	
269	437	2	186	1675	2	—	54	9	34	4	173	109	286	

Die häuslichen Verhältnisse

der

Eltern und Geschwister der im Rechnungsjahre 1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Der Fürsorgeerziehung sind im Rechnungsjahre 1906 auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1900 überwiesen: Zöglinge überhaupt	Anzahl der Fälle, in welchen Zöglinge überwiesen sind: überhaupt	und zwar aus einer Familie: nur 1 Zögling	2 Zöglinge	3 Zöglinge	4 Zöglinge	5 Zöglinge	6 Zöglinge	7 Zöglinge	8 Zöglinge	9 Zöglinge	11 Zöglinge	überhaupt	davon: nur der Vater	davon: nur die Mutter	davon: beide Eltern
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1.	Ostpreußen	353	299	264	22	10	1	1	1	—	—	—	—	119	57	25	37
2.	Westpreußen	266	242	222	17	2	1	—	—	—	—	—	—	127	69	15	43
3.	Brandenburg ohne Berlin	699	624	574	34	8	7	1	—	—	—	—	—	268	167	47	54
4.	Berlin	779	740	709	24	6	1	—	—	—	—	—	—	261	171	46	44
5.	Pommern	221	189	174	9	5	1	—	—	—	—	—	—	84	47	18	19
6.	Posen	265	246	231	11	4	—	—	—	—	—	—	—	140	63	22	55
7.	Schlesien	822	748	691	45	8	3	1	—	—	—	—	—	339	205	46	88
8.	Sachsen	499	447	413	22	9	—	3	—	—	—	—	—	231	118	29	84
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	250	236	225	9	1	1	—	—	—	—	—	—	72	47	12	13
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	9	9	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	2	—
11.	Hannover	409	369	344	13	10	1	1	—	—	—	—	—	164	88	31	45
12.	Westfalen	753	601	522	43	15	9	8	4	—	—	—	—	236	148	31	57
13.	Bezirksverband Cassel	179	134	109	9	13	2	1	—	—	—	—	—	54	37	7	10
14.	Bezirksv. Wiesbaden	214	207	195	9	2	—	1	—	—	—	—	—	73	56	5	12
15.	Rheinprovinz	1203	1036	923	81	18	8	5	—	1	—	—	—	457	256	66	135
16.	Hohenzollern	2	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
	Summe	6923	6129	5607	348	111	35	22	5	1	—	—	—	2629	1531	402	696
	Im Rechnungsjahre 1905	6636	5864	5366	334	94	43	17	7	3	—	—	—	2504	1350	464	690
	„ „ 1904	6458	5639	5101	360	109	39	21	4	2	—	—	1	2451	1294	425	732
	„ „ 1903	6523	5764	5264	345	90	40	15	7	2	1	—	—	2538	1359	453	726
	„ „ 1902	6196	5498	4999	364	90	32	7	6	—	—	—	—	2481	1267	503	711
	„ „ 1901	7787	6209	5287	519	240	106	34	17	3	2	1	—	2924	1419	589	916

[1]) Diese Tabelle entspricht der vorjährigen Tabelle VI.

Häusliche Verhältnisse der Eltern bezw. Stiefeltern

Von den Eltern bezw. Stiefeltern sind bestraft:

nur mit Haft		nur mit Gefängnis		nur mit Zuchthaus		mit Haft und Gefängnis		mit Haft und Zuchthaus		mit Haft, Gefängnis und Zuchthaus		mit Haft und Arbeitshaus		mit Haft, Gefängnis und Arbeitshaus		mit Haft, Gefängnis, Zuchthaus und Arbeitshaus		mit Gefängnis und Zuchthaus		mit Gefängnis, Zuchthaus und Arbeitshaus		mit Gefängnis und Arbeitshaus		mit Zuchthaus und Arbeitshaus		№
Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	
Anzahl der Fälle																										
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
5	6	68	47	3	2	8	3	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	7	2	—	—	—	2	—	—	1.
5	5	69	41	2	—	24	11	—	—	6	1	—	—	3	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	2.
23	10	120	66	9	2	45	19	1	—	7	2	—	—	3	1	2	—	9	1	—	—	2	—	—	—	3.
22	7	138	67	8	3	31	11	—	—	5	1	1	—	2	1	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	4.
3	8	41	23	3	1	11	2	—	—	—	—	2	—	2	—	—	—	3	3	—	—	1	—	—	—	5.
1	5	69	48	1	1	28	16	—	—	6	2	1	—	1	2	1	1	10	2	—	—	—	—	—	—	6.
20	15	173	81	10	2	51	22	—	—	16	3	—	—	1	4	4	1	15	5	—	—	3	1	—	—	7.
22	18	91	73	2	1	58	15	—	—	11	—	1	3	4	—	4	2	9	1	—	—	—	—	—	—	8.
4	3	32	14	2	2	19	4	—	—	2	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
6	7	76	48	4	—	26	19	3	—	3	—	—	—	6	2	—	—	9	—	—	—	—	—	—	—	11.
25	21	125	50	8	—	26	13	—	—	5	—	—	—	6	4	—	—	7	—	—	—	2	—	1	—	12.
4	2	21	10	1	—	15	5	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	13.
3	4	38	9	4	1	20	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	14.
47	44	195	98	9	1	114	51	1	—	7	—	—	1	8	3	2	—	8	2	—	—	—	1	—	—	15.
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
190	155	1258	677	66	16	476	194	6	—	71	9	6	4	37	17	13	6	94	16	1	—	8	4	1	—	
158	171	1182	741	51	17	462	187	2	2	57	12	14	2	22	8	1	2	86	11	1	—	3	1	1	—	
155	171	1108	711	77	16	483	205	1	2	74	9	4	6	23	10	15	2	77	22	1	—	8	3	—	—	
164	172	1198	747	88	29	440	172	3	1	64	15	9	8	29	16	4	1	85	16	1	—	—	2	—	—	
197	188	1125	760	71	31	388	165	—	2	58	11	13	8	31	14	13	3	71	30	3	1	8	1	—	—	
209	246	1283	863	86	35	504	264	2	2	73	18	12	6	40	21	12	6	99	35	2	3	13	6	—	—	

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Noch: Häusliche Verhältnisse der Eltern																	
		Von den Eltern bezw. Stiefeltern waren schlechten Neigungen ergeben:																	
		überhaupt	davon			Trunksucht		Unzucht		Arbeitsscheu		Trunksucht und Unzucht		Trunksucht, Unzucht und Arbeitsscheu		Trunksucht und Arbeitsscheu		Unzucht und Arbeitsscheu	
			nur der Vater	nur die Mutter	beide Eltern	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter
		Anzahl der Fälle																	
1	2	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62
1.	Ostpreußen	73	34	28	11	32	13	—	9	4	9	—	—	—	2	9	2	—	4
2.	Westpreußen	74	33	16	25	40	13	1	12	5	3	—	—	2	—	10	8	—	5
3.	Brandenburg ohne Berlin	158	103	34	21	80	10	5	30	12	6	5	3	2	1	20	3	—	2
4.	Berlin	93	72	14	7	48	6	3	11	6	2	1	—	3	—	18	1	—	1
5.	Pommern	53	33	12	8	22	4	3	10	3	2	3	—	—	1	10	—	—	3
6.	Posen	78	31	23	24	26	15	—	7	9	4	—	6	1	7	19	8	—	—
7.	Schlesien	229	100	64	65	111	53	2	21	7	11	1	16	3	12	41	8	—	8
8.	Sachsen	114	63	21	30	58	12	2	21	9	13	1	—	1	—	21	—	1	5
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	65	37	16	12	31	5	1	15	2	1	—	4	—	3	15	—	—	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	5	3	1	1	2	—	—	1	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	81	44	13	24	43	8	—	11	6	13	—	—	1	—	18	4	—	1
12.	Westfalen	213	106	54	53	93	22	6	43	6	10	2	12	5	4	46	5	1	11
13.	Bezirksverband Cassel	48	26	16	6	21	6	1	10	3	4	1	—	—	—	6	1	—	1
14	Bezirksverband Wiesbaden	66	51	10	5	35	4	1	7	10	1	1	—	1	1	8	1	—	1
15.	Rheinprovinz	342	188	80	74	173	38	8	64	18	15	—	17	8	5	53	9	2	6
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe	1692	924	402	366	815	209	33	272	102	95	15	58	27	36	294	50	4	48
	Im Rechnungsjahre 1905	1610	891	361	358	761	212	40	245	108	81	18	55	28	40	287	48	7	38
	" " 1904	1622	871	394	357	717	181	41	267	86	70	27	62	32	54	316	58	9	59
	" " 1903	1586	871	372	343	715	198	37	245	101	97	27	44	26	38	302	57	6	36
	" " 1902	1688	916	403	369	719	217	25	245	99	87	30	62	24	43	381	64	7	54
	" " 1901	2353	1150	660	543	964	307	39	435	163	131	35	97	39	64	445	94	8	85

Rechnungsjahre 1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge. (Tabelle VI)

bezw. Stiefeltern

Vermögen der Eltern

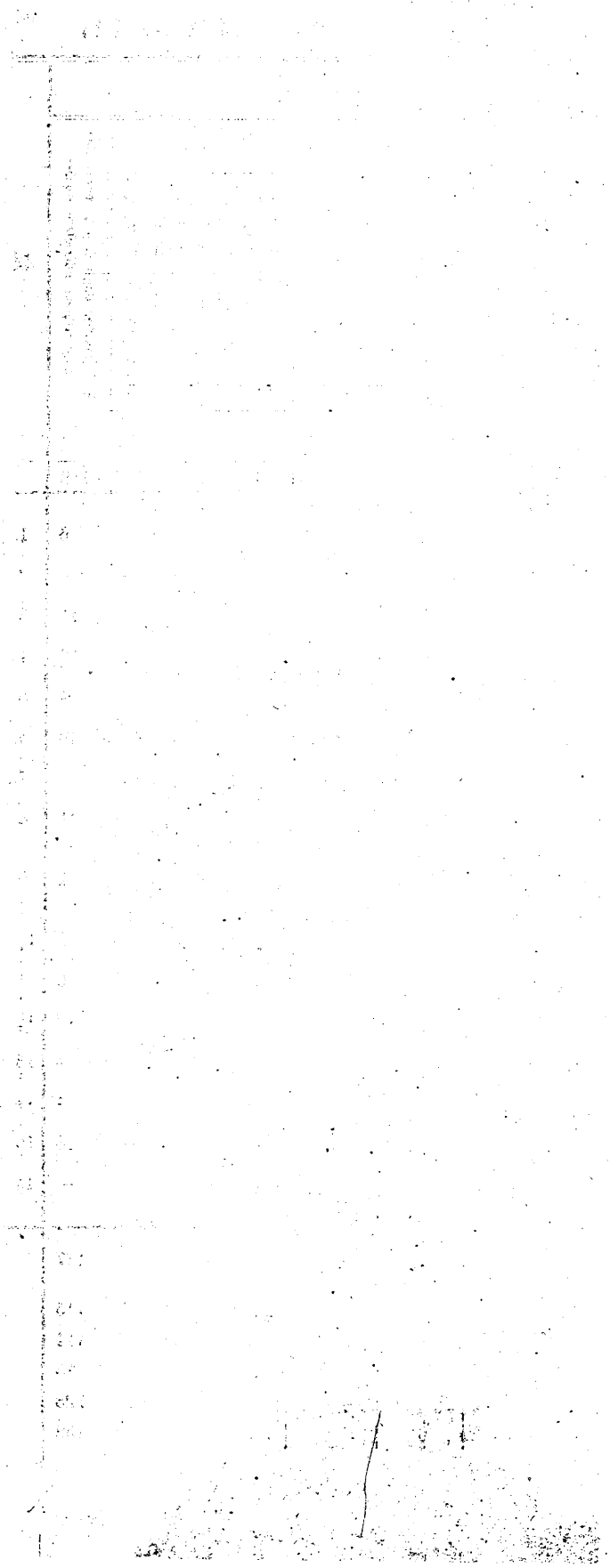
Bei den Eltern wurden geistige Mängel bemerkt:												Die Eltern bezw. Stiefeltern		Einkommen:							Nr.
überhaupt	davon nur bei dem Vater	davon nur bei der Mutter	davon bei beiden Eltern	Geisteskrankheit Vater	Geisteskrankheit Mutter	Geistesschwäche Vater	Geistesschwäche Mutter	Epilepsie Vater	Epilepsie Mutter	mehrere dieser Mängel Vater	mehrere dieser Mängel Mutter	leben getrennt	sind geschieden	ohne	bis 900 ℳ	über 900 bis 3000 ℳ	über 3000 bis 6000 ℳ	über 6000 ℳ	ohne Angabe und unbestimmtes Einkommen	Davon waren orts- oder landarm	
Anzahl der Fälle														Anzahl der Fälle							
63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	
10	4	6	—	1	—	2	4	—	2	1	—	14	4	31	211	14	—	—	43	37	1.
7	2	5	—	1	—	1	4	—	1	—	—	25	4	14	207	12	—	—	9	34	2.
23	7	16	—	3	2	3	11	1	3	—	—	46	20	41	481	52	2	—	48	58	3.
29	20	9	—	14	3	3	1	2	5	1	—	57	24	16	388	242	1	1	92	19	4.
5	2	3	—	—	—	2	2	—	1	—	—	11	4	20	145	14	—	—	10	27	5.
2	2	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	14	2	21	192	17	—	—	16	25	6.
26	11	15	—	5	3	4	7	1	5	1	—	30	16	40	554	61	1	—	92	52	7.
15	11	3	1	7	—	5	4	—	—	—	—	27	17	53	323	33	—	—	38	61	8.
14	10	4	—	7	3	3	1	—	—	—	—	31	10	11	164	52	—	—	9	21	9.
1	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	3	5	1	—	—	—	3	10.
7	3	4	—	—	—	2	4	1	—	—	—	11	6	19	278	52	—	—	20	32	11.
15	7	8	—	4	1	3	3	—	4	—	—	27	7	61	289	192	1	—	58	97	12.
8	2	6	—	—	4	2	1	—	1	—	—	3	3	18	87	14	—	—	15	40	13.
17	13	3	1	11	1	1	1	2	2	—	—	12	4	11	116	70	1	—	9	43	14.
42	16	26	—	6	12	6	12	4	2	—	—	65	24	72	668	220	4	—	72	332	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	16.
221	111	108	2	60	29	39	55	11	26	3	—	374	145	432	4109	1046	10	1	531	882	
210	96	109	5	61	33	20	48	19	29	1	4	361	138	419	3913	1083	6	—	443	965	
174	77	94	3	46	26	17	46	14	20	3	5	330	165	386	3986	819	10	—	438	924	
170	87	78	5	50	33	23	34	17	13	2	3	318	147	392	4076	793	4	—	499	770	
161	77	84	—	40	28	9	43	24	11	4	2	310	118	389	4183	634	4	—	288	630	
225	91	133	1	43	43	28	56	21	30	—	5	435	139	493	4833	552	7	—	324	911	

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Häusliche												
		Zur Zeit der Überweisung waren Geschwister vorhanden:				Von den Geschwistern waren gestorben:								
		überhaupt	davon			unter 5	5 bis 10	10 und mehr	davon sämtliche	überhaupt	davon			darunter sämtliche
			unter 5	5 bis 10	10 und mehr						unter 5	5 bis 10	10 und mehr	
		Anzahl der Fälle												
1	2	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96
1.	Ostpreußen	246	153	76	17	42	14	1	—	21	20	1	—	—
2.	Westpreußen	222	112	96	14	72	17	1	—	38	36	2	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	544	328	194	22	127	24	4	1	49	49	—	—	—
4.	Berlin	633	429	193	11	98	22	—	—	59	59	—	—	—
5.	Pommern	169	78	68	23	46	18	6	—	22	22	—	—	—
6.	Posen	239	135	86	18	60	11	—	—	41	41	—	—	—
7.	Schlesien	649	387	225	37	143	37	2	3	75	75	—	—	—
8.	Sachsen	401	234	148	19	64	14	1	—	51	51	—	—	—
9.	Schleswig-Holsteinischer Provinzialverband	206	109	89	8	36	7	1	—	10	10	—	—	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	6	4	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	427	300	108	19	66	8	—	—	29	29	—	—	—
12.	Westfalen	565	269	273	23	96	11	—	—	66	66	—	—	—
13.	Bezirksverband Cassel	124	78	42	4	15	4	—	—	17	17	—	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	202	94	99	9	85	11	—	—	21	21	—	—	—
15.	Rheinprovinz	981	473	425	83	253	52	3	—	150	148	2	—	—
16.	Hohenzollern	2	2	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—
	Summe	5616	3185	2124	307	1205	250	19	4	650	645	5	—	—
	Im Rechnungsjahre 1905	5238	2942	2032	264	1196	238	17	60	692	692	—	—	27
	„ „ 1904	4893	2826	1880	287	1076	199	13	30	660	647	13	—	—
	„ „ 1903	5152	2984	1886	282	1067	210	19	51	713	689	24	—	1
	„ „ 1902	4884	2955	1711	218	915	170	15	20	731	722	9	—	3
	„ „ 1901	5530	3573	1737	220	891	165	16	34	777	771	6	—	8

Verhältnisse der Geschwister

Von den Geschwistern sind bestraft:

aus einer Familie der Zöglinge: nur Brüder	nur Schwestern	Brüder und Schwestern	nur mit Haft: Brüder	Schwestern	nur mit Gefängnis: Brüder	Schwestern	nur mit Zuchthaus: Brüder	Schwestern	mit Haft und Gefängnis: Brüder	Schwestern	mit Haft und Arbeitshaus: Brüder	Schwestern	mit Haft, Gefängnis und Zuchthaus: Brüder	Schwestern	mit Gefängnis und Zuchthaus: Brüder	Schwestern	mit Gefängnis und Arbeitshaus: Brüder	Schwestern	mit Zuchthaus und Arbeitshaus: Brüder	Schwestern	Der gewerbsmäßigen Unzucht waren eine oder mehrere Schwestern ergeben	Nr.
Anzahl der Fälle																						
97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	111	112	113	114	115	116	117	118	
15	3	3	3	1	12	4	—	—	2	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	6	1.
27	5	6	3	3	23	6	—	—	4	—	—	2	—	—	3	—	—	—	—	—	8	2.
39	5	5	4	2	28	7	1	—	9	—	—	1	—	—	2	—	—	—	—	—	11	3.
43	13	3	8	3	30	12	1	—	7	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	4.
16	4	2	1	2	14	4	1	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	5.
30	5	6	3	1	32	9	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	6.
52	14	9	7	3	39	14	—	—	10	5	—	—	2	—	3	1	—	—	—	—	7	7.
35	9	7	7	3	29	9	—	—	5	2	—	2	—	—	1	—	—	—	—	—	11	8.
9	1	—	2	—	7	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10.
23	4	2	5	1	17	1	—	—	3	3	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	5	11.
61	2	3	2	—	51	4	2	—	6	—	—	1	—	—	2	—	1	—	—	—	10	12.
13	3	1	3	1	9	2	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	13.
17	2	2	2	—	14	3	—	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	14.
112	18	20	5	13	87	15	1	—	37	6	—	—	1	—	—	—	1	4	—	—	43	15.
1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
493	88	69	55	33	393	91	6	—	91	21	—	6	4	—	11	2	2	4	—	—	137	
524	91	77	77	37	358	94	8	1	144	27	—	3	9	1	2	1	3	4	—	—	115	
493	86	80	87	27	349	96	12	—	111	33	2	3	4	1	5	—	2	6	1	1	114	
544	104	65	60	38	405	103	5	—	121	22	3	4	8	—	4	—	3	2	—	—	115	
544	126	61	73	44	380	108	16	2	115	22	3	5	7	1	9	—	2	5	—	—	123	
549	155	73	117	61	376	103	12	5	99	39	4	7	6	2	7	3	1	8	—	—	152	



Gesamtübersicht

über

die Unterbringung der im Rechnungsjahre 1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

(Zum besseren Vergleiche sind in den Tabellen VII bis IX die entsprechenden Angaben früherer Jahrgänge mitenthalten. Diese Angaben sind auf den Stand am Schlusse des betreffenden Rechnungsjahres bezogen.)

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Im Rechnungsjahre 1906 sind der Fürsorgeerziehung rechtskräftig überwiesen worden			Von den in Sp. 3 angegebenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 vor ihrer endgültigen Unterbringung in Abgang												Demnach blieben Überwiesene, welche unterzubringen waren (Sp. 3 weniger 4)		
					überhaupt			und zwar											
								durch Tod		zufolge Aufhebung der Fürsorgeerziehung						aus anderen Gründen			
										durch Beschluß der Kommunalverbände				durch Beschluß der Vormundschaftsgerichte pp.					
										von Amts wegen		auf Antrag der Eltern pp.							
		m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.
1	2	3			4			5		6		7		8		9		10		
																				Gesamt-
1.	Ostpreußen	238	115	353	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	238	115	353
2.	Westpreußen	195	71	266	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	195	71	266
3.	Brandenburg ohne Berlin	420	279	699	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2[3]	—	418	279	697
4.	Berlin	522	257	779	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	522	256	778
5.	Pommern	149	72	221	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1[3]	—	148	72	220
6.	Posen	197	68	265	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	197	68	265
7.	Schlesien	567	255	822	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	566	255	821
8.	Sachsen	332	167	499	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	332	167	499
9.	Schleswig-Holsteinischer Provinzialverband	143	107	250	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1[3]	—	142	107	249
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	5	4	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	4	9
11.	Hannover	279	130	409	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	279	130	409
12.	Westfalen	496	257	753	1	1	2	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1[6]	495	256	751
13.	Bezirksverband Cassel	110	69	179	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	109	69	178
14.	Bezirksverb. Wiesbaden	151	63	214	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	151	63	214
15.	Rheinprovinz	785	418	1203	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2[3]	—	783	418	1201
16.	Hohenzollern	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2
	Summe	4591	2332	6923	9	2	11	2	—	1	—	—	—	—	—	6	2	4582	2330	6912
	Im Rechnungsjahre 1905	4375	2361	6636	7	6	13	5	2	—	—	—	—	—	—	2	4	4368	2255	6623
	" " 1904	4303	2155	6458	9	6	15	3	1	—	1	1	4	—	—	5	—	4294	2149	6443
	" " 1903	4359	2164	6523	9	3	12	3	3	1	—	1	—	1	—	3	—	4350	2161	6511
	" " 1902	4133	2063	6196	10	8	18	3	2	2	—	4	4	—	1	1	1	4123	2055	6178
	" " 1901	4949	2838	7787	15	8	23	8	4	6	2	—	—	1	—	—	2	4934	2830	7764

[1]) Entspricht der vorjährigen Tabelle VII. [2]) Unheilbar Geisteskranke. [3]) Gemäß § 56 des R.-Str.-G.-B. der wiesen. [6]) Verheiratet.

Von den Zöglingen der Sp. 10 kamen im Rechnungsjahre 1906 nach ihrer endgültigen Unterbringung in Abgang													Anzahl der Fälle, in welchen die Aufhebung unter Vorbehalt des Widerrufs erfolgt ist		Bestand am 31. März 1907 (Spalte 10 weniger 11)			Von den Zöglingen der Spalte 18 waren am 31. März 1907									
überhaupt			und zwar															untergebracht		untergebracht gewesen, aber entwichen und noch nicht wieder zurückgekommen		zur Verbüßung von Strafen im Gefängnis		noch nicht endgültig untergebracht		ℳ
			durch Tod		zufolge Aufhebung der Fürsorgeerziehung				aus anderen Gründen																
					durch Beschluß der Kommunalverbände																					
					von Amts wegen		auf Antrag der Eltern pp.		durch Beschluß der Vormundschaftsgerichte pp.																
m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
11			12		13		14		15		16		17		18			19		20		21		22				
Übersicht.																											
1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1[2])	—	—	—	237	115	352	213	102	1	—	4	—	19	13		1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	195	71	266	147	61	2	—	5	—	41	10		2.
2	1	3	1	1	—	—	—	—	—	—	1[3])	—	1	—	416	278	694	381	260	3	1	7	—	25	17		3.
4	2	6	1	2	1	—	2	—	—	—	—	—	3	—	518	254	772	459	234	14	9	—	—	45	11		4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	148	72	220	125	68	1	—	7	1	15	3		5.
1	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	196	68	264	150	56	—	1	11	—	35	11		6.
2	3	5	1	1	—	—	1	—	—	—	—	2[4])	1	2	564	252	816	508	220	2	1	7	2	47	29		7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	332	167	499	290	144	6	1	9	—	27	22		8.
1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1[5])	—	—	—	141	107	248	124	87	1	1	—	2	16	17		9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	4	9	5	4	—	—	—	—	—	—		10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	279	130	409	228	105	6	—	3	1	42	24		11.
2	—	2	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	2	1	493	256	749	442	227	2	2	5	—	44	27		12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	109	69	178	93	53	—	—	2	—	14	16		13.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	151	63	214	144	56	—	—	3	1	4	6		14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	783	418	1201	645	325	15	5	3	1	120	87		15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—		16.
13	6	19	4	4	1	—	5	—	—	—	3	2	8	3	4569	2324	6893	3956	2002	53	21	66	8	494	293		
6	8	14	5	5	—	—	1	2	—	—	—	1	3	3	4362	2247	6609	3716	1946	48	12	11	1	587	288		
10	6	16	4	2	—	2	3	2	—	—	3	—	5	7	4284	2143	6427	3612	1822	47	15	12	1	613	305		
17	4	21	6	3	—	—	7	1	—	—	4	—	8	1	4333	2157	6490	3528	1824	76	17	16	—	713	316		
13	7	20	6	1	—	—	4	4	2	—	1	2	8	6	4110	2048	6158	3385	1719	59	14	8	5	658	310		
6	4	10	4	3	—	—	1	1	1	—	—	—	2	—	4928	2826	7754	4007	2349	21	19	8	1	892	457		

Zwangserziehung überwiesen. [4]) Davon 1 verheiratet und 1 der Zwangserziehung überwiesen. [5]) Nach Österreich über-

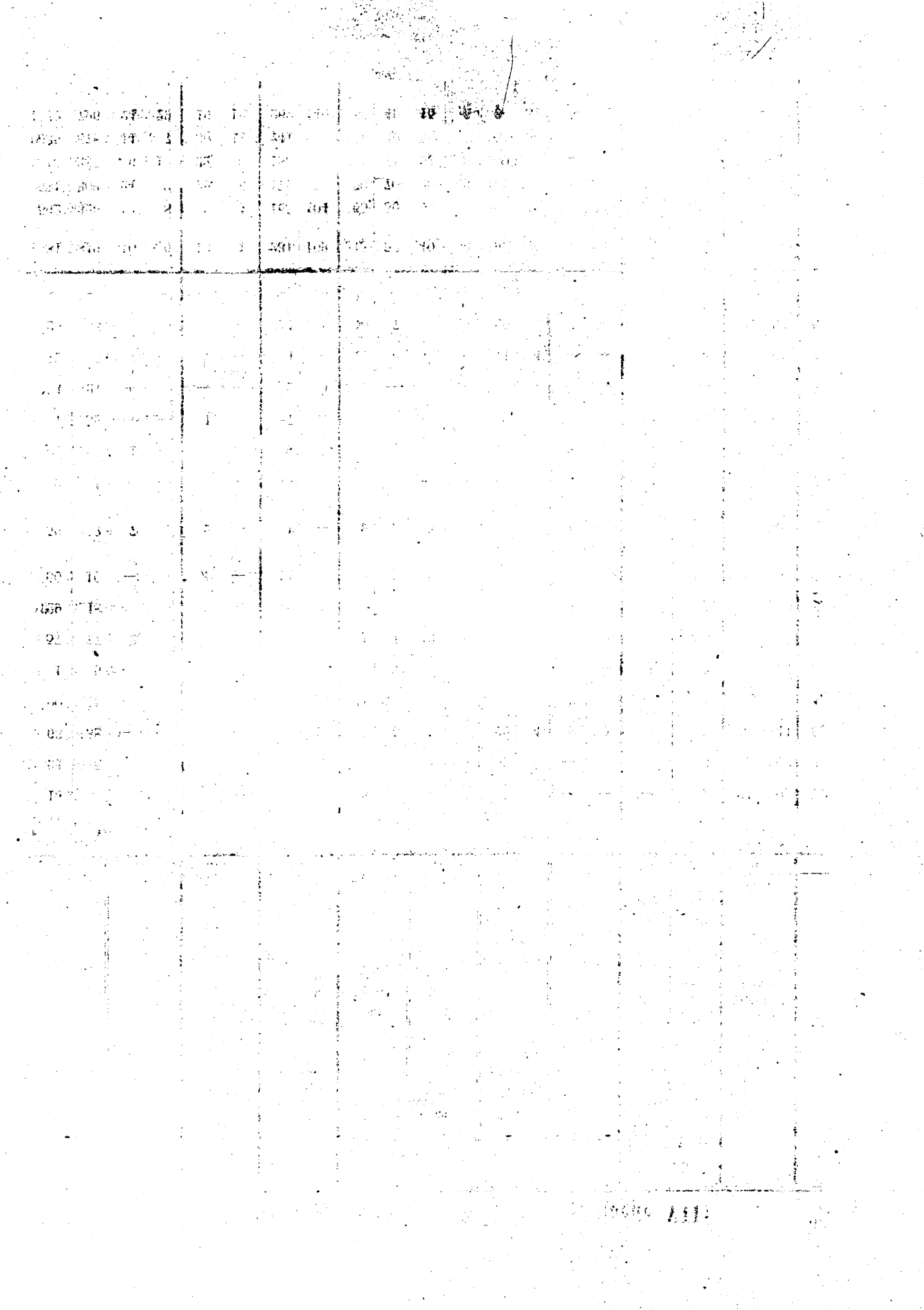
№	Provinz bezw. Kommunalverband	Von den untergebrachten 1. in An- überhaupt (Sp. 24 u. 31 bis 36)		a) in den königlichen Erziehungsanstalten überhaupt		und zwar Conradshammer	Wabern	St. Martin zu Boppard	Steinfeld	Gräfrath	Hardehausen	b) in kommunalen Erziehungsanstalten pp.	
		m.	w.	m.	w.	m.	m.	w.	m.	w.	m.	m.	w.
1	2	23		24		25	26	27	28	29	30	31	
		Noch: Gesamt-											
1.	Ostpreußen	199	90	—	—	—	—	—	—	—	—	38	18
2.	Westpreußen	132	52	17	—	17	—	—	—	—	—	55	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	307	213	—	—	—	—	—	—	—	—	141	52
4.	Berlin	364	198	—	—	—	—	—	—	—	—	108	24
5.	Pommern	123	62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	109	43	7	—	7	—	—	—	—	—	57	—
7.	Schlesien	450	190	—	—	—	—	—	—	—	—	163	18
8.	Sachsen	244	129	—	1	—	—	1	—	—	—	39	7
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	55	61	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	191	81	8	—	—	—	—	—	—	8	—	—
12.	Westfalen	347	156	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
13.	Bezirksverband Cassel	56	23	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	128	52	5	1	—	2	1	3	—	—	2	—
15.	Rheinprovinz	598	293	118	30	—	—	6	77	24	41	88	—
16.	Hohenzollern	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe	3307	1646	156	33	24	2	9	81	24	49	691	119
	Im Rechnungsjahre 1905	3145	1593	136	38	14	2	14	84	24	36	662	102
	„ „ 1904	2977	1531	131	38	18	—	21	73	17	40	659	83
	„ „ 1903	2972	1482	96	13	1	5	8	68	5	22	644	102
	„ „ 1902	2720	1377	111	24	7	17	14	56	10	31	589	106
	„ „ 1901	2887	1538	100	25	—	19	4	72	21	—	628	84

Zöglingen (Spalte 19) befanden sich am 31. März 1907

stalten										2. in fremden Familien												
c) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten pp.		d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in Krankenhäusern		f) in Idioten- bezw. Irrenanstalten		g) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		überhaupt (Sp. 38, 41 u. 42)		a) als Pflegling				b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		№
												überhaupt		und zwar 14 Jahre und darunter alt		und zwar über 14 Jahre alt					
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
32		33		34		35		36		37		38		39		40		41		42		
Übersicht.																						
158	71	—	—	2	1	1	—	—	—	12	12	11	10	11	10	—	—	1	—	—	2	1.
28	51	31	—	1	1	—	—	—	—	15	9	10	9	10	9	—	—	2	—	3	—	2.
163	157	—	—	—	3	3	1	—	—	74	47	56	30	56	28	—	2	3	—	15	17	3.
249	158	—	—	4	14	3	2	—	—	86	29	22	15	21	12	1	3	25	—	39	14	4.
122	59	—	—	1	3	—	—	—	—	2	5	1	4	1	4	—	—	—	—	1	1	5.
42	43	—	—	3	—	—	—	—	—	41	13	38	11	38	11	—	—	—	—	3	2	6.
285	169	—	—	1	2	1	1	—	—	57	29	51	26	51	26	—	—	2	—	4	3	7.
201	118	—	—	3	3	1	—	—	—	41	14	25	11	25	11	—	—	5	—	11	3	8.
55	59	—	—	—	2	—	—	—	—	69	26	66	23	59	22	7	1	—	—	3	3	9.
3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	2	1	2	—	—	1	—	—	—	—	10.
180	78	—	—	3	1	—	2	—	—	37	24	32	23	31	23	1	—	2	—	3	1	11.
339	149	—	—	5	4	3	2	—	—	93	71	67	59	66	59	1	—	10	—	16	12	12.
55	23	—	—	—	—	—	—	—	1	36	29	33	26	33	26	—	—	2	—	1	3	13.
118	51	—	—	—	—	3	—	—	—	16	4	13	4	13	4	—	—	2	—	1	—	14.
376	259	—	—	8	1	8	2	—	—	47	33	32	28	32	28	—	—	4	—	11	5	15.
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	16.
2375	1448	31	—	31	35	23	10	—	1	629	346	459	280	449	273	10	7	58	—	112	66	
2277	1424	30	—	29	22	10	6	1	1	556	347	410	279	401	271	9	8	65	—	81	68	
2116	1370	35	—	28	33	8	7	—	—	622	277	466	242	440	235	26	7	67	—	89	35	
2157	1331	34	—	23	34	16	2	2	—	544	337	398	285	395	279	3	6	60	2	86	50	
1943	1211	51	6	20	24	5	4	1	2	650	335	428	294	418	290	10	4	76	—	146	41	
2012	1378	118	22	20	18	8	8	1	3	1104	804	956	759	938	732	18	18	53	—	95	54	

Lfd. Nr.	Provinz bezw. Kommunalverband	Noch: Von den untergebrachten Zöglingen (Sp. 19) befanden sich am 31. März 1907										Von den untergebrachten (Spalte 19) besuchten			
		3. in der eigenen Familie										Anstaltsschule			
		überhaupt (Sp. 44, 47 u. 48)		a) als Pflegling				b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt	
				überhaupt		und zwar 14 Jahre und darunter alt		und zwar über 14 Jahre alt							
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	43		44		45		46		47		48		49		50	
															Noch: Gesamt-		
1.	Ostpreußen	2	—	2	—	1	—	1	—	—	—	—	—	122	6	1	3
2.	Westpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	58	9	14	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	177	68	20	3
4.	Berlin	9	7	9	7	1	1	8	6	—	—	—	—	196	39	25	22
5.	Pommern	—	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	83	20	2	1
6.	Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43	5	4	1
7.	Schlesien	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	234	58	25	13
8.	Sachsen	5	1	3	1	2	—	1	1	—	—	2	—	153	57	2	1
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	5	11	2
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	1	—
11.	Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	120	24	19	19
12.	Westfalen	2	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	224	42	18	11
13.	Bezirksverband Cassel	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	30	6	1	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	83	17	1	—
15.	Rheinprovinz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	326	90	18	20
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
	Summe	20	10	18	10	6	3	12	7	—	—	2	—	1874	446	163	96
	Im Rechnungsjahre 1905	15	6	15	5	9	3	6	2	—	—	—	1	1629	391	256	105
	" " 1904	13	14	13	14	5	4	8	10	—	—	—	—	1502	356	452	200
	" " 1903	12	5	9	4	3	1	6	3	1	—	2	1	1652	456	286	126
	" " 1902	15	7	12	7	8	2	4	5	1	—	2	—	1477	440	361	159
	" " 1901	16	7	16	7	14	5	2	2	—	—	—	—	1562	413	405	155

brachten Zöglingen am 31. März 1907 eine Volksschule				Wegen ungenügender Führung mußten im Rechnungsjahre 1906 Zöglinge aus der Familienpflege in Anstaltspflege genommen werden		Es waren von den Zöglingen der Spalten 37 und 43 im Rechnungsjahre 1906 vorher in Anstaltspflege		Im Rechnungsjahre 1906 sind entwichen				Im Rechnungsjahre 1906 sind von diesen Entwichenen wieder zurückgekehrt, bezw. eingeliefert worden				Anzahl der Zöglinge, zu deren Unterhaltungskosten Beiträge geleistet werden konnten		Die jährlichen Beiträge zu den Unterhaltungskosten aus dem eigenen Vermögen pp. (Sp. 59 u. 60) betragen, bezw. liegen zwischen	№
14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt						aus Anstalten		aus Familien		in Anstalten		in Familien		aus dem Vermögen der Zöglinge	von den Unterhaltungspflichteten	Mark	
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.				
51		52		53		54		55		56		57		58		59	60	61	
Übersicht.																			
16	43	—	3	1	—	1	3	8	—	—	—	7	—	—	—	—	2	24—60	1.
24	15	—	1	2	—	4	—	4	2	1	—	3	2	—	—	1	3	48—300	2.
63	38	—	1	—	—	16	11	20	5	3	1	22	4	2	1	—	7	10—144	3.
20	15	—	—	3	—	75	18	41	16	19	3	44	10	3	—	—	1	300	4.
1	5	—	—	—	1	—	—	3	1	—	—	2	1	—	—	1	2	15,1—76,8	5.
57	17	2	—	—	—	1	—	1	1	3	2	2	1	2	1	—	—	—	6.
129	48	—	—	3	—	8	2	19	2	3	—	19	1	1	—	7	14	17—290	7.
50	10	—	—	1	—	14	2	25	6	6	—	21	5	4	—	—	22	12—48	8.
59	22	7	1	2	—	1	—	9	2	3	—	9	1	2	—	—	3	3—75	9.
2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
31	21	1	—	—	—	4	—	18	2	1	—	13	2	—	—	—	6	15—104	11.
57	52	—	—	1	—	87	67	11	5	—	—	9	3	—	—	—	38	36—180	12.
34	24	—	—	—	—	2	4	3	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	13.
12	5	—	—	—	—	4	—	11	4	—	—	11	4	—	—	—	4	60—180	14.
29	33	—	—	—	—	14	2	40	7	1	—	25	2	1	—	—	23	3—480	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
584	349	10	6	13	1	231	109	213	53	40	6	190	36	15	2	9	125	3—480	
562	326	11	8	13	4	165	104	165	50	31	5	137	40	11	3	12	137	3—324	
581	303	24	13	22	6	178	58	160	70	25	3	131	56	8	1	9	174	2—340	
516	337	6	12	22	8	185	84	202	71	31	6	150	59	7	1	11	206	2—540	
535	378	14	7	30	11	241	76	179	40	39	5	151	30	8	1	18	172	2—340	
1072	796	24	29	16	12	260	140	80	49	15	6	66	34	8	2	26	194	1—664	



Übersichten

über

die Unterbringung der im Rechnungsjahre 1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge nach dem Religionsbekenntnis getrennt.

Die in geringer Anzahl vorhandenen Baptisten pp. sind bei den „Evangelischen" mitenthalten.
(Vergleiche auch den Hinweis auf dem Titelblatte der Tabelle VII).

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Im Rechnungsjahre 1906 sind der Fürsorgeerziehung rechtskräftig überwiesen worden			Von den in Sp. 3 angegebenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 **vor ihrer endgültigen Unterbringung** in Abgang														Demnach blieben Überwiesene, welche unterzubringen waren (Sp. 3 weniger 4)		
					überhaupt			und zwar														
								durch Tod		zufolge Aufhebung der Fürsorgeerziehung						aus anderen Gründen					
										durch Beschluß der Kommunalverbände				durch Beschluß der Vormundschaftsgerichte pp.							
										von Amts wegen		auf Antrag der Eltern pp.									
		m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.
1	2	3			4			5		6		7		8		9		10			
	A. Evan-																				
1.	Ostpreußen	216	109	325	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	216	109	325
2.	Westpreußen	82	29	111	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	82	29	111
3.	Brandenburg ohne Berlin	375	260	635	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2[3]	—	373	260	633
4.	Berlin	448	215	663	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1[3]	448	214	662
5.	Pommern	144	71	215	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1[5]	—	143	71	214
6.	Posen	46	22	68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46	22	68
7.	Schlesien	201	117	318	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	201	117	318
8.	Sachsen	295	152	447	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	295	152	447
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	132	100	232	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1[3]	—	131	100	231
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	5	4	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	4	9
11.	Hannover	237	111	348	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	237	111	348
12.	Westfalen	239	136	375	1	1	2	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1[4]	238	135	373
13.	Bezirksverband Cassel .	98	62	160	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	97	62	159
14.	Bezirksverb. Wiesbaden .	79	40	119	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	79	40	119
15.	Rheinprovinz	233	135	368	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	233	135	368
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe A	2830	1563	4393	6	2	8	1	—	1	—	—	—	—	—	4	2	2824	1561	4385
	Im Rechnungsjahre 1905	2759	1558	4317	6	3	9	4	1	—	—	—	—	—	—	2	2	2753	1555	4308
	„ „ 1904	2658	1446	4104	7	3	10	3	1	—	—	1	2	—	—	3	—	2651	1443	4094
	„ „ 1903	2727	1466	4193	2	2	4	—	2	—	—	—	—	1	—	1	—	2725	1464	4189
	„ „ 1902	2613	1357	3970	1	5	6	—	1	—	—	1	4	—	—	—	—	2612	1352	3964
	„ „ 1901	3070	1807	4877	8	4	12	5	3	3	1	—	—	—	—	—	—	3062	1803	4865

[1]) Entspricht der vorjährigen Tabelle VIII. [2]) Unheilbar geisteskrank. [3]) Gemäß § 56 d. R.-Str.-G.-B. der

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge. (Tabelle VIII)[1])

Von den Zöglingen der Sp. 10 kamen im Rechnungsjahre 1906 nach ihrer endgültigen Unterbringung in Abgang												Anzahl der Fälle, in welchen die Aufhebung unter Vorbehalt des Widerrufs erfolgt ist		Bestand am 31. März 1907 (Spalte 10 weniger 11)			Von den Zöglingen der Spalte 18 waren am 31. März 1907								№
überhaupt			und zwar														untergebracht		untergebracht gewesen, aber entwichen und noch nicht wieder zurückgekommen		zur Verbüßung von Strafen im Gefängnis		noch nicht endgültig untergebracht		
			durch Tod		zufolge Aufhebung der Fürsorgeerziehung				aus anderen Gründen																
					durch Beschluß der Kommunalverbände																				
					von Amts wegen		auf Antrag der Eltern pp.		durch Beschluß der Vormundschaftsgerichte pp.																
m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
11			12		13		14		15		16		17		18			19		20		21		22		

gelische.

1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1[2])	—	—	—	215	109	324	193	96	1	—	4	—	17	13	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	82	29	111	59	25	1	—	4	—	18	4	2.
2	1	3	1	1	—	—	—	—	—	—	1[3])	—	1	—	371	259	630	338	243	3	1	7	—	23	15	3.
3	1	4	1	1	1	—	1	—	—	—	—	—	2	—	445	213	658	389	194	14	8	—	—	42	11	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	143	71	214	121	67	1	—	6	1	15	3	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46	22	68	39	22	—	—	1	—	6	—	6.
1	1	2	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1[4])	1	1	200	116	316	177	99	1	—	1	1	21	16	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	295	152	447	259	132	6	1	8	—	22	19	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	131	100	231	116	80	1	1	—	2	14	17	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	4	9	5	4	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	237	111	348	196	91	4	—	3	—	34	20	11.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	238	135	373	216	120	2	1	1	—	19	14	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	97	62	159	83	50	—	—	2	—	12	12	13.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	79	40	119	76	36	—	—	1	1	2	3	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	233	135	368	193	114	7	5	1	—	32	16	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
7	3	10	2	2	1	—	2	—	—	—	2	1	5	2	2817	1558	4375	2460	1373	41	17	39	5	277	163	
5	7	12	4	4	—	—	1	2	—	—	—	1	3	3	2748	1548	4296	2370	1354	35	8	6	1	337	185	
7	5	12	2	2	—	2	3	1	—	—	2	—	5	3	2644	1438	4082	2263	1244	35	13	8	1	338	180	
6	3	9	1	2	—	—	3	1	—	—	2	—	3	1	2719	1461	4180	2235	1248	54	16	12	—	418	197	
8	7	15	4	1	—	—	1	4	2	—	1	2	3	5	2604	1345	3949	2177	1127	44	12	8	2	375	204	
2	3	5	1	2	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	3060	1800	4860	2503	1495	14	14	7	1	536	290	

Zwangserziehung überwiesen. [4]) Verheiratet.

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Von den untergebrachten													
				1. in Anstalten											
		überhaupt (Sp. 24 u. 28 bis 33)		a) in den königlichen Erziehungsanstalten								b) in kommunalen		(c in privaten und kirchlichen	
				überhaupt		und zwar									
						Wabern		St. Martin zu Boppard		Hardehausen		Erziehungsanstalten pp.			
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	23		24		25		26		27		28		29	

Noch: **A. Evan-**

1.	Ostpreußen	182	85	—	—	—	—	—	—	—	—	38	18	141	66
2.	Westpreußen	52	20	—	—	—	—	—	—	—	—	26	—	10	19
3.	Brandenburg ohne Berlin	273	198	—	—	—	—	—	—	—	—	140	52	130	142
4.	Berlin	312	163	—	—	—	—	—	—	—	—	92	23	214	125
5.	Pommern	119	61	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	118	58
6.	Posen	24	16	—	—	—	—	—	—	—	—	20	—	2	16
7.	Schlesien	153	87	—	—	—	—	—	—	—	—	16	4	137	81
8.	Sachsen	220	118	—	1	—	—	—	1	—	—	39	7	177	107
9.	Schleswig-Holsteinischer Provinzialverband	48	54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48	52
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3
11.	Hannover	164	70	8	—	—	—	—	—	8	—	—	—	153	67
12.	Westfalen	170	82	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	165	76
13.	Bezirksverband Cassel .	48	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48	22
14.	Bezirksverb. Wiesbaden	64	34	2	1	2	—	—	1	—	—	—	—	61	33
15.	Rheinprovinz	185	106	41	6	—	—	—	6	41	—	8	—	133	98
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Noch: Summe A	2017	1120	51	9	2	—	—	9	49	—	379	104	1540	965
	Im Rechnungsjahre 1905	1974	1105	38	14	2	—	—	14	36	—	380	79	1513	987
	„ „ 1904	1825	1042	40	21	—	—	—	21	40	—	338	66	1404	924
	„ „ 1903	1869	1022	27	8	5	—	—	8	22	—	317	84	1480	900
	„ „ 1902	1745	906	48	14	17	—	—	14	31	—	370	66	1290	797
	„ „ 1901	1778	1005	28	4	19	—	9	4	—	—	362	69	1314	892

Zöglingen (Spalte 19) befanden sich am 31. März 1907

								2. in fremden Familien																
d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in Krankenhäusern		f) in Idioten- bezw. Irrenanstalten		g) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		überhaupt (Sp. 35, 38 u. 39)		a) als Pflegling						b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		№
										überhaupt		und zwar												
												14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt									
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
30		31		32		33		34		35		36		37		38		39						
gelische.																								
—	—	2	1	1	—	—	—	10	11	9	9	9	9	—	—	1	—	—	2	1.				
16	—	—	1	—	—	—	—	7	5	5	5	5	5	—	—	—	—	2	—	2.				
—	—	—	3	3	1	—	—	65	45	49	30	49	28	—	2	2	—	14	15	3.				
—	—	3	13	3	2	—	—	69	25	16	13	15	10	1	3	21	—	32	12	4.				
—	—	1	3	—	—	—	—	2	5	1	4	1	4	—	—	—	—	1	1	5.				
—	—	2	—	—	—	—	—	15	6	14	5	14	5	—	—	—	—	1	1	6.				
—	—	—	1	—	1	—	—	23	11	19	11	19	11	—	—	1	—	3	—	7.				
—	—	3	3	1	—	—	—	34	13	22	10	22	10	—	—	3	—	9	3	8.				
—	—	—	2	—	—	—	—	68	26	65	23	58	22	7	1	—	—	3	3	9.				
—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	2	1	2	—	—	1	—	—	—	—	10.				
—	—	3	1	—	2	—	—	32	21	28	20	27	20	1	—	2	—	2	1	11.				
—	—	5	3	—	2	—	—	45	38	35	32	34	32	1	—	4	—	6	6	12.				
—	—	—	—	—	—	—	1	34	27	31	24	31	24	—	—	2	—	1	3	13.				
—	—	—	—	1	—	—	—	12	2	10	2	10	2	—	—	1	—	1	—	14.				
—	—	2	1	1	1	—	—	8	8	6	7	6	7	—	—	1	—	1	1	15.				
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.				
16	—	21	32	10	9	—	1	426	244	312	196	302	189	10	7	38	—	76	48					
14	—	20	19	8	5	1	1	387	243	289	190	283	184	6	6	40	—	58	53					
12	—	24	25	7	6	—	—	429	191	323	162	307	157	16	5	47	—	59	29					
17	—	17	28	11	2	—	—	359	222	267	189	264	184	3	5	34	1	58	32					
17	6	14	19	5	3	1	1	422	214	293	186	285	182	8	4	49	—	80	28					
50	18	16	14	7	6	1	2	713	484	636	446	623	435	13	11	33	—	44	38					

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Noch: Von den untergebrachten Zöglingen (Sp. 19) befanden sich am 31. März 1907												Von den unter- (Spalte 19) besuchten			
		3. in der eigenen Familie												Anstaltsschule			
		überhaupt (Sp. 41, 44 u. 45)		a) als Pflegling						b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt	
				überhaupt		und zwar 14 Jahre und darunter alt		und zwar über 14 Jahre alt									
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	40		41		42		43		44		45		46		47	
	Noch: A. Evan-																
1.	Ostpreußen	1	--	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	109	6	1	3
2.	Westpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29	7	3	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	157	61	16	2
4.	Berlin	8	6	8	6	1	—	7	6	—	—	—	—	169	36	19	15
5.	Pommern	—	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	81	20	2	1
6.	Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22	—	—	1
7.	Schlesien	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	98	25	11	6
8.	Sachsen	5	1	3	1	2	—	1	1	—	—	2	—	146	53	1	1
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17	1	10	2
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	1	—
11.	Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	104	18	15	18
12.	Westfalen	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	110	18	5	9
13.	Bezirksverband Cassel	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	25	6	1	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38	8	—	—
15.	Rheinprovinz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	104	34	—	9
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Noch: Summe A	17	9	15	9	6	2	9	7	—	—	2	—	1211	293	85	67
	Im Rechnungsjahre 1905	9	6	9	5	6	3	3	2	—	—	—	1	1036	267	152	76
	" " 1904	9	11	9	11	2	2	7	9	—	—	—	—	984	252	286	148
	" " 1903	7	4	5	4	2	1	3	3	1	—	1	—	1065	318	158	87
	" " 1902	10	7	8	7	5	2	3	5	—	—	2	—	956	295	240	110
	" " 1901	12	6	12	6	10	5	2	1	—	—	—	—	1012	253	250	110

gebrachten Zöglingen am 31. März 1907 eine		Wegen ungenügender Führung mußten im Rechnungsjahre 1906 Zöglinge aus der Familienpflege in Anstaltspflege genommen werden	Es waren von den Zöglingen der Spalten 34 und 40 im Rechnungsjahre 1906 vorher in Anstaltspflege	Im Rechnungsjahre 1906				Anzahl der Zöglinge, zu deren Unterhaltungskosten Beiträge geleistet werden konnten		Die jährlichen Beiträge zu den Unterhaltungskosten aus dem eigenen Vermögen pp. (Sp. 56 u. 57) betragen, bezw. liegen zwischen	№
Volksschule				sind entwichen		sind von den Entwichenen wieder zurückgekehrt, bezw. eingeliefert worden					
14 Jahre und darunter alt	über 14 Jahre alt			aus Anstalten	aus Familien	in Anstalten	in Familien	aus dem Vermögen der Zöglinge	von den Unterhaltungsverpflichteten	Mark	
m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.				
48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	

gelische.

13	42	—	3	1	—	1	3	7	—	—	—	6	—	—	—	—	2	24—60	1.
4	7	—	—	1	—	1	—	3	1	—	—	2	1	—	—	1	1	240—300	2.
58	38	—	1	—	—	12	9	18	5	3	1	20	4	2	1	—	7	10—144	3.
14	10	—	—	3	—	60	18	37	14	16	3	38	9	2	—	—	1	300	4.
1	5	—	—	—	1	—	—	3	1	—	—	2	1	—	—	1	2	15,1—76,8	5.
13	7	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	6.
37	22	—	—	2	—	5	—	6	—	1	—	6	—	—	—	1	7	30—290	7.
34	8	—	—	1	—	10	2	23	5	6	—	19	4	4	—	—	21	12—36	8.
58	22	7	1	2	—	1	—	9	2	3	—	9	1	2	—	—	3	3,00—75	9.
2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
25	18	1	—	—	—	3	—	16	2	—	—	12	2	—	—	—	6	15—104	11.
27	30	—	—	1	—	44	36	8	2	—	—	6	1	—	—	—	20	36 120	12.
32	24	—	—	—	—	2	4	3	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	13.
9	5	—	—	—	—	3	—	7	3	—	—	7	3	—	—	—	2	60—180	14.
5	10	—	—	—	—	2	1	21	7	—	—	14	2	—	—	—	7	10—96	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
332	249	8	5	11	1	145	73	162	42	29	4	145	28	10	1	3	79	3—300	
394	225	10	5	12	2	93	58	119	40	23	4	98	34	9	2	10	86	6—300	
345	194	16	8	15	4	116	41	111	61	18	2	87	48	6	1	8	99	2—340	
340	222	4	9	12	8	113	56	146	69	15	5	102	57	5	1	8	116	2—540	
348	235	12	3	17	10	137	38	131	32	25	3	106	23	6	—	14	99	2—340	
676	488	22	19	8	7	162	78	64	42	8	3	52	30	5	1	24	110	1—664	

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Im Rechnungsjahre 1906 sind der Fürsorgeerziehung rechtskräftig überwiesen worden			Von den in Sp. 3 angegebenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 vor ihrer endgültigen Unterbringung in Abgang														Demnach blieben Überwiesene, welche unterzubringen waren (Sp. 3 weniger 4)		
					überhaupt			und zwar														
								durch Tod		zufolge Aufhebung der Fürsorgeerziehung						aus anderen Gründen					
										durch Beschluß der Kommunalverbände				durch Beschluß der Vormundschaftsgerichte pp.							
										von Amts wegen		auf Antrag der Eltern pp.									
		m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.			m.	w.	zus.
1	2	3			4			5		6		7		8		9				10		
	B. Katholische.																					
1.	Ostpreußen	20	5	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			20	5	25
2.	Westpreußen	112	42	154	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			112	42	154
3.	Brandenburg ohne Berlin	45	19	64	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			45	19	64
4.	Berlin	70	39	109	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			70	39	109
5.	Pommern	4	1	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			4	1	5
6.	Posen	151	45	196	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			151	45	196
7.	Schlesien	364	137	501	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—			363	137	500
8.	Sachsen	37	15	52	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			37	15	52
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	11	7	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			11	7	18
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			—	—	—
11.	Hannover	42	19	61	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			42	19	61
12.	Westfalen	256	120	376	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			256	120	376
13.	Bezirksverband Cassel .	12	7	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			12	7	19
14.	Bezirksverb. Wiesbaden	71	23	94	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			71	23	94
15.	Rheinprovinz	551	282	833	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2[4]	—			549	282	831
16.	Hohenzollern	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			2	—	2
	Summe B	1748	761	2509	3	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	2	—			1745	761	2506
	Im Rechnungsjahre 1905	1601	695	2296	1	3	4	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2			1600	692	2292
	" " 1904	1633	706	2339	2	3	5	—	—	—	1	—	2	—	—	2	—			1631	703	2334
	" " 1903	1620	694	2314	7	1	8	3	1	1	—	1	—	—	—	2	—			1613	693	2306
	" " 1902	1504	699	2203	9	3	12	3	1	2	—	3	—	—	1	1	1			1495	696	2191
	" " 1901	1853	1010	2863	7	4	11	3	1	3	1	—	—	1	—	1	2			1846	1006	2852
	C. Jüdische.																					
1.	Ostpreußen	2	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			2	1	3
2.	Westpreußen	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			1	—	1
4.	Berlin	4	3	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			4	3	7
5.	Pommern	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			1	—	1
6.	Posen	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			—	1	1
7.	Schlesien	2	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			2	1	3
12.	Westfalen	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			1	1	2
14.	Bezirksverb. Wiesbaden	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			1	—	1
15.	Rheinprovinz	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			1	1	2
	Summe C	13	8	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			13	8	21
	Im Rechnungsjahre 1905	15	8	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			15	8	23
	" " 1904	12	3	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			12	3	15
	" " 1903	12	4	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			12	4	16
	" " 1902	16	7	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			16	7	23
	" " 1901	21	16	37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			21	16	37

[1]) Entspricht der vorjährigen Tabelle IX. [2]) Verheiratet. [3]) Nach Österreich überwiesen. [4]) Gemäß § 56 des

1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge. (Tabelle IX)[1])

Von den Zöglingen der Sp. 10 kamen im Rechnungsjahre 1906 **nach ihrer endgültigen Unterbringung** in Abgang													Anzahl der Fälle, in welchen die Aufhebung unter Vorbehalt des Widerrufs erfolgt ist		Bestand am 31. März 1907 (Spalte 10 weniger 11)			Von den Zöglingen der Spalte 18 waren am 31. März 1907								№
überhaupt			und zwar															untergebracht		untergebracht gewesen, aber entwichen und noch nicht wieder zurückgekommen		zur Verbüßung von Strafen im Gefängnis		noch nicht endgültig untergebracht		
			durch Tod		zufolge Aufhebung der Fürsorgeerziehung						aus anderen Gründen															
					durch Beschluß der Kommunalverbände				durch Beschluß der Vormundschaftsgerichte pp.																	
					von Amts wegen		auf Antrag der Eltern pp.																			
m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
11			12		13		14		15		16		17		18			19		20		21		22		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	5	25	18	5	—	—	—	—	2	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112	42	154	87	36	1	—	1	—	23	6	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45	19	64	43	17	—	—	—	—	2	2	3.
1	1	2	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	69	38	107	67	37	—	1	—	—	2	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	1	5	3	1	—	—	1	—	—	—	5.
1	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	150	45	195	111	33	—	1	10	—	29	11	6.
1	2	3	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	362	135	497	329	120	1	1	6	1	26	13	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37	15	52	31	12	—	—	1	—	5	3	8.
1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	10	7	17	8	7	—	—	—	—	2	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42	19	61	32	14	2	—	—	1	8	4	11.
2	—	2	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	254	120	374	225	106	—	1	4	—	25	13	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	7	19	10	3	—	—	—	—	2	4	13.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	71	23	94	67	20	—	—	2	—	2	3	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	549	282	831	451	210	8	—	2	1	88	71	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	16.
6	3	9	2	2	—	—	3	—	—	—	1	1	3	1	1739	758	2497	1484	621	12	4	27	3	216	130	
1	1	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1599	691	2290	1334	586	13	4	4	—	248	101	
3	1	4	2	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	4	1628	702	2330	1338	575	12	2	4	—	274	125	
11	1	12	5	1	—	—	4	—	—	—	2	—	5	—	1602	692	2294	1282	573	21	—	4	—	295	119	
5	—	5	2	—	—	—	3	—	—	—	—	—	5	1	1490	696	2186	1197	586	14	2	—	3	279	105	
4	1	5	3	1	—	—	1	—	—	—	—	—	2	—	1842	1005	2847	1481	833	2	5	1	—	355	167	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	3	2	1	—	—	—	—	—	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	3	7	3	3	—	—	—	—	1	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	3	2	1	—	—	—	—	—	—	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	1	1	—	—	—	—	—	—	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	1	1	—	—	—	—	—	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	8	21	12	8	—	—	—	—	1	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	8	23	12	6	—	—	1	—	2	2	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	3	15	11	3	—	—	—	—	1	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	4	16	11	3	1	1	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	7	23	11	6	1	—	—	—	4	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21	16	37	18	16	2	—	—	—	1	—	

R.-St.-G.-B. der Zwangserziehung überwiesen.

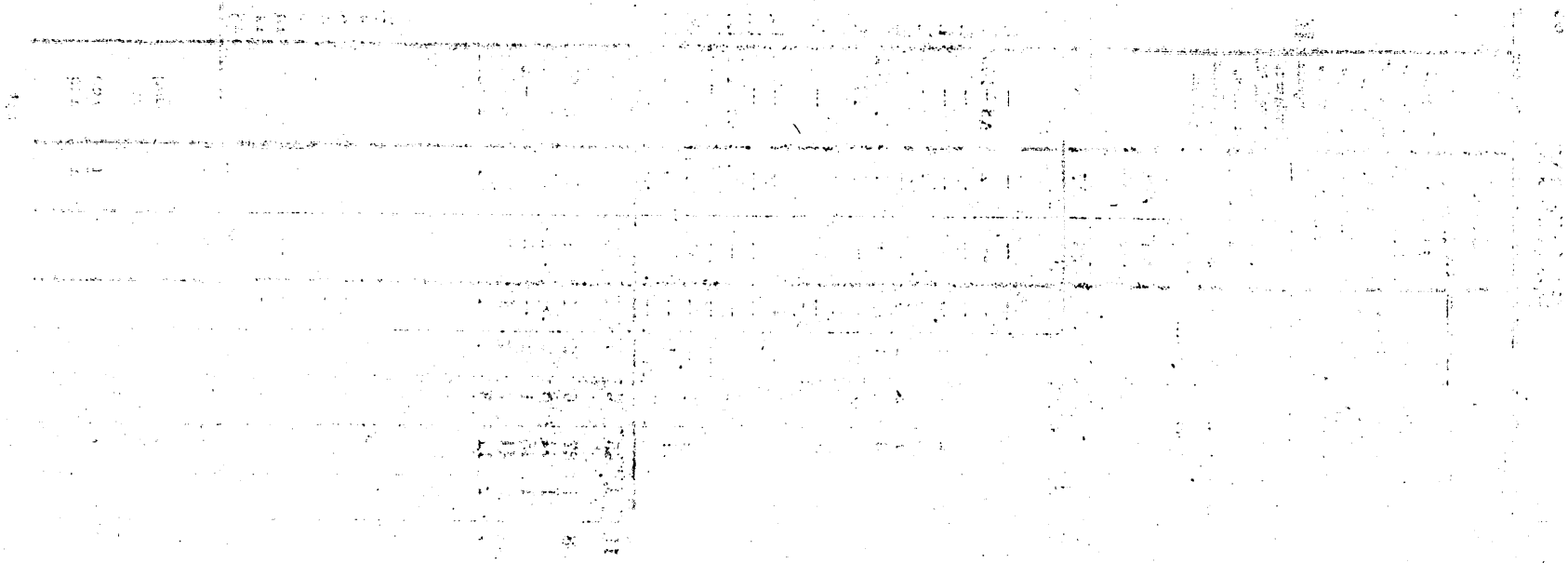
№	Provinz bezw. Kommunalverband	Von den untergebrachten: 1. in Anstalten überhaupt (Sp. 24 u. 28 bis 33)		a) in den königlichen Erziehungsanstalten überhaupt		und zwar: Conradshammer		Steinfeld		Gräfrath		b) in kommunalen Erziehungsanstalten pp.		c) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten pp.	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	23		24		25		26		27		28		29	
	Noch: **B. Katholische.**														
1.	Ostpreußen	15	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	4
2.	Westpreußen	79	32	17	—	17	—	—	—	—	—	29	—	17	32
3.	Brandenburg ohne Berlin	34	15	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	33	15
4.	Berlin	49	33	—	—	—	—	—	—	—	—	16	1	32	31
5.	Pommern	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1
6.	Posen	85	26	7	—	7	—	—	—	—	—	37	—	40	26
7.	Schlesien	295	102	—	—	—	—	—	—	—	—	145	13	148	88
8.	Sachsen	24	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24	11
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	7	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	7
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	27	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27	11
12.	Westfalen	176	73	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	173	72
13.	Bezirksverband Cassel	8	1	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	7	1
14.	Bezirksverband Wiesbaden	63	18	3	—	—	—	3	—	—	—	2	—	56	18
15.	Rheinprovinz	412	185	77	24	—	—	77	—	—	24	80	—	242	160
16.	Hohenzollern	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
	Noch: Summe B	1278	519	105	24	24	—	81	—	—	24	310	14	825	477
	Im Rechnungsjahre 1905	1160	484	98	24	14	—	84	—	—	24	278	23	757	433
	" " 1904	1141	486	91	17	18	—	73	—	—	17	316	17	706	443
	" " 1903	1092	457	69	5	1	—	68	—	—	5	326	17	668	429
	" " 1902	964	465	63	10	7	—	56	—	—	10	216	39	645	409
	" " 1901	1089	521	72	21	—	—	72	—	—	21	261	14	683	477
	Noch: **C. Jüdische.**														
1.	Ostpreußen	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1
2.	Westpreußen	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
4.	Berlin	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2
5.	Pommern	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
6.	Posen	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
7.	Schlesien	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—
12.	Westfalen	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
14.	Bezirksverband Wiesbaden	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
15.	Rheinprovinz	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
	Noch: Summe C	12	7	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	10	6
	Im Rechnungsjahre 1905	11	4	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	7	4
	" " 1904	11	3	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	6	3
	" " 1903	11	3	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	9	2
	" " 1902	11	6	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	8	5
	" " 1901	15	7	—	—	—	—	—	—	—	—	4	1	11	4

Zöglingen (Spalte 19) befanden sich am 31. März 1907

d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in Krankenhäusern		f) in Idioten- bezw. Irrenanstalten		g) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		2. in fremden Familien: überhaupt (Sp. 35, 38 u. 39)		a) als Pflegling: überhaupt		a) als Pflegling: und zwar 14 Jahre und darunter alt		a) als Pflegling: und zwar über 14 Jahre alt		b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		№
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
30		31		32		33		34		35		36		37		38		39		
—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	2	1	2	1	—	—	—	—	—	—	1.
15	—	1	—	—	—	—	—	8	4	5	4	5	4	—	—	2	—	1	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	9	2	7	—	7	—	—	—	1	—	1	2	3.
—	—	1	1	—	—	—	—	17	3	6	1	6	1	—	—	4	—	7	2	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	—	1	—	—	—	—	—	26	7	24	6	24	6	—	—	—	—	2	1	6.
—	—	1	1	1	—	—	—	34	18	32	15	32	15	—	—	1	—	1	3	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	7	1	3	1	3	1	—	—	2	—	2	—	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	5	3	4	3	4	3	—	—	—	—	1	—	11.
—	—	—	1	3	—	—	—	48	33	32	27	32	27	—	—	6	—	10	6	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2	2	2	—	—	—	—	—	—	13.
—	—	—	—	2	—	—	—	4	2	3	2	3	2	—	—	1	—	—	—	14.
—	—	6	—	7	1	—	—	39	25	26	21	26	21	—	—	3	—	10	4	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	16.
15	—	10	3	13	1	—	—	203	101	147	83	147	83	—	—	20	—	36	18	
16	—	9	3	2	1	—	—	168	102	120	87	118	85	2	2	25	—	23	15	
23	—	4	8	1	1	—	—	193	86	143	80	133	78	10	2	20	—	30	6	
17	—	6	6	4	—	2	—	185	115	131	96	131	95	—	1	26	1	28	18	
34	—	6	5	—	1	—	1	228	121	135	108	133	108	2	—	27	—	66	13	
68	2	4	4	1	2	—	1	388	311	318	296	313	291	5	5	19	—	51	15	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	2	—	2	1	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	2	—	—	—	—	—	—	3	9	2	8	2	6	—	2	1	—	—	1	

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Noch: Von den untergebrachten Zöglingen (Sp. 19) befanden sich am 31. März 1907												Von den unter- (Spalte 19) besuchten			
		3. in der eigenen Familie												Anstaltsschule			
		überhaupt (Sp. 41, 44 u. 45)		a) als Pflegling				b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt	
				überhaupt		und zwar 14 Jahre und darunter alt		und zwar über 14 Jahre alt							
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	40		41		42		43		44		45		46		47	
	Noch: **B. Katholische.**																
1.	Ostpreußen	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	12	—	—	—
2.	Westpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28	2	11	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	7	4	1
4.	Berlin	1	1	1	1	—	1	1	—	—	—	—	—	26	3	6	7
5.	Pommern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—
6.	Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21	5	4	—
7.	Schlesien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	136	33	14	7
8.	Sachsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	4	1	—
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	4	1	—
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	6	4	1
12.	Westfalen	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	114	24	13	2
13.	Bezirksverband Cassel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45	9	—	—
15.	Rheinprovinz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	222	56	18	11
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
	Noch: Summe B	3	1	3	1	—	1	3	—	—	—	—	—	660	153	77	29
	Im Rechnungsjahre 1905	6	—	6	—	3	—	3	—	—	—	—	—	592	124	102	28
	" " 1904	4	3	4	3	3	2	1	1	—	—	—	—	516	102	165	52
	" " 1903	5	1	4	—	1	—	3	—	—	—	1	1	582	136	125	38
	" " 1902	5	—	4	—	3	—	1	—	1	—	—	—	517	144	118	49
	" " 1901	4	1	4	1	4	—	—	1	—	—	—	—	541	157	151	41
	Noch: **C. Jüdische.**																
1.	Ostpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
2.	Westpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
4.	Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
5.	Pommern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7.	Schlesien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12.	Westfalen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14	Bezirksverband Wiesbaden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
15.	Rheinprovinz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Noch: Summe C	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	1	—
	Im Rechnungsjahre 1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	1
	" " 1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	1	—
	" " 1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	2	3	1
	" " 1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	1	3	—
	" " 1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	1	4	3

gebrachten Zöglingen am 31. März 1907 eine Volksschule				Wegen ungenügender Führung mußten im Rechnungsjahre 1906 Zöglinge aus der Familienpflege in Anstaltspflege genommen werden		Es waren von den Zöglingen der Spalten 34 und 40 im Rechnungsjahre 1906 vorher in Anstaltspflege		Im Rechnungsjahre 1906 sind entwichen				sind von den Entwichenen wieder zurückgekehrt, bezw. eingeliefert worden				Anzahl der Zöglinge, zu deren Unterhaltungskosten Beiträge geleistet werden konnten		Die jährlichen Beiträge zu den Unterhaltungskosten aus dem eigenen Vermögen pp. (Sp. 56 u. 57) betragen, bezw. liegen zwischen	№
14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt						aus Anstalten		aus Familien		in Anstalten		in Familien		aus dem Vermögen der Zöglinge	von den Unterhaltungsverpflichteten	Mark	
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.				
48		49		50		51		52		53		54		55		56	57	58	
2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1.
20	8	—	1	1	—	3	—	1	1	1	—	1	1	—	—	—	2	48—150	2.
5	—	—	—	—	—	4	2	2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	3.
6	4	—	—	—	—	15	—	4	2	3	—	6	1	1	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
44	10	2	—	—	—	—	—	—	1	3	2	1	1	2	1	—	—	—	6.
92	26	—	—	1	—	3	2	13	2	2	—	13	1	1	—	6	7	17—152	7.
16	2	—	—	—	—	4	—	2	1	—	—	2	1	—	—	—	1	48	8.
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
6	3	—	—	—	—	1	—	2	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	11.
29	22	—	—	—	—	43	31	3	3	—	—	3	2	—	—	—	18	48—180	12.
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
3	—	—	—	—	—	1	—	4	1	—	—	4	1	—	—	—	2	72	14.
24	23	—	—	—	—	12	1	19	—	1	—	11	—	1	—	—	16	3—480	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
250	98	2	1	2	—	86	36	51	11	11	2	45	8	5	1	6	46	3—480	
165	99	1	3	1	2	71	44	44	10	8	1	37	6	2	1	1	51	3—324	
236	109	8	5	7	2	62	17	49	9	7	1	44	8	2	—	1	75	3—270	
176	115	2	3	10	—	72	28	55	—	16	1	48	1	2	—	3	90	3—290	
187	143	2	4	13	1	104	38	46	8	14	2	44	7	2	1	4	72	6—290	
394	302	2	9	8	5	97	58	15	17	7	2	14	3	2	1	2	83	1—324	
1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.
2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
3	2	—	—	—	—	1	2	2	—	—	—	2	—	—	—	1	—	300	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	1	—	—	—	—	1	120	
2	6	—	1	—	—	1	4	1	—	—	1	—	1	—	—	—	1	126	



Allgemeine Übersicht

über

die gezahlten Pflegegelder für die im Rechnungsjahre 1906 überwiesenen und untergebrachten Fürsorgezöglinge.

(Die in Dienstbotenstellen und die in Anstalten für Heilung und Krankenpflege, sowie die in Irren-, Idioten-, Taubstummen- und Blindenanstalten befindlichen Zöglinge haben in den Tabellen über die Pflegegelder keine Aufnahme gefunden.)

Die gezahlten für die im Rechnungsjahre 1906

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Von den im Rechnungsjahre 1906 überwiesenen Fürsorgezöglingen befanden sich am 31. März 1907 in Anstalts- bezw. in Familienpflege			Davon waren zu den nachstehend a) in Erziehungs-																			
					ohne Pflegegeld		bis zu 5 ℳ		über 5 bis 10 ℳ		über 10 bis 15 ℳ		über 15 bis 20 ℳ		über 20 bis 25 ℳ		über 25 bis 30 ℳ		über 30 bis 35 ℳ		über 35 bis 40 ℳ		über 40 bis 45 ℳ		über 45 bis 50 ℳ	
		m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3			4		5		6		7		8		9		10		11		12		13		14	
	Evangelische.																									
1.	Ostpreußen . . .	189	93	282	—	—	—	—	—	—	44	9	25	35	93	13	17	10	—	17	—	—	—	—	—	—
2.	Westpreußen . . .	57	24	81	—	—	—	—	—	—	—	—	10	10	—	8	—	1	42	—	—	—	—	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin . . .	321	224	545	1	—	—	—	—	—	1	—	103	115	—	38	87	41	73	—	1	—	4	1	—	—
4.	Berlin	343	161	504	—	—	—	—	—	—	13	7	33	5	98	22	49	17	—	—	15	73	—	—	—	—
5.	Pommern	119	62	181	—	—	—	—	—	—	8	7	27	21	38	—	12	—	—	30	33	—	—	—	—	—
6.	Posen	36	21	57	—	—	—	—	—	—	2	2	—	2	—	8	20	—	—	—	—	4	—	—	—	—
7.	Schlesien	173	96	269	—	1	—	—	—	—	—	—	71	36	53	14	24	17	—	—	—	16	5	—	—	—
8.	Sachsen	241	125	366	—	—	—	—	—	—	—	—	14	5	135	98	8	4	26	—	23	8	6	—	4	—
9.	Schleswig-Holstein .	113	75	188	—	—	—	—	—	—	—	—	16	1	1	44	6	7	2	—	23	—	—	—	—	—
10.	Lauenburg. Kreiskommunalverband	5	4	9	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	191	87	278	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	76	18	68	48	—	—	16	—	—	—	1	—
12.	Westfalen	204	109	313	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	61	26	58	14	45	27	1	9	—	—
13.	Cassel	81	46	127	—	—	—	—	—	—	4	1	1	6	28	—	15	8	—	1	—	6	—	—	—	—
14.	Wiesbaden . . .	74	36	110	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37	16	6	3	10	6	5	9	5	—	—	—
15.	Rheinland	189	111	300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	83	52	5	6	6	34	55	12	7	—	25	—
16.	Hohenzollern . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zusammen	2336	1274	3610	1	1	—	—	—	—	72	26	303	239	642	333	378	188	217	102	216	155	28	10	30	—
	Katholische.																									
1.	Ostpreußen . . .	17	5	22	—	—	—	—	—	—	—	—	11	4	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.	Westpreußen . . .	85	36	121	—	—	—	—	—	—	—	2	17	30	—	—	—	—	44	—	17	—	—	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin . . .	42	15	57	—	1	—	—	—	—	—	1	12	9	—	2	10	—	1	—	11	2	—	—	—	—
4.	Berlin	58	33	91	—	—	—	—	—	—	—	1	3	24	3	—	1	—	—	—	25	6	—	—	—	—
5.	Pommern	3	1	4	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—
6.	Posen	108	32	140	—	—	—	—	—	—	—	—	28	20	—	5	12	—	37	—	7	1	—	—	—	—
7.	Schlesien	326	116	442	—	—	—	—	—	—	6	2	81	37	82	50	—	—	—	—	66	12	58	—	—	—
8.	Sachsen	29	12	41	—	—	—	—	—	—	—	—	20	10	3	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein .	8	7	15	—	—	—	—	—	—	—	—	5	4	—	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	31	14	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	8	10	3	—	—	4	—	—	—	1	—
12.	Westfalen	211	99	310	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	89	56	2	6	82	10	—	—	—	—
13.	Cassel	10	3	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	5	—	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—
14.	Wiesbaden . . .	65	20	85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	36	16	9	1	—	—	4	—	10	—	-	—
15.	Rheinland	428	205	633	—	—	—	—	—	—	4	4	15	73	130	64	5	1	15	3	102	24	22	—	36	5
16.	Hohenzollern . . .	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zusammen	1422	598	2020	—	1	—	—	—	—	12	10	193	213	275	149	141	61	99	10	320	55	90	—	37	5
	Jüdische.																									
1.	Ostpreußen . . .	2	1	3	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.	Westpreußen . . .	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4.	Berlin	3	3	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—
5.	Pommern	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
6.	Posen	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
7.	Schlesien	2	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—
12.	Westfalen	1	1	2	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
14.	Wiesbaden . . .	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15.	Rheinland	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zusammen	12	8	20	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	7	5	—	—	1	1	2	—	—	—
	Hauptsumme	3770	1880	5650	1	2	—	—	—	—	86	37	496	452	917	482	526	254	316	112	537	211	120	10	67	5

[1]) Entspricht der vorjährigen Tabelle X.

Pflegegelder der überwiesenen Fürsorgezöglinge. (Tabelle X)[1])

angegebenen Pflegegeldsätzen untergebracht:

anstalten												b) in Familien												Unter den Zöglingen der Sp. 22 befinden sich Lehrlinge		Das gezahlte monatliche Pflegegeld beträgt bezw. liegt zwischen .... ℳ		Nr.
über 50 bis 55 ℳ		über 55 bis 60 ℳ		über 60 bis 65 ℳ		über 65 bis 70 ℳ		über 70 bis 75 ℳ		über 75 bis 80 ℳ		ohne Angabe		ohne Pflegegeld		bis zu 5 ℳ		über 5 bis 10 ℳ		über 10 bis 15 ℳ		über 15 bis 20 ℳ		über 20 bis 25 ℳ		über 25 bis 30 ℳ				in Anstalten	in Familien	
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.			
15		16		17		18		19		20		21		22		23		24		25		26		27		28		29		30		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	1	—	—	—	6	9	—	—	—	—	—	—	1	—	13,75—34,67	5,00—12,50	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	5	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18,00—35,00	8,33	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	1	16	14	31	10	2	2	—	1	—	—	2	—	13,33—45,00	5,00—25,00	3.
—	—	—	1	—	—	—	—	92	—	—	23	6	—	22	1	—	—	—	4	15	8	—	—	—	—	—	—	21	—	11,70—78,00	7,50—15,00	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00—37,50	8,33—10,00	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	1	7	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,50—36,00	4,00—10,00	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	19	11	—	—	—	—	—	—	1	—	16,00—44,35	15,00	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	8	3	14	7	—	—	—	—	—	—	3	—	18,00—49,50	8,33	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	64	23	—	—	—	—	—	—	—	—	16,67—37,50	11,67	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	10,00—12,50	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	27	20	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	20,00—50,00	8,33	11.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	—	26	26	8	6	—	—	—	—	—	—	4	—	20,83—38,33	9,00—13,00	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	31	24	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	15,00—36,00	10,00	13.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	8	2	2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	21,00—36,00	8,33—10,83	14.
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	5	6	1	—	—	—	—	—	—	1	—	20,83—58,40	9,00—16,50	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
—	—	1	1	—	—	—	—	92	—	—	23	6	—	44	4	8	2	129	107	166	80	3	2	—	1	—	—	38	—	11,70—78,00	4,00—16,50	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,42—25,00	10,00	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	5	4	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	12,50—36,00	8,33	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	5	—	2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	15,00—37,50	5,00—15,00	3.
—	—	—	—	—	—	—	—	16	—	—	1	—	—	4	1	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	4	—	15,00—76,50	12,50	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00—37,50	—	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	3	1	19	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18,00—37,50	4,17—10,00	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	31	14	—	—	—	—	—	—	1	—	15,00—44,35	15,00	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	1	—	2	—	—	—	—	—	—	—	2	—	18,00—27,00	10,00—12,00	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,67—27,00	10,83	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22,92—48,00	5,00— 8,33	11.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—	—	—	31	27	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	27,00—37,50	8,40— 9,00	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19,50—36,00	10,00	13.
—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	20,00—57,60	10,00	14.
—	—	70	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	1	—	—	—	25	21	—	—	—	—	—	—	3	—	15,00—60,83	4,60—15,00	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,83	—	16.
—	—	72	—	—	10	—	—	16	—	—	1	—	—	24	3	5	1	71	44	67	35	—	—	—	—	—	—	20	—	12,.50—76,50	5,00—15,00	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,75—30,00	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	15,00	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37,50	—	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35,50—44,35	—	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00—30,00	—	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	13,75—44,35	15,00	
—	—	73	1	—	10	—	—	108	—	—	24	6	—	68	7	13	3	200	151	233	116	3	2	—	1	—	—	58	—	11,70—78,00	4,00—16,50	

Übersichten

über

das gezahlte Pflegegeld, unter Berücksichtigung der Unterkunftsstellen, des Religionsbekenntnisses und des Alters, der im Rechnungsjahre 1906 überwiesenen Fürsorgezöglinge.

Die gezahlten für die im Rechnungsjahre 1906

№	Religionsbekenntnis	Das monatliche Pflegegeld hat betragen	Anzahl der Zöglinge, welche zur Fürsorgeerziehung zu den							
			1. in Anstalten							
			a) königliche Erziehungsanstalten				b) kommunale			
			14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt	
		ℳ	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4		5		6		7	
	A. Evangelische.									
1.		0	—	—	—	—	—	—	—	—
2.		Bis einschl. 5	—	—	—	—	—	—	—	—
3.		Über 5—10	—	—	—	—	—	—	—	—
4.		„ 10—15	—	—	—	—	—	—	—	—
5.		„ 15—20	—	—	—	—	—	—	—	—
6.		„ 20—25	—	—	—	—	33	3	—	(18) 18
7.		„ 25—30	—	—	—	—	101	33	(5) 20	(1) 8
8.		„ 30—35	2	—	(1) 4	—	27	—	(52) 81	(6) 11
9.		„ 35—40	23	3	(5) 22	(2) 6	14	4	10	(2) 4
10.		„ 40—45	—	—	—	—	1	—	(15) 15	—
11.		„ 45—50	—	—	—	—	—	—	—	—
12.		„ 50—55	—	—	—	—	—	—	—	—
13.		„ 55—60	—	—	—	—	—	—	(1) 1	—
14.		„ 70—75	—	—	—	—	1	—	(82) 91	—
15.		„ 75—80	—	—	—	—	—	1	—	(14) 22
16.		Ohne Angabe	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zusammen	—	25	3	(6) 26	(2) 6	177	41	(155) 218	(41) 63

Anmerkung: Die in Klammern () stehenden kleinen Ziffern, welche in den darunterstehenden größeren mitenthalten sind, geben die Anzahl der über 16 Jahre alten Zöglinge an.

[1]) Entspricht der vorjährigen Tabelle XI.

Pflegegelder überwiesenen Fürsorgezöglinge. (Tabelle XI)[1])

in Spalte 3 angegebenen Pflegegeldsätzen aufgenommen worden sind:

c) private und kirchliche				2. in fremden Familien als Pflegling				3. in der eigenen Familie als Pflegling				Darunter befinden sich Lehrlinge		№
14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt				
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
8		9		10		11		12		13		14		
1	1	—	—	3	2	41	2	6	2	(8) 9	7	38	—	1.
—	—	—	—	8	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	129	105	—	2	—	—	—	—	—	—	3.
72	24	—	2	159	77	7	3	—	—	—	—	—	—	4.
273	119	30	(77) 120	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
523	143	(37) 86	(113) 169	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
156	23	(49) 101	(91) 124	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
56	15	(24) 47	(55) 76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
3	10	(86) 144	(103) 128	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	1	(12) 12	(9) 9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	(21) 30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
—	—	—	(1) 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.
—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
1084	336	(229) 456	(449) 629	302	189	48	7	6	2	(8) 9	7	38	—	

Die gezahlten für die im Rechnungsjahre 1906

№	Religionsbekenntnis	Das monatliche Pflegegeld hat betragen	Anzahl der Zöglinge, welche zur Fürsorgeerziehung zu den 1. in Anstalten							
			a) königliche Erziehungsanstalten				b) kommunale			
			14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt	
		ℳ	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4		5		6		7	
	B. Katholische.									
1.		0	—	—	—	—	—	—	—	—
2.		Bis einschl. 5	—	—	—	—	—	—	—	—
3.		Über 5—10	—	—	—	—	—	—	—	—
4.		„ 10—15	—	—	—	—	—	—	—	—
5.		„ 15—20	—	—	—	—	—	1	—	—
6.		„ 20—25	—	—	—	—	21	—	—	—
7.		„ 25—30	—	—	—	—	—	—	—	—
8.		„ 30—35	—	—	—	—	38	—	(19) 44	—
9.		„ 35—40	53	1	(16) 52	(9) 23	31	—	(7) 35	(5) 12
10.		„ 40—45	—	—	—	—	—	—	(51) 68	—
11.		„ 45—50	—	—	—	—	—	—	—	—
12.		„ 55—60	—	—	—	—	—	—	(50) 72	—
13.		„ 60—65	—	—	—	—	—	—	—	—
14.		„ 70—75	—	—	—	—	(12) 16	—	—	—
15.		„ 75—80	—	—	—	—	—	1	—	—
	Zusammen	—	53	1	(16) 52	(9) 23	(12) 106	2	(127) 219	(5) 12
	C. Jüdische.									
1.		0	—	—	—	—	—	—	—	—
2.		Über 10—15	—	—	—	—	—	—	—	—
3.		„ 25—30	—	—	—	—	—	—	—	—
4.		„ 35—40	—	—	—	—	—	—	—	1
5.		„ 40—45	—	—	—	—	—	—	(2) 2	—
	Zusammen	—	—	—	—	—	—	—	(2) 2	1

Anmerkung: Wie in Tabelle XI. [1]) Entspricht der vorjährigen Tabelle XII.

Pflegegelder
überwiesenen Fürsorgezöglinge. (Tabelle XII)[1])

in Spalte 3 angegebenen Pflegegeldsätzen aufgenommen worden sind:

c) private und kirchliche				2. in fremden Familien als Pflegling				3. in der eigenen Familie als Pflegling				Darunter befinden sich Lehrlinge		№
14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt				
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
8		9		10		11		12		13		14		
—	1	—	—	4	3	20	—	—	1	(1) 3	—	20	—	1.
—	—	—	—	5	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	71	44	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
12	8	—	2	67	35	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
187	72	(1) 6	(106) 140	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
244	74	(3) 10	(52) 75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
71	18	(24) 70	(27) 43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
12	1	5	(8) 9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
112	10	(24) 37	(5) 9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	—	(12) 22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
3	—	(16) 34	(4) 5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
—	—	—	(7) 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.
641	184	(80) 184	(269) 293	147	83	20	—	—	1	(1) 3	—	20	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.
2	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
3	—	(1) 4	(4) 5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
5	1	(1) 5	(4) 5	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	

Gesamtübersicht

über

den Bestand und die Unterbringung der in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, 1902 und 1901 der Fürsorgeerziehung überwiesenen Jugendlichen.

(Die Übersichten für die Einzeljahrgänge nach dem Religionsbekenntnisse der Zöglinge, innerhalb der einzelnen Provinzen geordnet, sind in den Tabellen XIV bis XVI enthalten.)

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Am 31. März 1906 verblieb ein Bestand von Fürsorgezöglingen aus den Überweisungsjahren 1905, 1904, 1903, 1902 und 1901 von			Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind von den widerruflich entlassenen Fürsorgezöglingen früherer Rechnungsjahre wieder in Zugang gekommen		Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind in Abgang gekommen											
							überhaupt			durch Tod		und zwar							
												widerruflich entlassen		endgültig entlassen		vor Ablauf der Minderjährigkeit		zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres	
		m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3			4		5			6		7		8				9	

a) Gesamtübersicht für die Jahr-

1.	Ostpreußen	1205	666	1871	—	—	46	38	84	6	7	9	1	6	6	25	24
2.	Westpreußen	907	295	1202	5	1	72	30	102	2	4	36	5	3	—	31	21
3.	Brandenburg ohne Berlin	2042	1151	3193	1	2	100	83	183	8	2	24	4	7	8	61	69
4.	Berlin	1517	932	2449	9	2	183	149	332	4	5	71	22	33	21	75	101
5.	Pommern	844	410	1254	—	—	44	37	81	6	—	5	1	1	1	32	35
6.	Posen	1005	358	1363	1	—	101	44	145	3	5	33	9	19	5	46	25
7.	Schlesien	2995	1289	4284	2	1	288	168	456	11	6	150	77	44	19	83	66
8.	Sachsen	1463	719	2182	—	—	85	60	145	4	3	14	1	7	1	60	55
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	750	384	1134	—	—	36	23	59	3	1	8	—	2	6	23	16
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	16	11	27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover	1355	713	2068	—	—	83	59	142	7	9	15	3	8	3	53	44
12.	Westfalen	1994	1121	3115	6	1	150	106	256	8	7	66	27	5	2	71	70
13.	Bezirksverband Cassel	551	314	865	—	—	22	22	44	3	—	—	—	2	—	17	22
14.	Bezirksverband Wiesbaden	566	296	862	—	—	42	39	81	2	1	4	1	5	3	31	34
15.	Rheinprovinz	3170	1597	4767	3	2	270	185	455	17	6	103	22	16	9	134	148
16.	Hohenzollern	6	4	10	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—
	Summe	20386	10260	30646	27	9	1523	1043	2566	84	56	538	173	158	84	743	730

b) Übersicht nach Einzeljahr-

Überweisungsjahr																
1905	4353	2248	6601	—	—	62	36	98	17	13	35	15	9	8	1	—
1904	4225	2109	6334	7	1	133	66	199	24	9	86	30	21	17	2	11
1903	4127	2050	6177	11	3	381	316	697	18	15	121	41	33	17	209	242
1902	3555	1722	5277	6	1	471	321	792	11	9	130	40	44	14	286	258
1901	4126	2131	6257	3	4	476	304	780	14	10	166	47	51	28	245	219
Summe	20386	10260	30646	27	9	1523	1043	2566	84	56	538	173	158	84	743	730

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907.

(Tabelle XIII)

Die zufolge endgültiger und widerruflicher Aufhebung in Abgang gekommenen Fürsorgezöglinge standen im Alter von										Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug bei den Zöglingen der Spalten 7 bis 9												Von den in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf entlassenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 endgültig in Abgang		Am 31. März 1907 verbleibt ein Bestand an Fürsorgezöglingen aus den Überweisungsjahren 1905, 1904, 1903, 1902 und 1901 [Spalte (3 + 4) − 5]			№
unter 14		14 bis 16		16 bis 18		18 bis 20		20 bis 21		unter 1		1 bis 2		2 bis 3		3 bis 4		4 bis 5		über 5							
Jahren										Jahre																	
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.	
10		11		12		13		14		15		16		17		18		19		20		21		22			
gänge 1905 bis 1901 (summarisch).																											
—	1	1	—	1	3	7	3	31	24	2	—	2	2	8	6	13	15	12	5	3	3	2	3	1159	628	1787	1.
5	—	4	—	3	—	18	5	40	21	9	—	9	—	10	7	18	11	22	7	2	1	7	1	840	266	1106	2.
—	—	—	—	3	1	18	10	71	70	3	1	3	2	18	15	29	28	29	25	10	10	22	8	1943	1070	3013	3.
4	2	10	1	17	7	58	25	90	109	15	4	15	5	38	32	47	55	50	35	14	13	39	23	1343	785	2128	4.
1	—	—	—	—	—	1	2	36	35	2	4	4	—	11	8	18	7	2	13	1	5	7	3	800	373	1173	5.
1	1	9	1	6	3	22	5	60	29	3	1	12	3	19	6	25	13	26	15	13	1	20	4	905	314	1219	6.
7	2	4	3	29	19	114	53	123	85	10	2	15	8	52	22	72	56	107	55	21	19	70	28	2709	1122	3831	7.
2	—	1	—	1	—	7	1	70	56	9	1	6	—	19	16	24	19	18	17	5	4	11	2	1378	659	2037	8.
—	—	4	2	—	—	4	3	25	17	4	1	5	2	7	7	8	8	7	3	2	1	7	2	714	361	1075	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	11	27	10.
—	—	1	1	1	—	10	4	64	45	3	1	8	2	13	9	23	16	22	19	7	3	8	—	1272	654	1926	11.
4	2	4	3	9	6	34	13	91	75	8	3	15	6	31	19	42	30	39	32	7	9	22	7	1850	1016	2866	12.
—	—	—	—	—	—	2	—	17	22	2	—	1	—	4	8	6	8	6	3	—	3	3	—	529	292	821	13.
—	1	—	—	—	—	2	2	38	35	1	1	2	3	8	6	17	12	8	9	4	7	8	1	524	257	781	14.
7	1	15	4	18	6	46	13	167	155	12	4	24	8	60	36	71	67	64	49	22	15	35	5	2903	1414	4317	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	5	4	9	16.
31	10	53	15	88	45	343	139	924	778	83	23	121	41	298	197	413	345	412	287	112	94	261	87	18890	9226	28116	
gängen im preußischen Staate.																											
12	4	11	2	5	7	16	10	1	—	24	9	18	12	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	4291	2212	6503	
7	1	16	4	11	4	38	29	37	20	5	1	52	15	51	42	1	—	—	—	—	—	12	5	4099	2044	6143	
2	1	11	2	19	15	65	25	266	258	28	10	19	10	184	123	132	157	—	—	—	—	58	14	3757	1737	5494	
6	1	6	6	19	10	93	25	336	269	19	2	24	4	44	26	225	171	150	108	—	—	91	32	3090	1402	4492	
4	3	9	1	34	9	131	50	284	231	7	1	8	—	16	4	55	16	262	179	112	94	100	36	3653	1831	5484	
31	10	53	15	88	45	343	139	924	778	83	23	121	41	298	197	413	345	412	287	112	94	261	87	18890	9226	28116	

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Von den Fürsorgezöglingen der Spalte 22 waren: am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht		aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt		am 31. März 1907 im Gefängnis pp.		am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen		Von den untergebrachten am 1. in An-													
										überhaupt		a) in den königlichen Erziehungsanstalten: Wabern	Hardehausen	Conradshammer	Steinfeld	St. Martin zu Boppard	Gräfrath	b) in Erziehungsanstalten der Provinzen		c) in anderen kommunalen Erziehungsanstalten	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.									m.	w.	m.	w.
1	2	23		24		25		26		27		28	29	30	31	32	33	34		35			
Noch: a) Gesamtübersicht für die Jahr-																							
1.	Ostpreußen	1111	622	19	2	24	—	5	4	640	355	—	—	—	—	—	—	86	61	—	—		
2.	Westpreußen	762	261	41	4	24	1	13	—	280	154	—	—	35	—	—	—	111	—	—	—		
3.	Brandenburg ohne Berlin	1821	1048	85	19	34	1	3	2	731	422	—	—	—	—	—	—	290	106	—	—		
4.	Berlin	1200	693	105	86	26	1	12	5	461	341	—	—	—	—	—	—	4	1	136	9		
5.	Pommern	735	370	37	3	21	—	7	—	382	198	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—		
6.	Posen	834	301	43	8	21	2	7	3	342	134	—	—	12	—	—	—	261	—	—	—		
7.	Schlesien	2487	1102	104	14	91	3	27	3	1065	441	—	—	—	—	—	—	268	36	82	3		
8.	Sachsen	1306	645	42	8	25	3	5	3	553	311	2	1	—	2	2	—	132	40	—	—		
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	676	353	29	3	4	—	5	5	187	169	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	16	11	—	—	—	—	—	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
11.	Hannover	1214	645	41	3	9	—	8	6	488	260	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—		
12.	Westfalen	1725	990	89	15	22	1	14	10	502	345	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
13.	Bezirksverband Cassel	520	291	5	1	3	—	1	—	178	99	5	—	—	2	3	—	—	—	—	—		
14.	Bezirksverb. Wiesbaden	493	249	24	6	5	—	2	2	235	143	3	—	—	15	2	—	3	—	—	—		
15.	Rheinprovinz	2652	1370	179	15	34	—	38	29	1257	783	—	46	—	121	32	33	192	25	—	—		
16.	Hohenzollern	4	4	1	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—		
	Summe	17556	8955	844	187	343	12	147	72	7306	4158	10	49	47	141	39	33	1347	271	218	12		
Noch: b) Übersicht nach Einzeljahr-																							
Überweisungsjahr	1905	4066	2144	126	34	50	7	49	27	2715	1509	3	29	21	74	12	16	450	80	75	3		
	1904	3791	1979	185	47	76	—	47	18	1777	1060	—	14	13	29	14	6	334	58	54	3		
	1903	3436	1672	209	53	86	1	26	11	1223	707	1	2	2	17	6	5	247	58	39	2		
	1902	2865	1358	137	32	73	4	15	8	831	469	5	1	7	12	5	3	162	51	32	1		
	1901	3398	1802	187	21	58	—	10	8	760	413	1	3	4	9	2	3	154	24	18	3		
	Summe	17556	8955	844	187	343	12	147	72	7306	4158	10	49	47	141	39	33	1347	271	218	12		

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIII)

Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich 31. März 1907

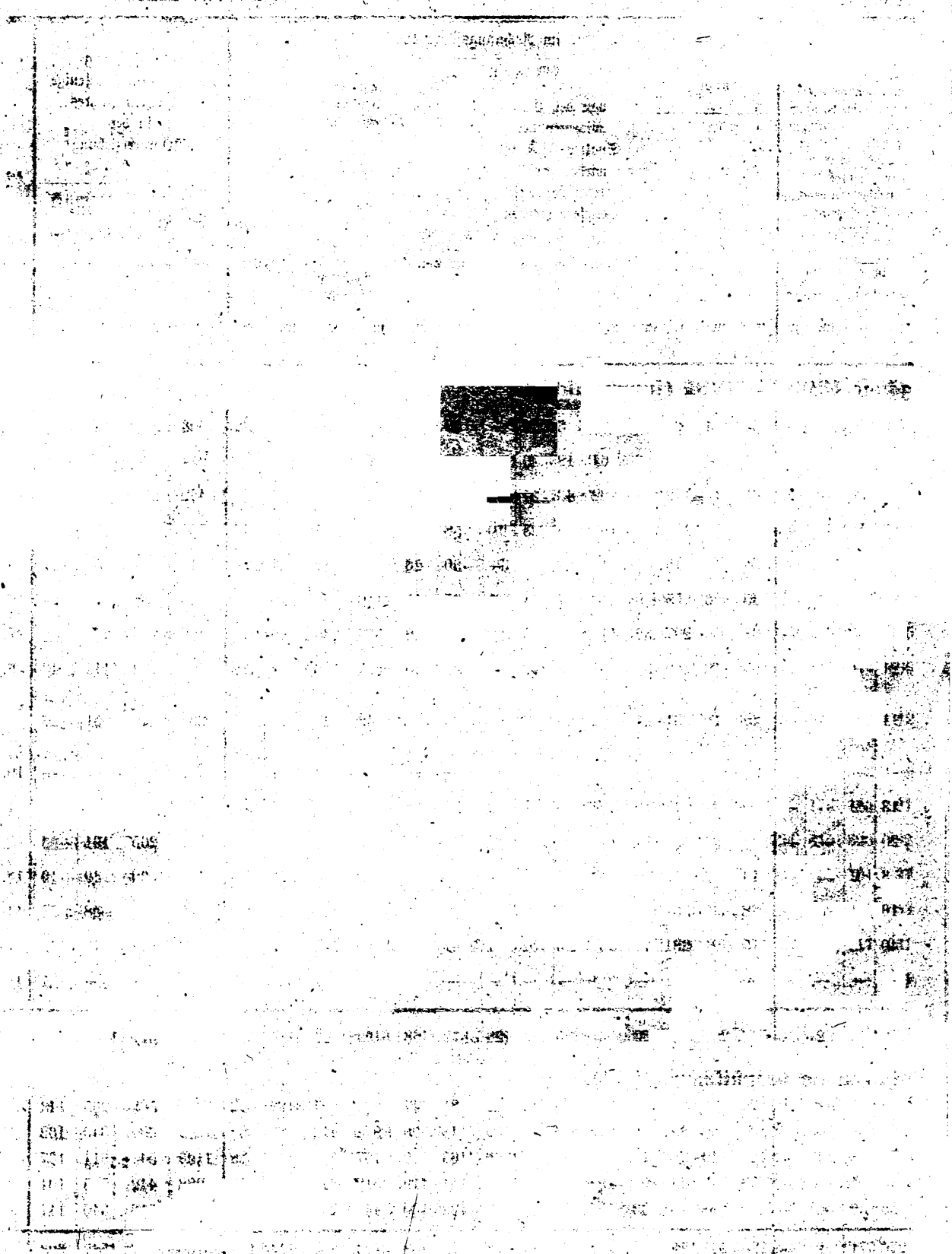
stalten										2. in fremden Familien														
												a) als Pflegling								b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		
														und zwar										
d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten		f) in Anstalten für Heilung und Krankenpflege		g) in Idioten- bezw. in Irrenanstalten		h) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		über haupt		über haupt		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt						№
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
36		37		38		39		40		41		42		43		44		45		46				
gänge 1905 bis 1901 (summarisch).																								
—	—	531	284	11	5	11	4	1	1	451	263	61	68	50	57	11	11	130	—	260	195	1.
39	—	85	148	7	5	3	—	—	1	478	106	44	23	36	22	8	1	142	—	292	83	2.
—	—	415	299	5	7	21	10	—	—	1069	612	242	175	201	142	41	33	273	2	554	435	3.
—	—	286	308	27	19	7	4	1	—	648	305	76	53	54	39	22	14	357	1	215	251	4.
—	—	374	193	7	3	1	—	—	—	336	159	38	34	30	29	8	5	136	—	162	125	5.
—	—	53	133	7	—	9	1	—	—	492	166	134	56	98	47	36	9	157	—	201	110	6.
—	—	690	390	14	10	11	1	—	1	1417	656	222	180	202	161	20	19	414	—	781	476	7.
—	—	399	250	14	15	2	4	—	—	736	323	108	66	95	58	13	8	331	1	297	256	8.
—	—	180	166	1	1	6	2	—	—	483	177	216	79	120	56	96	23	97	—	170	98	9.
—	—	3	1	—	—	—	—	—	—	13	10	7	8	4	8	3	—	2	—	4	2	10.
—	—	469	246	10	7	6	6	1	1	700	375	230	141	182	115	48	26	208	2	262	232	11.
—	—	475	328	16	9	10	8	1	—	1193	622	340	271	300	244	40	27	450	8	403	343	12.
—	—	158	80	3	3	7	10	3	3	337	190	148	95	133	87	15	8	124	—	65	95	13.
—	—	201	132	8	5	4	4	1	—	231	97	64	39	60	31	4	8	108	4	59	54	14.
—	—	851	675	26	14	17	3	4	1	1377	580	346	211	298	193	48	18	688	9	343	360	15.
—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	2	2	2	1	1	1	1	—	—	—	—	1	16.
39	—	5171	3635	156	103	115	57	12	8	9963	4643	2278	1500	1864	1290	414	210	3617	27	4068	3116	
gängen im preußischen Staate.																								
11	—	1983	1368	42	19	24	10	3	1	1311	612	525	329	458	294	67	35	342	2	444	281			
17	—	1256	933	35	31	24	14	1	1	1952	873	513	274	426	245	87	29	661	4	778	595			
7	—	845	607	31	16	28	11	4	2	2154	936	410	249	334	212	76	37	857	5	887	682			
3	—	569	380	22	17	15	9	2	3	1971	857	271	206	207	169	64	37	819	4	881	647			
1	—	518	347	26	20	24	13	2	1	2575	1365	559	442	439	370	120	72	938	12	1078	911			
39	—	5171	3635	156	103	115	57	12	8	9963	4643	2278	1500	1864	1290	414	210	3617	27	4068	3116			

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Noch: Von den untergebrachten Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich am 31. März 1907																					
		3. in der eigenen Familie										noch in der 1. Pflegestelle				bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle							
		a) als Pflegling						b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		und zwar				und zwar							
		überhaupt		überhaupt		und zwar: 14 Jahre und darunter alt		und zwar: über 14 Jahre alt				nur in Anstalten		nur in Familien		nur in Anstalten		nur in Familien		nur in einer Anstalt und nur einer Familie		in verschiedenen Anstalten und Familien	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	47		48		49		50		51		52		53		54		55		56		57		58	
Noch: a) Gesamtübersicht für die Jahr-																									
1.	Ostpreußen	20	4	18	4	5	2	13	2	1	—	1	—	482	255	58	56	80	48	15	20	271	103	205	140
2.	Westpreußen	4	1	4	1	—	—	4	1	—	—	—	—	201	135	39	29	12	5	16	11	330	48	164	33
3.	Brandenburg ohne Berlin	21	14	19	13	10	3	9	10	1	—	1	1	535	311	181	154	61	38	85	69	524	196	435	280
4.	Berlin	91	47	91	47	6	16	85	31	—	—	—	—	114	107	20	11	186	104	19	15	234	111	627	345
5.	Pommern	17	13	15	13	2	1	13	12	2	—	—	—	337	140	57	34	7	14	21	21	212	101	101	60
6.	Posen	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	196	96	162	64	30	6	93	54	236	38	117	43
7.	Schlesien	5	5	3	5	1	5	2	—	2	—	—	—	788	352	135	157	51	16	71	54	845	268	597	255
8.	Sachsen	17	11	9	8	2	—	7	8	5	—	3	3	412	193	120	64	50	42	110	67	340	144	274	135
9.	Schleswig-Holst. Provinzialverband	6	7	6	7	2	3	4	4	—	—	—	—	120	123	195	71	6	11	162	62	110	44	83	42
10.	Lauenburg. Kreiskommunalverband	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	6	7	—	—	4	2	1	1	2	—
11.	Hannover	26	10	20	10	4	—	16	10	6	—	—	—	372	188	183	126	44	19	55	42	375	176	185	94
12.	Westfalen	30	23	23	18	8	10	15	8	—	1	7	4	281	221	15	16	73	52	2	4	734	415	620	282
13.	Bezirksverb. Cassel	5	2	3	2	—	—	3	2	2	—	—	—	121	70	141	90	11	7	60	34	123	53	64	37
14.	Bzksv. Wiesbaden	27	9	24	9	2	1	22	8	1	—	2	—	142	87	56	30	21	23	23	18	125	38	126	53
15.	Rheinprovinz	18	7	11	5	1	1	10	4	4	—	3	2	779	574	247	186	174	91	96	82	739	206	617	231
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	1	—	1	1	—	2	—	—	1
	Summe	287	154	246	143	43	42	203	101	24	1	17	10	4884	2854	1615	1096	806	477	833	555	5201	1942	4217	2031
Noch: b) Übersicht nach Einzeljahr-																									
Überweisungsjahr	1905	40	23	34	21	10	3	24	18	4	—	2	2	2286	1318	399	251	278	122	40	38	806	316	257	99
	1904	62	46	56	43	17	17	39	26	3	—	3	3	1277	740	377	198	184	165	105	62	1237	490	611	324
	1903	59	29	52	27	9	7	43	20	3	—	4	2	718	420	257	173	157	90	116	92	1250	461	938	436
	1902	63	32	53	29	3	7	50	22	6	—	4	3	361	225	194	154	87	53	179	97	978	312	1066	517
	1901	63	24	51	23	4	8	47	15	8	1	4	—	242	151	388	320	100	47	393	266	930	363	1345	655
	Summe	287	154	246	143	43	42	203	101	24	1	17	10	4884	2854	1615	1096	806	477	833	555	5201	1942	4217	2031

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIII)

Von den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905 entwichenen bezw. im Gefängnis gewesenen Zöglingen sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 zurückgekehrt bezw. wieder eingeliefert worden				Es sind im Rechnungsjahre 1906														Die Führung hat sich gegen diejenige des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung				Nr.
				entwichen				von den Entwichenen der Spalten 61 u. 62 wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				aus der Familienpflege bezw. Gesindedienst oder Lehre pp. in Anstaltspflege gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		aus der Anstaltspflege in Familienpflege, Gesindedienst oder Lehre pp. gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		gerichtlich bestraft worden		gebessert		verschlechtert		
in Anstalten		in Familien		aus Anstalten		aus Familien		in Anstalten		in Familien								bei				
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
59		60		61		62		63		64		65		66		67		68		69		
gänge 1905 bis 1901 (summarisch).																						
9	1	—	—	25	4	22	2	26	3	4	—	40	35	192	123	39	2	303	139	40	17	1.
12	—	—	—	26	7	85	8	64	12	10	2	47	13	177	41	39	3	224	66	45	10	2.
24	11	—	—	65	19	112	44	82	43	17	5	61	61	366	220	62	11	492	278	122	72	3.
27	21	—	—	126	71	158	119	167	106	23	10	58	47	373	215	46	14	294	191	65	53	4.
18	6	—	—	36	14	15	7	16	18	2	—	30	26	123	80	24	7	218	94	54	22	5.
19	3	1	—	45	6	55	9	40	7	18	1	37	17	110	37	42	3	323	88	74	27	6.
43	7	—	—	37	6	207	32	149	29	15	1	107	48	576	233	138	16	866	348	251	88	7.
21	4	1	—	65	19	89	38	87	52	22	—	46	45	229	123	54	12	435	212	113	43	8.
11	2	—	—	39	18	31	14	32	28	22	3	23	16	48	41	12	1	234	109	51	28	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	3	3	—	—	10.
13	2	—	—	83	11	43	16	84	23	5	2	37	38	206	93	54	9	424	251	121	56	11.
20	—	—	—	65	24	155	15	131	25	14	1	61	40	429	176	80	14	582	265	191	93	12.
3	2	—	—	13	2	13	2	14	3	8	—	18	11	69	30	16	1	162	90	49	19	13.
10	4	—	—	28	5	37	10	44	10	3	2	26	25	87	43	13	1	165	79	58	22	14.
40	8	—	—	175	21	231	17	230	26	52	1	81	46	508	147	94	11	1033	463	313	142	15.
—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2	1	—	1	16.
270	71	2	—	828	227	1254	333	1167	385	215	28	672	468	3493	1604	714	105	5760	2677	1547	693	
gängen im preußischen Staate.																						
46	11	—	—	273	88	154	44	265	98	24	5	81	44	826	281	126	32	1119	569	265	143	
66	14	—	—	191	62	294	99	278	113	47	9	148	96	974	472	168	31	1284	637	343	162	
59	23	1	—	157	40	288	94	233	82	40	9	163	109	737	384	148	19	1199	541	314	137	
46	14	—	—	97	19	253	63	197	57	52	3	141	119	512	241	118	13	988	412	285	104	
53	9	1	—	110	18	265	33	194	35	52	2	139	100	444	226	154	10	1170	518	340	147	
270	71	2	—	828	227	1254	333	1167	385	215	28	672	468	3493	1604	714	105	5760	2677	1547	693	



Übersichten

über

den Bestand und die Unterbringung der in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, 1902 und 1901 der Fürsorgeerziehung überwiesenen Jugendlichen innerhalb der Provinzen, getrennt nach dem Religionsbekenntnisse und den Jahren der Überweisung.

(Tabelle XIV bis XVI.)

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Am 31. März 1906 verblieb ein Bestand von Fürsorgezöglingen				Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind von den widerruflich entlassenen Fürsorgezöglingen früherer Rechnungsjahre wieder in Zugang gekommen		Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind in Abgang gekommen											
								überhaupt			und zwar								
											durch Tod		widerruflich entlassen		endgültig entlassen		zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres		
													vor Ablauf der Minderjährigkeit						
		aus dem Überweisungsjahre	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
1	2	3				4		5			6		7		8		9		
	A. Evan-																		
1.	Ostpreußen	1905	198	116	314	—	—	3	3	6	2	2	—	—	1	1	—	—	
		1904	230	122	352	—	—	3	2	5	2	—	1	—	—	1	—	1	
		1903	225	139	364	—	—	12	15	27	1	2	1	—	1	2	9	11	
		1902	164	102	266	—	—	14	7	21	—	2	1	1	4	—	9	4	
		1901	240	116	356	—	—	9	6	15	1	—	5	—	—	1	3	5	
	Zus. (1905—1901)	—	**1057**	**595**	**1652**	—	—	**41**	**33**	**74**	**6**	**6**	**8**	**1**	**6**	**5**	**21**	**21**	
2.	Westpreußen	1905	82	38	120	—	—	3	1	4	—	1	3	—	—	—	—	—	
		1904	86	25	111	1	—	4	—	4	—	—	4	—	—	—	—	—	
		1903	64	22	86	1	—	3	3	6	1	—	2	—	—	—	—	3	
		1902	77	16	93	—	—	11	4	15	—	—	3	2	—	—	8	2	
		1901	104	32	136	1	1	11	3	14	—	—	2	—	2	—	7	3	
	Zus. (1905—1901)	—	**413**	**133**	**546**	**3**	**1**	**32**	**11**	**43**	**1**	**1**	**14**	**2**	**2**	**—**	**15**	**8**	
3.	Brandenburg ohne Berlin	1905	389	260	649	—	—	1	3	4	1	1	—	1	—	1	—	—	
		1904	402	217	619	1	—	5	4	9	—	1	3	2	1	—	1	1	
		1903	395	221	616	—	—	25	23	48	1	—	5	—	2	—	17	23	
		1902	366	181	547	—	1	34	20	54	1	—	4	1	4	—	25	19	
		1901	324	192	516	—	1	22	27	49	2	—	8	—	—	7	12	20	
	Zus. (1905—1901)	—	**1876**	**1071**	**2947**	**1**	**2**	**87**	**77**	**164**	**5**	**2**	**20**	**4**	**7**	**8**	**55**	**63**	
4.	Berlin	1905	374	212	586	—	—	15	8	23	3	1	7	7	5	—	—	—	
		1904	268	187	455	4	—	10	11	21	—	1	7	4	2	4	1	2	
		1903	267	207	474	3	1	47	49	96	—	2	17	4	4	5	26	38	
		1902	221	141	362	1	—	49	38	87	1	—	12	2	9	4	27	32	
		1901	188	102	290	—	1	39	33	72	—	1	12	3	9	7	18	22	
	Zus. (1905—1901)	—	**1318**	**849**	**2167**	**8**	**2**	**160**	**139**	**299**	**4**	**5**	**55**	**20**	**29**	**20**	**72**	**94**	

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Die zufolge endgültiger und widerruflicher Aufhebung in Abgang gekommenen Fürsorgezöglinge standen im Alter von										Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug bei den Zöglingen der Spalten 7 bis 9												Von den in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf entlassenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 endgültig in Abgang		Am 31. März 1907 verbleibt ein Bestand von Fürsorgezöglingen				№
unter 14		14 bis 16		16 bis 18		18 bis 20		20 bis 21		unter 1		1 bis 2		2 bis 3		3 bis 4		4 bis 5		über 5								
Jahren										Jahre																		
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.	aus dem Überweisungsjahre	
10		11		12		13		14		15		16		17		18		19		20		21		22				
gelische.																												
—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	195	113	308	1905	
—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	1	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	227	120	347	1904	
—	—	—	—	1	1	1	1	9	11	1	—	—	—	6	3	4	10	—	—	—	—	—	1	213	124	337	1903	1.
—	—	1	—	—	—	2	1	11	4	—	—	—	—	—	—	8	2	6	3	—	—	2	1	150	95	245	1902	
—	—		—	—	1	3	—	5	5	1	—	—	—	—	—	—	1	4	2	3	3	—	1	231	110	341	1901	
—	1	1	—	1	2	7	3	26	21	2	—	2	1	6	5	12	13	10	5	3	3	2	3	1016	562	1578	—	
—	—	1	—	1	—	1	—	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	79	37	116	1905	
1	—	1	—	—	—	2	—	—	—	—	—	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	83	25	108	1904	
—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	—	—	—	—	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	62	19	81	1903	2.
1	—	—	—	—	—	2	2	8	2	1	—	—	—	—	—	8	3	2	1	—	—	4	—	66	12	78	1902	
—	—	—	—	—	—	2	—	9	3	1	—	—	—	—	—	1	—	8	2	1	1	1	—	94	30	124	1901	
2	—	2	—	1	—	7	2	19	8	4	—	3	—	4	3	9	3	10	3	1	1	5	—	384	123	507	—	
—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	388	257	645	1905	
—	—	—	—	—	—	2	2	3	1	—	—	1	1	3	2	1	—	—	—	—	—	1	—	398	213	611	1904	
—	—	—	—	—	—	3	—	21	23	2	—	—	—	8	12	14	11	—	—	—	—	4	1	370	198	568	1903	3.
—	—	—	—	3	—	1	1	29	19	—	—	2	—	4	—	13	14	14	6	—	—	8	1	332	162	494	1902	
—	—	—	—	—	1	8	5	12	21	1	—	—	—	—	1	—	—	9	17	10	9	7	6	302	166	468	1901	
—	—	—	—	3	1	14	10	65	64	3	1	3	2	15	15	28	25	23	23	10	9	20	8	1790	996	2786	—	
3	1	3	—	2	3	4	3	—	—	5	3	5	2	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	359	204	563	1905	
—	—	1	—	2	—	4	6	3	4	1	—	1	—	8	10	—	—	—	—	—	—	2	2	262	176	438	1904	
1	—	5	—	3	3	8	4	30	40	7	1	4	3	23	16	13	27	—	—	—	—	4	4	223	159	382	1903	4.
—	—	—	—	3	1	13	4	32	33	—	—	3	—	1	3	23	21	21	14	—	—	16	7	173	103	276	1902	
—	1	—	—	5	—	15	6	19	25	1	—	—	—	1	—	4	3	21	17	12	12	13	8	149	70	219	1901	
4	2	9	—	15	7	44	23	84	102	14	4	13	5	35	31	40	51	42	31	12	12	35	21	1166	712	1878	—	

Fortsetzung siehe Seiten 112 u. 113.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903,

nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Am 31. März 1906 verblieb ein Bestand von Fürsorgezöglingen: aus dem Überweisungsjahre				Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind von den widerruflich entlassenen Fürsorgezöglingen früherer Rechnungsjahre wieder in Zugang gekommen		Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind in Abgang gekommen: überhaupt			und zwar durch Tod		widerruflich entlassen vor Ablauf der Minderjährigkeit		endgültig entlassen vor Ablauf der Minderjährigkeit		zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres	
			m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3				4		5			6		7		8		9	
	A. Evan=																	
5.	Pommern	1905	154	86	240	—	—	2	—	2	1	—	1	—	—	—	—	—
		1904	136	69	205	—	—	2	1	3	1	—	1	—	—	1	—	1
		1903	161	77	238	—	—	19	13	32	2	—	2	—	1	—	14	12
		1902	154	76	230	—	—	13	12	25	1	—	1	1	—	—	11	11
		1901	213	93	306	—	—	8	11	19	1	—	—	—	—	—	7	11
	Zus. (1905—1901)	—	**818**	**401**	**1219**	—	—	**44**	**37**	**81**	**6**	—	**5**	**1**	**1**	**1**	**32**	**35**
6.	Posen	1905	54	30	84	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	49	15	64	—	—	4	1	5	—	—	3	1	1	—	—	—
		1903	55	24	79	—	—	7	6	13	—	—	3	2	1	2	3	2
		1902	46	31	77	1	—	5	10	15	—	—	—	2	—	—	5	8
		1901	57	23	80	—	—	11	5	16	—	—	5	1	2	1	4	3
	Zus. (1905—1901)	—	**261**	**123**	**384**	**1**	—	**27**	**22**	**49**	—	—	**11**	**6**	**4**	**3**	**12**	**13**
7.	Schlesien	1905	202	105	307	—	—	3	4	7	1	1	2	3	—	—	—	—
		1904	188	106	294	—	—	10	3	13	—	—	5	2	5	1	—	—
		1903	201	87	288	—	—	20	14	34	—	—	10	4	4	3	6	7
		1902	245	85	330	—	—	33	25	58	—	—	16	8	4	2	13	15
		1901	222	119	341	—	—	29	21	50	1	—	16	10	5	4	7	7
	Zus. (1905—1901)	—	**1058**	**502**	**1560**	—	—	**95**	**67**	**162**	**2**	**1**	**49**	**27**	**18**	**10**	**26**	**29**
8.	Sachsen	1905	283	141	424	—	—	1	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—
		1904	261	153	414	—	—	6	3	9	1	—	4	1	1	1	—	1
		1903	258	116	374	—	—	27	13	40	1	—	1	—	1	—	24	13
		1902	219	128	347	—	—	20	24	44	1	—	7	—	2	—	10	24
		1901	292	130	422	—	—	26	12	38	1	—	2	—	2	—	21	12
	Zus. (1905—1901)	—	**1313**	**668**	**1981**	—	—	**80**	**52**	**132**	**4**	—	**14**	**1**	**7**	**1**	**55**	**50**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Die zufolge endgültiger und widerruflicher Aufhebung in Abgang gekommenen Fürsorgezöglinge standen im Alter von					Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug bei den Zöglingen der Spalten 7 bis 9						Von den in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf entlassenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1905 endgültig in Abgang		Am 31. März 1907 verbleibt ein Bestand von Fürsorgezöglingen			aus dem Überweisungsjahre	№
unter 14	14 bis 16	16 bis 18	18 bis 20	20 bis 21	unter 1	1 bis 2	2 bis 3	3 bis 4	4 bis 5	über 5							
Jahren					Jahre												
m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m.	w.	m.	w.	zus.		
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21		22				
gelische.																	
1 — —	— —	— —	— —	— —	1 — —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	152	86	238	1905	
— — —	— —	— —	— —	— 1 1	— — 1	— —	1 —	— —	— —	— —	—	—	134	68	202	1904	
— — —	— —	— —	— 1 17	12	1 4 1	— 10	7 5	2 —	— —	— —	1	—	142	64	206	1903	5.
— — —	— —	— —	1 1 11	11	— — 1	— 1	— 8	5 2	7 —	— —	2	2	141	64	205	1902	
— — —	— —	— —	— 7	11	— — 1	— —	— 5	— —	6 1	5	4	1	205	82	287	1901	
1 — — — —	**— 1**	**2 36**	**35**		**2 4 4**	**— 11**	**8 18**	**7 2**	**13 1**	**5**	**7**	**3**	**774**	**364**	**1138**	**—**	
— — — — —	— —	— —	— —	— —	— — —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	54	30	84	1905	
— — 2 — —	— 2	1 —	—		— — 2	1 2	— —	— —	— —	— —	—	—	45	14	59	1904	
1 — 2 — —	1 —	1 4	4		— — —	— 5	1 2	5 —	— —	—	1	3	48	18	66	1903	6.
— — — — —	— —	2 5	8		1 — 1	— —	2 3	4 —	4 —	—	2	1	42	21	63	1902	
— — 1 — 1	1 3	— 6	4		— — —	— —	— 1	1 4	3 6	1	4	—	46	18	64	1901	
1 — 5 — 1	**2 5**	**4 15**	**16**		**1 — 3**	**1 7**	**3 6**	**10 4**	**7 6**	**1**	**7**	**4**	**235**	**101**	**336**	**—**	
1 1 — — —	1 1	1 —	—		— 1 2	2 —	— —	— —	— —	—	—	—	199	101	300	1905	
2 1 — — 1	— 3	— 4	2		1 — 4	1 5	2 —	— —	— —	—	2	1	178	103	281	1904	
— — — — 2	1 7	3 11	10		2 — —	1 12	5 6	8 —	— —	—	3	2	181	73	254	1903	7.
2 — 1 2 1	4 13	2 16	17		2 — —	— 2	1 12	14 17	10 —	—	12	7	212	60	272	1902	
— — 2 — 2	3 15	9 9	9		— — —	— 2	— 5	2 16	12 5	7	10	7	193	98	291	1901	
5 2 3 2 6	**9 39**	**15 40**	**38**		**5 1 6**	**4 21**	**8 23**	**24 33**	**22 5**	**7**	**27**	**17**	**963**	**435**	**1398**	**—**	
1 — — — —	— —	— —	—		1 — —	— —	— —	— —	— —	—	—	—	282	141	423	1905	
— — — — —	2 1	3 2			2 — 3	— —	3 —	— —	— —	—	—	—	255	150	405	1904	
— — — — —	1 —	25 13			4 1 1	— 15	7 6	5 —	— —	—	2	—	231	103	334	1903	8.
1 — 1 — 1	— 3	— 13	24		1 — 1	— 2	6 10	12 5	6 —	—	3	—	199	104	303	1902	
— — — — —	— 1	— 24	12		— — 1	— 2	— 7	1 11	8 4	3	6	1	266	118	384	1901	
2 — 1 — 1	**— 7**	**1 65**	**51**		**8 1 6**	**— 19**	**16 23**	**18 16**	**14 4**	**3**	**11**	**1**	**1233**	**616**	**1849**	**—**	

Fortsetzung siehe Seiten 114 u. 115.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903,

nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband		Am 31. März 1906 verblieb ein Bestand von Fürsorgezöglingen: aus dem Überweisungsjahre				Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind von den widerruflich entlassenen Fürsorgezöglingen früherer Rechnungsjahre wieder in Zugang gekommen		Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind in Abgang gekommen: überhaupt			und zwar durch Tod		vor Ablauf der Minderjährigkeit widerruflich entlassen		vor Ablauf der Minderjährigkeit endgültig entlassen		zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres	
				m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		3				4		5			6		7		8		9	
	A. Evan=																		
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband		1905	152	91	243	—	—	3	—	3	1	—	1	—	1	—	—	—
			1904	138	85	223	—	—	4	5	9	2	1	1	—	1	4	—	—
			1903	136	68	204	—	—	12	5	17	—	—	1	—	—	—	11	5
			1902	147	55	202	—	—	9	7	16	—	—	2	—	—	—	7	7
			1901	135	71	206	—	—	6	6	12	—	—	3	—	—	2	3	4
	Zus. (1905—1901)		—	**708**	**370**	**1078**	—	—	**34**	**23**	**57**	**3**	**1**	**8**	—	**2**	**6**	**21**	**16**
10.	Lauenburgischer-Kreiskommunalverband		1905	5	5	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			1904	2	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			1903	2	2	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			1902	2	3	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
			1901	5	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)		—	**16**	**11**	**27**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover		1905	236	123	359	—	—	—	2	2	—	1	—	—	—	1	—	—
			1904	208	120	328	—	—	4	2	6	2	1	1	1	1	—	—	—
			1903	249	127	376	—	—	18	17	35	3	3	2	1	4	1	9	12
			1902	180	95	275	—	—	22	18	40	—	1	4	1	2	1	16	15
			1901	248	138	386	—	—	27	15	42	2	3	6	—	—	—	19	12
	Zus. (1905—1901)		—	**1121**	**603**	**1724**	—	—	**71**	**54**	**125**	**7**	**9**	**13**	**3**	**7**	**3**	**44**	**39**
12.	Westfalen		1905	224	142	366	—	—	2	2	4	—	—	2	2	—	—	—	—
			1904	221	126	347	—	—	10	5	15	2	—	8	2	—	—	—	3
			1903	206	106	312	1	1	16	22	38	—	—	8	3	3	—	5	19
			1902	144	63	207	—	—	18	10	28	—	—	3	—	1	—	14	10
			1901	251	112	363	1	—	31	22	53	1	—	18	6	—	—	12	16
	Zus. (1905—1901)		—	**1046**	**549**	**1595**	**2**	**1**	**77**	**61**	**138**	**3**	—	**39**	**13**	**4**	—	**31**	**48**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Die zufolge endgültiger und widerruflicher Aufhebung in Abgang gekommenen Fürsorgezöglinge standen im Alter von										Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug bei den Zöglingen der Spalten 7 bis 9										Von den in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf entlassenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1905 endgültig in Abgang		Am 31. März 1907 verbleibt ein Bestand von Fürsorgezöglingen				№
unter 14		14 bis 16		16 bis 18		18 bis 20		20 bis 21		unter 1		1 bis 2		2 bis 3		3 bis 4		4 bis 5		über 5							
Jahren										Jahre																	
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.	aus dem Überweisungsjahre	
10		11		12		13		14		15		16		17		18		19		20		21		22				
gelische.																												
—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	149	91	240	1905	
—	—	—	2	—	—	—	1	2	1	—	—	1	1	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	134	80	214	1904	
—	—	—	—	—	—	1	—	11	5	2	—	2	—	5	1	3	4	—	—	—	—	3	—	124	63	187	1903	9.
—	—	1	—	—	—	1	—	7	7	1	1	1	1	1	3	3	2	3	—	—	—	1	1	138	48	186	1902	
—	—	2	—	—	—	1	2	3	4	—	—	—	—	—	—	—	2	4	3	2	1	2	1	129	65	194	1901	
—	—	**4**	**2**	—	—	**4**	**3**	**23**	**17**	**4**	**1**	**5**	**2**	**7**	**7**	**6**	**8**	**7**	**3**	**2**	**1**	**6**	**2**	**674**	**347**	**1021**	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5	10	1905	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	3	1904	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	4	1903	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	5	1902	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	5	1901	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**16**	**11**	**27**	—	
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	236	121	357	1905	
—	—	1	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	2	—	204	118	322	1904	
—	—	—	—	—	—	2	2	13	12	1	—	1	—	7	7	6	7	—	—	—	—	—	—	231	110	341	1903	11.
—	—	—	—	—	—	3	1	19	16	1	—	3	1	1	—	12	7	5	9	—	—	3	—	158	77	235	1902	
—	—	—	—	—	—	4	—	21	12	—	—	1	—	2	—	3	—	13	9	6	3	1	—	221	123	344	1901	
—	—	**1**	**1**	—	—	**9**	**4**	**54**	**40**	**2**	**1**	**5**	**2**	**12**	**7**	**21**	**14**	**18**	**18**	**6**	**3**	**6**	—	**1050**	**549**	**1599**	—	
2	—	—	1	—	1	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	222	140	362	1905	
—	—	—	—	—	—	6	2	2	3	—	—	2	2	6	3	—	—	—	—	—	—	1	—	211	121	332	1904	
—	—	—	—	2	5	—	11	20	3	—	—	—	8	7	5	15	—	—	—	—	—	6	—	191	85	276	1903	12.
—	—	—	1	—	3	—	14	10	—	—	1	—	1	—	8	4	8	6	—	—	—	2	2	126	53	179	1902	
1	1	1	—	2	—	12	3	14	18	—	—	1	—	2	2	13	1	14	12	—	7	4	2	221	90	311	1901	
3	**1**	**1**	**1**	**3**	**3**	**26**	**5**	**41**	**51**	**4**	**1**	**5**	**3**	**17**	**12**	**26**	**20**	**22**	**18**	—	**7**	**13**	**4**	**971**	**489**	**1460**	—	

Fortsetzung siehe Seiten 116 u. 117.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Am 31. März 1906 verblieb ein Bestand von Fürsorgezöglingen: aus dem Überweisungsjahre	m.	w.	zus.	Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind von den widerruflich entlassenen Fürsorgezöglingen früherer Rechnungsjahre wieder in Zugang gekommen: m.	w.	Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind in Abgang gekommen: überhaupt m.	w.	zus.	durch Tod m.	w.	und zwar: widerruflich entlassen vor Ablauf der Minderjährigkeit m.	w.	endgültig entlassen vor Ablauf der Minderjährigkeit m.	w.	zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres m.	w.
1	2	3				4		5			6		7		8		9	
A. Evan-																		
13.	Bezirksverband Cassel	1905	91	46	137	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	85	41	126	—	—	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—
		1903	97	60	157	—	—	3	10	13	—	—	—	—	—	—	3	10
		1902	85	59	144	—	—	9	3	12	—	—	—	—	1	—	8	3
		1901	101	56	157	—	—	5	5	10	1	—	—	—	1	—	3	5
	Zus. (1905—1901)	—	**459**	**262**	**721**	—	—	**18**	**18**	**36**	**2**	—	—	—	**2**	—	**14**	**18**
14.	Bezirksverb. Wiesbaden	1905	76	36	112	—	—	1	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—
		1904	79	30	109	—	—	1	1	2	1	—	—	—	—	1	—	—
		1903	71	40	111	—	—	9	5	14	1	—	1	—	—	—	7	5
		1902	56	27	83	—	—	6	9	15	—	—	1	—	—	—	5	9
		1901	46	36	82	—	—	4	6	10	—	—	—	—	2	1	2	5
	Zus. (1905—1901)	—	**328**	**169**	**497**	—	—	**21**	**21**	**42**	**2**	—	**3**	—	**2**	**2**	**14**	**19**
15.	Rheinprovinz	1905	233	118	351	—	—	1	1	2	—	1	1	—	—	—	—	—
		1904	259	131	390	—	—	7	4	11	2	—	3	3	2	1	—	—
		1903	209	100	309	—	—	23	18	41	—	1	8	3	2	—	13	14
		1902	146	76	222	—	—	24	14	38	—	—	7	1	1	2	16	11
		1901	200	129	329	—	1	25	19	44	—	1	9	1	1	—	15	17
	Zus. (1905—1901)	—	**1047**	**554**	**1601**	—	**1**	**80**	**56**	**136**	**2**	**3**	**28**	**8**	**6**	**3**	**44**	**42**
16.	Staat	1905	2753	1549	4302	—	—	35	24	59	9	8	18	13	8	3	—	—
		1904	2612	1328	4040	6	—	71	42	113	14	4	41	16	14	14	2	9
		1903	2596	1396	3992	5	2	241	213	454	10	8	61	17	23	13	147	174
		1902	2252	1138	3390	2	1	267	201	468	4	3	61	19	28	9	174	170
		1901	2626	1449	3975	2	4	253	191	444	10	5	86	21	24	23	133	142
	Summe	—	**12839**	**6860**	**19699**	**15**	**7**	**867**	**671**	**1538**	**47**	**28**	**267**	**86**	**97**	**62**	**456**	**495**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Die zufolge endgültiger und widerruflicher Aufhebung in Abgang gekommenen Fürsorgezöglinge standen im Alter von										Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug bei den Zöglingen der Spalten 7 bis 9												Von den in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf entlassenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 endgültig in Abgang		Am 31. März 1907 verbleibt ein Bestand von Fürsorgezöglingen				Nr.
unter 14		14 bis 16		16 bis 18		18 bis 20		20 bis 21		unter 1		1 bis 2		2 bis 3		3 bis 4		4 bis 5		über 5								
Jahren										Jahre																		
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.	aus dem Überweisungsjahre	
10		11		12		13		14		15		16		17		18		19		20		21		22				
gelische.																												
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	91	46	137	1905	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	84	41	125	1904	
—	—	—	—	—	—	—	—	3	10	—	—	—	—	2	6	1	4	—	—	—	—	1	—	94	50	144	1903	13.
—	—	—	—	—	—	1	—	8	3	2	—	—	—	2	—	3	3	2	—	—	—	—	—	76	56	132	1902	
—	—	—	—	—	—	1	—	3	5	—	—	—	—	—	—	1	—	3	2	—	3	1	—	96	51	147	1901	
—	—	—	—	—	**2**	—	**14**	**18**	**2**	—	—	—	**4**	**6**	**5**	**7**	**5**	**2**	—	**3**	**2**	—	**441**	**244**	**685**	—	
—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75	36	111	1905	
—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	78	29	107	1904	
—	—	—	—	—	—	1	—	7	5	—	—	2	—	1	3	5	2	—	—	—	—	2	—	62	35	97	1903	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	6	9	—	—	—	—	—	—	3	5	3	4	—	—	1	—	50	18	68	1902	
—	—	—	—	—	—	—	—	4	6	—	—	—	—	—	—	1	—	1	2	2	4	2	1	42	30	72	1901	
—	—	—	—	—	**2**	**1**	**17**	**20**	**1**	—	**2**	**1**	**1**	**3**	**9**	**7**	**4**	**6**	**2**	**4**	**5**	**1**	**307**	**148**	**455**	—	
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	232	117	349	1905	
1	—	1	—	1	—	—	2	2	2	—	—	3	1	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	252	127	379	1904	
—	—	1	2	2	—	4	—	16	15	2	—	1	—	15	10	5	7	—	—	—	—	5	1	186	82	268	1903	15.
—	—	—	1	—	—	5	—	19	13	1	—	—	1	2	2	13	10	8	1	—	—	8	1	122	62	184	1902	
—	—	—	—	—	—	6	1	19	17	—	1	—	—	1	—	3	2	16	10	5	5	3	—	175	111	286	1901	
1	—	**3**	**3**	**3**	—	**15**	**3**	**56**	**47**	**3**	**1**	**5**	**2**	**20**	**15**	**21**	**19**	**24**	**11**	**5**	**5**	**16**	**2**	**967**	**499**	**1466**	—	
8	3	6	2	3	5	9	6	—	—	12	7	12	7	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2718	1525	4243	1905	
4	1	6	2	4	—	21	18	22	17	4	—	21	9	31	29	1	—	—	—	—	—	8	3	2547	1386	3933	1904	
2	—	8	2	8	8	33	12	180	183	25	6	12	4	119	88	75	107	—	—	—	—	32	12	2360	1185	3545	1903	16.
4	—	4	3	9	5	48	14	198	176	10	1	13	3	17	17	127	106	96	71	—	—	64	23	1987	938	2925	1902	
1	2	6	—	10	6	71	26	155	152	4	1	4	—	10	3	44	13	124	105	57	64	58	28	2375	1162	3537	1901	
19	**6**	**30**	**9**	**34**	**24**	**182**	**76**	**555**	**528**	**55**	**15**	**62**	**23**	**179**	**139**	**247**	**226**	**220**	**176**	**57**	**64**	**162**	**66**	**11987**	**6196**	**18183**	—	

Fortsetzung siehe Seiten 118 u. 119.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903,

nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Über-weisungsjahr	Von den Fürsorgezöglingen der Spalte 22 waren: am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht m.	w.	aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt m.	w.	am 31. März 1907 im Gefängnis pp. m.	w.	am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen m.	w.	Von den untergebrachten am 1. in An= überhaupt m.	w.	a) in den königlichen Erziehungsanstalten: Wabern m.	Hardehausen m.	Conradshammer m.	Steinfeld m.	St. Martin zu Boppard w.	Gräfrath w.	b) in Erziehungsanstalten der Provinzen m.	w.	c) in anderen kommunalen Erziehungsanstalten m.	w.
1	2		23		24		25		26		27		28	29	30	31	32	33	34		35	
	Noch: A. Evan=																					
1.	Ostpreußen	1905	191	113	1	—	1	—	2	—	173	100	—	—	—	—	—	—	22	16	—	—
		1904	216	118	1	1	9	—	1	1	132	71	—	—	—	—	—	—	26	3	—	—
		1903	207	123	2	1	3	—	1	—	123	71	—	—	—	—	—	—	22	20	—	—
		1902	146	94	2	—	1	—	1	1	76	45	—	—	—	—	—	—	9	15	—	—
		1901	220	109	9	—	2	—	—	1	72	40	—	—	—	—	—	—	7	7	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**980**	**557**	**15**	**2**	**16**	—	**5**	**3**	**576**	**327**	—	—	—	—	—	—	**86**	**61**	—	—
2.	Westpreußen	1905	76	37	1	—	1	—	1	—	45	27	—	—	—	—	—	—	20	—	—	—
		1904	79	24	2	1	1	—	1	—	32	20	—	—	—	—	—	—	13	—	—	—
		1903	57	19	4	—	1	—	—	—	16	14	—	—	—	—	—	—	9	—	—	—
		1902	59	12	4	—	2	—	1	—	11	6	—	—	—	—	—	—	8	—	—	—
		1901	81	29	6	1	6	—	1	—	13	8	—	—	—	—	—	—	5	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**352**	**121**	**17**	**2**	**11**	—	**4**	—	**117**	**75**	—	—	—	—	—	—	**55**	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	1905	367	251	15	5	4	—	2	1	244	137	—	—	—	—	—	—	116	31	—	—
		1904	370	208	18	5	10	—	—	—	174	81	—	—	—	—	—	—	69	30	—	—
		1903	344	190	16	7	10	—	—	1	118	75	—	—	—	—	—	—	49	20	—	—
		1902	312	161	13	—	7	1	—	—	82	56	—	—	—	—	—	—	32	18	—	—
		1901	283	164	18	2	1	—	—	—	65	35	—	—	—	—	—	—	20	7	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**1676**	**974**	**80**	**19**	**32**	**1**	**2**	**2**	**683**	**384**	—	—	—	—	—	—	**286**	**106**	—	—
4.	Berlin	1905	332	184	15	18	5	—	7	2	188	112	—	—	—	—	—	—	—	—	35	—
		1904	232	155	20	19	7	—	3	2	94	91	—	—	—	—	—	—	3	—	26	3
		1903	189	133	29	26	4	—	1	—	59	55	—	—	—	—	—	—	—	1	24	1
		1902	156	95	11	7	6	1	—	—	41	30	—	—	—	—	—	—	1	—	22	1
		1901	131	62	17	8	1	—	—	—	22	16	—	—	—	—	—	—	—	—	10	2
	Zus. (1905—1901)	—	**1040**	**629**	**92**	**78**	**23**	**1**	**11**	**4**	**494**	**304**	—	—	—	—	—	—	**4**	**1**	**117**	**7**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich 31. März 1907

staltten																							
d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten		f) in Anstalten für Heilung und Krankenpflege		g) in Idioten- bezw. in Irrenanstalten		h) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		2. in fremden Familien												
										überhaupt		a) als Pflegling						b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		
												überhaupt		und zwar									
														14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt						
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
36		37		38		39		40		41		42		43		44		45		46			
gelische.																							
—	—	147	80	4	1	—	2	—	1	18	13	8	11	7	10	1	1	6	—	4	2		
—	—	102	65	2	1	2	2	—	—	75	46	14	11	13	11	1	—	28	—	33	35		
—	—	97	51	1	—	3	—	—	—	79	51	5	14	4	12	1	2	23	—	51	37		1.
—	—	63	29	2	1	2	—	—	—	69	49	7	10	5	8	2	2	22	—	40	39		
—	—	60	31	2	2	2	—	1	—	145	68	24	15	19	10	5	5	34	—	87	53		
—	**—**	**469**	**256**	**11**	**5**	**9**	**4**	**1**	**1**	**386**	**227**	**58**	**61**	**48**	**51**	**10**	**10**	**113**	**—**	**215**	**166**		
6	—	18	26	1	1	—	—	—	—	31	10	4	6	4	6	—	—	10	—	17	4		
3	—	16	19	—	1	—	—	—	—	47	4	7	—	7	—	—	—	23	—	17	4		
2	—	5	14	—	—	—	—	—	—	41	5	2	—	2	—	—	—	16	—	23	5		2.
2	—	1	6	—	—	—	—	—	—	48	6	2	—	1	—	1	—	23	—	23	6		
1	—	6	8	1	—	—	—	—	—	65	21	8	4	5	4	3	—	13	—	44	17		
14	**—**	**46**	**73**	**2**	**2**	**—**	**—**	**—**	**—**	**232**	**46**	**23**	**10**	**19**	**10**	**4**	**—**	**85**	**—**	**124**	**36**		
—	—	122	103	—	—	6	3	—	—	123	113	51	44	47	37	4	7	25	—	47	69		
—	—	101	47	1	3	3	1	—	—	191	123	68	40	59	34	9	6	35	—	88	83		
—	—	63	50	2	2	4	3	—	—	220	113	38	22	31	19	7	3	70	—	112	91		3.
—	—	46	34	2	1	2	3	—	—	224	101	33	23	24	17	9	6	45	—	146	78		
—	—	39	28	—	—	6	—	—	—	215	127	28	29	20	20	8	9	54	1	133	97		
—	**—**	**371**	**262**	**5**	**6**	**21**	**10**	**—**	**—**	**973**	**577**	**218**	**158**	**181**	**127**	**37**	**31**	**229**	**1**	**526**	**418**		
—	—	140	110	11	1	2	1	—	—	125	63	17	10	14	7	3	3	56	—	52	53		
—	—	59	80	5	7	1	1	—	—	120	53	7	2	4	2	3	—	67	—	46	51		
—	—	29	48	3	4	3	1	—	—	114	66	14	12	9	10	5	2	65	—	35	54		4.
—	—	13	24	4	5	1	—	—	—	101	57	8	10	6	8	2	2	61	—	32	47		
—	—	11	11	—	2	—	1	1	—	96	43	12	12	11	7	1	5	61	1	23	30		
—	**—**	**252**	**273**	**23**	**19**	**7**	**4**	**1**	**—**	**556**	**282**	**58**	**46**	**44**	**34**	**14**	**12**	**310**	**1**	**188**	**235**		

Fortsetzung siehe Seiten 120 u. 121.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Von den Fürsorgezöglingen der Spalte 22 waren: am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht m.	am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht w.	aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt m.	aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt w.	am 31. März 1907 im Gefängnis pp. m.	am 31. März 1907 im Gefängnis pp. w.	am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen m.	am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen w.	Von den untergebrachten am 1. in Anstalten überhaupt m.	überhaupt w.	a) in den königlichen Erziehungsanstalten: Wabern m.	Hardehausen m.	Conradshammer m.	Steinfeld m.	St. Martin zu Boppard w.	Gräfrath w.	b) in Erziehungsanstalten der Provinzen m.	b) w.	c) in anderen kommunalen Erziehungsanstalten m.	c) w.
1	2		23		24		25		26		27		28	29	30	31	32	33	34		35	
Noch: A. Evan=																						
5.	Pommern	1905	143	86	4	—	3	—	2	—	111	71	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	123	68	4	—	4	—	3	—	90	41	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	130	63	8	1	3	—	1	—	65	29	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—
		1902	126	63	10	1	5	—	—	—	52	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	192	81	8	1	5	—	—	—	52	27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zuf. (1905—1901)	—	**714**	**361**	**34**	**3**	**20**	—	**6**	—	**370**	**192**	—	—	—	—	—	—	—	**2**	—	—
6.	Posen	1905	50	28	3	—	1	2	—	—	26	10	—	—	1	—	—	—	18	—	—	—
		1904	42	11	2	3	—	—	1	—	18	6	—	—	—	—	—	—	12	—	—	—
		1903	45	16	1	2	2	—	—	—	16	5	—	—	—	—	—	—	12	—	—	—
		1902	41	20	1	1	—	—	—	—	6	8	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—
		1901	44	18	2	—	—	—	—	—	11	5	—	—	—	—	—	—	9	—	—	—
	Zuf. (1905—1901)	—	**222**	**93**	**9**	**6**	**3**	**2**	**1**	—	**77**	**34**	—	—	**1**	—	—	—	**55**	—	—	—
7.	Schlesien	1905	192	101	2	—	2	—	3	—	155	84	—	—	—	—	—	—	1	—	11	2
		1904	174	101	2	2	1	—	1	—	83	50	—	—	—	—	—	—	1	1	9	—
		1903	170	73	6	—	3	—	2	—	68	16	—	—	—	—	—	—	6	1	6	—
		1902	201	59	4	1	7	—	—	—	65	19	—	—	—	—	—	—	3	—	4	—
		1901	181	98	4	—	7	—	1	—	44	20	—	—	—	—	—	—	5	2	3	—
	Zuf. (1905—1901)	—	**918**	**432**	**18**	**3**	**20**	—	**7**	—	**415**	**189**	—	—	—	—	—	—	**16**	**4**	**33**	**2**
8.	Sachsen	1905	268	136	6	1	5	2	3	2	192	107	—	—	—	—	—	—	53	12	—	—
		1904	236	148	11	2	6	—	2	—	147	88	—	1	—	—	—	—	38	15	—	—
		1903	214	102	12	—	5	—	—	1	76	45	—	—	—	—	2	—	17	2	—	—
		1902	189	99	3	4	7	1	—	—	53*)	36	2	—	—	—	—	—	11	7	—	—
		1901	258	117	7	1	1	—	—	—	43	18	—	—	—	—	—	—	11	3	—	—
	Zuf. (1905—1901)	—	**1165**	**602**	**39**	**8**	**24**	**3**	**5**	**3**	**511**	**294**	**2**	**1**	—	—	**2**	—	**130**	**39**	—	—

*) Einschl. eines im großen Militärwaisenhause zu Potsdam untergebrachten Knaben.

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich 31. März 1907

Laufende Nr.	Anstalten										2. in fremden Familien												
	d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten		f) in Anstalten für Heilung und Krankenpflege		g) in Idioten- bezw. in Irrenanstalten		h) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		überhaupt		a) als Pflegling				b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		
													überhaupt		und zwar 14 Jahre und darunter alt		und zwar über 14 Jahre alt					
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
	36		37		38		39		40		41		42		43		44		45		46		
gelische.																							
	—	—	110	71	1	—	—	—	—	—	28	11	11	8	11	8	—	—	6	—	11	3	
	—	—	86	41	4	—	—	—	—	—	31	23	4	3	3	3	1	—	14	—	13	20	
	—	—	64	26	1	1	—	—	—	—	62	31	1	3	1	2	—	1	34	—	27	28	5.
	—	—	51	23	—	1	1	—	—	—	71	38	2	10	2	6	—	4	33	—	36	28	
	—	—	51	26	1	1	—	—	—	—	135	54	20	10	13	10	7	—	46	—	69	44	
	—	—	**362**	**187**	**7**	**3**	**1**	—	—	—	**327**	**157**	**38**	**34**	**30**	**29**	**8**	**5**	**133**	—	**156**	**123**	
	—	—	7	10	—	—	—	—	—	—	24	18	15	7	10	7	5	—	2	—	7	11	
	—	—	4	6	2	—	—	—	—	—	24	5	11	—	7	—	4	—	5	—	8	5	
	—	—	4	5	—	—	—	—	—	—	29	11	7	6	5	3	2	3	11	—	11	5	6.
	—	—	2	8	—	—	—	—	—	—	35	11	6	1	5	1	1	—	13	—	16	10	
	—	—	2	5	—	—	—	—	—	—	33	13	4	5	3	3	1	2	12	—	17	8	
	—	—	**19**	**34**	**2**	—	—	—	—	—	**145**	**58**	**43**	**19**	**30**	**14**	**13**	**5**	**43**	—	**59**	**39**	
	—	—	143	81	—	1	—	—	—	—	37	17	5	7	5	7	—	—	11	—	21	10	
	—	—	71	48	2	1	—	—	—	—	91	50	11	4	10	3	1	1	26	—	54	46	
	—	—	56	14	—	1	—	—	—	—	102	57	10	8	10	7	—	1	27	—	65	49	7.
	—	—	55	18	2	1	1	—	—	—	135	40	13	5	13	4	—	1	47	—	75	35	
	—	—	30	17	2	1	4	—	—	—	137	75	27	20	21	18	6	2	44	—	66	55	
	—	—	**355**	**178**	**6**	**5**	**5**	—	—	—	**502**	**239**	**66**	**44**	**59**	**39**	**7**	**5**	**155**	—	**281**	**195**	
	—	—	137	93	2	—	—	2	—	—	75	26	20	12	20	11	—	1	12	—	43	14	
	—	—	104	69	2	3	2	1	—	—	86	58	14	11	13	9	1	2	29	1	43	46	
	—	—	55	39	4	1	—	1	—	—	137	57	20	11	17	8	3	3	68	—	49	46	8.
	—	—	36	24	3	5	—	—	—	—	131	61	13	5	7	5	6	—	64	—	54	56	
	—	—	30	12	2	3	—	—	—	—	210	98	32	21	29	19	3	2	104	—	74	77	
	—	—	**362**	**237**	**13**	**12**	**2**	**4**	—	—	**639**	**300**	**99**	**60**	**86**	**52**	**13**	**8**	**277**	**1**	**263**	**239**	

Fortsetzung siehe Seiten 122 u. 123.

nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Von den Fürsorgezöglingen der Spalte 22 waren: am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht		aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt		am 31. März 1907 im Gefängnis pp.		am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen		Von den untergebrachten am … 1. in An…: überhaupt		a) in den königlichen Erziehungsanstalten: Wabern	Hardehausen	Conradshammer	Steinfeld	St. Martin zu Boppard	Gräfrath	b) in Erziehungsanstalten der Provinzen		c) in anderen kommunalen Erziehungsanstalten	
			m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	m.	m.	m.	w.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		23		24		25		26		27		28	29	30	31	32	33	34		35	
	Noch: A. Evan=																					
9.	Schlesw.=Holsteinscher Provinzialverband	1905	145	88	3	1	—	—	1	2	73	65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	127	79	5	1	1	—	1	—	36	44	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	113	61	8	1	2	—	1	1	30	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	127	46	8	—	1	—	2	2	19	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	125	65	4	—	—	—	—	—	11	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**637**	**339**	**28**	**3**	**4**	—	**5**	**5**	**169**	**157**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10.	Lauenburgischer Kreis=kommunalverband	1905	5	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	2	2	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	2	3	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**16**	**11**	—	—	—	—	—	—	**3**	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Hannover . . .	1905	225	119	5	—	3	—	3	2	142	79	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	198	117	6	—	—	—	—	1	82	49	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	213	110	12	—	5	—	1	—	87	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	151	76	7	1	—	—	—	—	36	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	215	122	5	1	—	—	1	—	41	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**1002**	**544**	**35**	**2**	**8**	—	**5**	**3**	**388**	**212**	—	**2**	—	—	—	—	—	—	—	—
12.	Westfalen . . .	1905	210	137	9	1	1	1	2	1	113	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	196	116	9	2	5	—	1	3	64	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	180	83	8	2	3	—	—	—	50	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	116	49	7	4	2	—	1	—	21	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	207	88	13	1	1	—	—	1	29	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**909**	**473**	**46**	**10**	**12**	**1**	**4**	**5**	**277**	**173**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich 31. März 1907

stalten										2. in fremden Familien													
d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten		f) in Anstalten für Heilung und Krankenpflege		g) in Idioten- bezw. in Irrenanstalten		h) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		über- haupt		a) als Pflegling						b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		№
												über- haupt		und zwar 14 Jahre und darunter alt		und zwar über 14 Jahre alt						
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
36		37		38		39		40		41		42		43		44		45		46		
gelische.																						
—	—	71	65	1	—	1	—	—	—	72	23	60	15	41	12	19	3	4	—	8	8	
—	—	35	43	—	—	1	1	—	—	89	30	49	17	27	14	22	3	17	—	23	13	
—	—	26	24	—	1	4	—	—	—	81	36	43	18	22	11	21	7	12	—	26	18	9.
—	—	19	9	—	—	—	—	—	—	107	36	26	6	9	3	17	3	28	—	53	30	
—	—	11	13	—	—	—	1	—	—	113	50	36	23	21	16	15	7	28	—	49	27	
—	—	**162**	**154**	**1**	**1**	**6**	**2**	—	—	**462**	**175**	**214**	**79**	**120**	**56**	**94**	**23**	**89**	—	**159**	**96**	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5	3	5	2	5	1	—	—	—	2	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	2	1	1	1	1	—	—	—	—	—	
—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	10.
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	3	—	2	—	2	—	—	1	—	—	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	2	—	1	—	1	—	1	—	2	—	
—	—	**3**	**1**	—	—	—	—	—	—	**13**	**10**	**7**	**8**	**4**	**8**	**3**	—	**2**	—	**4**	**2**	
—	—	137	77	3	2	—	—	1	—	81	39	46	29	42	22	4	7	17	—	18	10	
—	—	79	44	1	3	1	2	—	—	112	66	53	30	43	24	10	6	22	—	37	36	
—	—	82	40	3	—	2	2	—	1	120	66	25	16	23	13	2	3	41	—	54	50	11.
—	—	36	24	—	1	—	—	—	—	111	48	19	11	13	10	6	1	45	1	47	36	
—	—	38	14	2	1	1	1	—	—	168	106	53	35	37	27	16	8	41	1	74	70	
—	—	**372**	**199**	**9**	**7**	**4**	**5**	**1**	**1**	**592**	**325**	**196**	**121**	**158**	**96**	**38**	**25**	**166**	**2**	**230**	**202**	
—	—	109	74	2	1	1	—	1	—	96	62	41	36	36	31	5	5	22	—	33	26	
—	—	62	42	1	1	1	2	—	—	130	69	46	22	42	20	4	2	41	1	43	46	
—	—	46	30	3	—	1	1	—	—	129	47	26	15	24	14	2	1	52	—	51	32	12.
—	—	19	7	1	—	1	1	—	—	88	38	14	15	11	12	3	3	41	—	33	23	
—	—	26	11	1	2	2	1	—	—	177	73	54	40	42	36	12	4	73	1	50	32	
—	—	**262**	**164**	**8**	**4**	**6**	**5**	**1**	—	**620**	**289**	**181**	**128**	**155**	**113**	**26**	**15**	**229**	**2**	**210**	**159**	

Fortsetzung siehe Seiten 124 u. 125.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Von den Fürsorgezöglingen der Spalte 22 waren: am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht		aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt		am 31. März 1907 im Gefängnis pp.		am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen		Von den untergebrachten am 1. in An-
			m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
1	2		23		24		25		26		

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Von den untergebrachten am 1. in An- überhaupt		a) in den königlichen Erziehungsanstalten: Wabern	Hardehausen	Conradshammer	Steinfeld	St. Martin zu Boppard	Gräfrath	b) in Erziehungsanstalten der Provinzen		c) in anderen kommunalen Erziehungsanstalten	
			m.	w.	m.	m.	m.	m.	w.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		27		28	29	30	31	32	33	34		35	

Noch: **A. Evan-**

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr																						
13.	Bezirksverband Cassel	1905	89	46	1	—	—	—	1	—	52	29	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—
		1904	82	41	2	—	—	—	—	—	32	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	92	50	1	—	1	—	—	—	22	14	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—
		1902	74	56	1	—	1	—	—	—	21	15	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	95	51	—	—	1	—	—	—	26	11	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**432**	**244**	**5**	—	**3**	—	**1**	—	**153**	**87**	**5**	—	—	—	**3**	—	—	—	—	—
14.	Bezirksverband Wiesbaden	1905	69	36	3	—	2	—	1	—	53	31	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	73	27	4	2	1	—	—	—	39	17	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
		1903	58	34	3	1	—	—	1	—	17	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	50	17	—	1	—	—	—	—	18	8	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
		1901	39	30	3	—	—	—	—	—	13	17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**289**	**144**	**13**	**4**	**3**	—	**2**	—	**140**	**85**	**3**	—	—	—	**2**	—	—	—	—	—
15.	Rheinprovinz . .	1905	218	113	11	2	—	—	3	2	163	89	—	28	—	—	10	—	7	3	—	—
		1904	229	125	16	1	3	—	4	1	112	85	—	12	—	—	13	—	10	5	—	—
		1903	168	79	10	3	6	—	2	—	60	34	—	2	—	—	3	—	12	4	—	—
		1902	108	60	12	2	2	—	—	—	38	25	—	1	—	—	4	—	8	2	—	—
		1901	165	110	6	1	4	—	—	—	46	25	—	3	—	—	2	—	6	1	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**888**	**487**	**55**	**9**	**15**	—	**9**	**3**	**419**	**258**	—	**46**	—	—	**32**	—	**43**	**15**	—	—
16.	Staat	1905	2580	1480	79	28	28	5	31	12	1730	1016	3	29	1	—	12	—	237	62	46	2
		1904	2379	1339	102	39	48	—	18	8	1135	706	—	14	—	—	14	—	172	54	35	3
		1903	2182	1138	120	44	48	—	10	3	809	470	1	2	—	—	6	—	127	50	30	1
		1902	1858	910	83	22	41	3	5	3	540	314	5	1	—	—	5	—	76	42	26	1
		1901	2241	1144	102	16	29	—	3	2	488	266	1	3	—	—	2	—	63	20	13	2
	Summe	—	**11240**	**6011**	**486**	**149**	**194**	**8**	**67**	**28**	**4702**	**2772**	**10**	**49**	**1**	—	**39**	—	**675**	**228**	**150**	**9**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich 31. März 1907

stalten										2. in fremden Familien												
										a) als Pflegling								b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		
														und zwar								
d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten		f) in Anstalten für Heilung und Krankenpflege		g) in Idioten- bezw. in Irrenanstalten		h) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		über haupt		überhaupt		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt						Nr.
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
36		37		38		39		40		41		42		43		44		45		46		
gelische.																						
—	—	51	27	1	—	—	—	—	—	37	17	30	12	28	11	2	1	4	—	3	5	
—	—	30	15	—	2	2	1	—	—	49	23	25	9	25	9	—	—	19	—	5	14	
—	—	18	10	—	1	2	1	1	1	69	36	29	16	25	16	4	—	28	—	12	20	13.
—	—	14	12	1	—	1	2	2	1	52	40	20	22	17	22	3	—	23	—	9	18	
—	—	22	6	1	—	2	5	—	—	69	39	20	19	16	14	4	5	31	—	18	20	
—	—	**135**	**70**	**3**	**3**	**7**	**9**	**3**	**2**	**276**	**155**	**124**	**78**	**111**	**72**	**13**	**6**	**105**	—	**47**	**77**	
—	—	47	29	2	1	1	1	—	—	15	5	7	5	7	5	—	—	7	—	1	—	
—	—	36	15	2	1	1	—	—	—	32	8	6	3	6	2	—	1	16	—	10	5	
—	—	16	11	—	1	—	—	1	—	36	20	13	3	11	2	2	1	14	3	9	14	14.
—	—	18	6	—	—	—	1	—	—	29	7	2	3	1	1	1	2	18	—	9	4	
—	—	11	15	2	1	—	1	—	—	23	13	10	7	10	6	—	1	10	—	3	6	
—	—	**128**	**76**	**6**	**4**	**2**	**3**	**1**	—	**135**	**53**	**38**	**21**	**35**	**16**	**3**	**5**	**65**	**3**	**32**	**29**	
—	—	121	73	2	3	4	—	1	—	55	22	22	16	20	16	2	—	19	—	14	6	
—	—	81	63	4	1	4	2	1	1	115	40	29	13	26	13	3	—	62	1	24	26	
—	—	45	25	—	2	1	—	—	—	106	45	16	11	14	9	2	2	67	—	23	34	15.
—	—	27	19	1	—	1	—	—	—	69	34	7	6	7	3	—	3	43	—	19	28	
—	—	37	21	—	1	—	—	—	—	118	84	33	29	28	26	5	3	59	—	26	55	
—		**311**	**201**	**7**	**7**	**10**	**2**	**2**	**1**	**463**	**225**	**107**	**75**	**95**	**67**	**12**	**8**	**250**	**1**	**106**	**149**	
6	—	1360	919	30	11	15	9	3	1	822	444	340	223	294	195	46	28	201	—	281	221	
3	—	866	597	26	24	18	13	1	1	1194	599	346	166	286	145	60	21	404	3	444	430	
2	—	608	388	17	14	20	9	2	2	1325	642	249	155	198	126	51	29	528	3	548	484	16.
2	—	401	243	16	15	10	7	2	1	1271	569	172	129	121	102	51	27	507	1	592	439	
1	—	374	218	14	14	17	10	2	—	1709	864	363	269	276	216	87	53	611	4	735	591	
14	—	**3699**	**2365**	**103**	**78**	**80**	**48**	**10**	**5**	**6321**	**3118**	**1470**	**942**	**1175**	**784**	**295**	**158**	**2251**	**11**	**2600**	**2165**	

Fortsetzung siehe Seiten 126 u. 127.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

Nr.	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Noch: Von den untergebrachten Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich am 31. März 1907: 3. in der eigenen Familie: a) als Pflegling überhaupt m.	a) als Pflegling überhaupt w.	a) als Pflegling und zwar 14 Jahre und darunter alt m.	a) als Pflegling und zwar 14 Jahre und darunter alt w.	a) als Pflegling und zwar über 14 Jahre alt m.	a) als Pflegling und zwar über 14 Jahre alt w.	b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe m.	b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe w.	c) im Dienstverhältnis m.	c) im Dienstverhältnis w.	noch in der 1. Pflegestelle und zwar nur in Anstalten m.	noch in der 1. Pflegestelle und zwar nur in Anstalten w.	noch in der 1. Pflegestelle und zwar nur in Familien m.	noch in der 1. Pflegestelle und zwar nur in Familien w.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar nur in Anstalten m.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar nur in Anstalten w.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar nur in Familien m.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar nur in Familien w.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar nur in einer Anstalt und nur einer Familie m.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar nur in einer Anstalt und nur einer Familie w.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar in verschiedenen Anstalten und Familien m.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar in verschiedenen Anstalten und Familien w.
1	2		47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58										
																								Noch: **A. Evan-**
1.	Ostpreußen	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	169	80	8	8	4	17	—	2	9	1	1	5
		1904	9	1	9	1	4	—	5	1	—	—	—	—	118	53	10	10	11	12	2	—	63	24	12	19
		1903	5	1	4	1	1	1	3	—	—	—	1	—	77	56	4	11	37	5	2	4	50	19	37	28
		1902	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	39	26	8	7	10	7	1	6	43	18	45	30
		1901	3	1	2	1	—	—	2	1	1	—	—	—	36	16	24	14	9	6	10	8	60	21	81	44
Zus. (1905—1901)		—	**18**	**3**	**16**	**3**	**5**	**1**	**11**	**2**	**1**	—	**1**	—	**439**	**231**	**54**	**50**	**71**	**47**	**15**	**20**	**225**	**83**	**176**	**126**
2.	Westpreußen	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39	26	5	7	1	1	—	—	28	3	3	—
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24	19	6	—	3	—	1	—	32	4	13	1
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	12	3	—	2	1	—	—	32	4	10	2
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	5	2	—	—	—	2	—	33	5	19	2
		1901	3	—	3	—	—	—	3	—	—	—	—	—	5	6	6	5	—	1	3	2	32	9	35	6
Zus. (1905—1901)		—	**3**	—	**3**	—	—	—	**3**	—	—	—	—	—	**81**	**68**	**22**	**12**	**6**	**3**	**6**	**2**	**157**	**25**	**80**	**11**
3.	Brandenburg ohne Berlin	1905	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	219	125	48	47	11	7	11	6	65	57	13	9
		1904	5	4	5	4	4	—	1	4	—	—	—	—	131	54	57	32	13	8	19	18	92	40	58	56
		1903	6	2	4	2	3	1	1	1	1	—	1	—	78	50	22	19	12	9	12	9	127	41	93	62
		1902	6	4	6	3	2	—	4	3	—	—	—	1	48	32	30	23	9	7	22	15	82	18	121	66
		1901	3	2	3	2	—	1	3	1	—	—	—	—	30	22	19	27	11	4	15	17	86	21	122	73
Zus. (1905—1901)		—	**20**	**13**	**18**	**12**	**9**	**2**	**9**	**10**	**1**	—	**1**	**1**	**506**	**283**	**176**	**148**	**56**	**35**	**79**	**65**	**452**	**177**	**407**	**266**
4.	Berlin . .	1905	19	9	19	9	3	1	16	8	—	—	—	—	69	60	9	1	94	31	3	—	76	49	81	43
		1904	18	11	18	11	2	11	16	—	—	—	—	—	14	18	6	—	43	37	—	—	42	11	127	89
		1903	16	12	16	12	—	1	16	11	—	—	—	—	16	11	—	5	10	15	4	3	43	17	116	82
		1902	14	8	14	8	—	2	14	6	—	—	—	—	2	5	2	2	8	4	2	4	24	13	118	67
		1901	13	3	13	3	—	1	13	2	—	—	—	—	—	2	3	3	11	1	9	8	15	7	93	41
Zus. (1905—1901)		—	**80**	**43**	**80**	**43**	**5**	**16**	**75**	**27**	—	—	—	—	**101**	**96**	**20**	**11**	**166**	**88**	**18**	**15**	**200**	**97**	**535**	**322**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Von den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905 entwichenen bezw. im Gefängnis gewesenen Zöglingen sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 zurückgekehrt bezw. wieder eingeliefert worden				Es sind im Rechnungsjahre 1906														Die Führung hat sich gegen diejenige des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung				№
				entwichen				von den Entwichenen der Spalten 61 u. 62 wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				aus der Familienpflege bezw. Gesindedienst oder Lehre pp. in Anstaltspflege gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		aus der Anstaltspflege in Familienpflege, Gesindedienst oder Lehre pp. gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		gerichtlich bestraft worden		gebessert		verschlechtert		
				aus Anstalten		aus Familien		in Anstalten		in Familien								bei				
in Anstalten		in Familien																				
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
59		60		61		62		63		64		65		66		67		68		69		
gelische.																						
1	—	—	—	3	2	—	—	3	2	—	—	1	3	10	4	4	1	39	19	3	3	
1	—	—	—	8	1	2	1	6	1	1	—	2	4	60	31	11	—	66	34	8	3	
1	1	—	—	2	—	4	1	3	—	—	—	9	11	35	31	5	—	65	24	4	2	1.
2	—	—	—	1	—	6	—	4	—	2	—	11	9	23	18	5	1	38	17	6	3	
2	—	—	—	5	—	5	—	4	—	—	—	11	5	33	20	5	—	64	28	9	3	
7	**1**	—	—	**19**	**3**	**17**	**2**	**20**	**3**	**3**	—	**34**	**32**	**161**	**104**	**30**	**2**	**272**	**122**	**30**	**14**	
1	—	—	—	4	1	7	—	9	1	—	—	1	—	29	—	4	1	19	11	5	2	
1	—	—	—	1	2	9	1	7	2	1	—	1	2	12	2	4	—	22	8	4	1	
1	—	—	—	2	1	2	2	3	2	1	1	5	2	11	5	1	1	19	2	3	—	2.
—	—	—	—	1	—	10	1	6	1	1	—	5	1	13	3	2	—	18	2	2	—	
1	—	—	—	3	—	10	—	4	—	3	—	5	2	17	7	8	—	30	6	5	—	
4	—	—	—	**11**	**4**	**38**	**4**	**29**	**6**	**6**	**1**	**17**	**7**	**82**	**17**	**19**	**2**	**108**	**29**	**19**	**3**	
—	—	—	—	26	10	11	4	21	9	1	1	3	6	60	55	7	2	90	68	27	21	
5	3	—	—	11	2	23	12	11	10	3	—	24	19	83	50	14	2	101	58	28	15	
6	5	—	—	10	2	23	17	16	11	1	3	10	13	80	48	16	2	91	56	20	12	3.
5	3	—	—	6	1	22	4	13	5	3	—	8	10	48	26	10	2	89	41	21	8	
7	—	—	—	2	3	20	4	7	5	6	—	9	6	50	27	11	2	81	34	19	11	
23	**11**	—	—	**55**	**18**	**99**	**41**	**68**	**40**	**14**	**4**	**54**	**54**	**321**	**206**	**58**	**10**	**452**	**257**	**115**	**67**	
2	5	—	—	39	25	30	31	49	35	3	4	14	7	114	74	13	2	69	42	18	13	
4	5	—	—	17	16	41	33	38	30	7	4	13	11	72	46	9	6	56	38	12	13	
6	6	—	—	20	14	35	26	27	17	5	—	13	7	59	42	6	2	53	42	10	12	4.
5	2	—	—	19	6	19	13	21	13	3	—	5	12	46	21	5	2	49	30	12	8	
6	3	—	—	10	4	16	10	9	7	3	1	2	6	25	15	3	1	31	20	8	5	
23	**21**	—	—	**105**	**65**	**141**	**113**	**144**	**102**	**21**	**9**	**47**	**43**	**316**	**198**	**36**	**13**	**258**	**172**	**60**	**51**	

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Noch: Von den untergebrachten Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich am 31. März 1907																			
			3. in der eigenen Familie										noch in der 1. Pflegestelle				bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle					
			überhaupt		a) als Pflegling				b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		und zwar				und zwar					
			überhaupt		und zwar								nur in Anstalten		nur in Familien		nur in Anstalten		nur in Familien		nur in einer Anstalt und nur einer Familie		in verschiedenen Anstalten und Familien	
					14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt															
			m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		47		48		49		50		51		52		53		54		55		56		57		58	
	Noch: A. Evan-																							
5.	Pommern	1905	4	4	3	4	2	1	1	3	1	—	—	—	109	66	17	10	2	4	—	—	15	6	—	—
		1904	2	4	2	4	—	—	2	4	—	—	—	—	85	34	6	3	2	5	1	1	24	22	5	3
		1903	3	3	3	3	—	—	3	3	—	—	—	—	58	21	1	4	—	3	—	2	47	23	24	10
		1902	3	1	3	1	—	—	3	1	—	—	—	—	37	7	5	7	1	1	5	7	60	15	18	26
		1901	5	—	4	—	—	—	4	—	1	—	—	—	39	8	27	10	1	1	15	11	63	31	47	20
Zus. (1905—1901)		—	**17**	**12**	**15**	**12**	**2**	**1**	**13**	**11**	**2**	—	—	—	**328**	**136**	**56**	**34**	**6**	**14**	**21**	**21**	**209**	**97**	**94**	**59**
6.	Posen	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	9	18	11	3	—	—	4	6	3	3	1
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	3	12	1	1	1	4	1	10	2	2	3
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	2	8	4	2	—	9	3	11	6	7	1
		1902	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	2	8	4	—	2	13	2	10	2	10	8
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	1	4	5	—	—	7	5	16	1	13	6
Zus. (1905—1901)		—	—	**1**	—	**1**	—	—	—	**1**	—	—	—	—	**45**	**17**	**50**	**25**	**6**	**3**	**33**	**15**	**53**	**14**	**35**	**19**
7.	Schlesien	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	150	82	4	6	3	2	—	—	29	8	6	3
		1904	—	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	70	38	9	4	5	4	1	1	53	36	36	18
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53	12	6	4	2	1	—	2	54	25	55	29
		1902	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	48	13	6	2	1	1	4	4	73	17	69	22
		1901	—	3	—	3	—	3	—	—	—	—	—	—	17	11	22	22	7	—	15	7	59	26	61	32
Zus. (1905—1901)		—	**1**	**4**	**1**	**4**	—	**4**	**1**	—	—	—	—	—	**338**	**156**	**47**	**38**	**18**	**8**	**20**	**14**	**268**	**112**	**227**	**104**
8.	Sachsen	1905	1	3	1	1	—	—	1	1	—	—	—	2	177	89	20	12	13	11	5	5	37	15	16	4
		1904	3	2	3	1	2	—	1	1	—	—	—	1	117	54	20	14	10	14	2	4	45	47	42	15
		1903	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	48	19	16	8	10	5	11	12	81	30	48	28
		1902	5	2	1	2	—	—	1	2	3	—	1	—	31	16	18	7	7	6	14	9	67	25	52	36
		1901	5	1	3	1	—	—	3	1	1	—	1	—	12	4	36	20	6	4	65	35	60	14	79	40
Zus. (1905—1901)		—	**15**	**8**	**9**	**5**	**2**	—	**7**	**5**	**4**	—	**2**	**3**	**385**	**182**	**110**	**61**	**46**	**40**	**97**	**65**	**290**	**131**	**237**	**123**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Von den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905 entwichenen bezw. im Gefängnis gewesenen Zöglingen sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 zurückgekehrt bezw. wieder eingeliefert worden				Es sind im Rechnungsjahre 1906												Die Führung hat sich gegen diejenige des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung				№
				entwichen				Von den Entwichenen der Spalten 61 u. 62 wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				aus der Familienpflege bezw. Gesindedienst oder Lehre pp. in Anstaltspflege gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		aus der Anstaltspflege in Familienpflege, Gesindedienst oder Lehre pp. gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		gerichtlich bestraft worden		gebessert		verschlechtert		
in Anstalten		in Familien		aus Anstalten		aus Familien		in Anstalten		in Familien								bei				
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
59		60		61		62		63		64		65		66		67		68		69		
gelische.																						
6	1	—	—	6	5	1	—	4	5	—	—	—	1	14	5	4	3	41	20	10	2	
3	—	—	—	4	3	1	—	—	3	—	—	3	2	21	20	3	—	31	16	7	2	
1	4	—	—	9	3	3	4	4	6	—	—	8	5	31	23	6	2	39	16	10	6	5.
3	1	—	—	7	2	4	1	2	2	2	—	8	10	27	14	4	1	48	21	12	7	
3	—	—	—	8	1	5	2	5	2	—	—	10	7	27	16	5	1	52	18	14	5	
16	**6**	**—**	**—**	**34**	**14**	**14**	**7**	**15**	**18**	**2**	**—**	**29**	**25**	**120**	**78**	**22**	**7**	**211**	**91**	**53**	**22**	
3	—	—	—	5	1	—	—	2	1	—	—	2	1	7	3	2	1	13	8	2	1	
2	—	—	—	3	2	3	3	4	2	—	—	—	1	7	4	2	—	10	3	3	2	
—	—	—	—	3	1	1	1	3	—	—	—	4	1	7	4	2	—	11	5	4	3	6.
—	1	—	—	2	—	2	1	3	—	1	—	2	2	7	2	2	—	12	6	4	3	
1	—	—	—	1	1	4	2	3	2	1	1	1	2	9	4	1	—	14	7	4	1	
6	**1**	**—**	**—**	**14**	**5**	**10**	**7**	**15**	**5**	**2**	**1**	**9**	**7**	**37**	**17**	**9**	**1**	**60**	**29**	**17**	**10**	
2	4	—	—	3	—	3	—	3	—	1	—	1	—	31	8	4	1	46	28	9	4	
4	1	—	—	—	—	7	5	5	3	1	—	8	8	52	36	8	2	58	30	16	5	
3	—	—	—	6	—	14	3	14	3	1	—	10	4	48	26	11	1	79	25	22	5	7.
2	—	—	—	2	—	16	3	16	2	—	1	4	4	41	17	10	—	71	19	19	6	
3	—	—	—	4	—	19	1	16	1	4	—	10	6	34	20	14	—	63	27	24	10	
14	**5**	**—**	**—**	**15**	**—**	**59**	**12**	**54**	**9**	**7**	**1**	**33**	**22**	**206**	**107**	**47**	**4**	**317**	**129**	**90**	**30**	
6	—	—	—	26	6	7	1	17	7	3	—	9	5	44	13	10	2	79	39	21	9	
4	2	—	—	14	8	22	14	22	20	5	—	10	12	51	41	15	5	89	40	28	12	
3	—	—	—	8	3	20	10	9	13	7	—	7	8	51	25	8	1	68	39	17	5	8.
2	2	—	—	5	1	14	10	12	8	2	—	11	14	25	25	10	2	58	37	20	5	
5	—	1	—	9	1	16	3	18	4	3	—	8	6	30	10	6	2	88	37	21	12	
20	**4**	**1**	**—**	**62**	**19**	**79**	**38**	**78**	**52**	**20**	**—**	**45**	**45**	**201**	**114**	**49**	**12**	**382**	**192**	**107**	**43**	

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

Nr.	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Noch: Von den untergebrachten Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich am 31. März 1907																					
			3. in der eigenen Familie										noch in der 1. Pflegestelle				bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle							
			überhaupt		a) als Pflegling				b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		und zwar				und zwar							
			überhaupt		und zwar: 14 Jahre und darunter alt		und zwar: über 14 Jahre alt						nur in Anstalten		nur in Familien		nur in Anstalten		nur in Familien		nur in einer Anstalt und nur einer Familie		in verschiedenen Anstalten und Familien	
			m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		47		48		49		50		51		52		53		54		55		56		57		58	

Noch: **A. Evan-**

9.	Schleswig-Holsteinischer Provinzialverband	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	58	62	56	17	—	2	6	3	23	4	2	—
		1904	2	5	2	5	1	2	1	3	—	—	—	—	21	33	48	16	4	5	21	7	28	16	5	2
		1903	2	—	2	—	1	—	1	—	—	—	—	—	15	11	39	14	1	2	24	11	14	9	20	14
		1902	1	1	1	1	—	1	1	—	—	—	—	—	9	1	23	8	—	—	48	14	19	11	28	12
		1901	1	1	1	1	—	—	1	1	—	—	—	—	3	7	29	15	—	—	62	27	13	3	18	13
Zus. (1905—1901)		—	**6**	**7**	**6**	**7**	**2**	**3**	**4**	**4**	—	—	—	—	**106**	**114**	**195**	**70**	**5**	**9**	**161**	**62**	**97**	**43**	**73**	**41**
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	1	—
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2	—	—	1	1	—	—	—	—
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	1	—	1	—
Zus. (1905—1901)		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**3**	**1**	**6**	**7**	—	—	**4**	**2**	**1**	**1**	**2**	—
11.	Hannover	1905	2	1	1	1	1	—	—	1	1	—	—	—	131	72	45	33	9	1	6	1	34	12	—	—
		1904	4	2	2	2	—	—	2	2	2	—	—	—	62	35	44	26	8	6	5	7	66	32	13	11
		1903	6	1	6	1	1	—	5	1	—	—	—	—	65	25	14	13	10	4	7	6	80	50	37	12
		1902	4	3	3	3	—	—	3	3	1	—	—	—	25	13	11	11	4	1	6	2	70	28	35	21
		1901	6	—	4	—	2	—	2	—	2	—	—	—	15	4	45	27	5	2	23	19	64	36	63	34
Zus. (1905—1901)		—	**22**	**7**	**16**	**7**	**4**	—	**12**	**7**	**6**	—	—	—	**298**	**149**	**159**	**110**	**36**	**14**	**47**	**35**	**314**	**158**	**148**	**78**
12.	Westfalen	1905	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	89	64	—	6	18	8	—	—	57	47	46	12
		1904	2	2	1	1	—	—	1	1	—	—	1	1	42	23	1	—	7	12	—	—	92	58	54	23
		1903	1	5	1	5	1	4	—	1	—	—	—	—	29	11	—	1	8	7	—	1	76	32	67	31
		1902	7	3	6	2	1	2	5	—	—	—	1	1	6	2	3	2	1	1	—	—	51	18	55	26
		1901	1	1	1	—	—	—	1	—	—	1	—	—	3	2	1	1	6	2	—	—	74	38	123	45
Zus. (1905—1901)		—	**12**	**11**	**9**	**8**	**2**	**6**	**7**	**2**	—	**1**	**3**	**2**	**169**	**102**	**5**	**10**	**40**	**30**	—	**1**	**350**	**193**	**345**	**137**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Von den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905 entwichenen bezw. im Gefängnis gewesenen Zöglingen sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 zurückgekehrt bezw. wieder eingeliefert worden				Es sind im Rechnungsjahre 1906												Die Führung hat sich gegen diejenige des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung				№
				entwichen				von den Entwichenen der Spalten 61 u. 62 wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				aus der Familienpflege bezw. Gesindedienst oder Lehre pp. in Anstaltspflege gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		aus der Anstaltspflege in Familienpflege, Gesindedienst oder Lehre pp. gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		gerichtlich bestraft worden		gebessert		verschlechtert		
in Anstalten		in Familien		aus Anstalten		aus Familien		in Anstalten		in Familien						bei				
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
59		60		61		62		63		64		65		66		67		68		69		
gelische.																						
4	—	—	—	13	9	11	—	15	8	7	—	4	1	10	3	1	—	53	23	15	9	
2	—	—	—	9	4	3	4	7	7	3	1	3	2	12	14	2	1	48	30	9	6	
1	1	—	—	5	4	5	5	2	8	3	1	5	2	8	9	4	—	35	20	7	6	9.
2	—	—	—	4	1	7	3	3	3	5	1	5	3	6	8	2	—	48	18	10	1	
1	1	—	—	7	—	4	2	5	2	3	—	2	8	3	6	3	—	40	17	7	5	
10	**2**	—	—	**38**	**18**	**30**	**14**	**32**	**28**	**21**	**3**	**19**	**16**	**39**	**40**	**12**	**1**	**224**	**108**	**48**	**27**	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**1**	**1**	—	**3**	**3**	—	—	
—	—	—	—	26	4	1	—	20	4	—	—	2	4	30	6	14	3	74	43	19	5	
3	—	—	—	21	3	3	8	20	10	—	1	6	5	48	30	12	1	36	43	16	8	
4	1	—	—	18	2	9	1	15	2	1	1	9	10	45	19	7	1	78	30	23	8	11.
2	1	—	—	7	—	7	3	8	2	1	—	5	9	22	17	5	1	61	28	19	6	
1	—	—	—	6	—	12	2	14	2	1	—	6	4	24	10	8	1	70	52	21	16	
10	**2**	—	—	**78**	**9**	**32**	**14**	**77**	**20**	**3**	**2**	**28**	**32**	**169**	**82**	**46**	**7**	**319**	**196**	**98**	**43**	
—	—	—	—	18	7	10	1	18	7	—	—	1	4	69	36	8	4	65	34	17	15	
2	—	—	—	7	4	24	2	17	3	3	1	3	4	72	34	12	3	65	34	26	12	
2	—	—	—	6	1	14	2	15	2	—	—	6	5	37	11	6	1	69	28	24	10	12.
2	—	—	—	—	2	14	4	6	3	2	—	7	4	17	7	5	—	34	14	12	4	
2	—	—	—	7	2	16	—	13	1	1	—	8	5	14	8	7	—	70	20	24	6	
8	—	—	—	**38**	**16**	**78**	**9**	**69**	**16**	**6**	**1**	**25**	**22**	**209**	**96**	**38**	**8**	**303**	**130**	**103**	**47**	

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Noch: Von den untergebrachten Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich am 31. März 1907																					
			3. in der eigenen Familie										noch in der 1. Pflegestelle				bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle							
			a) als Pflegling						b) als Lehrling, Gehilfe oder Gehilfin		c) im Dienstverhältnis		und zwar				und zwar							
			überhaupt		überhaupt		und zwar: 14 Jahre und darunter alt		und zwar: über 14 Jahre alt				nur in Anstalten		nur in Familien		nur in Anstalten		nur in Familien		nur in einer Anstalt und nur einer Familie		in verschiedenen Anstalten und Familien	
			m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		47		48		49		50		51		52		53		54		55		56		57		58	
			Noch: A. Evan=																					
13.	Bezirksverb. Cassel	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46	27	29	14	2	1	—	2	11	2	1	—
		1904	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	28	16	25	9	1	1	8	—	19	11	1	4
		1903	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	12	6	24	19	3	2	12	4	30	12	11	7
		1902	1	1	1	1	—	—	1	1	—	—	—	—	5	9	20	21	1	2	10	6	21	8	17	10
		1901	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	8	3	18	13	3	1	24	12	18	12	24	10
Zus.	(1905—1901)	—	**3**	**2**	**2**	**2**	—	—	**2**	**2**	**1**	—	—	—	**99**	**61**	**116**	**76**	**10**	**7**	**54**	**24**	**99**	**45**	**54**	**31**
14.	Bezirksverb. Wiesbaden	1905	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	41	25	4	5	8	6	3	—	10	—	3	—
		1904	2	2	2	2	1	—	1	2	—	—	—	—	25	13	5	2	2	3	2	2	26	4	13	3
		1903	5	2	5	2	1	—	4	2	—	—	—	—	9	5	11	1	1	4	5	6	18	8	14	10
		1902	3	2	3	2	—	1	3	1	—	—	—	—	7	4	1	3	—	1	2	1	18	3	22	5
		1901	3	—	1	—	—	—	1	—	1	—	1	—	2	6	9	7	1	2	4	2	8	6	15	7
Zus.	(1905—1901)	—	**14**	**6**	**12**	**6**	**2**	**1**	**10**	**5**	**1**	—	**1**	—	**84**	**53**	**30**	**18**	**12**	**16**	**16**	**11**	**80**	**21**	**67**	**25**
15.	Rheinprovinz	1905	—	2	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	142	82	19	14	14	5	3	4	38	7	2	1
		1904	2	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	78	57	18	12	18	22	3	7	91	18	21	9
		1903	2	—	1	—	—	—	1	—	1	—	—	—	32	14	17	10	8	11	2	2	72	28	37	14
		1902	1	1	1	—	—	—	1	—	—	—	—	1	9	10	3	5	5	6	5	2	41	18	45	19
		1901	1	1	—	1	—	—	—	1	1	—	—	—	12	9	24	22	11	2	20	19	32	24	66	34
Zus.	(1905—1901)	—	**6**	**4**	**4**	**3**	—	—	**4**	**3**	**2**	—	—	**1**	**273**	**172**	**81**	**63**	**56**	**46**	**33**	**34**	**274**	**95**	**171**	**77**
16.	Staat . .	1905	28	20	25	18	6	2	19	16	2	—	1	2	1459	869	287	196	182	96	37	27	438	214	177	78
		1904	50	34	47	32	14	14	33	18	2	—	1	2	828	450	268	129	128	130	69	49	683	325	403	256
		1903	48	26	43	26	8	7	35	19	3	—	2	—	512	256	165	113	106	69	88	65	735	305	576	330
		1902	47	27	41	24	3	6	38	18	4	—	2	3	270	145	140	104	47	39	135	73	612	199	654	350
		1901	44	14	35	13	2	5	33	8	7	1	2	—	186	101	267	191	71	26	275	172	601	249	841	405
	Summe	—	**217**	**121**	**191**	**113**	**33**	**34**	**158**	**79**	**18**	**1**	**8**	**7**	**3255**	**1821**	**1127**	**733**	**534**	**360**	**604**	**386**	**3069**	**1292**	**2651**	**1419**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XIV)

Von den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905 entwichenen bezw. im Gefängnis gewesenen Zöglingen sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 zurückgekehrt bezw. wieder eingeliefert worden				Es sind im Rechnungsjahre 1906														Die Führung hat sich gegen diejenige des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung				Nr.
				entwichen				von den Entwichenen der Spalten 61 u. 62 wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				aus der Familienpflege bezw. Gesindedienst oder Lehre pp. in Anstaltspflege gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		aus der Anstaltspflege in Familienpflege, Gesindedienst oder Lehre pp. gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		gerichtlich bestraft worden		gebessert		verschlechtert		
in Anstalten		in Familien		aus Anstalten		aus Familien		in Anstalten		in Familien								bei				
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
59		60		61		62		63		64		65		66		67		68		69		
gelische.																						
—	—	—	—	3	—	1	—	3	—	—	—	3	1	8	1	4	—	20	9	12	—	
—	—	—	—	3	1	1	—	1	1	1	—	1	1	17	11	3	—	18	14	5	4	
2	—	—	—	2	—	2	1	2	1	1	—	1	4	14	3	5	1	38	22	12	5	13.
—	1	—	—	4	—	3	—	5	—	2	—	6	3	10	5	1	—	25	16	7	4	
1	—	—	—	1	—	6	1	3	1	4	—	5	—	9	7	3	—	35	16	10	3	
3	**1**	—	—	**13**	**1**	**13**	**2**	**14**	**3**	**8**	—	**16**	**9**	**58**	**27**	**16**	**1**	**136**	**77**	**46**	**16**	
—	—	—	—	8	2	2	—	7	2	—	—	2	—	8	—	1	—	24	12	11	2	
2	1	—	—	7	1	6	1	11	1	—	—	4	—	17	5	2	—	24	7	8	2	
2	1	—	—	—	—	3	—	1	—	—	—	3	3	12	9	2	—	20	11	8	4	14.
1	—	—	—	1	—	4	1	4	1	1	—	3	3	11	5	2	—	16	6	4	1	
1	—	—	—	2	1	3	—	3	1	1	—	1	5	2	1	—	—	13	10	4	4	
6	**2**	—	—	**18**	**4**	**18**	**2**	**26**	**5**	**2**	—	**13**	**11**	**50**	**20**	**7**	—	**97**	**46**	**35**	**13**	
2	—	—	—	10	2	4	1	5	1	—	—	4	1	32	4	3	1	66	38	15	9	
5	—	—	—	17	9	24	2	23	10	7	—	3	1	73	18	5	—	91	48	28	14	
2	1	—	—	7	1	16	2	8	1	7	—	7	3	39	25	10	2	79	35	24	10	15.
4	—	—	—	13	3	17	2	18	3	4	—	3	5	23	6	8	1	50	18	17	7	
2	1	—	—	2	1	15	2	11	3	2	—	5	4	13	7	11	—	62	32	24	14	
15	**2**	—	—	**49**	**16**	**76**	**9**	**65**	**18**	**20**	—	**22**	**14**	**180**	**60**	**37**	**4**	**348**	**171**	**108**	**54**	
27	10	—	—	190	74	88	38	176	82	15	5	47	34	466	212	79	21	698	394	184	95	
38	12	—	—	122	56	169	86	172	103	32	7	81	72	597	342	102	20	716	403	198	99	
34	20	—	—	98	32	151	75	122	66	27	6	97	78	477	281	89	14	745	356	188	88	16.
30	11	—	—	72	16	145	46	121	43	29	2	83	89	319	174	72	10	617	275	165	63	
36	5	1	—	67	14	151	29	115	31	32	2	83	66	290	158	85	7	714	324	194	95	
165	**58**	**1**	—	**549**	**192**	**704**	**274**	**706**	**325**	**135**	**22**	**391**	**339**	**2149**	**1167**	**427**	**72**	**3490**	**1752**	**929**	**440**	

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband		Am 31. März 1906 verblieb ein Bestand von Fürsorgezöglingen			Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind von den widerruflich entlassenen Fürsorgezöglingen früherer Rechnungsjahre wieder in Zugang gekommen		Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind in Abgang gekommen									
								überhaupt			durch Tod		und zwar: widerruflich entlassen vor Ablauf der Minderjährigkeit		endgültig entlassen vor Ablauf der Minderjährigkeit		zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres	
			aus dem Überweisungsjahre	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		3				4		5			6		7		8		9	
																			B. Katho-
1.	Ostpreußen	1905	32	17	49	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	1	—	—	
		1904	31	7	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
		1903	29	13	42	—	—	1	2	3	—	1	—	—	—	—	1	1	
		1902	23	8	31	—	—	3	—	3	—	—	1	—	—	—	2	—	
		1901	28	22	50	—	—	1	1	2	—	—	—	—	—	—	1	1	
	Zus. (1905—1901)	—	**143**	**67**	**210**	—	—	**5**	**4**	**9**	—	**1**	**1**	—	—	**1**	**4**	**2**	
2.	Westpreußen	1905	96	29	125	—	—	7	—	7	—	—	6	—	1	—	—	—	
		1904	110	29	139	—	—	5	1	6	—	1	5	—	—	—	—	—	
		1903	91	36	127	2	—	5	9	14	—	1	3	3	—	—	2	5	
		1902	87	29	116	—	—	10	5	15	—	1	4	—	—	—	6	4	
		1901	107	38	145	—	—	12	4	16	1	—	4	—	—	—	7	4	
	Zus. (1905—1901)	—	**491**	**161**	**652**	**2**	—	**39**	**19**	**58**	**1**	**3**	**22**	**3**	**1**	—	**15**	**13**	
3.	Brandenburg ohne Berlin	1905	39	23	62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
		1904	39	20	59	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
		1903	29	14	43	—	—	4	3	7	2	—	2	—	—	—	—	3	
		1902	31	13	44	—	—	6	2	8	1	—	1	—	—	—	4	2	
		1901	25	9	34	—	—	2	1	3	—	—	1	—	—	—	1	1	
	Zus. (1905—1901)	—	**163**	**79**	**242**	—	—	**12**	**6**	**18**	**3**	—	**4**	—	—	—	**5**	**6**	
4.	Berlin	1905	52	15	67	—	—	1	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	
		1904	31	17	48	—	—	2	—	2	—	—	2	—	—	—	—	—	
		1903	33	18	51	1	—	5	3	8	—	—	3	1	1	—	1	2	
		1902	41	15	56	—	—	5	3	8	—	—	3	1	1	—	1	2	
		1901	23	8	31	—	—	8	3	11	—	—	6	—	2	1	—	2	
	Zus. (1905—1901)	—	**180**	**73**	**253**	**1**	—	**21**	**9**	**30**	—	—	**15**	**2**	**4**	**1**	**2**	**6**	

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Die zufolge endgültiger und widerruflicher Aufhebung in Abgang gekommenen Fürsorgezöglinge standen im Alter von										Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug bei den Zöglingen der Spalten 7 bis 9										Von den in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf entlassenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 endgültig in Abgang		Am 31. März 1907 verbleibt ein Bestand von Fürsorgezöglingen				№
unter 14		14 bis 16		16 bis 18		18 bis 20		20 bis 21		unter 1		1 bis 2		2 bis 3		3 bis 4		4 bis 5		über 5								
Jahren										Jahre																		
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.	aus dem Überweisungsjahre	
10		11		12		13		14		15		16		17		18		19		20		21		22				
lische.																												
—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32	16	48	1905	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31	7	38	1904	
—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	28	11	39	1903	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	1	—	—	—	2	—	—	—	—	—	20	8	28	1902	
—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	27	21	48	1901	
—	—	—	—	—	1	—	—	5	2	—	—	—	1	2	1	1	1	2	—	—	—	—	—	138	63	201	—	
3	—	—	—	1	—	3	—	—	—	5	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	89	29	118	1905	
—	—	2	—	—	—	3	—	—	—	—	—	3	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	105	28	133	1904	
—	—	—	—	—	—	1	3	4	5	—	—	1	—	2	2	2	6	—	—	—	—	—	1	88	27	115	1903	2.
—	—	—	—	—	—	3	—	7	4	—	—	—	—	2	1	7	2	1	1	—	—	—	—	77	24	101	1902	
—	—	—	—	1	—	1	—	9	4	—	—	—	—	—	1	—	—	10	3	1	—	2	—	95	34	129	1901	
3	—	2	—	2	—	11	3	20	13	5	—	6	—	6	4	9	8	11	4	1	—	2	1	454	142	596	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39	23	62	1905	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39	20	59	1904	
—	—	—	—	—	—	2	—	—	3	—	—	—	—	2	—	—	3	—	—	—	—	—	—	25	11	36	1903	3.
—	—	—	—	—	—	1	—	4	2	—	—	—	—	—	—	1	—	4	2	—	—	2	—	25	11	36	1902	
—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	1	—	—	23	8	31	1901	
—	—	—	—	—	—	4	—	5	6	—	—	—	—	2	—	1	3	6	2	—	1	2	—	151	73	224	—	
—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51	15	66	1905	
—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29	17	46	1904	
—	—	—	—	—	—	3	1	2	2	—	—	—	—	1	—	4	3	—	—	—	—	1	—	29	15	44	1903	4.
—	—	—	1	—	—	3	—	2	2	1	—	—	—	1	—	3	1	—	2	—	—	2	1	36	12	48	1902	
—	—	—	—	1	—	6	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	6	2	2	1	1	1	15	5	20	1901	
—	—	1	1	2	—	13	2	5	6	1	—	2	—	3	—	7	4	6	4	2	1	4	2	160	64	224	—	

Fortsetzung siehe Seiten 136 u. 137.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband		Am 31. März 1906 verblieb ein Bestand von Fürsorgezöglingen			Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind von den widerruflich entlassenen Fürsorgezöglingen früherer Rechnungsjahre wieder in Zugang gekommen		Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind in Abgang gekommen									
								überhaupt			und zwar						
			aus dem Überweisungsjahre								durch Tod		widerruflich entlassen		endgültig entlassen		zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres
													vor Ablauf der Minderjährigkeit				
			m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		3			4		5			6		7		8		9	
B. Katho-																		
5.	Pommern	1905	6	2	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	3	2	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	6	3	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	8	1	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	3	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**26**	**9**	**35**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	1905	149	45	194	—	—	4	2	6	1	1	3	—	—	1	—	—
		1904	160	41	201	—	—	6	1	7	—	1	4	—	2	—	—	—
		1903	164	67	231	—	—	12	7	19	—	1	5	1	1	—	6	5
		1902	137	43	180	—	—	27	6	33	2	2	4	1	4	1	17	2
		1901	132	37	169	—	—	24	5	29	—	—	6	1	8	—	10	4
	Zus. (1905—1901)	—	**742**	**233**	**975**	—	—	**73**	**21**	**94**	**3**	**5**	**22**	**3**	**15**	**2**	**33**	**11**
7.	Schlesien	1905	344	120	464	—	—	5	1	6	3	—	2	1	—	—	—	—
		1904	389	151	540	1	1	7	8	15	1	1	5	5	1	2	—	—
		1903	403	127	530	—	—	48	22	70	2	3	28	11	4	2	14	6
		1902	359	156	515	—	—	66	38	104	2	1	29	16	9	2	26	19
		1901	429	233	662	1	—	67	32	99	1	—	37	17	12	3	17	12
	Zus. (1905—1901)	—	**1924**	**787**	**2711**	**2**	**1**	**193**	**101**	**294**	**9**	**5**	**101**	**50**	**26**	**9**	**57**	**37**
8.	Sachsen	1905	26	9	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	34	8	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	26	9	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	31	11	42	—	—	2	2	4	—	—	—	—	—	—	2	2
		1901	33	14	47	—	—	3	6	9	—	3	—	—	—	—	3	3
	Zus. (1905—1901)	—	**150**	**51**	**201**	—	—	**5**	**8**	**13**	—	**3**	—	—	—	—	**5**	**5**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge
vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Die zufolge endgültiger und widerruflicher Aufhebung in Abgang gekommenen Fürsorgezöglinge standen im Alter von					Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug bei den Zöglingen der Spalten 7 bis 9						Von den in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf entlassenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 endgültig in Abgang		Am 31. März 1907 verbleibt ein Bestand von Fürsorgezöglingen				№
unter 14	14 bis 16	16 bis 18	18 bis 20	20 bis 21	unter 1	1 bis 2	2 bis 3	3 bis 4	4 bis 5	über 5						aus dem Überweisungsjahre	
Jahren					Jahre												
m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m.	w.	m.	w.	zus.		
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21		22				
lische.																	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	6	2	8	1905	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	3	2	5	1904	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	6	3	9	1903	5.
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	8	1	9	1902	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	3	1	4	1901	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	**26**	**9**	**35**	—	
— —	2 —	1 1	— —	— —	1 —	1 1	1 —	— —	— —	— —	—	—	145	43	188	1905	
— —	— 1	— —	4 —	2 —	— —	5 —	1 1	— —	— —	— —	—	—	154	40	194	1904	
— —	1 —	1 —	3 —	7 6	1 1	— 1	6 2	5 2	— —	— —	4	—	152	60	212	1903	6.
— 1	1 —	1 —	3 —	20 3	— —	3 —	4 —	11 2	7 2	— —	1	—	110	37	147	1902	
— —	— —	2 —	7 1	15 4	— —	— —	— —	3 —	14 5	7 —	8	—	108	32	140	1901	
— **1**	**4 1**	**5 1**	**17 1**	**44 13**	**2 1**	**9 2**	**12 3**	**19 4**	**21 7**	**7 —**	**13**	—	**669**	**212**	**881**	—	
1 —	1 —	— —	— 1	— —	2 1	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	339	119	458	1905	
— —	— —	— —	4 6	2 1	— —	3 2	3 5	— —	— —	— —	4	1	383	144	527	1904	
— —	— —	5 4	14 6	27 9	1 —	4 2	23 8	18 9	— —	— —	10	—	355	105	460	1903	7.
— —	— —	6 4	24 9	34 24	2 —	2 —	4 1	30 23	28 13	— —	11	6	293	118	411	1902	
1 —	— 1	12 2	33 16	20 13	— —	— —	1 —	1 —	46 20	16 12	17	4	363	201	564	1901	
2 —	**1 1**	**23 10**	**75 38**	**83 47**	**5 1**	**9 4**	**31 14**	**49 32**	**74 33**	**16 12**	**42**	**11**	**1733**	**687**	**2420**	—	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	26	9	35	1905	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	34	8	42	1904	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	26	9	35	1903	8.
— —	— —	— —	— —	2 2	1 —	— —	— —	1 1	— 1	— —	—	—	29	9	38	1902	
— —	— —	— —	— —	3 3	— —	— —	— —	— —	2 2	1 1	—	1	30	8	38	1901	
— —	— —	— —	— —	**5 5**	**1** —	— —	— —	**1 1**	**2 3**	**1 1**	—	**1**	**145**	**43**	**188**	—	

Fortsetzung siehe Seiten 138 u. 139.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903,

nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	aus dem Überweisungsjahre	Am 31. März 1906 verblieb ein Bestand von Fürsorgezöglingen m.	w.	zus.	Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind von den widerruflich entlassenen Fürsorgezöglingen früherer Rechnungsjahre wieder in Zugang gekommen m.	w.	Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind in Abgang gekommen überhaupt m.	w.	zus.	und zwar durch Tod m.	w.	vor Ablauf der Minderjährigkeit widerruflich entlassen m.	w.	vor Ablauf der Minderjährigkeit endgültig entlassen m.	w.	zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres m.	w.
1	2	3				4		5			6		7		8		9	

B. Katho=

№	Provinz bezw. Kommunalverband	aus dem Überweisungsjahre	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	1905	12	6	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	10	2	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	11	2	13	—	—	2	—	2	—	—	—	—	—	—	2	—
		1902	4	1	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	5	3	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**42**	**14**	**56**	—	—	**2**	—	**2**	—	—	—	—	—	—	**2**	—
10.	Hannover	1905	47	15	62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	52	27	79	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	59	27	86	—	—	3	1	4	—	—	—	—	—	—	3	1
		1902	31	16	47	—	—	4	3	7	—	—	1	—	1	—	2	3
		1901	43	24	67	—	—	5	1	6	—	—	1	—	—	—	4	1
	Zus. (1905—1901)	—	**232**	**109**	**341**	—	—	**12**	**5**	**17**	—	—	**2**	—	**1**	—	**9**	**5**
11.	Westfalen	1905	240	138	378	—	—	3	6	9	1	4	1	—	—	2	1	—
		1904	199	135	334	—	—	11	8	19	2	2	9	5	—	—	—	1
		1903	171	81	252	1	—	12	9	21	1	—	7	2	—	—	4	7
		1902	157	91	248	3	—	18	9	27	—	—	4	2	—	—	14	7
		1901	178	125	303	—	—	29	13	42	1	1	6	5	1	—	21	7
	Zus. (1905—1901)	—	**945**	**570**	**1515**	**4**	—	**73**	**45**	**118**	**5**	**7**	**27**	**14**	**1**	**2**	**40**	**22**
12.	Bezirksverband Cassel .	1905	22	9	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	11	6	17	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1
		1903	19	9	28	—	—	1	1	2	1	—	—	—	—	—	—	1
		1902	21	15	36	—	—	1	1	2	—	—	—	—	—	—	1	1
		1901	19	13	32	—	—	2	1	3	—	—	—	—	—	—	2	1
	Zus. (1905--1901)	—	**92**	**52**	**144**	—	—	**4**	**4**	**8**	**1**	—	—	—	—	—	**3**	**4**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Die zufolge endgültiger und widerruflicher Aufhebung in Abgang gekommenen Fürsorgezöglinge standen im Alter von										Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug bei den Zöglingen der Spalten 7 bis 9												Von den in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf entlassenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 endgültig in Abgang		Am 31. März 1907 verbleibt ein Bestand von Fürsorgezöglingen				№
unter 14		14 bis 16		16 bis 18		18 bis 20		20 bis 21		unter 1		1 bis 2		2 bis 3		3 bis 4		4 bis 5		über 5								
Jahren										Jahre																		
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.	aus dem Überweisungsjahre	
10		11		12		13		14		15		16		17		18		19		20		21		22				
lische.																												
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	6	18	1905	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	2	12	1904	
—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	9	2	11	1903	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	1	5	1902	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	5	3	8	1901	
—	—	—	—	—	—	—	—	**2**	—	—	—	—	—	—	—	**2**	—	—	—	—	—	**1**	—	**40**	**14**	**54**	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	15	62	1905	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52	27	79	1904	
—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	—	—	1	—	1	—	1	1	—	—	—	—	—	—	56	26	82	1903	10.
—	—	—	—	—	—	1	—	3	3	—	—	2	—	—	2	1	1	1	—	—	—	1	—	27	13	40	1902	
—	—	—	—	1	—	—	—	4	1	1	—	—	—	—	—	—	—	3	1	1	—	1	—	38	23	61	1901	
—	—	—	—	**1**	—	**1**	—	**10**	**5**	**1**	—	**3**	—	**1**	**2**	**2**	**2**	**4**	**1**	**1**	—	**2**	—	**220**	**104**	**324**	—	
—	1	—	—	—	—	1	1	1	—	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	237	132	369	1905	
1	—	1	—	2	2	3	3	2	1	1	1	4	2	4	3	—	—	—	—	—	—	—	1	188	127	315	1904	
—	—	2	—	2	—	2	1	5	8	—	—	—	—	6	3	5	6	—	—	—	—	2	1	160	72	232	1903	11.
—	—	—	2	—	—	—	—	18	7	1	—	3	—	2	1	7	4	5	4	—	—	2	—	142	82	224	1902	
—	—	—	—	2	1	2	3	24	8	1	—	2	—	2	—	4	—	12	10	7	2	5	1	149	112	261	1901	
1	**1**	**3**	**2**	**6**	**3**	**8**	**8**	**50**	**24**	**4**	**2**	**10**	**3**	**14**	**7**	**16**	**10**	**17**	**14**	**7**	**2**	**9**	**3**	**876**	**525**	**1401**	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22	9	31	1905	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	11	5	16	1904	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	18	8	26	1903	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	20	14	34	1902	
—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	1	—	—	—	—	—	1	1	—	—	1	—	17	12	29	1901	
—	—	—	—	—	—	—	—	**3**	**4**	—	—	**1**	—	—	**2**	**1**	**1**	**1**	**1**	—	—	**1**	—	**88**	**48**	**136**	—	

Fortsetzung siehe Seiten 140 u. 141.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Am 31. März 1906 verblieb ein Bestand von Fürsorgezöglingen				Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind von den widerruflich entlassenen Fürsorgezöglingen früherer Rechnungsjahre wieder in Zugang gekommen		Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind in Abgang gekommen											
								überhaupt			und zwar								
											durch Tod		widerruflich entlassen		endgültig entlassen		zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres	
		aus dem Überweisungsjahre	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	vor Ablauf der Minderjährigkeit					
													m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3				4		5			6		7		8		9	

B. Katho-

13.	Bezirksverb. Wiesbaden	1905	53	31	84	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	1	—	—
		1904	45	25	70	—	—	1	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—
		1903	52	23	75	—	—	11	5	16	—	—	1	1	1	—	9	4
		1902	43	26	69	—	—	4	7	11	—	1	—	—	1	—	3	6
		1901	43	20	63	—	—	5	5	10	—	—	—	—	—	—	5	5
	Zus. (1905—1901)	—	**236**	**125**	**361**	—	—	**21**	**18**	**39**	—	**1**	**1**	**1**	**3**	**1**	**17**	**15**
14.	Rheinprovinz . . .	1905	477	232	709	—	—	7	—	7	3	—	4	—	—	—	—	—
		1904	477	207	684	—	—	30	5	35	7	—	20	4	3	1	—	—
		1903	426	220	646	2	1	35	40	75	2	1	11	5	3	2	19	32
		1902	318	155	473	1	—	57	43	100	2	1	22	1	—	2	33	39
		1901	414	224	638	—	—	59	39	98	1	1	18	3	4	1	36	34
	Zus. (1905—1901)	—	**2112**	**1038**	**3150**	**3**	**1**	**188**	**127**	**315**	**15**	**3**	**75**	**13**	**10**	**6**	**88**	**105**
15.	Hohenzollern	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	3	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	1	2	3	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—
	Zus. (1905—1901)	—	**6**	**4**	**10**	—	—	**1**	—	**1**	—	—	—	—	—	—	**1**	—
16.	Staat	1905	1595	691	2286	—	—	27	11	38	8	5	17	1	1	5	1	—
		1904	1592	678	2270	1	1	62	24	86	10	5	45	14	7	3	—	2
		1903	1522	650	2172	6	1	139	102	241	8	7	60	24	10	4	61	67
		1902	1292	580	1872	4	—	203	119	322	7	6	69	21	16	5	111	87
		1901	1483	773	2256	1	—	218	111	329	4	5	79	26	27	5	108	75
	Summe	—	**7484**	**3372**	**10856**	**12**	**2**	**649**	**367**	**1016**	**37**	**28**	**270**	**86**	**61**	**22**	**281**	**231**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Die zufolge endgültiger und widerruflicher Aufhebung in Abgang gekommenen Fürsorgezöglinge standen im Alter von										Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug bei den Zöglingen der Spalten 7 bis 9												Von den in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf entlassenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 endgültig in Abgang		Am 31. März 1907 verbleibt ein Bestand von Fürsorgezöglingen				№
unter 14		14 bis 16		16 bis 18		18 bis 20		20 bis 21		unter 1		1 bis 2		2 bis 3		3 bis 4		4 bis 5		über 5								
Jahren										Jahre																		
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.	aus dem Überweisungsjahre	
10		11		12		13		14		15		16		17		18		19		20		21		22				
lische.																												
—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53	30	83	1905	
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44	25	69	1904	
—	1	—	—	—	—	—	—	11	4	—	1	—	1	5	1	6	2	—	—	—	—	2	—	41	18	59	1903	13.
—	—	—	—	—	—	—	—	4	6	—	—	—	—	—	2	2	3	2	1	—	—	—	—	39	19	58	1902	
—	—	—	—	—	—	—	—	5	5	—	—	—	—	1	—	—	—	2	2	2	3	1	—	38	15	53	1901	
—	**1**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**1**	**21**	**15**	**—**	**1**	**—**	**2**	**7**	**3**	**8**	**5**	**4**	**3**	**2**	**3**	**3**	**—**	**215**	**107**	**322**	**—**	
—	—	2	—	—	—	2	—	—	—	3	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	470	232	702	1905	
2	—	6	1	4	2	3	2	8	—	—	—	15	2	8	3	—	—	—	—	—	—	—	—	447	202	649	1904	
—	—	—	—	3	3	7	2	23	34	1	2	1	2	18	16	13	19	—	—	—	—	6	—	393	181	574	1903	14.
2	—	1	—	3	1	10	2	39	39	4	1	1	1	12	2	34	27	4	11	—	—	7	2	262	112	374	1902	
2	1	3	—	5	—	9	3	39	34	1	—	1	—	1	—	2	2	36	26	17	10	5	1	355	185	540	1901	
6	**1**	**12**	**1**	**15**	**6**	**31**	**9**	**109**	**107**	**9**	**3**	**19**	**5**	**39**	**21**	**49**	**48**	**40**	**37**	**17**	**10**	**18**	**3**	**1927**	**912**	**2839**	**—**	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1905	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	1904	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	4	1903	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1902	
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	2	2	1901	
—	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**1**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**1**	**—**	**—**	**—**	**5**	**4**	**9**	**—**	
4	1	5	—	2	2	7	3	1	—	12	2	6	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1568	680	2248	1905	
3	—	10	2	7	4	17	11	15	3	1	1	31	6	20	13	—	—	—	—	—	—	4	2	1531	655	2186	1904	
—	1	3	—	11	7	32	13	85	74	3	4	7	6	65	34	56	50	—	—	—	—	25	2	1389	549	1938	1903	16.
2	1	2	3	10	5	45	11	137	92	9	1	11	1	26	9	98	65	54	37	—	—	26	9	1093	461	1554	1902	
3	1	3	1	24	3	59	24	125	77	3	—	4	—	5	1	11	3	134	72	55	30	42	8	1266	662	1928	1901	
12	**4**	**23**	**6**	**54**	**21**	**160**	**62**	**363**	**246**	**28**	**8**	**59**	**17**	**117**	**57**	**165**	**118**	**188**	**109**	**55**	**30**	**97**	**21**	**6847**	**3007**	**9854**	**—**	

Fortsetzung siehe Seiten 142 u. 143.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Von den Fürsorgezöglingen der Spalte 22 waren: am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht m.	w.	aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt m.	w.	am 31. März 1907 im Gefängnis pp. m.	w.	am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen m.	w.	Von den untergebrachten am 1. in An- überhaupt m.	w.	a) in den königlichen Erziehungsanstalten: Wabern m.	Hardehausen m.	Conradshammer m.	Steinfeld m.	St. Martin zu Boppard w.	Gräfrath w.	b) in Erziehungsanstalten der Provinzen m.	w.	c) in anderen kommunalen Erziehungsanstalten m.	w.
1	2		23		24		25		26		27		28	29	30	31	32	33	34		35	

Noch: **B. Katho-**

1.	Ostpreußen	1905	31	16	—	—	1	—	—	—	24	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	29	7	2	—	—	—	—	—	13	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	24	11	1	—	3	—	—	—	9	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	16	8	1	—	3	—	—	—	5	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	27	20	—	—	—	—	—	1	11	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**127**	**62**	**4**	—	**7**	—	—	**1**	**62**	**27**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.	Westpreußen	1905	83	28	3	—	2	1	1	—	53	20	—	—	18	—	—	—	19	—	—	—
		1904	91	28	7	—	3	—	4	—	50	19	—	—	12	—	—	—	13	—	—	—
		1903	81	27	3	—	2	—	2	—	21	17	—	—	—	—	—	—	11	—	—	—
		1902	68	24	4	—	3	—	2	—	21	15	—	—	3	—	—	—	8	—	—	—
		1901	86	33	6	1	3	—	—	—	17	8	—	—	2	—	—	—	5	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**409**	**140**	**23**	**1**	**13**	**1**	**9**	—	**162**	**79**	—	—	**35**	—	—	—	**56**	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	1905	38	23	1	—	—	—	—	—	14	11	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1904	39	20	—	—	—	—	—	—	20	13	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1903	23	11	1	—	1	—	—	—	5	6	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1902	22	11	1	—	1	—	1	—	3	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	21	8	2	—	—	—	—	—	4	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**143**	**73**	**5**	—	**2**	—	**1**	—	**46**	**37**	—	—	—	—	—	—	**3**	—	—	—
4.	Berlin	1905	49	12	1	2	—	—	1	1	22	11	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—
		1904	24	16	4	1	1	—	—	—	10	9	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—
		1903	27	12	1	3	1	—	—	—	10	7	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—
		1902	33	10	3	2	—	—	—	—	8	3	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—
		1901	12	5	2	—	1	—	—	—	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
	Zus. (1905—1901)	—	**145**	**55**	**11**	**8**	**3**	—	**1**	**1**	**51**	**33**	—	—	-	—	—	—	—	—	**15**	**1**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich 31. März 1907

stalten										2. in fremden Familien												
d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten		f) in Anstalten für Heilung und Krankenpflege		g) in Idioten- bezw. in Irrenanstalten		h) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		überhaupt		a) als Pflegling						b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		№
												überhaupt		und zwar								
														14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt						
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
36		37		38		39		40		41		42		43		44		45		46		
lische.																						
—	—	24	13	—	—	—	—	—	—	7	3	2	2	2	2	—	—	2	—	3	1	
—	—	13	3	—	—	—	—	—	—	15	4	—	2	—	1	—	1	4	—	11	2	
—	—	9	2	—	—	—	—	—	—	15	9	—	—	—	—	—	—	—	—	15	9	1.
—	—	5	3	—	—	—	—	—	—	11	5	—	—	—	—	—	—	3	—	8	5	
—	—	10	6	—	—	1	—	—	—	15	13	1	2	—	2	1	—	6	—	8	11	
—	—	**61**	**27**	—	—	**1**	—	—	—	**63**	**34**	**3**	**6**	**2**	**5**	**1**	**1**	**15**	—	**45**	**28**	
5	—	10	19	1	1	—	—	—	—	30	8	7	6	7	6	—	—	11	—	12	2	
14	—	10	18	1	1	—	—	—	—	41	9	2	1	1	1	1	—	10	—	29	8	
5	—	3	17	1	—	1	—	—	—	59	9	3	1	2	1	1	—	16	—	40	8	2.
1	—	8	13	1	1	—	—	—	1	47	9	1	—	1	—	—	—	13	—	33	9	
—	—	8	8	1	—	1	—	—	—	69	25	8	5	6	4	2	1	7	—	54	20	
25	—	**39**	**75**	**5**	**3**	**2**	—	—	**1**	**246**	**60**	**21**	**13**	**17**	**12**	**4**	**1**	**57**	—	**168**	**47**	
—	—	13	10	—	1	—	—	—	—	24	11	12	8	9	6	3	2	7	1	5	2	
—	—	19	13	—	—	—	—	—	—	19	7	5	3	5	3	—	—	6	—	8	4	
—	—	4	6	—	—	—	—	—	—	18	5	2	2	2	2	—	—	8	—	8	3	3.
—	—	3	5	—	—	—	—	—	—	19	6	3	1	3	1	—	—	12	—	4	5	
—	—	4	2	—	—	—	—	—	—	16	6	2	3	1	3	1	—	11	—	3	3	
—	—	**43**	**36**	—	**1**	—	—	—	—	**96**	**35**	**24**	**17**	**20**	**15**	**4**	**2**	**44**	**1**	**28**	**17**	
—	—	15	11	—	—	—	—	—	—	25	1	5	—	3	—	2	—	12	—	8	1	
—	—	8	9	—	—	—	—	—	—	14	6	5	2	3	2	2	—	5	—	4	4	
—	—	5	7	2	—	—	—	—	—	17	5	3	1	2	—	1	1	10	—	4	4	4.
—	—	5	3	—	—	—	—	—	—	20	5	2	—	1	—	1	—	12	—	6	5	
—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	9	2	1	—	—	—	1	—	4	—	4	2	
—	—	**33**	**32**	**3**	—	—	—	—	—	**85**	**19**	**16**	**3**	**9**	**2**	**7**	**1**	**43**	—	**26**	**16**	

Fortsetzung siehe Seiten 144 u. 145.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Von den Fürsorgezöglingen der Spalte 22 waren: am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht m.	w.	aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt m.	w.	am 31. März 1907 im Gefängnis pp. m.	w.	am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen m.	w.	Von den untergebrachten am 1. in Anstalten überhaupt m.	w.	a) in den königlichen Erziehungsanstalten: Wabern m.	Hardehausen m.	Conradshammer m.	Steinfeld m.	St. Martin zu Boppard w.	Gräfrath w.	b) in Erziehungsanstalten der Provinzen m.	w.	c) in anderen kommunalen Erziehungsanstalten m.	w.
1	2		23		24		25		26		27		28	29	30	31	32	33	34		35	

Noch: **B. Katho-**

5.	Pommern	1905	5	2	1	—	—	—	—	—	3	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	3	2	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	5	3	—	—	1	—	—	—	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	6	1	2	—	—	—	—	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	2	1	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**21**	**9**	**3**	—	**1**	—	**1**	—	**12**	**6**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	1905	135	42	4	1	5	—	1	—	88	34	—	—	2	—	—	—	64	—	—	—
		1904	145	38	6	—	1	—	2	2	56	23	—	—	1	—	—	—	39	—	—	—
		1903	131	60	9	—	9	—	3	—	55	30	—	—	2	—	—	—	48	—	—	—
		1902	104	35	6	1	—	—	—	1	39	9	—	—	4	—	—	—	31	—	—	—
		1901	97	32	8	—	3	—	—	—	27	4	—	—	2	—	—	—	24	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**612**	**207**	**33**	**2**	**18**	—	**6**	**3**	**265**	**100**	—	—	**11**	—	—	—	**206**	—	—	—
7.	Schlesien	1905	314	117	8	1	8	1	9	—	238	92	—	—	—	—	—	—	84	16	22	1
		1904	345	142	18	2	17	—	3	—	163	69	—	—	—	—	—	—	65	4	16	—
		1903	311	100	27	3	13	1	4	1	104	27	—	—	—	—	—	—	34	2	6	—
		1902	264	113	10	3	17	1	2	1	64	37	—	—	—	—	—	—	28	7	2	—
		1901	326	198	22	2	14	—	1	1	77	27	—	—	—	—	—	—	38	3	3	—
	Zus. (1905—1901)	—	**1560**	**670**	**85**	**11**	**69**	**3**	**19**	**3**	**646**	**252**	—	—	—	—	—	—	**249**	**32**	**49**	**1**
8.	Sachsen	1905	26	9	—	—	—	—	—	—	20	7	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—
		1904	32	8	1	—	1	—	—	—	11	3	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1903	26	9	—	—	—	—	—	—	4	3	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1902	28	9	1	—	—	—	—	—	5	3	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
		1901	29	8	1	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**141**	**43**	**3**	—	**1**	—	—	—	**42**	**17**	—	—	—	**2**	—	—	**2**	**1**	—	—

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich 31. März 1907

staltten										2. in fremden Familien												
d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten		f) in Anstalten für Heilung und Krankenpflege		g) in Idioten- bezw. in Irrenanstalten		h) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		überhaupt		a) als Pflegling						b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		№
												überhaupt		und zwar								
														14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt						
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
36		37		38		39		40		41		42		43		44		45		46		
lische.																						
—	—	3	2	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	
—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2	
—	—	3	3	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	5.
—	—	3	1	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	—	
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
—	—	**12**	**6**	—	—	—	—	—	—	**9**	**2**	—	—	—	—	—	—	**3**	—	**6**	**2**	
—	—	17	34	2	—	3	—	—	—	47	8	26	5	18	4	8	1	8	—	13	3	
—	—	14	23	1	—	1	—	—	—	89	15	25	8	21	7	4	1	29	—	35	7	
—	—	2	30	1	—	2	—	—	—	76	30	19	12	12	11	7	1	31	—	26	18	6.
—	—	1	8	1	—	2	1	—	—	65	26	8	7	6	6	2	1	23	—	34	19	
—	—	—	4	—	—	1	—	—	—	70	28	13	5	11	5	2	—	23	—	34	23	
—	—	**34**	**99**	**5**	—	**9**	**1**	—	—	**347**	**107**	**91**	**37**	**68**	**33**	**23**	**4**	**114**	—	**142**	**70**	
—	—	127	75	3	—	2	—	—	—	75	25	12	10	11	10	1	—	15	—	48	15	
—	—	82	62	—	3	—	—	—	—	182	73	17	20	16	18	1	2	34	—	131	53	
—	—	63	25	—	—	1	—	—	—	207	73	34	15	32	14	2	1	57	—	116	58	7.
—	—	31	29	1	—	2	—	—	1	198	76	29	24	28	21	1	3	79	—	90	52	
—	—	31	21	4	2	1	1	—	—	248	170	63	67	55	59	8	8	70	—	115	103	
—	—	**334**	**212**	**8**	**5**	**6**	**1**	—	**1**	**910**	**417**	**155**	**136**	**142**	**122**	**13**	**14**	**255**	—	**500**	**281**	
—	—	19	4	—	2	—	—	—	—	6	2	—	1	—	1	—	—	3	—	3	1	
—	—	10	3	—	—	—	—	—	—	20	5	3	2	3	2	—	—	14	—	3	3	
—	—	3	2	—	1	—	—	—	—	22	6	2	—	2	—	—	—	13	—	7	6	8.
—	—	3	3	1	—	—	—	—	—	22	5	1	1	1	1	—	—	10	—	11	4	
—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	27	5	3	2	3	2	—	—	14	—	10	3	
—	—	**37**	**13**	**1**	**3**	—	—	—	—	**97**	**23**	**9**	**6**	**9**	**6**	—	—	**54**	—	**34**	**17**	

Fortsetzung siehe Seiten 146 u. 147.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Von den Fürsorgezöglingen der Spalte 22 waren: am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht m.	am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht w.	aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt m.	aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt w.	am 31. März 1907 im Gefängnis pp. m.	am 31. März 1907 im Gefängnis pp. w.	am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen m.	am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen w.	Von den untergebrachten am 1. in Anstalten überhaupt m.	überhaupt w.	a) in den königlichen Erziehungsanstalten: Wabern m.	Hardehausen m.	Conradshammer m.	Steinfeld m.	St. Martin zu Boppard w.	Gräfrath w.	b) in Erziehungsanstalten der Provinzen m.	b) w.	c) in anderen kommunalen Erziehungsanstalten m.	c) w.
1	2		23		24		25		26		27		28	29	30	31	32	33	34		35	
Noch: **B. Katho-**																						
9.	Schlesw.-Holsteinischer Provinzialverband	1905	12	6	—	—	—	—	—	—	8	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	9	2	1	—	—	—	—	—	6	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	9	2	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	4	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	5	3	—	—	—	—	—	—	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**39**	**14**	**1**	—	—	—	—	—	**18**	**12**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10.	Hannover . . .	1905	44	14	2	—	1	—	—	1	30	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	48	26	2	—	—	—	2	1	26	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	54	25	1	1	—	—	1	—	22	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	26	13	1	—	—	—	—	—	16	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	38	23	—	—	—	—	—	—	5	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**210**	**101**	**6**	**1**	**1**	—	**3**	**2**	**99**	**48**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Westfalen . . .	1905	219	128	11	1	2	—	5	3	99	68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	178	122	6	3	2	—	2	2	53	54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	150	71	8	1	1	—	1	—	31	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	129	82	9	—	2	—	2	—	25	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	138	112	8	—	3	—	—	—	16	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**814**	**515**	**42**	**5**	**10**	—	**10**	**5**	**224**	**172**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12.	Bezirksverb. Cassel	1905	22	9	—	—	—	—	—	—	14	4	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
		1904	11	4	—	1	—	—	—	—	5	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
		1903	18	8	—	—	—	—	—	—	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	20	14	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	17	12	—	—	—	—	—	—	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**88**	**47**	—	**1**	—	—	—	—	**25**	**12**	—	—	—	**2**	—	—	—	—	—	—

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich 31. März 1907

staltten										2. in fremden Familien												
d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten		f) in Anstalten für Heilung und Krankenpflege		g) in Idioten- bezw. in Irrenanstalten		h) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		überhaupt		a) als Pflegling						b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		Nr.
												überhaupt		und zwar								
														14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt						
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
36		37		38		39		40		41		42		43		44		45		46		
lische.																						
—	—	8	5	—	—	—	—	—	—	4	1	—	—	—	—	—	—	1	—	3	1	
—	—	6	1	—	—	—	—	—	—	3	1	1	—	—	—	1	—	1	—	1	1	
—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	3	—	4	—	9.
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	4	—	1	—	—	—	1	—	3	—	—	—	
—	—	2	3	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	
—	—	**18**	**12**	—	—	—	—	—	—	**21**	**2**	**2**	—	—	—	**2**	—	**8**	—	**11**	**2**	
—	—	29	8	—	—	1	—	—	—	14	6	7	6	7	5	—	1	4	—	3	—	
—	—	26	14	—	—	—	—	—	—	22	10	8	5	—	5	8	—	5	—	9	5	
—	—	21	16	1	—	—	—	—	—	30	9	6	4	6	4	—	—	13	—	11	5	10.
—	—	16	7	—	—	—	—	—	—	10	6	2	—	2	—	—	—	7	—	1	6	
—	—	4	2	—	—	1	1	—	—	31	19	11	5	9	5	2	—	12	—	8	14	
—	—	**96**	**47**	**1**	—	**2**	**1**	—	—	**107**	**50**	**34**	**20**	**24**	**19**	**10**	**1**	**41**	—	**32**	**30**	
—	—	97	65	1	2	1	1	—	—	116	58	50	36	47	33	3	3	35	1	31	21	
—	—	51	54	1	—	1	—	—	—	118	64	27	29	24	28	3	1	46	1	45	34	
—	—	26	18	4	1	1	1	—	—	116	50	24	20	19	18	5	2	50	—	42	30	11.
—	—	24	14	1	—	—	1	—	—	102	66	17	23	15	19	2	4	46	—	39	43	
—	—	14	13	1	2	1	—	—	—	120	95	41	35	40	33	1	2	43	4	36	56	
—	—	**212**	**164**	**8**	**5**	**4**	**3**	—	—	**572**	**333**	**159**	**143**	**145**	**131**	**14**	**12**	**220**	**6**	**193**	**184**	
—	—	13	4	—	—	—	—	—	—	8	5	5	3	4	3	1	—	2	—	1	2	
—	—	4	2	—	—	—	—	—	—	6	2	1	1	1	1	—	—	4	—	1	1	
—	—	4	—	—	—	—	1	—	—	14	7	7	3	7	3	—	—	2	—	5	4	12.
—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	18	13	9	6	8	6	1	—	3	—	6	7	
—	—	1	3	—	—	—	—	—	1	15	8	2	4	2	2	—	2	8	—	5	4	
—	—	**23**	**10**	—	—	—	**1**	—	**1**	**61**	**35**	**24**	**17**	**22**	**15**	**2**	**2**	**19**	—	**18**	**18**	

Fortsetzung siehe Seiten 148 u. 149.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Von den Fürsorgezöglingen der Spalte 22 waren: am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht m.	w.	aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt m.	w.	am 31. März 1907 im Gefängnis pp. m.	w.	am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen m.	w.	Von den untergebrachten am 1. in Anstalten überhaupt m.	w.	a) in den königlichen Erziehungsanstalten: Wabern m.	Hardehausen m.	Conradshammer m.	Steinfeld m.	St. Martin zu Boppard w.	Gräfrath w.	b) in Erziehungsanstalten der Provinzen m.	w.	c) in anderen kommunalen Erziehungsanstalten m.	w.
1	2		23		24		25		26		27		28	29	30	31	32	33	34		35	
	Noch: B. Katho-																					
13.	Bezirksverband Wiesbaden	1905	52	28	—	—	1	—	—	2	33	23	—	—	—	4	—	—	3	—	—	—
		1904	40	25	4	—	—	—	—	—	17	14	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—
		1903	38	18	2	—	1	—	—	—	16	8	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
		1902	38	17	1	2	—	—	—	—	19	7	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—
		1901	35	15	3	—	—	—	—	—	10	5	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**203**	**103**	**10**	**2**	**2**	—	—	**2**	**95**	**57**	—	—	—	**15**	—	—	**3**	—	—	—
14.	Rheinprovinz . .	1905	443	224	15	—	1	—	11	8	333	191	—	—	—	68	—	16	40	1	—	—
		1904	408	196	30	1	3	—	6	5	203	129	—	—	—	23	—	6	42	—	—	—
		1903	348	173	34	1	6	—	5	7	124	92	—	—	—	16	—	5	25	6	—	—
		1902	243	108	13	2	4	—	2	2	80	47	—	—	—	6	—	3	18	2	—	—
		1901	314	179	31	2	5	—	5	4	92	64	—	—	—	8	—	3	22	1	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**1756**	**880**	**123**	**6**	**19**	—	**29**	**26**	**832**	**523**	—	—	—	**121**	—	**33**	**147**	**10**	—	—
15.	Hohenzollern . .	1904	1	1	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
		1903	2	1	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	—	2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1904—1901)	—	**4**	**4**	**1**	—	—	—	—	—	**2**	**2**	—	—	—	**1**	—	—	—	—	—	—
16.	Staat	1905	1473	658	46	5	21	2	28	15	979	489	—	—	20	74	—	16	211	18	29	1
		1904	1403	637	81	8	28	—	19	10	636	354	—	—	13	29	—	6	161	4	18	—
		1903	1247	531	88	9	38	1	16	8	411	234	—	—	2	17	—	5	120	8	9	—
		1902	1002	446	52	10	30	1	9	4	289	154	—	—	7	12	—	3	85	9	5	—
		1901	1147	651	83	5	29	—	7	6	266	146	—	—	4	9	—	3	89	4	3	1
	Summe	—	**6272**	**2923**	**350**	**37**	**146**	**4**	**79**	**43**	**2581**	**1377**	—	—	**46**	**141**	—	**33**	**666**	**43**	**64**	**2**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich 31. März 1907

Anstalten										2. in fremden Familien												
d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten		f) in Anstalten für Heilung und Krankenpflege		g) in Idioten- bezw. in Irrenanstalten		h) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		a) als Pflegling						b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		№
										über haupt		und zwar										
												über- haupt		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt						
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
36		37		38		39		40		41		42		43		44		45		46		
lische.																						
—	—	25	23	—	—	1	—	—	—	19	5	10	4	10	4	—	—	2	—	7	1	
—	—	13	13	—	—	—	1	—	—	22	9	10	2	9	2	1	—	5	—	7	7	
—	—	13	8	2	—	—	—	—	—	18	10	2	6	2	5	—	1	13	—	3	4	13.
—	—	13	7	—	—	1	—	—	—	18	10	2	4	2	3	—	1	12	1	4	5	
—	—	9	5	—	—	—	—	—	—	18	9	2	2	2	1	—	1	10	—	6	7	
—	—	**73**	**56**	**2**	—	**2**	**1**	—	—	**95**	**43**	**26**	**18**	**25**	**15**	**1**	**3**	**42**	**1**	**27**	**24**	
—	—	219	172	5	2	1	—	—	—	106	33	47	23	45	23	2	—	36	—	23	10	
—	—	130	120	5	3	3	—	—	—	203	67	63	33	57	30	6	3	90	—	50	34	
—	—	76	81	3	—	2	—	2	—	223	80	58	30	49	28	9	2	108	2	57	48	14.
—	—	55	41	1	1	—	—	—	—	160	60	23	11	19	10	4	1	86	2	51	47	
—	—	56	58	5	1	1	1	—	—	220	114	48	39	33	35	15	4	116	4	56	71	
—	—	**536**	**472**	**19**	**7**	**7**	**1**	**2**	—	**912**	**354**	**239**	**136**	**203**	**126**	**36**	**10**	**436**	**8**	**237**	**210**	
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	15.
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	
—	—	**1**	**2**	—	—	—	—	—	—	**2**	**2**	**2**	**1**	**1**	**1**	**1**	—	—	—	—	**1**	
5	—	619	445	12	8	9	1	—	—	483	166	183	104	163	97	20	7	138	2	162	60	
14	—	388	336	8	7	5	1	—	—	755	274	167	108	140	100	27	8	254	1	334	165	
5	—	235	217	14	2	7	2	2	—	825	294	161	94	136	86	25	8	325	2	339	198	16.
1	—	168	136	6	2	5	2	—	2	698	287	99	77	86	67	13	10	310	3	289	207	
—	—	142	129	12	5	7	3	—	1	862	495	195	170	162	152	33	18	324	8	343	317	
25	—	**1552**	**1263**	**52**	**24**	**33**	**9**	**2**	**3**	**3623**	**1516**	**805**	**553**	**687**	**502**	**118**	**51**	**1351**	**16**	**1467**	**947**	

Fortsetzung siehe Seiten 150 u. 151.

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Noch: Von den untergebrachten Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich am 31. März 1907: 3. in der eigenen Familie: a) als Pflegling überhaupt m.	w.	a) als Pflegling und zwar: 14 Jahre und darunter alt m.	w.	a) als Pflegling und zwar: über 14 Jahre alt m.	w.	b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe m.	w.	c) im Dienstverhältnis m.	w.	noch in der 1. Pflegestelle und zwar: nur in Anstalten m.	w.	noch in der 1. Pflegestelle und zwar: nur in Familien m.	w.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar: nur in Anstalten m.	w.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar: nur in Familien m.	w.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar: nur in einer Anstalt und nur einer Familie m.	w.	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle und zwar: in verschiedenen Anstalten und Familien m.	w.
1	2		47		48		49		50		51		52		53		54		55		56		57		58	
Noch: B. Katho-																								
1.	Ostpreußen	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22	13	1	—	1	—	—	—	7	3	—	—
		1904	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	8	2	1	2	2	—	—	—	16	2	2	1
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	2	—	—	—	—	—	—	12	7	4	2
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	1	3	—	—	—	2	1	9	4
		1901	1	1	1	1	—	1	1	—	—	—	—	—	3	5	1	2	2	—	—	—	8	7	13	6
Zus. (1905—1901)		—	**2**	**1**	**2**	**1**	—	**1**	**2**	—	—	—	—	—	**42**	**24**	**4**	**5**	**8**	—	—	—	**45**	**20**	**28**	**13**
2.	Westpreußen	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50	20	8	7	—	—	—	1	24	—	1	—
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36	18	2	3	—	—	—	—	38	4	15	3
		1903	1	1	1	1	—	—	1	1	—	—	—	—	11	14	3	1	1	—	1	—	42	9	23	3
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	8	1	1	4	2	1	—	34	4	17	9
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	7	3	5	—	—	8	8	35	6	28	7
Zus. (1905—1901)		—	**1**	**1**	**1**	**1**	—	—	**1**	**1**	—	—	—	—	**120**	**67**	**17**	**17**	**5**	**2**	**10**	**9**	**173**	**23**	**84**	**22**
3.	Brandenburg ohne Berlin	1905	—	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	9	8	—	1	3	1	—	—	25	10	1	3
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	10	1	—	2	1	—	1	16	4	6	4
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	5	2	1	—	—	—	—	14	3	4	2
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3	—	1	—	1	2	1	12	2	7	3
		1901	1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	3	—	—	4	2	5	—	9	2
Zus. (1905—1901)		—	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**	**1**	—	—	—	—	—	—	**28**	**27**	**5**	**6**	**5**	**3**	**6**	**4**	**72**	**19**	**27**	**14**
4.	Berlin . .	1905	2	—	2	—	1	—	1	—	—	—	—	—	7	4	—	—	10	5	—	—	13	1	19	2
		1904	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	4	2	—	—	3	7	—	—	5	2	12	5
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	4	1	—	—	6	4	17	3
		1902	5	2	5	2	—	—	5	2	—	—	—	—	1	—	—	—	1	1	—	—	6	3	25	6
		1901	2	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	3	1	9	3
Zus. (1905—1901)		—	**9**	**3**	**9**	**3**	**1**	—	**8**	**3**	—	—	—	—	**12**	**10**	—	—	**18**	**15**	—	—	**33**	**11**	**82**	**19**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Von den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905 entwichenen bezw. im Gefängnis gewesenen Zöglingen sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 zurückgekehrt bezw. wieder eingeliefert worden				Es sind im Rechnungsjahre 1906														Die Führung hat sich gegen diejenige des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung				Nr.
				entwichen				von den Entwichenen der Spalten 61 u. 62 wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				aus der Familienpflege bezw. Gesindedienst oder Lehre pp. in Anstaltspflege gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		aus der Anstaltspflege in Familienpflege, Gesindedienst oder Lehre pp. gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		gerichtlich bestraft worden		gebessert		verschlechtert		
				aus Anstalten		aus Familien		in Anstalten		in Familien								bei				
in Anstalten		in Familien																				
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
59		60		61		62		63		64		65		66		67		68		69		
lische.																						
1	—	—	—	2	—	1	—	2	—	1	—	1	—	7	3	1	—	6	4	4	3	
—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	2	1	12	2	—	—	9	2	1	—	
—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	5	7	3	—	7	2	2	—	1.
1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	1	3	2	—	—	4	1	1	—	
—	—	—	—	2	1	—	—	2	—	—	—	2	1	3	4	4	—	5	8	1	—	
2	—	—	—	**6**	**1**	**3**	—	**5**	—	**1**	—	**6**	**3**	**30**	**18**	**8**	—	**31**	**17**	**9**	**3**	
1	—	—	—	2	3	5	—	3	3	1	—	2	—	21	—	3	1	22	8	3	2	
3	—	—	—	2	—	20	—	12	—	1	—	10	2	24	4	7	—	28	7	8	1	
1	—	—	—	2	—	8	2	7	1	1	1	11	3	23	11	2	—	21	6	3	1	2.
2	—	—	—	3	—	5	2	5	2	—	—	3	1	13	5	2	—	16	6	2	2	
1	—	—	—	5	—	9	—	7	—	1	—	4	—	14	4	6	—	29	10	10	1	
8	—	—	—	**14**	**3**	**47**	**4**	**34**	**6**	**4**	**1**	**30**	**6**	**95**	**24**	**20**	**1**	**116**	**37**	**26**	**7**	
—	—	—	—	3	1	2	—	4	1	—	—	1	3	22	7	1	1	11	4	2	2	
1	—	—	—	2	—	3	3	3	2	2	1	2	1	5	3	1	—	10	7	1	2	
—	—	—	—	3	—	1	—	2	—	—	—	2	1	8	2	1	—	7	5	1	—	3.
—	—	—	—	—	—	4	—	2	—	1	—	1	2	5	2	—	—	7	3	2	1	
—	—	—	—	1	—	3	—	2	—	—	—	1	—	5	—	1	—	4	2	1	—	
1	—	—	—	**9**	**1**	**13**	**3**	**13**	**3**	**3**	**1**	**7**	**7**	**45**	**14**	**4**	**1**	**39**	**21**	**7**	**5**	
—	—	—	—	8	2	4	—	10	—	1	—	2	1	25	2	3	—	7	1	2	—	
1	—	—	—	4	—	2	2	1	—	—	1	2	—	5	5	1	1	7	5	—	1	
2	—	—	—	3	4	5	1	6	2	—	—	4	—	8	4	2	—	6	7	—	1	4.
—	—	—	—	3	—	3	2	3	1	1	—	2	1	9	3	2	—	9	3	1	—	
—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	1	4	1	1	—	4	2	1	—	
3	—	—	—	**18**	**6**	**16**	**5**	**20**	**3**	**2**	**1**	**10**	**3**	**51**	**15**	**9**	**1**	**33**	**18**	**4**	**2**	

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Noch: Von den untergebrachten Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich am 31. März 1907																			
			3. in der eigenen Familie										noch in der 1. Pflegestelle				bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle					
			überhaupt		a) als Pflegling überhaupt		und zwar: 14 Jahre und darunter alt		und zwar: über 14 Jahre alt		b) als Lehrling, Gehilfe oder Gehilfin		c) im Dienstverhältnis		und zwar				und zwar			
															nur in Anstalten		nur in Familien		nur in Anstalten		nur in Familien	
			m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		47		48		49		50		51		52		53		54		55		56	
			Noch: B. Katho-																			
5.	Pommern	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	1	—	—	—	—	—
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	1	—	—	—
		1901	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zuſ. (1905—1901)			—	—	1	—	1	—	—	—	1	—	-	—	9	4	1	—	1	—	—	—
6.	Poſen	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	82	32	31	3	5	—	—	4
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38	18	27	10	3	2	18	2
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19	24	22	12	6	—	11	9
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	5	15	8	8	—	14	11
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	17	6	2	1	17	13
Zuſ. (1905—1901)			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	151	79	112	39	24	3	60	39
7.	Schleſien	1905	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	214	85	7	9	8	2	—	—
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	126	61	10	18	8	3	1	1
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	68	20	13	12	6	1	6	2
		1902	2	—	1	—	—	—	1	—	1	—	—	—	24	20	15	18	5	1	10	3
		1901	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	17	10	42	62	4	1	34	34
Zuſ. (1905—1901)			—	4	1	2	1	1	1	1	—	2	-	—	449	196	87	119	31	8	51	40
8.	Sachſen	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17	5	—	—	2	—	—	—
		1904	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	9	2	3	2	—	—	3	—
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	4	—	1	2	1	—
		1902	1	1	—	1	—	—	—	1	—	—	1	—	—	3	2	—	1	—	2	—
		1901	—	2	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	7	2
Zuſ. (1905—1901)			—	2	3	—	3	—	—	—	3	1	—	1	27	11	10	3	4	2	13	2

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle							
			und zwar							
			nur in einer Anstalt und nur einer Familie		in verschiedenen Anstalten und Familien					
			m.	w.	m.	w.				
1	2		57		58					
5.	Pommern	1905	1	—	—	—				
		1904	1	2	—	—				
		1903	—	1	3	—				
		1902	1	1	2	—				
		1901	—	—	2	1				
Zuſ. (1905—1901)			3	4	7	1				
6.	Poſen	1905	15	3	2	—				
		1904	49	4	10	2				
		1903	49	7	24	8				
		1902	36	7	21	4				
		1901	34	2	25	10				
Zuſ. (1905—1901)			183	23	82	24				
7.	Schleſien	1905	81	18	4	3				
		1904	147	40	53	19				
		1903	123	38	95	27				
		1902	121	27	89	44				
		1901	102	33	127	58				
Zuſ. (1905—1901)			574	156	368	151				
8.	Sachſen	1905	7	2	—	2				
		1904	14	2	3	2				
		1903	12	4	7	2				
		1902	9	4	14	2				
		1901	8	1	13	4				
Zuſ. (1905—1901)			50	13	37	12				

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Von den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905 entwichenen bezw. im Gefängnis gewesenen Zöglingen sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 zurückgekehrt bezw. wieder eingeliefert worden				Es sind im Rechnungsjahre 1906																	
				entwichen				Von den Entwichenen der Spalten 61 u. 62 wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				aus der Familienpflege bezw. Gesindedienst oder Lehre pp. in Anstaltspflege gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp 61—62)		aus der Anstaltspflege in Familienpflege, Gesindedienst oder Lehre pp. gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		gerichtlich bestraft worden		Die Führung hat sich gegen diejenige des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung				
				aus Anstalten		aus Familien												gebessert		verschlechtert		
in Anstalten		in Familien						in Anstalten		in Familien								bei			
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
59		60		61		62		63		64		65		66		67		68		69		
lische.																						
—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	1	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—	1	—	—	
2	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2	—	2	1	1	—	5.
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	2	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	2	—	—	—	
2	—	—	—	**2**	—	**1**	—	**1**	—	—	—	**1**	**1**	**3**	**2**	**2**	—	**7**	**3**	**1**	—	
2	—	—	—	7	1	3	1	2	1	2	—	2	1	13	1	9	1	66	9	7	3	
5	—	—	—	7	—	8	—	7	—	2	—	6	1	30	3	5	1	61	15	12	3	
4	1	—	—	5	—	14	1	7	1	2	—	6	3	14	8	8	—	59	16	13	6	6.
2	1	—	—	5	—	10	—	1	—	9	—	6	2	6	3	4	—	39	10	15	3	
—	—	—	—	7	—	10	—	8	—	1	—	8	3	9	4	7	—	38	9	10	2	
13	**2**	—	—	**31**	**1**	**45**	**2**	**25**	**2**	**15**	—	**28**	**10**	**72**	**19**	**33**	**2**	**263**	**59**	**57**	**17**	
6	1	—	—	7	3	16	5	12	8	1	—	7	1	73	15	2	3	85	32	16	6	
8	1	—	—	8	1	29	2	20	2	—	—	19	4	104	36	23	2	123	48	29	10	
3	—	—	—	4	—	39	8	22	5	—	—	20	6	85	33	20	3	120	31	41	10	7.
4	—	—	—	—	2	34	3	24	4	2	—	10	9	62	20	18	2	102	39	34	12	
7	—	—	—	3	—	30	2	17	1	5	—	17	6	43	22	28	1	118	69	40	19	
28	**2**	—	—	**22**	**6**	**148**	**20**	**95**	**20**	**8**	—	**73**	**26**	**367**	**126**	**91**	**11**	**548**	**219**	**160**	**57**	
—	—	—	—	3	—	1	—	4	—	—	—	—	—	5	2	2	—	6	5	—	—	
—	—	—	—	—	—	3	—	2	—	—	—	—	—	11	2	1	—	14	5	3	—	
—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	3	1	—	—	12	4	—	—	8.
1	—	—	—	—	—	2	—	2	—	—	—	1	—	7	3	2	—	9	4	3	—	
—	—	—	—	—	—	3	—	1	—	1	—	—	—	2	1	—	—	12	2	—	—	
1	—	—	—	**3**	—	**10**	—	**9**	—	**2**	—	**1**	—	**28**	**9**	**5**	—	**53**	**20**	**6**	—	

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Noch: Von den untergebrachten Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich am 31. März 1907																			
			3. in der eigenen Familie										noch in der 1. Pflegestelle				bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle					
			überhaupt		a) als Pflegling				b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		und zwar				und zwar					
					überhaupt		und zwar						nur in Anstalten		nur in Familien		nur in Anstalten		nur in Familien		nur in einer Anstalt und nur einer Familie		in verschiedenen Anstalten und Familien	
							14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt															
			m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		47		48		49		50		51		52		53		54		55		56		57		58	
																							Noch: **B. Katho-**	
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	5	—	1	—	—	—	—	3	—	1	—
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	1	—	—	—	—	1	—	1	1	2	—
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	4	—	4	—
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	1	1
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	2	—	—	2	—	2	—
Zus. (1905—1901)		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**14**	**9**	—	**1**	**1**	**2**	**1**	—	**13**	**1**	**10**	**1**
10.	Hannover	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	6	7	6	6	2	—	—	8	—	—	—
		1904	—	2	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	22	12	6	4	1	1	—	—	13	7	6	2
		1903	2	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	16	14	2	2	1	—	—	2	24	2	11	5
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	6	—	—	—	—	1	—	7	3	7	4
		1901	2	1	2	1	—	—	2	1	—	—	—	—	1	1	9	4	—	2	7	5	8	6	13	5
Zus. (1905—1901)		—	**4**	**3**	**4**	**3**	—	—	**4**	**3**	—	—	—	—	**73**	**39**	**24**	**16**	**8**	**5**	**8**	**7**	**60**	**18**	**37**	**16**
11.	Westfalen	1905	4	2	3	2	3	—	—	2	—	—	1	—	68	61	1	1	18	5	—	—	118	53	14	8
		1904	7	4	6	3	2	3	4	—	—	—	1	1	32	42	2	1	2	10	—	—	99	54	43	15
		1903	3	1	2	—	1	—	1	—	—	—	1	1	10	8	2	1	2	5	—	—	76	36	60	21
		1902	2	1	2	1	—	—	2	1	—	—	—	—	1	7	—	—	7	1	—	—	44	37	77	37
		1901	2	2	1	2	—	1	1	1	—	—	1	—	—	1	5	3	4	1	2	3	46	40	81	64
Zus. (1905—1901)		—	**18**	**10**	**14**	**8**	**6**	**4**	**8**	**4**	—	—	**4**	**2**	**111**	**119**	**10**	**6**	**33**	**22**	**2**	**3**	**383**	**220**	**275**	**145**
12.	Bezirksverb. Cassel	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	4	5	3	1	—	—	1	3	1	—	—
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	1	1	1	—	—	—	—	5	2	—	—
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	8	2	—	—	2	3	3	—	3	3
		1902	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	1	9	6	—	—	2	4	6	2	2	1
		1901	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	3	2	2	—	—	2	2	7	3	5	2
Zus. (1905—1901)		—	**2**	—	**1**	—	—	—	**1**	—	**1**	—	—	—	**22**	**9**	**25**	**14**	**1**	—	**6**	**10**	**24**	**8**	**10**	**6**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Von den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905 entwichenen bezw. im Gefängnis gewesenen Zöglingen sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 zurückgekehrt bezw. wieder eingeliefert worden				Es sind im Rechnungsjahre 1906														Die Führung hat sich gegen diejenige des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung				Nr.
				entwichen				von den Entwichenen der Spalten 61 u. 62 wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				aus der Familienpflege bezw. Gesindedienst oder Lehre pp. in Anstaltspflege gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		aus der Anstaltspflege in Familienpflege, Gesindedienst oder Lehre pp. gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		gerichtlich bestraft worden		gebessert		verschlechtert		
in Anstalten		in Familien		aus Anstalten		aus Familien		in Anstalten		in Familien								bei				
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
59		60		61		62		63		64		65		66		67		68		69		
lische.																						
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	2	—	—	—	
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	1	—	—	2	—	1	—	
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	—	—	—	3	—	1	—	9.
—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	3	1	1	—	
1	—	—	—	**1**	—	**1**	—	—	—	**1**	—	**4**	—	**9**	**1**	—	—	**10**	**1**	**3**	**1**	
—	—	—	—	2	—	2	—	1	—	—	—	1	—	7	—	3	—	10	4	1	—	
1	—	—	—	1	1	4	—	3	1	—	—	2	3	11	5	3	2	52	27	8	9	
2	—	—	—	2	1	3	2	2	2	2	—	1	1	10	2	1	—	20	8	7	2	10.
—	—	—	—	—	—	2	—	1	—	—	—	3	1	4	2	—	—	7	4	3	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	4	2	1	—	16	12	4	2	
3	—	—	—	**5**	**2**	**11**	**2**	**7**	**3**	**2**	—	**9**	**6**	**36**	**11**	**8**	**2**	**105**	**55**	**23**	**13**	
5	—	—	—	13	2	15	—	16	1	2	—	6	3	95	28	16	3	66	38	17	12	
1	—	—	—	5	3	13	3	15	3	—	—	6	3	49	28	10	2	61	36	19	13	
2	—	—	—	3	2	22	1	18	2	—	—	6	4	29	5	4	—	56	16	17	5	11.
2	—	—	—	2	—	14	1	6	1	3	—	12	4	25	8	4	1	40	24	15	9	
2	—	—	—	3	1	13	1	7	2	3	—	6	4	22	9	8	—	56	21	20	7	
12	—	—	—	**26**	**8**	**77**	**6**	**62**	**9**	**8**	—	**36**	**18**	**220**	**78**	**42**	**6**	**279**	**135**	**88**	**46**	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	—	—	4	1	—	—	
—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	3	1	—	—	3	1	—	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	—	—	—	7	2	1	—	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	6	5	1	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	—	6	4	1	2	
—	**1**	**—**	**—**	**—**	**1**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**2**	**2**	**11**	**3**	**—**	**—**	**26**	**13**	**3**	**3**	

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Noch: Von den untergebrachten Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich am 31. März 1907																					
			3. in der eigenen Familie										noch in der 1. Pflegestelle				bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle							
					a) als Pflegling				b) als Lehrling, Gehilfe oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		und zwar				und zwar							
			überhaupt		überhaupt		und zwar: 14 Jahre und darunter alt		und zwar: über 14 Jahre alt				nur in Anstalten		nur in Familien		nur in Anstalten		nur in Familien		nur in einer Anstalt und nur einer Familie		in verschiedenen Anstalten und Familien	
			m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		47		48		49		50		51		52		53		54		55		56		57		58	
			Noch: **B. Katho-**																					
13.	Bezirksverb. Wiesbaden	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24	22	11	2	5	—	—	2	8	1	4	1
		1904	1	2	1	2	—	—	1	2	—	—	—	—	14	6	9	2	1	3	2	—	8	10	6	4
		1903	4	—	4	—	—	—	4	—	—	—	—	—	10	3	3	2	—	—	—	5	15	5	10	3
		1902	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	4	3	2	4	2	3	2	—	7	—	21	9
		1901	7	1	6	1	—	—	6	1	—	—	1	—	6	—	1	1	1	1	3	—	6	1	18	12
Zus.	(1905–1901)	—	**13**	**3**	**12**	**3**	—	—	**12**	**3**	—	—	**1**	—	**58**	**34**	**26**	**11**	**9**	**7**	**7**	**7**	**44**	**17**	**59**	**29**
14.	Rheinprovinz	1905	4	—	3	—	—	—	3	—	1	—	—	—	282	179	40	22	36	10	2	3	53	9	30	1
		1904	2	—	1	—	1	—	—	—	—	—	1	—	131	114	47	26	32	8	11	9	138	29	49	10
		1903	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	52	65	33	27	29	11	6	6	132	39	96	25
		1902	3	1	1	1	—	1	1	—	1	—	1	—	24	21	9	11	8	5	10	5	74	21	118	45
		1901	2	1	2	1	—	—	2	1	—	—	—	—	12	21	37	37	13	11	34	25	65	13	153	72
Zus.	(1905–1901)	—	**12**	**3**	**7**	**2**	**1**	**1**	**6**	**1**	**2**	—	**3**	**1**	**501**	**400**	**166**	**123**	**118**	**45**	**63**	**48**	**462**	**111**	**446**	**153**
15.	Hohenzollern	1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—
Zus.	(1905—1901)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**1**	**1**	—	**1**	—	**1**	**1**	—	**2**	—	—	**1**
16.	Staat . .	1905	11	3	8	3	4	1	4	2	2	—	1	—	822	446	112	55	95	25	2	11	366	101	76	20
		1904	12	9	9	8	3	3	6	5	1	—	2	1	446	290	109	69	54	35	36	13	551	163	207	67
		1903	11	3	9	1	1	—	8	1	—	—	2	2	204	164	92	60	50	20	28	27	512	155	361	105
		1902	15	5	11	5	—	1	11	4	2	—	2	—	91	79	54	50	40	14	44	24	363	112	410	167
		1901	19	10	16	10	2	3	14	7	1	—	2	—	55	50	120	127	27	21	118	94	329	113	498	246
	Summe	—	**68**	**30**	**53**	**27**	**10**	**8**	**43**	**19**	**6**	—	**9**	**3**	**1618**	**1029**	**487**	**361**	**266**	**115**	**228**	**169**	**2121**	**644**	**1552**	**635**

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XV)

Von den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905 entwichenen bezw. im Gefängnis gewesenen Zöglingen sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 zurückgekehrt bezw. wieder eingeliefert worden				Es sind im Rechnungsjahre 1906																			
				entwichen				von den Entwichenen der Spalten 61 u. 62 wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				aus der Familienpflege bezw. Gesindedienst oder Lehre pp. in Anstaltspflege gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		aus der Anstaltspflege in Familienpflege, Gesindedienst oder Lehre pp. gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		gerichtlich bestraft worden		Die Führung hat sich gegen diejenige des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung				
				aus Anstalten		aus Familien												gebessert		verschlechtert			
in Anstalten		in Familien						in Anstalten		in Familien								bei					
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.		
59		60		61		62		63		64		65		66		67		68		69			
lische.																							
—	—	—	—	4	1	1	—	4	1	—	—	3	—	10	1	—	—	11	4	4	1		
—	—	—	—	2	—	5	1	3	1	—	—	2	4	5	10	2	1	14	8	4	2		
2	1	—	—	2	—	4	2	3	1	—	1	1	3	7	2	2	—	14	7	4	3		13.
1	—	—	—	—	—	5	5	4	2	1	1	6	2	7	3	2	—	14	8	4	2		
1	1	—	—	1	—	4	—	4	—	—	—	1	5	8	7	—	—	15	5	6	1		
4	**2**	**—**	**—**	**9**	**1**	**19**	**8**	**18**	**5**	**1**	**2**	**13**	**14**	**37**	**23**	**6**	**1**	**68**	**32**	**22**	**9**		
3	—	—	—	30	1	15	—	30	1	1	—	8	1	68	9	6	1	122	63	24	18		
6	—	—	—	33	—	37	2	38	1	10	—	14	4	113	25	12	2	183	70	58	21		
6	1	—	—	35	1	38	1	43	1	7	1	11	8	62	26	14	2	118	80	35	21		14.
4	2	—	—	10	1	27	4	27	4	5	—	13	7	50	14	12	—	114	30	38	11		
6	3	—	—	18	2	38	1	27	1	9	—	12	12	34	13	12	2	147	48	49	17		
25	**6**	**—**	**—**	**126**	**5**	**155**	**8**	**165**	**8**	**32**	**1**	**58**	**32**	**327**	**87**	**56**	**7**	**684**	**291**	**204**	**88**		
—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—		15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1		
—	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**1**	**—**	**1**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**—**	**1**	**—**	**—**	**2**	**1**	**—**	**1**		
18	1	—	—	82	14	65	6	89	16	9	—	33	10	354	69	46	10	419	174	80	47		
27	2	—	—	67	6	125	13	105	10	15	2	66	24	375	127	65	11	567	233	144	63		
25	3	—	—	59	8	137	18	111	15	13	3	66	30	258	102	59	5	453	185	126	49		16.
16	3	—	—	24	3	108	17	75	14	23	1	58	30	193	66	46	3	370	137	119	41		
17	4	—	—	40	4	112	4	75	4	20	—	55	34	151	67	68	3	455	193	144	52		
103	**13**	**—**	**—**	**272**	**35**	**547**	**58**	**455**	**59**	**80**	**6**	**278**	**128**	**1331**	**431**	**284**	**32**	**2264**	**922**	**613**	**252**		

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Am 31. März 1906 verblieb ein Bestand von Fürsorgezöglingen				Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind von den widerruflich entlassenen Fürsorgezöglingen früherer Rechnungsjahre wieder in Zugang gekommen		Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind in Abgang gekommen											
								überhaupt			und zwar								
											durch Tod		widerruflich entlassen		endgültig entlassen			zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres	
													vor Ablauf der Minderjährigkeit						
		aus dem Überweisungsjahre	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	zus.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3				4		5			6		7		8			9	

C. Fü-

1.	Ostpreußen	1905	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	1	1	2	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
		1901	2	2	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**5**	**4**	**9**	—	—	—	**1**	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	**1**
2.	Westpreußen	1905	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	2	—	2	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—
	Zus. (1905—1901)	—	**3**	**1**	**4**	—	—	**1**	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	**1**	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	1905	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	2	—	2	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—
	Zus. (1905—1901)	—	**3**	**1**	**4**	—	—	**1**	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	**1**	—
4.	Berlin	1905	7	4	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	3	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	1	3	4	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
		1903	3	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	5	2	7	—	—	2	—	2	—	—	1	—	—	—	—	1	—
	Zus. (1905—1901)	—	**19**	**10**	**29**	—	—	**2**	**1**	**3**	—	—	**1**	—	—	—	—	**1**	**1**
5.	Posen	1902	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	1	1	2	—	—	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	1	1
	(Zus. (1905—1901)	—	**2**	**2**	**4**	—	—	**1**	**1**	**2**	—	—	—	—	—	—	—	**1**	**1**
6.	Schlesien	1905	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	3	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	5	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)	—	**13**	—	**13**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XVI)

Die zufolge endgültiger und widerruflicher Aufhebung in Abgang gekommenen Fürsorgezöglinge standen im Alter von					Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug bei den Zöglingen der Spalten 7 bis 9						Von den in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf entlassenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 endgültig in Abgang		Am 31. März 1907 verbleibt ein Bestand von Fürsorgezöglingen				Nr.
unter 14	14 bis 16	16 bis 18	18 bis 20	20 bis 21	unter 1	1 bis 2	2 bis 3	3 bis 4	4 bis 5	über 5						aus dem Überweisungsjahre	
Jahren					Jahre												
m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m.	w.	m.	w.	zus.		
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21		22				
Tische.																	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	1	—	1	1905	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	1	1	2	1903	
— —	— —	— —	— —	1 —	— —	— —	— —	1 —	— —	— —	—	—	1	—	1	1902	1.
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	2	2	4	1901	
— —	— —	— —	— —	1 —	— —	— —	— —	1 —	— —	— —	—	—	**5**	**3**	**8**	—	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	—	1	1	1905	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	1	—	1	1904	2.
— —	— —	— —	— —	1 —	— —	— —	— —	— —	1 —	— —	—	—	1	—	1	1901	
— —	— —	— —	— —	**1** —	— —	— —	— —	— —	**1** —	— —	—	—	**2**	**1**	**3**	—	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	—	1	1	1905	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	1	—	1	1904	3.
— —	— —	— —	— —	1 —	— —	— —	1 —	— —	— —	— —	—	—	1	—	1	1902	
— —	— —	— —	— —	**1** —	— —	— —	**1** —	— —	— —	— —	—	—	**2**	**1**	**3**	—	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	7	4	11	1905	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	3	1	4	1904	
— —	— —	— —	— —	1 —	— —	— —	1 —	— —	— —	— —	—	—	1	2	3	1903	4.
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	3	—	3	1902	
— —	— —	— —	1 —	1 —	— —	— —	— —	— —	2 —	— —	—	—	3	2	5	1901	
— —	— —	— —	**1** —	**1** 1	— —	— —	**1** —	— —	**2** —	— —	—	—	**17**	**9**	**26**	—	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	1	1	2	1902	5.
— —	— —	— —	— —	1 1	— —	— —	— —	— —	1 1	— —	—	—	—	—	—	1901	
— —	— —	— —	— —	**1** **1**	— —	— —	— —	— —	**1** **1**	— —	—	—	**1**	**1**	**2**	—	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	2	—	2	1905	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	2	—	2	1904	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	1	—	1	—	1	1903	6.
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	3	—	3	1902	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	—	—	5	—	5	1901	
— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	**1**	—	**13**	—	**13**	—	

20

Fortsetzung siehe Seiten 156 u. 157.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Am 31. März 1906 verblieb ein Bestand von Fürsorgezöglingen: aus dem Überweisungsjahre	m.	w.	zus.	Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind von den widerruflich entlassenen Fürsorgezöglingen früherer Rechnungsjahre wieder in Zugang gekommen: m.	w.	Im Laufe des Rechnungsjahres 1906 sind in Abgang gekommen: überhaupt m.	w.	zus.	durch Tod m.	w.	und zwar: widerruflich entlassen m.	w.	endgültig entlassen m.	w.	zufolge Erreichung des 21. Lebensjahres m.	w.
													vor Ablauf der Minderjährigkeit					
1	2	3				4		5			6		7		8		9	
7.	Hannover	1903	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)		—	2	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8.	Westfalen	1904	2	2	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)		—	3	2	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9.	Bezirksverb. Wiesbaden	1902	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	1	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zus. (1905—1901)		—	2	2	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10.	Rheinprovinz	1905	5	2	7	—	—	—	1	1	—	—	—	1	—	—	—	—
		1904	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	3	—	3	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	1	—	
		1902	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	1	2	3	—	—	1	1	2	—	—	—	—	—	1	1	
	Zus. (1905—1901)		—	11	5	16	—	—	2	2	4	—	—	1	—	—	2	1
11.	Staat	1905	15	8	23	—	—	—	1	1	—	—	—	1	—	—	—	—
		1904	11	3	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	9	4	13	—	—	1	1	2	—	—	—	—	—	1	1	
		1902	11	4	15	—	—	1	1	2	—	—	—	—	—	1	1	
		1901	17	9	26	—	—	5	2	7	—	—	1	—	—	4	2	
	Summe		—	63	28	91	—	—	7	5	12	—	—	1	1	—	—	6	4

C. Jü-

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XVI)

Die zufolge endgültiger und widerruflicher Aufhebung in Abgang gekommenen Fürsorgezöglinge standen im Alter von										Die Dauer der Fürsorgeerziehung betrug bei den Zöglingen der Spalten 7 bis 9										Von den in früheren Rechnungsjahren auf Widerruf entlassenen Zöglingen kamen im Rechnungsjahre 1906 endgültig in Abgang		Am 31. März 1907 verbleibt ein Bestand von Fürsorgezöglingen				№.
unter 14		14 bis 16		16 bis 18		18 bis 20		20 bis 21		unter 1		1 bis 2		2 bis 3		3 bis 4		4 bis 5		über 5							
Jahren										Jahre																	
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.	aus dem Überweisungsjahre	
10		11		12		13		14		15		16		17		18		19		20		21		22				
Tische.																												
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	1903	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1902	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**2**	**1**	**3**	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	4	1904	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1903	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**3**	**2**	**5**	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1902	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	3	1901	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**2**	**2**	**4**	—	
—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	1	6	1905	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	1904	
—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	1903	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1	1902	
—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	1901	
—	—	—	—	—	—	1	2	1	—	—	—	1	1	—	1	—	—	1	—	—	—	1	—	**9**	**3**	**12**	—	
—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	7	22	1905	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	3	14	1904	
—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	1	—	8	3	11	1903	11.
—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	10	3	13	1902	
—	—	—	—	—	—	1	—	4	2	—	—	—	—	1	—	—	—	4	2	—	—	—	—	12	7	19	1901	
—	—	—	—	—	—	**1**	**1**	**6**	**4**	—	—	—	**1**	**2**	**1**	**1**	**1**	**4**	**2**	—	—	**2**	—	**56**	**23**	**79**	—	

Fortsetzung siehe Seiten 158 u. 159.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Von den Fürsorgezöglingen der Spalte 22 waren: am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht (m. / w.)	aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt (m. / w.)	am 31. März 1907 im Gefängnis pp. (m. / w.)	am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen (m. / w.)	Von den untergebrachten am 1. in An- überhaupt (m. / w.)	a) in den königlichen Erziehungsanstalten: Wabern (m.)	Hardehausen (m.)	Conradshammer (m.)	Steinfeld (m.)	St. Martin zu Boppard (w.)	Gräfrath (w.)	b) in Erziehungsanstalten der Provinzen (m. / w.)	c) in anderen kommunalen Erziehungsanstalten (m. / w.)
1	2		23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
															Noch: C. Jü-
1.	Ostpreußen	1905	— —	— —	1 —	— —	— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1903	1 1	— —	— —	— —	1 1	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1902	1 —	— —	— —	— —	— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1901	2 2	— —	— —	— —	1 —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
	Zus. (1905—1901)		**4 3**	— —	**1** —	— —	**2 1**	—	—	—	—	—	—	— —	— —
2.	Westpreußen	1905	— —	— 1	— —	— —	— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1904	1 —	— —	— —	— —	1 —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1901	— —	1 —	— —	— —	— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
	Zus. (1905—1901)		**1 —**	**1 1**	— —	— —	**1** —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
3.	Brandenburg ohne Berlin	1905	— 1	— —	— —	— —	— 1	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1904	1 —	— —	— —	— —	1 —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1902	1 —	— —	— —	— —	1 —	—	—	—	—	—	—	1 —	— —
	Zus. (1905—1901)		**2 1**	— —	— —	— —	**2 1**	—	—	—	—	—	—	**1** —	— —
4.	Berlin	1905	6 4	1 —	— —	— —	1 2	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1904	3 1	— —	— —	— —	2 —	—	—	—	—	—	—	— —	1 —
		1903	1 2	— —	— —	— —	— 2	—	—	—	—	—	—	— —	— 1
		1902	2 —	1 —	— —	— —	1 —	—	—	—	—	—	—	— —	1 —
		1901	3 2	— —	— —	— —	2 —	—	—	—	—	—	—	— —	2 —
	Zus. (1905—1901)		**15 9**	**2** —	— —	— —	**6 4**	—	—	—	—	—	—	— —	**4 1**
5.	Posen	1902	— 1	1 —	— —	— —	— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
	Zus. (1905—1901)		— —	**1 1**	— —	— —	— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
6.	Schlesien	1905	2 —	— —	— —	— —	1 —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1904	1 —	1 —	— —	— —	— —	—	—	—	—	—	—	1 —	— —
		1903	1 —	— —	— —	— —	— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1902	— —	— —	2 —	1 —	— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1901	5 —	— —	— —	— —	3 —	—	—	—	—	—	—	2 —	— —
	Zus. (1905—1901)		**9** —	**1** —	**2** —	**1** —	**4** —	—	—	—	—	—	—	**3** —	— —

Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich 31. März 1907 — stalten: d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten m.	w.	e) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten m.	w.	f) in Anstalten für Heilung und Krankenpflege m.	w.	g) in Idioten- bezw. in Irrenanstalten m.	w.	h) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten m.	w.	2. in fremden Familien: a) als Pflegling: überhaupt m.	w.	a) als Pflegling: überhaupt m.	w.	und zwar: 14 Jahre und darunter alt m.	w.	über 14 Jahre alt m.	w.	b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe m.	w.	c) im Dienstverhältnis m.	w.	№
36		37		38		39		40		41		42		43		44		45		46		
dische.																						
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	1	—	1	—	—	1	—	—	1	
—	—	**1**	**1**	—	—	**1**	—	—	—	**2**	**2**	—	**1**	—	**1**	—	—	**2**	—	—	**1**	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	**1**	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	4	2	2	2	1	2	1	—	1	—	1	—	
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	2	—	1	—	1	1	—	—	—	
—	—	**1**	**3**	**1**	—	—	—	—	—	**7**	**4**	**2**	**4**	**1**	**3**	**1**	**1**	**4**	—	**1**	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**1**	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	2	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	
—	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	**5**	—	**1**	—	**1**	—	—	—	**4**	—	—	—	

Fortsetzung siehe Seiten 160 u. 161.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Von den Fürsorgezöglingen der Spalte 22 waren: am 31. März 1907 in Pflegestellen pp. untergebracht (m. / w.)	aus den Pflegestellen pp. entwichen und bis zum 31. März 1907 noch nicht zurückgekehrt (m. / w.)	am 31. März 1907 im Gefängnis pp. (m. / w.)	am 31. März 1907 noch nicht in Pflegestellen pp. untergebracht gewesen (m. / w.)	Von den untergebrachten am 1. in An-	a) in den königlichen Erziehungsanstalten: überhaupt (m. / w.)	Wabern (m.)	Hardehausen (m.)	Conradshammer (m.)	Steinfeld (m.)	St. Martin zu Boppard (w.)	Gräfrath (w.)	b) in Erziehungsanstalten der Provinzen (m. / w.)	c) in anderen kommunalen Erziehungsanstalten (m. / w.)
1	2		23	24	25	26		27	28	29	30	31	32	33	34	35
								Noch: C. Fü-								
7.	Hannover	1903	2 –	— —	— —	— —		1 —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1902	— —	— —	— —	1 —		— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
	Zus. (1905—1901)		2 –	— —	— —	1 —		1 —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
8.	Westfalen	1904	1 2	1 —	— —	— —		— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1903	1 —	— —	— —	— —		1 —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
	Zus. (1905—1901)		— 2	2 1	— —	— —		1 —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
9.	Bezirksverband Wiesbaden	1902	1 —	— —	— —	— —		— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1901	— 2	1 —	— —	— —		1 —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
	Zus. (1905—1901)		— 1	2 1	— —	— —		1 —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
10.	Rheinprovinz	1905	5 1	— —	— —	— —		4 1	—	—	—	—	—	—	1 —	— —
		1904	2 —	— —	— —	— —		2 —	—	—	—	—	—	—	1 —	— —
		1903	1 —	1 —	— —	— —		— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1902	— 1	— —	— —	— —		— 1	—	—	—	—	—	—	— —	— —
		1901	— 1	— —	— —	— —		— —	—	—	—	—	—	—	— —	— —
	Zus. (1905—1901)		— 8	3 1	— —	— —		6 2	—	—	—	—	—	—	2 —	— —
11.	Staat	1905	13 6	1 1	1 —	— —		6 4	—	—	—	—	—	—	2 —	— —
		1904	9 3	2 —	— —	— —		6 —	—	—	—	—	—	—	1 —	1 —
		1903	7 3	1 —	— —	— —		3 3	—	—	—	—	—	—	— —	— 1
		1902	5 2	2 —	2 —	1 1		2 1	—	—	—	—	—	—	1 —	1 —
		1901	10 7	2 —	— —	— —		6 1	—	—	—	—	—	—	2 —	2 —
	Zus. (1905—1901)		— 44	21 8	1 3	— 1	1	23 9	—	—	—	—	—	—	6 —	4 1

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XVI)

Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich 31. März 1907

stalten										2. in fremden Familien												
										a) als Pflegling								b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		
												und zwar										
d) in besonderen Abteilungen der Arbeitshäuser bezw. der Landarmenanstalten		e) in privaten und kirchlichen Erziehungsanstalten		f) in Anstalten für Heilung und Krankenpflege		g) in Idioten- bezw. in Irrenanstalten		h) in Blinden- bezw. Taubstummenanstalten		über haupt		überhaupt		14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt						№
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
36		37		38		39		40		41		42		43		44		45		46		
dische.																						
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	**1**	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	8.
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	**1**	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	9.
—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	
—	—	—	—	—	**1**	—	—	—	—	**1**	**1**	—	—	—	—	—	—	**1**	—	—	**1**	
—	—	3	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	10.
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	
—	—	**4**	**2**	—	—	—	—	—	—	**2**	**1**	—	—	—	—	—	—	**2**	—	—	**1**	
—	—	4	4	—	—	—	—	—	—	6	2	2	2	1	2	1	—	3	—	1	—	
—	—	2	—	1	—	1	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	
—	—	2	2	—	—	1	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	11.
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	2	—	—	1	
—	—	**2**	—	—	1	—	—	—	—	4	6	1	3	1	2	—	1	3	—	—	3	
—	—	**10**	**7**	**1**	**1**	**2**	—	—	—	**19**	**9**	**3**	**5**	**2**	**4**	**1**	**1**	**15**	—	**1**	**4**	

Fortsetzung siehe Seiten 162 u. 163.

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Noch: Von den untergebrachten Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich am 31. März 1907																			
			3. in der eigenen Familie										noch in der 1. Pflegestelle				bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle					
			überhaupt		a) als Pflegling				b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		und zwar				und zwar					
					überhaupt		und zwar						nur in Anstalten		nur in Familien		nur in Anstalten		nur in Familien		nur in einer Anstalt und nur einer Familie		in verschiedenen Anstalten und Familien	
							14 Jahre und darunter alt		über 14 Jahre alt															
			m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		47		48		49		50		51		52		53		54		55		56		57		58	
			Noch: C. Jü-																					
1.	Ostpreußen	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	1	1	—
Zus. (1905—1901)			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1	1	—	—	1	—	1	1
2.	Westpreußen	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zus. (1905—1901)			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
Zus. (1905—1901)			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
4.	Berlin . .	1905	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1	1	—	—	1	4	1
		1904	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	1
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
		1902	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3	1
Zus. (1905—1901)			2	1	2	1	—	—	2	1	—	—	—	—	1	1	—	—	2	1	1	—	1	3	10	4
5.	Posen . .	1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
Zus. (1905—1901)			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
6.	Schlesien .	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	—	—	—	—	—	2	—
Zus. (1905—1901)			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	2	—	—	—	3	—	2	—

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XVI)

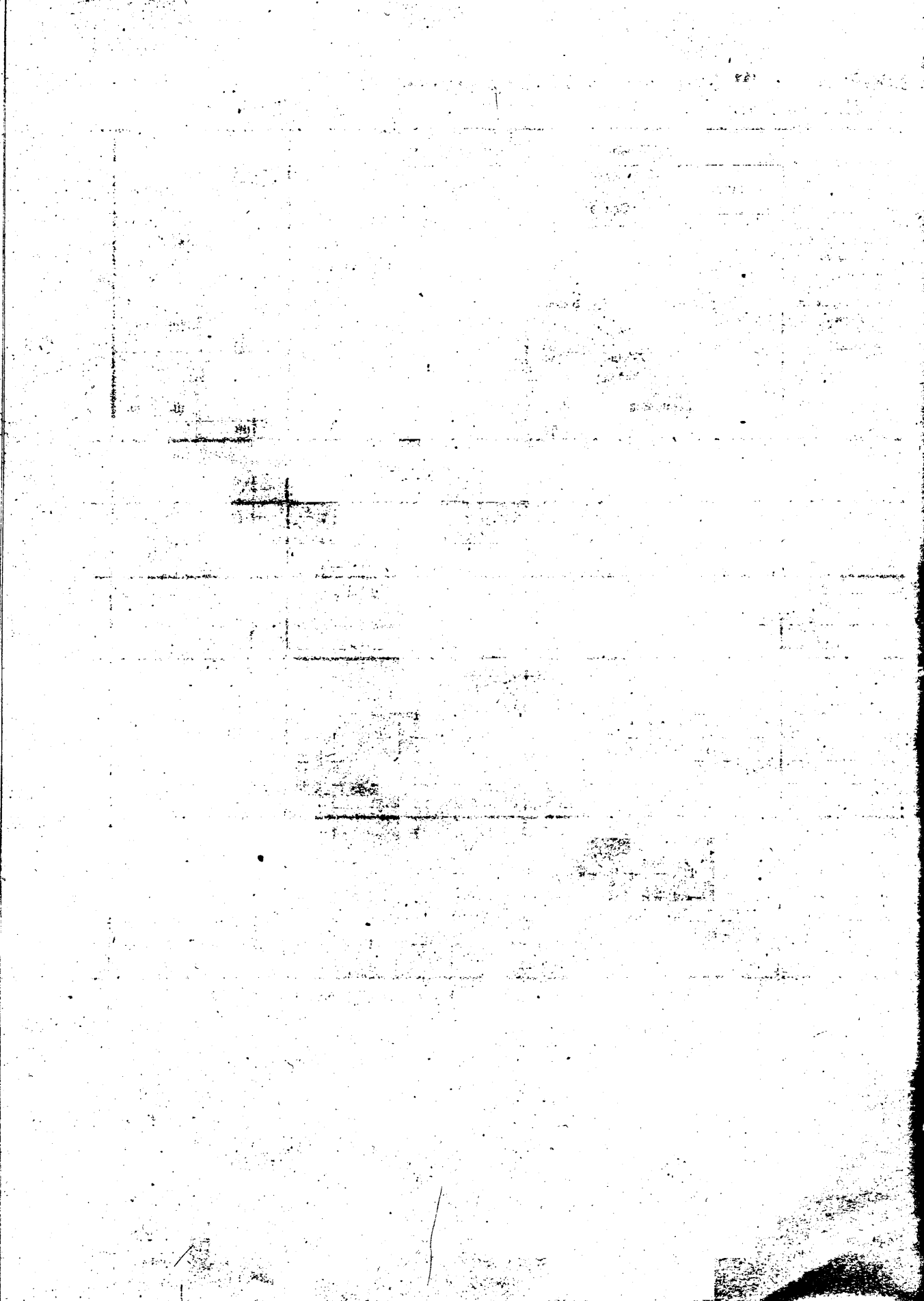
Von den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905 entwichenen bezw. im Gefängnis gewesenen Zöglingen sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 zurückgekehrt bezw. wieder eingeliefert worden				Es sind im Rechnungsjahre 1906																		№.
				entwichen				von den Entwichenen der Spalten 61 u. 62 wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				aus der Familienpflege bezw. Gesindedienst oder Lehre pp. in Anstaltspflege gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		aus der Anstaltspflege in Familienpflege, Gesindedienst oder Lehre pp. gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		gerichtlich bestraft worden		Die Führung hat sich gegen diejenige des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung				
				aus Anstalten		aus Familien												gebessert		verschlechtert		
in Anstalten		in Familien						in Anstalten		in Familien										bei		
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
59		60		61		62		63		64		65		66		67		68		69		
Tische.																						
—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	**2**	—	**1**	—	—	—	—	—	**1**	**1**	**1**	—	—	—	**1**	—	
—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	**1**	—	—	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	3.
—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	**1**	—	—	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**1**	—	—	—	
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	4	—	—	—	2	—	—	—	
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	1	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	
—	—	—	—	2	—	—	—	3	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	1	—	
1	—	—	—	**3**	—	—	**1**	**3**	**1**	—	—	**1**	**1**	**6**	**2**	**1**	—	**3**	**1**	**1**	—	
—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	
—	—	**1**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**1**	**1**	—	—	—	—	—	—	
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	**3**	—	—	1	1	—	1	1	

Die in den Rechnungsjahren 1905, 1904, 1903, nach dem Stande

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Überweisungsjahr	Noch: Von den untergebrachten Fürsorgezöglingen der Spalte 23 befanden sich am 31. März 1907																			
			3. in der eigenen Familie										noch in der 1. Pflegestelle				bereits in der 2. und weiteren Pflegestelle					
			a) als Pflegling						b) als Lehrling, Geselle oder Gehilfe		c) im Dienstverhältnis		und zwar				und zwar					
			überhaupt		überhaupt		und zwar: 14 Jahre und darunter alt		und zwar: über 14 Jahre alt				nur in Anstalten		nur in Familien		nur in Anstalten		nur in Familien		nur in einer Anstalt und nur einer Familie		in verschiedenen Anstalten und Familien	
			m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2		47		48		49		50		51		52		53		54		55		56		57		58	
Noch: C. Für-																								
7.	Hannover	1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Zus. (1905—1901)			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
8.	Westfalen	1904	—	2	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zus. (1905—1901)			—	—	2	—	2	—	—	—	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—
9.	Bezirksverband Wiesbaden	1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Zus. (1905—1901)			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	1
10.	Rheinprovinz	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1904	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
		1902	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
Zus. (1905—1901)			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	2	—	—	—	—	—	—	3	—	1	—
11.	Staat	1905	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	5	3	—	—	—	—	1	—	2	1	4	1
		1904	—	3	—	3	—	—	—	3	—	—	—	—	3	—	—	—	1	—	—	—	3	2	1	1
		1903	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	1	1	—	—	3	1	1	1
		1902	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	3	1	2	—
		1901	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	2	2	—	—	—	—	1	7	3
Zus. (1905—1901)			2	3	2	3	—	—	2	3	—	—	—	—	11	4	1	2	4	1	1	—	11	6	15	6

1902 und 1901 überwiesenen Fürsorgezöglinge vom 31. März 1907. (Tabelle XVI)

Von den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905 entwichenen bezw. im Gefängnis gewesenen Zöglingen sind im Laufe des Rechnungsjahres 1906 zurückgekehrt bezw. wieder eingeliefert worden				Es sind im Rechnungsjahre 1906														Die Führung hat sich gegen diejenige des ersten Jahres in der Fürsorgeerziehung				Nr.
				entwichen				Von den Entwichenen der Spalten 61 u. 62 wieder zurückgekehrt bezw. eingeliefert worden				aus der Familienpflege bezw. Gesindedienst oder Lehre pp. in Anstaltspflege gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		aus der Anstaltspflege in Familienpflege, Gesindedienst oder Lehre pp. gekommen (ausschl. der Entwichenen Sp. 61—62)		gerichtlich bestraft worden		gebessert		verschlechtert		
				aus Anstalten		aus Familien												bei				
in Anstalten		in Familien						in Anstalten		in Familien												
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
59		60		61		62		63		64		65		66		67		68		69		
Dische.																						
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	9.
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	1	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	1	—	1	1	1	—	
1	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	1	—	6	—	1	1	2	1	1	1	
1	—	—	—	2	—	—	—	1	—	—	—	1	—	2	3	1	—	1	1	1	—	
—	—	1	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	1	2	1	—	—	1	—	—	—	11.
—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	1	—	
—	—	—	—	3	—	2	—	4	—	—	—	1	—	3	1	1	—	1	1	2	—	
2	—	**1**	—	**7**	—	**3**	**1**	**6**	**1**	—	—	**3**	**1**	**13**	**6**	**3**	**1**	**6**	**3**	**5**	**1**	



Übersicht

über den

Bestand und die Unterbringung der auf Grund des Gesetzes vom 13. März 1878 der Zwangserziehung überwiesenen Jugendlichen, soweit sie noch in Fürsorgeerziehung sind.

Rechnungsjahr 1906.

Bestand und Unterbringung der auf Grund des überwiesenen Jugendlichen, soweit

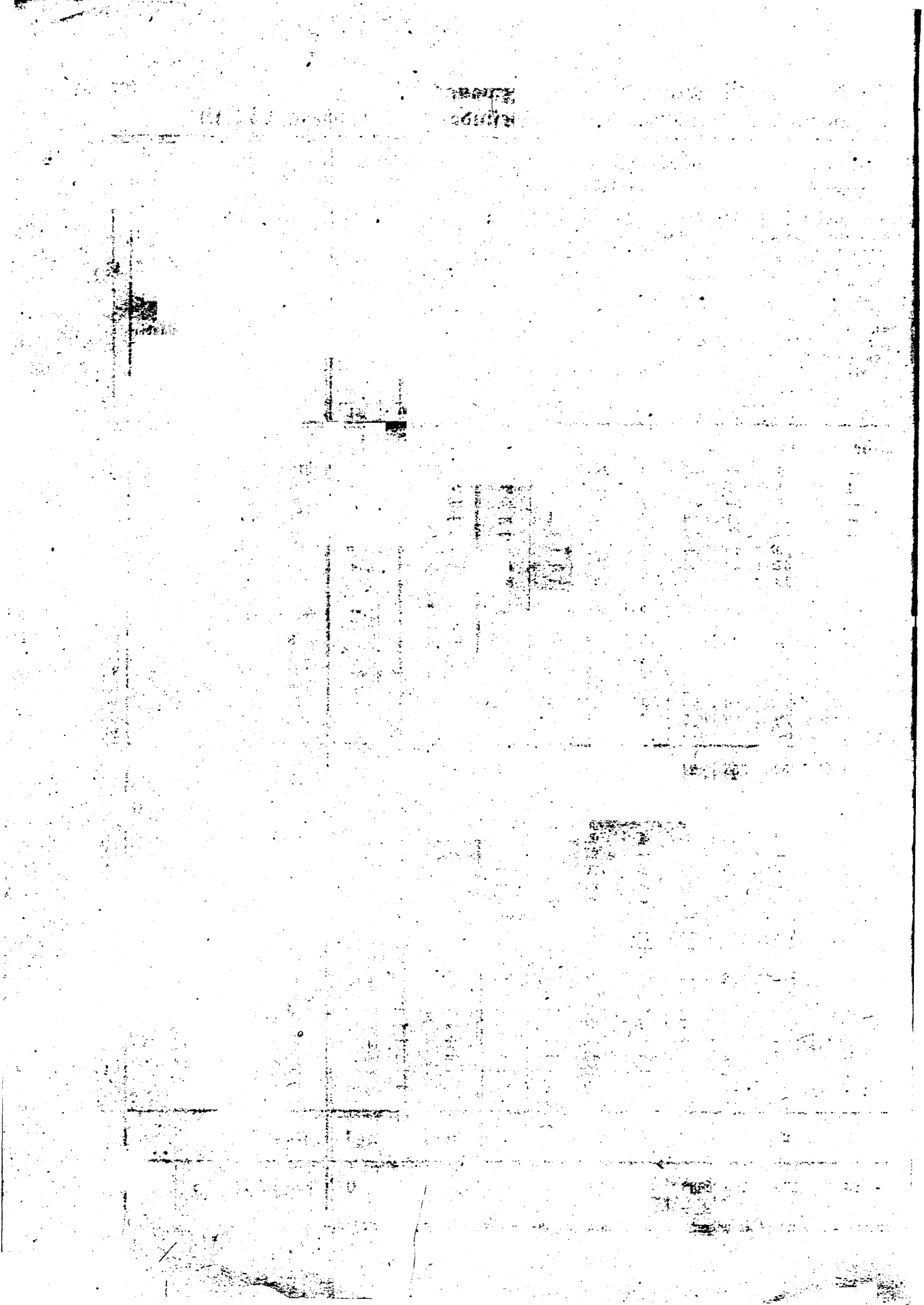
№	Provinz bezw. Kommunalverband	Bestand am 31. März 1906	Zugang im Laufe des Rechnungsjahres 1906	Abgang im Laufe des Rechnungsjahres 1906					Bestand am 31. März 1907 (Sp. 3 u. 4 abzüglich Sp. 9)
				durch Tod	widerruflich entlassen (vor Ablauf der Minderjährigkeit)	unwiderruflich entlassen (vor Ablauf der Minderjährigkeit)	durch Ablauf der Minderjährigkeit	Summe Sp. 5 bis 8	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	a) Männ=								
1.	Ostpreußen	446	—	3	13	37	42	95	351
2.	Westpreußen	296	—	2	12	—	49	63	233
3.	Brandenburg ohne Berlin	504	—	—	33	5	49	87	417
4.	Berlin	261	—	—	5	3	68	76	185
5.	Pommern	339	—	1	6	—	65	72	267
6.	Posen	295 [2]	—	—	43	9	22	74	221
7.	Schlesien	805	—	4	6	172	76	258	547
8.	Sachsen	681	5	3	1	40	81	125	561
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	294	—	—	24	—	45	69	225
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	8	—	—	—	—	—	—	8
11.	Hannover	382	—	1	11	19	38	69	313
12.	Westfalen	282	1	1	23	4	31	59	224
13.	Bezirksverband Cassel	179	—	1	—	11	27	39	140
14.	Bezirksverband Wiesbaden	176	—	—	2	4	25	31	145
15.	Rheinprovinz	567	8	—	51	6	69	126	449
16.	Hohenzollern	2	—	—	—	1	—	1	1
	Summe a	5517	14	16	230	311	687	1244	4287
	b) Weib=								
1.	Ostpreußen	105	—	—	—	4	13	17	88
2.	Westpreußen	45	—	—	—	—	10	10	35
3.	Brandenburg ohne Berlin	144	—	—	8	—	25	33	111
4.	Berlin	37	—	—	1	—	1	2	35
5.	Pommern	74	—	—	3	—	16	19	55
6.	Posen	62 [2]	—	1	5	1	10	17	45
7.	Schlesien	195	—	1	—	38	20	59	136
8.	Sachsen	145	1	1	—	4	23	28	118
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	100	—	—	1	4	16	21	79
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	4	—	—	—	—	—	—	4
11.	Hannover	107	—	1	2	3	19	25	82
12.	Westfalen	45	2	—	3	1	3	7	40
13.	Bezirksverband Cassel	60	—	—	—	—	13	13	47
14.	Bezirksverband Wiesbaden	58	—	2	1	—	8	11	47
15.	Rheinprovinz	159	—	—	—	—	33	33	126
16.	Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	1340	3	6	24	55	210	295	1048
	Gesamtsumme	6857	17	22	254	366	897	1539	5335

[1]) Entspricht der vorjährigen Tabelle XXVI. [2]) Die Bestandszahl mußte gegen die Angabe des Vorjahres wegen

Gesetzes vom 13. März 1878 der Zwangserziehung sie sich noch in Fürsorgeerziehung befinden. (Tabelle XVII)[1])

Von den Jugendlichen — Sp. 10 — waren am 31. März 1907 untergebracht in											Die Jugendlichen (Sp. 10) sind dem Religionsbekenntnisse nach				
den staatlichen Erziehungsanstalten zu Conradshammer, Hardehausen, Wabern, St. Martin zu Boppard, Steinfeld und Gräfrath	den von den Kommunalverbänden eingerichteten Anstalten	Privatanstalten	Familienpflege: 14 Jahre und darunter alt	Familienpflege: über 14 Jahre alt	der Lehre pp. oder im Gesindedienst	Krankenhäusern pp.	Irren- bezw. Idiotenanstalten	Blinden- u. Taubstummenanstalten	im Gefängnis	entlaufen und noch nicht wieder zurück	evangelisch	katholisch	jüdisch	andersgläubig	№
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	
liche.															
—	2	112	—	3	234	—	—	—	—	—	310	41	—	—	1.
1	21	1	—	—	210	—	—	—	—	—	106	127	—	—	2.
—	76	30	—	7	304	—	—	—	—	—	397	20	—	—	3.
—	22	11	9	2	110	1	—	—	5	25	153	31	1	—	4.
—	—	55	2	5	205	—	—	—	—	—	259	8	—	—	5.
1	39	10	—	—	163	—	—	—	3	5	57	164	—	—	6.
—	47	38	4	—	458	—	—	—	—	—	210	334	3	—	7.
—	13	27	1	—	520	—	—	—	—	—	517	43	1	—	8.
—	—	34	—	9	182	—	—	—	—	—	213	12	—	—	9.
—	—	—	—	—	8	—	—	—	—	—	8	—	—	—	10.
—	—	57	1	—	255	—	—	—	—	—	261	52	—	—	11.
1	—	45	—	3	175	—	—	—	—	—	123	101	—	—	12.
—	—	21	2	—	117	—	—	—	—	—	128	12	—	—	13.
4	—	26	—	—	115	—	—	—	—	—	76	67	2	—	14.
13	32	86	5	2	311	—	—	—	—	—	141	308	—	—	15.
—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	16.
20	252	553	24	31	3368	1	—	—	8	30	2959	1321	7	—	
liche.															
—	5	14	—	1	68	—	—	—	—	—	81	7	—	—	1.
—	—	8	—	—	27	—	—	—	—	—	16	19	—	—	2.
—	14	5	—	2	90	—	—	—	—	—	106	5	—	—	3.
—	—	3	3	—	27	1	—	—	—	1	30	4	1	—	4.
—	—	15	1	—	39	—	—	—	—	—	51	4	—	—	5.
—	—	9	—	—	36	—	—	—	—	—	13	32	—	—	6.
—	5	18	—	—	113	—	—	—	—	—	54	82	—	—	7.
—	2	7	—	—	109	—	—	—	—	—	109	9	—	—	8.
—	—	12	—	1	66	—	—	—	—	—	74	5	—	—	9.
—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	4	—	—	—	10.
—	—	10	7	1	64	—	—	—	—	—	71	11	—	—	11.
—	—	6	—	—	34	—	—	—	—	—	23	17	—	—	12.
—	1	2	1	—	43	—	—	—	—	—	39	8	—	—	13.
1	—	17	—	—	29	—	—	—	—	—	27	20	—	—	14.
7	—	27	2	—	90	—	—	—	—	—	28	98	—	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
8	27	153	14	5	839	1	—	—	—	1	726	321	1	—	
28	279	706	38	36	4207	2	—	—	8	31	3685	1642	8	—	

anderer Verrechnung der widerruflich entlassenen Zöglinge entsprechend geändert werden.



Übersicht

über die

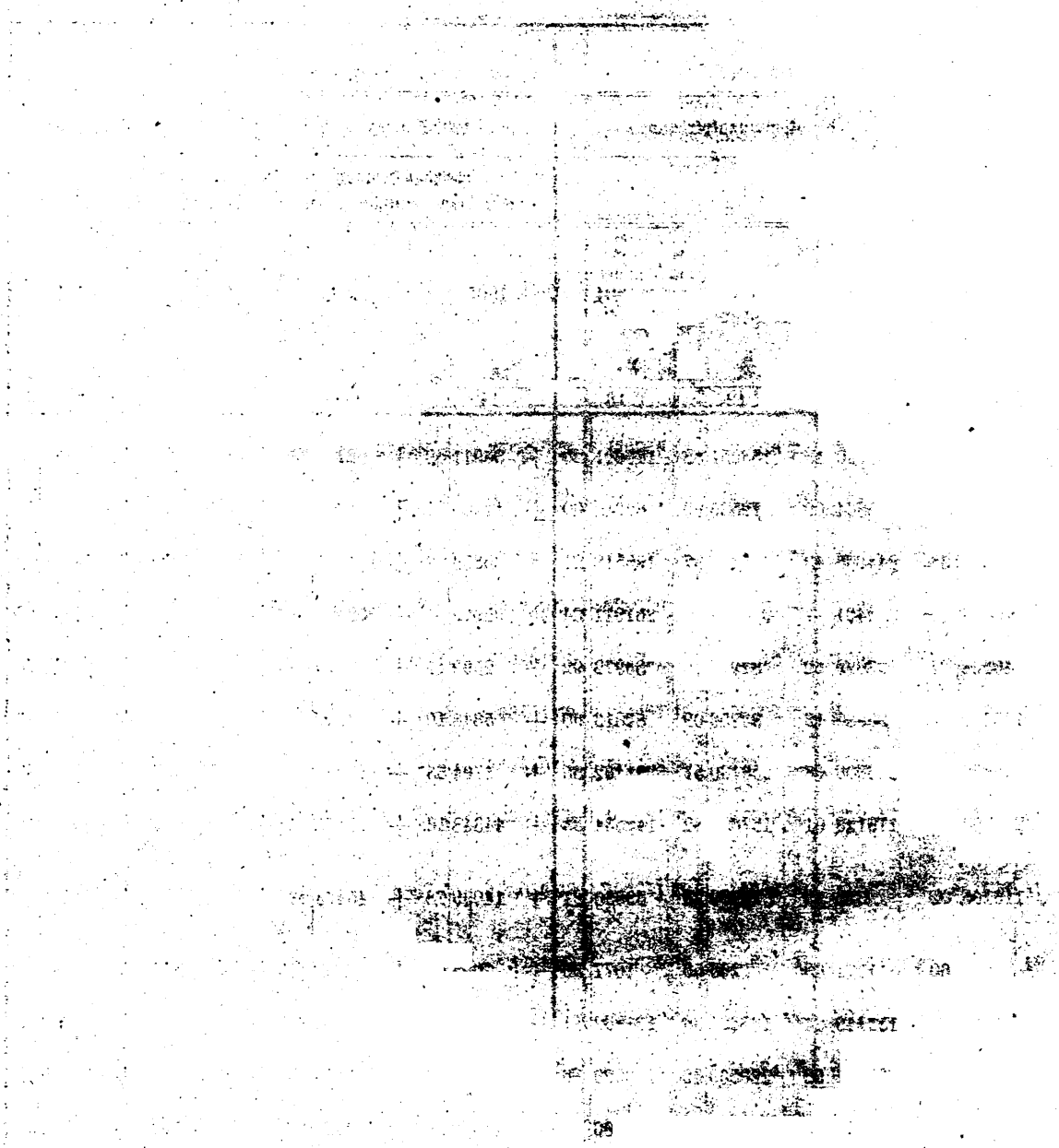
Gesamtkosten der Fürsorgeerziehung in den Rechnungsjahren 1906, 1905 und 1904.

№	Provinz bezw. Kommunalverband	Die Gesamtkosten für die Pflege pp. aller in der Fürsorgeerziehung befindlichen Minderjährigen betrugen in den Rechnungsjahren			Von den Gesamtkosten (Spalte 3) des Rechnungsjahres 1906 entfallen		Von den	
		1906	1905	1904	als persönliche Kosten auf den Unterhalt der Zöglinge in Anstalten und Familien	auf andere Ausgaben	den in den	
		ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	1906 ℳ ₰	1905 ℳ ₰
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1.	Ostpreußen	500895 86	439045 67	376895 50	434959 65	65936 21	322705 73	285793 85
2.	Westpreußen	250768 38	222901 67	204840 21	196597 29	54171 09	164904 29	150364 75
3.	Brandenburg ohne Berlin	694710 89	640035 54	532127 59	623596 68	71114 21	449902 46	414542 57
4.	Berlin	839202 —	655758 —	531729 76	633000 —	206202 —	532801 —	437172 —
5.	Pommern	280434 12	254928 58	236301 29	255291 55	25142 57	172544 50	169952 39
6.	Posen	287790 40	279768 26	263441 69	182487 48	105302 92	191860 27	186512 17
7.	Schlesien	789655 42	777391 52	754313 04	744772 80	44882 62	523055 34	518261 01
8.	Sachsen	537371 72	470951 47	427602 98	493151 88	44219 84	358247 81	313899 65
9.	Schleswig-Holsteinscher Provinzialverband	238017 38	216867 70	173055 93	222251 29	15766 09	158678 25	144578 47
10.	Lauenburgischer Kreiskommunalverband	5313 10	3799 77	3231 90	4645 60	667 50	3542 07	2533 18
11.	Hannover	453420 72	412864 09	389427 78	420283 08	33137 64	302280 48	275242 73
12.	Westfalen	735455 76	661681 80	581789 39	677171 03	58284 73	490303 84	441121 20
13.	Bezirksverband Cassel	194592 76	179472 97	164856 89	166621 13	27971 63	129728 51	119648 64
14.	Bezirksverb. Wiesbaden	237369 37	198047 63	180753 74	211142 25	26227 12	158246 25	132035 94
15.	Rheinprovinz	1542486 29	1361198 91	1156096 05	1459368 72	83117 57	1028324 19	907465 94
16.	Hohenzollern	1251 19	1402 43	1557 39	1207 50	43 69	834 13	934 95
	Summe	7588735 36	6776116 01	5978021 13	6726547 93	862187 43	4987959 12	4500059 44

[1]) Die bezüglichen Angaben sind den Zusammenstellungen der Landeshauptleute pp. entnommen.
[2]) Entspricht der vorjährigen Tabelle XXVII.

Fürsorgeerziehung
1906, 1905 und 1904.[1]) (Tabelle XVIII)[2])

Gesamtkosten entfallen auf				Der Anteil				
Staat	die Kommunalverbände			des Staates		der Kommunalverbände		
Rechnungsjahren				beträgt demnach im Rechnungsjahre 1906 mehr bezw. weniger gegen denjenigen im Rechnungsjahre				M.
1904	1906	1905	1904	1905	1904	1905	1904	
M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	M ₰	
10	11	12	13	14	15	16	17	
230274 30	178190 13	153251 82	146621 20	+ 36911 88	+ 92431 43	+ 24938 31	+ 31568 93	1.
138629 31	85864 09	72536 92	66210 90	+ 14539 54	+ 26274 98	+ 13327 17	+ 19653 19	2.
336609 38	244808 43	225492 97	195518 21	+ 35359 89	+ 113293 08	+ 19315 46	+ 49290 22	3.
279818 42	306401 —	218586 —	251911 34	+ 95629 —	+ 252982 58	+ 87815 —	+ 54489 66	4.
149328 37	107889 62	84976 19	86972 92	+ 2592 11	+ 23216 13	+ 22913 43	+ 20916 70	5.
175627 79	95930 13	93256 09	87813 90	+ 5348 10	+ 16232 48	+ 2674 04	+ 8116 23	6.
462850 19	266600 08	259130 51	291462 85	+ 4794 33	+ 60205 15	+ 7469 57	— 24862 77	7.
285068 65	179123 91	157051 82	142534 33	+ 44348 16	+ 73179 16	+ 22072 09	+ 36589 58	8.
113205 02	79339 13	72289 23	59850 91	+ 14099 78	+ 45473 23	+ 7049 90	+ 19488 22	9.
2154 60	1771 03	1266 59	1077 30	+ 1008 89	+ 1387 47	+ 504 44	+ 693 73	10.
257595 67	151140 24	137621 36	131832 11	+ 27037 75	+ 44684 81	+ 13518 88	+ 19308 13	11.
387859 59	245151 92	220560 60	193929 80	+ 49182 64	+ 102444 25	+ 24591 32	+ 51222 12	12.
98196 34	64864 25	59824 33	66660 55	+ 10079 87	+ 31532 17	+ 5039 92	— 1796 30	13.
113377 36	79123 12	66011 69	67376 38	+ 26210 31	+ 44868 89	+ 13111 43	+ 11746 74	14.
770730 70	514162 10	453732 97	385365 35	+ 120858 25	+ 257593 49	+ 60429 13	+ 128796 75	15.
1038 27	417 06	467 48	519 12	— 100 82	— 204 14	— 50 42	— 102 06	16.
3802363 96	2600776 24	2276056 57	2175657 17	+ 487899 68	+1185595 16	+ 324719 67	+ 425119 07	



Übersicht

über die

am 31. März 1907 in den staatlichen Erziehungsanstalten untergebrachten Zwangszöglinge (§ 56 des Reichs-Strafgesetzbuches.)

Nachweisung der Zöglinge (Tabelle XIX)[1])

in den staatlichen Erziehungsanstalten (Zwangszöglinge nach § 56 des Reichs-Strafgesetzbuches).

№	Erziehungsanstalt (konfessioneller Charakter)	Eingeliefert aus folgenden Provinzen bezw. Bezirken	Bestimmt zur Aufnahme von		Belegung im Rechnungsjahre 1906								Einnahme pro Kopf und Tag	Ausgabe pro Kopf und Tag	Zuschuß aus der Staatskasse pro Kopf u. Tag
					Bestand am 1. April 1906		Zugang im Laufe des Rechnungsjahres		Abgang im Laufe des Rechnungsjahres		Bestand am 31. März 1907				
			m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	ℳ	ℳ	ℳ
1	2	3	4		5		6		7		8		9	10	11
1.	Hardehausen b. Scherfede i. W., Reg.-Bez. Minden ev.	Schleswig-Holstein, Rheinprovinz, Westfalen u. Westpreußen	120	—	*79 22	—	*100 26	—	*79 33	—	*100 15	—	14	200	186
2.	St. Martin zu Boppard, Reg.-Bez. Coblenz ev.	Brandenburg, Rheinprovinz, Hessen-Nassau, Westfalen, Sachsen, Hannover und Schleswig-Holstein	—	80	—	*59 **6 27	—	*31 18	—	*37 **3 21	—	*53 **3 24	31	165	134
3.	Wabern, Reg.-Bez. Cassel ev.	Brandenburg einschl. Berlin, Pommern, Schlesien, Sachsen, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz, Westpreußen, Posen und Schleswig-Holstein	180	—	*14 94	—	*3 26	—	*7 25	—	*10 95	—	37	230	193
4.	Conradshammer, Reg.-Bez. Danzig kath.	Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Brandenburg einschl. Berlin und Schleswig-Holstein	80	—	*54 25	—	*33 2	—	*14 11	—	*73 16	—	9	143	134
5.	Gräfrath, Reg.-Bez. Düsseldorf kath.	Rheinprovinz, Westfalen, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein, Hannover, Brandenburg einschl. Berlin, Sachsen und Sigmaringen	—	80	—	*57 **1 26	—	*44 13	—	*37 **1 21	—	*64 18	25	166	141
6.	Steinfeld, Reg.-Bez. Aachen kath.	Sachsen, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz und Sigmaringen	300	—	*245 36	—	*135 15	—	*142 17	—	*238 34	—	159	222	63
		Summe	680	160	*392 177	*116 **7 53	*271 69	*75 31	*242 86	*74 **4 42	*421 160	*117 **3 42	im Durchschnitt		
			840		230		100		128		202		45,83	187,67	141,84

[1]) Entspricht der vorjährigen Tabelle XXVIII.

*) Die Ziffern mit einem Stern (*) bedeuten Fürsorgezöglinge.

**) Die Ziffern mit zwei Sternen (**) geben die nach § 361 Ziffer 2 verurteilten und auf Grund des § 362 Str.-G.-B. in der Fassung des Reichsgesetzes vom 25. Juni 1900 der Landespolizeibehörde überwiesenen Mädchen, soweit sie in staatliche Erziehungsanstalten aufgenommen sind, an.

Übersicht

über

den Bestand und die Unterbringung der auf Grund des § 56 des Strafgesetzbuchs der Zwangserziehung überwiesenen Jugendlichen.

Rechnungsjahr 1906.

№	Provinz, aus der die Zöglinge der Zwangserziehung überwiesen sind	Bestand am 31. März 1906. Sämtliche Zöglinge, die sich an diesem Tage in Zwangserziehung befanden, ohne Rücksicht auf die Art der Unterbringung		Zugang im Laufe des Rechnungsjahres 1906		Abgang im durch Tod		Abgang im durch im Alter bis zum vollendeten 14. Lebensjahre	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3		4		5		6	
	A. Evangelische.								
1.	Ostpreußen	16	10	—	—	—	—	—	—
2.	Westpreußen	16	1	—	—	—	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	58	14	7	3	—	—	—	—
4.	Berlin	30	10	3	—	—	—	—	—
5.	Pommern	37	16	6	—	—	—	—	—
6.	Posen	3	—	2	—	—	—	—	—
7.	Schlesien	19	9	7	4	—	—	—	—
8.	Sachsen	49	16	4	2	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein	10	3	4	1	—	—	—	—
10.	Hannover	30	7	1	—	—	—	—	—
11.	Westfalen	59	11	2	—	—	—	—	—
12.	Hessen-Nassau	12	6	3	2	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	37	10	4	1	—	—	—	—
	Summe A	376	113	43	13	—	—	—	—
	B. Katholische.								
1.	Ostpreußen	1	—	—	—	—	—	—	—
2.	Westpreußen	28	6	—	1	—	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	9	1	1	—	—	—	—	—
4.	Berlin	5	—	—	—	—	—	—	—
5.	Pommern	2	1	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	20	2	1	2	—	—	—	—
7.	Schlesien	35	[2] 3	2	—	—	—	—	—
8.	Sachsen	7	3	—	—	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein	1	1	—	—	—	—	—	—
10.	Hannover	5	—	—	—	—	—	—	—
11.	Westfalen	34	10	—	2	—	—	—	—
12.	Hessen-Nassau	7	5	3	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	59	41	12	4	1	—	—	—
	Summe B	213	73	19	9	1	—	—	—
	C. Jüdische.								
4.	Berlin	1	—	—	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	1	1	—	—	—	—	—	—
	Summe C	2	1	—	—	—	—	—	—
	D. Andersgläubige.								
10.	Hannover	—	—	1	—	—	—	—	—
	Summe D	—	—	1	—	—	—	—	—
	E. Sämtliche Zöglinge.								
1.	Ostpreußen	17	10	—	—	—	—	—	—
2.	Westpreußen	44	7	—	1	—	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	67	15	8	3	—	—	—	—
4.	Berlin	36	10	3	—	—	—	—	—
5.	Pommern	39	17	6	—	—	—	—	—
6.	Posen	23	2	3	2	—	—	—	—
7.	Schlesien	54	[2] 12	9	4	—	—	—	—
8.	Sachsen	56	19	4	2	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein	11	4	4	1	—	—	—	—
10.	Hannover	35	7	2	—	—	—	—	—
11.	Westfalen	93	21	2	2	—	—	—	—
12.	Hessen-Nassau	19	11	6	2	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	97	52	16	5	1	—	—	—
	Gesamtsumme	591	187	63	22	1	—	—	—

[1]) Entspricht der vorjährigen Tabelle XXIX. [2]) Schlesien hat im vorigen Jahre 1 Mädchen zuviel nachgewiesen.

Laufe des Rechnungsjahres 1906														
Aufhebung der Zwangserziehung												Bestand am 31. März 1907 (Spalte 3 zuzüglich Spalte 4 abzüglich Spalte 12)		
im Alter vom 14. bis zum vollendeten 16. Lebensjahre		im Alter vom 16. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre		im Alter von über 18 Jahren		Summe der Spalten 6 bis einschließlich 9		durch Vollendung des 20. Lebensjahres		Summe Spalten 5, 10 und 11				№
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
7		8		9		10		11		12		13		
—	—	—	—	—	—	—	—	5	2	5	2	11	8	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	4	1	4	1	12	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	11	2	11	2	54	15	3.
—	—	—	1	1	2	1	3	3	5	4	8	29	2	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	11	8	11	8	32	8	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	4	—	6.
—	—	1	—	2	—	3	—	4	1	7	1	19	12	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	6	—	47	18	8.
—	—	—	1	—	—	—	1	1	—	1	1	13	3	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	11	3	11	3	20	4	10.
—	—	—	—	3	1	3	1	23	1	26	2	35	9	11.
—	1	—	—	—	—	—	1	3	2	3	3	12	5	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	14	3	14	3	27	8	13.
—	1	1	2	6	3	7	6	97	28	104	34	315	92	
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	1.
1	—	—	—	—	—	1	—	10	1	11	1	17	6	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	3	—	7	1	3.
—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2	—	3	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	1	1	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	6	—	15	4	6.
—	—	—	—	1	—	1	—	13	1	14	1	23	2	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	3	1	4	2	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	4	—	1	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	9	5	9	5	25	7	11.
—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2	8	3	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	4	16	5	16	66	29	13.
1	—	—	—	1	—	2	—	58	26	61	26	171	56	
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	13.
—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	1	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
1	—	—	—	—	—	—	—	6	2	6	2	11	8	1.
—	—	—	—	—	—	1	—	14	2	15	2	29	6	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	14	2	14	2	61	16	3.
—	—	—	1	1	2	1	3	6	5	7	8	32	2	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	12	8	12	8	33	9	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	7	—	7	—	19	4	6.
—	—	1	—	3	—	4	—	17	2	21	2	42	14	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	9	1	9	1	51	20	8.
—	—	—	1	—	—	—	1	1	—	1	1	14	4	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	15	3	15	3	22	4	10.
—	—	—	—	3	1	3	1	32	6	35	7	60	16	11.
—	1	—	—	—	—	—	1	5	4	5	5	20	8	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	18	20	19	20	94	37	13.
1	1	1	2	7	3	9	6	156	55	166	61	488	148	

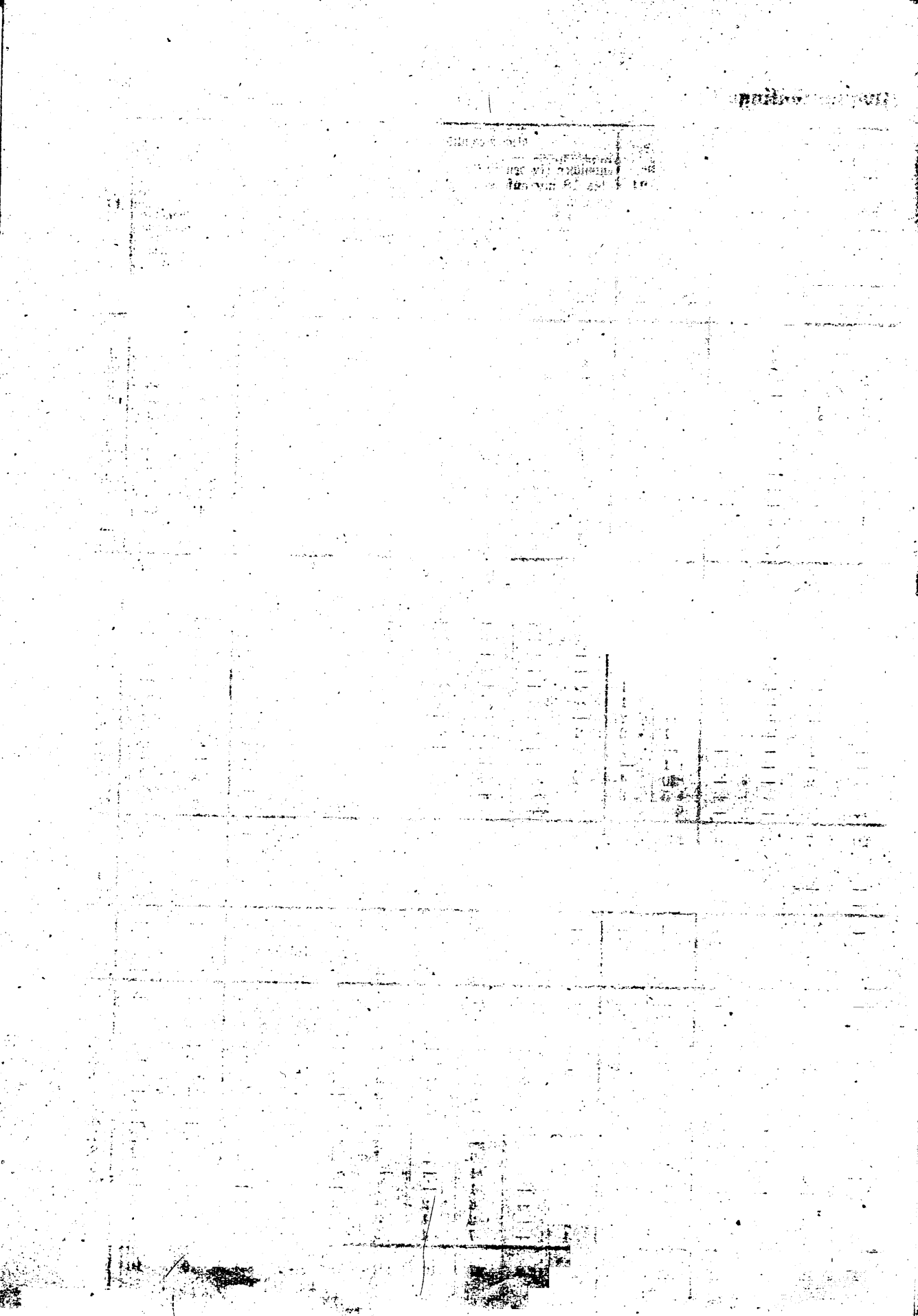
№	Provinz, aus der die Zöglinge der Zwangserziehung überwiesen sind	Die in Spalte 13 aufgeführten Zöglinge waren am 31. März 1907 untergebracht (die etwa Entwichenen sind hier mitgezählt) in den staatlichen Erziehungsanstalten											
		Conradshammer a)		Wabern b)		St. Martin zu Boppard c)		Steinfeld d)		Gräfrath e)		Hardehausen f)	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	14											
	Noch: **A. Evangelische.**												
1.	Ostpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.	Westpreußen	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	—	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4.	Berlin	—	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5.	Pommern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7.	Schlesien	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8.	Sachsen	—	—	22	—	—	8	—	—	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	4	—
10.	Hannover	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Westfalen	—	—	2	—	—	7	—	—	—	—	3	—
12.	Hessen-Nassau	—	—	9	—	—	3	—	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	—	—	1	—	—	4	—	—	—	—	8	—
	Noch: Summe A	—	—	94	—	—	24	—	—	—	—	15	—
	Noch: **B. Katholische.**												
1.	Ostpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.	Westpreußen	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4.	Berlin	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5.	Pommern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7.	Schlesien	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8.	Sachsen	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10.	Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Westfalen	—	—	—	—	—	—	5	—	—	3	—	—
12.	Hessen-Nassau	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	—	—	—	—	—	—	23	—	—	15	—	—
	Noch: Summe B	16	—	—	—	—	—	34	—	—	18	—	—
	Noch: **C. Jüdische.**												
4.	Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Noch: Summe C	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Noch: **D. Andersgläubige.**												
10.	Hannover	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Noch: Summe D	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Noch: **E. Sämtl. Zöglinge.**												
1.	Ostpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.	Westpreußen	7	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	2	—	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4.	Berlin	1	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5.	Pommern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7.	Schlesien	5	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8.	Sachsen	—	—	22	—	—	8	3	—	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein	1	—	—	—	—	2	—	—	—	—	4	—
10.	Hannover	—	—	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Westfalen	—	—	2	—	—	7	5	—	—	3	3	—
12.	Hessen-Nassau	—	—	9	—	—	3	3	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	—	—	1	—	—	4	23	—	—	15	8	—
	Noch: Gesamtsumme	16	—	95	—	—	24	34	—	—	18	15	—

Die in Spalte 13 aufgeführten Zöglinge waren am 31. März 1907 untergebracht (die etwa Entwichenen sind hier mitgezählt)														
zusammen a—f		in kommunalen, kirchlichen oder sonstigen privaten Anstalten		zusammen (Spalte g u. h)		in Familienpflege				in der Lehre oder im Gesindedienst		Summe Spalten 14i, 15, 16 und 17 (übereinstimmend mit Spalte 13)		Nr.
						14 Jahre alt und darunter		über 14 Jahre alt						
g)		h)		i)										
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
14						15		16		17		18		
—	—	5	3	5	3	—	—	—	—	6	5	11	8	1.
1	—	2	—	3	—	—	—	—	—	9	—	12	—	2.
28	—	—	7	28	7	—	—	2	1	24	7	54	15	3.
14	—	—	—	14	—	—	—	1	—	14	2	29	2	4.
—	—	10	1	10	1	—	—	—	—	22	7	32	8	5.
—	—	—	—	—	—	1	—	3	—	—	—	4	—	6.
7	—	1	5	8	5	—	—	—	—	11	7	19	12	7.
22	8	—	—	22	8	—	—	1	1	24	9	47	18	8.
4	2	—	—	4	2	—	—	—	—	9	1	13	3	9.
10	—	—	2	10	2	—	—	1	—	9	2	20	4	10.
5	7	—	—	5	7	—	—	1	—	29	2	35	9	11.
9	3	—	—	9	3	—	—	—	—	3	2	12	5	12.
9	4	—	—	9	4	—	—	—	—	18	4	27	8	13.
109	24	18	18	127	42	1	—	9	2	178	48	315	92	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.
7	—	—	4	7	4	—	—	—	—	10	2	17	6	2.
2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	5	1	7	1	3.
1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	2	—	3	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	1	5.
—	—	—	3	—	3	—	1	1	—	14	—	15	4	6.
5	—	1	—	6	—	—	—	—	—	17	2	23	2	7.
3	—	—	—	3	—	—	—	—	—	1	2	4	2	8.
1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	1	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	10.
5	3	—	—	5	3	—	—	—	—	20	4	25	7	11.
3	—	—	—	3	—	—	—	—	—	5	3	8	3	12.
23	15	—	—	23	15	—	—	—	—	43	14	66	29	13.
50	18	1	7	51	25	—	1	1	—	119	30	171	56	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	13.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	
1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	10.
1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	
—	—	5	3	5	3	—	—	—	—	6	5	11	8	1.
8	—	2	4	10	4	—	—	—	—	19	2	29	6	2.
30	—	—	7	30	7	—	—	2	1	29	8	61	16	3.
15	—	—	—	15	—	—	—	1	—	16	2	32	2	4.
—	—	10	1	10	1	—	—	—	—	23	8	33	9	5.
—	—	—	3	—	3	1	1	4	—	14	—	19	4	6.
12	—	2	5	14	5	—	—	—	—	28	9	42	14	7.
25	8	—	—	25	8	—	—	1	1	25	11	51	20	8.
5	2	—	—	5	2	—	—	—	—	9	2	14	4	9.
11	—	—	2	11	2	—	—	1	—	10	2	22	4	10.
10	10	—	—	10	10	—	—	1	—	49	6	60	16	11.
12	3	—	—	12	3	—	—	—	—	8	5	20	8	12.
32	19	—	—	32	19	—	—	—	—	62	18	94	37	13.
160	42	19	25	179	67	1	1	10	2	298	78	488	148	

№	Provinz, aus der die Zöglinge der Zwangserziehung überwiesen sind	Von den in den Spalten 15, 16 und 17 Aufgeführten waren in Familienpflege, im Gesindedienst oder in der Lehre							
		überhaupt nicht (Allerhöchste Ordre vom 23. Juni 1882, Minist.-Bl. f. d. i. Verw. Seite 209)		bis zu einem Jahre		von einem bis zu zwei Jahren		von zwei bis zu drei Jahren	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	19		20		21		22	
	Noch: **A. Evangelische.**								
1.	Ostpreußen	5	3	—	—	—	—	—	2
2.	Westpreußen	2	—	1	—	—	—	5	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	—	1	1	9	2	9	4
4.	Berlin	—	—	3	1	3	—	6	—
5.	Pommern	—	—	4	—	10	1	4	4
6.	Posen	3	—	—	—	—	—	1	—
7.	Schlesien	—	—	2	1	7	5	2	1
8.	Sachsen	—	—	—	—	7	3	11	5
9.	Schleswig-Holstein	—	—	1	—	8	1	—	—
10.	Hannover	—	—	—	—	—	1	9	1
11.	Westfalen	—	—	3	—	13	—	12	2
12.	Hessen-Nassau	—	—	—	—	1	2	1	—
13.	Rheinprovinz	—	—	3	—	3	—	5	4
	Noch: Summe A	10	3	18	3	61	15	65	23
	Noch: **B. Katholische.**								
1.	Ostpreußen	—	—	—	—	—	—	—	—
2.	Westpreußen	—	1	—	—	1	—	2	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	—	—	—	4	1	—	—
4.	Berlin	—	—	—	—	—	—	1	—
5.	Pommern	—	—	—	—	1	—	—	1
6.	Posen	1	—	2	—	1	—	9	1
7.	Schlesien	—	—	—	1	2	1	5	—
8.	Sachsen	—	—	—	—	1	—	—	1
9.	Schleswig-Holstein	—	—	—	—	—	—	—	—
10.	Hannover	—	—	—	—	1	—	—	—
11.	Westfalen	—	—	—	—	18	1	2	1
12.	Hessen-Nassau	—	—	—	—	4	—	1	2
13.	Rheinprovinz	—	—	—	—	39	6	4	6
	Noch: Summe B	1	1	2	1	72	9	24	12
	Noch: **C. Jüdische.**								
4.	Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	—	—	1	—	—	—	—	—
	Noch: Summe C	—	—	1	—	—	—	—	—
	Noch: **D. Andersgläubige.**								
10.	Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—
	Noch: Summe D	—	—	—	—	—	—	—	—
	Noch: **E. Sämtliche Zöglinge.**								
1.	Ostpreußen	5	3	—	—	—	—	—	2
2.	Westpreußen	2	1	1	—	1	—	7	—
3.	Brandenburg ohne Berlin	—	—	1	1	13	3	9	4
4.	Berlin	—	—	3	1	3	—	7	—
5.	Pommern	—	—	4	—	11	1	4	5
6.	Posen	4	—	2	—	1	—	10	1
7.	Schlesien	—	—	2	2	9	6	7	1
8.	Sachsen	—	—	—	—	8	3	11	6
9.	Schleswig-Holstein	—	—	1	—	8	1	—	—
10.	Hannover	—	—	—	—	1	1	9	1
11.	Westfalen	—	—	3	—	31	1	14	3
12.	Hessen-Nassau	—	—	—	—	5	2	2	2
13.	Rheinprovinz	—	—	4	—	42	6	9	10
	Noch: Gesamtsumme	11	4	21	4	133	24	89	35

Zwangszöglinge. (Tabelle XX)

vor der Unterbringung in Anstaltserziehung: von drei bis zu vier Jahren		mehr als vier Jahre		Summe der Spalten 19 bis 24 (übereinstimmend mit den Spalten 15, 16 u. 17)		Im Rechnungsjahre 1906 sind: entwichen (in den Spalten 13 bis 18 mit aufgenommen): aus Anstalten		aus der Familienpflege, dem Gesindedienst oder dem Lehrverhältnis		Entwichene zurückgebracht (in Spalte 4 nicht aufgenommen): in Anstalten		in Familienpflege, in den Gesindedienst oder in ein Lehrverhältnis		Im Rechnungsjahre 1906 wurden wegen ungenügender Führung aus der Familienpflege, der Lehre oder aus dem Gesindedienst in die Anstaltserziehung zurückgenommen (in Spalte 4 nicht eingestellt)		№
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
23		24		25		26		27		28		29		30		
—	—	1	—	6	5	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1.
1	—	—	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
7	—	—	1	26	8	—	3	1	—	1	1	—	1	—	—	3.
3	1	—	—	15	2	—	—	2	1	2	—	—	—	1	—	4.
1	2	3	—	22	7	1	—	—	1	1	—	—	—	—	1	5.
—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	11	7	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	7.
7	2	—	—	25	10	1	—	4	1	5	1	—	—	1	1	8.
—	—	—	—	9	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	9.
1	—	—	—	10	2	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	10.
1	—	1	—	30	2	—	—	5	1	2	1	—	—	1	—	11.
1	—	—	—	3	2	—	—	2	1	2	1	—	—	—	2	12.
5	—	2	—	18	4	1	—	3	1	4	1	—	—	1	1	13.
27	5	7	1	188	50	5	3	19	6	19	5	—	1	4	6	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.
6	—	1	1	10	2	1	—	—	—	1	—	—	—	2	—	2.
1	—	—	—	5	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
1	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
2	—	—	—	15	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	6.
10	—	—	—	17	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	7.
—	1	—	—	1	2	1	—	2	—	1	—	—	—	2	—	8.
—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	2	—	—	20	4	2	—	1	1	2	1	—	—	4	1	11.
—	1	—	—	5	3	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	12.
—	2	—	—	43	14	3	—	4	3	5	2	—	—	7	2	13.
20	7	1	1	120	31	8	—	8	4	10	3	—	—	15	4	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	1	—	6	5	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1.
7	—	1	1	19	2	1	—	—	—	1	—	—	—	2	—	2.
8	—	—	1	31	9	—	3	1	—	1	1	—	1	—	—	3.
4	1	—	—	17	2	—	—	2	1	2	—	—	—	1	—	4.
1	2	3	—	23	8	1	—	—	1	1	—	—	—	—	1	5.
2	—	—	—	19	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	6.
10	—	—	—	28	9	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2	7.
7	3	—	—	26	12	2	—	6	1	6	1	—	—	3	1	8.
—	1	—	—	9	2	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	9.
1	—	—	—	11	2	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	10.
1	2	1	—	50	6	2	—	6	2	4	2	—	—	5	1	11.
1	1	—	—	8	5	1	—	2	1	3	1	—	—	—	2	12.
5	2	2	—	62	18	4	—	7	4	9	3	—	—	8	3	13.
47	12	8	2	309	81	13	3	27	10	29	8	—	1	19	10	



Personalstatistik

über

den Zugang der auf Grund des § 56 des Strafgesetzbuchs der Zwangserziehung überwiesenen Jugendlichen.

Rechnungsjahr 1906.

Personalstatistik über die in Zugang

Angaben über den

№	Provinz, aus der die Zöglinge der Zwangserziehung überwiesen sind	Zugang im Rechnungsjahre 1906	Der Zugang (Spalte 3) wurde untergebracht				I. Grund der Überweisung.															
			in staatlichen Anstalten	in kommunalen, kirchlichen und sonstigen Anstalten	in Familienpflege (vergl. Allerhöchste Ordre vom 23. Juni 1882, Minist.-Bl. f. d. i. Verw. S. 209)		Gruppe 1 Verbrechen und Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion					Gruppe 2 Verbrechen und Vergehen gegen die Person										
					bis 14 Jahre alt	über 14 Jahre alt	überhaupt	darunter: Widerstand gegen die Staatsgewalt	darunter: Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung	darunter: Münzverbrechen und Vergehen	darunter: Meineid	überhaupt	darunter: Unzucht	Kuppelei	Mord	Totschlag	Kindesmord	gefährliche Körperverletzung	Nötigung der Leibesfrucht	Beleidigung	Bedrohung
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	20a	20b
a) Männ=																					
3.	Brandenburg . .	8	8	--	—	—	—	—	—	—	—	3	2	—	—	—	—	1	—	—	—
4.	Berlin	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5.	Pommern . . .	6	—	6	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	3	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7.	Schlesien . . .	9	8	1	—	—	—	—	—	—	—	6	5	—	—	—	—	1	—	—	—
8.	Sachsen	4	4	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein	4	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10.	Hannover . . .	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Westfalen . . .	2	2	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12.	Hessen-Nassau . .	6	6	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz . .	16	16	—	—	—	—	—	—	—	—	5	4	—	—	—	—	1	—	—	—
	Summe a	63	53	7	2	1	2	—	1	—	1	19	16	—	—	—	—	3	—	—	—
b) Weib=																					
2.	Westpreußen . .	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3.	Brandenburg . .	3	—	3	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	2	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7.	Schlesien . . .	4	—	—	4	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
8.	Sachsen	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Westfalen . . .	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
12.	Hessen-Nassau . .	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz . .	5	5	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe b	22	12	5	5	—	—	—	—	—	—	4	4	—	—	—	—	—	—	—	—
	Gesamtsumme	85	65	12	7	1	2	—	1	—	1	23	20	—	—	—	—	3	—	—	—

[1]) Entspricht der vorjährigen Tabelle XXX.

gekommenen Zwangszöglinge.

Zugang I bis inkl. XV. **(Tabelle XXI)**[1]

I. Grund der Überweisung																			
Gruppe 3 Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen											Übertretungen, darunter des § 361 des R.-Str.-G.-B.								
	darunter																		
überhaupt	Diebstahl	wiederholter Diebstahl	schwerer Diebstahl	Raub und Erpressung	Begünstigung und Hehlerei	Betrug	Urkundenfälschung	Brandstiftung	Sachbeschädigung	Unterschlagung	überhaupt	№ 3 Landstreichen	№ 3 u. 4 Betteln u. Landstreichen	№ 4 Betteln	№ 5 Müßiggang	№ 6 Gewerbsunzucht	№ 7 Arbeitsscheu	№ 8 Obdachlosigkeit	№
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	30a	31	32	33	34	35	36	37	38	
liche.																			
4	3	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	3..
3	2	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
5	4	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	6.
3	2	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
4	3	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
2	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	12.
11	8	—	—	—	—	1	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
39	30	—	—	1	—	4	1	1	—	2	3	1	1	1	—	—	—	—	
liche.																			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	2.
1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	3.
1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	6.
3	1	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
2	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	12.
3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	13.
13	9	1	—	—	1	1	—	1	—	—	5	1	2	1	—	1	—	—	
52	39	1	—	1	1	5	1	2	—	2	8	2	3	2	—	1	—	—	

Personalstatistik über die in Zugang

Angaben über den

№	Provinz, aus der die Zöglinge der Zwangserziehung überwiesen sind	II. Ursache der Verwahrlosung		III. Vorbestrafungen			IV. Heimat nach Geburt							
				Von den Zöglingen waren vor der Einlieferung bestraft				und zwar in Provinz						
		durch Schuld der Eltern	ohne Schuld der Eltern	nur mit Verweis	mit Freiheitsstrafen	mit Zwangserziehung nach § 55 des St.-G.-B.	Preußen	Ostpreußen	Westpreußen	Brandenburg ohne Berlin	Stadt Berlin	Pommern	Posen	Schlesien
1	2	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51
	Noch: **a) Männ-**													
3.	Brandenburg	8	—	1	1	—	8	1	1	6	—	—	—	—
4.	Berlin	1	2	—	—	—	2	—	—	1	1	—	—	—
5.	Pommern	5	1	—	2	1	6	1	1	—	1	2	1	—
6.	Posen	2	1	—	—	1	3	—	—	—	—	—	3	—
7.	Schlesien	9	—	2	—	—	8	—	—	—	—	—	—	8
8.	Sachsen	4	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein . .	3	1	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—
10.	Hannover	1	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
11.	Westfalen	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—
12.	Hessen-Nassau	5	1	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	11	5	2	4	—	14	—	—	—	—	—	1	—
	Noch Summe a	49	14	5	7	2	58	2	2	7	2	2	5	8
	Noch: **b) Weib-**													
2.	Westpreußen	1	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—
3.	Brandenburg	2	1	—	—	—	2	—	—	2	—	—	—	—
6.	Posen	1	1	—	—	—	2	—	—	—	—	—	2	—
7.	Schlesien	4	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	4
8.	Sachsen	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein . .	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
11.	Westfalen	1	1	2	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—
12.	Hessen-Nassau	1	1	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	2	3	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—
	Noch Summe b	12	10	2	—	—	21	—	1	2	—	—	2	4
	Noch Gesamtsumme	61	24	7	7	2	79	2	3	9	2	2	7	12

IV. Heimat nach Geburt									V. Letzter Wohnort						
und zwar in Provinz							in anderen Staaten des deutschen Reiches	im Auslande	Berlin	Großstadt mit mehr als 100 000 Einwohnern	Mittelstadt von 20—100 000 Einwohnern	Kleinstadt von 5—20 000 Einwohnern	Gemeinde von 2—5000 Einwohnern	Gemeinde unter 2000 Einwohnern	№
Sachsen	Schleswig-Holstein	Hannover	Westfalen	Hessen-Nassau	Rheinprovinz	Hohenzollernsche Lande									
52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	
liche.															
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	3	1	3.
—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	1	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	2	1	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1	2	5	7.
4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	1	8.
—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	—	9.
—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	2	10.
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	11.
—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	1	—	1	—	4	12.
—	—	—	—	—	13	—	—	2	—	4	6	2	2	2	13.
4	4	1	2	6	13	—	—	5	2	6	14	12	12	17	
liche.															
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	—	—	—	1	3.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	2	7.
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	8.
—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	9.
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	11.
—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	1	—	1	—	12.
—	—	—	1	—	4	—	—	—	—	—	2	2	—	1	13.
2	1	—	3	1	5	—	—	1	—	2	7	3	3	7	
6	5	1	5	7	18	—	—	6	2	8	21	15	15	24	

Personalstatistik über die in Zugang

Angaben über den

№	Provinz, aus der die Zöglinge der Zwangserziehung überwiesen sind	VI. Alter: 12 Jahre bis unter 13 Jahre	13 Jahre bis unter 14 Jahre	14 Jahre bis unter 15 Jahre	15 Jahre bis unter 16 Jahre	16 Jahre bis unter 17 Jahre	17 Jahre bis 18 Jahre	VII. Geburt: ehelich	unehelich	VIII. Religion: evangelisch	katholisch	Juden	Andersgläubige
1	2	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78
	Noch: **a) Männ=**												
3.	Brandenburg	2	3	—	3	—	—	5	3	7	1	—	—
4.	Berlin	—	3	—	—	—	—	3	—	3	—	—	—
5.	Pommern	1	1	1	—	2	1	6	—	6	—	—	—
6.	Posen	1	1	1	—	—	—	2	1	2	1	—	—
7.	Schlesien	3	5	1	—	—	—	9	—	7	2	—	—
8.	Sachsen	2	1	—	1	—	—	4	—	4	—	—	—
9.	Schleswig=Holstein . .	1	—	1	1	1	—	4	—	4	—	—	—
10.	Hannover	—	—	—	1	1	—	2	—	1	—	—	1
11.	Westfalen	—	—	1	—	—	1	2	—	2	—	—	—
12.	Hessen=Nassau	1	—	1	1	1	2	6	—	3	3	—	—
13.	Rheinprovinz	4	3	4	3	1	1	14	2	4	12	—	—
	Noch Summe a	15	17	10	10	6	5	57	6	43	19	—	1
	Noch: **b) Weib=**												
2.	Westpreußen	—	1	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—
3.	Brandenburg	—	—	2	1	—	—	3	—	3	—	—	—
6.	Posen	—	2	—	—	—	—	1	1	—	2	—	—
7.	Schlesien	1	2	—	1	—	—	2	2	4	—	—	—
8.	Sachsen	1	—	1	—	—	—	1	1	2	—	—	—
9.	Schleswig=Holstein . .	—	1	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—
11.	Westfalen	—	1	1	—	—	—	2	—	—	2	—	—
12.	Hessen=Nassau	—	—	1	—	—	1	2	—	2	—	—	—
13.	Rheinprovinz	1	2	1	1	—	—	5	—	1	4	—	—
	Noch Summe b	3	9	6	3	—	1	18	4	13	9	—	—
	Noch Gesamtsumme	18	26	16	13	6	6	75	10	56	28	—	1

gekommenen Zwangszöglinge.
Zugang I bis inkl. XV. **(Tabelle XXI)**

IX. Erziehung bis zur Einlieferung					X. Schulbesuch		XI. Nicht konfirmiert oder zur ersten Kommunion zugelassen waren unter den über 14 Jahre alten		XII. Beschäftigung nach der Entlassung aus der Schule					XIII. Schulbildung					
im Elternhause	in fremden Familien	in öffentlichen Anstalten	in Privatanstalten	Häufiger Wechsel in der Erziehung	regelmäßig	unregelmäßig	wegen mangelnder Vorbildung	wegen schlechter Führung	Knecht bezw. Magd	Lehrling	Laufbursche	zufällige	gar nicht	ohne	nicht fertig lesen, schreiben, rechnen im Zahlenkreise von 1—100	fertig lesen, schreiben, rechnen im Zahlenkreise von 1—100	volle Volksschulbildung	höhere Bildung	№
79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	
liche.																			
5	1	1	—	1	5	3	—	—	2	1	—	—	—	—	2	6	—	—	3.
2	—	1	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—	4.
5	1	—	—	—	3	3	—	—	2	1	1	—	—	1	1	2	2	—	5.
2	1	—	—	—	1	2	1	—	—	—	—	1	—	—	1	2	—	—	6.
9	—	—	—	—	8	1	—	1	—	—	—	1	—	—	3	5	1	—	7.
3	—	1	--	-	1	3	—	—	1	—	—	—	—	—	3	1	—	—	8.
4	—	—	—	—	3	1	1	—	1	1	—	—	—	—	2	1	1	—	9.
2	—	—	—	—	1	1	—	—	1	—	—	1	—	—	1	1	—	—	10.
1	1	—	—	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	2	—	—	11.
4	—	—	1	1	3	3	—	—	1	2	1	1	—	—	3	3	—	—	12.
15	—	—	—	1	9	7	1	1	2	1	—	5	—	1	9	6	—	—	13.
52	4	3	1	3	38	25	3	2	12	6	2	9	—	2	26	31	4	—	
liche.																			
1	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	2.
3	—	—	—	—	2	—	1	—	1	—	—	—	—	1	—	—	2	—	3.
1	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	6.
4	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—	—	1	1	—	—	2	2	—	7.
2	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	2	—	—	8.
1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	9.
1	1	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	11.
2	—	—	—	—	2	—	—	—	—	1	—	1	—	—	1	—	1	—	12.
5	—	—	—	—	5	—	1	—	—	1	—	—	1	—	2	2	1	—	13.
20	1	—	—	1	17	4	3	—	1	2	—	3	2	1	7	8	6	—	
72	5	3	1	4	55	29	6	2	13	8	2	12	2	3	33	39	10	—	

Personalstatistik über die in Zugang

Angaben über den Zugang I bis inkl. XV. | Angaben über

№	Provinz, aus der die Zöglinge der Zwangserziehung überwiesen sind	XIV. Sprache				XV. Gesundheit							XVI. Eltern				
						geistige		körperliche					verstorben vor dem 12. Lebensjahre				
								dauernde körperliche Gebrechen									
								a) angeborene Mißbildungen (Hasenscharten, entstellende Mäler, Verbildung der Geschlechtsteile usw.)	b) Verkrümmungen, Verstümmelungen (Klumpfuß, Buckel usw.)	c) Sinnesfehler (Taubheit, Blindheit, Schwachsichtigkeit usw.)	Tuberkulose oder Tuberkuloseverdacht (Knochen, Lungen, Drüsen)	Krankheiten der Blutmischung (Blutarmut usw.)					
		deutsch	polnisch und deutsch	nur polnisch	nur andere Sprachen	beschränkt	zweifelhaft						Vater	Mutter	beide Eltern	Stiefvater	Stiefmutter
1	2	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	111	112	113
	Noch: a) Männ=																
3.	Brandenburg	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	2	—
4.	Berlin	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
5.	Pommern	6	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—
6.	Posen	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
7.	Schlesien	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
8.	Sachsen	4	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—
9.	Schleswig=Holstein	4	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	2	—	—	1	—
10.	Hannover	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—
11.	Westfalen	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
12.	Hessen=Nassau	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	1
13.	Rheinprovinz	16	—	—	—	1	1	1	—	—	—	—	2	—	—	2	—
	Noch Summe a	62	1	—	—	8	2	1	—	—	—	—	10	5	1	7	2
	Noch: b) Weib=																
2.	Westpreußen	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3.	Brandenburg	3	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7.	Schlesien	4	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
8.	Sachsen	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9.	Schleswig=Holstein	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—
11.	Westfalen	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
12.	Hessen=Nassau	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—
13.	Rheinprovinz	5	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Noch Summe b	20	2	—	—	6	2	—	—	—	—	1	1	1	1	2	1
	Noch Gesamtsumme	82	3	—	—	14	4	1	—	—	—	1	11	6	2	9	3

gekommenen Zwangszöglinge.
die Eltern und Geschwister XVI bis XX. **(Tabelle XXI)**

XVII. Beruf der Eltern

a) Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Jagd, Fischerei			b) Industrie, Bergbau und Bauwesen			c) Handel und Verkehr			d)	e)	f) Öffentlicher Dienst, Hofdienst, sog. „freie Berufsarten"						g) Ohne Beruf und Berufsangabe			№
											1. Armee und Kriegsmarine		2. Zivil-, Staats-, Hof- und Kommunedienst		3. Freie Berufsarten				
Selbständige	Gehilfen	Angehörige	Selbständige	Gehilfen	Angehörige	Selbständige	Gehilfen	Angehörige	häusliche Dienste und wechselnde Lohnarbeit	dauernde Dienstboten und für häusliche Arbeiten	Selbständige	Angehörige	Selbständige	Angehörige	Selbständige	Angehörige	Rentner und Pensionäre	von Almosen lebend	ohne Berufsangabe	
114	115	116	117	118	119	120	121	122	123	124	125	126	127	128	129	130	131	132	133	
liche.																				
—	—	—	1	3	—	1	1	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
—	2	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	1	1	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	6.
—	—	—	1	3	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	7.
1	—	—	—	1	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
1	—	—	—	1	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
—	—	—	—	2	—	2	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	12.
—	—	—	1	2	6	1	1	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
3	3	—	5	13	6	5	2	2	20	—	—	—	1	—	—	—	1	1	1	
liche.																				
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	3.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	6.
—	—	1	—	2	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	12.
1	—	—	—	1	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
1	—	3	—	5	—	2	3	—	4	1	—	—	—	—	2	—	—	—	1	
4	3	3	5	18	6	7	5	2	24	1	—	—	1	—	2	—	1	1	2	

Personalstatistik über die in Zugang

Angaben über die Eltern

№	Provinz, aus der die Zöglinge der Zwangserziehung überwiesen sind	XVIII. Häusliche Verhältnisse													
		Die Eltern resp. Stiefeltern													
		bestraft mit						leben getrennt	sind geschieden	sind					
		Haft		Gefängnis		Zuchthaus				trunkfällig		unzüchtig		arbeitsscheu	
		Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter			Vater	Mutter	Vater	Mutter	Vater	Mutter
1	2	134	135	136	137	138	139	140	141	142	143	144	145	146	147
														Noch: **a) Männ-**	
3.	Brandenburg	—	—	3	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1
4.	Berlin	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
5.	Pommern	1	—	3	—	—	—	1	—	5	—	—	—	3	—
6.	Posen	—	—	1	—	—	—	—	—	2	1	—	—	2	2
7.	Schlesien	1	—	5	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	1
8.	Sachsen	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein . .	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
10.	Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Westfalen	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—
12.	Hessen-Nassau	—	—	1	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	2	—	1	2	—	—	1	—	3	1	—	—	—	—
	Noch Summe a	4	—	18	3	—	—	3	1	15	5	1	—	5	4
														Noch: **b) Weib-**	
2.	Westpreußen	—	1	—	1	—	—	—	—	1	1	—	—	1	1
3.	Brandenburg	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Posen	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1
7.	Schlesien	1	1	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
8.	Sachsen	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
9.	Schleswig-Holstein . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11.	Westfalen	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12.	Hessen-Nassau	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13.	Rheinprovinz	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—
	Noch Summe b	4	7	2	3	—	—	—	1	3	2	—	—	2	2
	Noch Gesamtsumme	8	7	20	6	—	—	3	2	18	7	1	—	7	6

gekommenen Zwangszöglinge.
und Geschwister XVI bis XX. **(Tabelle XXI)**

XIX. Vermögen der Eltern						XX. Häusliche Verhältnisse										
Einkommen						Die Geschwister										
								bestraft, wie oft mit								
								Haft		Gefängnis		Zuchthaus		ebenfalls in Zwangserziehung		
ohne	bis 900 Mark	über 900—3000 Mark	über 3000—6000 Mark	über 6000 Mark	Almosenempfänger	mehr als 5	mehr als 10	Bruder	Schwester	Bruder	Schwester	Bruder	Schwester	Bruder	Schwester	№
148	149	150	151	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	
liche.																
—	6	1	—	—	1	3	1	—	—	1	—	—	—	—	—	3.
—	3	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	5	—	—	—	1	2	—	—	—	1	2	—	—	—	—	5.
1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	7	2	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	2	7.
—	4	—	—	—	—	2	—	1	—	2	—	—	—	—	—	8.
—	1	2	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
1	5	—	—	—	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
5	6	4	—	—	1	3	1	1	—	2	—	—	—	—	—	13.
7	43	9	—	—	4	16	4	2	—	6	2	—	—	—	2	
liche.																
1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
1	—	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
1	2	—	—	—	1	1	—	—	—	1	—	—	—	1	—	7.
1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
—	3	2	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	3	—	13.
5	11	5	—	—	1	4	—	—	—	1	—	—	—	4	—	
12	54	14	—	—	5	20	4	2	—	7	2	—	—	4	2	

Diese Statistik kann von der Strafanstalt Moabit zum Preise von 2 Mark bezogen werden.